Kilfs Rmnitu

H i l f s k o m i t e e
der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben und Umsiedler aus der Bukowina
im Hilfswerk der Evang. Kirche in Deutschland
- Hauptstelle München -

München 22, Wagmüllerstr. 23
Telefon 31 980
Postscheck: München 5729

R u n d s c h r e i b e n Nr.6
15. März 1947

I.

D i e L a g e i n d e r H e i m a t

Zu Beginn dieses Jahres erhielten wir aus der Heimat zahlreiche Briefe und amtliche Mitteilungen, die für unsere in Deutschland und Österreich untergebrachten Volks- und Glaubensgenossen von großer Bedeutung sind. Im folgenden geben wir die wichtigsten davon wieder:

1. Pressestimmen über Rumänien.
Januar - März 1947

Der Friedensvertrag mit Rumänien.
Süddeutsche Zeitung Nr.9 vom 21.1.47

Rumänien hat Bessarabien und die Bukowina an die Sowjetunion abzutreten. Es hat binnen 8 Jahren 300 Millionen Dollar Reparationen an die Sowjetunion zu leisten. Bulgarien erhält von Rumänien die Süddobrudscha, die bis 1940 rumänisch war. Ungarn muß Transsylvanien an Rumänien abtreten. Die russischen Besatzungstruppen werden innerhalb 90 Tagen aus dem Lande zurückgezogen. Der Friedensvertrag enthält auch Bestimmungen zum Schutze der Menschenrechte und der Freiheit von Presse, Religion und politischer Meinung. Der endgültige Wortlaut des Friedensvertrages wurde bereits an Rumänien übermittelt; er wurde am 10.Februar d.Jhrs. unterzeichnet.

Hungersnot in Rumänien
Neue Zeitung Nr.18 vom 3. März 1947

Bern, 2.März (Universum Press)
Der rumänische Minister für Landwirtschaft erklärte, daß, wenn nicht bis März 50.000 Waggon Getreide seinem Lande zur Verfügung gestellt würden, es die ärgste Hungersnot seiner Geschichte erleben werde. Die vorhandenen Vorräte reichen für eine Monatsration von 250 Gramm Brot aus, und die Bauern verlassen ihre Felder und ziehen durch das Land, um etwas Nahrung zu finden. Vorher haben sie schon die kärglichen Reste ihres Tierbestandes geschlachtet und manchmal einen Ochsen für einige Kilo Mehl eingetauscht. Das Saatgut, das die Regierung verteilt, ist mit Petroleum besprengt, damit es nicht für Nahrungszwecke verwendet werde. Von hundert Kindern unter einem Jahr sterben 60 bis 80, in der Moldau sogar alle. Die am Leben erhaltenen werden mit getrockneten Blättern ernährt. 800.000 Fälle von Tuberkulose sind in den Städten festgestellt, 500.000 führten zum Tode.

./.

Warum muß Rumänien hungern ?

Hungersnot im reichsten Agrarland Europas - Wiederaufbau mit Hindernissen.

Unter diesem Titel bringt die " Neue Zeitung " in ihrer Ausgabe Nr. 20 vom 10. März 1947 einen Leitaufsatz über die Gründe, die zur derzeitigen Hungersnot in Rumänien geführt haben. Wir vermissen in dem Aufsatz allerdings einen sehr wesentlichen Grund: nämlich die Enteignung der tüchtigen sächsischen und schwäbischen Bauern, die sicherlich wesentlich zu dieser Katastrophe beigetragen hat. Im folgenden geben wir den Wortlaut dieses Artikels auszugsweise wieder:

" Zur Unterstützung der notleidenden Bevölkerung in der rumänischen Provinz Moldau sind Lebensmittel aus Beständen der amerikanischen Streitkräfte in Europa nach Konstanza unterwegs. Es handelt sich um 4500 10:1 Lebensmittel-Armeepackungen und 2500 Tonnen Bohnen, die ausreichen, um 500.000 Menschen 16 Tage lang mit rund 1000 Kalorien täglich zu versorgen. Über die Lage in Rumänien selbst liegt folgender Bericht vor:
LD Zürich, im März
Rumänien ist an sich eines der reichsten Länder der Erde. Es konnte vor dem Krieg riesige Mengen Weizen, Mais, Hafer, Eier, Geflügel, tierische Fette, Leder und Obst exportieren und dank dieser Ausfuhr war die rumänische Handelsbilanz stets aktiv. Und dieses Land, das früher bequem und ohne Mühen halb Europa ernähren konnte, leidet heute unter einer furchtbaren Hungersnot, gegen die sogar die Zustände im heutigen Deutschland und Italien harmlos sind. In gewissen Teilen Rumäniens, namentlich im M o l d a u g e b i e t, beträgt die Kindersterblichkeit 80 Prozent, sind ganze Städte seit Beginn dieses Winters ohne Mehl, ohne Kartoffeln, ohne ein Gramm Fett geblieben. Auf den ersten Blick ein unfaßliches Rätsel. Diese Katastrophe war im wesentlichen eine Folge von Ereignissen der höheren Gewalt. Gewiß hat die radikale Agrarreform des Ministerpräsidenten Petre G r o z a, durch die der Großgrundbesitz unter Kleinbauern aufgeteilt wurde, zunächst ernährungsmäßig nur Nachteile gehabt, weil die neuen kleinen Grundbesitzer weder Ställe noch Zuchtvieh, weder landwirtschaftliche Maschinen noch Saatgut, weder Pferde noch Traktoren besassen - oder wenigstens nicht in genügender Zahl. So musste diese Bodenreform sich zunächst einmal nachteilig auswirken.
Zu diesen Schwierigkeiten kam dann aber noch eine doppelte Grausamkeit der Natur hinzu: Während im Sommer 1946 in ganz Westeuropa die Ernte leidlich war, herrschte in der Ukraine, in Bessarabien, in der Moldau und Donauebene den ganzen Sommer über eine ungewöhnliche Trockenheit, die den Ertrag der Ernte dort stark beeinträchtigt hat. Unter dieser Mißernte leidet heute auch die Sowjetunion in großem Umfang, kann dies aber durch Getreidezufuhren aus anderen Landesteilen wieder halbwegs ausgleichen - während für Rumänien eine solche Möglichkeit naturgemäß nicht besteht. Die Vorräte an Weizen, Mais, den beiden Hauptnahrungsmitteln des Landes, mit denen Rumänien in den Winter hineinging, waren minimal. Sie wurden inzwischen trotz sorgsamster Rationierung längst aufgegessen, auch die für das Frühjahr bestimmten Saatgutreserven, die Futtermittel für das Vieh, und die Hilfssendungen der UNRRA sind längst aufgebraucht. Die Perspektiven für das Jahr 1947 sind auf der ganzen Linie düster und hoffnungslos. Eine Delegation der Bukarester Regierung verhandelt jetzt in Washington mit den Amerikanern um eine dringende Hilfssendung: Nährmittel, Medikamente und Saatgut müßten schnellstens in die rumänischen Häfen geschafft werden, andernfalls die physische Existenz des ganzen Volkes ernstlich in Frage gestellt ist. Aber mit dieser Mißernte des letzten Sommers sind die Naturkatastrophen nicht erschöpft. Die ungewöhnliche Kälte dieses Winters hat die Not vermehrt. Alle Wintergemüse sind erfroren, ganze Eisenbahnlinien sind im hohen Schnee begraben und stehen erst mit dem Beginn des Tauwetters wieder zur Verfügung, so daß einige Züge mit Lebensmitteln, die aus den weniger

./.

kritischen Gebieten der Wallachei in die hauptsächlichsten Notzentren der Moldauprovinz geschickt wurden, unterwegs steckengeblieben sind. Wenn die kommende Ernte gut ausfällt, wird vermutlich eine Wiederholung der gegenwärtigen Krise im kommenden Winter vermieden werden können; aber wo kein Saatgut, keine menschliche Arbeitskraft, keine Geräte und Maschinen zur Verfügung stehen, ist es schwer, an eine mehr als mittelmäßige Ernte zu glauben. Die Regierung will vom Frühjahr ab, Studenten, Schüler und Beamten aus den staatlichen Verwaltungen aufs Land schicken um bei der Bodenbestellung zu helfen. Wegen Futtermangels mußte man jetzt viel Vieh schlachten, so daß auf lange Zeit die Versorgung des Landes mit Milch, Butter, Eiern in Frage gestellt ist. Auch wenn die USA, Kanada, Argentinien und andere Länder den Rumänen weiterhin helfen sollten, wird doch die nächste Zukunft dieses Landes überaus schwierig sein, und die einzige Hoffnung, die der erschütterte Betrachter der rumänischen Katastrophe heute auszusprechen wagt, ist die, daß dem Volke wenigstens möglich sein wird ein Weitervegetieren am Rande des Abgrundes, bis in ein paar Jahren wenigstens die ärgsten Folgen des Krieges und der traurigen ersten Nachkriegsjahre geheilt sein können.

Hilfe für Nordrumänien

a) Nouvelles de France vom 20. 2. 1947

Washington: Präsident Truman hat das amerikanische Rote Kreuz beauftragt, zusätzliche Nahrungsmittel an 500.000 hungernde Bewohner Nordrumäniens zu verteilen. Es wird gemeldet, daß dort schon Tausende vor Hunger gestorben sind und jeder Tag neue Todesopfer fordert.

b) Neue Zeitung vom 28.2.1947

Großbritannien will 500 Tonnen Lebensmittel aus britischen Heeresbeständen in Italien nach Rumänien senden, da 60 bis 80 v.H. aller Kinder in Rumänien vom Hunger bedroht sind.

Freigabe der unter Verwaltung der CASBI stehenden Güter

Aus einer ungarischen Klausenburger Zeitung vom Dezember 1946: Mit Zustimmung des sowjetischen GeneraloberSten Susaikow werden die unter der Sperre der CASBI liegenden Vermögenswerte rumänischer und ungarischer Staatsbürger freigegeben.

Bukarest: Das Amtsblatt Nr.278 vom 30.Nov.veröffentlicht ein Dekretgesetz, das verschiedene Verfügungen des am 19.Okt.im Amtsblatt erschienenen CASBI-Gesetzes abändert. Das neue Gesetz spricht aus, daß die Anordnungen des im Amtsblatt vom 10.Febr.1945 erschienenen, auf die CASBI bezüglichen Gesetzes Nummer 91 auf folgende Kategorien nicht anzuwenden sind:
a) Auf die Güter des ungarischen Staates und der ungarischen Staatsbürger.
b) Auf jene rumänischen Staatsbürger - ohne Rücksicht auf ihre Nationalität - die am 12. Sept. 1944 oder später während der Zeit der militärischen Kriegshandlungen ihren Aufenthaltsort in Deutschland, Ungarn oder auf einem von diesen besetzten Gebieten hatten. Eine Ausnahme bilden die Immobilien jener, welche freiwillig in irgendeiner feindlichen Armee oder in halbsoldatischen Organisationen am Krieg gegen die Vereinten Nationen und Rumänien teilgenommen haben oder die eine feindliche Haltung gegenüber den Interessen jener gezeigt haben. Die Vermögenswerte (Haus- und Grundbesitz, Mobilien) dieser Letztgenannten bleiben also auch weiterhin unter der staatlichen Aufsicht und Verwaltung der CASBI (Casbi: casa de administrare si supraveghere a bunurilor inamice).

./.

Bericht über den Stand der Deportiertenfrage

Unter dieser Überschrift veröffentlichte das Banater katholische Kirchenblatt im Dezember 1946 den folgenden Bericht:
Eine Vorsprache bei den rumänischen Regierungsstellen und bei der Interalliierten Kontrollkommission in Bukarest ergab folgendes Bild über die Lage der Banater und Siebenbürger Männer und Frauen, die aus Rußland nach Deutschland (russische Zone) befördert worden sind:

1. Die rumänische Regierung betrachtet die Deutschen, die zum Arbeitseinsatz nach Rußland befördert worden sind, nach wie vor als rumänische Staatsbürger.
2. Die rumänische Regierung ist bereit, die Heimbeförderung der in Deutschland befindlichen Rußlandarbeiter zu unterstützen und hat eine aus 10 höheren Offizieren bestehende " Comisie de repatriere " ernannt, die in diesen Tagen nach Berlin und Leipzig fahren wird, um die Akten der dort befindlichen Rußlandarbeiter zu überprüfen und die Heimbeförderung in die Wege zu leiten.

Es ist wichtig, daß jeder in Deutschland befindliche Rußlandarbeiter ein S t a a t s b ü r g e r z e u g n i s besitzt, um gegebenenfalls nachzuweisen, daß er Angehöriger des rumänischen Staates ist.

Ein jeder möge daher seinen Angehörigen ein S t a a t s b ü r g e r z e u g n i s (per Post) d r i n g e n d zuschicken.

3. Die russischen Behörden in Deutschland haben die aus Rumänien stammenden Rußlandarbeiter freigegeben und erklärt, daß sie ihrer Rückkehr in die Heimat keine Schwierigkeiten in den Weg legen.

Wir bitten einen jeden Rußlandarbeiter, sich sofort brieflich an folgende Stellen zu wenden und ihre genaue Adresse, unter der sie gegenwärtig leben, mitzuteilen:

1.) Dr.Lange, Sachbearbeiter für die rumänischen Deportierten bei der " Zentralverwaltung " B e r l i n S.W. (Neues Luftfahrtministerium)
2.) Rud. Gündisch, Zentralstelle der Deportierten, B e r l i n - Wilmersdorf, Aachenerstr. Nr.40/IV.

Die Anmeldung erscheint nötig, um nicht vergessen zu werden.

Errichtung rumänischer Repatriierungsstellen in Berlin und Wien

Im rumänischen Amtsblatt " Monitorul oficial " Nr.15 vom 18.1.1947 wurde eine Verordnung des Ministerrats veröffentlicht, derzufolge innerhalb des rumänischen Innenministeriums eine zentrale Repatriierungskommission errichtet wird. Sie steht unter dem Vorsitz des Generaldirektors der Polizei, dem einige Vertreter des Präsidiums des Ministerrats beigegeben sind, ferner des Außenministeriums, des Justizministeriums, des Kriegsministeriums sowie ein Sekretär des Innenministeriums.
Die Aufgaben dieser zentralen Repatriierungskommission sind folgende:

a) Entgegennahme und Entscheidung über alle Repatriierungsgesuche, die von den verschiedenen im Auslande befindlichen rumänischen Repatriierungsmissionen, sowie anderen Departements der zentralen Kommission direkt zugesandt werden.
b) Abgabe von Direktiven an die im Auslande befindlichen rumänischen Repatriierungskommissionen, sowie die im Inland befindlichen Auffangstellen.
c) Registrierung und Vormerkung aller Repatriierungsgesuche und der Ansuchen um Heimbeförderung.

./.

ikgs

Gleichzeitig wird eine Repatriierungskommission in Berlin errichtet, deren Wirkungskreis sich über ganz Deutschland einschließlich der amerikanischen, englischen und französischen Besatzungszone erstreckt. Vorsitzender dieser Kommission ist Herr Oberstleutnant Nicolaide, Vertreter des Kriegsministeriums.
Eine zweite Repatriierungskommission, deren Wirkungskreis sich über Österreich, Ungarn, die Tschechoslowakei und Jugoslawien erstreckt, wird in Wien errichtet. Sie untersteht dem Vorsitz des Herrn Oberstleutnant Jon Vladuta, Vertreter des Kriegsministeriums.
Diese im Ausland befindlichen Repatriierungskommissionen werden die vorgelegten Repatriierungsgesuche nach den von der Zentralkommission erteilten Anweisungen und Richtlinien überprüfen und hierüber entscheiden, die werden alle in ihrem Wirkungsbereich untergebrachten rumänischen Staatsbürger über die Repatriierungsbedingungen unterrichten, werden die Rückbeförderung in die Heimat organisieren usw.

Rumänische Arbeitskräfte für die tschechische Landwirtschaft

Prag, 28. Jan. 1947 (AFP)
Die rumänische Regierung hat ihre Zustimmung zur Entsendung von 50.000 landwirtschaftlichen Arbeitern nach der Tschechoslowakei gegeben, um den dortigen akuten Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften zu steuern. (Newyork Herald Tribune. Europ. Ed. 30. Jan. 47). Die Neue Zeitung vom 31.1.47 spricht allerdings nur von 15.000 Arbeitern. Sie berichtet:

In Prag ist ein Abkommen zwischen der Tschechoslowakei und Rumänien unterzeichnet worden, auf Grund dessen der Tschechoslowakei 15.000 Rumänen für landwirtschaftliche Arbeitern zur Verfügung gestellt werden.

Erneuerung des rumänisch-sowjetischen Wirtschaftsabkommens.

(Newyork Herald Tribune, Europ. Ed. 24.1.47)

Bukarest, 22. Jan. 1947 (AFP)
Eine Abordnung von Textil- und Erdölfachleuten ist vergangene Nacht nach Moskau abgereist, um an den laufenden Verhandlungen zur Erneuerung des rumänisch-sowjetischen Wirtschaftsabkommens teilzunehmen. Eine Kommission der rumänischen Staatseisenbahnen ist ebenfalls unterwegs nach der Sowjethauptstadt, um über die Aufnahme eines direkten Eisenbahnverkehrs mit der Sowjetunion zu verhandeln. Zur Zeit müßen die Reisenden an den Grenzstationen umsteigen, während Sachgüter ungeladen werden müssen.

Rumänien auf der Suche nach Erdölkrediten

(Daily Mail, Continental-Ed. v. 23.1.47)

Rumänien hat eine Abordnung unter Führung seines Wirtschaftsministers Gheorghiu-Dej nach Moskau entsendet, um über die Lieferung von Erdölbohreinrichtungen und entsprechende Kredite zu verhandeln. Die Rettung seiner Erdölindustrie ist dringend notwendig. Die Sachlage ist folgende: Rumänien hat seit Beginn des Krieges keine neuen Erdöleinrichtungen erhalten. Seine Erdölproduktion, die im letzten Vorkriegsjahr mehr als 6.000.000 Tonnen betrug, ist jetzt auf etwa ein Drittel der normalen Produktionskapazität gesunken. Dies ist zur Deckung des Eigenbedarfs und der Reparationslieferungen an Sowjetrußland unzureichend. Laut Waffenstillstandsbedingungen hat Rumänien auf die Dauer von 6 Jahren jährlich 12,5 Millionen Pfund Sterling, davon die Hälfte in Erdöllieferungen, an die Sowjetunion zu leisten. Der einzige Ausweg liegt in der Beschaffung von neuen Bohreinrichtungen als Kreditlieferung von der Sowjetunion oder den Vereinigten Staaten. Rußland wird als erste Möglichkeit versucht. Vor dem Kriege wurden viele Millionen britischen

./.

Kapitals in der rumänischen Erdölindustrie investiert. Seit Einstellung der Feindseligkeiten erreichte die rumänische Regierung von ihren neuen Abnehmern nur einen Preis, der kaum ein Drittel des Weltmarktpreises ausmacht.

Rumäniens Erdölproduktion 1946 (Neue Zeitung vom 17.2.47)

Die Erdölproduktion Rumäniens ist im Jahr 1946 zurückgegangen. Sie betrug (in Millionen Tonnen):

1938	1945	1946
6,87	4,78	3,86

Das Förderergebnis Rumäniens 1946 macht etwa 1 v.H. der Erzeugung der Welt aus, die 1945 rund 372 Millionen Tonnen betragen hat. Der Rückgang in der rumänischen Erdölförderung wird auf den Mangel an guten Bohrmaschinen zurückgeführt.

Handelsvertrag Rußland-Rumänien
(Neue Zeitung vom 24.2.47)

Zwischen Rumänien und der Sowjetunion wurde ein Abkommen unterzeichnet, das einen Warenaustausch und die Regelung von Zahlungsbedingungen für das Jahr 1947 vorsieht. Die Sowjetunion wird Rohstoffe für die rumänische Eisen-, Stahl-, und Textilindustrie im Austausch gegen rumänische Ölprodukte, Baumaterial und andere Waren liefern.

Enger wirtschaftlicher Kontakt Sowjetunion-Rumänien
(Neue Zeitung vom 28.2.47)

Bukarest (UP)
Der rumänische Wirtschaftsminister Georgiu-Dej, der in diesen Tagen in Moskau Wirtschaftsverhandlungen hatte, gab bekannt, die UDSSR habe sich bereit erklärt, die rumänischen Reparationen um 200 Milliarden Lei herabzusetzen. Aus der Sowjetunion sollen Güter im Gesamtwert von 25 Millionen Dollar eingeführt werden. Davon werden Waren im Werte von 15 Millionen Dollar von Rumänien im Austausch ausgeführt. Für die restlichen 10 Millionen wird die Sowjetunion einen vierjährigen Kredit gewähren.

Ausgabe neuer Münzen in Rumänien
(Newyork Herald Tribune vom 20.1.1947)

Bukarest, 18.Jan.1947 (AFP)
Zufolge einer Verlautbarung des rumänischen Amtsblattes wurde das Finanzministerium ermächtigt, neue Kupfermünzen im Werte von 10.000 Lei in einem Gesamtwert von 200 Billionen Lei herauszugeben. Dieser Betrag kann im Zusammenhang mit zukünftigen Notwendigkeiten erhöht werden.

Rumänien schlägt Zollunion der Donauländer vor.
(Neue Zeitung vom 17.2.47)

Der rumänische Ministerpräsident Dr.Peter Groza hat die Gründung einer Zollunion der Donauländer vorgeschlagen, der Ungarn zugestimmt haben soll.

II.

B r i e f e a u s d e r H e i m a t

Berichte über die gegenwärtige Lage der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben.

Zu Beginn dieses Jahres erhielten wir aus unserer Heimat zahlreiche Briefe, darunter auch solche des Herrn Landesbischof D. Friedrich Müller und seiner engsten Mitarbeiter, die einen Einblick in die heutigen hei-

./.

matlichen Verhältnisse gewähren. Im folgenden geben wir einige davon auszugsweise wieder:

Zur Lage der deutschen Volksgruppe in Rumänien

Stand Mitte Dezember 1946

Ein Hermannstädter sächsischer Rechtsanwalt und Mitarbeiter des Herrn Landesbischof D. Friedrich Müller, berichtet in einem Schreiben vom 16.Dez.1946 über die derzeitige Lage der Siebenbürger Sachsen:

" Von unserer Not und unseren Sorgen hatte ich Euch bereits einen Ausschnitt zukommen lassen. Sie sind seither nicht geringer geworden. Die größte Sorge machen uns unsere Volksgenossen und Verwandten, die zur Arbeit nach Rußland ausgehoben wurden und von denen bisher nur ein geringer Prozentsatz Kranker zurückgekehrt ist. Im Reich befinden sich derzeit auf Grund eingezogener Informationen etwa 10.000, die, wie wir annehmen, nur infolge eines bedauerlichen Irrtums statt nach Rumänien ins Reich zurückgeschickt wurden. Viele sind noch in Rußland geblieben. Die Hoffnung, daß sie auch zurückkommen, wollen wir nicht aufgeben. Unser Kampf um das nackte Leben ist durch den Verlust dieses besten, lebens- und produktionsfähigsten Teiles unseres Volkes selbstverständlich sehr erschwert.

Die zweite große Sorge, die am Bestand unseres Volkes rüttelt, ist die ganz erbarmungslos und fast vollständig durchgeführte, sogenannte Agrarreform. In den Häusern unserer Bauern sitzen Zigeuner und Kolonisten und unsere Bauern müssen mit verschränkten Armen müssig darauf warten, daß ihnen irgendeine Betätigungsmöglichkeit gegeben werde. Denn wenn man uns schon nicht um- oder aussiedelt, so muss der Staat doch dafür sorgen, daß die Lebensmöglichkeiten gewährleistet sind. Und auch daran glauben wir noch immer.

Die Parlamentswahlen sind nunmehr vorüber, und wenn Versprechungen, die uns gegeben wurden, nicht nur leerer Schall sind, so soll auch die Frage unserer Bestandsmöglichkeit in absehbarer Zeit einer Erledigung zugeführt werden. Wie es aber nun auch immer sei, die Zeit und die Umstände drängen zum Abschluss dieser Sache. Sie ist zur Entscheidung reif. Ich gehe sogar so weit, ernstlich daran zu glauben, dass es gar keines neuen Gesetzes bedarf, um einen Teil des uns enteigneten Grundes wieder zurückzubekommen. Eine Revision der Enteignung und der Bodenzuteilungen würde genügen, um wenn nichts anderes, so doch eine Staatsreserve zu schaffen, die man an einzelne oder auf genossenschaftlicher Grundlage zusammengeschlossene Bauern verpachten könnte, um ihnen zunächst einmal das Existenzminimum zu sichern. Sind sie einmal im Sattel, so könnten sie auch reiten. Das wissen wir.

Du schreibst, daß Angebote für Auswanderungen nach Kanada, Chile, Südafrika u.a. Länder da seien, dass ein Ausschuss sich mit dieser Frage befasse, dass er sich für eine " geschlossene Auswanderung " einsetze. Ich bin der Meinung, dass die Verhandlungen von dem Komitee so geführt werden müßten, daß Euer Blick stets nach der Heimat gerichtet bleibt. So sehr wir um unseren Bestand ringen, so sehr das Bettlertum unter uns sich ausbreitet, so sehr hängen wir an diesen Auen und Feldern und sind innerlich überzeugt, daß wir in einer oder zwei Generationen kraft unseres Fleisses und unserer Sparsamkeit - und diese hat uns vor allen Dingen ausgezeichnet - das Verlorene zum größten Teil wieder erworben haben werden. Es wäre sehr zu bedauern, wenn ein Teil unserer

./.

Volksgenossen, die im Reich oder in Österreich sind, Sonderwege gehen würde, dadurch den ganzen Volkskörper schwächen, mehr oder weniger Familien von hier noch abziehen, und dadurch unsere Bestandfrage noch mehr belasten würde.
Ich hatte Dir in meinem Brief von der Hohen Rinne angedeutet, daß ich Dir einiges über unsere Kirchenfragen mitteilen würde. Ich will in wenigen kurzen Sätzen Dir die Entwicklung, die seit dem 23.August 1944 eingesetzt und seit dem 4.Dez. durch die neuerliche Verleihung des Schulrechtes zu einem vorläufigen Abschluß gekommen ist, vor Augen führen.
Im Herbst 1944 traten die "nichtbelasteten" Mitglieder des Landeskonsistoriums, eingeschlossen diejenigen, die in der Zeit der Herrschaft der Volksgruppe gezwungenermaßen ihre Stellen niedergelegt hatten, zusammen und setzten Glondys wieder in seine Rechte ein. Gewiß ein revolutionärer Akt, aber er war ja angemessen der Zeit und an die Einberufung einer Landeskirchenversammlung und die Wahl eines Bischofs konnte damals, in einer Zeit revolutionären Umbruchs, gar nicht gedacht werden. Gleichzeitig wurde die Kirchengesetzgebung von 1940 herwärts als außer Kraft gesetzt erklärt und beschlossen, die Schulen, die nunmehr wieder konfessionelle Schulen waren, via facti zu eröffnen. Es gehörte Mut zu diesem Schritt, doch konnte uns schließlich und endlich nicht mehr geschehen, als daß man sie uns wieder sperrte. In Werkstätten und Fabrikräumen, in Privathäusern, je nachdem, wo ein größerer Raum zur Verfügung stand, ist "Schule" gehalten worden. Wir rechneten auch damit, daß dies Schuljahr verloren sein würde. Immerhin war vorzuziehen, die Kinder nicht herumlungern, sondern etwas lernen zu lassen. Als Glondys im Spätfrühjahr 1945 als Bischof zurücktrat, konnten wir mit Genehmigung der Regierung eine Landeskirchenversammlung abhalten und den Bischof, den Landeskirchenkurator und das Landeskonsistorium neu wählen, so wie unsere Kirchenverfassung dies vorschrieb. Im Herbst 1946 wurde uns von der Regierung das Recht zuerkannt, Prüfungen abzuhalten und - ich komme wieder an den Anfang dieses Abschnittes zurück - am 4.Dez. d.J. erhielten wir für unsere konfessionelle Schule neuerdings das Schulrecht. Dies bedeutet selbstverständlich nicht allzuviel. Unsere Schulgebäude sind uns als Volksgruppenvermögen ohne Ausnahme weggenommen worden. Aber das gleiche geschah auch mit vielen Gotteshäusern und Pfarrhöfen. Was will das aber schon bedeuten dem gesetzlich anerkannten Schulrecht gegenüber. Ich bin in meinen Beurteilungen nicht allzu optimistisch und doch muß ich zur Neuverleihung und gesetzlichen Anerkennung des Schulrechtes sagen, daß ich daraus die Bestätigung meiner Hoffnungen ersehe, daß an unsere Aussiedlung nicht mehr gedacht wird. Ich kann und will es nicht glauben, daß mit uns ein falsches Spiel gespielt wird, daß auf der einen Seite uns das Schulrecht gegeben, auf der anderen Seite unsere Aussiedlung ins Auge gefaßt wird. Heute sind in allen Kirchen Dankgottesdienste abgehalten worden und ich habe das Gefühl, als bekämen wir wieder festen Boden unter die Füße.
Zum Schluß noch einiges über uns. Wir arbeiten viel, sehr viel und können doch nur gerade leben. Aber wir sind Gott sei Dank gesund und müssen im Gegensatz zu unseren Bauern, nicht mit verschränkten Armen sitzen. "

2. In der Heimat wird jeder gebraucht

Aus Berichten des siebenbürgischen Landeskirchenkurators Dr.Hans Otto Roth von Ende Dezember 1946 und Mitte Januar 1947 entnehmen wir über die Lage unserer Volksgenossen in der Heimat folgendes:
" Und das Schicksal unseres kleinen Völkchens hier unten? Es ist doch viel kleiner und armer geworden als es war. Ich glaube aber bestimmt daran, daß wir hier bleiben und nicht ausgesiedelt werden und daß wir

./.

auch der heutigen Zeit angepasste Lebensformen finden werden " ...
" Unsere größte Freude aus der letzten Zeit: Wir haben die alte konfessionelle Schule wieder ! Sie hat über meine Initiative schon im Herbst 1944 wieder ihre Tätigkeit aufgenommen und wurde von der Regierung geduldet. Seit dem 9.Dezember 1946 aber ist sie durch Regierungsentscheid nun auch formell wieder genehmigt. Das ist ein unsagbares Glück ! ...
Daß unsere Bauern sich, trotz der sog.Agrarreform (Enteignung) nicht aus ihren Gemeinden wegrühren, ist ihr guter Instinkt. Sie wohnen vielfach im Stall oder in der Scheune, jedenfalls in der Nähe ihres Hofes und arbeiten für die Hälfte des Ertrages oder gegen Entlohnung auf ihrem eigenen Grund und sind sehr aufrecht !
In der Stadt sind auch viele Familien sehr schlecht dran, besonders wo der Vater oder beide Eltern in Ost oder West in der Fremde sind und wo dann Geld, Essen, Holz u.ä. fehlt."
In dem Bericht wird ferner gesagt, daß man allen Landsleuten in Deutschland sagen soll, daß sie nach Hause kommen sollen, daß jeder in der Heimat sehr gebraucht wird und daß es ihnen dort trotz allen Schwierigkeiten doch noch am besten ginge.

3. 1947: das Jahr der Entscheidung

Hermannstadt, im Januar 1947 (Dr.O.Fr.J.)
" Es ist nun doch anzunehmen, daß unser Schicksal im Jahr 1947 entschieden wird. Man kann heute annehmen, daß über unsere Aussiedlung nicht mehr gesprochen wird. Die große Frage aber ist, ob unsere Bauern wenigstens einen Teil des Bodens zurückerhalten werden, ob unsere Deportierten wieder nach Hause kommen und ob unsere jungen Leute aus dem Reich und Österreich heimkehren dürfen. Diese Probleme entscheiden über unser Schicksal ..."

4. Die wirtschaftlichen Verhältnisse.

Aus dem Brief eines siebenbürgischen Wirtschaftsmannes: 15.Februar 1947
Wirtschaftlich geht es den Bauern und jenen Kreisen unseres Volkes, die auf Gehalt oder Pension angewiesen sind, recht schlecht, aber mit ein wenig gegenseitiger Hilfe bekämpft man die größte Not. Die Unternehmungen leben in hohem Maße von der Substanz, weil die festen Kosten infolge der Gesetzgebung enorm gewachsen sind und die Einnahmen im allgemeinen damit nicht Schritt halten können. Viele Betriebe sind in andere Hände übergegangen, oft auf dem Wege des Verpachtens, sodaß unter besseren Auspizien einiges davon wieder zurückkommen kann. Bei der Einschreibung neuer sächsischer Lehrlinge gibt es Schwierigkeiten. Man kann in Kürze nicht alle Schwierigkeiten aufzählen, die es überhaupt gibt auf dem Gebiete der Wirtschaft. Auf der einen Seite die auf hohen Touren laufende Inflation, auf der anderen Seite eine wirtschaftliche Gesetzgebung, die so tut, als gäbe es keine Inflation und als könnte man mit der buchstäblichen Erfüllung gewisser schon in der Konzeption sehr problematischer Verordnungen selig werden. Die Zahl der inneren Widersprüche wächst ins Gigantische, die Kräfte, die diese Widersprüche auflösen könnten, sind nicht da. In der Diskussion der Blätter tauchen manchmal Theorien von Karl Marx auf, die theoretisch und praktisch schon hundertmal widerlegt worden sind, was man aber in dem betreffenden Lager nicht immer weiß.
Du schreibst, daß man verwundert ist, daß unsere Kirche bisher die Verbindung nach außen zu den geflüchteten Angehörigen nicht aufgenommen hat. Ich will den Brief hier noch zur Kenntnisnahme bringen, aber ich

./.

muß sagen, daß unter den gegenwärtigen Umständen mit einer Hilfeleistung von hier nach außen kaum in einem nennenswerten Maße gerechnet werden kann, weil hier sehr viel Not ist. In nächster Zeit werden in Berlin und Wien rumänische Repatriierungskommissionen in Tätigkeit treten, die für die Gebiete unter Besetzung der Westmächte arbeiten sollen. In Bezug auf die Heimreise ist auf folgendes aufmerksam zu machen: wenn frühere Waffenträger heimkehren, so werden sie an der Grenze in Gewahrsam genommen und irgendwo hingebracht, wohin unser Einfluß nicht reicht (Großwardein ist besonders arg). Das war nicht immer so. Die Kriegsgerichte, die die Fälle der einzelnen Heimkehrer untersucht haben, sind fast ausnahmslos zu Freisprüchen gekommen. Die obige Erscheinung ist aber nicht ein Teil eines Gerichtsverfahrens, sondern mehr als eine politische Maßnahme zu werten, bei der die Regie in den Händen eines nicht restlos bodenständigen Elementes zu liegen scheint. Man wird ja zur Befreiung dies und jenes versuchen.
In diesen Tagen ist der Text des zu unterzeichnenden Friedensvertrages verlautbart worden. Wie die Entwicklung der politischen Klauseln von der Gleichberechtigung sein wird, werden wir noch sehen. Wirtschaftlich bleibt der Marasmus wohl noch lange bestehen. Ob es zu einer Rückgabe weggenommenen Vermögens kommen wird, ist noch sehr ungewiß. Unsere fleißigen Bauern stehen da und haben für ihre geübten Fäuste keine Angriffspunkte. Die Möglichkeiten einer Hausindustrie sind beschränkt. Viele machen bereits Flechtwerk für Strohschuhe.
Unsere Statistik bietet ein furchtbar trostloses Bild. Über 60% unserer Bevölkerung ist im Alter von mehr als 45 Jahren. Die Voraussetzungen für den stufenweisen Verlust weiterer junger Menschen (Deportierung) sind vorhanden. Über diesen wunden Punkt kommt man nicht leicht hinweg. Geburten gibt es sozusagen nicht mehr. Uns fehlt eben die jüngere Generation zu sehr."

5. Stellungnahme des siebenbürgischen Landesbischofs D. Friedrich Müller zu aktuellen Lebensfragen der siebenbürgisch-sächsischen Volks- und Glaubensgemeinschaft

Im Herbst vorigen Jahres wurde dem siebenbürgischen Landesbischof D. Friedrich Müller, Hermannstadt, Huetplatz 1, von irgendeinem hiesigen Siebenbürger fälschlicherweise berichtet, daß unsere Dienststelle alle Rumäniendeutschen einschließlich der aus Rußland zurückgebrachten Deportierten vor der Rückkehr in die Heimat abzuhalten versuchen, ja ihnen sogar anraten, die in der Heimat verbliebenen Angehörigen herzuholen und sie zu einer Auswanderung nach Übersee zu bewegen. Diese Meldung bewog Herrn Landesbischof D. Müller, in drei Schreiben vom 1., 20. und 28. Nov. 1946, die an die leitenden Kirchenstellen in Deutschland gerichtet waren, gegen jeden Auswanderungsgedanken entschieden Stellung zu nehmen. Herr Landesbischof D. Müller schreibt darin u.a. über Herrn Bischof D. Gerhard May, Wien, an die Kanzlei der Evang. Kirche in Deutschland:
1.) Hermannstadt, den 2o. November 1946
... Da die Gefahr besteht, daß die Arbeit in der Evang. Kirche Deutschlands zugunsten der Siebenbürger Sachsen ebenfalls nach unzulänglichen und schiefen Berichten ins Werk gesetzt wird, ist unserer Kirche außerordentlich viel daran gelegen, daß bezüglich der mit Gastrecht in Deutschland bleibenden siebenbürgischen Glaubensgenossen in allen für deren Gesamtschicksal bedeutsamen Fragen unter keinen Umständen Stellung genommen oder gehandelt werde, bevor man von der Leitung der evang. Kirche in Rumänien zuverlässige Informationen eingeholt und erhalten hat. ...
Eine Aussiedlung unserer Glaubensgenossen aus Rumänien ist nicht möglich. Bezüglich der Lage der in der Zeit vom 13. - 31. Jänner 1945 für den

Arbeitsdienst in Rußland ausgehobenen Glaubensgenossen in Rumänien muß folgendes zur Richtigstellung verschiedener Berichte betont werden:
a) Sie werden in Rußland mit den Russen gleich behandelt.
b) Über 10% von ihnen sind bereits zurückgekehrt, und es ist die Zusage gegeben worden, daß in absehbarer Zeit alle zurückkehren werden. Die in Rumänien verbliebenen Glaubensgenossen fühlen sich gerade auch gegenüber den zum Arbeitsdienst Eingezogenen verpflichtet, die Lebensgrundlagen in Siebenbürgen, deren Wiederfestigung in Aussicht steht, unter den geänderten sozialen Verhältnissen, denen sich die Glaubensgenossen bewundernswert anpassen, in neuer Arbeit neu zu entwickeln, daß die Zurückkehrenden wirklich eine Heimat finden. Bevor der Friede mit Rußland geschlossen ist, von dem unsere Glaubensgenossen in Rumänien die Lösung aller schwebenden Fragen erwarten, kann von keiner Seite für die Gestaltung des Gesamtschicksals etwas endgültiges geschehen. Um so wichtiger ist es, daß diese harte und bange Wartezeit nicht durch wohlgemeinte, aber von falschen Voraussetzungen ausgehenden Aktionen erschwert oder gestört werden."
Dem Herrn Bischof D. Fr. Müller ist sehr viel daran gelegen, daß diese Mitteilung allen Stellen zugeleitet werde, die an dem Schicksal der Siebenbürger Sachsen helfend und ratend Anteil nehmen.
2.) Über die Lage der Deportierten schreibt Herr Bischof D. Müller am 28. November v.J. an Herrn Pfarrer D. Martin Niemöller :
"... Unsere vom Arbeitsdienst in Rußland irrtümlich nach Deutschland, statt nach Rumänien gelangten Glaubensgenossen sind in der Zeit vom 13. - 31. Januar 1945 für den Arbeitsdienst in Rußland ausgehoben worden und zwar ohne jede andere Unterscheidung als diejenige nach Altersklasse und Arbeitsfähigkeit (nach politischer Belastung oder dgl. wurde nicht gefragt). Anlässlich ihrer Aushebung wurde ihnen vom rumänischen Ministerpräsidium in einem veröffentlichten Kommunique zugesagt, daß sie nach Ableistung ihrer " Pflichtarbeit " wieder nach Hause gebracht werden. Hier warten ihre Familien nun mit bangen Herzen: Ich wurde informiert, daß die Zwischenstation in der Rückführung mit Rücksicht auf die hier inzwischen stattgehabten Parlamentswahlen eingeschoben worden sei und daß nunmehr gegen ihre Heimbringung kein Hindernis mehr bestehe. Tatsächlich ist in diesen Tagen eine Gruppe solcher Heimkehrer nun aus Rußland direkt nach Rumänien gebracht worden. Vielleicht können Ihnen diese Mitteilungen bei Aufklärung von Missverständnissen sowohl der Behörden, als auch Heimkehrer selbst dienen, - Missverständnissen, die entstehen mußten, da die Heimkehrer in Quarantäne-Lager gebracht wurden, die für Umsiedler errichtet sind, nach der Quarantäne aber in den für Umsiedlung üblichen Formen, wenn auch nur provisorisch - " eingemeindet " wurden. Ich bitte Sie herzlich, entsenden Sie geeignete Vertrauensmänner, die diese Lage überall klarstellen, die Heimkehrer trösten und sich ihrer annehmen. Hauptsache ist, daß dringendst die erforderlichen Eisenbahnzüge mit Waggons, die für den langen Transport bis Rumänien entsprechend ausgestattet sind, zur Verfügung gestellt werden, damit die Heimkehrer wirklich heimkehren können, denn dort sind sie nur sich und anderen zur Last, bzw. infolge des Mangels von Subsistenzmitteln in jeglicher dadurch möglichen Gefahr.
Ein Teil der Heimkehrer ist, wie wir erfahren, so schlecht mit Körper- und Fußbekleidung versehen, daß sie schon dadurch schwersten Gefahren ausgesetzt sind. Bitte, setzen Sie alles daran, daß das Notdürftigste an Bekleidung für sie bereitgestellt werde. Ein anderer Teil ist erkrankt. Bitte, nehmen Sie sich der Erkrankten besonders an, sodaß sie in geeignete Krankenbehandlung kommen, und nach der Gesundung auch dann nach Hause kommen können, wenn ihre zurzeit gesunden Schicksalsgefährten schon nach Hause gebracht worden sind. Es kann den russischen Besatzungsbehörden, die solche Transporte schon wiederholt und leicht

./.

durchgeführt haben, nicht schwer fallen, auch einzelne Waggons glatt und rasch aus Ostdeutschland nach Rumänien zu bringen.
Die Aussiedlung unserer hiesigen Glaubensgenossen wird nicht zugelassen, sodaß jede Werbung dafür, die übrigens keine Auswirkung in die Breite hat, weil ihr nur Menschen mit verlorenem innerem Gleichgewicht zugänglich sind, nur Gefahren für diejenigen mit sich bringen kann, die ihr aufsitzen. Die nach München gelangten Heimkehrer aus Rußland aber bitte ich zu unterstützen, daß sie auf Grund ihres Entlassungsscheines aus russischen Dienst die Einfahrtbewilligung nach Rumänien bekommen, am besten wohl mit Hilfe eines russischen Konsulates, das den Weg zu den zuständigen russischen Besatzungsbehörden kennt; ohne russische Einfahrtbewilligung oder eine solche der rumänischen Repatriierungskommission, falls diese noch in Deutschland zu erreichen ist, muß von dem Versuch zur Einfahrt nach Rumänien entschiedenst abgeraten werden. Man verwechselt nämlich Heimkehrer vom Arbeitsdienst in Rußland mit den während der Kriegshandlungen im Herbst 1944 " Evakuierten ", deren Einreise jetzt nicht zugelassen wird, weil über ihre Rechtslage im Zusammenhang mit dem Friedensschluß entschieden werden soll."
3.) Auf unsere Bitte um Richtlinien für unsere weitere Arbeit und Auskunft über die heimatlichen Verhältnisse erhielten wir kürzlich von Herrn Landesbischof D. Müller zwei Briefe, die vom 10. und 20. Februar d.J. datierten. Leider enthalten diese Briefe nur eine scharfe Stellungnahme gegen jeglichen Auswanderungsgedanken und besagen nichts über die Lage und Aussichten in der Heimat. Herr Landesbischof schreibt darin u.a.:
" Deinen Wunsch, daß wir Euch von hier aus planmässig Ausrichtungen zur Verfügung stellen, kann ich leider nicht erfüllen. Seit Ihr von hier weg seid, ist das Leben rasend weitergegangen und die Dinge ändern sich sozusagen von Tag zu Tag. Unsere Leute, besonders in Südsiebenbürgen, haben geradezu erstaunliche Anpassungsfähigkeit bewiesen und damit die Grundlage geschaffen, daß wir durch die Arbeit wieder zur Erfüllung der Aufgaben gelangen können, die wir hier haben. Und da eine Aussiedlung nicht zugelassen wird, bleibt uns, wie immer man unter andern Gesichtspunkten zu der Frage stehen möge, eindeutig nur der Weg, uns durch unsere Arbeit unsere Lebens- und Arbeitsgrundlagen wieder zu gewinnen. Für die Fühlungnahme mit Euch gibt es angesichts der so verschiedenen Lage zwischen hier und dort nur die Möglichkeit, daß Ihr vor allen wichtigen Entscheidungen uns die Möglichkeit gebt, Euch zu beraten und aus unseren Lebensverhältnissen her, so weit möglich, richtig zu informieren.
Die "Kirchlichen Blätter" wollen wir versuchen, Dir zugehen zu lassen; ob es gelingt, wird nicht an uns liegen."

Diesen Berichten des siebenbürgischen Landesbischof muß unsererseits zur Vermeidung von Mißverständnissen folgendes hinzugefügt werden:

Unsere Dienststelle hat allen aus Rußland zurückgekehrten Sachsen und Schwaben - soweit sie sich bei uns gemeldet haben - im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten Bekleidung, Geld, Unterkunft und ärztliche Pflege (Erholungsheime) vermittelt und ihnen Wege gezeigt, wie sie legal in die Heimat gelangen können. Sie hat jedoch auf Anweisung der amerikanischen Militärregierung (Refugee Section) vor jedem unerlaubten, eigenmächtigen Grenzübertritt gewarnt. Unsere Dienststelle hat keinem Rußlandheimkehrer geraten, seine in der Heimat befindliche Familie herzuholen, um mit ihr auszuwandern.
Unverbindliche Informationen über Ansiedlungsmöglichkeiten in Deutschland, Österreich und Übersee (Kanada, Argentinien und Chile) wurden von unserer Dienststelle besonders für diejenigen rumäniendeutschen Siedlungsgruppen eingeholt, die nach Lage der Dinge keine Möglichkeit haben, nach Rumänien zurückzukehren.

./.

ikgs

Es war unsere Pflicht solche Erkundungen im Dienste der Existenzsicherung jener Gruppen vorzunehmen.
Was die Meldung über die wegen den " rumänischen Parlamentswahlen irrtümlich nach Deutschland statt nach Rumänien gelangten Glaubensgenossen" anbelangt, so glauben wir, daß es sich hier um einen sehr "groben" Irrtum handelt, da man 10.000 Leute "versehentlich" nach Deutschland brachte (die letzten im Januar d.J., also 3 Monate nach den rumänischen Parlamentswahlen!) Die Rückkehrer berichteten übereinstimmend, daß aus den russischen Arbeitslagern - wie alljährlich im Herbst - etwa 10% arbeitsunfähiger, kranker oder entkräfteter Leute aus allen deutschen Siedlungsgebieten ausgewählt und nach Deutschland entlassen wurden. Von einer baldigen Entlassung der zurückgebliebenen arbeitsfähigen Volks- und Glaubensgenossen sei bei ihrer Abreise keine Rede gewesen.

5. Besserung der Verhältnisse ?

Ein Hermannstädter schreibt uns zu Beginn dieses Jahres:
a)" Von rumänischer Seite wurde angedeutet, es sei erwünscht, wenn sich unsere Volksgruppe wieder organisieren würde, natürlich nach demokratischen Grundsätzen, sodaß sie wieder ihre eigene Vertretung bei der Regierung erhielte. Damit würde eine Aufteilung in die rumänischen Parteien hinfällig.
....Gleichzeitig soll ein weiteres deutsches Schulgebäude, das derzeit von den Russen besetzt ist, in Hermannstadt zurückerstattet werden; ebenso die Geschäfte und zumindest ein lebensnötiger Teil des Grundes. Die Revidierung der Übergriffe ist im Gange. Dieses /alles scheint eine Folge der Pariser Beschlüsse zu sein. Hier ist festgelegt worden, daß die russischen Truppen - ausgenommen Verwaltungs- und Kontrollorgane - das Land drei Monate nach Ratifizierung des rumänischen Friedensvertrages geräumt haben müssen. Bezüglich der deutschen Minderheit wird festgelegt: Minderheiten im Sinne des Versailler Vertrages gibt es nicht mehr. Es muß Gleichberechtigung in demokratischem Sinne herrschen und jede Splittergruppe erhält nach unterzeichneten Vertrag die gleichen Rechte, vor allem die politischen und Staatsbürgerrechte, wie jeder Blutsrumäne."
Ein anderer Hermannstädter berichtet im Januar d.J.:
" Die neuerlich Heimgekehrten mußten sich auf der Gendarmerie melden; Ihre Listen werden nach Bukarest eingesandt - der Zweck ist unbekannt. Es ist immer wieder vorgekommen, daß Heimkehrer aus unbekannten Gründen festgenommen wurden. Meist ließ die Sache sich aber regeln. ...
Eben erhalte ich eine von Dr.Hans Otto Roth stammende Nachricht, derzufolge all diejenigen, die nicht bei der Waffen-SS waren, aus dem Internierungslager Großwardein heimgelassen werden. Es heisst, daß alle weiteren Evakuierungen verboten seien ... Du fragst wiederholt, ob sich in den letzten Wochen in der Lage unserer Städter etwas geändert habe. Diese Veränderungen gehen langsam und stetig vor sich. Fast alle unsere Geschäfte haben den Besitzer gewechselt oder sind geschlossen. Immer wieder sind Nachweise angeblicher Wirtschaftssabotage Anlaß, ihren Weiterbestand unmöglich zu machen. Der städtische Häuserbesitz ist nicht angegriffen worden. "

6. Briefe unserer Bauern.

Zu gleicher Zeit erreichten uns mehrere Briefe unserer in der Heimat verbliebenen Bauern, die von einer verzweifelten Notlage sprechen. So schreibt z.B. eine sächsische Bäuerin im Januar d.J. aus Deutsch-Kreu[illegible], daß am 3.Januar 60 Kühe zur Verladung nach Rußland aus der Gemeinde weggeführt worden seien. Viele einst sehr wohlhabende sächsische Bauer stünden heute mit einem einzigen Kalb da. Die im Dorfe lebenden Rumänen

./.

und Zigeuner hätten ihre Hütten gegen sächsische Höfe eingetauscht. Vor den Wahlen habe man jedem Rumänen und Zigeuner einen sächsischen Hof zugeteilt. Wer dort mit den neuen Eigentümern friedlich auskam, konnte bleiben, die anderen wurden in Gruppen zu 2-3 Familien auf die übriggebliebenen Höfe verteilt.
Ähnliche Berichte trafen auch aus anderen sächsischen Dörfern des Schässburger Komitats bei uns ein.
Aus Oberneudorf bei Bistritz schrieben die dorthin zurückgekehrten sächsischen Frauen kürzlich an ihre Angehörigen in Bayern, daß die Lebensverhältnisse sich von Tag zu Tag verschlechtern; sie seien nicht mehr in der Lage, ihre Kinder und Eltern zu ernähren, und der Hunger drohe sie alle zu vernichten! Sie flehen uns an, sie - falls es eine legale Möglichkeit dazu gebe - so bald als möglich nach Deutschland zu bringen.

Zusammenfassung

Diese Berichte lassen vermuten, daß sich in der Heimat für unsere Volks- und Glaubensgenossen zwar auf einigen Gebieten eine Besserung der Verhältnisse anbahnt - eine solche wird zumindest durch verschiedene Gesetze und Erlasse angekündigt - daß jedoch wesentliche Fragen noch keineswegs geklärt sind. Ungeklärt ist einstweilen die Frage der Rückerstattung des enteigneten Vermögens unserer Bauern, Flüchtlinge, Evakuierten, Waffen-SS-Angehörigen usw. Ungeklärt ist ferner die staatsbürgerrechtliche Frage der Letzteren und damit die der Verpflichtung für den Arbeitsdienst in Rußland - von der alle jüngeren Kräfte unseres Volkes, vor allem die ehemaligen Waffenträger, bedroht sind.
Die Zwangsarbeit ist wahrscheinlich ein Teil des Reparationsprogramms, welches Rumänien dazu verpflichtet, der Sowjetunion auf die Dauer von 6 Jahren " 100.000 Bacharbeiter " zur Verfügung zu stellen. Bevor diese Existenzfragen unseres Volkes nicht durch Gesetze oder Verordnungen - die natürlich auch in die Tat umgesetzt werden müssen - gesichert sind, ist jede Heimkehr unserer Evakuierten, Flüchtlinge und entlassenen Kriegsgefangenen mit einem großen Risiko verbunden.
Unsere Dienststelle überläßt daher die Entscheidung darüber, ob Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen bereits jetzt, vor erfolgter Regelung der genannten Fragen, heimkehren oder damit noch warten sollen, jedem Einzelnen und kann hierfür keine Verantwortung übernehmen.

III.

Baldige Heimkehr in Aussicht?

Rumänische Repatriierungskommission in Deutschland eingetroffen

Die bereits vor längeren angekündigte rumänische Repatriierungskommission traf unter der Leitung von Oberstleutnant Nicolaide am 18. Febr. in München ein. Nach kurzen Besprechungen mit der hiesigen Militärregierung ist ein Teil derselben nach Berlin abgereist, um dort mit den zuständigen Behörden des Alliierten Kontrollrates Organisationsfragen, die mit der Repatriierung der rumänischen Staatsbürger im Zusammenhang stehen, zu behandeln. Die Kommission wird in Kürze nach München zurückkehren und dann zunächst in der amerikanischen Zone mit den Registrierungen für den Heimtransport beginnen. Sie setzt ihre Arbeit dann in den übrigen Besatzungszonen (auch in der englischen und russischen) fort. Es ist noch nicht bekannt, wo die rumänische Kommission ihr Büro eröffnet. Deren Anschrift und der Zeitpunkt des Arbeitsbeginns werden rechtzeitig über Presse und Rundfunk, ausserdem von unserer Dienststelle

./.

durch Sonderrundschreiben bekanntgegeben werden. Dieser Zeitpunkt muß mit Ruhe abgewartet werden. Alle Flüchtlingskommissare und Bürgermeister sind angewiesen, schon jetzt eine namentliche Erfassung aller für den Heintransport in Frage kommenden rumänischen Staatsbürger durchzuführen und diese rechtzeitig vom Zeitpunkt des Abtransports zu verständigen. Die rumänische Kommission bleibt voraussichtlich mehrere Monate in Deutschland. Es ist sinnlos, sich schon jetzt zu unserer Dienststelle nach München oder gar in das völlig überfüllte Lager Schalding zu begeben. Vorläufig werden noch keine Anmeldungen für den Heimtransport entgegengenommen. Unsere in Thüringen und Sachsen untergebrachten rund 8.000 Deportierten haben dort auf das Eintreffen der rumänischen Repatriierungskommission zu warten. Die bayerischen Flüchtlingslager müssen für die in Kürze zu erwartende Zehntausende volksdeutscher Flüchtlinge aus Ungarn, dem Sudetenland und Österreich freigemacht werden und sind daher nicht in der Lage, zusätzliche rumäniendeutsche Flüchtlinge aufzunehmen. Die amerik.Militärregierung hat uns angewiesen, alle Rumäniendeutschen vor einer unerlaubten (schwarzen) Einreise nach Bayern zu warnen ! Wer von nun ab unerlaubt herüberkommt, bleibt auf der Strasse und wird obendrein mit Gefängnis bestraft. Bisher wurde nur das Lager Schalding (zwei Stationen vor Passau) als Sammellager für rumäniendeutsche Heimkehrer freigegeben. Dieses Lager ist z.Zt.völlig überfüllt und kann erst dann wieder Leute aufnehmen, wenn die ersten Transporte in die Heimat abgegangen sind, wahrscheinlich nicht vor dem 15.April ! Wer sich schon jetzt nach Schalding begibt, vergeudet unötigerweise Zeit und Geld und muß doch zum jetzigen Unterbringungsort zurückkehren.

Die Repatriierungs-Bedingungen.

Der endgültige Wortlaut der Repatriierungsbedingungen wird erst nach Rückkehr der rumänischen Kommission aus Berlin offiziel bekanntgegeben. Unsererseits konnte hierüber bisher nur folgendes in Erfahrung gebracht werden:

1.) Alle Personen, die vor dem 23.August 1944 im Besitze der rumänischen Staatsbürgerschaft waren und Rumänien infolge der Kriegsereignisse vor diesem Zeitpunkt verlassen mußten, können repatriiert werden. Ebenso alle diejenigen, die im Besitze eines rumänischen Reisepasses sind und infolge der Kriegsereignisse bisher noch keine Gelegenheit hatten, nach Rumänien zurückzukehren.

2.) Folgende Gruppen rumänischer Staatsbürger können nicht repatriiert werden:

a) Alle ehemaligen rumänischen Staatsbürger, die nach dem 23.August 1944 (Zeitpunkt der rumänischen Kapitulation) freiwwillig in irgend einer feindlichen Armee oder in halbsoldatischen Organisationen am Kriege gegen Rumänien und die Vereinten Nationen teilgenommen haben.

b) Alle rumänischen Staatsbürger, die Rumänien nach dem 23.August 1944 freiwillig verlassen haben und sich unter den Schutz einer feindlichen (z.B. deutschen) Macht gestellt haben.

c) Alle ehemaligen rumänischen Staatsbürger, die freiwillig um die deutsche Staatsbürgerschaft angesucht haben.

d) Alle ehemaligen rumänischen Staatsbürger, die auf Grund zwischenstaatlicher Verträge in das Deutsche Reich umgesiedelt und eingebürgert wurden (Umsiedler aus der Bukowina, aus Bessarabien und der Dobrudscha u.a.).

Diese Gruppen haben die rumänische Staatsbürgerschaft verloren.

2.) Darüberhinaus ist die rumänische Repatriierungskommission bestrebt, bei der Beurteilung jedes einzelnen Falles menschliche Gesichtspunkte gelten zu lassen und vor allem auseinandergerissene Familien wieder zusammenzuführen.

Diese Bedingungen wurden uns nur mündlich bekanntgegeben, weshalb sie weder auf Vollständigkeit noch absolute Zuverlässigkeit Anspruch erheben. Den genauen Wortlaut geben wir bekannt, sobald er bei uns

./.

schriftlich einlangt.
Über die übrigen Repatriierungs-Bedingungen werden wir nach Rückkehr der rumänischen Repatriierungskommission weitere Informationen einholen und laufend bekanntgeben.
Es ist uns noch **nicht** bekannt, ob z.B. die im Herbst 1944 zwangsweise evakuierten Siebenbürger und Banater nun heimkehren dürfen, ebenso ist noch nicht bekannt, ob das in der Heimat zurückgelassene Vermögen, vor allem der Haus- und Grundbesitz nach der Heimkehr zurückerstattet wird. Bis zur Klärung dieser Fragen verbleibe daher jeder an seinem derzeitigen Unterbringungsort und warte unsere weiteren Anweisungen mit Geduld ab. Es wird ohnehin zweckmässig sein, zunächst die aus Rußland zurückgekehrten Pflichtarbeiter (Deportierten) mit den ersten Transporten heimzuschicken, da sie in größter Not sind.
Jüngeren Leuten, die in deutschen Formationen gedient haben, wird entschieden abgeraten, mit den ersten Transporten mitzufahren.
Fast alle Jungmänner die in deut.Wehrformationen gedient hatten, wurden soweit sie heimgekehrt waren zwischen dem 2o. - 25. Februar d.J. in das Zivilinternierungslager Grosswardein gebracht.
Wir raten diesen erst dann mit späteren Transporten heimzufahren, wenn ihnen hierzu eine legale Möglichkeit geboten wird und sie von ihren in der Heimat befindlichen Angehörigen (Eltern und Verwandten) heimgerufen werden.
Am 13.März begannen 2 Offiziere der rumänischen Repatriierungskommission, 1 Hauptmann und 1 Oberleutnant im Lager Schalding mit der Ausfüllung von Fragebogen für die Repatriierung der im Lager befindlichen Rumäniendeutschen. Die Kommission registrierte alle Rumäniendeutschen, sowohl Russlandheimkehrer (Deportierte) als auch Flüchtlinge. Die ausgefüllten Fragebogen werden nach München geschickt und dort von der Leitung der rum.Repatriierungskommission überprüft. Fragliche Repatriierungsansuchen werden nach Bukarest zur Entscheidung eingesandt.
Die Kommission bleibt solange in Bayern bis der letzte rumänische Staatsbürger (einschliesslich der Volksdeutschen) hier registriert ist. Das dürfte mehrere Monate lang dauern. Die ersten rumänischen Transporte gehen voraussichtlich vom 15.April mit Donauschleppern von Schalding aus nach Rumänien ab. (Die Tschechoslowakei und Ungarn sollen sich geweigert haben rumäniendeutsche Eisenbahntransporte durchzulassen - daher der Donauschiffahrtsweg.) Zahlreiche ungeduldige Landsleute haben sich schon jetzt ins Lager Schalding begeben, wurden aber wegen Überfüllung des Lagers wieder nach Hause geschickt. Es wird jeder rumänische Staatsbürger von seinem zuständigen Flüchtlingskommissar rechtzeitig verständigt wann und wohin er sich zwecks Registrierung zur rumän.Repatriierungskommission zu begeben hat. Es warte daher jeder diese Verständigung an seinem derzeitigen Unterbringungsort geduldig ab. Jeder Rumäniendeutsche, der heimkehren will, muß bei der Registrierung durch die rum.Kommission einen Fragebogen mit 34 vorgedruckten Fragen ausfüllen lassen.
In folgenden geben wir den Wortlaut des Fragebogens im rumänischen Originaltext wieder:

Interogator pentru repatriere Nr....

I. Date personale

1. Numele de familie şi pronumele, 2. Ziua, luna şi anul naşterii, 3. Locul naşterii (comuna, judeţul şi ţara), 4. Cetăţenia, 5. Naţionalitatea (origina), 6. Religia, 7. Situaţia militară, contigentul gradul, ultima unitate, acte doveditoare., 8. Data dela care se află in localitatea in care completează interogatorul, 9. Data şi punctul de frontieră de eşire din România, 10. Motivele şi imprejurările părăsirii ţării, 11. Felul, numărul, data şi autoritatea care a eliberat actul de călătorie cu care a părăsit ţara, 12. Data intrării in ţară in care se găseşte in prezent, 13. Ţările in care a mai fost până la

./.

sosirea in tara in care se găseşte precizându-se data intrării şi plecării din fiecare ţară, 14. Felul, numărul, data şi autoritatea care a eliberat actul de călătorie cu care a intrat in ţara in care se găseşte, 15. Ultimul cat de călătorie avut sau legitimaţia de care se foloseşte in prezent, 16. Actele cu care dovedeşte identitatea, cetăţenia şi naţionalitatea (origina), menţionându-se numărul data şi autoritatea care le-a eliberat, 17. A fost inrolat in vre-o armată sau formaţiune militară străină ? (Timpul şi armata in care a servit),

II. Date asupra părinţilor 18. Numele si pronumele tatălui, 19. Locul şi data naşterii tatălui, 2o. Cetăţenia şi naţionalitatea (origina tatălui), 21. Adresa actuală a tatălui sau eventual, locul si data decesului, 22. Numele şi pronumele mamei, 23. Locul si data nasterii mamei, 24. Cetăţenia si naţionalitatea (origina mamei), 25. Adresa actuala a mamei, eventual locul şi data decesului,

III. Date asupra Soţului/soţiei 26. Numele şi pronumele soţului/soţiei, 27. Locul şi data naşterii, 28. Cetăţenia soţiei inainte de căsătorie (in cazul când soţia, prin actul de căsătorie si-a menţinut cetăţenia, va preciza această situaţie), 29. Religia, 3o. Data, autoritatea si biserica la care s'a celebrat căsătoria, 31. Unde se află acum soţul/ soţia care este cetăţenia lui (ei) actuală,

IV. Date asupra copiilor Numele, Locul si data naşterii, Religia, Adresa lor actuale, Observaţiuni,

V. Date asupra altor rude 32. Alte rude in România, gradul de rudenie şi adresele lor,

VI. Date asupra bunurilor 33. Bunuri mobile şi imobile in România, 34. Bunuri mobile şi imobile in străinătate,

Semnătura Interogatului,.... Hotărârea comisie de repatriere,.... Presedinte,... Membrii,... Secretar,...

IV.

Aktuelle Flüchtlingsfragen

1

Bildung eines kirchlichen Hilfskomitees der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben im Rahmen des Hilfswerks der evang. Kirche in Deutschland

Da die weitere Aufrechterhaltung selbständiger landsmännischer Zusammenschlüsse von der Besatzungsmacht untersagt wurde, ist unsere"Hilfs- und Beratungsstelle für Rumäniendeutsche" am 1.Januar d.J. in das Hilfswerk der Evang.Kirche in Deutschland eingegliedert worden. In dessen Rahmen wurden für alle ostdeutschen Gruppen heimatkirchliche Hilfskomitees gebildet, so z.B. ein Hilfskomitee für die Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben, eines für die Umsiedler aus der Bukowina, für die ev.- luth. Deutschen aus Bessarabien und der Dobrudscha usw. Die Leitung bzw. den Vorsitz dieser Hilfskomitees übernahm je ein evang. Geistlicher der betreffenden Heimatkirche.
Das siebenbürgische Hilfskomitee wurde am 6.Febr.d.J. durch Wahl eines erweiterten Vorstands neu konstituiert. An der in München abgehaltenen Wahlversammlung nahmen insgesamt 142 Vertreter aus jedem Siedlungsgebiet Siebenbürgens teil undzwar 67 Vertreter Südsiebenbürgen, 60 aus Nordsiebenbürgen und 15 aus dem Kreis Sächsisch-Reen. Die Flüchtlingsvertreter kamen aus allen Ländern der amerikanischen und britischen Besatzungszone. Zunächst sprach der Vorsitzende Herr Pfarrer Gottfried Rottmann über den Zweck der Tagung und die Aufgaben des zu gründenden

./.

Hilfskomitees. Herr Dr.Appel, der bisherige Leiter der "Hilfs- und Beratungsstelle für Rumäniendeutsche" gab über seine anderthalbjährige Tätigkeit einen umfassenden Bericht und sprach dann über alle aktuellen Lebens- und Zukunfstfragen der siebenbürgisch-sächsischen Volks- und Glaubensgemeinschaft.
Nachdem Herr Pfarrer G.Rottmann und Herr Dr.O.Appel von ihrem bisherigen Amt zurückgetreten waren, erfolgte in geheimer Abstimmung die Neuwahl der Vorsitzenden, eines Geschäftsführers und eines erweiterten Vorstandes (Hauptausschuß.) Von den abgegebenen 130 gültigen Stimmen entfielen bei der Wahl des ersten Vorsitzenden 112 Stimmen auf Herrn Pfarrer Gottfried Rottmann und 14 Stimmen auf Herrn Pfarrer Hans Joachim Thullner, bei der Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden 63 Stimmen auf Herrn Pfarrer Anton Elsholz, 35 Stimmen auf Herrn Pfarrer Hans-Joachim Thullner, 14 auf Herrn Pfarrer Rottmann, 9 auf Herrn Pfarrer Viktor Mökesch. Somit wurde Herr Pfarrer Gottfried Rottmann mit überwiegender Mehrheit zum Vorsitzenden und Herr Pfarrer Anton Elsholz zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Herr Dr.Otto Appel wurde mit 130 Stimmen, also einstimmig, zum Geschäftsführer bestellt.
In den erweiterten Vorstand (Hauptausschuß des Hilfskomitees) wurden insgesamt 6 geistliche und 10 weltliche Vertreter gewählt und zwar:
a) die Pfarrer: Gottfried Rottmann, Anton Elsholz, Hans-Joachim Thullner, Viktor Mökesch, Herwart Reiser und Michael Rehbogen.
b) als weltliche Vertreter: Dr.Otto Appel (Dipl.agr.), Johann Bartleff (Bauer), Hermann Otto Bolesch (Student), Alwin Csallner (Kaufmann) Johann Dienesch (Bauer), Dr.Günther Neugeboren (Arzt), Albert Jung (Riemer), Dr.Franz Haas (Rechtsanwalt), Dr.Ernst Lang (Arzt) und Johann Mann (Bauer).
An die Wahl des Vorsitzenden schloß sich eine sehr lebhafte Aussprache an, über die Frage "Heimkehr oder Auswanderung". Unsere Bauern wandten sich entschieden gegen eine Rückkehr ohne ausreichende Zusicherung für die Rückgabe ihres enteigneten Vermögens - besonders des Haus- und Grundbesitzes, der ihre Lebensgrundlage bildet. Sie verlangten, daß unser Hilfskomitee sich auch weiterhin für günstige Ansiedlungsmöglichkeiten im binnendeutschen Raum bzw.in geeigneten Überseegebieten interessiere und diesbezüglich unverbindliche Verhandlungen führe. Sollte sich die Lage in der Heimat bessern und eine Heimkehr unter annehmbaren Bedingungen möglich sein, so werde man sich natürlich dazu entschließen. Manche Vertreter, besonders die aus Südsiebenbürgen, verwarfen energisch jeden Auswanderungsgedanken. Man einigte sich schließlich in erster Linie die gesicherte Heimkehr zu erstreben, aber um nichts zu versäumen, auch zukünftig in drei Richtungen weiterzuarbeiten:
a)für die Heimkehr unter bestimmten Zusicherungen,
b)für eine Ansiedlung im österreichischen und binnendeutschen Raum,
c)für eine geschlossene Ansiedlung in geeigneten Überseegebieten.
Mit dem Vorsatz zu einmütiger Zusammenarbeit wurde die dreieinhalbstündige Tagung erfolgreich beendet.

2. Zweigstellen unseres Hilfskomitees in den einzelnen deutschen Gebieten

a) Württemberg-Baden (amerikanische Zone)
Zur Betreuung der Siebenbürger und Banater, die in der amerikanischen Besatzungszone von Württemberg-Baden untergebracht sind, wurde in (14a) Stuttgart 13, Stälinweg 16, unter der Leitung von Fräulein Brigitte Csaki (Vikarin), eine Zweigstelle errichtet und diese in das Evangelische Hilfswerk Württembergs eingebaut.

./.

b) Hessen
In Hessen betreut Herr Pfarrer Harald Müller von (16) Rommershausen, Kreis Ziegenhain, aus sowohl die Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben als auch die Buchenland-Umsiedler.
c) Britische Zone
Mit der Betreuung der Siebenbürger und Banater in der britischen Besatzungszone wurde Herr Pfarrer Hans Schuster (aus Agnetheln) in (20) Hildesheim, Saarstrasse 165 beauftragt.
d) Russische Zone
Die Betreuung aller in der russischen Besatzungszone untergebrachten Volks- und Glaubensgenossen aus Rumänien erfolgt durch Herrn Pfarrer Dr. Wilhelm Arz in (1) Berlin N 65, Seestr. 35.
e) Französische Zone
In der französischen Zone (Süd-Württemberg-Baden) betreut unsere Landsleute Herr Rechtsanwalt Fritz Keschmann in (17b) Pfullendorf/Baden, Pfarrhofstr. 17.
f) Mittel-, Unter- und Oberfranken
Die in Mittel- und Unterfranken wohnenden Siebenbürger und Banater werden vom stellvertretenden Vorsitzenden unseres Hilfskomitees Herrn Pfarrer Anton Elsholz (13a) Ev. Pfarramt Diebach, Kreis Rothenburg/Mfr., die in Oberfranken von Herrn Wilhelm Wittstock in (13a) Erlangen, Neue Straße 10 betreut, alle übrigen bayrischen Gebiete direkt von unserer Münchner Zentrale.
Da die Münchner Hauptstelle überlastet und kaum noch in der Lage ist, den riesig angewachsenen Brief- und Parteienverkehr zu bewältigen, bitten wir, sich von nun an in allen Beratungs- und Betreuungsangelegenheiten an unsere Zweigstellen zu wenden. Wir versehen diese von nun an fortlaufend mit allen Berichten und Mitteilungen.

3. Unsere Rundschreiben und Mitteilungen

können wegen der augenblicklichen Papierknappheit (für jedes Rundschreiben benötigen wir 20.000 Blatt Saugpapier) leider nur alle 2-3 Monate herausgegeben werden. Die Zweigstellen müssen daher in den Zwischenzeiten bemüht sein, unsere Mitteilungen selbst zu vervielfältigen oder diese ihrem Betreuungskreis bei Zusammenkünften vorzulesen.

4. Unsere angekündigten Auswanderungs-Informationshefte

erforderlichenfalls werden nach Klärung der Heimkehrfrage - die in Kürze erfolgen dürfte - herausgegeben. Nach einer Mitteilung der Militärregierung ist vor Abschluß des deutschen Friedensvertrages mit der Erteilung einer Auswanderungserlaubnis an Deutsche kaum zu rechnen.

5. Lebensmittel- und Kleiderspenden unserer Landsleute aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika

Der Centralverband der Siebenbürger Sachsen in USA, der Siebenbürgisch Sächsische Frauenverein in USA und der Hilfsverein der Deutsch-Ungarn in Chicago/USA, haben sich bereit erklärt, ihren in Deutschland lebenden, notleidenden Landsleuten (Sachsen und Schwaben) CARE-Lebensmittelpakete zuzusenden.
Der Hilfsverein der Deutsch-Ungarn in Chicago (German-Hungarian-Aid Society) möchte nach Möglichkeit alle bedürftigen donauschwäbischen Flüchtlinge aus Ungarn, Jugoslawien und Rumänien mit Lebensmittelsendungen bedenken. In kleinerem Umfang sollen auch Sendungen mit Bekleidungsstücken erfolgen.

./.

Zur raschen Durchführung dieser Hilfsaktion stellt jeder Kreis- und Gebietsvertrauensmann umgehend eine Liste aller besonders hilfsbedürftigen Familien besonders mit kinderreichen, arbeitsunfähigen, kranken, oder alten Familienangehörigen auf und schickt sie unserer Dienststelle ein. Die Liste muß folgende Angaben enthalten:
1. Name des Familienoberhauptes
2. Anzahl der Familienangehörigen
3. Jetzige genaue Adresse
4. Frühere Heimatanschrift
5. Gründe der besonderen Hilfsbedürftigkeit
Unsere Hilfsstelle sendet die Daten - nach Überprüfung - mit einer Befürwortung an die genannten Vereine, die die CARE-Pakete dann dem Empfänger direkt zuschicken.
Bei dieser Gelegenheit teilen wir mit, daß unsere Dienststelle zur Aufrechterhaltung ihres Dienstbetriebes selbst auf freiwillige Spenden angewiesen und daher nicht in der Lage ist, von sich aus finanzielle Unterstützungen zu gewähren. Nur an unsere Rußlandheimkehrer konnten wir bisher in bescheidenem Maße auch kleine Geldspenden abgeben.

6. Das Flüchtlingsgesetz

Im Bayrischen Gesetz- und Verordnungsblatt Nr.5 vom 27.Februar 1947 wurde das Gesetz Nr.59 über die Aufnahme und Eingliederung deutscher Flüchtlinge (Flüchtlingsgesetz) vom 19.Februar 1947 im Wortlaut veröffentlicht.
Wir raten allen Landsleuten, die die Absicht haben, vorläufig in Bayern zu bleiben, sich mit diesem Gesetz zu befassen. Die übrigen Länder der amerikanischen und britischen Zone werden wahrscheinlich eine ähnliche Verordnung erlassen, falls dies noch nicht geschehen ist. Wir geben im folgenden einen kurzen Auszug aus diesem Gesetz:
" Die Staatsregierung des Freistaates Bayern hat mit Ermächtigung und auf Anordnung der Militärregierung das folgende Gesetz erlassen:

§ 1 Geltungsbereich

1. Alle Personen deutscher Staats- und Volkszugehörigkeit, welche am 1. Januar 1945 ihren dauernden Wohnsitz außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches vor (1938) hatten und von dort geflüchtet oder ausgewiesen oder aus der Kriegsgefangenschaft entlassen sind, in ihre Heimat nicht zurückkehren können und ihren ständigen Aufenthalt in Bayern genommen haben.
3. Personen, auf die - ohne daß sie zu den vorgenannten Gruppen gehören - das Gesetz durch das Staatsministerium des Innern, ganz oder teilweise für anwendbar erklärt wird.

§ 3 Flüchtlingsausweis

Die in § 1 aufgeführten Personen erhalten einen Flüchtlingsausweis. Die Erteilung dieser Urkunde begründet die Anerkennung als Flüchtling. Sie ist widerruflich.

§ 4 Einbürgerung

1) Die in § 1 aufgeführten Personen sind, soweit sie nicht schon die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, vorbehaltlich der endgültigen gesetzlichen Regelung ihrer Staatsangehörigkeit den deutschen Staatsangehörigen in ihren Rechten und Pflichten gleichgestellt.

§ 5 Soziale Leistungen

(1) Bei Vorliegen von Hilfsbedürftigkeit sind Leistungen aus der öffentlichen Fürsorge entsprechend den allgemein geltenden Bestimmungen zu gewähren.

./.

§ 6 Aufnahme

(1) Flüchtlinge sind alsbald angemessen unterzubringen.
(3) Die Flüchtlinge sind hinsichtlich der Versorgung mit den notwendigen Bekleidungs-, Gebrauchs- und Einrichtungsgegenständen den bevorzugten Einheimischen gleichzustellen.

§ 9 Arbeits- und Berufslenkung

(2) Bei der Arbeits- und Berufslenkung ist die bisherige Tätigkeit und die Berufsausbildung nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Die zuständigen Behörden sind verpflichtet,... insbesondere bei der Einstellung von Beamten, Angestellten und Arbeitern, bei der Erteilung von Handels- und Gewerbegenehmigungen, bei der Zulassung zur Ausübung freier beruflicher Tätigkeit und bei der Errichtung selbständiger landwirtschaftlicher Betriebe sie als der einheimischen Bevölkerung unter den gleichen Voraussetzungen gleichberechtigt zu behandeln.

§ 17 Schlußbestimmungen

(1) Die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz erläßt das Staatsministerium des Inneren im Benehmen mit dem Staatsministerium der Justiz.
(2) Das Gesetz tritt am 1.März 1947 in Kraft.

München, den 19.Februar 1946
Dr.Hans Erhard, Bayrischer Ministerpräsident "

7. Entnazifizierung

Die zur Entnazifizierung der Südostdeutschen ausgearbeiteten Auskünfte und Anweisungen des Sonderministeriums/Flüchtlingsabteilung, an alle Spruchkammern liegen zur Zeit noch beim Leiter der Rechtsabteilung (der zugleich Präsident des Obersten Kassationshofes ist), der diese nochmals mit der Militärregierung beraten möchte. Sobald die Vorschläge endgültig genehmigt und an die einzelnen Spruchkammern hinausgegangen sind, kann damit gerechnet werden, daß unsere in den einzelnen Internierungslagern festgehaltenen Landsleute bald vor die Spruchkammer kommen.

8. Achtung Rußlandheimkehrer (Deportierte) in der russischen Zone

Wir warnen Euch auf Anweisung der amerikanischen Militärregierung vor einem unerlaubten Grenzübertritt nach Bayern! Die bayrischen Flüchtlingslager müssen ab 1.April für die Aufnahme von mehreren Zehntausenden ausgewiesener volksdeutscher Flüchtlinge freigemacht werden. Sie können Euch daher nicht mehr aufnehmen. Aus diesem Grunde ist der erste Transport mit 800 Rumäniendeutschen aus dem Lager München-Allach II und Schalding am 19.Februar d.J.über Hof in die russische Zone (nicht in die Heimat) zurückgeleitet worden. Nach einer Mitteilung des bayr. Staatssekretariats für das Flüchtlingswesen vom 13.3.47 werden alle rumäniendeutschen Rußlandheimkehrer von nun an in bestimmten Flüchtlingslagern gesammelt und von Zeit zu Zeit zwangsweise in die russische Zone zurücktransportiert. Es warte daher jeder an seinem derzeitigen Unterbringungsort in Thüringen und Sachsen auf das sichere und baldige Eintreffen der rumänischen Repatriierungskommission, die bereits in Deutschland weilt.

9. Flüchtlingslehrer in den bayrischen Volksschulen

Zum Beginn des Jahres 1947 waren an den bayrischen Volksschulen 4343 Flüchtlingslehrer angestellt. Rund 3300 Flüchtlingslehrer warten noch auf Verwendung. Etwa 10.000 bayrische Lehrkräfte sind entlassen. Unsere rumäniendeutschen Lehrer, die sich um eine Einstellung in den bayrischen Schuldienst bewerben wollen, müssen ihre Bewerbungsschreiben und Personalangaben (Lebenslauf mit Bildungsgang und Praxisangabe, 2 grosser Fragebogen, Zeugnisabschriften, Spruchkammerentscheid) bei dem Kreisschulrat des betreffenden Kreises, in welchem sie eine Anstellung wünschen, einreichen. Bei Ablehnung des Gesuches wenden sie sich an folgende Regierungsbezirks-Schulratsämter: Augsburg (Schwaben) Schulrat Reich, Ansbach (Mittelfranken) Prof.Seitz, Regensburg (Niederbayern-Oberpfalz) Regierungsschulrat Wagner, München (Oberbayern) Seitzstr.2, Dr.Schrobeck, Würzburg (Unterfranken) Regierungsschulrat Köhl.
Diese Auskunft erteilte uns das Bayrische Staatsministerium für Unterreicht und Kultus, (Prof.Dr.Longin,)München, Salvatorplatz 2.

10. Einschaltung der Rumäniendeutschen in den deutschen Arbeitsprozess

In Anbetracht der noch völlig ungeklärten Lage in der Heimat sowie der sich unter Umständen auf 1-2 Jahre hinaus verzögernden Auswanderungsmöglichkeit raten wir allen Landsleuten, sich so rasch als möglich in den hiesigen Arbeitsprozeß einzuschalten. Wir haben tüchtige Fachkräfte aller Berufe, die selbständig oder auf genossenschaftlicher Grundlage eigene Siedlungen, Gärten, Werkstätten und Betriebe aufbauen könnten. Unseren Intellektuellen, Kaufleuten und Beamten wird gleichfalls geraten, sich um eine Anstellung in ihrem Berufsfach bzw.um eine Zulassung zur Ausübung freiberuflicher Tätigkeit zu bewerben. Unseren Bauern raten wir, Abordnungen zu den Landwirtschaftsministerien zu entsenden und sich um Zuteilung von Siedlungs- oder Gartenland zu bemühen.
Das siebenbürgische und schwäbische Kunstgewerbe - besonders die einträglichen Stickereien und Strickereien unserer Bauersfrauen - müßte in viel größerem Umfange ausgebaut werden. Die diesbezüglichen Anfänge haben im Kreis Rothenburg sehr erfreuliche Erfolge gezeitigt. Es wurde uns berichtet, daß tüchtige Bauersfrauen mit Kunststickereien bis zu 100.- RM pro Woche verdienen. Die Bistritzer Riemereinigung in Wartenberg, Kreis Erding/Obb., stellt herrliche kunstgewerbliche siebenbürgische Lederwaren (Gürtel, Taschen usw.) her und will ihren Betrieb im Frühjahr bedeutend vergrößern. In Schillingsfürst, Kreis Rothenburg, fertigt eine Gruppe Siebenbürger unter Leitung des bekannten Kunsttischlers Szigetter sehr schöne Holzarbeiten (Schatullen, Kasetten, Untertassen, Spielwaren, Hosenknöpfe und vieles andere) z.T. mit siebenbürgischen Malereien an. In München, Stuttgart, Nürnberg u.a.Städten haben sich siebenbürgische Baufirmen erfolgreich aufgetan und arbeiten mit eigenen Fachkräften. Die Errichtung von siebenbürgischen Kunstgewerbehandlungen, die die Erzeugnisse unserer Landsleute bekannt machen und zum Verkauf bringen, würde sich in München u.a.Städten sicherlich lohnen.
Diese wenigen Beispiele sollen als kleine Anregung für zahlreiche weitere Möglichkeiten des Berufseinsatzes dienen.
Rumäniendeutsche, an Euch alle ergeht der dringende Ruf: bemüht Euch, so bald als möglich in Eurem erlernten Beruf hier in Deutschland unterzukommen, nützt jede Gelegenheit und wartet nicht untätig auf ein Wunder! Die leider weit verbreitete Ansicht, daß es keinen Zweck habe, irgend eine Arbeit anzufangen, weil es in einigen Monaten doch in die Heimat oder nach Übersee gehe, ist grundfalsch.

./.

Wer so denkt, wird in eine immer ärgere Not geraten und seine Versäumnisse eines Tages schwer bereuen.
Unsere Bemühungen um die Sicherung unserer zukünftigen Lebensexistenz, sei es in der alten Heimat, sei es in anderen europäischen oder in überseeischen Gebieten, laufen natürlich in verstärktem Maße weiter, denn auch wir halten untätiges Abwarten für das Sträflichste, was man heute tun kann. Der Erfolg dieser Bemühungen ist jedoch nicht allein von uns, sondern auch vom Wohlwollen der alliierten Besatzungsmacht, der wir unterstehen, abhängig. Die endgültige Lösung unseres Zukunftsproblems darf erst nach Abschluß des deutschen Friedensvertrages erwartet werden. Erst dann ist mit der Errichtung ausländischer konsularischer Vertretungen, mit denen man konkret verhandeln kann, zu rechnen. Die Rückkehr nach Siebenbürgen und dem Banat aber ist zur Zeit noch mit einem großen Risiko verbunden.

Arbeitsvermittlung

Bei unserer Dienststelle laufen täglich Anfragen nach Arbeitskräften der verschiedensten Berufe ein. Die Angebote sind mitunter sehr günstig. Besonders häufig werden Haustöchter und Haushaltsgehilfen gesucht. Letztere erhalten z.T.in rumäniendeutschen Haushalten freie Wohnung, Kost, Quartier und eine angemessene Bezahlung. Bewerber mögen sich direkt an unsere Dienststelle wenden.

Schreibmaschinen gesucht

Unsere Dienststelle benötigt dringend zwei Schreibmaschinen und zahlt hierfür eine monatliche Miete von RM 25.- bei einer Schadenersatzversicherung von RM 2,000.- Wir sind auch bereit, die Maschinen zu kaufen. Unsere Landsleute werden gebeten, uns bei dieser Suche nach Schreibmaschinen zu unterstützen. Ebenso wären wir für die Beschaffung größerer Mengen Saugpapier (Format Din A 4), das uns die Herausgabe zahlreicherer Rundschreiben ermöglichen würde, sehr dankbar.

V.

Mitteilungen an die Buchenland-Umsiedler.

1. Notschrei aus der Bukowina

In den letzten Wochen sind uns aus allen Teilen der Bukowina zahlreiche Schreiben einiger versehentlich dorthin zurückgeführter Gruppen deutscher Umsiedler zugegangen, die uns innigst anflehen, alles daranzusetzen, damit sie sobald als möglich nach Deutschland zurückkehren können; sie würden sonst binnen kurzem buchstäblich verhungern und zugrundegehen.
Da ihnen das Vermögen nicht zurückerstattet wurde, sind die meisten aufs Betteln und Hausieren angewiesen. Die in den rumänischen Ostgebieten herrschende Hungersnot bedroht sie mit völliger Vernichtung.
Wir geben zwei kürzlich aus der Bukowina eingelangten Briefe auszugsweise wieder:
a) aus Slatioara a.p.Stulpicani schreibt uns eine Gruppe von Umsiedlern:
" Wir wurden mit mehreren deutschen Umsiedlern von der russischen Wehrmacht während der Besetzung Böhmens, Polens und Preussens zwangsweise in die Bukowina zurücktransportiert, darunter größtenteils Frauen mit 3-6 Kindern, deren Männer sich in Deutschland befinden. Wir alle befinden uns hier in größter Not! Es herrscht eine enorme Teuerung; 1 kg Maisschrot kostet z.B. 8,000 Lei, ein kg Brotmehl bis zu 12.000 Lei und ein Liter Milch 4.000 Lei. Unsere Kinder sind bereits derartig unterernährt daß sie zufolge Abmagerung und Rachitis eingehen. Die älteren Leute sind

./.

durch diese Unterernährung gleichfalls völlig erschöpft. Unsere Frauen spinnen Hanf und Flachs und verdienen durch diese Arbeit etwas Maisschrot für die hungrigen Kinder. Junge Frauen und Mädchen - oft halbwüchsige Mädchen - geben sich aus Verzweiflung der Prostitution hin, um dadurch ihren Unterhalt zu bestreiten. Fußbekleidung, Kleider und Wäsche fehlen, da uns die polnische Polizei auf der Herreise alles weggenommen hat. Wenn Lebensmittel oder Bekleidung zu ermäßigten Preisen zur Verteilung gelangen, so werden wir davon stest ausgeschlossen. Man sagt uns, wir sollten nach Deutschland zurückgehen, dort hätten wir unsere Rechte. Wir bitten Sie, Herr Doktor, erbarmen Sie sich unser und versuchen Sie uns auf irgend eine Weise zu helfen, damit wir so bald als möglich nach Deutschland zurückgeführt werden. "

b) Eine andere Gruppe schreibt uns am 3.Januar d.J. aus Itzkani:

Beiliegend übersenden wir ein Verzeichnis über die hier z.Zt.in der Südbukowina im Bezirke Suceawa in Rumänien wohnenden deutschen Staatsbürger, welche irrtümlich im Jahre 1945 aus dem Deutschen Reich abtransportiert wurden. Hierzu möchte ich bemerken, daß durch diesen Abtransport viele Familien zerrissen wurden, indem sich ein Teil hier im Lande befindet, während der andere Teil draußen in Deutschland lebt. Diese Familien können hier in Rumänien keine Rechte erhalten und sind auch größtenteils arbeitslos. Wenn auch schon jemand vorübergehend etwas Arbeit findet, so verdient er doch so wenig, daß er bei der überaus großen Teuerung außerstande ist, seine Angehörigen zu erhalten. Anfangs haben alle diese Unglücklichen ihre Kleidungsstücke, Wäsche usw.verkauft. Nun ist es aber so weit, daß die meisten nur noch das besitzen, was sie auf dem Leibe haben, ja es gibt sogar Leute, die bei dieser grimmigen Kälte auch noch barfuß gehen müssen.. Ob alt oder jung, alle frieren, da sie außerstande sind, das teure Brennmaterial zu kaufen. Die Not und das Elend sind äußerst groß. Jede Vorsprache bei den Behörden, uns wieder nach Deutschland zurückzuschicken, blieb bis z.Zt. ergebnislos. Wir bitten daher auf diesem Wege, sich unserer Unglücklichen zu erbarmen. Vielleicht ist es möglich, daß wir unter Hilfe des Roten Kreuzes und deren Vorsprache bei der amerikanischen Militärregierung auf dem raschesten Wege wieder nach Deutschland zurückgeführt werden können. Rasche Hilfe ist unbedingt notwendig, wenn wir mit unseren Kindern nicht elend zugrunde gehen sollen. In gleicher Lage befinden sich viele Deutsche in den Bezirken Radautz und Kimpolung."

Briefe ähnlichen Inhalts gingen auch dem hiesigen Staatssekretariat für das Flüchtlingswesen von verschiedenen Buchenländer aus Rumänien zu. Trotzdem gibt es noch Buchenland-Umsiedler, die bei uns allen Ernstes anfragen, ob sie in die Heimat zurückkehren können und sich ahnungslos in das gleiche Unglück begeben würden. Buchenländer! Klärt Eure Angehörigen über die furchtbaren Verhältnisse in der Heimat auf und helft, noch größeres Unheil zu verhüten!

2. Anlage einer Buchenland-Kartei

Zur Aufstellung einer Buchenlandkartei wurden an unsere Vertreter und Vertrauensleute Fragebögen zur Verteilung an die Landsleute ausgegeben, die uns ausgefüllt zurückzusenden sind. Da diese Kartei dringend benötigt wird, bitten wir, alle Fragebogen bis spätestens 1.5.47 zurückzuschicken. - In den Fragebögen ist auch die Stellungnahme zu einer eventuellen Auswanderung einzutragen. Es wird von vielen angenommen, daß dies eine Anmeldung zur Auswanderung bedeute. Diese Annahme trifft nicht zu. Es handelt sich bei Aufstellung der Kartei um eine statistische Erfassung unserer Buchenland-Umsiedler mit Vermögensangaben, die auch als Grundlage für soätere Verhandlungen mit der künftigen deutschen Zentralregierung wegen eines Vermögensausgleiches dienen soll.

ikgs

3. Pensionen

Da fast täglich Anfragen bezüglich der Pensionen bei uns einlaufen, haben wir eine diesbezügliche Anordnung des Bayr. Staatsministeriums der Finanzen, veröffentlicht im Bayr. Staatsanzeiger Nr. 5 vom 1.2.47 für unsere Landsleute vervielfältigt. Diese kann bei unserer Dienststelle zu jeder Zeit angefordert werden.

4. Kriegsgefangene in der Tschechoslowakei

Anfragen nach Kriegsgefangenen in der CSR sind an den Suchdienst des Tschechischen Roten Kreuzes, Prag III, Thunowska 18, zu senden. Die Anfragen werden nur dann beantwortet, wenn der Gesuchte in den Verzeichnissen des Tschechischen Roten Kreuzes geführt wird. Die Anfragen müssen nicht in französischer Sprache abgefaßt sein; sie sollen kurz gehalten sein und Namen, Vornamen, Geburtsort und Geburtsdaten des Gesuchten enthalten.

5. Durchführung der Gartenland-Pachtaktion

Wie bereits durch die Presse bekannt geworden ist, hat der Länderrat in Stuttgart zur besseren Versorgung der auf dem Land und in den Städten untergebrachten Neubürger die "Gartenland-Pachtaktion" genehmigt. Grundgedanke dieser Aktion ist, daß jede Familie nach Möglichkeit wenigstens 200 qm Gartenland in einem geregelten Pachtverhältnis erhält. Über 200 qm hinaus können nur kinderreiche Familien, die das Land auch bebauen, für jedes erwachsene Kind zusätzlich 50 qm, höchstens jedoch 400 qm Pachtland pro Familie erhalten. Das Bayr. Arbeitsministerium, das für die Durchführung dieser Kleingarten-Aktion zuständig ist, hat im Einvernehmen mit dem Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bereits an alle Regierungspräsidenten, Landessiedlungsämter, Landräte und Oberbürgermeister der kreisfreien Städte Anweisungen erlassen, damit genügend Land für Kleingärten von den Landbesitzern bereits im heurigen Frühjahr abgegeben wird.

Aus einem Rundschreiben des Hauptausschusses der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern entnehmen wir unter anderem folgende Anweisung an die Flüchtlingsobleute:

" Alle Flüchtlingsobleute in den Gemeinden werden angewiesen, sofort mit dem Bürgermeister die Verhandlungen wegen Bereitstellung von Gartenland aufzunehmen. Die Menge des bereitzustellenden Gartenlandes ist nach der Anzahl der im Ort untergebrachten Ausgewiesenen, Flüchtlinge und Ausgebombten zu errechnen. Grundlage bildet bei der Berechnung zunächst die Einheit von 200 qm für eine Familie.

Im Einvernehmen mit dem Bürgermeister ist in der Gemeinde eine Erfassung aller Gartenlandpachtbewerber vorzunehmen. Nach durchgeführter Auswahl ist im Einvernehmen mit dem Bürgermeister die Aufteilung des Gartenlandes vorzunehmen. Hierzu bildet der Flüchtlingsobmann aus der Reihe der Gartenland-Pachtbewerber einen ihm zur Seite stehenden Mitarbeiterstab.

Alle Flüchtlingsobleute melden dem Hauptausschuß bis längstens 1. April d.J. wie weit die Gartenland-Pachtaktion in ihrer Gemeinde gediehen ist, wieviel Pachtland zur Verfügung gestellt wurde, wieviel Familien solches erhielten und ob noch besondere Schwierigkeiten für die Durchführung dieser Aktion vorliegen. Wir sind dann bereit, beim Arbeitsministerium die notwendigen Schritte zu unternehmen."

Wir machen unsere Landsleute darauf aufmerksam, daß sich Interessenten diesbezüglich an die örtlichen Bürgermeister bzw. Flüchtlingsobleute zu wenden haben.

./.

6. Durchführung des Gesetzes zur Beschaffung von Siedlungsland und zur Bodenreform

Da in nächster Zeit die Durchführungsbestimmungen zu obigem Gesetz erwartet werden, haben wir Verhandlungen sowohl mit dem Bayr. Staatsministerium für Wirtschaft, mit dem Hauptausschuß der Flüchtlinge und Ausgewiesene in Bayern, als auch mit der Bayr. Bauernsiedlung GmbH München angeknüpft. Wir wurden seitens des Hauptausschußes für Flüchtlinge und Ausgewiesene in Bayern angewiesen, Fachleute, die als Genossenschafts- und Siedlungsfachleute, Rechtsanwälte, Baugenossenschafter, praktische Landwirte, Gärtner, Fischer, Landhandwerker usw. tätig gewesen sind, namhaft zu machen, die nach Auswahl aus dem gesamten Flüchtlingskreis in Bayern ev. als Sachverständige herangezogen werden können. Diese Fachleute haben wir nach den uns vorliegenden Unterlagen benannt und hoffen, daß auch aus unserem Kreis Leute als Sachverständige herangezogen werden, die dann, bei einer prozentualen Aufteilung des Bodens auf alle Flüchtlinge in Bayern, auch unsere Interessen vertreten werden. Bei der großen Anzahl von Flüchtlingen in Bayern, von der unsere Landsleute nur einen geringen Teil ausmachen, dürfte wahrscheinlich nur ein kleiner Prozentsatz unserer Bewerber zum Zuge kommen.

7. Zuzugsgenehmigungen

Wir weisen nochmals darauf hin, daß wir für die Erteilung oder Beschaffung von Zuzugsgenehmigungen nach Bayern nicht zuständig sind. Wegen Personalmangel können wir auch nicht für einzelne Landsleute besondere Aufträge (z.B. Erledigungen bei Ministerien in München) übernehmen.

8. Die Siedlungsgenossenschaft "Buchenländer" in Stuttgart

Auf mehrere Anfragen von Landsleuten bezüglich der Siedlungsgenossenschaft "Buchenländer" e.G.m.b.H., teilen wir folgendes mit: Die Siedlungsgenossenschaft "Buchenländer" ist eine juridische Person und hat ihren Sitz in Stuttgart-Vaihingen, Siedlung Büsenauer Hof. Sie ist nicht unserem Hilfskomitee in München unterstellt und empfängt von demselben auch keine Weisungen. Sie verdankt ihre Entstehung der privaten Initiative unseres Landsmannes Adolf Engster, dessen Verdienst es ist, als erster diesen Weg gegangen zu sein. Unser Hilfskomitee in München hat die Aktion deswegen unterstützt, weil dadurch wenigstens ein kleiner Teil unserer obdachlos gewordenen Landsleute endlich eine dauernde Bleibe findet. Diese Unterstützung wird das Hilfskomitee der Siedlungsgenossenschaft auch weiterhin angedeihen lassen; ebenso wird es jedes ähnliche Unternehmen, welches bereit und in der Lage ist, Buchenländer in Deutschland anzusiedeln, in derselben Weise unterstützen. Da die Siedlungsgenossenschaft "Buchenländer" in Stuttgart als erstes Unternehmen dieser Art bereits ihre eigene Verwaltung besitzt und erfolgreich arbeitet, bitten wir alle Interessenten, sich in Zukunft um Auskunft dorthin zu wenden. Das Hilfskomitee in München ist ausserstande, alle diesbezüglichen Anfragen genauestens zu beantworten; dies ist schon wegen der räumlichen-Trennung unmöglich.

9. Nebenstellen des Buchenländer Hilfskomitees in außerbayrischen Gebieten

Herr Pfarrer Herbert Rückemann aus Czernowitz, z.Zt. wohnhaft in Wartjenstedt/Braunschweig, wurde mit der Wahrnehmung unserer Interessen in der britischen Zone beauftragt. In der südfranzösischen Zone nimmt Herr Rechtsanwalt Fritz Keschmann, z.Zt. wohnhaft in Pfullendorf/Baden Pfarrhofstrasse 17 unsere Interessen wahr.

./.

Herr Pfarrer Dr.Arz (früher Czernowitz) z.Zt.wohnhaft in Berlin N 65, Seestr.35, ist Beauftragter unserer Hilfskomitees für alle Rumäniendeutschen in der russischen Zone. In Hessen hat Pfarrer Harald Müller eine Nebenstelle unserer Dienststelle für Rumäniendeutsche ins Leben gerufen. Seine Anschrift lautet: Rommershausen, Kreis Ziegenhain Hessen. Die Bildung dieser Zweigstellen unseres Hilfskomitees in den verschiedenen Zonen dient vor allem zur Erleichterung unserer Arbeit. Unsere Vertrauensleute, die bisher von uns in den einzelnen Landkreisen und Ortschaften der genannten außerbayrischen Gebieten eingesetzt wurden, werden gebeten, sich umgehend mit diesen neuen Zweigstellen - denen sie von nun an in erster Linie unterstehen - in Verbindung zu setzen.
Wir teilen unseren Landsleuten mit, daß Herr Karl Lasuskiewicz nur Vertrauensmann für den Kreis Kempten/Allgäu ist. Für andere Landkreise ist er nicht zuständig.

10. Unsere Buchenländer in Österreich

Unser Hilfskomitee steht mit der Vertretung der Buchenländer in Österreich, insbesondere mit Herrn Prof.Dr.Adam Hodl (in Gmunden) und mit dem unter der Leitung der Herren Fritz Schneikart und Philipp Mathias stehenden Bukowina-Komitee in Salzburg in regem Schriftverkehr und Gedankenaustausch. Diese teilten uns mit, daß der alliierte Kontrollrat in Berlin einer Überführung der Buchenländer aus Österreich nach der französischen Zone Deutschlands immer noch nicht zugestimmt habe. Obwohl die Mehrzahl unserer Landsleute in Österreich den Wunsch hat, nach Deutschland umzuziehen, gibt es auch Buchenländer, die in Österreich verbleiben möchten. Einigen von diesen ist es bereits gelungen, die österreichische Staatsbürgerschaft zu erhalten, vor allem solchen, die aus beruflichen Gründen dringend in Österreich benötigt werden. Die Frage, was jedoch mit der Masse unserer Landsleute in Österreich geschehen wird - ob sie dort verbleiben oder nach Deutschland abgeschoben werden - ist nach wie vor ungeklärt. Gegenwärtig werden von den österreichischen Behörden alle Leute erfaßt, die seinerzeit ins Reich umgesiedelt wurden und auf Grund dessen die deutsche Staatsbürgerschaft erhielten. Es ist anzunehmen, daß diese Erfassung eine Vorbereitung ihrer Ausweisung aus Österreich darstellt. Von den durch das Bukowina-Komitee seinerzeit in Österreich erfaßten 19.401 Landsleuten, sind ohnehin im Laufe des vergangenen Jahres ungefähr 2.000 nach Deutschland ausgewandert.

VI.

Unsere Landsleute in Österreich

1. Die Gruppe der Siebenbürger

Die zur Zeit in Österreich untergebrachten rund 18.000 Siebenbürger Sachsen betreut auch weiterhin Herr Dir.Dr.Ernst Friedrich Beer und Herr Generaldechant Dr.Karl Molitoris. Ihre Anschrift lautet: Ried i.I. Kränzlstrasse 3/Oberösterreich. Unser ständiger Vertreter in Wien ist Herr Dr.Alfred Sindel Wien 1, Marc Aurel-Str.6
Herr Dir.Beer teilt uns in einem Schreiben vom 27.Februar d.J. u.a. folgendes mit:
" Die rumänische Repatriierungskommission ist in Wien eingelangt. Wir haben unseren ständigen Vertreter in Wien, Herrn Dr.A.Sindel beauftragt die Verbindung mit dieser Kommission aufzunehmen und sich insbesondere nach den von der Bukarester Zentrale erteilten neuen Direktiven bzw. Instruktionen zu erkunden. Wir hoffen, daß Teile dieser Kommission

./.

auch nach Linz kommen, wo wir die Verbindung mit diesen auch direkt aufnehmen werden. Wir sind der Auffassung, daß es zweckmässiger ist, die Entwicklung der Dinge, besonders die Entscheidungen der Moskauer Konferenz auch weiterhin mit Ruhe abzuwarten. Die aus Rumänien eingelangten Nachrichten sind noch immer nicht danach getan, um eine geschlossene Heimkehr unserer Volksgenossen ohne gewisse Bedenken zu befürworten. Leider ist die Lage so, daß sich noch vieles grundlegend ändern müßte, bevor an die beherzte Durchführung unseres auch heute gehegten heissen Wunsches herangetreten werden kann. Unsere hiesigen Bauern sehen die Schwere der Situation ein und drängen weniger als die Alten aus der Stadt, welche vielfach wesentlich ungeduldiger sind. Sind die Dinge einmal so weit herangereift, daß richtige Transporte in die Heimat gestartet werden können, glauben wir auch richtig zu handeln, wenn wir vorerst die älteren Semester die Rückreise antreten lassen. Zum Schluss möchten wir nochmals darauf hinweisen, daß sich an unserem ursprünglichen Programm nichts geändert hat, das da lautet: In erster Linie Rückkehr in die Heimat, sobald die Voraussetzungen hierfür gegeben sind, wenn dies zu unser aller Bedauern nicht möglich sein sollte, dann in zweiter Linie eine Ansiedlung in Österreich oder im übrigen deutschen Raum und letzten Endes in Übersee."

2. Ansiedlungsmöglichkeiten in Österreich ?

Unsere Landsleute in Österreich haben sich in Anbetracht der bis vor kurzem noch völlig hoffnungslos erschienenen Lage in der Heimat, nach einer Ansiedlungsmöglichkeit in Österreich umgesehen und deshalb mit den zuständigen Regierungsstellen in Wien verhandelt. Darüber berichtete uns Herr Dir.Dr.Beer am 16.1.1947:
" Unsere Verhandlungen mit der österreichischen Staatsregierung wegen unseres staatsbürgerlichen Einbaues und einer ev.Ansiedlung in Österreich sind anlässlich unseres letzten Aufenthaltes in Wien vom 10.-12. Dez.v.J. gut vorwärtsgekommen ", und weiter am 27.2.47:
" Mit den Regierungsstellen stehen wir auch weiterhin in Verbindung. Es ist uns mitgeteilt worden, daß wir auf unsere Eingabe vom 10.Dez. in kürzester Zeit vom Ministerium für Land- und Forstwirtschaft Antwort erhalten werden. Unsere dortige Eingabe ist die schwerwiegendste; der Einbau der übrigen nichtbäuerlichen Berufsgruppen dürfte bedeutend leichter vor sich gehen."
Welche Ansiedlungsmöglichkeiten gibt es nun in Österreich ?

Einer kürzlich veröffentlichten österreichischen Statistik zufolge soll es heute noch 140.000 ha brachliegenden unbearbeiteten Bodens in Österreich geben. Im Rahmen der geplanten Agrarreform sollen weitere größere Güter zur Aufteilung gelangen.
Die zur Aufteilung gelangenden Güter des ungarischen Grafen Esterhazy im Burgenland, umfassen allein schon 64.000 ha. Für das Burgenland interessieren sich auch die Ungarndeutschen, die hier 40.000 Bauern ansiedeln wollen. Ein größerer zur Verteilung gelangender Bodenkomplex ist der 24.000 ha große Truppenübungsplatz Döllersheim in Niederösterreich. Auf dieser Fläche könnten allein schon 10.000 Personen, darunter 1.000 - 1.100 Bauernfamilien angesiedelt werden. Ein zweites größeres zur Besiedlung freigegebenes Gebiet liegt bei Bruck an der Leitha im Vorgelände Wiens; es ist der 12.000 ha große Truppenübungsplatz Sommerau. Dieses Gebiet würde sich ebenso wie andere freie Flächen im Vorgelände Wiens für einen intensiven Gemüsebau zur Belieferung des Wiener Marktes eignen. Außerdem gibt es in Kärnten und in der Steiermark zahlreiche Güter und brachliegende Flächen, die in nächster Zeit zur Verteilung gelangen und besiedelt werden können. Es empfiehlt sich, alle diese Möglichkeiten gründlich zu untersuchen und als Ansiedlungsgebiete ernstlich in Erwägung zu ziehen.

VII.

Mitteilungen unserer Landsleute in Amerika

Bekanntlich leben in den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada über 70.000 Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben, die auch heute noch an ihrem Volkstum und Glauben festhalten und mit geradezu rührender Liebe und Treue der Heimat gedenken. In Anbetracht der furchtbaren Not, in die unsere Flüchtlinge in Deutschland und Österreich geraten sind, haben wir die Hilfsbereitschaft und Großherzigkeit der Landsleute in Amerika angerufen und die Verbindung mit ihnen aufgenommen.
Am 14.März d.J. erhielten wir nun von Herrn Pastor Hans Foisel, dem Leiter des Hilfswerks der Siebenbürger Sachsen in Amerika, aus Cleveland einen vom 28.Februar d.J.datierten Brief, den wir im folgenden auszugsweise wiedergeben:
" Seit November 1946 erhalte ich nun Briefe und Rundschreiben von der " Hilfs- und Beratungsstelle für Rumäniendeutsche " in München. Diese haben uns Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben in Amerika über die Verhältnisse in der alten Heimat sowie über die Probleme unserer Heimatlosen in Österreich und Deutschland mehr Aufschluß gegeben, als tausend private Briefe dies tuen konnten. Sie haben mit dieser " Hilfs- und Beratungsstelle " nicht nur ein äußerst wichtiges und großes Werk unternommen, sondern führen es auch mit einer erstaunlichen Gründlichkeit und unübertrefflichen Eifer durch. Mir kommt es vor, als ob diese Beratungsstelle die einzige funktionierende Ganglienzellen in dem zerrissenen Nervensystem unseres zerstreuten Volkes wäre. Ihre Berichte geben uns in unserem Hilfswerk immer genügend Material zu Besprechungen und sind immer dazu angetan, den Eifer für die Sammelarbeit anzuspannen. Gern möchten wir Ihre Beratungsstelle auch mit Geldmitteln unterstützen, doch geht das jetzt noch nicht; doch Lebensmittelpakete werden wir Ihnen von Zeit zu Zeit zukommen lassen, einige sind schon auf dem Wege. Zu Ihrer Information die folgende Mitteilung; eine Gruppe von Siebenbürger Sachsen, etwa 1000 Familien - gehören zu unserem Hilfswerk. Im letzten Jahr haben wir durch das "Lutheran World Relief" für unsere Landsleute in Österreich Lebensmittel, Kleiderstoffe und Schuhe im Werte von 20.000 Dollar bestellt. Außerdem sind an private Personen etwa 1500 Elfpfund-Pakete per Post (mit Kleidern und Lebensmitteln) im Gesamtwert von ungefähr 10.000 Dollar abgeschickt worden. Auch 150 CARE-Pakete sind von uns im letzten Halbjahr bestellt worden. Außer diesen haben wir eine Liebesgabe von 300 Millionen Lei an Herrn Bischof D. Müller der evang. Landeskirche nach Hermannstadt überwiesen. Dieses mag wohl nur als ein Tropfen auf einem heißen Stein erscheinen, wenn man an die Hilfsbedürftigkeit der Hunderttausende denkt. Ich möchte Sie bitten, unsere heimatlosen Landsleute dahingehend aufzuklären, daß es uns hier einfach nicht möglich ist, jeden der tausend Bittbriefe zu beantworten oder gar die tausend verschiedenen Wunschzettel zu berücksichtigen. Wir haben hierzu weder Schreibkräfte noch Kleider- oder Lebensmittellager zur Verfügung. Ihre Leute müssen doch bedenken, daß unsere 1000 Familien, von denen 90% Fabrikarbeiter sind, ja nicht in der Lage sind, 100.000 Volksgenossen mit Kleidern und Schuhen zu versehen. Unsere Adressenliste wächst von Tag zu Tag, ebenso unsere Arbeit und Korrespondenz. Wir freuen uns, daß unsere Pakete nun endlich - wenigstens zum Teil - angekommen sind und daß die Leute uns dafür so herzinnige Dankesbriefe schreiben."
Über die Auswanderungsmöglichkeit nach Amerika schreibt Herr Pastor Foisel weiter:
" Es bricht einem fast das Herz, wenn man liest, wie manche unserer Volksgenossen unter dem schrecklichen Druck der Verhältnisse eine Umsiedlung nach Übersee planen. Von einer geschlossenen Siedlung kann in

./.

USA, Kanada und Australien einfach nicht die Rede sein, die Regierungen sind im Prinzip schon dagegen; doch für die einzelne Familie bieten Kanada und USA bei weitem die beste Gelegenheit für eine gesicherte Zukunft. In der zweiten oder dritten Generation hört aber das mitgebrachte "Volkstum" auf. Die Enkel fragen zumeist gar nicht mehr danach, woher die Großeltern kamen und welche Sprache sie gesprochen. Wird eine Siedlung in Südamerika geplant, dann sei es nicht in den heißen Ländern. Der Dschungel hat schon Millionen von Menschen verschlungen und selbst in der argentinischen Pampa oder in Vorgelände der Anden müssen Kolonisten harte, zähe und anspruchslose Menschen sein, oft in schrecklicher Einsamkeit und ödester Fremde. Vom Pionierleben läßt sich wohl schön träumen, in Wirklichkeit ist es aber hart und häßlich, ja für viele sogar unerträglich.
Mit besten Wünschen und herzlichen Grüßen, Ihr sehr ergebener Hans Foisel."
Soweit der Brief des Herrn Pastor Foisel aus Amerika. Auch wir danken ihm und seinem Hilfswerk für die großherzigen Spenden und die guten Ratschläge. Wir werden nie vergessen, daß unsere Volks- und Glaubensgenossen in Amerika unseren hiesigen schwer geprüften Landsleuten in der größten Not aller Zeiten treu und hilfsbereit zur Seite standen.

VIII.

Letzte Nachricht aus der Heimat

Von einen siebenbürgischen Akademiker und Kenner der rumänischen Wirtschaft erhalten wir folgenden am 3.März abgeschickten Brief, den wir im Auszug wiedergeben:
" Lieber... Soeben erhielt ich Deinen Brief und beeile mich ihn sogleich zu beantworten. Wunschgemäß will ich versuchen, Dir und den Freunden ein möglichst objektives Bild zu geben...
Unser Bischof war neulich in Audienz beim Ministerpräsidenten, der ihm im Wesentlichen folgende Punkte uns betreffend mitteilte.
1.) Die ehemaligen Soldaten der Waffen-SS kommen vor ein Volksgericht und werden, da sie ihre Staatsangehörigkeit verloren haben, selbst samt ihren Angehörigen ausgewiesen werden.
2.) Die mit der Wehrmacht Geflüchteten fallen im Prinzip auch unter Punkt 1, doch wird jeder Fall individuell behandelt (es läßt sich also landesüblich reden).
3.) Die Bauern, die ihren Grund verloren haben, stehen zur Verfügung des landwirtschaftlichen Programms der Regierung.
4.) Die zur Verfügung stehenden Bauern werden in Gruppen gesammelt und dort eingesetzt, wo die Regierung es für notwendig hält (Baragansteppe, Kolchos.)
Zu Punkt 1 hat die Aktion bereits eingesetzt. SS-Angehörige und Wehrmacht wurden ausgehoben und nach Großwardein geschafft, wo sie "liebevoll" aufgenommen wurden. Wirtschaftlich wird auf eine Kommunisierung und Sozialisierung hingearbeitet, was bei den meisten Betrieben bald erreicht sein dürfte... Gestern war ich wieder in einer Sitzung der kirchlichen Gemeindevertretung. Das Bild ist eine Katastrophe und tiefst erschütternd. Wenn man das sieht, kann man kaum an einen Wiederaufbau und an eine Zukunft für uns und unsere Kinder denken. Tatsache ist jedenfalls, daß man unseren Bauern jetzt noch nach Unterschrift des Friedenspaktes Vieh, Saatgut und Maschinen nimmt und sie nicht beteiligt an der Bodenpacht...
So -- nun glaube ich Dir, soweit es brieflich möglich ist, ein klares Bild gegeben zu haben. Sollten andere die berühmten Silberstreifen

./.

am Horizont sehen, so sind das Optimisten oder die berühmten Ausnahmen, die die Regel bestätigen. Im übrigen hat Max Ausschnitt, Rumäniens größter Industrieller, das Land verlassen und seine Betriebe notdürftig liquidiert."

Zum Abschluß bitten wir wieder alle Landsleute, unser Hilfskomitee tatkräftig zu unterstützen und einig und glaubenstreu zusammenzustehen. Schart Euch dicht um Eure Heimatkirche !

München, den 18.März 1947

Die Vorsitzenden:

gez. Superintendent E. Müller gez. Pfarrer G. Rottmann

Geschäftsführung:

gez. Dr.O. Appel

ikgs

H i l f s k o m i t e e
der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben
im
Hilfswerk der Evang.Kirche in Deutschland
- Hauptstelle München -

München 22, Wagmüllerstr.23
Telefon: 31980
Postscheck: München 5729

R u n d s c h r e i b e n Nr.7

22.April 1947

O s t e r g r u s s

des Bischofs der Evang.Landeskirche A.B. in Rumänien

Unser Herr Landesbischof D. Friedrich Müller hat an den Vorsitzenden unseres Hilfskomitees von Hermannstadt aus einen Ostergruss für die evangelischen Glaubensgenossen aus Siebenbürgen und dem Banat mit der Bitte um Vervielfältigung und Bekanntmachung gesandt, den wir untenstehend abschriftlich wiedergeben. Der Gruss traf erst jetzt bei uns ein.

" Einen von Herzen kommenden und die Herzen suchenden O s t e r g r u s s sende ich im Namen unserer durch so viele Sturmzeiten hindurch erprobten Evangelischen Landeskirche A.B. in Rumänien ihren in der Ferne von uns getrennten Gliedern.

Ostern weist uns auf die Auferstehung des Heilands hin, durch die Gott den Hoffnungen Erfüllung geschenkt hat, die sich in den Schranken des Irdischen nicht gefangen halten liessen. Wer sich in der dadurch offenbar gewordenen Kraft christlicher Erwartung durch das Geschenk des Glaubens stark machen lässt und dabei eingedenk bleibt der Mahnung des Herrn: " Denn meine Gedanken sind nicht euere Gedanken, und euere Wege sind nicht meine Wege " (Jes.55,8), - dem wird durch Trübsal hindurch Geduld zuteil, " Geduld aber bringt Erfahrung, Erfahrung aber bringt Hoffnung; Hoffnung aber lässt nicht zu Schanden werden " (Röm. 5,4 f.).
So haben es die Jünger erfahren, die am Karfreitag alles versinken sahen, was nach ihrem Dafürhalten zur Erlösung der Menschheit hätte führen sollen. Dennoch liessen sie sich nach dem Ostermorgen durch die Erscheinungen des Auferstandenen sammeln. Aber nun vertrauten sie nicht mehr dem, was sie erwarteten, sondern - bei aller Bereitschaft, ihre Gaben einzusetzen, wo immer es erforderlich war - in allen Entscheidenden der Lenkung des Herrn. So kam es, dass sie - stets durch immer wieder ausweglos scheinende Zeiten des undurchsichtigen Wartenmüssens hindurch - die Bahnbrecher der christlichen Frohbotschaft in die Völkerwelt hinein wurden. Und die christliche Gemeinde, die sich um ihr Zeugnis vom auferstandenen Heiland scharte, konnte in keiner der Sturmzeiten, die sich aus der widerstrebenden Umwelt gegen sie erhoben haben, ausgerottet werden. Ja, je ärger ihre örtlichen Ableger angegriffen und heimgesucht wurden, desto aussaatkräftiger ward das weitergehende Zeugnis gerade der Bedrängtesten. Aus solcher Kraft der Aussaat erwuchs der Segen, den die christliche Kirche mit ihrer Verkündigung in immer mehr Völkern bekundet, - ein Segen, den unsere Kirche im Lande der Kirchenburgen so besonders deutlich erfahren durfte.

Wir müssen dieser Kraftquelle des einzig wahren und unzerstörbaren Lebens aus Gottes Gnade, die uns in der Treue zum Weg Jesu Christi angeboten ist, wieder ganz inne werden ! Daran tragen wir doch so

./.

schwer, dass die Herzen sich seiner Lenkung weithin verschlossen hatten. Wohin es führt, wenn man das Vertrauen, statt auf den im Heiland offenbarten Gott, auf Wunschgebilde menschlicher Sehnsucht setzen der aber an Gott vorbeileben will, - das wissen wir nun. Und weil diese Abwendung von ihm im Lande der Kirchenburgen erfolgte, wo seine Segensspuren so besonders augenfällig die Herzen ansprechen können, wurden die Nachfahren derer, die die Kirchenburgen einst im rastlosen Vertrauen zum Herrn erbauten, nun so besonders betont in sein Gericht gestellt. Gottes Gericht aber hat nicht den Untergang der Heimgesuchten zum Ziel, sondern ihre Rettung durch Umkehr in das volle Vertrauen zu Gott (Hes.33,11).

Und das Ostergeschehen verbürgt uns gerade dieses, dass, eben was die Menschen in selbstvermessener Widerstrebigkeit gegen Gottes unserem Sinn stets überlegenes Handeln preisgeben möchten, die entscheidende Verheissung hat, wenn wir bereit sind: jene Umkehr zu vollziehen, die am Beginn der Rettung durch den Heiland steht (Mark.1,15), - so dass wir dann nicht mehr aus dem Vertrauen zu uns selbst oder andern Menschen, sondern aus dem gebetgetragenen Vertrauen zum Herrn leben. Im Glauben könnt ihr es erfahren, wie das Gebet wahrer Christen die Schranken durchbricht, die Euch von den Lieben in der Heimat trennen. Das Gebet der Mutter und des Vaters für ihr Kind, der angetrauten Frau für den Mann und umgekehrt, der Kinder für die Mutter und den Vater, der Geschwister füreinander, - ebenso das Euere für diejenigen die sich zu Hause nach Euch sehnen: es dringt zu Gottes Herz empor und senkt sich als Hilfe von ihm in die Herzen, die es sucht. Wer sich das schenken lässt, weiss, dass er nirgend allein ist und kann warten, bis ihm Gott Wege öffnet, die ihn, sei es durch noch so viele Zwischenstationen der Erprobung hindurch, dem wahren Lebensziel entgegenleiten, das ihm in der Gotteskindschaft angeboten ist.

In Ihrer Fülle winkt sie uns im wahren Sein beim Herrn. Hier erfahren wir die Anwartschaft darauf, wenn wir uns mit voller Hingabe den Aufgaben der christlichen Gemeinde widmen. Sie ist überall dort, wo Christen wirklich im Namen Jesu sich versammeln (Matth.18.2o). Tun sie das als echte Gefolgen des Heilandes, so werden sie einander zu Brüdern und Schwestern im Glauben. Die Gotteskindschaft, die sich dadurch an ihnen zu verwirklichen beginnt, setzt sie instand, überall zu helfen, wo Not ist, soferne ihr Zeugnis von der Rettungskraft des Heilandes offne Herzen findet. Auch auf Euch kommt solche Hilfe zu. Öffnet Euere Herzen dem Zeugnis von der Rettungskraft des Heilandes, damit Euch das Geschenk des Glaubens zuteil werde, der Euch auf das von Gott gesetzte Ziel hinleite ! Dann werdet auch Ihr, wie die Jünger, des allem Weltgeschehen überlegenen Frieden des Herrn inne werden, der vor dem Gang zum Kreuz, in der Gewissheit seiner bevorstehenden Auferstehung, das Trostwort sprach:

" Solches habe ich mit euch geredet, dass ihr in mir Frieden habet. In der Welt habt ihr Angst; aber seid getrost, ich habe die Welt überwunden " (Joh.16,33).

In der Kraft des Heilandes werden wir dann die Wege, die Gott mit uns vorhat, zuende gehen, bis es ihm gefällt, es mit uns zu dem Guten hinauszuführen, das von ihm kommt und dadurch sich als das allein wahre Gute erweisen wird. Und wir wollen ihn bitten, dass er in den Regelungen des Friedens, auf den Menschen sich nun einigen sollen, auch uns Arbeits- und Lebensgrundlagen schenke, die uns wieder alle in der Heimat sammeln und zur weiteren Erfüllung unserer hiesigen Aufgaben instandsetzen.

./.

Wie es aber auch kommen mag: Vertraut Euch dem Herrn an! Er weiss besser als wir, was uns zum wahren Guten dienen kann und wird es mit uns recht hinausführen, wenn wir in der Treue zu ihm ausharren und aus der Untreue durch die Kraft seiner Schuldvergebung stets neu zu ihm zurückfinden. Denn:

" Er ist auferstanden ! "

Vom Bischof der Evangelischen Landeskirche A.B. in Rumänien.

gez. D. Friedrich Müller

Mitteilungen unseres Hilfskomitees

1. Laut Mitteilung der rumänischen Repatriierungskommission vom 11.4.47 wird der Leiter der Kommission, Herr Oberstleutnant Nicolaide, erst Ende dieses Monats mit neuen Weisungen aus Bukarest zurückerwartet. Bis dahin ruht jede offizielle Tätigkeit der rumänischen Repatriierungskommission; auch gehen so lange keine Heimkehrertransporte nach Rumänien ab.

2. Unser Herr Landesbischof D. Friedrich Müller, Hermannstadt, bat uns in einem Schreiben vom 26.3.47, unsere Russlandheimkehrer vor einer übereiligen, eigenmächtigen Heimkehr (unerlaubte Schwarzfahrt) zu warnen, da sie sonst in Lagen geraten könnten, aus denen man ihnen nicht mehr zu helfen vermag. Vor durchdringender Friedensregelung könne Ungeduld in böse Lagen führen. Er schreibt ferner wörtlich: " Geduld und Bereitschaft zum Einsatz, wo immer wir Rechtes tun können, beides in der Kraft des Glaubens, werden es durch Gottes Hilfe mit uns recht hinausführen. "

3. Im Verlaufe der für die Stadt Stuttgart vorgesehenen Neubürgermesse soll in der Zeit vom 15.5. bis 26.5.47 eine Kulturwoche veranstaltet werden, an der sich auch eine eigene Sing- und Tanzgruppe in siebenbürgischer Tracht beteiligen wird. Unsere Landsleute werden gebeten, die genannte Ausstellung während dieses Zeitraumes recht zahlreich in heimatlicher Tracht zu besuchen.

Die für die Stuttgarter Neubürgermesse bestimmten Ausstellungsstücke unserer Landsleute sind so zahlreich bei uns eingegangen, dass es uns leider nicht möglich sein wird, alle Sachen in den zwei kleinen, uns zur Verfügung stehenden Ausstellungsräumen unterzubringen. Wir müssen daher eine Auslese treffen und können nur die schönsten Stücke zur Schau bringen. Letztere müssen bis spätestens 30. April bei Fräulein Brigitte Csaki in Stuttgart 13, Stälinweg 16, abgegeben werden. Privatfirmen, die eine grössere Anzahl von Erzeugnissen zur Ausstellung bringen wollen, haben sich wegen der Zuteilung von Ausstellungsraum in der Wirtschaftsabteilung, direkt an das Zentrale Organisationsbüro der Ausstellungsleitung nach Stuttgart, Heusteigstr. 66 zu wenden.

Beiliegend übersenden wir das Merkblatt Nr. 1 zur Stuttgarter Neubürgerausstellung, das uns erst kürzlich zugestellt wurde.

4. Die Münchener Hauptstelle unseres Hilfskomitees ist infolge des stark angewachsenen Parteien- und Briefverkehrs arbeitsmässig überlastet. Wegen des bestehenden Mangels an Diensträumen kann die Stelle z.Zt. in München nicht weiter ausgebaut werden. Daher wird unsere Beratungskorrespondenzabteilung am 20. April unter der Geschäftsführung des Herrn Egon Arz nach Stuttgart, Johannesstr. 23 verlegt. Die Hauptgeschäftsstelle verbleibt in München.

Unsere in den westlichen Zonen/Württemberg, Baden, Hessen, französische und britische Zone/ untergebrachten Landsleute werden gebeten, sich zukünftig in allen schriftlichen Beratungsangelegenheiten an unsere neue Stuttgarter Hauptzweigstelle zu wenden.

./.

5. Die Betreuung der in der nordfranzösischen Zone (Postleitzahlgebiet 18 und 22b) untergebrachten Siebenbürger und Banater hat Herr Dr.Roland Melzer, 22b Bad Ems, Römerstr.52, übernommen. Die in Nordbaden untergebrachten Landsleute werden von der neuen Stuttgarter Zweigstelle betreut. Herr Pfarrer Anton Elsholz, dem die Betreuung unserer Landsleute in Mittel- und Unterfranken obliegt, ist von Diebach nach (13a) Sickershausen Krs.Kitzingen/Ufr.übersiedelt. Herr Wilhelm Wittstock betreut von (13a) Erlangen Neuestrasse 10, aus neben Oberfranken nunmehr auch die Oberpfalz.
Im Postleitzahlgebiet 22a (Rheinland) wurde Herr Karl Pusch, Köln, Krefelderwall 41 als unser Vertreter eingesetzt. Unsere neuen Vertreter in den Provinzen Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Oldenburg werden in Kürze von Herrn Pfarrer Hans Schuster (20) Hildesheim, Saarstr.165, der unsere Hauptzweigstelle in der britischen Zone leitet, bekanntgegeben.

6. Gesetz zur Beschaffung von Siedlungsland und zur Bodenreform.

Die Bayerische Bauernsiedlung in München 22, Liebigstrasse verteilt seit einigen Tagen Fragebogen (" Antrag auf Landzuteilung, Neusiedlung ") bezüglich der Bewerbung um Siedlungsland. Einzelbewerber können sich dieserhalb direkt an obengenannte Stelle wenden. Wo ganze Heimatgemeinden ein Interesse an der Zuteilung von Siedlungsland in Bayern haben, fertigen unsere gewählten Vertrauensleute Listen mit Angabe von Name, Heimatortschaft und jetziger genauer Anschrift an und senden diese umgehend an unsere Dienststelle. Wir besorgen dann bei der Bayerischen Bauernsiedlung die Antragscheine und senden sie den Interessenten zu. Die Antragsformulare sollen unter Anleitung der Vertrauensleute möglichst mit Schreibmaschine oder in Druckschrift leserlich ausgefüllt werden. Wir machen aufmerksam, dass der Hauptausschuss der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern diese Fragebogen durch die Flüchtlingsobmänner gleichfalls verteilen lässt. Der Siedlerfragebogen darf jedoch nur einmal und bei einer einzigen Stelle eingereicht werden. Hierüber ist eine eidesstattliche Erklärung (Formular liegt dem Antragschein bei) abzugeben.

Wir raten unseren Bauern, sich an dieser Landzuteilung unbedingt zu beteiligen, da es noch Jahre dauern kann, ehe wir von hier fortkommen können.

7. Siedlungsschüler gesucht.

Das Zentralbüro des Evang.Hilfswerks in Stuttgart gibt bekannt:
" Der Verein Heimstätte Dünne GmbH in Dünne Kreis Herford, der unter Leitung des Pastors Friedrich von Bodelschwingh und des Reg.Rat. Friedrich Wilhelm v.Bodelschwingh steht, sucht junge Leute aus allen Ständen und Berufen als Siedlungsschüler. An verschiedenen Stellen sollen dort in diesem Jahr Lehmbauten nach der bewährten Dünner-Methode entstehen. Weitere grössere Siedlungsprojekte sind geplant. Die jungen Leute sollen zunächst bei freier Station ein monatliches Taschengeld von RM 20.- erhalten. Je nach Vorbildung und Fähigkeit ist ihre spätere Anstellung nach entsprechender Ausbildungszeit als Siedlungshelfer und Siedlungsführer beim Verein Heimstätte vorgesehen. Alles Nähere hierüber ist vom Verein Heimstätte direkt zu erfahren."

8. Unsere Dienststelle ist in der Lage, mehrere hundert Arbeitsstellen in der bayerischen Landwirtschaft und Industrie unter sehr günstigen Bedingungen zu vermitteln. Interessenten mögen sich diesbezüglich an uns wenden.

./.

9. Der erste Transport mit ausgewiesenen Deutschen aus Rumänien ist vor einigen Tagen in der russischen Zone Deutschlands eingetroffen. Es handelt sich um Reichsdeutsche, Buchenländer und volksdeutsche Angehörige ehemaliger deutscher Wehrmachtsformationen.

10. Mit der rumänischen Repatriierungskommission bleiben wir in ständigem Kontakt und geben die erwarteten, neuen Mitteilungen derselben nach Rückkehr ihres Leiters aus Bukarest, sofort bekannt.

11. Unser Hauptvertreter in der russischen Zone, Herr Pfarrer Dr. Wilhelm Arz (1) Berlin N 65, Seestr.35, hat eine Kartei aller aus Russland zurückgekehrten rumäniendeutschen Pflichtarbeiter angelegt. Wir bitten unsere Russlandheimkehrer ihre derzeitige Anschrift, mit Angabe des Geburtsdatums und Heimatorts sofort Herrn Pfarrer Dr. Wilh. Arz nach Berlin zu melden. Herr Landesbischof D.Fr.Müller, Hermannstadt, hat diese zentrale Meldestelle des Herrn Pfarrer Arz auch in der Heimat bekanntgegeben. Wer sich nach seinen aus Russland zurückgekehrten Angehörigen erkundigen will, wende sich also an unsere Berliner Zweigstelle.

München, den 22.April 1947

Geschäftsführer: Vorsitzender:

gez. Dr.Otto Appel gez. Pfarrer G. Rottmann

ikgs

German

Hilfskomitee

Drucksache

Herrn
Dr. Heinrich Zillich

(13b)

Starnberg

Fischhaberstr. 15

ikgs

H i l f s k o m i t e e
der Siebenbürger Sachsen, Banater Schwaben und Umsiedler aus der Bukowina
im Hilfswerk der Evang. Kirche in Deutschland
- Hauptstelle München -

München 22, Wagmüllerstr. 23
Telefon: 31 980

Nr. 3065/47/Dr.App/M

München, den 7.5.1947

An die Herren
Vorsitzenden und Öffentlichen Kläger
der Berufungs- und Spruchkammern

Betrifft: Auskunft über Angehörige der deutschen Volksgruppe in Rumänien.

Die Bildung eines zentralen Denazifizierungsausschusses der politischen Parteien zur Auskunfteinholung über die Südostdeutschen (ähnlich dem bereits bestehenden Denazifizierungsausschuss der politischen Parteien für die Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei, Schlesien und Ostpreussen) ist bisher nicht möglich gewesen weil diese volksdeutschen Flüchtlingsgruppen im allgemeinen keiner politischen Partei beitraten, sondern sich auf christlicher Grundlage in Form von Hilfskomitees ihrer Heimatkirchen organisierten.

Das Bayerische Staatsministerium für Sonderaufgaben, Sachgebiet Flüchtlingsangelegenheiten, hat sich daher an diese kirchlichen Hilfskomitees mit der Bitte um Auskunft über die Verhältnisse der Südostdeutschen im allgemeinen, sowie über das politische Vorleben einzelner Südostdeutscher im besonderen gewandt.

Unser Hilfskomitee, das sich durchwegs aus vertrauenswürdigen, politisch unbelasteten Geistlichen und Laien aus Siebenbürgen und dem Banat zusammensetzt, hat sich zu einer Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium für Sonderaufgaben grundsätzlich bereit erklärt und auf dessen Anforderung eine schriftliche Ausarbeitung (Auskunft) über die Verhältnisse der Volksdeutschen aus Rumänien abgefasst. Diese Darlegung wurde der Amerikanischen Militärregierung für Bayern, Special Branche, von Seiten des Sonderministeriums zur Kenntnisnahme vorgelegt.

In Anbetracht der nunmehr zur Verhandlung kommenden rumäniendeutschen Fälle, halten wir es für unsere Pflicht, die Herren Vorsitzenden und Öffentlichen Kläger der einzelnen Berufungs- und Spruchkammern über die besonderen Verhältnisse, unter denen die Einberufung der Volksdeutschen Rumäniens zur Waffen-SS erfolgte, zu informieren.

Dabei sei betont, dass sich unsere, im folgenden niedergelegten Informationen mit der eingangs erwähnten Eingabe an das Bayrische Staatsministerium für Sonderaufgaben bzw. die Amerikanische Militärregierung, sinngemäss decken.

1. Die Organisationen der Südostdeutschen waren überwiegend kulturelle Vereine, die ihr Entstehen den Minderheitenschutzbestimmungen der Friedensverträge von Versailles und Trianon verdankten und mit den Gesetzbestimmungen ihrer Heimatstaaten nicht in Widerspruch standen. Zu diesen kulturellen Vereinen zählten vor allem:

./.

in Ungarn:	der " Volksbund der Deutschen in Ungarn ", früher "Ungarländischer Volksbildungsverein",
in Jugoslawien:	der "Schwäbisch-deutsche Kulturbund",
in Rumänien:	die "Volksgemeinschaft der Deutschen in Rumänien".

Nordsiebenbürgen und das Szatmargebiet kamen nach dem Wiener Schiedsspruch im August 1940 zu Ungarn und gehören erst seit 1945 wieder zu Rumänien.

2. Bis zum Einmarsch der deutschen Truppen in Rumänien, im Herbst 1940 war den Volksdeutschen Rumäniens jede politische Betätigung in nationalsozialistischem Sinne verboten, ja wurde sogar von Staatswegen strafrechtlich verfolgt. Den Angehörigen der " Deutschen Volksgemeinschaft in Rumänien ", der jeder deutschstämmige Staatsbürger angehörte, war es strengstens verboten, der Auslandsorganisation der NSDAP bzw. einer ihrer Gliederungen in Rumänien beizutreten.

3. Im Herbst 1940 schloss der damalige rumänische Staatsführer Marschall Antonescu unter dem militärischem Druck der deutschen Besatzungsmacht einen Bündnisvertrag mit Deutschland ab. Von diesem Zeitpunkt ab bemühten sich die neuen deutschen Machthaber, ihren militärischen und politischen Einfluss sowohl auf das rumänische Volk selbst als auch die " Deutsche Volksgemeinschaft in Rumänien " immer mehr auszudehnen.

4. Im Sommer 1940 traf die damalige deutsche Regierung mit Rumänien ein Geheimabkommen, demzufolge noch im gleichen Jahre tausend Volksdeutsche zu einer beruflichen Fachausbildung nach Deutschland gebracht werden sollten. Es handelte sich hierbei überwiegend um junge, meist 18-jährige schulentlassene Burschen, denen eine kostenlose Berufsausbildung zugesichert wurde. In Deutschland wurden diese ahnungslosen Jungen einer militärischen Musterung unterzogen und fast ausnahmslos der Waffen-SS zur militärischen Ausbildung überstellt. Der Einzelne hatte keine Möglichkeit, sich dieser Massnahme zu entziehen.

5. Am 5.9.1940 wurden zwischen der Sowjetunion /russischer Beauftragter: Afanassij Wasjukow/ und der früheren deutschen Reichsregierung /Beauftragter: Generalkonsul Dr.Wilhelm Nöldeke/ und am 22.10.1940 zwischen der Königlich-Rumänischen Regierung /Beauftragter: Gesandter Joan Brosu/ und der deutschen Reichsregierung /Beauftragter: Generalkonsul Wilhelm Rodde/ je ein Umsiedlungsvertrag abgeschlossen. Auf Grund dieser beiden Umsiedlungsverträge wurden im Herbst 1940 die gesamten 200.000 Rumäniendeutschen aus der Bukowina, Bessarabien, der Dobrudscha und dem rumänischen Altreich nach Deutschland umgesiedelt. Die hiervon betroffenen reichseingebürgerten volksdeutschen Umsiedler fallen laut Mitteilung des Bayrischen Staatsministeriums für Sonderaufgaben vom 30.8.1946, veröffentlicht im Bayrischen Staatsanzeiger Nr.15, Jf. 1,5,4, vom 7.Sept.1946 nicht unter die Anlage zum Gesetz Teil A/0 II.5/ Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus vom 5.3.1946./

6. In den Jahren 1941 und 1942 wurden neuerdings mehrere tausend Volksdeutsche und Rumänen für deutsche Arbeitszwecke angeworben und im Einvernehmen mit der rumänischen Regierung in Sammeltransporten nach Deutschland gebracht. Auch von diesen wurde ein Grossteil unter Druck in deutsche Wehrmachtsverbände, vor allem in die Waffen-SS eingereiht.

./.

Die Beweggründe, die den Einzelnen dazu veranlassten, sich zum Arbeitseinsatz in Deutschland zu melden, waren: Berufsausbildung, Erwerb, Befreiung vom Wehrdienst u.ä.

7. Nach dem deutschen Zusammenbruch bei Stalingrad 1943 wurde im Rahmen der damals erfolgten totalen deutschen Mobilmachung zwischen der deutschen Reichsregierung und der Königl.Rumänischen Regierung im Februar 1943 (Zusammenkunft Hitler-Antonescu) in Berlin ein Staatsvertrag abgeschlossen, demzufolge sich Rumänien verpflichtete, alle wehrfähigen Volksdeutschen der deutschen Wehrmacht zur Verfügung zu stellen. Als Folge dieses Vertrages wurden darauf fast die gesamten wehrfähigen Volksdeutschen zwangsweise zur deutschen Wehrmacht eingezogen und vom Ersatzkommando Südost in Wien fast ausnahmslos in die Waffen-SS eingereiht.

8. Zahlreiche Volksdeutsche wurden auf Grund des gleichen Vertrages aus den rumänischen Heeresverbänden herausgezogen und mit dem hier innegehabten Dienstgrad (auch Offiziersrang) zur deutschen Wehrmacht abkommandiert und von dieser fast ausnahmslos mit gleichem Dienstgrad in die Waffen-SS eingereiht.

9. Für den einzelnen Volksdeutschen gab es keine Möglichkeit, sich den Auswirkungen der erwähnten Verträge zu entziehen; insbesondere war es ihm nicht möglich, in irgend einer anderen Formation der deutschen Wehrmacht (Heer, Luftwaffe oder Marine) Kriegsdienst zu leisten. Wer sich dieser zwangsweisen Einberufung zur Waffen-SS entziehen wollte, wurde von der rumänischen Polizei und Feldgendarmerie mit Waffengewalt eingefangen.

10. Die Musterung und Einberufung der Rumäniendeutschen erfolgte nach militärischen Gesichtspunkten und nicht im Sinne des rassischen und politischen Auslesepprinzips der SS. So wurden die Volksdeutschen im wesentlichen in eigenen Einheiten zusammengefasst (z.B. in der 7.SS-Gebirgs-Division " Prinz Eugen", der 8. SS-Kavallerie-Division, der 22. SS-Kav.Division, der 31. Waffen-Grenadier-Division usw.), in welchen fast ausnahmslos nur das reichsdeutsche Stammpersonal die SS-Abzeichen tragen durfte. Erst gegen Kriegsende wurden die Volksdeutschen zur Auffüllung sämtlicher SS-Divisionen herangezogen.

11. Beförderungen
Im Staatsvertrag mit Deutschland hat Rumänien ausdrücklich die Bedingung gestellt, dass den Volksdeutschen die in der deutschen Wehrmacht geltenden Beförderungsmöglichkeiten in gleichem Ausmass wie Reichsdeutschen offenstehen müssen. Teils aus diesem Grunde, teils als Folgeerscheinung der Tatsache, dass ab 1943 auch Reichsdeutsche regelrecht zur Waffen-SS eingezogen wurden, erschien im Sommer 1943 eine Verordnung des Reichsführers SS (siehe Verordnungsblätter der Waffen-SS) durch welche die Auswahl und Ausbildung der Offiziersbewerber nicht mehr nach weltanschaulicher Eignung und Bewährung in der politischen und militärischen Führung durchgeführt werden sollte, sondern gleicher Art wie in der übrigen Wehrmacht. Aus dem überdurchschnittlich hohen Prozentsatz von Intellektuellen, der die Rumäniendeutschen von jeher auszeichnete, erklärt sich somit auch ihr Anteil als Offiziersanwärter und Offizieren der Waffen-SS.

12. Die rumäniendeutschen Wachmannschaften der Waffen-SS.
Bei den rumäniendeutschen Wachmannschaften von Konzentrationslagern handelte es sich zumeist um

a) Verwundete und Felddienstuntaugliche, die erst gegen Kriegsende zur Freistellung frontfähiger Wachmannschaften nach verschiedenen Lagern abkommandiert wurden.

IfZ

./.

b) alte Familienväter - zum Teil im Alter von über 4[illegible] die während der Kriegshandlungen in Rumänien oder als [illegible]linge in Deutschland eingezogen und zu leichteren Wachaufgaben herangezogen wurden.

Da sie alle erst seit Ende 1942, die Mehrzahl nur seit 1945 im Wachdienst tätig gewesen sind und sich vorher weder ander Errichtung noch Leitung der Konzentrationslager beteiligt haben, wäre die bevorzugte Überprüfung jener Fälle ein dringendes Erfordernis der Gerechtigkeit.

13. Zusammenfassung

a) Die Zugehörigkeit der Rumäniendeutschen zur Waffen-SS beruht nicht auf dem Prinzip der Freiwilligkeit und hat unseres Erachtens mit einer politischen Einstellung gleicgfalls nichts gemein.

b) Die Rumäniendeutschen wurden auf Grund von zwischenstaatlichen Abmachungen zur Waffen-SS eingezogen und erfüllten in dieser nur ihre Soldatenpflicht ebenso wie jeder Reichsdeutsche in den übrigen Fomationen der deutschen Wehrmacht.

c) Sie wurden nicht nach dem besonderen rassischen und politisch-weltanschaulichen Auslesеprinzip zur Waffen-SS eingezogen.

d) Für den einzelnen Volksdeutschen bestand keine Möglichkeit, sich der ihm aufgezwungenen Wehrdienstpflicht in der Waffen-SS zu entziehen und seinen Wehrdienst wunschgemäss in anderen Formationen der deutschen Wehrmacht abzuleisten.

e) Da die Rumäniendeutschen gar nicht wussten, dass die Waffen-SS etwas anderes darstellt als die übrigen Formationen der deutschen Wehrmacht (Heer, Luftwaffe, Marine), so kann aus ihrer Zugehörigkeit zu derselben keine Schuld im Sinne des Nürnberger Gerichtsurteils (Waffen-SS als bewusst organisierte politische Verschwötung) hergeleitet werden.

f) Aus ihrer Beförderung zum Offizier oder Unteroffizier, die nach allgemein geltenden Grundsätzen der Wehrmacht oder dem Prinzip der Dienstgradangleichung (Einstufung) erfolgte, wird man auf ihre politische Aktivität keinen Schluss ziehen können.

g) Infolge der Kriegsereignisse haben die meisten Rumäniendeutschen ihr gesamtes Hab und Gut, sowie ihre Heimat verloren. Die in der Heimat verbliebenen Angehörigen wurden größtenteils verschleppt, die in Deutschland befindlichen leben als besitz- und mittellose Fluchtlinge in größter materieller und seelischer Not. Die Frauen, Kinder und Eltern der zu Zehntausenden zur Waffen-SS einberufenen Rumäniendeutschen Männer sind auf deren Hilfe und Unterstützung dringend angewiesen. Man kann die Volksdeutschen Rumäniens daher eher als Opfer denn als Exponenten des ehemaligen nationalsozialistischen Regimes ansehen. Mit dem völligen Verlust von Hab und Gut und Heimat haben sie für die Vergehen und Verbrechen anderer bereits eine " Sühne " geleistet, die das Mass der im Befreiungsgesetz vorgesehenen Sühnemassnahmen bei weitem überschreitet. Ihre zusätzliche Bestrafung wäre daher eine unbillige und durch nichts begründete Härte.

h) Die Mehrzahl der in Form von Kollektivaktionen zur Waffen-SS eingezogenen Rumäniendeutschen kann daher - sofern keine besondere persönliche Schuld des Einzelnen vorliegt, - unserer Ansicht nach als vom Gesetz nicht betroffen gelten.

i) Vorliegende Angaben wurden auf Grund zahlreicher, eingehend geprüfter Aussagen politisch unbelasteter Rumäniendeutscher gemacht, die die Verhältnisse aus eigener Beobachtung von Rumänien her genauestens kennen.

./.

Sie können durch zahlreiche eidesstattliche Aussagen zu jeder Zeit als richtig erhärtet werden.

München, den 7. Mai 1947

Für den Hauptausschuss:

gez. Dr. Franz Haas
Rechtsanwalt

der Vorsitzende:

gez. Pfarrer Gottfried Rottmann

Arbeitsgemeinschaft d. Siebenbürger Sachsen u. Banater Schwaben i. d. Hilfswerk d. Evang. Kirche in Deutschland

ikgs

S o f o r t w e i t e r g e b e n !

Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben
im Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland.
München, Wagmüllerstr. 23
Telefon Nr. 3 19 80
Postscheck-Konto: München 57 29

Neue Mitteilungen der rumänischen Repatriierungskommission

Die Kommission nimmt ihre Arbeit neuerdings in allen vier Besatzungszonen auf!

Der bis zum 8. August in München, Herkomerplatz 8, amtierende rumänische Repatriierungsoffizier, Herr Major Dulgheru, teilte uns am 5.8.47 folgendes amtlich mit:

1. Die rumän. Repatriierungskommission hat nach vorübergehenden Verhandlungen in Berlin neuerlich von allen vier Besatzungsmächten die Bewilligung zur Aufnahme ihrer Tätigkeit erhalten. Und zwar arbeitet sie

a) in der amerikanischen Zone (München, Herkomerplatz 8) nur bis zum 8. August. Abfahrt des Transports: voraussichtlich 12.-15. August ab Lager Schalding bei Passau. Für diesen Transport kommen nur noch diejenigen rumänischen Staatsbürger in Frage, die in der amerikanischen Zone wohnhaft sind und die hiesige deutsche Kennkarte besitzen.
Die in den letzten Tagen fast täglich zu hunderten aus der russischen Zone herübergekommenen rumäniendeutschen Rußlandheimkehrer werden in München nicht mehr registriert, sondern von München aus in Sammeltransporten nach Berlin zurückgeschickt, wo sie sich ab. 20. August bei der dortigen rumän. Repatriierungskommission am Kurfürstendamm 54 (Colonia Romana) zum Heimtransport melden können. Die Einweisungsscheine (Bescheinigungen) für diesen Sammeltransport sind bei unserer Dienststelle in München, Wagmüllerstr. 23, erhältlich. Jeder meldet sich damit beim Regierungskommissar für das Flüchtlingswesen in München, Leopoldstr.4.
Die beiden letzten vom Lager Schalding aus am 23.6. und 8.7.47 abgefahrenen Heimkehrertransporte sind in Rumänien gut angekommen. Etwa 150 schwarz mitgefahrene Buchenland-Umsiedler wurden von der rumänischen Grenze nach Bayern zurückgeschickt.

b) In der britischen Besatzungszone arbeitet die rumänische Repatriierungskommission in der Zeit vom 6.-20. August und zwar in den bei der Stadt Braunschweig gelegenen Flüchtlingslagern (Drütte, Salzgitter, Barum). Ihr jeweiliger Standort wird laufend über Presse und Rundfunk bekanntgegeben.

c) Zu gleicher Zeit (6.-20. August) nimmt die rumän. Kommission ihre Tätigkeit auch in der französischen Besatzungszone auf. Ihr dortiger Standort wird gleichfalls laufend über Presse und Rundfunk bekanntgegeben.

d) Am 20. August nimmt die rumän. Repatriierungskommission ihre Tätigkeit in der russ. Besatzungszone auf, und zwar zunächst in Berlin W 15, Kurfürstendamm 54 (Colonia Romana). Sie bleibt voraussichtlich längere Zeit dort, um unsere in der russ. Zone untergebrachten über 10.000 Rußlandheimkehrer und Flüchtlinge zu repatriieren.

2. Die Repatriierungsbedingungen.
Die Repatriierungskommission weist nochmals darauf hin, daß sie sich streng an die Weisungen der rumän. Regierung halten müsse und daher niemanden ohne Vorlage der folgenden Dokumente repatriieren könne:

a) Rußlandheimkehrer (Deportierte) benötigen:
1. Russischen Entlassungsschein (Spravca)
2. Certificat de Nationalitate
3. Buletin de Populatie mit Lichtbild (!!!) oder einen anderen rumän. Lichtbildausweis.
Ein gestempeltes, mit Lichtbild versehenes Certificat de Nationalitate, auf welchem die Aushebung für den russ. Arbeitsdienst vermerkt ist, genügt vollkommen. Man benötigt dann nur dieses einzige Dokument.
Jeder Rußlandheimkehrer, der dieses Dokument nicht besitzt, schicke sofort zwei Lichtbilder nach der Heimat und lasse sich von den dort

verbliebenen Angehörigen die fehlenden Papiere besorgen und zuschicken. Es ist völlig zwecklos, sich ohne Lichtbildausweis und Nationalitätenzeugnis bei der Repatriierungskommission anzustellen.

b) Alle Flüchtlinge (auch Volksdeutsche) haben neben einem neuen Certificat de Nationalitate von 1945-47 und einem rumänischen Lichtbildausweis von ihrer Heimatgemeinde eine Bescheinigung zu erbringen, aus welcher hervorgeht, daß sie im Jahre 1944 durch die deutschen oder ungarischen Truppen evakuiert wurden bzw. das Land wegen der Kampfhandlungen verlassen haben. Die Vorlage eines einzigen Dokuments genügt, wenn auf diesem die rumänische Staatsbürgerschaft und die Evakuierung (von 1944) bescheinigt und dieses mit einem abgestempelten Lichtbild versehen ist. Wer das Land aus anderen Gründen (Studienzwecken, Arbeit u.ä.) verlassen hatte, muß dies gleichfalls durch ein Dokument (z.B. alten Reisepass, Studien- oder Arbeitsbescheinigung) nachweisen. Aus diesem muß eindeutig hervorgehen, daß der Betreffende in der deutschen Wehrmacht nicht gedient hat.

3. Alle Angehörigen ehemals deutsche militärischer oder halbmilitärischer Formationen (Waffen-SS, Heer, Luftwaffe, Marine, OT, Arbeitsdienst, usw.) sowie deren unmittelbare Angehörige (Ehefrau und Kinder) dürfen vorläufig nicht repatriiert werden, da sie die rumänische Staatsangehörigkeit laut Gesetz Nr. 162 vom 30. Mai 1947 verloren haben.

München, den 6. August 1947

Geschäftsführer

gez. Dr. O. Appel.

Hilfskomitee
der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben
im Hilfswerk der Evang. Kirche in Deutschland
— Lagerbüro München —
MÜNCHEN 22, Wagmüllerstr. 23, Fernsprech. 31964

Drucksache

Herrn
Dr. Heinrich Zillich
Starnberg am See
Fischhaberstr. 15

FRANKFURT HANNOVER
MESSE 1947 18 Aug-7 Sept.

H i l f s k o m i t e e

- der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben
im Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland

Die Lage der Evangelischen Landeskirche

in Rumänien und des siebenbürgisch-sächsischen Kirchenvolkes.



München, im November 1947

ikgs

Die Lage der Evangelischen Landeskirche A.B. in Rumänien und des siebenbürgisch-sächsischen Kirchenvolkes.

a. Die Kirche.

Die Evangelische Landeskirche A.B. in Rumänien hieß früher Evangelische Landeskirche A.B. in Siebenbürgen, womit das räumliche Hauptfeld ihrer Betätigung klarer umrissen wurde. Sie war immer vorwiegend der Glaubensverband der Siebenbürger Sachsen, eine in seltener Vollkommenheit natürlich gewachsene Volkskirche, die sich nach 1919 zwar auch auf wenige deutsche Ortschaften im Banat und auf das Luthertum Bessarabiens ausgedehnt und deswegen ihren Namen geändert hatte, aber seit der 1940 erfolgten Umsiedlung der Bessarabiendeutschen ins Reich wieder fast ausschließlich auf Siebenbürgen beschränkte.

Wie im zweiten Teil ausführlich dargelegt wird, wanderten die sogenannten Siebenbürger Sachsen in der Mitte des 12. Jahrhunderts ins Ödland im Arm der Südkarpaten ein und erschlossen es der europäischen Gesittung. Ihre Zahl war nie hoch; in den ersten Jahrzehnten bestimmt viel geringer als 50.000 Menschen. Erst im 20. Jahrhundert überstieg sie etwas eine Viertel-Million. Mit dieser Ziffer deckt sich ungefähr die Menge der Angehörigen der Evangelischen Landeskirche A.B. in Rumänien im Jahre 1941.

Schon vor der Reformation zeichnete sich die kirchliche Organisation der Sachsen durch Unabhängigkeit aus. Vom ersten Siedlungstag angefangen wurden die Pfarrer von den Gemeinden frei gewählt; der Zehnte gebührte den Ortsgeistlichen und nicht dem Bischof. Solche Rechte mußten gegenüber der Diözese oft verteidigt und gelegentlich mit den Waffen durchgefochten werden.

Die Sachsen duldeten unter sich keine Sonderrechte. Der eigene Adel wurde früh verdrängt, sofern er sich der allgemeinen Gleichheit und Freiheit nicht einfügte. Sonst lag es im Zuge der Zeit, Herrenpatronate zu vermehren und die Bischofsgewalt zu stärken. Da dies hier Kräftigung fremder Herrschaft bedeutet hätte, wehrte man sich erfolgreich dagegen. Neben der öffentlichen Selbstverwaltung lag dem sich langsam bildenden Volksleib die nur allmählich zusammenwachsende Kirchenorganisation wie ein zweites Schutzkleid an; sie erfüllte nicht bloß geistliche, sondern auch

volkspolitische Aufgaben, vornehmlich auf dem Gebiet der Schule und Wissenschaft. So verwoben sich Alltag und Festtag, Schicksal und Geist der Siedler mit der Kirche. Beider Dasein war eine Einheit.

Der Drang zur Eigenständigkeit und Freiheit verlor sich in der achthundertjährigen Geschichte dieser Kirche niemals und gab ihr das weithin beachtete und häufig gelobte Gepräge.

Die Entwicklung vollzog sich so, daß die Einwanderer zunächst die ihnen aus Deutschland vertraute alte Form kirchlichen Zusammenschlusses, die Landdekanate, errichteten, jedoch mit einer bemerkenswerten Abwandlung: die Dechanten wurden nicht vom Bischof ernannt, sondern von den Geistlichen des Kapitels gewählt. Trotz dem Widerstand des vorgesetzten Bischofs von Weißenburg verschmolzen die Dekanate allmählich zur kirchlichen Gesamtgemeinschaft der Siebenbürger Sachsen, zur "Geistlichen Universität" (Universitas ecclesiarum et plebanorum exemptorum) und setzten sich einnn Generaldechanten zum Oberhaupt. Eine so weitgehende Absonderung innerhalb der katholischen Kirche läßt sich sonst kaum entdecken. Hier war sei 1502 erreicht.

Die Reformation gewann in Siebenbürgen fruh Anhänger und im späteren Stadtpfarrer von Kronstadt Johannes Honter einen schöpferischen Führer, siegte aber erst, als sich die "Nationaluniversität", die höchste politische Körperschaft des autonomen Sachsenlandes, dazu bekannte und im Einklang mit Honters Reformationsbuchlein 1547 die "Kirchenordnung aller Deutschen in Siebenbürgen" erließ. Außenpolitische Verwicklungen hinderten den katholischen Bischof und den Fürstenhof an nennenswerten Gegenmaßnahmen. Überdies drang die Erneuerungswelle in lutherischer, calvinischer und unitarischer Gestalt auch unter den Ungarn vor. Bald entschloß sich der Landtag zu einem Gesetz zur Wahrung der Religionsfreiheit das Siebenbürgen jene Glaubenskämpfe ersparte, die in Mitteleuropa so lange wüteten. Als klassisches Land der Duldung konnte es die schwere Türkenzeit überdauern.

Durch die Ordnung von 1547 hatten die Siebenbürger Sachsen die Eigenständigkeit ihrer Kirche vollendet. An deren Spitze trat ein von ihnen gewählter Superintendent, der später den Titel

./.

Bischof annahm. Auch als die Habburger Herren des Landes wurden und gegenreformatorische Pläne verfolgten, konnte sich die Konsitorialverfassung der Ev. Landeskirche A.B. mit geringen Einbußen erhalten, die man im 19. Jahrhundert wieder ausmerzte. Unter dem großen Bischof G.D. Teutsch (1867-1893) gelang es, die durch die Neuvereinigung Siebenbürgens mit Ungarn entstandenen langandauernden Schwierigkeiten zu meistern. Die Madjaren hatten das politische Freitum der Sachsen zerschlagen. Damit fielen der Kirche notwendig volkspolitische Aufgaben in stärkerem Umfange als bisher zu. Der Abwehrkampf gegen die Madjarisierungsabsichten der Budapester Regierung verlagerte sich zum Teil auf die Presbyterien, Gemeindevertretungen und ins Bischofspalais. Wa immer das Volk berührte, es traf die Kirche ebenso. Das galt nicht minder für die Jahrzehnte nach 1919, als Siebenbürgen zum rumänischen Staat gehörte.

Das Hauptgebiet, auf das sich diese Mühen bezogen, war das deutsche durchwegs kirchliche Schulwesen in Siebenbürgen, dessen Anfänge im 12. Jahrhundert liegen, während im 15. nicht nur jede Stadt schon ein Gymnasium, sondern auch fast alle Dörfer Lehrer besaßen. Honter wurde auch auf diesem Feld zum Erneuerer. Seine humanistische Lateinschule in Kronstadt und die dort übliche Schülerselbstverwaltung boten das Vorbild für die anderen Orte. Der allgemeine Schulzwang, wenigstens für das männliche Geschlecht, begann sich schon damals durchzusetzen, während der seit dem 14. Jahrhundert erstaunlich rege Strom sächsischer Studenten zu den ausländischen Universitäten nun anstatt Wien die evangelischen Hochschulen suchte. Von den habsburgischen Amtleuten wurde nach 1700 die Schulhoheit der Kirche oft angefeindet, ein Streit, der unter Kaiser Josef II. den Höhepunkt erreichte und mit dem Sieg der alten Überlieferung endete. Das gesamte deutsche Bildungswesen blieb bis zum heutigen Tag kirchlich; lediglich während des zweiten Weltkrieges fiel es zeitweilig an die politische Volksgruppenführung.

ikgs

1930 zeigte das siebenbürgische Schulwesen der Ev.Landeskirche A.B. in Rumänien folgendes Bild:

263 Volksschulen mit rund 34.000 Schülern
9 Untergymnasien
5 Obergymnasien
1 Mädchenlyzeum
3 Anstalten zur Bildung von Lehrkräften und Kindergärtnerinnen
2 Höhere Handelsschulen
Verschiedene Fortbildungsschulen
Zahl der Lehrkräfte an Volksschulen 488, samt Pfarrlehrern 594,
an den übrigen Schulen 143.

Schon im Mittelalter gehörte zu den Kirchenaufgaben die Kranken- und Armenpflege, die seither mannigfach ausgebaut zur Errichtung von Diakonissenheimen, Lutherhäusern, Waiseninternaten und Kleinkinderbewahranstalten in ansehnlicher Zahl und zur Schaffung von Kindergärten in jeder der 241 Gemeinden führte.

Das Verhältnis der ev.Kirche zu den anderen Kirchen war, abgesehen von längst vergangenen Ausnahmezeiten, immer befriedigend. Im dreivölkischen Land alter Glaubensfreiheit lebten die römisch-katholischen, die griechisch-katholische, die griechisch-orthodoxe, die lutherische, die calvinische und unitarische Kirche friedlich und freundschaftlich zusammen. Ein stets beachteter Brauch erhellt dies. Besuchte einer der Landesbischöfe eine Gemeinde seines Sprengels, so läuteten ihm zum Empfang nicht bloß deren Glocken, sondern einträchtig auch die aller anderen Kirchen, und jede Gemeindeführung entsandte Abordnungen zur Begrüßung.

Die Sachsen machten 1930 unter den 3,2 Millionen Einwohnern Siebenbürgens rund 8% aus (Rumänien etwa 60%, der Rest sind Ungarn, abzüglich einiger Zehntausend Juden, Zigeuner und Armenier). Infolge ihrer geschichtlichen Leistung und Tüchtigkeit war der Anteil der Sachsen am Vermögen des Landes jedoch bedeutend größer. Freilich läßt er sich schwer schätzen. Auch die Kirche besaß früher mächtige Liegenschaften und sonstiges Eigentum. Die Erträgnisse flossen den Schulen zu. Die Bodenreform von 1921 verringerte den Besitz um 58.000 Joch. Die dadurch ausfallenden Einkünfte mußten fortan aus ungewöhnlich hohen Kirchensteuern gedeckt werden.

Der Rechtsschutz für Kirche und Schulen beruhte außer auf der rumänischen Verfassung auf den Friedensverträgen von 1919, worüber unten noch gesprochen wird.

An Versuchen, diese Rechte zu kürzen, fehlte es nicht. Ähnlich wie Ungarn jahrzehntelang bestrebt war, seine Minderheiten zu entvolken, bemühte sich auch Rumänien um dasselbe Ziel, freilich weniger zäh, doch gelegentlich mit brutaleren Mitteln. Es nahm unerträglich schrafen Einfluß auf die Lehrpläne der deutschen Kirchenschulen. Daraus und aus hundert anderen Beeinträchtigungen nährte sich der Rechtskampf, den die Kirche führen mußte und der nur in der kurzen Spanne der deutsch-rumänischen Waffenbrüderschaft fast ganz aufhörte.

Eine unbeschränkte Unterstützung fand die Kirchenleitung als Schulerhalterin bei der politischen Organisation der Volksgruppe, deren Führer seit jeher zugleich in den kirchlichen Vertretungen saßen, ferner beim Gustav-Adolf-Verein und bei anderen lutherischen Verbänden in Deutschland und Schweden. Der ökumenischen Bewegung der Weltkirchen trat die Ev.Landeskirche A.B. in Rumänien seit Anfang an bei.

Mit dem Rückzug der deutschen Heere im August 1944 und dem Eindringen der Russen änderten sich diese, im allgemeinen gesunden Verhältnisse jäh. Eine furchtbare Tragik brach über Kirche und Kirchenvolk herein. Zu Zehntausenden flohen die Menschen westwärts. Sie wurden enteignet, eingesperrt, entrechtet und sehr viele zur Zwangsarbeit nach Rußland verschleppt. Die Einzelheiten des schrecklichen Vorgangs werden im dritten Teil noch ausführlich geschildert.

Die Seelenzahl der Landeskirche A.B. betrug nach diesen Ereignissen im Sommer 1947 nur noch ungefähr 150.000 Seelen in den Heimatorten; die übrigen Kirchenangehörigen befinden sich, sei es durch Flucht oder Evakuierung, sei es nach Entlassung aus dem Soldatendienst, in Deutschland oder Österreich, zahlreiche aber schmachteten in Arbeitslagern des Donez- und Uralgebietes.

Von den 264 systemisierten Pfarrstellen sind jetzt nur 189 fast besetzt. 32 Pfarrer wurden von den Russen 1945 deportiert, 12 davon kehrten inzwischen heim. Das kirchliche Leben wird aufrecht erhalten und ist im Vergleich zu früheren Zeiten besonders rege. Wirtschaftliche Schwierigkeiten, von der im Sommer 1947 durchgeführten Währungsreform noch gesteigert, bestehen in kaum erträglicher Weise. Zahllose Kirchengebäude, vor allem Schulbauten, aber selbst Gotteshäuser wurden von den rumänischen und russischen Behörden enteignet oder beschlagnahmt, darunter auch das

Bischofspalais in Hermannstadt.

Diese Vermögenswegnahme begrenzt sich keineswegs mit den durch ungewöhnliche Zeiten bedingten Eingriffen. Sie erfaßte sogar die im Eigentum der Kirche befindlichen caritativen und kulturellen Institute, wie z.B. das berühmte Brukenthalmuseum in Hermannstadt, die größte und bedeutendste Kunstsammlung des Südostens mit unschätzbarer Gemäldegalerie, Bücherei und wissenschaftlichen Abteilungen, eine Frucht der Arbeit und der Liebe zahlreicher Geschlechter. Das Martin-Luther-Krankenhaus und das Christliche Hospiz in Hermannstadt wurden staatlichen Organisationen kurzerhand übereignet. Die großen Waisenhäuser in Kronstadt und Hermannstadt sind teilweise beschlagnahmt, die Altersheime in Kronstadt, Bukarest und Hermannstadt leiden wie alle anderen kirchlichen Anstalten unter Geldmangel, ebenso die Kinderschutzvereine, deren Gebäude und Einrichtungen vielfach weggenommen worden sind.

Eine Rechtsgrundlage für all diese Maßnahme, welche die Landeskirche in die größte Not ihrer Geschichte gestürzt haben, gibt es nach den bisher in Europa geltenden Anschauungen nicht. Eine Erklärung läßt sich nur daraus ziehen, daß Rumänien auf dem Wege ist, ein kommunistischer Staat zu werden.

Obgleich das eigentliche kirchliche Leben nicht behindert wird, so ist doch dessen Bestehen vom Mangel an Mitteln bedroht, die Schulerziehung aus dem gleichen Grunde gefährdet und überdies durch Raumknappheit und ideologische Einflüsse des Staates beeinträchtigt.

Innere Mission, Sozial-und Fursorgearbeit wird in Stadt und Land durch Geistliche, vornehmlich mit Hilfe der Nachbarschaften, einer Zusammenfassung der Gläubigen nach Wohngruppen, sowie durch die Bruder-und Schwesternschaften der Jugend geleistet. Auch heute sind die Nachbarschaften, nachdem sie während des Krieges der politischen Volksgruppenführung unterstanden, in Verbindung mit der Kirche tätig. Ergänzend treten die evangelischen Frauenvereine hinzu, die einst eine große Bedeutung hatten, jetzt freilich nach Beschlagnahme ihrer Einrichtungen arg behindert sind.

Das Verhältnis zu den anderen Minderheiten, zum rumänischen Mehrheitsvolk und den übrigen Kirchen hat, von den Staatsbehörden und den linksstehenden Parteien abgesehen, gerade infolge der jung-

./.

sten Entwicklung nur an Herzlichkeit gewonnen. Die Verletzung der elementaren Rechte der evangelischen Kirche und der deutschen Minderheit beruht ja nicht auf dem allgemeinen Willen des rumänischen Volkes. Ideologische Unbedenklichkeit der im Augenblick bestimmenden Gruppen und chauvinistische Aneignungslust führten das Unheil herbei und nähren es weiter. Wie weite Teile des rumänischen Volkes befürchten und wie deutliche Anzeichen es bereits ankündigen, wird der Zugriff der Gewalt, nachdem er als erstes Ziel die Volksdeutschen gewählt hat, nun immer mehr auch die nichtproletarischen Schichten der anderen Nationalitäten Rumäniens anfassen.

Wie fast immer in ihrer Geschichte bestand auch während des Krieges zwischen der Kirchenleitung und der politischen Volksorganisation der Siebenbürger Sachsen engste Zusammenarbeit. Nur ein kleiner Teil der Geistlichen sah dieses traditionelle Zusammenwirken damals deshalb ungern, weil in der Volksgruppenführung zu jener Zeit nationalsozialistische Kreise großen Einfluß hatten. Als im August 1944 die Russen ins Land kamen, löste sich die politische Organisation der deutschen Minderheit auf und bildete sich bis zum heutigen Tag nicht wieder. Die Siebenbürger Sachsen haben also keine politische Vertretung mehr. An der Kirchenspitze trat eine Änderung ein, indem D. Friedrich Müller zum Bischof bestellt wurde, dem nun nach Lage der Dinge auch die politische Führung der Siebenbürger Sachsen zustehen muß.

Ob er diese Aufgabe tatkräftig aufgriff, ist nicht zu erkennen. Erfolge blieben ihm jedenfalls versagt. Lediglich das Öffentlichkeitsrecht der deutschen Schulen, das ihnen 1944 abgestritten worden war, konnte gesichert werden.

Das Kirchenvolk hat in den letzten zwei Jahren 98% seines landwirtschaftlichen Eigentums durch staatliche Maßnahmen verloren. In den Städten fielen zahllose volksdeutsche Unternehmungen der Beschlagnahme anheim. 40% der Gesamtheit sind außer Landes und in bitterstem Elend, wenn nicht sogar in Zwangsarbeit. Die Daheimgebliebenen, zum großen Teil zu Bettlern gemacht, sehnen sich nach Wiedervereinigung mit ihren Angehörigen. In einem solchen Jammer der Seele und der nackten körperlichen Not müßte eine ent-

./.

schlußstarke und mutige Kirchenführung alles daransetzen, vom Staate feste Zusicherungen zur Wiedergutmachung des erlittenen Unrechts zu erhalten und, wenn das unmöglich ist, die Hilfe der demokratischen Länder anrufen, die im Dienste der verkündeten Menschlichkeit Rumäniens Frontwechsel im Kriege bewirkt haben, oder sie mußte, wenn auch das erfolglos bleiben sollte, eine Auswanderung ins Auge fassen. Jede länger andauernde Ungewißheit hinsichtlich der jetzt fast völlig verschütteten Lebensmöglichkeiten muß den inneren Zerfall, regellose Einzelflucht in die Fremde, Verzweiflung und schließlich die Selbstauflösung der uralten Gemeinschaft fördern. Merkmale dieser Entwicklung sind tausendfältig zu beobachten, obgleich die Volksdeutschen Rumäniens nicht zu jenen gehören, die nach dem Potsdamer Abkommen ausgesiedelt werden sollen.

Welches Schicksal der evangelischen Kirche in Rumänien bestimmt ist, kann niemand voraussagen. Eine zuversichtliche Beurteilung ist nicht am Platze, solange die jetzigen Machtverhältnisse bestehen. Es ist möglich, daß die Kirche wirtschaftlich zusammenbricht, daß ihr Schulwesen infolge der Verarmung der Gläubigen oder durch staatliche Eingriffe abstirbt, ja daß durch Abwanderung oder gewaltsame Zerstreuung der Volksgruppe selbst die Kirchenlinder verschwinden.

b. Die Siebenbürger Sachsen.

Die siebenbürger Sachsen führen einen unzutreffenden Namen. Sie sind keine Sachsen, sondern stammen vorwiegend aus Luxemburg und anderen rheinisch-moselländischen Gebieten. 1939 betrug ihre Gesamtzahl über 250.000 Seelen.

Ihre Ansiedlung begann 1140 auf Einladung des ungarischen Königs Geisa II. und wurde durch Nachzügler verstärkt, besonders um das Jahr 1214, als der bald darauf vertriebene deutsche Ritterorden den südöstlichsten Teil des Landes, das Gebiet um die damals gegründete Stadt Kronstadt, mit seinen deutschen Bauern in die Hand nahm.

Dieses älteste Kolonistenvolk Europas erhielt die menschenleeren Landschaften rings um die von ihm errichteten Städte

./.

Hermannstadt, Kronstadt, Mediasch, Schäßburg, Bistritz, Mühlbach, Broos und Reen zum Eigentum und als autonomes Gebiet. Die Einwanderer kamen nicht als Eroberer, sondern - das sei ausdrücklich betont - auf Grund von Verträgen mit dem ungarischen König, gerufen "ad retinendam coronam" (zum Schutze der Krone). Das ihnen zugeteilte Land war Ödnis, Urwald und Sumpf. Sie rodeten es, machten es frucht- und bewohnbar; sind also keine Eindringlinge in ihrer Heimat; vielmehr in den von ihnen bewohnten Gegenden die älteste und legitime Bevölkerung. Sie verdrängten niemand und beraubten niemand. Sie wohnen heute seit mehr als 800 Jahren auf dem gleichen Platze. Ihre berühmten Kirchenburgen und Dome standen bereits vor der Entdeckung Amerikas.

In einer autonomen Verwaltungseinheit, deren einzelne Ansätze ziemlich bald zusammenwuchsen, konnten sie sich frei regen. Sie duldeten unter sich weder Hörige noch einen Adel mit Sonderrechten. Sie wählten ihre Beamten, Pfarrer und ihr Oberhaupt, den Sachsengrafen, selbst und hatten in der "Nationsuniversität" eine oberste Vertretung. Um diese Einrichtungen, deren vollendete Ausgestaltung schon nach 2 Jahrhunderten erreicht wurde, richtig zu würdigen, sei darauf hingewiesen, daß sich das allgemeine Wahlrecht sonst erst im 19. und 20. Jahrhundert Bahn brach.

Ihre Rechte und Pflichten dem Staate gegenüber waren im Andreanischen Freibrief 1224 festgelegt worden, der ein Grundgesetz Ungarns und später auch des Fürstentums Siebenbürgen und hierauf des österreichischen Kronlandes Siebenbürgen bis ins 19. Jahrhundert bildete.

Als Grenzwächter, über die schon der Mongolensturm und nachher zahlreiche Tatareneinfälle gegangen waren, schufen sie durch Befestigung der Dorfkirchen das weltbekannte System der Kirchenburgen, das in Zusammenarbeit mit ihren starken Städten und in Wehranlagen der Stände in den 300 Jahren der Türkenangriffe Siebenbürgen europäisch erhielt.

Ihr Handel dehnte sich in den Orient und nach Westeuropa aus. Ihr Gewerbe versorgte die Nachbarländer. Ihre Humanisten weckten höhere Bildungsinteressen in Südosteuropa und schufen auch die rumänische Schriftsprache, indem sie die ersten rumänischen Bücher verfaßten und druckten, darunter Bibel und Katechismus.

./.

Ihre Dome sind die östlichsten Bauten der Gotik. Ihres Volksschulwesens wurde bereits gedacht. Es ist wohl das älteste Europas.

Diese Leistungen fallen zum Teil in die Zeit, da Siebenbürgen durch über 150 Jahre als von Ungarn gelöstes Fürstentum der Oberhoheit des Sultans unterstand. Wenn gleichwohl keine islamische Moschee in dieser fernsten Provinz des Abendlandes gebaut wurde und sich kein Pascha darin festsetzte, so ist es unter den drei siebenbürgischen Landständen (ungarischer Adel, ungarischer Grenzstand der Szekler und Siebenbürger Sachsen) vorwiegend Sachsen zu verdanken, die im Besitz der wichtigsten Städte und Festungen waren und die entschiedensten Verfechter der europäischen Lebensform blieben.

Wie sie ihre Rechte 1224 dem König gegenüber gesichert, ihre Kirchenordnung 1547 als Anhänger Luthers erlassen hatten, gaben sie sich 1577 im Eigenlandrecht der Sachsen in Siebenbürgen auch ein staatliches und bürgerliches Recht, das vom Landesfürsten anerkannt und nach dem Heimfall Siebenbürgens an Österreich vom Kaiser bestätigt worden ist (Leopoldinisches Diplom 1691).

Die alten Rechte der Siebenbürger Sachsen wurden erst aufgehoben, als Ungarn 1867 Siebenbürgen von Österreich zur Verwaltung zurückerhielt und dort die althergebrachten Ordnungen im Dienste einer schematischen Angleichung und der ersehnten Magyarisierung der Minderheiten umstieß. Die Sachsen führten dagegen einen erbitterten Kampf, bei dem sie ihre Selbstverwaltung zwar einbußten, Schule, Kirche, Volkstum und Kulturausrüstung aber zu retten und sogar auszubauen vermochten.

Zusammenfassend läßt sich über die vielhundertjährige Leistung dieses Kolonistenvolkes sagen, daß es die europäische Kultur in den Südosten trug, großen Teilen des rumänischen und ungarischen Volkes den Weg aus primitiven Zuständen wies, den Städtebau begründete, Wirtschaft, Handel, Schule und Wissenschaft für ein weitaus breiteres Gebiet als das ihrer Siedlungen ins Leben rief und an dieser schöpferischen Aufgabe bis zur Gegenwart als Lehrmeister und Förderer aller Bewohner im Karpatenraum festgehalten hat.

./.

Als 1919 Siebenbürgen zu Rumänien kam, erkannten die Sachsen diese Regelung an, indem sie, wie stets in der Vergangenheit, mit ihrer Staatstreue die Treue zur eigenen Art und Geschichte vereinten.

Im Vertrag zwischen den alliierten und assoziierten Hauptmächten und Rumänien vom 9.12.1919, der Rumäniens Pflichten gegenüber den nationalen Minderheiten festlegt, wurde der "Gemeinschaft der Siebenbürger Sachsen" (Artikel 11) eine lokale Kulturautonomie eingeräumt.

Der übernommenen Verpflichtung kam Rumänien nur zögernd und begrenzt nach. Wie in Ungarn hatten die Sachsen auch nach dem ersten Weltkrieg in den neuen staatlichen Zusammenhängen einen dauernden Kampf um ihre geistigen, kirchlichen, schulischen und Volksrechte zu führen. Ein Vorteil war es, daß in den anderen von Rumänien gewonnenen Gebieten ebenfalls große deutsche Siedlungen lagen, die sich volksorganisatorisch mit den Sachsen verbanden und im Laufe der Jahre zu einer einheitlich geführten Volksgruppe zusammenschmolzen. So weit diese Deutschen evangelisch wären, fügten sich ihre Kirchengemeinden der evangelischen Landeskirche A.B. ein.

Während des zweiten Weltkriegs kam es 1940 nach der Rückgliederung Bessarabiens an Rußland zu einem deutsch-russischen Aussiedlungsvertrag, der die Deutschen Bessarabiens, der Bukovina und Dobrudscha nach Deutschland verpflanzte. Zugleich fielen die Nordteile Siebenbürgens mit rund 42.000 Sachsen an Ungarn, eine Regelung die bis 1944, also bis zum Vorrücken der russischen Truppen, in Geltung blieb, worauf sich Rumänien wieder in den Besitz dieser Landstriche setzte. Freilich wurden von den zurückweichenden deutschen Armeen im Herbst 1944 45 Gemeinden Nordsiebenbürgens und 9 Gemeinden Südsiebenbürgens evakuiert und die Bevölkerung nach Westen mitgenommen. Häuser und Besitzungen in diesen Orten sind durch Aneignung in die Hand von Rumänen übergegangen.

Während des Krieges besserte sich auf Grund von Abmachungen zwischen dem Deutschen Reich und Rumänien die Behandlung, die die Siebenbürger Sachsen von den Behörden erfuhren, sehr wesentlich. Es hatte den Anschein, als habe der Staat auf seine Politik zur

./.

Zurückdrängung der deutschen Minderheiten verzichtet und sei gewillt, deren Eigenständigkeit anzuerkennen, was tatsächlich zur Durchführung gelangte, als der Volksgruppe durch Dekretgesetz vom 20. September 1940 die Eigenschaft einer juristischen Person des öffentlichen Rechts zugebilligt und ihr durch Gesetz vom 8.11.1941 die Vollmacht zur Erhaltung der deutschen Schule in Rumänien übertragen wurde.

Unter erheblichen Widerständen gewisser Kreise innerhalb der evangelischen Landeskirche A.B., aber auch der katholischen Kirche, beschlossen dennoch beide Kirchenleitungen, die Übereignung ihres deutschen Schulwesens an die Volksgruppenführung, die damals bei der Reichsregierung geistig und materiell so große Unterstützung fand, wie dies bis dahin noch nie geschehen war. Die Regelung des Schulwesens wurde, wie erwähnt, nach Abzug der deutschen Truppen 1944 wieder rückgängig gemacht.

Während des Krieges überstellte Rumänien nach Abschluß eines Staatsvertrages mit dem Reich die Deutschstämmigen seiner Wehrpflichtigen, etwa 70.000 Mann, davon über 30.000 Siebenbürger Sachsen, in den Dienst der deutschen Wehrmacht, wo sie zum größten Teil in die Waffen-SS eingereiht wurden.

Um das tragische Schicksal der Siebenbürger Sachsen, das sich im August 1944 zu vollziehen begann, ganz zu verstehen, muß zunächst ihre wirtschaftliche Bedeutung in der jüngsten Gegenwart betrachtet werden.

Über 60% der in rund 250 Ortschaften beheimateten Siebenbürger Sachsen beschäftigten sich in der Landwirtschaft als selbständige bodenbesitzende Bauern mit etwa 40.000 rationell und intensiv bearbeiteten Höfen. Die Marktleistung dieser Bauern stand weit über dem Landesdurchschnitt. Neben Viehzucht (besonders Milchvieh und Schweinehaltung, sowie Mastrinderzucht) und Ackerbau (Getreide, Mais, Kartoffeln, Zuckerrüben, Öl-Textil-und andere Industriepflanzen) befaßten sich die sächsischen Bauern mit Gemüse-, Obst- und Weinbau, im Winter überdies mit Holzwirtschaft. Bedeutund war die bäuerliche Heimindustrie (Weberei, Stickerei, Korbflechterei, Tischlerei, Malerei und Töpferei). Ein großer Teil der Bekleidung und Wohnungseinrichtung, sowie des Haushaltsgerätes wurde im Dorf

./.

hergestellt. Die Volkskunst (Trachten, Kunstgewerbe) ist in Europa bekannt.

In den letzten Jahrzehnten erzielte das Bauerntum durch Anschaffung zahlreicher moderner Maschinen eine erhebliche Ertragssteigerung, wobei das hochentwickelte Genossenschaftswesen und der siebenbürgische Landwirtschaftsverein erfolgreich mitwirkten. Schon im ersten Weltkrieg besassen die siebenbürger Sachsen 184 ländliche Spar-und Vorschußvereine, 64 Konsum-und 5 Kellervereine. 1939 wurden 250 Genossenschaften gezählt, die in einem Verband zusammengefaßt waren.

Die Erzeugnisse der Siebenbürgischen Landwirtschaft wurden vorwiegend im Inland abgesetzt, doch gab es daneben auch ständige Ausfuhrartikel wie Hopfen, Braugerste, Rotkleesamen, Hanf, Flachs, Leinsamen, Sojabohnen, Obst, Wein und Holz. Mastvieh und Mastschweine nahm in beträchtlichem Umfang vor allem der Wiener Markt auf. Abgesehen von der Wirtschaft der Schwaben im Banat, war die Siebenbürgisch-sächsische Landwirtschaft die höchststehendste in Rumänien.

Von der siebenbürgisch-sächsischen Stadtbevölkerung (40% der Volksgesamtheit) war über die Hälfte im Handwerk und der Industrie beschäftigt. Das siebenbürgisch-deutsche Gewerbe hat eine alte Tradition und war schon in der Mitte des 14. Jahrhunderts, gefördert durch den siebenbürgischen Handel, im Orient berühmt und gesucht. Als Umschlagshandelsplätze verbanden die großen siebenbürgischen Orte Kronstadt, Hermannstadt und Bistritz die Wirtschaftswege des Ostens mit denen des Reiches. Nach der Industrialisierung des patriarchalischen Handwerks im vorigen Jahrhundert entwickelte sich eine blühende deutsche Industrie in Siebenbürgen, die sowohl die kapitalistische Erzeugung von Massenbedarfswaren wie die der Kundenerzeugung hochwertiger Bedarfsartikel wahrnahm. Abnehmer stellte die Landbevölkerung, doch blieb auch die Ausfuhr bis zur jüngsten Vergangenheit rege. Schon vor 20 Jahren gab es 61 größere siebenbürgische Exportfirmen.

Da eine genaue Aufstellung über die Kapitalskraft und Erzeugung der siebenbürgisch-deutschen Industrie nicht zu beschaffen ist, müssen wir uns mit der Erwähnung der wichtigsten Betriebe

./.

ikgs

begnügen. Es gab auch 14 Textilwarenfabriken, 10 Lebensmittel-und Getränkefabriken, 9 Lederfabriken, 8 Fabriken zur Holzverarbeitung, 7 Maschinen-und Metallwarenfabriken, 2 Papierfabriken, 2 Tonwarenfabriken, 2 Wagenfabri en, 1 Werkzeugfabrik, 1 Kassenfabrik, 1 Schwefelsäure-und Kunstdungerfabrik und andere mehr. Hiebei sind nur die Großunternehmungen berücksichtigt. Am bedeutendsten war die Textilindustrie, die alle erdenklichen Textilien herstellte, und über die Deckung des rumänischen Inlandsbedarfs hinaus den Balkan reich belieferte. Die Kronstädter Tuchfabrik Scherg ist eines der größten und modernsten Textilwerke Europas. Das Dorf Heltau entwickelte sich knapp vor dem zweiten Weltkrieg zu einem überaus leistungsfähigen Textilstädtchen mit zahlreichen Betrieben. Weitbekannte Großunternehmungen sind die Maschinenfabrik Schiel in Kronstadt, die Papierfabrik Schiel, die Bierbrauereien und Spiritusfabrik Czell ebenfalls in Kronstadt, die Lederfabrik Karres, die Glasfabrik Vitrometan und die Emailfabrik in Mediasch, die Eisengießerei Rieger, Tuchfabrik Scherer und Stärkefabrik Amylon in Hermannstadt. Neben diesen Unternehmungen war die Zahl der kleinen Industriewerke (Essigfabri en, Schnapsbrennereien, Konserven-, Preßhefe-und Stärkefabriken und so weiter) bedeutend. Auch die Mühlenindustrie muß erwähnt werden. Das Erdgasvorkommen bei Mediasch begünstigte die Entstehung von Werken der Glas-und keramischen Industrie.

10% der städtischen Bevölkerung der Siebenbürger Sachsen war in Handels-und Geldinstituten beschäftigt, zu denen 23 größere und 200 kleinere Banken zu rechnen sind, die weit über den Rahmen des Deutschtums in Siebenbürgen hinaus ihre Geschäfte erstreckten. Ihr Eigenkapital betrug 1935 1,50 Milliarden Lei. Da angesichts der häufig schwankenden rumänischen Währung mit dieser Ziffer keine Vorstellung verbunden werden kann, muß auf eine Zahl aus dem Jahr 1912 zurückgegriffen werden, wenn sie auch natürlich für die kommenden Jahrzehnte nicht mehr ausreicht. 1912 verwalteten die siebenbürgisch-deutschen Banken Einlagen im Wert von 374 Millionen Goldkronen. Die Hermannstädter Allgemeine Sparkasse führte übrigens als eine der ersten Banken Europas das Pfandbriefgeschäft ein. Die Gewinne fast aller Geldinstitute der Siebenbürger Sachsen wurden für gemeinnützige Zwecke (Schule, Kirche und Kultureinrichtungen)

./.

verwendet, was einzigartig in der ganzen Welt sein dürfte.

Seit 600 Jahren waren die Siebenbürger Sachsen im Besitz eines hochwertigen Schulwesens. Das führte zur Heranziehung einer verhältnismässig großen Zahl von Intellektuellen. Keine Nationalität in Rumänien stellte so viele Ärzte, Ingenieure, Architekten, Apotheker. Ohne die deutschen Intellektuellen wäre der ungeheure wirtschaftliche und industrielle Aufstieg undenkbar, den Rumänien und besonders Siebenbürgen seit 1918 genommen haben.

Berücksichtigt man ferner, daß neben der schon betrachteten kirchlichen und politischen Organisation der Siebenbürger Sachsen auch ihr Kulturleben durch zahlreiche Vereinigungen gefördert und ihre wirtschaftlichen Leistungen durch Zusammenschlüsse gestützt wurden, so rundet sich das Bild der Bedeutung, die ihnen für das Gesamtleben Rumäniens zukam. In der hohen Achtung, die ihr unmittelbar von den Rumänen und den Ungarn unbeschadet der behördlichen, oft schwankenden Politik entgegengebracht wurde, druckt sich diese Bedeutung aus. Die Siebenbürger Sachsen waren nicht nur in der Vergangenheit ein Segen ihres Landes, das aus ihrer Hand Form und Gestalt erhalten hat, sie waren auch für das gesamtrumänische Gebiet nach dem ersten Weltkrieg Lehrmeister und unersetzliche Arbeiter. Die einzigen wirklich europäischen Städte dieses Staates, die einzige durchkultivierte Landwirtschaft findet sich (außer im Banat) nur in den sächsischen Gegenden. Die Annahme, daß durch Entrechtung und Enteignung der Sachsen Rumänien etwas gewinnen könnte, hätte früher einen ernsten rumänischen Staatsmann zum Lachen gebracht.

Durch die nach Rußlands Vordringen eingesetzte kommunistische Regierung ist das Unvorstellbare leider Wirklichkeit geworden. Rumänien hat sich durch Entrechtung der Siebenbürger Sachsen in einem unabschätzbaren Ausmaße selbst geschädigt. Die Schädigung ist nicht nur wirtschaftlicher Art, sondern bedeutet auch eine sittliche Selbstbefleckung, denn alle gegen die Sachsen ergriffenen Maßnahmen tragen den Stempel des Unrechts und haben das über dem ganzen Staatsgebiet seit 1944 lagernde Gefühl der Unsicherheit und Willkür ununterbrochen vertieft.

/.

ikgs

c. Entrechtung und gegenwärtige Lage der Siebenbürger Sachsen und ihrer Kirche.

Die Siebenbürger Sachsen gehören nicht zu den deutschen Volksgruppen des europäischen Ostens, die nach dem Potsdamer Abkommen ausgesiedelt werden sollen. Sie haben den unveränderten, durch völkerrechtliche Abmachungen gestützten Anspruch auf das ihnen seit acht Jahrhunderten durch Fleiß und Arbeit zugewachsene Eigentum sowie auf die ungeschmälerte Anerkennung ihrer rumänischen Staatsbürgerschaft, die ihnen im gleichen Ausmaß zusteht wie den anderen Bürgern ihrer Heimat. Jede der gegen sie allein gerichteten Sondermaßnahmen ist unrechtmäßig erlassen und vollstreckt worden, wie immer sie auch begründet wurde. Jede widerspricht dem Artikel 11 des Vertrages vom 9.12.1919 und dem Grundsatz der gleichen und natürlichen Staatsbürgerrechte, widerspricht auch den Urgesetzen der Demokratie und Menschlichkeit, zu denen sich Rumänien vor der Welt ebenso bekennt wie Rußland, unter dessen tatsächlicher Bestimmung dieser Staat heute liegt.

Was den Sachsen auch genommen wird, ihr Recht auf Wiedergutmachung ist unbestreitbar und wird, gleichgültig wohin sie das Schicksal stellen mag, immer vertreten werden, bis es befriedigt ist.

Wie bereits erwähnt, wurden rund 50.000 Siebenbürger Sachsen von den zurückweichenden deutschen Armeen im Herbst 1944 nach Deutschland und Österreich zwangsevakuiert. Rumänische, von der Regierung dahingesetzte sogenannte "Kolonisten", oft Zigeuner und andere landwirtschaftlich unbefähigte Menschen, eigneten sich Dörfer und Vermögen der Abwesenden an, die man nicht zurückkehren läßt; eine willkürliche Regelung, die zum Schaden der rumänischen Volkswirtschaft ausläuft, da die hohe Erzeugungskraft der erbeuteten Höfe zerstört ist.

Die gleiche Entwicklung vollzog sich 1945/46 auch in den südsiebenbürgischen Gemeinden, obgleich hier die rechtmäßigen sächsischen Eigentümer daheimgeblieben waren. Auf der anfechtbaren Grundlage einer Bodenreform, die sich im wesentlichen gegen die zu Staatsfeinden erklärten Volksdeutschen kehrte, nahm man ihnen Grundbesitz, Höfe, Vieh und das gesamte Inventar ohne Entschädigung

./.

rd. 90 % des bäuerlichen Eigentums der Sachsen waren so entwertet.

Die wertvollsten Landwirte Südosteuropas sind damit zu Bettlern gemacht. Heute leben diese Bauern als Knechte der neuen "Eigentümer" oder in Zwangsarbeitslagern des Staates. Sie wandern auch in die Städte ab und fristen sogar von Almosen ihr Dasein. Das gleiche Schicksal - das muß immer vor Augen gehalten werden - traf auch die anderen deutschen Siedlungsgruppen in Rumänien, die katholischen Banater Schwaben, rund 300.000 Menschen.

Damit steigt der volkswirtschaftliche Schaden, den sich Rumänien selber zufügt, ins Unberechenbare, denn die schwäbische Landwirtschaft, durch besseren Boden begünstigt, war noch ertragreicher als die sächsische. Der volle Umfang dieser Selbstbeschädigung kann aber nur dann begriffen werden, wenn man die Sondermaßnahmen berücksichtigt, die zur Vernichtung der städtischen Wirtschaft der Sachsen (und der Schwaben) erlassen wurden und fortlaufend ergänzt werden. Hiezu gehören, neben der nackten Enteignung, die Beschlagnahme, die Einsetzung von Treuhändern, die vielfach in die eigene Tasche schaffen, die Diktatur der Arbeitersyndikate über die Betriebsführung, übermäßige Steuern, Entlassung von deutschen Angestellten und Arbeitern, das an die Eigentümer gerichtete Verbot, ihre Firmen zu betreten, ferner Verhaftung der Geschäftsinhaber, kurz eine Kette von immer ineinandergreifenden Verordnungen, zu denen die eigenwilligen Maßnahmen örtlicher Parteistellen und der Gewerkschaften und in jedem Fall die landesüblichen Schmiergelder für die Beamten als zusätzliche Last zu rechnen sind. Daneben lief die rücksichtslose Requirierung des Wohnraums der Volksdeutschen, die in erschütternder Enge zusammengepfercht wurden, was zur teilweisen Aneignung ihrer privaten Habe durch die eingewiesenen, kulturell zumeist sehr primitiven "Mieter" zu führen pflegt. Welche sittlichen und seelischen Folgen all diese Vorgänge haben, braucht nicht geschildert zu werden.

Die Entrechtung der Volksdeutschen kann nur als Auftakt zur Beseitigung der bürgerlichen Wirtschaftsform in Stadt und Land begriffen werden. Die Schaffung einzelner Kolchosen deutet den eingeschlagenen Weg an.

Der verhängnisvollste Schlag, ärger als die anderen, war aber die jählings im Januar 1945 durchgeführte Massenverschleppung der weiblichen Jahrgänge vom 18.-30. und der männlichen vom 17.-45 Lebens-

./.

jahr zur Zwangsarbeit ins Donez-und Uralgebiet. Mitten im Winter brachte man die Ausgehobenen ohne Rücksicht, ob sie hilflose Kinder hinterließen, in plombierten Viehwagen in die Kohlengruben.

Seither leisten die dort eine Arbeit, der die wenigsten gewachsen sind. Die Anforderungen übersteigen jedes Maß. Mißhandlungen kommen oft vor. Die Verpflegung genügt nicht und wird fast immer durch Unredlichkeit der Wachmannschaften und Lagerleitung verschlechtert und gekürzt. Todesfälle durch Hunger sind hundertfach bekannt geworden. Die Löhne werden vorenthalten. Die Unterbringung entspricht den einfachsten Notwendigkeiten nicht. Infolgedessen beläuft sich die Sterblichkeit unter den Verschleppten in den beiden ersten Jahren ihres Elends nach Schätzungen aus Kirchenkreisen auf mindestens 8%. Bei Hinzuzählung der durch Hunger und schwere Erkrankungen verursachten dauernden Schädigungen muß die Zwangsarbeit als Ausrottung eines großen Teils jener leistungsfähigsten Jahrgänge des Siebenbürger Sachsentums aufgefaßt werden, die daheim am meisten gebraucht würden, wo die Mütter von den Kindern gerissen und den Familien die Ernährer genommen wurden und die Erhaltung der Unmündigen gerade in dem Augenblick den Alten zufiel, als diese Acker, Haus und das sichere Brot verloren.

Seitdem aus den Lagern der Verschleppten die Arbeitsunfähiggewordenen zurückkehren, etwa seit einem Jahre, weiß die Welt, wie die Zwangsarbeiter in Rußland leben. Ihre Lage noch weiter darzustellen, erübrigt sich daher. Außer den Siebenbürger Sachsen erleiden dies Schicksal mehrere Millionen aus allen europäischen Völkern.

Freilich ist den aus Rußland entkräftet und krank entlassenen siebenbürgischen Deportierten - von denen erfahrungsgemäß auf der langen Rückreise ein sehr hoher Verhältnissatz stirbt! - noch eine besondere Not auferlegt, weil sie nicht in ihre Heimat zurückgebracht werden. Man setzt sie meist in Sachsen oder in Frankfurt/Oder ab, wo sie nun, bald von den Arbeitsämtern gejagt, in Angst vor neuerlichen Verschleppungen, abgerissen und von Hunger aufgetrieben Unterkommen und Brot suchen, dann häufig nach Süddeutschland entweichen, hier weiterstromern, bis man sie aufgreift und nach Norden abschiebt, worauf das Spiel von vorne anfängt. Nur selten vermag einer dieser Unglücklichen eine halbwegs ergibige Beschäftigung zu finden. Die sittlichen Auswirkungen eines solchen Lebens sind klar.

./.

ikgs

Eine rumänische Repatriierungskommission nahm einige Tausend dieser aus Rußland entlassenen Zwangsarbeiter und Arbeiterinnen in ihre Listen auf, brachte auch etliche Züge mit ihnen nach Siebenbürgen, wo sie jetzt das Elend der Angehörigen umfängt. Andere fürchten die Heimkehr in der begründeten Annahme, daß sich die Dinge in Rumänien verschlimmern könnten, und bleiben daher in Deutschland und Österreich.

Ihr Los teilen mindestens 25.000 derjenigen Siebenbürger, die im deutschen Heer gedient haben. Sie standen zumeist in der Waffen-SS, wo ihre Gefallenenziffer schon im Herbst 1944 auf 13% - ein unerhörter Satz! - geschätzt wurde. Diese entlassenen Soldaten können nicht heimkehren, weil sie vom rumänischen Staat, der sie doch selbst während des Krieges der deutschen Wehrmacht überstellt hatte, als Verräter betrachtet werden. In Deutschland aber gelten sie, sofern sie in der Waffen-SS befördert wurden, nach der Praxis der Spruchkammern als "Betroffene" des Entnazifizierungsgesetzes, so daß sie sich auch hier nicht frei zu regen vermögen; eine sinnwidrige Beeinträchtigung, da ihre Beförderung bei der Waffen-SS als ein rein soldatischer, meist an der Front vorgenommener Akt angesehen werden muß, dem man keinerlei politischen Beigeschmack unterlegen darf.

Die heimatlos gewordenen Siebenbürger werden in Deutschland im allgemeinen besser behandelt als in Österreich, wo sie nur als Hilfsarbeiter tätig sein können und keine Kleiderbezugscheine erhalten. Dennoch machen sie, die vor wenigen Jahren noch vom Reich großzügig unterstutzt worden waren, nun hier wie dort mit Behörden und Menschen die bittersten Erfahrungen, die sich ihnen unauslöschlich einprägen.

Die dritte Gruppe der Heimatlosen ist die am frühesten nach Österreich und Deutschland gekommen, nämlich die durch die deutschen Truppen zwangsevakuierten Siebenbürger, etwa 50.000 Menschen. Ihnen geht es am besten. Sie zogen damals im Treck, von Soldaten beschutzt, mit Pferd und Wagen und mancher Habe westwärts, wo ihnen die Ämter Unterkünfte und Arbeitsmöglichkeiten boten, den Bauern auf den Dörfern, den Städtern in ihren Berufen. Für viele verschlechterte sich freilich inzwischen ihre Lage im gleichen Maße, als seither die inneren deutschen Verhaltnisse trüber wurden.

Am quälendsten für die Siebenbürger Sachsen, ob sie daheim sind oder in der Fremde, ist die Ungewißheit. Niemand kann sagen, wie lange Siebenbürgen auch nur die erbärmlichen Lebensbedingungen von heute den Volksdeutschen gewährt, deren Dasein schon jetzt bloß ein

./.

Dahinsiechen ist. Vor allem weiß niemand, wann und wo sich die zerstreuten Teile der alten Gemeinschaft vereinigen könnten.

Die natürlichste Lösung wäre die Rückerstattung ihrer unbestreitbaren entwendeten Rechte in der Heimat, die durch ihre Vorfahren der Barbarei entrissen worden ist. Solange freilich die jetzige Regierung in Bukarest gebietet, ist dies nicht zu erwarten. Es bleibt sogar zweifelhaft, ob eine andere, zur Wiedergutmachung bereite rumänische Regierung imstande wäre, die auf den volksdeutschen Höfen angesetzten "Kolonisten" zugunsten der rechtmäßigen Eigentümer zu entfernen. Vermutlich könnte nur eine revolutionäre oder kriegerische Umwälzung dies erzwingen.

Infolgedessen mehren sich unter den Sachsen die Stimmen, die eine Auswanderung vertreten. Aber wohin sich diese richten, wie sie geregelt, wie die Einzelteile der Gemeinschaft zusammengeführt werden sollen - all das, nicht zuletzt auch die Finanzierung solcher Pläne sind ungeklärte Fragen, die so bald nicht lösbar sein werden.

Der Undank, den die Siebenbürger Sachsen von Rumänien ernten, ist so ungeheuerlich, daß er in die Geschichte eingehen wird. Das bietet jetzt keinen Trost! Ein Trost wäre nur dort, wo sich tatkräftig Hilfe zeigte. Aber abgesehen von unzureichenden Unterstützungen durch kirchliche und staatliche Ämter in Deutschland hat keine wirklich entscheidungsfähige Stelle, besonders auch keine der Siegerstaaten, diesem Problem die Aufmerksamkeit geschenkt, die es beanspruchen darf. Die Grenzen der Selbsthilfe sind eng. Immerhin ist hier einiges von Belang geschehen. Im Rahmen des Evangelischen Hilfswerks bildete sich ein Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben mit dem Sitz in München, das die Flüchtlinge erfaßte, sie berät, nach Möglichkeit kleidet, sie ärztlich betreuen läßt und sie bei den Behörden vertritt. In Österreich fand das nordsiebenbürgische Generaldekanat der Evangelischen Landeskirche A.B. in Rumänien (Generaldechant D. Molitoris in Ried, Oberösterreich) ein Flüchtlingsunterkommen und betreut die in diesem Land befindlichen Siebenbürger Sachsen, mindestens 5.000 Menschen.

Beide Stellen bemühen sich um die Auffindung von Auswanderungsmöglichkeiten für die zerstreute Gemeinschaft und warten darauf, daß die Leitung der Ev. Landeskirche A.B. in Rumänien (Sitz Hermannstadt in Siebenbürgen), der die Entscheidung überlassen bleiben muß, ihr

./.

ikgs

Urteil darüber fällt, ob ein Verbleiben in der Heimat und eine Rückkehr der in der Fremde lebenden Kirchenkinder einen Sinn hat oder nicht und welche Forderungen sich dann ergeben.

Die Kirchenleitung (Bischof D. Friedrich Müller) scheint allerdings bisher immer noch an der Hoffnung auf Besserung der Dinge in Rumänien mit Gotteszuversicht, aber sonst ohne Rechtfertigung durch die Tatsachen festhalten zu wollen. Die Gefahr ist unverkennbar, daß längeres Zögern die Rettung der Gemeinschaft versäumen könnte. Man weiß, daß in Bukarest Pläne erwogen wurden, die Siebenbürger Sachsen in der Moldau anzusiedeln, was ihrer endgültigen Zerfaserung und dem Zerbrechen des Kirchengefüges gleichkäme. Freilich kann außerhalb Rumäniens niemand mit Sicherheit behaupten, was das starre Sichfestklammern der Kirchenleitung am Heimatboden vielleicht durch unerwartet kommende Ereignisse später belohnt, schließlich ernten wird. Die Lage ist völlig dunkel und fordert die traurigsten Befürchtungen heraus.

Es muß jedoch offen ausgesprochen werden, daß der Weltkirchenrat, obgleich er schon seit langem unterrichtet wurde, bis jetzt die Hilfe, die er leisten könnte, versagt hat, nämlich die internationale Öffentlichkeit mit den Zuständen in Siebenbürgen und mit der Notlage der Ev. Landeskirche A.B. in Rumänien bekannt zu machen. Von dieser Seite könnte die Frage tatsächlich unübersehbar aufgerollt werden, aber auch nur dann, wenn es rasch und mit Eindringlichkeit geschieht.

Treiben die Dinge weiter so hin wie bisher, so werden in kurzer Zeit die gotischen Dome in Kronstadt, Hermannstadt, Bistritz Schäßburg und in den anderen Städten, die zweihundertfünfzig sächsischen Dorfkirchen Siebenbürgens bald das orthodoxe Doppelkreuz tragen; die 800 jährigen Archive der Gemeinden, der Sächsischen Nationaluniversität, der Körperschaften und Konsistorien werden in rumänischen Museen verstauben; die deutschen Kirchenschulen werden verstummen und die Menschen selbst, die all dies belebt haben, die es schufen, denen es Heimat, Herz und Wesensmitte war, werden wehrlos und enteignet, wie sie schon jetzt sind, dann auch noch des letzten Zusammenhalts und des Glaubens beraubt im Völkermeer des Ostens ertrinken, während die nach Westen Entwichenen hier wenigstens im gleichen Volks-und Kulturraum verschwinden. Eine der großartigsten Leistungen menschlicher Kultur, das alte siebenbürgisch-sächsische Kirchenvolk, der Wall des

./.

Abendlandes, noch vor drei Jahren gesund und prachtvoll in seiner Kraft, wird nicht mehr sein!

Statistischer Nachtrag.

Nach der rumänischen Volkszählung vom Jahre 1930 betrug die Zahl der

Deutschen in Siebenbürgen	253.43 =	7,9%	der Gesamtbevölkerung
davon Deutsche in Städten	66.107=	12,7%	der Gesamtstadtbevölkerung
davon Deutsche auf d.Land	187.319=	6,9%	der Gesamtlandbevölkerung
Zahl der ev.-lutherischen	244.766=	7,6%	der Gesamtbevölkerung
davon in den Städten	56.402=	11,2%	der Gesamtstadtbevölkerung
davon auf d.Lande	186.364=	6,9%	der Gesamtlandbevölkerung

Am 31.12.1937 zählte die eveng.Landeskirche A.B. in Rumänien in ihren vierzehn Kirchenbezirken insgesamt 396.912 Angehörige, davon 255.371 in Siebenbürgen der Diaspora, 141.541 in den anderen, nach 1919 der Kirche angeschlossenen Gebieten (Kirchl. Blätter, Hermannstadt, 1939, Nr.7). Die in dieser Kirchenamtlichen Aufzählung, gegenüber der oben angeführten staatlichen, um einige Tausend höhere Zahl der siebenbürgischen Kirchenkinder ergibt sich daraus, daß außer den sächsischen Gemeinden der Kirche auch fünf ungarische, drei ungarisch-deutsch gemischte, eine slowakische, zwei rümänische und ferner 1ooo evangelische Zigeuner angehört hatten.

Die 14 Kirchenbezirke sind die 1o alten siebenbürgischen und die 4 nach 1919 angeschlossenen nichtsiebenbürgischen und zwar Bukarest, Czernowitz, Tarutino und Temesvar. Hiervon sind durch Umsiedlung der Bessarabischen Deutschen ins Reich 194o der Bezirk Tarutino und im gleichen Jahr durch Umsiedlung der Bukowina-Deutschen der Bezirk Czernowitz fortgefallen, sodaß heute nur noch zwei außensiebenbürgische Kirchenbezirke bestehen. Am 31.Dezember 1931 umfaßten die damals noch 14 Kirchenbezirke 39o Gemeinden, zu denen eine Diaspora von 33 Gemeinden zu zählen war.

Die 10 siebenbürgischen Kirchenbezirke sind die folgenden:

Kronstadt	mit 14	Landgemeinden	Schelk	mit 31	Landgemeinden
Reos	" 13	"	Hermannstadt	" 27	"
Schenk	" 22	"	Mühlbach	" 16	"
Schäßburg	" 31	"	Sächs.Regen	" 10	"
Mediasch	" 3o	"	Bistritz	" 33	"

Mit Einschluß der Diaspora 241 Gemeinden

ikgs

Heute bestehen zwar die 10 siebenbürgischen und 2 außensiebenbürgischen Kirchenbezirke noch, aber die Angehörigen des nordsiebenbürgischen Bezirks Bistritz sind 1944 nach Deutschland und Österreich zwangsevakuiert worden, die Bezirksleitung (Generaldechant D. Molitoris) befindet sich in Ried in Oberösterreich. Dieser Kirchenbezirk gehörte von September 1940 bis Ende August 1944 zu Ungarn (Wiener Schiedsspruch: Teilung Siebenbürgens zwischen Ungarn und Rumänien).

Die Seelenzahl der Landeskirche A.B. wird (siehe oben) in den siebenbürgischen Gemeinden heute auf rund 150.000 geschätzt; die übrigen Kirchenangehörigen sind verschleppt, zwangsevakuiert, geflüchtet oder vom Soldatendienst nicht heimgekehrt. Von 264 heute systemisierten Pfarrstellen sind nur 189 fest besetzt.

Der Grundbesitz der Kirche in Siebenbürgen (Wald, Acker, Wiesen, Weide, Weingärten, Obstgärten, Gemüsegärten, Hofstellen) belief sich am 31. Dezember 1913 auf 50.300 Katastral-Joch. Davon wurden durch die rumänische Bodenreform von 1921 28.000 Kat-Joch, also 55.3%, enteignet. Die staatliche Entschädigung betrug dafür rund 1.2% des Wertes.

Die Bedeutung des siebenbürgisch-sächsischen Kirchenvolkes für die rumänische Volkswirtschaft läßt sich aus folgenden Zahlen erkennen: In den 227 sächsischen Gemeinden (ohne Städte) besassen die Sachsen nach Erhebungen von Meltzl im Jahre 1883 505.909 Kat.-Joch als Privateigentum, das sind 72% des Gesamtprivatgrundes jener Gebiete, (der Rest von 28% entfield auf Rumänen und Ungarn). Zum sächsischen Grundbesitz muß noch das Grundeigentum der Kirche und der Nationsuniversität (des einstigen sächsischen Freitums) gerechnet werden, sowie der Grund verschiedener Stiftungen und Genossenschaften, insgesamt etwa 91.300 Kat.-Joch. Hiervon, also von rund 600.000 Kat.-Joch, die das ländliche Grundeigentum der Sachsen ausmachten, wurden durch die rumänische Bodenreform 1921 enteignet:

Grundeigentum der	Nationsuniversität	rd. 35.000 Kat.-J.
" "	Landeskirche A.B.	rd. 28.000 "
" "	Privatleute (Bauern usw)	rd. 31.000 "
" "	Stiftungen, Genossenschaften usw.	rd. 6.000 "
		rd. 100.000 Kat.-J.

./.

Es verlor damit das sächsische Volk in Siebenbürgen durch die rumänische Bodenreform schon 1921 bei einem Wertersatz von nur 1.2% rund 100.000 Kat.-Joch im Werte von rund 3 Milliarden Lei, d.i. 75 Millionen Goldmark (Schätzung von A.A. Klein in "Der Auslandsdeutsche", Berlin, Jg. X, Heft 11, nach dem damaligen Werte des Leis auf der Grundlage 40 Lei = 1 RM). Der ländliche Grundbesitz der Siebenbürger Sachsen 1944 dürfte sich also (ohne Hofgebäude, Stallungen, Inventar, Vieh usw. und ohne städtische Liegenschaften) bei Berücksichtigung, daß er sich seit 1883 auch durch Verkäufe verringerte, schätzungsweise wie folgt darstellen:

Privatgründe (hauptsächlich bäuerlich	450.000 Kat.-Joch
Kirchengründe	22.000 " "
	472.000 Kat.-Joch

Schätzungsweise betrug der Wert dieser Gründe 14 Milliarden Lei (im Verhältnis 40 Lei = 1 Goldmark), d.i. 350 Millionen Goldmark.

Die 450.000 Kat.-Joch Privatgründe (1 Kat.-Joch = rd. ½ Hektar) verteilten sich im Jahre 1930 auf 38.881 sächsische Grundbesitzer, deren Einzelbesitz nicht hoch war, da von ihnen 16.205, also 41,8%, weniger als 5 Kat.-Joch, 9.171, also 23.6%, sogar weniger als 3 Kat.-Joch hatten. Immerhin besaßen die Sachsen verhältnismässig mehr Grund als die anderen Völker des an ländlicher Übervölkerung leidenden Siebenbürgens. Der geringe Grundbesitz sagt aber über Güte und Wert der einzelnen Bauernwirtschaft nichts Entscheidendes aus, da die politischen Gemeinden Siebenbürgens seit jeher große Hutweiden, die jeder Bauer benützen darf, haben, so daß die Viehhaltung mühelos vermehrt werden kann. Auch der den Bauern zugutekommende gemeinsame Waldbesitz ist bedeutend. Überdies machte der sächsische, nicht aber der rumänische und ungarische Bauer die Nachteile seines geringen Ackerumfangs durch moderne Betriebsintensivierung wett. Rechnet man - sehr mäßig - den Durchschnittswert der Hofgebäude, des Inventars und des Viehs auf nur 25.000 Mark je Hof, so erhält man für die 38.881 sächsischen Bauern einen Gesamtwert an Haus-und Betriebseigentum von 972 Millionen Mark. Mit Hinzuzählung des Wertes der Gründe ergibt sich also ein Gesamtwert an landwirtschaftlichem Grund-und Hofeigentum von 1.3 Milliarden Mark, ohne Berücksichtigung des bäuerlichen Eigentums an beweglichem Haushaltsgerät, Wäsche, Möbel und Geldkapital. Dieses Eigentum für die Familie mit durchschnittlich 5000 Mark mäßig geschätzt,

./.

kann man es auf insgesamt 200 Millionen Mark veranschlagen, so daß dadurch die Vermögensgesamtsumme auf 1500 Millionen Mark steigt.

Mit diesem Betrag von 1.5 Milliarden Mark wird, durchaus unverbindlich und wahrscheinlich um ein Bedeutendes zu niedrig, der Wert des am ländlichen Boden haftenden Vermögens der Siebenbürger Sachsen für das Jahr 1944 eingeschätzt werden dürfen.

98% dieses Wertes wurde durch die widerrechtlichen Maßnahmen der rumänischen Regierung nach 1944 entwendet. Die unanfechtbaren Forderungen der Siebenbürger Sachsen auf Schadensersatz belaufen sich demnach, allein was die Bauern und das ländliche Grundvermögen der Evang. Landeskirche A.B. (ohne deren städtisches Eigentum und ohne Einbeziehung der Verluste an Schulgebäuden usw.) auf mindestens 1470 Goldmark.

Der Wert der sächsischen Landwirtschaft für Rumänien ergibt sich besonders aus den Ertragsziffern: im Jahre 1910 lag der Durchschnittsertrag pro Kat.-Joch in den 14 Gemeinden der Kronstädter Kirchenbezirke bei den sächsischen Bauern genau um 50% über dem der Rumänen. Andere Ziffern, wahllos herausgegriffen, bestätigen dies. Wird z.B. der Durchschnittsertrag der Jahre 1923-1927 in den einzelnen Teilen Rumäniens verglichen, so zeigt sich, daß im Weizenbau der Kronstädter Bezirk mit 18.6. dz. pro Hektar weit über dem Landesdurchschnitt (8.5 dz) liegt. Im Haferbau ergibt sich ein Verhältnis von 15.1 dz. zu 7.3 dz, im Gerstenbau von 17.3 dz zu 6.9 dz.

Eine Statistik des sächsischen Handwerks, die halbwegs vollständig wäre, ist nicht greifbar. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß vor 1850 das Handwerk in den sächsischen Städten und Dörfern überwiegend oder fast ausschließlich deutsch war. Nachher drangen Ungarn, weniger Rumänen, stark in die einfacheren Handwerke ein, während die Sachsen an den schwierigeren zäh festhielten (Optik, Photographie, Schlosserei, Mechanik, Goldarbeit, Bäckerei, Selcherei) oder Industrien gründeten, ohne sich freilich auf diese Zweige allein zu beschränken. Immerhin sei festgestellt, daß das sächsische Handwerk, gesund im Einzelnen, die Tendenz zeigte, sich zu verringern und den anderen Völkern das Feld zu über-

./.

lassen. Die Zahl der sächsischen Handwerker war immer noch hoch, der Nachwuchs aber ungenügend. Eine wertmäßige Schätzung der Betriebe ist unmöglich. Nach Qualität und Ertrag standen die sächsischen Handwerker hoch über denen der anderen Völker.

Die Bedeutung der sächsischen Industrie für die rumänische Volkswirtschaft erhellt aus folgendem: Otmar Richter gibt in seinem Buch "Wirtschaft und deutsche Minderheit in Siebenbürgen" auf Grund des Industrieverzeichnisses im rumänischen Ministerium für Industrie und Wirtschaft die Zahl der sächsischen Unternehmen in den wichtigsten Industriebezirken Siebenbürgens (Kronstadt, Hermannstadt, Mediasch, Schäßburg, Mühlbach) mit zwei Drittel aller Betriebe im Jahre 1933 an. Es waren demnach von 187 Betrieben 124 deutsch, 6 überwiegend deutsch, 36 rumänisch, ungarisch oder jüdisch und 21 ausländisch. Eine Aufzählung der größeren Betriebe wurde schon im Teil b gegeben. Hier folgt nun eine Liste aller sächsischen Fabriken Südsiebenbürgens. Rund ein Drittel dieser Unternehmungen gehören der Textilindustrie an. Außer einer Fabrik sind alle 18 Tuchfabriken Siebenbürgens sächsisch. Die sächsischen erzeugen 26% der rumänischen Tuch-und Wollwarenproduktion. Die Zahl der Webstühle beträgt 715, davon 366 in Kronstadt, 173 in Heltau, 141 in und um Hermannstadt, 35 in Schäßburg mit insgesamt 35.000 Spindeln und einem investierten Kapital von 400 Millionen Lei (10 Millionen Mark, Stand von 1935). Überwiegend sächsisch ist auch die siebenbürgische Leder-, Maschinen-, Nahrungsmittel- und überhaupt die Fertigwarenindustrie. Im Einzelnen gibt es 40 deutsche Unternehmungen der Textilindustrie, 12 der Lederindustrie, 19 metallurgische Unternehmungen, 10 chemische, 9 Unternehmungen für Stein-und Erdeverwertung, 12 der Holzindustrie, 2 der Papierindustrie, 2 der graphischen Industrie, 17 der Nahrungsmittelindustrie und 1 Kohlenbergwerk. Diese Aufzählung bezieht sich auf das oben umrissene südsiebenbürgische Industriegebiet, umfaßt also nicht alle sächsischen Fabriken, doch ist die noch zu nennende Zahl von Unternehmungen nicht hoch und deren Bedeutung nicht sehr wesentlich. Eine Aufzählung des Kapitals und der Kapazität der Industrie ist unmöglich.

ikgs

./.

Die wichtigsten siebenbürgisch-sächsischen Wirtschaftsverbände waren 1935:

1. Der "Siebenbürgisch-sächsische Landwirtschaftsverein", gegründet 1843 mit Ortsgruppen in jedem Dorf.
2. "Deutscher Gewerbebund in Rumänien", gegründet 1928, er bezieht sich auf ganz Rumänien. Die sächsische Untergruppe hieß: "Verband der siebenbürgisch-sächsischen Bürger-und Gewerbevereine".
3. "Verband der deutschen Handelsgremien Siebenbürgens", gegründet 1924 als Dachorganisation der alten kaufmännischen Vereine.
4. "Bund der Siebenbürgischen Industriellen", gegründet 1919, übernational.
5. "Revisionsverband von Provinzialkreditanstalten", gegründet 1903, umfaßt alle deutschen Kreditinstitute.
6. "Verband Raiffeisenscher Genossenschaften", die verbindende Organisation der 250 Genossenschaften (Stand 1939).

Über die Bedeutung des Genossenschaftswesens gibt folgende Aufstellung ein Bild: in 133 Orten wurden von den Raiffeisenkassen nach Wehenkel (Deutsches Genossenschaftswesen in Rumänien) in

7	Orten	21-29%	der	Bauernhöfe	erfaßt
5	"	30-39%	"	"	"
6	"	40-49%	"	"	"
16	"	50-59%	"	"	"
32	"	60-69%	"	"	"
16	"	70-79%	"	"	"
21	"	80-89%	"	"	"
15	"	90-99%	"	"	"
15	"	100 %	"	"	"

Der Geist, in dem die sächsischen Kreditinstitute geleitet wurden, drückt sich in ihren hohen Zuwendungen für gemeinnützige, vor allem kirchliche und schulische Zwecke aus. So erzielten z.B. 1912 alle Kreditinstitute zusammen einen Reingewinn von 2.352.000 Goldkronen. Davon wurden 31% gemeinnützigen Zwecken zugeführt (63% für Schule und Kirche). Die Hermannstädter Allgemeine Sparkasse zahlte aus ihrem Reingewinn von rd. 330.000 Kronen nur 450 Kronen als Dividende aus und widmete 146.000 Kronen, also 324 mal so viel, wohltätigen Zwecken.

Im selben Jahre gab es 42 sächsische Banken mit einem Aktienkapital von 10.5 Millionen Goldkronen, die Reserven waren dreimal so hoch, die fremden Einlagen betrugen 374 Millionen Kronen.

./.

ikgs

Die Zahl der Firmen verringerte sich durch Fusionen nach dem ersten Weltkrieg und infolge der Weltwirtschaftskrise nach 1929. Ihr Eigenkapital betrug 1935 1.5 Milliarden Lei, also rd. 37.5. Millionen Mark.

Das Steueraufkommen der Siebenbürger Sachsen ist das deutlichste Kennzeichen der Bedeutung dieser Volksgruppe für die rumänische Volkswirtschaft. Der Anteil der Sachsen war 1930 an der Bevölkerung des Kirchenbezirkes:

Kronstadt	51.02%	ihr Steueraufkommen 1931			72.08%	des	Gesamtauf-
Reps	51,20%	"	"	"	68,1 %	"	"kommens
Schenk	51,99%	"	"	"	74,19%	"	"
Schäßburg	60,36%	"	"	"	74,02%	"	"
Mediasch	53,64%	"	"	"	77,39%	"	"
Schelk	49,22%	"	"	"	58,91%	"	"
Hermannstadt	53.36%	"	"	"	76,13%	"	"
Mühlbach	49.74%	"	"	"	60,9 %	"	"
Sächs.Regen	59.18%	"	"	"	55,85%	"	"
Bistritz	?	"	"	"	68,82%	"	"

Rumänien hat nach 1944 alles getan, um diese wirtschaftlich und kulturell fruchtbarste Gruppe seiner siebenbürgischen Bevölkerung zu vernichten und sich selbst damit zu schädigen.

Nachtrag zu Teil c.

Die verschiedenen nach 1944 von der rumänischen Regierung erlassenen Gesetze und Verordnungen zur Schädigung der Siebenbürger Sachsen gipfeln in einem am 15.8.1947 veröffentlichten "Gesetz zur Verfolgung und Bestrafung von Kriegsverbrechern"

Im Artikel 2 des Gesetzes heißt es, daß "als schuldig befunden" werden all jene, die als "Verfechter des Hitlerismus oder des Faschismus und als politisch Verantwortliche nach dem 6. September 1940 den Einmarsch der deutschen Armee ins Land gestatteten und dazu in Wort oder Schrift bzw. durch andere Mittel beitrugen". Dieser Punkt kann auf zahlreiche Siebenbürger Sachsen angewendet werden, da sie ja, ohne freilich auf den Gang der Ereignisse den geringsten Einfluß gehabt zu haben, die deutschen Truppen - wie übrigens damals die ganze Bevölkerung Rumäniens in ihrer Angst vor Rußland - freudig begrüßt hatten.

./.

ikgs

Im gleichenArtikel heißt es unter Punkt c: schuldig seien auch diejenigen, "die das Land verließen, um in den Dienst des Hitlerismus oder Faschismus zu treten und das Vaterland in Wort oder Schrift bzw. auf irgend eine andere Art angriffen, sowie diejenigen, die sich innerhalb des Landes in den Dienst des Hitlerismus stellten, indem sie in die /4, SA, Gestapo und andere hitleristische Organisationen eintraten". Der Punkt kann gegen die Siebenbürger Sachsen angewendet werden, die auf Grund des Staatsvertrages zwischen Rumänien und dem Deutschen Reich in die deutsche Wehrmacht überstellt wurden, wobei man sie nach ihrem Willen gar nicht fragte.

Diese ungeheuerliche Gesetzesbestimmung fordert also die Bestrafung von Unschuldigen. Die Vorgesehenen Strafen sind lebenslängliche Zwangsarbeit und nur bei mildernden Umständen Zwangsarbeit von 15-20 Jahren, überdies Vermögensstrafen, die mindestens 100 Millionen Lei ausmachen müssen, aber bis zu 200 Milliarden Lei ansteigen dürfen, so daß die völlige Beraubung des Angeklagten ermöglicht wird.

Es wird schwer sein, in der Rechtsgeschichte ein ähnliches Gesetz zu finden, von dessen Durchführung es abhängt, ob die letzten Positionen der Siebenbürger Sachsen vernichtet werden, nachdem das ländliche Vermögen bereits entwendet wurde, das städtische weitgehend beschlagnahmt ist und nach Verschleppung zahlreicher Jahrgänge nun auch die ganze männliche Jugend, soweit sie im Kriege diente, lebenslänglich oder mindestens 15 Jahre lang versklavt oder von der Rückkehr in die Heimat ausgeschlossen werden soll.

ikgs

Literatur

Teutsch, G.D. u. Fr.: Geschichte der Siebenbürger Sachsen, Bd 1-4. Hermannstadt 1899, 1907, 1910, 1926
Teutsch, Fr.: Geschichte der evangelischen Kirche in Siebenbürgen. Bd. 1-2, Hermannstadt 1921.
Wenckeli, Otto Fritz: Der Handel der Siebenbürger Sachsen, Hermannstadt 1913.
Mandler, E.: Die industrielle Entwicklung Siebenbürgens. Tübingen 1909
Ullrich, K.: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Siebenbürger Sachsen für Rumänien. Leipzig 1930.
Wehenkel, G.: Deutsches Genossenschaftswesen in Rumänien. Stuttgart 1929.
Filff, G.: Geschichte und Gegenwart der Siebenbürgisch-sächsischen Genossenschaften. Stuttgart 1931.
Rösler, R.: Die Kreditorganisation der Sachsen in Siebenbürgen. Hermannstadt 1914
Richter, Otmar: Wirtschaft und deutsche Minderheit in Siebenbürgen. Kölner Dissertation 1935.
Zülch, Georg: Die staatsrechtliche Stellung der evangelischen Landeskirche A.B. in Rumänien. Marburg 1939.

ikgs

Denkschrift

über die heutige Notlage der deutschen Minderheit Rumäniens der sogenannten "Siebenbürger Sachsen" und 'Banater Schwaben".

Die täglich wachsende Not der rund 600.000 evangelischen Siebenbürger Sachsen und katholischen Banater Schwaben Rumäniens, deren Flüchtlinge wir im Rahmen des Hilfswerks der Evangelischen Kirchen in Deutschland betreuen, veranlaßt uns, die Hilfe der Ende November in London beginnenden Konferenz der Außenminister anzurufen.

Wir erlauben uns, im folgenden auf die verdienstvolle Vergangenheit und demgegenüber auf die heutige Notlage dieser Glaubensbrüder hinzuweisen, und richten an die Konferenz die dringende Bitte, bei der bevorstehenden Friedensregelung auch diese Minderheit zu berücksichtigen und ihre Lage durch internationale Entscheidungen wieder menschenwürdig zu gestalten.

Herkunft und geschichtliche Vergangenheit.

a) Die Siebenbürger Sachsen.

Die Siebenbürger Sachsen, die heute durchwegs der evangelisch-lutherischen Kirche Rumäniens angehören, wanderten auf Einladung ungarischer Könige 1140 - 1214 hauptsächlich aus der Rhein- und Moselgegend in die damaligen Öden Siebenbürgens ein, um die ihnen als Eigentum überlassenen Gebiete urbar zu machen und die Grenzen gegen auswärtige Feinde zu sichern. Sie erfüllten diese Aufgabe vorbildlich, legten rund 250 Dörfer an und gründeten die ersten Städte. Über siebenhundert Jahre lang verwalteten sie sich selbst, wählten ihre Amtleute und Pfarrer und stellen somit eine der ältesten demokratischen Gemeinschaften Europas dar. Seit der Reformation evangelisch, sind sie auch heute noch in der evangelischen Landeskirche Rumäniens zusammengefaßt.

Zu ihren wichtigsten Leistungen gehört die Ausbreitung der westeuropäischen Kultur und Zivilisation im Südosten. Als erste Gemeinschaft bauten sie in Südosteuropa ein allgemeines Schulwesen auf. Ihre gotischen Dome sind ebenso berühmt wie ihre Volkskunst. Als erste druckten sie auch rumänische Bücher und wurden somit durch ihre Humanisten vor 400 Jahren die Mitschöpfer der rumänischen Schriftsprache.

Andere Beweise ihrer Bedeutung finden wir in ihrem Handel und Gewerbe, die bis in den Orient und nach Deutschland wirkten, und schließlich in der nie abgebrochenen fruchtbaren Ausstrahlung ihres sittlich festen, kulturell höchststehenden und vorbildlichen Lebens auf die übrigen Völker im Osten.

b) Die Banater Schwaben.

Die Banater Schwaben gehören vorwiegend der römisch-katholischen Kirche an. Sie wurden vom Wiener Hof nach Vertreibung der Türken 1721-1760 in dem damals menschenleeren und versumpften Tiefland Südungarns angesiedelt. Auch sie kamen unter Zusicherung von Rechten, verdrängten niemand und sind, genau wie die Siebenbürger Sachsen, auf dem von ihnen bewohnten Boden die

älteste legitime Bevölkerung.

In wenigen Jahrzehnten verwandelten sie das Banat in eine der besten Kornkammern Europas. Durch ihre Arbeit entfalteten sich Dörfer und Städte, der Bergbau, Handel und Gewerbe. Wie die Sachsen in Siebenbürgen so haben sie ihre Provinz zu einem Gebiet empor, das nach Produktivität alle benachbarten Gegenden übertrifft.

Die Rechtslage .

Im Jahre 1919 schieden Siebenbürgen und das Banat aus dem Verband der österreichisch-ungarischen Monarchie aus und wurden an Rumänien angeschlossen. Die Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben haben diesen Anschluß begrüßt, da Rumänien am 1.12.1918 in den unter dem Namen "Karlsburger Beschlüsse" bekannten feierlichen Versprechungen die volle nationale Freiheit für alle mitbewohnenden Völker versprach. Diese versicherten ferner: 'Jedes Volk wird den Unterricht, die Verwaltung und die Rechtspflege in seiner eigenen Sprache durch Personen aus seiner eigenen Mitte haben, und jedes Volk wird das Recht der Vertretung in den gesetzgebenden Körperschaften und in der Regierung im Verhältnis der Zahl der zu ihm gehörigen Personen haben.

Vollständige Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, freie Propaganda aller menschlichen Gedanken'.

Im Minderheitenschutzvertrag vom 9.Dezember 1919, abgeschlossen zwischen den Alliierten und Rumänien, besagt Artikel 2: "Die rumänische Regierung verpflichtet sich, allen Einwohnern ohne Unterschied der Geburt, der Nationalität, der Sprache, der Rasse oder der Religion, vollen und vollkommenen Schutz für ihr Leben und ihre Freiheit zu gewähren. Alle Einwohner Rumaniens werden das Recht auf die freie, sowohl öffentliche als auch private Ausübung jedes Bekenntnisses, jeder Religion oder jeden Glaubens haben, deren Betätigung mit der öffentlichen Ordnung und den guten Sitten nicht unvereinbar sein wird".

Rumänien hatte sich auch später mehrfach verpflichtet, seine Minderheiten, also auch seine deutschsprachigen Bürger, als vollberechtigt zu behandeln und ihnen ein kulturelles Eigenleben zu gestatten.

Durch den Friedensvertrag von 1946 wurde Rumänien neuerlich international auf die gleichen Grundsätze verpflichtet, die schon der Vertrag vom 9.12.1919 enthielt.

Die heutige Notlage.

Bis zum Jahre 1944 waren die Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben in Rumänien allgemein geachtet und lebten mit dem rumänischen Volke in gutem Einvernehmen.

Erst die Maßnahmen der heutigen rumänischen Regierung haben ihre Rechte vollständig zerschlagen und sie der primitivsten menschlichen Lebens- und Freiheitsansprüche beraubt.

Das Potsdamer Abkommen über die Aussiedlung deutscher Volksgruppen aus Osteuropa bezieht sich nicht auf Rumänien, dessen deutschsprachigen Bürger daher auch weiterhin als vollberechtigte Staatsbürger angesehen werden müssen, denen alle Rechte aus den bereits aufgezählten Verträgen und Gesetzen zum Schutze der bürgerlichen Freiheit, insbesondere des Friedensvertrages von 1946 zustehen.

Des ungeachtet sind im Januar 1945, also 5 Monate nach Abschluss des Waffenstillstandsabkommens Rumäniens mit den Alliierten alle deutschstämmigen Frauen und Mädchen vom 18. - 30. und die Männer vom 17. - 45. Lebensjahr von Angehörigen und Kindern weggerissen und zwangsweise nach Rußland deportiert worden. Die Sterblichkeit unter ihnen erreichte in zwei Jahren 8%. Nur wer völlig arbeitsunfähig wird, hat Aussicht, entlassen zu werden, jedoch nicht in die Heimat, sondern nach Deutschland, wo er das Heer der Vertriebenen vermehrt. Etliche Tausend sind auf solche Weise in der russisch besetzten Zone Deutschlands abgesetzt worden, wo sie von den in Rumänien verbliebenen Familienangehörigen getrennt, ihrem eigenen Schicksal überlassen wurden. Die russische Besatzungsmacht hat eine Repatriierung dieser entlassenen rumäniendeutschen Arbeiter bisher noch nicht zugelassen. Da sie größtenteils krank und arbeitsunfähig sind, haben sie in der russischen Zone keine Lebens- und Existenzmöglichkeit. Sie wandern meist illegal nach Süddeutschland und Österreich weiter, weil sie hoffen, aus der dortigen amerikanischen Zone leichter in die Heimat zu gelangen.

Enteignungen.

Im Zuge einer "Bodenreform" wurde den rumäniendeutschen Bauern 1945-1947 entschädigungslos 98% des Grundbesitzes samt Gebäuden, Inventar und Vieh weggenommen. Dadurch sind sie um alles gebracht worden und leben heute zumeist als Tagelöhner oder Bettler, während ihr Eigentum an staatlich eingewiesene "Kolonisten" fiel.

In den Städten erfolgte durch Beschlagnahme, Treuhänderei und zahlreiche andere Eingriffe eine rücksichtslose Beseitigung der freien Verfügungsgewalt der Sachsen und Schwaben über ihre Unternehmungen, Häuser und Besitzungen anderer Art.

Zahllose Kirchengebäude, vor allem Schulbauten, aber auch Gotteshäuser wurden von den rumänischen Behörden enteignet oder beschlagnahmt. Die Enteignung bezieht sich auch auf caritative und kulturelle Institute, die sich im Besitz der Kirche befanden (z.B. Krankenhäuser, Waisenhäuser, Museen). Obgleich also das kirchliche Leben direkt nicht behindert wird, so ist doch dessen Fortbestand durch den Mangel an materiellen Mitteln und die biologische Gefährdung des Kirchenvolkes äußerst bedroht, die Schulerziehung aus dem gleichen Grunde in Frage gestellt und durch ideologische Einflüsse des Staates erschwert.

All diese Maßnahmen stellen eine Entwendung ererbten und ehrlich erworbenen Vermögens dar, die den demokratischen Grundsätzen widersprechen, für welche Rumänien einzutreten behauptet.

Sie stellen nichts anderes dar, als Verfolgung einer Glaubens- und Volksgemeinschaft, sind also eindeutige Verletzung der internationalen Verpflichtungen Rumäniens sowie der in der Charta der Vereinten Nationen festgelegten Grundsätze.

Tragik der ehemaligen Soldaten.

Die Tragik der Sachsen und Schwaben ist damit keinesfalls erschöpft. Während des Krieges wurden entsprechend einem Staatsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Rumänien vom 12.5.1943 die deutschstämmigen Soldaten des rumänischen Heeres ins deutsche überstellt und dienten dort weiter. Es handelt sich hierbei um etwa 45.000 Mann. Diese werden, wenn sie jetzt zu ihren Familien nach Rumänien heimkehren, nach einem Gesetz vom August 1947 als Kriegsverbrecher betrachtet, denen lebenslängliche und nur bei "mildernden Umständen" eine mindestens 15-jährige Zwangsarbeit droht, obgleich sie durch denselben Staat, der sie heute solcherart bestraft, der deutschen Wehrmacht zum Kriegsdienst übergeben wurden. Über ihr weiteres Schicksal müßte daher eine Entscheidung herbeigeführt werden.

Das Elend der Zwangsevakuierten.

Während des Krieges wurden beim Nahen der Russen im September 1944 etwa 50.000 Siebenbürger Sachsen und ebenso viele Banater Schwaben von den abziehenden deutschen Truppen nach Deutschland und Österreich zwangsevakuiert, wo sie sich noch heute entwurzelt und größtenteils mittellos aufhalten.

Zersplitterung und Verelendung.

Es ergibt sich also folgende Lage: Von den 600.000 deutschsprachigen Staatsbürgern Rumäniens befinden sich rund 100.000 als Zwangsarbeiter in Rußland. Etwa ebenso viele sind durch die Kriegsereignisse nach Deutschland und Österreich gespült worden, zu denen außerdem mindestens 40.000 ehemalige Soldaten zu rechnen sind. Diese 140.000 Menschen, ohne Boden unter den Füßen, zumeist in Not, warten auf die Heimkehr oder eine Auswanderungsmöglichkeit. Der Rest lebt enteignet und entrechtet unter großem seelischem Druck, getrennt von den Familienangehörigen, in der **Heimat und darbt hoffnungslos einer ungewissen Zukunft entgegen.**

Noch vor drei Jahren stand diese Bevölkerung gesund da und arbeitete zum Wohle Rumäniens. Heute ist von all dem ein Trümmerfeld übriggeblieben. Und dies geschah im Namen der Befreiung, der Menschlichkeit und der Demokratie!

Daß sich Rumänien damit selbst wirtschaftlich, kulturell und sittlich schädigt, ist offenbar. Die Vernichtung einer so schaffensfreudigen, treuen Bevölkerung ist weder politisch noch rechtlich begründbar.

ikgs

Zusammenfassung und Bitte an die Großmächte.

Die 250.000 evangelisch-lutherischen Siebenbürger Sachsen und die 350.000 römisch-katholischen Banater Schwaben Rumäniens, deren Ruhm es ist, das Christentum und die westeuropäische Kultur im Südosten durch Jahrhunderte schöpferisch vertreten zu haben, und deren Treue zur eigenen Kirche die Treue zum Staat stets einschloß, sind heute über verschiedene Länder verstreut. Daheim befinden sich im wesentlichen nur die Alten und Kinder, alle in Not.

Sie blicken in verzweifelter Notlage zu der bevorstehenden Friedenskonferenz nach London, von der auch sie die endgültige Lösung ihrer Zukunftsfrage erhoffen.

Was sie von den Großmächten erbitten, ist sehr einfach:

Sie bitten um die Rückgabe ihres vollen Staatsbürgerrechtes, einschließlich des Rechtes zur freien Pflege ihrer Religion, Sprache und Kultur. Sie bitten um die Rückerstattung ihres Eigentums, vor allem ihres widerrechtlich enteigneten oder beschlagnahmten Haus- und Grundbesitzes und schließlich um die ungehinderte Heimkehr all ihrer Angehörigen, wo immer sie sich befinden mögen. Sollte letzteres nicht möglich sein, so bitten sie, ihnen sonstwo in der Welt eine neue Heimat zuzuweisen.

Für die Kirche erhebt sich hier noch ein weiterer Gesichtspunkt. Sowohl die Siebenbürger Sachsen als auch die Banater Schwaben sind seit jeher wahre volkskirchliche Gemeinschaften und als solche weithin bekannt. Es sind Gruppen westeuropäischer Christlichkeit inmitten einer orthodoxen Umgebung, auf die nun der breite Einfluß der kommunistischen Welt eindringt. Muß nicht eine besondere, glaubensbrüderliche Teilnahme in Westeuropa und Nordamerika alles daransetzen, um diesen rund 600.000 Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben zur Erfüllung ihrer gerechten Forderung zu verhelfen?

München, im November 1947

H i l f s k o m i t e e
der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben
im Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland.

Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben im Hilfswerk der Evang. Kirchen in Deutschland

ikgs

MÜNCHEN 8 27.11.47-16

Herrn Dr. Heinrich Zillich

(13b) Starnberg/ Ob.See

Fischhabergasse 15

Drucksache

ikgs

Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben im
Hilfswerk der Evangelischen Kirchen von Deutschland.

München, 26.11.1947
Wagmüllerstr. 23
Tel. 31 980
Postscheckamt München 5729

An die
Zonen- und Landesstellen des Hilfskomitees der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben.

Betrifft: Wichtige Mitteilungen.

I.

Zufolge der heutigen Papierbeschaffungsschwierigkeiten ist es uns leider nicht mehr möglich, an alle Kreisvertreter ein umfassendes Rundschreiben herauszugeben. Wir werden uns bemühen, statt dessen unsere Zonen-u.Landesstellen monatlich mit den wichtigsten Mitteilungen zu versehen. Soweit diese auch für die einzelnen Kreisvertreter und Ortsvertrauensleute bestimmt sind, bitten wir, sie selbst zu vervielfältigen und an diese weiterzuleiten.
Unsere Mitteilungen ergehen von nun an nur noch an folgende Zweigstellen:

1. Zonenstelle Ost (russische Zone) in (1) Berlin N 65, Seestr. 35 Leiter: Pfarrer Dr. Wilhelm Arz
2. Zonenstelle Nordwestdeutschland (brit.Zone) in (20) Hildesheim, Saarstr. 165, Leiter: Pfarrer Hans Schuster
3. Zonenstelle Südwestdeutschland (franz. Zone und Württemberg-Baden) in Stuttgart-Bad Cannstatt, Liebenzellerstr.14/II Leiter: Egon Arz
4. Landesstelle Hessen (amerikan.Zone) in (16) Rommershausen, Krs.Ziegenhain, Leiter: Pfarrer Ernst Harald Müller
5. Landesstelle Bayern zusammengelegt mit der Hauptstelle in München 22, Wagmüllerstr. 23, Leiter: Prof. Karl Lang
6. Landeszweigstelle Franken (Ober-,Unter- u.Mittelfranken und Oberpfalz) in (13a) Erlangen, Neue Str. 10, Leiter: Wilhelm Wittstock.
7. Betreuungsstelle Österreich in Ried i.I., Oberösterreich, Kränzlstr.3, Leiter: Dir.Dr. Ernst Friedrich Beer.
8. ferneran den Vorsitzenden des Hilfskomitees, Herrn Pfarrer Hans Henrich, in (14a) Ernsbach, Krs. Öhringen/Württ.
9. an den stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Pfarrer Anton Elsholz in (13a) Sickershausen, Krs. Kitzingen/Ufr.
10. an den siebenbürgischen Reisepfarrer Herrn Hans Joachim Thullner in (13a) Hengersberg, Krs. Deggendorf/Ndb. Manghöhe 23a
11. an den Hilfsverein der Siebenbürger Sachsen in USA, Leiter: Pastor Hans Foisel in Cleveland 8/Ohio, 761 Eddy Road, USA.
12. an das Zentralbüro des Evang. Hilfswerks in Stuttgart-S.,Stafflenbergstr.66 z.Hd. Herrn Dr. Paul Collmer.

Die Zweigstellen in der französischen Zone sowie in Baden wurden wegen finanziellen und anderen Schwierigkeiten aufgelöst. Die Betreuung der in diesen Gebieten untergebrachten Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben wurde unserer Stuttgarter Zonenstelle übertragen.

II.

Der bisherige Vorsitzende unseres Hilfskomitees, Herr Pfarrer Gottfried Brandsch ist aus gesundheitlichen Gründen und wegen arbeitsmässiger Überlastung zurückgetreten. Bei der am 15.Okt. 1947 in München stattgefundenen siebenbürgischen Pfarrertagung wurde Herr Pfarrer Hans Henrich aus Birk mit 9 gegen 3 Stimmen zu seinem Nachfolger vorgeschlagen.

III.

Das Zentralbüro des Evang. Hilfswerks bat uns um dringende Zusendung folgender Angaben über unsere Zonen- und Landesstellen:

a) Ort, Anschrift und Betreuungsbereich
b) Name des Leiters
c) Zahl der zu betreuenden Glieder und Mitteilung, ob die Arbeit eine eigene Bürostelle erforderlich macht oder in nebenberuflicher Weise vorgenommen werden kann.
d) monatlicher Kostenvoranschlag, aufgeteilt nach Personalkosten, Miete, Bürokosten und Reisekosten.
e) welche finanziellen Zuwendungen wurden und werden weiterhin von Seiten des Hauptbüros erteilt.

Unsere eingangs genannten Zweigstellen werden gebeten, diese Daten so rasch als möglich an uns zu melden. Bei Punkt c) kann wegen der noch nicht abgeschlossenen Registrierung nur eine Schätzzahl angegeben werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß zu den rund 90 - 100 000 siebenbürger und banater Flüchtlingen fast 40 000 entlassene Kriegsgefangene und über 15.000 Rußlandheimkehrer hinzugekommen sind.

IV.

Als Ersatz für die beim Bayr. Roten Kreuz verlorengegangene Südostkartei stellen wir eigene Listen der in Deutschland untergebrachten Siebenbürger und Banater auf. Wir bitten alle Kreisvertreter, die die angeforderten Listen noch nicht eingesandt haben, dieses in Kürze nachzuholen. Unsere Zonen- und Landesstellen werden gebeten, den Einsatz von Kreisvertretern (wo dies noch erforderlich sein sollte) selbst vorzunehmen und diese mit genauen Personalangaben an uns zu melden.

V.

Zur Information einflußreicher Stellen des In- und Auslandes über die heutige Notlage der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben haben wir eine Denkschrift ausgearbeitet, die in diesen Tagen auch an die Zonen- und Landesstellen verschickt wird. Wir bitten, diese keinesfalls für Rundschreiben bestimmte Schrift vertraulich zu behandeln.

VI.

Am 19. u. 20. d.M. fand in Rothenburg/Tbr. eine Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswanderungsfragen statt, an der auch wir teilnahmen. Einen diesbezüglichen Bericht, sowie ein Merkblatt über Auswanderungsmöglichkeiten und -Bestimmungen nach Kanada geben wir in Kürze heraus, ebenso einen über Ansiedlungsmöglichkeiten in Bayern. Um Zusendung von Berichten über anderweitige binnendeutsche Siedlungsmöglichkeiten wird gebeten.

VII.

Unsere Münchner Hauptstelle erteilt mit Vollmacht des Bayr. Staatsministerium für Sonderaufgaben an alle Spruchkammern Auskünfte über Rumäniendeutsche. Jeder Landsmann, der bei Durchführung seines Spruchkammerverfahrens Schwierigkeiten hat und eine Rechtshilfe benötigt, wende sich umgehend an uns.

Wegen der Entlassung unserer restlichen Internierten haben wir über Vermittlung des Zentralbüros sowie des kirchlichen Außenamtes bei allen zuständigen deutschen und amerikanischen Behörden erfolgreiche Schritte eingeleitet.

VIII.

Aus der Heimat sowie aus dem Osten kommend treffen immer zahlreichere siebenbürgische und banater Flüchtlinge und Rußlandheimkehrer bei uns ein. Die Unterbringung dieser Leute stößt in München auf große Schwierigkeiten. Wir bitten unsere Zonen- und Landesstellen daher, für diese um Vermittlung von Arbeitsstellen und Unterkünften in der Landwirtschaft, im Baugewerbe, in der Industrie und im Haushalt. Um Zusendung diesbezüglicher Anschriften wird gebeten.

IX.

Die von uns im Frühjahr an den siebenbürgischen Hilfsverein in USA gemeldeten hilfsbedürftigen Siebenbürger erhalten jetzt erst die erbetenen Pakete, wie uns von allen Seiten berichtet wird. In Zukunft sollen Gesuche um Lebensmittel- und Kleiderspenden nach Überprüfung und Befürwortung durch die Zonen- und Landesstellen über unsere Münchener Hauptstelle nach USA weitergeleitet werden. Es sollen nicht nur Adressen und Listen, sondern die ganzen Einzelgesuche mit Angabe der Gründe besonderer Hilfsbedürftigkeit befürwortet durch uns nach USA weitergeleitet werden. Jedes Gesuch muß neben dem Namen und der derzeitigen Adresse unbedingt auch die Heimatanschrift enthalten, da es wiederholt vorgekommen ist, daß auch Angehörige fremder Volksgruppen, für die wir nicht zuständig sind, bei uns um Care-Pakete angesucht haben. Die Siebenbürger Sachsen in USA spenden nur für ihre eigenen siebenbürgischen Landsleute! Der schwäbische Hilfsverein in Buenos Aires (Argentinien) hat uns eine große Schachtel Kondensmilch und 2 Pakete Suppenpulver zugeschickt, die wir an Rußlandheimkehrer verteilen.

X.

Vom Zentralbüro Stuttgart wurden uns einige Tausend Neue Testamente als amerikanische Spende zugeschickt. Diese werden in den nächsten Tagen an unsere Landesstellen mit der Bitte um Verteilung an unsere evang. Glaubensgenossen aus Siebenbürgen und dem Banat verschickt. Um Zusendung von Empfangsbescheinigungen und Dankschreiben, die wir an den Spender, die "American Bible Society" weiterleiten müssen, wird gebeten.

XI.

Unser Reiseprediger, Herr Pfarrer Hans Joachim Thullner hat in den beiden letzten Monaten mehrere Internierungs- und Flüchtlingslager aufgesucht, dort für unsere Landsleute Gottesdienste abgehalten und sie beraten. Der Martin-Lutherbund und das Zentralbüro des Evang. Hilfswerks haben zur Bezahlung der Dienstreisen unserer Komitee-Pfarrer je RM 1.000.- gespendet.

XII.

Unsere Münchner Hauptstelle wird zugleich als evang. Auswanderer-Beratungsstelle für Flüchtlinge ausgebaut und vom Zentralbüro regelmässig mit den neuesten Mitteilungen über Auswanderungsmöglichkeiten u. -Bedingungen sowie Berichten über die heutigen Verhältnisse der in Frage kommenden Überseeländer versehen. Interessenten sind an uns zu verweisen.

XIII.

In der Flüchtlingszeitschrift "Wirtschaftshilfe" veröffentlichen wir von nun an regelmässig eigene Berichte, die zumeist von siebenbürgischen Schriftstellern verfaßt sind. Die Zeitschrift erscheint zweimal monatlich und kostet RM 1,5o pro Stück. Sie kann bei uns bestellt werden.

München, 26.11.1947

Geschäftsführer:

Hauptstelle München

gez. Dr. O. Appel

ikgs



Herrn Dr. Heinrich Zillich

(13b) Starnberg/See
Fischhabergasse 15

Hilfskomitee
der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben
im Hilfswerk der Evang. Kirche in Deutschland
— Hauptbüro München —
MÜNCHEN 22, Wagmüllerstr. 23, Fernsprech. 31980

Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben
im Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland

München 22, 20.12.1947
Wagmüllerstr. 23, Tel.: 31 980
Postscheck: München 5729

A. Grundsätzliches zur binnendeutschen Siedlungsfrage.

Bei der Tagung des Länderrats vom 13.8.1946 wurde von den Ländern Bayern, Hessen und Württemberg-Baden ein Siedlungsgesetz im Entwurf vorgelegt. Die amerikanische Militärregierung war mit diesem ersten Entwurf nicht einverstanden und beantragte, - was die Abtretung der Nutzfläche anbelangt - eine größere Abgabe. Das neue, abgeänderte Siedlungsgesetz wurde dann am 17. September 1946 von General Lucius Clay unterzeichnet und im April 1947 erschienen bereits die ersten diesbezüglichen Durchführungsverordnungen.

Das neue Siedlungsgesetz stimmte besonders die bäuerlichen Elemente unserer Siebenbürger und Banater sehr zuversichtlich. Nachdem man erkannte, daß die Aussicht auf eine baldige Rückkehr in die Heimat durch die dortigen Verhältnisse in weite Ferne gerückt ist, und die vielfach ersehnte Gruppenauswanderung gleichfalls auf sich warten läßt, setzte man auf genanntes "Gesetz zur Beschaffung von Siedlungsland" desto größere Hoffnungen.

Wer die verzweifelte Notlage unserer Bauern - die über 75% unseres Volksbestandes ausmachen - kennt, der weiß, daß diese Frage nicht nur unser vordringlichstes, sondern auch bedeutendstes Zukunftproblem darstellt. Es ist daher verständlich, wenn ihr verzweifelter Schrei nach Boden, nach einem eigenen Heim und Betrieb von Tag zu Tag lauter wird.

Viele sehen allmählich ein, daß es verkehrt gewesen ist, die einzig Zukunftshoffnung auf die Rückkehr in die alte Heimat zu setzen, und bedauern es bereits heute, die Schaffung einer neuen Existenz durch ein untätiges Abwarten hier in Deutschland versäumt zu haben.

Eine Gruppenauswanderung und eine geschlossene Ansiedlungsmöglichkeit besteht in Übersee zur Zeit noch nicht. Mag sein, daß eine solche im nächsten oder übernächsten Jahr in Frage kommen wird; es hat jedoch wenig Sinn, diesen Zeitpunkt tatenlos abzuwarten.

Wir raten unseren Landsleuten, daher, die uns in Deutschland gebotenen Siedlungsmöglichkeiten auf jeden Fall in Anspruch zu nehmen. Wir rufen unseren Handwerkern, Kaufleuten und Intellektuellen zu: Bemüht Euch um die Errichtung eigener Betriebe und die Erteilung der hierfür erforderlichen Lizenzen, schließt Euch auf genossenschaftlicher Grundlage zusammen und beantragt eigenes Siedlungsland für Handwerker-, Industrie- und Wohnsiedlungen! Wir stehen Euch diesbezüglich durch Erteilung von Befürwortungen und Ratschlägen gerne bei.

Unseren Bauern raten wir, sich familienweise zusammenzuschließen, Siedlungsland zu beantragen und darüberhinaus jede sich bietende Möglichkeit zur Pachtung eines Hofes zu nützen. Lieber ein hartes Kolonistenleben als das eines hoffnungslosen, entwurzelten Flüchtlings, lieber Pächter als Knecht.

Noch ist nicht abzusehen, wieviel Siedlungsland bei der in Gang befindlichen Argrarreform anfallen wird. Auf jeden Fall wird es möglich sein, einen Teil unserer Bauern teils als Siedler, teils als Pächter im binnendeutschen Raum unterzubringen.

B. Siedlungsmöglichkeit in Bayern.

Ein großer Teil unserer Bauern, besonders die Angehörigen der im Herbst 1944 vollzählig evakuierten Gemeinden sind in Bayern untergebracht. Hier wurden von fast allen Siedlungsanträge eingereicht. Unse-

Dienststelle wird seither fast täglich mit diesbezüglichen Anfragen überhäuft. Da es uns nicht möglich ist, diese einzeln zu beantworten, wollen wir hierzu im folgenden grundsätzlich Stellung nehmen:

1. Das Siedlungsland

a) Aufteilung des Großgrundbesitzes.

Auf Grund des Gesetzesentwurfes vom 13.8.1946 sollten in Bayern 146.000 Hektar zur Verteilung kommen. Nach den neuesten Erhebungen sind es jedoch nur 26.000 ha Land, auf dem man rund 2.000 bäuerliche Familien und ebensoviele Gärtner ansiedeln kann. Das im Rahmen der Agrarreform zwangsweise enteignete Land wird von der Bayr. Landessiedlung angekauft und zunächst auf 3 Jahre an die neuen Siedler verpachtet. Nach Ablauf dieser Zeit geht es in das Eigentum des Siedlers über.

b) Wehrmachtsländereien .

Eine Freigabe von Wehrmachtsland erfolgt z.Zt. nur durch Kontrollratsgesetz 54, das lediglich eine Verpachtung bis zu 5 Jahren ermöglicht. In Bayern gibt es einige große Truppenübungsplätze (z.B. Grafenwöhr und Wildflecken), mit deren Freigabe für Siedlungszwecke jedoch vorerst nicht zu rechnen ist.

c) Staats- und Gemeindeeigentum.

Ähnlich wie Wehrmachtsgelände ist auch Staats- und Gemeindeeigentum das nach Kontrollratsgesetz Nr. 52 unter Vermögenskontrolle steht, für den eigentumsmäßigen Erwerb vorerst nicht zugelassen. Bayern hat im Länderrat darauf aufmerksam gemacht, daß auf solchen Ländereien ein großer Prozentsatz der Siedlungsbewerber untergebracht werden kann. In Bayern umfaßt der Gemeindebesitz nach den Erhebungen der letzten Jahre 434.000 ha, doch müßte die Freigabe eines Teils desselben durch die Militärregierung genehmigt werden.

d) Siedlung auf ehemaligem Moorgelände.

In Bayern gibt es etwa 55.000 ha kulturfähiges Moorland, doch sollen davon z.zt. kaum mehr als 10.000 ha besiedlungsfähig sein. Für die Sofortbesiedlung kommen bei Plattling 70, bei Günzburg 30, bei Schleißheim 100 und bei Ingolstadt 70 ha in Frage. Es handelt sich dabei um bereits kultiviertes Moorland. Bei Rosenheim kommen demnächst weitere 80 und bei Kempten-Immenstadt 100 ha Moorland zur Kultivierung.

2. Die Baumaterialien

Weitaus größere Schwierigkeiten als die Beschaffung von Siedlungsland bereitet die Errichtung der zur Seßhaftmachung erforderlichen Wohn- und Wirtschaftsgebäude, da hierfür Zement, Kalk, Ziegeln, Eisen und sonstige Baumaterialien aus Mangel an Kohle fehlen. Die Unterbringung der Siedler in Wohnbaracken kann nur als zeitweiliger Notbehelf gelten und selbst die Beschaffung dieser stößt z.Zt. auf große Schwierigkeiten.

3. Die Größe der Siedlerstellen.

Jede Bauernstelle umfaßt je nach Bodenqualität 10-15 ha. Für eine Gärtnerstelle ist je nach Boden- und Marktverhältnissen 3-4 Tagwerk, für eine Gemüsebauernstelle 3-5 ha und für eine Baumschule 4-6 ha Boden vorgesehen.

4. Gebäude und Inventar.

Die Baumaterialien, das Vieh, Saatgut, landwirtschaftliches Gerät und Geld werden - soweit vorhanden - auf langfristigen Kredit von der Bayr. Landessiedlung zur Verfügung gestellt.

5. Bisher 30.000 Siedlungsanträge eingelaufen.

In Bayern sind bisher 30.000 bäuerliche Siedlungsanträge eingereicht worden, doch rechnet man damit, daß sich die Zahl derselben bis zum nächsten Frühjahr auf 40.000 erhöhen wird. Außerdem sind 70.000 Anträge auf Wohnsiedlungen (Handwerker- und Industriesiedlungen) eingelaufen.

6. Kinderreiche Familien werden bevorzugt.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß nicht jeder Bewerber, der von der Obersten Siedlungsbehörde als Siedler anerkannt und zugelassen ist, schon im nächsten Frühjahr mit einer Siedlerstelle rechnen kann. Auch die binnendeutsche Siedlung wird sich auf mehrere Jahre hinauszögern. Als erstes werden die größten und kinderreichsten Familien angesiedelt, da man möglichst viele Menschen auf einmal unterbringen will. Einzelstehende, unverheiratete oder ältere kinderlose Leute werden vorerst nicht berücksichtigt. Sie tuen daher gut, sich schon jetzt nach einer Pachtgelegenheit umzusehen. Für die Ansiedlung in Bayern kommen nur polizeilich hier gemeldete Flüchtlinge in Frage.

7. Pachtland.

Von unseren Siebenbürgern und Banatern wurden etwa 3.000 Siedlungsanträge eingereicht, daher können wir nur mit einem Zehntel der zu errichtenden Siedlerstellen (etwa 3-400) rechnen. Wir raten deshalb jedem, sich nach Pachtmöglichkeiten umzusehen. Es kann damit gerechnet werden, daß es nach der Währungsreform Tausende von Bauernhöfen zu pachten gibt, und ein Teil derselben auch käuflich sein wird. Beim derzeitigen Mangel an Baumaterialien und landwirtschaftlichem Gerät ist eine Pachtung mit Ankaufsrecht als günstiger anzusehen, als eine geplante Siedlerstelle.

8. Literatur

Wer sich für eine Siedlerstelle in Bayern interessiert, dem raten wir, das 1947 im Biederstein-Verlag München erschienene Buch von Prof. Dr. Adolf Weber: "Seßhaftmachung Heimatloser in Bayern' zu lesen. Das Buch muß beim Verlag vorbestellt werden, da die erste Auflage z.Zt. vergriffen ist. Es enthält ausgezeichnete Anweisungen und Pläne für Neusiedler.

Geschäftsführer:

gez. Dr.Otto Appel

Vorsitzender:

gez. Pfarrer Hans Henrich

Hilfskomitee d. Siebenbürger Sachsen u. Banater Schwaben im Hilfswerk der evang. Kirche in Deutschland * Hauptstelle Nürnberg

ikgs

Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben
im Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland

München 22, 20.12.1947
Wagmüllerstr. 23, Tel: 31 980
Postscheck: München 5729

Merkblatt über die Auswanderung Volksdeutscher nach Kanada.

Das Canadian Christian Council for Resettlement of Refugees outside of the mandate of IRO in Hannover, Hamelner Chaussee 22.B.A.O.R. - 5, Mühlenberg-Camp 34 D.P.A.C.S., welches von den evangelischen Kirchen und der katholischen Kirche in Canada (Winnipeg) gegründet wurde, teilt mit:

1. Volksdeutsche, welche Verwandte oder Bekannte in Canada haben, können nach dort einwandern. Sie dürfen jedoch weder die deutsche noch die österreichische Staatsangehörigkeit angenommen haben.

2. Durch canadischen Ratsbeschluß 1373 dürfen Angehörige von Ländern, die im Kriege gegen Kanada waren, nicht aufgenommen werden. Staatsangehörige von Italien, Rumänien, Ungarn und Finnland werden jedoch im Sinne des obengenannten Ratsbeschlusses nicht als ehemalige Feindangehörige betrachtet. Eine zwangsweise Einberufung oder Überstellung zur deutschen Wehrmacht muß nachgewiesen werden. Derartige Fälle werden gesondert geprüft und behandelt.

3. Der Antragsteller schreibt zunächst an seine Verwandten oder Bekannten in Canada und veranlaßt diese, beim dortigen Einwanderungsamt in Ottawa oder der nächsten Stelle des "Canadian Immigration Office" in Canada, einen Antrag (Affitdavit) einzureichen. Dabei müssen der Name, der Geburtsort mit Geburtsdatum, der Beruf und die derzeitige genaue Anschrift des Einwanderers in Deutschland, angegeben werden. Er muß in diesem Antrag garantieren, daß er die Überfahrt für den Verwandten bzw. Bekannten bezahlt, daß er für die Unterkunft sorgen und daß der Auswanderer dem Staate Canada nie zur Last fallen wird. Das Reisegeld (300 Dollar für Schiffs- und Eisenbahntransport einschließlich Verpflegung) muß in canadischer Währung durch den Verwandten bzw. Freund in Canada erlegt werden. Reichsmarkscheine werden nicht angenommen. Es wird darauf hingewiesen, daß der Antrag auf Auswanderung nur in Canada und nicht hier gestellt werden kann. Es wird angeraten sich von Verwandten in Canada eine Abschrift des Affitdavits zuschicken zu lassen. Interessenten können das Muster eines in Kitchener (Ontario/Canada) ausgestellten Affitdavits (Antrag mit eidesstattlicher Erklärung) bei unserem Hilfskomitee anfordern.

4. Eine Abteilung des canadischen Einwanderungsamtes (Canadian Immigration Screening Team) stellt darauf die Leistungs- und Aufnahmefähigkeit der betreffenden Familie in Canada fest. Ist dies zur Befriedigung erfolgt, so kommt der genehmigte Antrag über die IRO zum Aufnahmelager des Canadian Christian Council 34 D.P.A.C.S. Mühlenberg-Camp, Hamelner Chaussee 22 nach Hannover, B.A.O.R. - (britische Zone). Jeder Einwanderer erhält von der IRO eine bestimmte Nummer (Serial Number on the Canadian Close-Relative Immigration Scheme), die bei allen Anfragen anzugeben ist.

5. Die volksdeutsche Familie wird nun zu einer Überprüfung und gesundheitlichen Voruntersuchung in obengenanntes Mühlenberg-Lager bei Hannover berufen. Es ist zwecklos, sich in dieses Lager zu begeben, bevor man dorthin gerufen wird. Zunächst besteht nur dieses einzige Lager in der britischen Zone, doch nimmt es auch Auswanderer aus der amerikanischen Zone auf. Meldungen können einstweilen nur von Volksdeutschen angenommen werden, die ihren Wohnsitz in der britischen und amerikanischen Zone haben. Beschränkungen hinsichtlich des Alters sind nicht gegeben, es können also auch alte Leute zu ihren Verwandten und Freunden auswandern.

6. Ist die Untersuchung im Mühlenberg-Camp zufriedenstellend verlaufen, so erhält man einen Pass (Exit) und kann wieder nach Hause fahren. Man soll daher ohne polizeiliche Abmeldung und ohne Gepäck zur Voruntersuchung im Lager erscheinen.

7. Vom Mühlenberg-Camp werden die Papiere schließlich zur canadischen Militärmission nach Berlin, Johannesburgerstr.4o, geschickt, die über die Zulassung entscheidet.

8. Hat die canadische Militärmission zugesagt, so wird der Auswanderer nochmals in das Mühlenberg-Lager bei Hannover berufen, wo die letzte grundliche ärztliche und politische Untersuchung durch eine canadische Kommission erfolgt. Nach Abschluß dieser Untersuchung kommt man in ein Sammellager bei Bremen, von wo man mit dem nächsten Dampfer nach Canada befördert wird. Es ist vorgesehen, daß eine verantwortliche Persönlichkeit des Canadian Christian Council mit jedem Dampfer mitfährt. Der Empfang und die Weiterleitung in Canada soll durch kirchliche Organisationen in den Hafenstädten erfolgen.

9. Volksdeutsche, die bei einem anderen IRO-Lager (z.B. in Österreich) bereits einen Antrag auf Einwanderung nach Canada gestellt haben, müssen die dort erhaltene laufende Nummer an das Canadian Christian Council nach Hannover melden und dabei die genaue Anschrift der IRO-Dienststelle sowie das Datum der Antragsstellung angeben.

Unser Hilfskomitee wird sich bemühen, durch Vermittlung unserer Landsleute in USA und Canada auch denjenigen Siebenbürgern und Banatern eine Arbeitsstelle und dadurch eine Auswanderungsmöglichkeit nach Canada zu vermitteln, die dort keine Verwandten oder Freunde haben. Wir werden uns ferner bemühen, auf dem Verhandlungswege - über Vermittlung der Evangelischen Kirche - für unsere auswanderungswilligen Landsleute die Genehmigung zu einer Gruppeneinwanderung nach Canada zu erlangen. Alle Landsleute, die Verwandte in Canada haben, werden gebeten uns die Anschrift derselben zuzusenden.

Vorliegendes Merkblatt kann bei unserer Dienststelle nachgefordert werden, doch bitten wir, der Bestellung jeweils eine kleine Spende zur Deckung unserer umfangreichen Schreib- und Postspesen beizulegen.

Geschäftsführung

gez. Dr. Oskar Pipel

ikgs

Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben
im Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland
Hauptstelle-München

München 22, den 22. Dezember 1947
Wagmüllerstr. 23, Tel. 31930
Postscheck: München 5729

Weihnachtsrundschreiben

1947

I.

Weihnachtsgruß an die zerstreuten Glieder aus den Gemeinden der Evangelischen Landeskirche A.B. in Rumänien

von Bischof D. Friedrich Müller.

Die christliche Weihnachtsbotschaft stellt uns unter die Verheißung: "Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!"

Wenn Ihr dieses Grußwort zu Weihnachten hört oder lest, läßt sich vielleicht schon erkennen, ob auf der Friedenskonferenz der Außenminister der Großmächte in London die Grundlagen für eine Befriedung der so arg in Verwirrung geratenen Welt, in der wir leben, gefunden werden konnten. Heute, wo ich Euch schreiben muß, daß Ihr diesen Gruß im Namen unserer Landeskirche zu Weihnachten schon habt, können wir dafür nur beten. Davon aber, ob in allen Völkern, die nun sämtlich unter den Kriegsfolgen leiden, die rechte Hingabe an den Herrn, im Gebet und in jederlei Trachten, die Herzen wieder ergreift, wird es abhängen, ob wirklicher Friede eintreten und von Segen begleitet sein wird. Wie soll anders, was 6 Jahre des Krieges zerstörten, wieder zurechtgebracht werden? Schon das Ausmaß äußerer Vernichtung ist so gewaltig, daß es überall am Nötigsten fehlt. Die Not, die Euch mit am bittersten trifft, greift indes - auch heute nach 2 1/2 Jahren der Waffenruhe - stets weiter aus, statt rückläufig zu werden. Das liegt an den losgewordenen Leidenschaften, die schon zum Kriege hindrängten, im Kriege noch maßloser entfesselt wurden und nun nicht gebändigt werden können, weil sich Menschenwille gegen Menschenwille setzt. Ehe die Menschen nicht wieder ganz Gott die Ehre geben, kommen sie, je gewaltiger ihre Schöpfungen auch seien und noch werden mögen, nicht zueinander, sondern auseinander; denn immer wieder denkt man überall nur an sich selbst, gerät gegeneinander und wird zur Beute hintergründiger gottwidriger Gewalten, die die Ausmaße des Verderbens ins Unheimliche steigern.

Das ist nun der Trost der christlichen Weihnachtsbotschaft, daß wir gegen das Unheimliche bei Gott Heimat finden können. Die Unterkunft des Heilandes bei seiner Geburt war eine Flüchtlingsherberge im Stalle. Die Todesdrohung waltete schon über seinem Eintritt in die Welt. Alles, was ihn betraf, bis hin zum Tode am Kreuz, enthüllte die Unheimlichkeit der Welt als Widerstrebigkeit gegen Gottes Wollen mit uns. Gottes Kraft ist aber allem, was seinen Zielen widerstrebt, so unvorstellbar überlegen: daß er die Gegenkräfte gegen sein gutes Wollen sich austoben lassen kann und doch alles seinen Zielen entgegenlenkt; daß er uns nur mit unserer Zustimmung retten will, aber uns auf seine Ziele hin

bewahren kann, mögen wir auch ständig am Abgrund dahinwandern müssen.

In Zeiten des Gerichtes wie die, in der wir uns heute zu befahren haben, sind wir im Besonderen darauf hingewiesen, auf solche Glaubenszeugnisse zu achten: denn wo sie unbeachtet bleiben, toben sich die Verderbungsgewalten mit einer stets beschleunigteren Vernichtungskraft aus; wo sie aber aufgegriffen werden, wächst der "heilige Same" (Jes.6,13), um dessetwillen Gott ein Volk rettet, das er in diese Entscheidung stellt. In Völkern, die sich so durch Gott retten lassen, reift aber dann als "Frucht des Geistes" der durch Jesus Christus offenbar geworden ist, "allerlei Gütigkeit, Gerechtigkeit und Wahrheit" (Eph.5,9). Dann kann sowohl der Friede innerhalb der Völker, als auch der Friede zwischen den Völkern Dauer erlangen.

Darum laßt die Hoffnung nicht sinken! In der Hut des Herrn, die Ihr mit letzter Hingabe auch außerhalb des Gottesdienstes, in Gebet und Einsatz füreinander, suchen müßt, kann Euch nichts geschehen, was nicht er ausersehen hat. Wo immer Ihr Menschen angewiesen seid, oder Ihr ihnen zu Helfern zu werden vermöget, könnt Ihr dem Heiland begegnen (Mt.25, 31-46). Verhaltet Euch darnach! Euere Gebete aber stellt er unter die Verheißung der Erhörung, wenn Ihr in seinem Namen einig werdet, worum Ihr mit Eueren Lieben bitten sollt, ob Ihr auch noch soweit von ihnen getrennt seid. Wenn Ihr diese eise Heimat bei Gott gefunden habt, mitten in aller Unheimlichkeit der Welt, wird Euch die irdische Heimat doppelt lieb, denn Ihr könnt in Geduld die Wege Gottes abwarten (Röm.5,3-5), die er Euch gehen heißt, bis er Euch mit Eueren Lieben dann so zusammenführt, wie er Euch haben will.

Vertrauet der christlichen Weihnachtsbotschaft!

"Fürchtet Euch nicht! Siehe, ich verkündige Euch große Freude, die allem Volk widerfahren wird; denn Euch ist heute der Heiland geboren, welcher ist Christus, der Herr, in der Stadt Davids."

Hermannstadt, 24. November 1947

D. Friedrich Müller e.h.

Bischof der Evangelischen Landeskirche A.B. in Rumänien.

- - - - - -

Weihnachtsgruß des Hilfskomitees der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben an die Landsleute in Deutschland.

"Fürchtet Euch nicht, siehe, ich verkündige Euch große Freude!"
Luk. 2, 10.

Liebe Landsleute,

Mit diesen Worten der Heiligen Schrift, mit denen unser Herr Landesbischof D.Friedrich Müller aus der lieben Heimat unser gedenkt, grüßen auch wir zum bevorstehenden heiligen Christfest. Wissend um Furcht und Grauen, die unsere Seelen gefangenhalten in dem Dunkel, das wir durchschreiten, wagen wir es dennoch, einander dieses große Wort der Furchtlosigkeit und der Freude zuzurufen, weil es nicht unser Wort ist, sondern das Wort des Herren, das er durch seine Boten an die Menschen ergehen läßt. Denn wie könnte ein Mensch so vermessen sein, durch menschliches Wort das ganze Meer des Jammers, das uns umfängt, zu stillen und in Freude zu verwandeln. Aber wir dürfen

es uns zurufen: Fürchtet Euch nicht, freuet Euch, weil der Zeitpunkt da ist, von welchem es heißt: Euch ist heute der Heiland geboren. Nur deshalb, weil es Weihnachten gibt, können wir unverzagt von der Freude sprechen auch mitten in unserem größten Leid.
Uns ist heute der Heiland geboren. Wir feiern Weihnachten in großer Finsternis, in der Finsternis, in die Heimatlosigkeit, Armut, Hunger, Sorge und Bitternis ein menschliches Herz verstricken können. Deshalb können wir uns vielleicht auch gar nicht so auf Weihnachten freuen, wie wir es vor Jahren in glücklicheren Zeiten taten. Jetzt erst, angesichts der großen Freude, zu der wir aufgerufen werden, spüren wir unsere Not ganz besonders, wie arm wir sind, wie allein wir sind, wie zerissen wir sind - und wie traurig wir sind. Das ist sehr schwerwiegend für unser Weihnachtenfeiern, aber wir sollen es uns sagen lassen, daß es nicht so hart ist wie wir meinen, weil es nicht so schwerwiegend ist, daß Gott damit nicht fertig werden, daß Gott kein Licht hätte, mit dem er diese Finsternis vertreiben könnte. Weihnachten da singen die Engel, da verkündigen sie: Ehre sei Gott in der Höhe, Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen, weil sie mehr wissen als wir wissen können: Die Finsternis muß weichen, der helle Tag ist da, der Heiland ist geboren. Und deshalb darf es heißen: Fürchtet Euch nicht.
Wir haben oft schon Weihnachten gefeiert zu Hause in der Heimat, in den vertrauten Gotteshäusern, im prachtvollen Schmuck unserer Trachten, im üppigen Reichtum unseres Landes. Wir haben es gefeiert als Fest der Familie, als Fest der Sitte, als Fest mit seinem ganzen Kindheitszauber. Aber dürfte uns nicht vieles davon das wirkliche Weihnachten verdeckt haben, und wird uns nicht heute, wo wir ganz nackt und arm dastehen, das klare Licht des Herrn besser leuchten können? Werden wir es nicht aus dieser unserer Trostlosigkeit heraus besser fassen können, welches die größte Freude ist, die der Herr zu Weihnachten uns schenken will? Weshalb ruft uns der Engel Gottes zu: Fürchtet Euch nicht? Um uns Mut zu machen, um uns zu trösten, um besseren Glauben zu verlangen; nein, deshalb, weil längst etwas geschehen ist: Christus ist unser Bruder, Christus wird ein Mensch wie wir - also hat Gott die Welt geliebt, also hat Gott uns geliebt!
Das singt uns der Engel zu Weihnachten - uns armen, geplagten, verzagten, friedlosen und schuldbeladenen Flüchtlingen: dass sogar in einen kümmerlichen Stall und über einer armen notvollen Erde trotz aller Lieblosigkeit der Menschen, trotz Unfriede und Haß, Gott schon heimlich regiert und Friede bei den Menschen wohnt und Gottes Wohlgefallen auf diesen Menschen ruht. Dies gilt uns. Durch das Wort von der Weihnachtsfreude werden wir aufgerufen, Gottes Weg mit den Menschen zu beachten, an seinen Frieden ernster zu glauben und von den Menschen Gott höher zu denken als wir es nach Einsicht und Erfahrung wohl tun möchten. Können wir das? Ja. Denn selbst wenn wir voller Furcht und Zittern schwiegen und uns das fröhliche Singen und Beten heute schwerer fiele als je, dann sind es die Engel, die über uns singen: Ehre sei Gott in der Höhe, Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen. Stimmen wir aber mit ihnen nur ein wenig ein, ein wenig verzweifelt und trotzig zitternd und zaghaft, und vielleicht nur deshalb, weil es jetzt Weihnachten ist, so ist dieser Gesang mehr als Einbildung und Glaube; er wird zur Tat, zum Dank an den Bruder, der Gott heute in Christus uns wurde. Lassen wir es uns daher sagen:

Ihr Armen und Elenden zu dieser bösen Zeit,
Die Ihr an allen Enden müßt haben Angst und Leid,
Seid dennoch wohlgemut,
Laßt Eure Lieder klingen
Dem König zu lobsingen,
Der Euer höchstes Gut.

In solcher Verbundenheit des Glaubens gedenken wir aller unserer Glaubensbrüder in der Heimat, im fernen Rußland, in der Gefangenschaft und wo immer sie weilen mögen. Gott segne uns allen zusammen das diesjährige Christfest und schenke uns Frieden und Freude im Neuen Jahr.

München, im Advent 1947

Pfarrer Hans Henrich
Vorsitzender

Herr Pfarrer Rottmann, der am 15.Oktober 1947 von der Leitung unseres Hilfskomitees zurücktrat, richtet folgendes Abschiedswort an unsere Landsleute in Deutschland:

Liebe Landsleute,
Gesundheitsrücksichten haben mich veranlaßt, von der Leitung unseres Hilfskomitess zurückzutreten. Da ich nun aus der Leitung des Hilfskomitees scheide, mit dessen Arbeit ich aber auch weiterverbunden bleibe, sage ich herzlichen Dank für das mir entgegengebrachte Vertrauen und ich bitte, dieses auch dem jetzigen Leiter, Herrn Pfarrer Hans H e n r i c h zuzuwenden. Mit meinem Abschiedsgruß verbinde ich den innigen Wunsch, daß wir in Ergebung und Geduld die Stunde abwarten, da Gott der Herr uns den Weg in eine hellere Zukunft zeigen wird.

gez.Gottfried Rottmann
ev. Pfarrer
Kühstein, Post Malching/Ndb.

- - - - - -

II.

Aus der Arbeit unseres Hilfskomitees.

Liebe Landsleute!

Seitdem wir unsere geliebte Heimat verlassen mußten, sind nun schon über 3 Jahre vergangen. Seither gehören auch wir zu dem Millionenheer der Flüchtlinge und Vertriebenen, das für unser Mutterland eines der schwersten sozialen Probleme der Gegenwart darstellt. Während man bestrebt ist, die verschleppten Personen aus dem Ausland zur Rückkehr in ihre Heimat zu bewegen oder ihnen in Westeuropa bzw. Übersee neue Lebens- und Verdienstmöglichkeiten zu schaffen, sollen die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen nach dem Wunsche der Besatzungsmächte in Deutschland bleiben und allmählich in das hiesige Wirtschaftsleben eingegliedert werden. Die Schwierigkeiten, die sich diesem Plan unter den heutigen Verhältnissen in Deutschland entgegenstellen, sind erheblich. Selbst bei großzügigster Aufbauplanung und nach Abschluß der in Gang befindlichen Bodenreform wird ein hoher Prozentsatz der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen ohne eigenes Heim, ohne Verdienst und Arbeitsmöglichkeit bleiben. Jeder von uns ringt heute mehr oder weniger um die primitivsten Voraussetzungen seines Daseins. Schwerer als das augenblickliche materielle Elend wiegt die soziale und seelische Not, der wir alle ausgesetzt sind. Viele von uns haben nicht nur ihren gesamten Besitz, sondern nach nunmehr dreijährigem vergeblichen Warten auch die letzte Hoffnung auf eine Rückkehr in die Heimat verloren. Die meisten sind aus ihrem Beruf herausgerissen und damit entwurzelt, sie fühlen sich nirgends mehr hingehörig und sind der Verproletarisierung preisgegeben. Die Gefahr der Zerstreuung und Vermassung besteht besonders für diejenigen, die hier allein sind und jede Bindung zur alten Heimat verloren haben.

In solcher Not haben sich unsere Landsleute sowohl in der Heimat als auch hier im Mutterland um die Kirche geschart, die Jahrhunderte lang der Mittelpunkt unseres deutschen Volkslebens gewesen ist. Für viele die jede äußere Bindung verloren haben, stellt sie den einzigen innerlichen Halt dar. Für unsere Sorgen und Nöte bringt die Kirche ein tiefes Verständnis auf und hat im Rahmen des evangelischen Hilfswerks eigene Hilfskomitees der einzelnen verdrängten Ostkirchen gebildet, denen nicht nur die Seelsorge, sondern auch die geistige Führung, die Beratung und sonstige Betreuung ihrer Heimatglieder obliegt. Sowohl unsere Geistlichen als auch andere verantwortungsbewußte Männer und Frauen waren gerne bereit, sich der Not unserer Landleute anzunehmen und an unserem Hilfswerk selbstlos mitzuarbeiten.

Unser Hilfskomitee, das zu Beginn dieses Jahres neu aufgebaut worden ist, kann auf eine rund anderthalbjährige, erfolgreiche Tätigkeit zurückblicken, über die wir im folgenden einiges berichten wollen.

1. Die besonderen Aufgaben der Hilfskomitees

sind nach den vom Zentralbüro des Evang. Hilfswerks erteilten Richtlinien folgende:

1. Die Seßhaftmachung ihrer Gemeinden und Gemeindemitglieder zu unterstützen,
2. Ihre organisatorische Verbindung mit den Kirchen des Aufnahmelandes zu fördern.
3. Gemeinsame Belange der Selbsthilfe wahrzunehmen.
4. Auswanderungswillige zu registrieren, zu beraten und zu unterstützen.
5. Die Suche nach Familien und Gemeindemitgliedern durchzuführen.

Für unser Hilfskomitee bestehen darüberhinaus viele weitere wichtige Aufgaben, wie aus dem folgenden Bericht zu ersehen ist.

2. Aufbau und Organisation unseres Hilfskomitees.

a) Die Leitung.

Die Leitung des Hilfskomitees hat ein evangelischer Pfarrer aus Siebenbürgen als Vorsitzender, mit einem Stellvertreter und einem Hauptgeschäftsführer inne. Bis zum 15.11.1947 führte Herr Pfarrer Gottfried R o t t m a n n den Vorsitz unseres Hilfskomitees. Als er aus gesundheitlichen Gründen zurücktrat, wurde Herr Pfarrer Hans H e n r i c h aus Birk, zuletzt Pfarrer in Jaad (Siebenbürgen), z.Zt. in (14a) Ernsbach/Württ., Kreis Öhringen, zu seinem Nachfolger gewählt. Stellvertretender Vorsitzender ist Herr Pfarrer Anton E l s h o l z aus Bistritz (Siebenbürgen), zuletzt Pfarrer in Heidendorf, z.Zt. in (13a) Sickershausen/Unterfranken, Krs. Kitzingen. Die Hauptgeschäftsführung befindet sich z.Zt. unter Leitung von Herrn Dr. Otto A p p e l in München 22, Lagmüllerstr. 23.

Dieser Leitung des Hilfskomitees steht ein aus 12 geistlichen und weltlichen Vertretern bestehender "Vorstand" beratend und unterstützend zur Seite.

b) Zweigstellen.

Da die Glieder unserer Heimatkirche heute über das gesamte Reichsgebiet und Österreich verstreut sind, mußten zu deren Erfassung und Betreuung mehrere Zweigstellen aufgebaut werden. Dies sind z.Zt. folgende:

1. Zonenstelle Ost (russische Zone in (1) Berlin N 65, Seestr. 35, Leitung: Pfarrer Dr. Wilhelm Arz, betreut die gesamte russ. Zone.
2. Zonenstelle Nordwestdeutschland (britische Zone) in (20a) Hildesheim Saarstr. 165; Leitung: Pfarrer Hans Schuster.
3. Zonenstelle Südwestdeutschland (amerikanische Zone) in (14a) Stuttgart-Bad Cannstadt, Liebenzellerstr. 14/II; Leitung: Egon Arz, betreut die französische Zone mit Baden und unterstützt die Hauptgeschäftsstelle.

4. Landesstelle Württemberg in (14a) Stuttgart, Stälinweg 16,
   Leitung: Fräulein Brigitte Csaki (Vikarin), betreut ganz Württemberg.
5. Landesstelle Hessen (16) Rommershausen bei Treysa,
   Leitung: Pfarrer Harald Ernst Müller.
6. Landesstelle Bayern: in (13b) München 22, Nagmüllerstr. 23,
   Leitung: Prof. Karl Lang
7. Zweigstelle Franken-Oberpfalz in (13a) Erlangen, Neue Str. 10
   Leitung: Wilhelm Wittstock; betreut Unter-, Mittel-Oberfranken, Oberpfalz.

Die seelsorgerliche Betreuung unserer Landsleute in Österreich hat Herr Generaldechant Dr. Carl Molitoris aus Bistritz, z.Zt. in Ried i.I., Vogelweg 1 B (Ober-Österreich) inne, die sonstige Betreuung obliegt Herrn Bankdirektor Dr. Ernst Friedrich Beer in Ried i.I., Franzlstr. 3. Mit der Gruppe unserer in Österreich untergebrachten Landsleute arbeiten wir eng zusammen und tauschen unsere beiderseitigen Erfahrungen laufend aus. Ferner stehen wir mit dem siebenbürgischen Herrn Landesbischof D. Friedrich Müller in Hermannstadt, Huetplatz 1 und dem Hilfsverein der Siebenbürger Sachsen in USA, Leitung: Pastor Hans Foisel in Cleveland 8/Ohio, 761 Eddy Road, USA in ständiger Verbindung.

c) Die Arbeit der Kreis- und Ortsvertreter.

Die einzelnen Zonen- und Landeszweigstellen unseres Hilfskomitees haben überall da, wo eine größere Anzahl von Siebenbürgern und Banatern untergebracht ist, Kreisvertreter eingesetzt. Wo ganze Heimatgemeinden in größerer Zahl geschlossen untergebracht sind, wie z.B. die nordsiebenbürgischen in Mittelfranken, wurden zusätzlich gewählte Heimatortsvertreter eingesetzt. Die Aufgaben dieser kleinsten wichtigen Zellen unseres Hilfswerks bestehen in der Erfassung und Betreuung jedes einzelnen Gliedes unserer Volks- und Glaubensgemeinschaft. Sie tragen die Sorgen, Nöte und Bitten jedes einzelnen - so weit sie diese nicht selbst erledigen können - an die Leiter ihrer zuständigen Zonen- und Landesstelle heran. Umgekehrt tragen sie die Mitteilungen der letzteren bis in das letzte Haus.

In ehrenamtlicher, oft sehr schwieriger Arbeit gehen oder fahren sie mitunter viele Kilometer weit auf entlegene Dörfer hinaus, um ihre Pflichten treu zu erfüllen. Auf diese Weise werden die über weite Räume verstreuten Glieder unserer Heimatkirche zusammengehalten und betreut. Schon das Bewußtsein, in der Welt nicht einsam und hilflos zu sein, gibt ihnen die seelische Kraft, deren sie zur Überwindung der äußeren und inneren Nöte so dringend bedürfen.

d) Die Arbeit der Zonen- und Landesstellen.

Die Arbeit unserer Zweigstellen ist eine ähnliche wie die unserer Hauptgeschäftsstelle, über die wir nachfolgend einiges berichten wollen. Sie führen die Kartei der in ihrem Lande bzw. in ihrer Zone untergebrachten Landsleute, setzen die Kreisvertreter ein und stehen jeder einzelnen durch schriftliche oder mündliche Beratung bei. Sie sind vor allem für die Zusammenarbeit mit den kirchlichen und staatlichen Behörden - wo sie die Sorgen und Nöte unserer Landsleute vertreten - zuständig. In ein- bis mehrmonatigen Abständen rufen sie die Kreisvertreter zu einer Beratung zusammen und veranstalten darüberhinaus für die in ihrem Betreuungsbereich untergebrachten Glieder Zusammenkünfte mit heimatlichen Gottesdiensten, Heimatberichten, sonstigen Mitteilungen und Aussprachen oder auch gesellige Veranstaltungen, bei denen heimatliche Lieder, Dichtungen u.ä. geboten werden. Sie versehen die Kreisvertreter außerdem regelmäßig mit eigenen wichtigen Mitteilungen und Anweisungen, sowie mit denjenigen der Hilfskomiteeleitung.

3. Von der Arbeit unserer Hauptgeschäftsstelle.

Unser Beratungsdienst.

Nach der Evakuierung stießen unsere über ganz Deutschland und Österreich verstreuten Landsleute hier auf eine neue und ungewohnte Umwelt. Das Suchen nach neuen Wurzeln, nach einer neuen Berufs- und Lebensexistenz stieß nicht überall auf christliche Hilfsbereitschaft, sondern oftmals auf den Argwohn und den Verteidigungsinstinkt der Einheimischen, deren Lebensenge man notgedrungen verstärkte. Auch bei den staatl. Behörden fand man nicht immer das erwartete Verständnis für die berechtigten Sorgen und Nöte. Die engen Verbindungen zu der Heimat sind durch die Zeitumstände abgebrochen oder zumindest behindert, ja es gibt in Deutschland noch nicht einmal eine konsularische Vertretung unseres Heimatstaates. Aus all diesen Gründen machte sich die Einrichtung eines Beratungsdienstes für sämtliche Lebensfragen unserer Landsleute erforderlich. Dieser Beratungsdienst geht über unsere Zweigstellen und Ortsvertreter bis in das letzte Haus. In unserer Münchner Hauptgeschäftsstelle haben schon oftmals über 50 Ratsuchende an einem einzigen Tag vorgesprochen. Oft waren sie in verzweifelter Lage und setzten ihre letzte Hoffnung auf unseren Rat. Für unsere im Beratungsdienst stehenden Mitarbeiter ist es stets ein ergreifendes Gefühl, wenn unsere Landsleute dann mit neuer Zuversicht gestärkt heimgehen. Darüberhinaus wurden allein von unserer Münchner Geschäftsstelle seit Beginn dieses Jahres 7.000 Beratungsangelegenheiten auf brieflichem Wege erledigt.

Die Flüchtlingsseelsorge.

Besondere Sorgfalt gilt der Seelsorge an unseren Gemeindegliedern. Zur Zeit sind in Deutschland über 30 siebenbürgische Pfarrer als Seelsorger tätig. Die meisten haben sich freiwillig und unentgeltlich in den Dienst unserer Arbeit gestellt und halten im Rahmen unseres Hilfskomitees für unsere Landsleute auch außerhalb ihres eigentlichen Kirchendienstes besondere heimatliche Gottesdienst mit anschließender Beratung ab. Sie nehmen dabei oftmals sehr weite und anstrengende Reisen auf sich, um auch die letzten verstreuten Gruppen unserer Glaubensgemeinschaft aufzusuchen, Darüber hinaus wurde ein ständiger Reiseprediger-dienst für unsere Landsleute eingerichtet.

Bei dieser Seelsorge gehen wir von der Erkenntnis aus, daß infolge solch krasser Not, die bei uns zum Dauerzustand geworden ist, die Anfechtungen des Glaubens besonders groß sind. Viel Vertrauen und viele Hoffnungen unserer Landsleute sind in dem Leidensmeer der Zeit untergegangen. Kaum eine Familie, die nicht wenigstens einen Toten oder Vermißten zu betrauern hätte; und was der Tod nicht trennt, hält vielfach das heutige Leben mit seinen harten Grenzen geschieden. Daher wächst durch die äußere Entwurzelung und tägliche Sorge die Gefahr, daß manche am Sinn ihres Daeins überhaupt zu zweifeln beginnen. Wie leicht schleicht sich da der finstere Gedanke dem Menschen ins Herz: Wie kann Gott dies alles zulassen?

So halten wir wie eben erwähnt auch eigene Gottesdienste für unsere Landsleute, weil wir deren Nöte naturgemäß besser verstehen, als unsere Brüder aus dem Reich; sind wir doch mit ihrem Schicksalserleben auf das Innigste verbunden. Wir wollen durch diese Gottesdienste und unsere Seelsorge unseren Glaubensgenossen den Weg auch in die jeweilige hiesige Landeskirche öffnen, die sie nur allzuleicht als verschlossen glauben ansehen zu müssen; wir wollen Brücken bauen von Mensch zu Mensch doch vor allem auch vom Menschen zu Gott.

Unser siebenbürgischer Reiseprediger sucht besonders die in Flüchtlings- und Internierungslagern untergebrachten Gruppen auf, weil dort besonders die geistliche Not am größten und Hilfe am nötigsten ist.

Unser Dienst an den Internierten.

Ein großer Teil unserer auf Grund zwischenstaatlicher Verträge zur Waffen-SS zwangsweise einberufenen Landsleute wurde - da er formell unter das Entnazifizierungsgesetz fiel - seit Kriegsende in verschiedenen Gefangenen- und Internierungslagern festgehalten. Die reichsdeutschen Spruchkammern waren über die besonderen Umstände, unter denen diese Männer einberufen worden waren, überhaupt nicht oder nur sehr unvollständig unterrichtet, und bereiteten unseren Landsleuten oftmals große Schwierigkeiten. Neben der Aufklärung der zuständigen Ministerien und Spruchkammern über die besonderen Umstände, unter denen unsere Männer zur deutschen Wehrmacht kamen, besorgten wir in zahlreichen Fällen die Verteidigung im Spruchkammerverfahren, um ihr Nichtschuldigsein unter Beweis stellen zu können. Von unserer Münchner Hauptstelle wurden monatlich rund 90-100 Spruchkammerangelegenheiten bearbeitet. Bei besonders schwierigen Fällen besorgten wir einen Rechtsanwalt, der dann die Verteidigung übernahm. Auch unser Reisepfarrer schaltete sich in den Internierungslagern Dachau, Mossburg, Darmstadt, Nürnberg-Langwasser, Kornwestheim und Ludwigsburg-Oßweil in diese Arbeit ein und klärte die zuständigen Lagerspruchkammern auf. Für die nur auf Grund zwischenstaatlicher Abmachungen Einberufenen wurden nach Prüfung jedes einzelnen Falles mehrere Tausend Bescheinigungen ausgestellt.

Heimkehrerfürsorge.

Etwa 15-20.000 Landsleute wurden in den letzten Monaten krankheitshalber aus russischem Arbeistdienst entlassen und fanden den Weg zu unserer Berliner Zweigstelle oder nach München und anderen Landesstellen. Zum größten Teil noch nicht genesen, völlig abgemagert, meist unzulänglich bekleidet oder gar zerlumpt trafen sie bei uns ein und gehören zu unseren größten Sorgenkindern. Durch unsere Vermittlung bzw. Befürwortung konnten wir den meisten zunächst Unterkunft und Verpflegung zukommen lassen. Der vordringlichste Wunsch der Heimkehrer war neben einer Auskunft über die Heimkehrmöglichkeiten der nach Versorgung mit Bekleidung und Wäsche sowie Schuhwerk. Soweit die Vorräte der hiesigen Fürsorgestellen (Evang.Hilfswerk, Caritas, Rotes Kreuz) ausreichten, wurde jedem besonders Hilfsbedürftigen das Notwendigste an Kleidungsstücken vermittelt. Auch geldliche Unterstützung haben wir oder genannte Stellen in vielen Fällen geben können. Für das alles waren unsere Rußlandheimkehrer, denen oft das Geld für die nötigste Verpflegung und die Reise zum nächsten Lager fehlte, sehr dankbar.

Besonders dankbar muß die Tätigkeit unseres Berliner Zweigstellenleiters anerkannt werden, der den weitaus größten Zustrom an Rußlandheimkehrern hat. Hier widmet sich vor allem seine Gattin in unermüdlicher Arbeit der Heimkehrerfürsorge. Sie richtete in ihrem Hause eine Nähstube ein, in welcher für unsere Rußlandheimkehrer aus verschiedenen Kleiderspenden passende Kleidungsstücke angefertigt oder beschädigte ausgebessert werden. Unsere Berliner Zweigstelle führt ferner die Kartei unserer aus Rußland zurückgekehrten Landsleute sowie die Kartei der in Rußland Verstorbenen.

Kranken und pflegebedürftigen Rußlandheimkehrern vermittelten wir in Heimen des Ev. Hilfswerks, der Caritas und des Roten Kreuzes eine mehrwöchige unentgeltliche Erholung. Auch aus unserer Heimat traf besonders in letzter Zeit eine größere Anzahl von Flüchtlingen bei uns ein; ebenso kehrten Landleute aus russischer, britischer und französischer Gefangenschaft zurück und meldeten sich bei uns. Alle erhielten von uns die zur Erlangung der hiesigen Ausweise, Lebensmittelkarten und Zuzugsgenehmigungen erforderlichen Befürwortungsschreiben. Wir stellten in München täglich durchschnittlich 10 solcher Bescheinigungen aus.

Bei uns nehmen die Heimkehrer ferner Einblick in unsere Flüchtlingsliste und finden dadurch den Anschluß an ihre Heimatgemeinde oder an Verwandte und Freunde. In mehreren tausend Fällen ist es uns gelungen ihnen bei der Arbeitsvermittlung behilflich zu sein. Bei unserer Dienststelle laufen,

besonders aus dem Baugewerbe, der Landwirtschaft, der Industrie und den Haushalten dauernd Arbeitsangebote ein. Wer durch uns eine Arbeitsstelle fand, erhielt dort zumeist auch Wohnung, Zuzug und Lebensmittelkarten. Wir bitten unsere Landsleute, uns bei dieser Arbeitsvermittlung durch Meldung von Arbeitsstellen weiterhin zu unterstützen.

Berufsvermittlung.

In vielen Fällen waren wir unseren Landsleuten bei der Erlangung der zur Ausübung ihres Berufes erforderlichen Lizenz behilflich und stellten diesbezügliche Bescheinigungen oder Befürwortungen aus, oder sprachen in besonderen Fällen bei den zuständigen staatlichen Behörden vor. Tüchtige Landsleute haben in Deutschland eigene Betriebe aufgebaut, denen wir Siebenbürger oder banater Fachleute vermitteln konnten.

Studienhilfe.

Mehrere aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrte Landsleute benötigten für die Aufnahme auf den Hoch- und Fachschulen oder zur Erlangung eines Stipendiums eine Befürwortung, die wir ihnen ausstellten. Auf den einzelnen Hochschulen wurden im Rahmen unseres Hilfskomitees eigene studentische Gemeinschaften gebildet.

Suchdienst.

Durch die Kriegsereignisse, die spätere Flucht oder durch die Deportierung sind zahlreiche Familien und Gemeindeglieder auseinandergerissen worden. Um die Zusammenführung derselben zu erleichtern, bauten wir innerhalb der Suchdienstzentrale München, Infanteriestr. 7a, eine eigene Südost-Suchkartei auf. Nachdem diese in die gesamtdeutsche Kartei eingegliedert wurde, begannen wir mit der Aufstellung einer eigenen Kartei, die noch nicht abgeschlossen ist. Sobald die Erfassung unserer Siebenbürger und Banater nach gegenwärtigen Unterbringungsgebieten, abgeschlossen ist, wollen wir an die Aufstellung von, nach Heimatorten geordneten Listen herantreten. Wenn wir das nötige Papier beschafft haben, werden diese dann laufend vervielfältigt und herausgegeben. Jeder bisher von uns noch nicht erfaßte Landsmann wird gebeten, sich umgehend bei der zuständigen Landes- oder Zonenstelle unseres Hilfskomitees zu melden. Bei der Meldung sind anzugeben: Name, Geburtsdatum, Geburtsort, Beruf, Religion, [illegible]anschrift und derzeitige genaue Adresse; die gleichen Daten auch von den hiesigen Familienangehörigen.

Vermittlung von Kleider- und Lebensmittelspenden.

Bei unserer Dienststelle treffen laufend Gesuche um Kleider- und Lebensmittelspenden ein. Wir weisen darauf hin, daß unser Hilfskomitee selbst über solche nicht verfügt. Zuständig ist hierfür jeweils die nächste Dienststelle des Evangelischen Hilfswerks (Innere Mission) oder für katholische Glaubensgenossen der Caritasverband.

Unsere Siebenbürger Sachsen in U.S.A. haben sich bereit erklärt, ihren eigenen Glaubens- und Stammesbrüdern die sich in besonderer Not befinden, mit Kleider- und Lebensmittelspenden beizustehen. Die Zahl der eintreffenden Pakete ist natürlich beschränkt, sodaß nicht jeder eines erhalten kann; den am meisten Bedrohten muß zuerst geholfen werden. Kinderreiche Familien, werdende Mütter, alte und kranke Leute, und versehrte Heimkehrer sind zu bevorzugen. Bei unseren Rußlandheimkehrern ist die Not am größten. Diese Hilfsbedürftigen können über ihre zuständige Landes- oder Zonenstelle ein Gesuch um besondere Spenden (einzeln anführen) bei uns einreichen, das wir nach Überprüfung und Befürwortung nach U.S.A. weiterleiten. Im Gesuch müssen Namen, Geburtsdatum und auf jeden Fall der Heimatort sowie die genaue gegenwärtige Adresse angegeben werden. Die Gründe der besonderen Hilfsbedürftigkeit müssen gleichfalls angeführt sein. Der Betreffende

kann erst in einigen Monaten mit einer Spende vom Siebenbürgischen Hilfsverein in U.S.A. rechnen. Es werden nicht Care-Pakete verschickt, sondern besondere siebenbürgische Spenden, weshalb es ratsam ist, die benötigten Kleidungsstücke nach Art und Größe einzeln anzugeben. Die Pakete unserer Landsleute aus Amerika werden nicht unserer Dienststelle, sondern dem Bittsteller direkt zugesandt.
Von der American Bible Society erhielten wir eine Spende von mehreren tausend Bibeln (Neuen Testamenten) die wir kürzlich als Weihnachtsgabe an unsere Landsleute verteilten. Da noch einige hundert Exemplare vorrätig sind können weitere, im Bedarfsfalle über unsere Zweigstellen nachgefordert werden. Um Zusendung von Dankschreiben, die wir an den Spender weiterleiten wollen, wird gebeten.

Beratung über Heimkehrmöglichkeiten.

Solange die rumänische Repatriierungskommission in Deutschland und Österreich tätig war, standen wir mit dieser in ständiger Verbindung und unterrichteten unsere Landsleute laufend über die Heimkehrmöglichkeiten und Bedingungen.
Von Deutschland wurden in diesem Jahr jedoch bloß 2 Transporte im Juni und Juli d.J. in die Heimat geleitet. Beide sind in Rumänien gut angekommen. Im August d. Jahres mußte die rum. Repatriierungskommission ihre Tätigkeit plötzlich abbrechen und wird diese vor dem Frühjahr wohl kaum wieder aufnehmen. Möglicherweise wird die IRO die Heimbeförderung der Ausländer im nächsten Frühjahr in die Hand nehmen. Zur Zeit gibt es weder von Deutschland noch von Österreich aus eine legale Heimkehrmöglichkeit. Eine Schwarzfahrt nach der Heimat ist heute mit großen Gefahren verbunden. Wir warnen davor im Auftrage unserer Heimatkirche d r i n g e n d !

Zusammenführung von Familien.

Vielen Landsleuten sind wir bei der Heraufholung von Familienangehörigen durch Erteilung von Ratschlägen und Befürwortungen behilflich gewesen. Durch Verhandlungen mit dem Internationalen, sowie dem Rumänischen Rotem Kreuz haben wir verschiedene Familienglieder, die sich in der Heimat in großer Not befanden zu den Angehörigen nach Deutschland bringen können. Nachdem die rumänischen Rotkreuztransporte eingestellt wurden, gab es nur noch den folgenden legalen Weg:
1. Man besorgt bei einer hiesigen Stelle des Staatskommissariats f.d. Flüchtlingswesen oder beim zuständigen Flüchtlingskommissar eine Bescheinigung aus der hervorgeht, daß man eine Wohnung und ein festes Arbeitsverhältnis hat und daß gegen die Erteilung einer Zuzugsgenehmigung an die Angehörigen nichts eingewendet wird.
2. Diese Bescheinigung (wegen Verlustgefahr empfiehlt sich die Anfertigung einer beglaubigten Abschrift) schickt man an die Angehörigen in die Heimat. Manche ließen die Bescheinigung zur Sicherheit von einer amerikanischen oder britischen Dienststelle abstempeln.
3. Mit dieser Bescheinigung begab sich der Angehörige in der Heimat zur Amerikanischen Militärmission in Bukarest, Strada Otetari (U.S.M.A., APO. Rumania) und beantragte dort einen Interzonenpass nach Wien.
4. Mit diesem Pass begab man sich zum Innenministerium (Ministerul Afacerilor Interne, Sectiunea pasapoarte, Bucuresti, Strada Academiei) und beantragte dort ein "Certificat de Calatorie" nach Deutschland (Reiseschein mit Lichtbild).
5. Hatte man dieses, so begab man sich zum Außenministerium (Ministerul Afacerilor străine, Sectiunea Vizelor) und beantragte dort das Ausreisevisum nach Deutschland. Diese Angelegenheit dauerte für gewöhnlich 6 Wochen.
6. Schließlich brauchte man noch vom ungarischen und österreichischen Konsulat in Bukarest das Durchreisevisum, das man anstandslos erhielt. Auf diese langwierige und meist kostspielige Weise gelang es im Sommer und Herbst dieses Jahres vielen Landsleuten ihre Angehörigen auf legalem Weg als Einzelreisende heraufzubringen. Zur Erreichung des Ziels bedurf-

te es allerdings in vielen Fällen eines tüchtigen Bukarester Rechtsanwaltes.

Ausarbeitung von Denkschriften.

Damit sich verschiedene Stellen des In- und Auslandes von den Leistungen unserer Siebenbürger und Banater in Vergangenheit und Gegenwart ein Bild machen können, haben wir hierüber besondere Denkschriften ausgearbeitet und darin besonders auf die schwere Not hingewiesen in die wir durch die Auswirkungen des letzten Krieges geraten sind. Diese Denkschriften dienen bei allen Verhandlungen über unsere weiteren Planungen als Grundlage.

Siedlungswesen.

Von unserer Dienststelle werden über alle binnendeutsche Siedlungsmöglichkeiten laufend Informationen eingeholt und in unseren Mitteilungsblättern bekanntgegeben. In Bayern, wo das meiste Siedlungsland anfallen dürfte, gehört unser Hauptgeschäftsführer als Vertreter der Südostdeutschen dem Siedlungsausschuß an und arbeitet als solcher an der gesamten Siedlungsplanung mit. Die Aussichten auf Bodenerwerb sind allerdings wegen der großen Zahl von Bewerbern nicht sehr groß. In Bayern kommen im Zuge der Agrarreform etwa 28.000 ha zur Verteilung. Darauf sollen etwa 2.000 Bauernhöfe und ebensoviele Gärtner- und Kleinsiedlerstellen geschaffen werden. Dem steht eine Zahl von 30.000 bäerlichen Siedlungsanträgen - soviele wurden bisher eingereicht - gegenüber.
Näheres bitten wir beiliegendem Mitteilungsblatt über die binnendeutsche Siedlung zu entnehmen.

Auswanderungsberatung.

Die bevölkerungspolitische Lage in Deutschland legt vielen Menschen den Gedanken nahe, eine neue Existenzgrundlage außerhalb des deutschen Staatsgebietes zu suchen. Niemand kann sich vorstellen, wie im übervölkerten Restdeutschland für eine Zusatzbevölkerung von rund 14 Millionen Menschen dauernde Existenzbedingungen zu schaffen sind. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn ein großer Teil unserer Landleute seine Hoffnungen entweder auf die Rückkehr in die alte Heimat oder auf die Auswanderung setzt. Die fast täglich bei uns einlaufenden diesbezüglichen Anfragen sind ein Beweis dafür, daß sich viele mit dem Auswanderungsgedanken ernsthaft befassen und daß daher die Einrichtung einer sachlichen zuverlässigen Beratungsstelle für diese dringend erforderlich ist. Es muß auf jeden Fall verhindert werden, daß diejenigen Landsleute, die eines diesbezüglichen Rates bedürfen, von oft zweifelhaften, gewerbsmäßigen Unternehmungen ausgenützt werden.
Das Auswanderungsreferat des Zentralbüros vom Evangelischen Hilfswerk verfolgt unter der Leitung von Herrn Oberkirchenrat Dr. Schröder alle Fragen der Auswanderung und die Einwanderungsmöglichkeiten in enger Verbindung mit der Ökumene und den christlichen Kirchen. - Der Deutsche Caritas-Verband - unter maßgebender Beteiligung des St. Raphaelvereins - und das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland haben zu Beginn dieses Jahres eine "Arbeitsgemeinschaft der Kirchen für Auswanderungsfragen" gegründet. Da die Auswanderung nicht bloß das Heimatland berührt, sondern auch die Belange anderer Völker und Länder, ist es dringend notwendig, gerade diese von christlichen Gesichtspunkten aus zu leiten.
Eine Auswanderung, die uns ohne Bindung, einzeln in alle Welt verstreut, kann auf keinen Fall befürwortet werden. Das heutige Flüchtlingschaos verleitet manchen zu unüberlegten Schritten und es wird vielfach unsere Aufgabe sein unsere Landsleute aufzuklären um sie vor falschen Lockungen und trügerischen Hoffnungen zu schützen. Dagegen wird die organische Abwanderung deutschsprechender Flüchtlingsgruppen aus Ost- und Südosteuropa, also in erster Linie solcher Gruppen von Vertriebenen, die niemals vorher im Reichsgebiet wohnten, die deutsche Reichsangehörigkeit niemals

besessen haben, sondern vielfach seit Generationen oder wie wir seit Jahrhunderten als loyale Bürger anderer Staaten lebten, befürwortet. In dieser Hinsicht hat die genannte kirchliche Arbeitsgemeinschaft mit staatlichen und kirchlichen Stellen des Auslandes Verbindung aufgenommen, wobei die geschlossenen Ansiedlung erstrebt wird, bei der allein die hohen kulrurellen und wirtschaftlichen Qualitäten dieser Gruppen erhalten bleiben können.
Wenn diesbezüglich noch keine besonderen Ergebnisse vorliegen, so liegt das an den Verhältnissen der Zielländer, die aus wirtschaftlichen, politischen und einwanderungstechnischen Gründen noch nicht in der Lage sind, größere Massen von Einwanderern aufzunehmen. Weitere Schwierigkeiten bestehen in der Erlangung der Ausreiseerlaubnis aus Deutschland.
Gewisse Möglichkeiten bahnen sich jedoch schon heute an. Wenn auch die Internationale Flüchtlingsorganisation (IRO) sich vorläufig nur mit solchen Flüchtlingen befaßt, die nicht deutscher Abstammung (of German ethnic origin) sind, also nur mit den Dispaced Persons (D.P.-s), so sind durch diese Regelung doch Verhandlungen der aufnahmebereiten Länder mit dem Kontrollrat und den deutschen Behörden nicht ausgeschlossen.
Ein kleiner Anfang ist gemacht worden indem 2.200 deutschstämmige Mennoniten aus dem Osten die Erlaubnis erhielten Deutschland zu verlassen. Sie wurden in Bremen nach Paraguay verschifft, wo sie mit Unterstützung des amerikanischen mennonitischen Zentralkomitees angesiedelt werden sollen. Ein zweiter Transport wird Anfang nächsten Jahres nach Paraguay abgehen. - Ein weiterer Anfang ist neuerdings mit der Erteilung der Einwanderungserlaubnis an volksdeutsche Flüchtlinge (auch solche aus Rumänien) nach Canada, gemacht worden. Zunächst werden allerdings nur solche zugelassen, die in Canada Verwandte oder Freunde haben, die die Überfahrt bezahlen und dafür garantieren, daß die Einwanderer dem Staate nicht zur Last fallen. Ein Merkblatt mit den näheren Bestimmungen und Anweisungen über die Canada-Auswanderung liegt diesem Rundschreiben bei. Weitere Exemplare dieses Merkblattes können bei uns bestellt werden. Sobald in der Frage der Auswanderung weitere greifbare Ergebnisse erreicht sind, wird unser Hilskomitee unsere Landsleute unverzüglich unterrichten.

III.

Heimatnachrichten.

Wir Siebenbürger und Banater sind die einzige Ostdeutsche Volksgruppe deren Angehörige sich noch größtenteils in der Heimat befinden. Mit ihrem Schicksal fühlen wir uns eng verbunden. Es ist daher verständlich, daß unsere Landsleute an allen Heimatnachrichten sehr interessiert sind. Um uns vom Leben und den Verhältnissen unserer Angehörigen in der Heimat ein Bild machen zu können, haben wir alle uns zugesandten Heimatnachrichten, Mitteilungen, sofern sie von allgemeinem Interesse waren, gesammelt und weitergegeben.

Aus unserer Heimat in Rumänien wird berichtet:
"Das kirchliche Leben wird aufrechterhalten und ist im Vergleich zu früheren Zeiten ganz besonders rege. Schwierigkeiten wirtschaftlicher Art bestehen allerdings in sehr hohem Maße. Raummangel infolge Enteignungen, Evakuierungen und Requirierungen von kirchlichen Gebäuden wirken sich ebenfalls hindernd aus. Von einer Behinderung des kirchlichen Lebens durch staatliche Stellen kann nicht gesprochen werden.
Innere Mission, Sozial- und Fürsorgearbeit wurde in unserer Evang. Landeskirche in den Dörfern und in den Städten von der Kirche selbst durch die "Nachbarschaften" (Zusammenfassung der Gläubigen nach Wohnkomplexen) geleistet. Sie funktionieren heute wieder. Ergänzend treten die Evang. Frauenvereine ein. Allerdings erfolgt die Tätigkeit unter großen Schwierigkeiten, da viele greifbaren Einrichtungen der Frauenvereine infolge von Requisitionen zurzeit nicht zur Verfügung stehen. Unser

"Martin-Luther-Krankenhaus" in Hermannstadt ist beschlagnahmt und in ein Krankenhaus für die staatliche Arbeiterversicherungskasse umgewandelt worden. Unser "Christliches Hospiz" ist gleichfalls beschlagnahmt worden und dient der Fürsorgeorganisation der "Casa Patriotica", einer im sozialen Umbruch geschaffenen Organisation. Von den Räumen der evang. Waisenhäuser in Kronstadt und Hermannstadt ist ein Teil beschlagnahmt, so daß wir weniger Waisenkinder darin unterbringen können als früher. Es hat sich infolgedessen das landeskirchliche Waisenhaus in Birthalm zu unserem größten Waisenhaus entwickelt. Auch dafür, wie für das Bezirkswaisenhaus in Wolkendorf sowie für das Waisenhaus in Schäßburg begegnet die Mittelaufbringung infolge der sozialen Nivellierung großen Schwierigkeiten. Ähnlich steht es mit allen unseren Altenheimen in unseren Städten (Bukarest, Kronstadt, Hermannstadt). Die "Kinderschutzvereine" eingetragen als "juridische Person" in Hermannstadt und Kronstadt können ihre Tätigkeit der Fürsorge an Säuglingen und Kleinkindern fortführen, räumlich allerdings auch einigermaßen eingeschränkt.

Von den 264 systemisierten Pfarrstellen sind gegenwärtig 189 definitiv besetzt. Aus den definitiv besetzten Pfarreien befinden sich gegenwärtig noch 20 Pfarrer nicht in der Heimat. Sie sind mit 12 weiteren, die inzwischen heimgekehrt sind, im Januar 1945 zur Arbeit ausgehoben und nach Rußland verbracht worden.

Die evang. Kirchenschulen mit deutscher Unterrichtssprache sind im April 1942 von der deutschen Volksgruppe in Rumänien übernommen worden. Die rumänische Regierung hat im Dezember 1946 der evang. Kirche das Schulrecht wieder zurückgegeben, so daß nun alle Schulen wieder in ihrer Betreuung sind. Ihr Weiterbestand ist jedoch durch den fehlenden Nachwuchs an Lehrkräften und den Mangel an den zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebes erforderlichen finanziellen Mitteln ernstlich bedroht."

Die im Herbst in Rumänien durchgeführte Währungsreform hat nach der Inflation zu einem empfindlichen Geldmangel geführt. Die wirtschaftliche Lage unserer enteigneten Bauern, doch auch diejenige der Gewerbetreibenden, Kaufleute und Intellektuellen ist dadurch noch schwieriger geworden. Im Einzelnen wird uns darüber von einem Volkswirt aus der Heimat folgendes berichtet: "Wir haben die alten Lei abgegeben und für ein gewisses portionenweise fixiertes Quantum an alten Lei im Verhältnis 20.000.- zu einem neue Lei erhalten. Das Betriebskapital der Industrie ist im Ausmaß der Gehaltszahlung für einen Monat umgetauscht worden, das des Handels und der Banken überhaupt nicht. Alles, was nicht umgetauscht worden ist, kommt auf ein Sperrkonto. Was weiter geschehen wird, wissen wir nicht. Die Geldknappheit hat einen Grad erreicht, der geradezu würgend ist. Die Gehälter sind neu geregelt und volkswirtschaftlich gesehen zu hoch, denn sie sind für die Unternehmungen nicht tragbar.
Im Juli erschien ein Gesetz, über die Rationalisierung des Gebrauches der Arbeistkräfte, wo es jedem Unternehmen zur Pflicht gemacht wurde, all jenen Angestellten und Arbeiter zu nennen, die nicht zum unbedingt notwendigen Stand des Personals gehören, damit die Überzähligen abgebaut werden. Diese Maßnahme ist sehr politisch aufgezogen worden. Aus zahlreichen Unternehmungen ist das Personal, das unsere Mundart spricht, fast vollzählig auf die Straße gesetzt worden. Die Heimkehrer aus Rußland finden in ihren alten Betrieben keine Aufnahme. Die Abfertigungen, die an das jetzt abgebaute Personal bezahlt werden, sind sehr gring. Neuanstellungen sind an die Zustimmung gewisser sehr politisch eingestellter "Kollegien" gebunden, daher praktisch sehr schwer geworden.

Unsere Generation hat an Enttäuschungen einiges erlebt. In den letzten Jahren kamen die schwer zu ertragenden Dinge immer stoßweise und meistens so, daß sie in ihrem ganzen tragischen Ausmaß geschluckt werden mußten. Man trägt viele Dinge, die nach normalen Maßstäben als unerträglich angesehen werden, mit einer gewissen inneren Fassung und mit dem Glauben, daß Kurzsichtigkeit und Haß ohne sachliche Gründe nicht auf die Dauer das Feld in demselben Ausmaß behaupten werden wie heute."

Endlich ging uns aus der Heimat ein Schreiben zu, in welchem darauf hingewiesen wurde, daß man allmählich auch in einigen rumänischen Kreisen zur Einsicht kommt, daß die vollständige Enteignung und dauernde Entrechtung des Sachsen und Schwaben dem Staate nur schadet. So wird z.B. berichtet, daß man sich unseren Bauern gegenüber verschiedentlich dahingehend geäußert habe, "die Zeit der Strafe" sei nun für sie vorbei und man wolle sie von nun an wieder als gleichberechtigte Staatsbürger anerkennen. Man hat ihnen mancherorts aus der Staatsreserve etwas Boden zugeteilt, den sie in einer Art kleiner Kolchose (als sogenannte "obste") bearbeiten sollen. Ein Drittel des Reinertrages haben sie dem Staate abzuliefern. An einigen Orten hat man den neuen, in die sächsischen und schwäbischen Höfe eingewiesenen Kolonisten, soweit sie den zugeteilten Boden nicht angebaut haben, diesen sogar weggenommen um ihn der vorhin erwähnten Kolchose (obste) zuzuschlagen. Wir wollen hoffen, daß sich die Lage unserer Bauern in der Heimat dadurch im kommenden Jahre doch etwas bessern wird. Trotz aller Schwierigkeiten halten sie an dem wenigen noch verbliebenen Heimatgut treu fest. Wir fühlen uns mit ihnen in der gemeinsamen Sehnsucht nach baldiger Wiederkehr der alten friedensmäßigen Verhältnisse und nach Vereinigung aller Familienangehörigen, ganz gleich ob sie zur Zeit in Rußland, Deutschland, Österreich oder sonst wo weilen mögen, eng verbunden und hoffen, daß uns das kommende Jahr in dieser Hinsicht an die Verwirklichung dieses Zieles einen Schritt näher heranbringen wird. Dann wird es für uns alle ein wirklich glückliches "Neues Jahr" werden.

S c h l u ß w o r t .

Liebe Landsleute,
unser Weihnachtsgruß soll Euch im Glauben an die Barmherzigkeit des Allmächtigen bestärken und dadurch zur Überwindung Eurer seelischen Not beitragen.
Wir haben Euch eben einen kleinen Einblick in die vielseitige und verantwortungsvolle Arbeit unseres Hilfskomitees gewährt und bitten Euch uns darin durch tätige Mithilfe auch weiterhin zu unterstützen.
Besonderen Dank schulden wir dem Hilfswerk der Evang.Kirchen in Deutschland, welches für unsere derzeitige Not ein tiefes Verständnis hat und unserem Hilfskomitee eine großzügige moralische und materielle Unterstützung zukommen läßt. Möge uns die Erkenntnis, daß die Kirche uns auch bei größter Not niemals im Stich lassen, sondern in christlicher Nächstenliebe stets helfend beistehen wird, gerade zu Weihnachten wieder mit neuer Hoffnung und Zuversicht stärken.
Was uns das nächste Jahr auch bringen mag, wenn auch wir in gleicher christlicher Nächstenliebe untereinander verbunden bleiben und einander beistehen, so werden wir mit ungebrochenem Lebensmut und Gottes Hilfe sicher einer besseren Zukunft entgegen gehen!

München, den 22.Dezember 1947

Geschäftsführer: Vorsitzender:

gez.Dr. Otto A p p e l gez. Pfarrer Hans H e n r i c h

Hilfskomitee d. Siebenbürger Sachsen u. Banater Schwaben im Hilfswerk der Evang. Kirche in Deutschland

ikgs

Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben
im Hilfswerk der Evang. Kirchen in Deutschland
Landesstelle Bayern

München, den 26.10.1948
Wagmüllerstr. 23, Tel.: 2627
Postscheck-K.: München 5729

R u n d s c h r e i b e n N r . 9 / 10

Zum Reformationsfest der Heimatvertriebenen

von Kirchenrat H. Bunzel
Landeskirchlicher Beauftragter für die Vertriebenenhilfe.

Eph. 2, 1922 "So seid ihr nun nicht mehr Gäste und Fremdlinge, sondern Bürger mit den Heiligen und Gottes Hausgenossen, erbaut auf dem Grunde der Apostel und Propheten, da Jesus Christus der Eckstein ist, auf welchem der ganze Bau ineinandergefügt wächst zu einem heiligen Tempel in dem Herrn, auf welchem auch ihr mit erbaut werdet zu einer Behausung Gottes im Geist".

Das Reformationsfest kann in dieser ganz absonderlichen Zeit, darin wir leben, wahrlich nicht nur der Erinnerung an ein Geschehnis der Vergangenheit dienen, so groß und lieb uns das auch sein mag, und so schön wir es ehedem gefeiert haben mögen. Es muß vielmehr uns alle aufrufen zu neuer froher Gegenwartstat. Am Neubau unserer Kirche gilt es mit ganzer Treue mitzutun für jeden Einzelnen unter uns! Ungezählte Kirchengebäude des Landes, darin wir als Heimatvertriebene Aufnahme gefunden haben, liegen in Schutt und Asche. Die Gemeinde der Gläubigen d.h. derer, die "mit Ernst Christ sein" wollen, und damit allerorten die wahre Kirche Jesu Christi darstellen sollen, ist weithin zerstört durch Unglauben, Irreleitung, Schuld und Treulosigkeit vieler ihrer Glieder. Die Not der Zeit hat nur allzuviele, die daheim als treue Kirchenchristen galten, inzwischen gleichgültig gemacht, oder gar in die Schar der Glaubenslosen geführt.

Da will uns dieses Reformationsfest aufrufen an unserem Teil "den heiligen Tempel in dem Herrn" mitzubauen und uns als lebendige Steine darin einzufügen, - will uns aufrufen zum Neubau unserer Kirche.

Der Grundstein ist gelegt und bleibt fest bestehen, ob auch manches was darauf gebaut war, als unzulänglich zusammengesunken ist: Jesus Christus, gestern und heute und derselbe auch in Ewigkeit. Einen anderen Grund kann niemand legen, außer dem, der gelegt ist. Luther hat diesen Grund der Christlichen Kirche mit allem Nachdruck neu aufgewiesen. Nicht Menschenwerk und Heiligenverdienst, sondern Christus allein und sein Gnadenwerk der Erlösung sind der Grund-und Eckstein dieses heiligen Tempelbaues. Auf diesen Christus weist der Reformator seine Gemeinde mit ausgestrecktem Arm und Finger hin, dort auf dem Altarbilde seiner Predigtkirche in Wittenberg, gemalt von seinem Freunde Lukas Cranach. An diesen Christus gilt es sich halten in treuem Gebet.

Sein göttliches Wort, wie es uns die Apostel und Propheten in der Hl. Schrift übermittelt haben, und wie es uns Luther neu in deutscher Sprache schenkte, muß allein Richtschnur unseres Lebens bleiben in Freud und Leid. Unser Tun und Lassen haben wir allein nach Ihm einzurichten, ohne uns von dem beirren zu lassen, was "Herr Omnes" - , das gefürchtete "Alle" - sagen und tun.

In diesem heiligen Bau müssen du und ich sich miteinfügen wie sich ein Stein in der Mauer in den andern fügt, auch wenn wir darüber unsere Eigenwünsche manchmal hintansetzen müssen. Nicht das eigene Ich und seine Bequemlichkeit, sondern das Wohl des Bruders und die Ehre des Herrn entscheiden in der Kirche Jesu Christi.

./.

Sein heiliger Geist muß darin walten, der ein Geist der Liebe ist, bereit zu jedem Dienst und nicht voll Streben nach Geltung und Macht.

Laß dein Herz einen Tempel dieses Jesus sein, ihm allein geweiht, dann gehörst du mit in seine Gemeinde, wo du auch magst hingebracht worden sein, fern der alten, lieben Heimat. Dann bist du auch nicht mehr heimatlos, ein Gast und Fremdling, verlassen, einsam unbekannt, irgendwo im "Elend", d.h. im "Ausland", in der Gottesferne, sondern du findest irdische Heimat in der christlichen Gemeinde überall zu Friede und Freude und wahrer Gemeinschaft. Ja, du findest Heimat bei dem der "unser Friede" ist in dieser Zeit und uns das Vaterhaus erschließt für die Ewigkeit. Möchte doch auch gerade unter uns Heimatvertriebenen, die wir vielfach mehr von der Heiligkeit und dem Erbarmen unseres ewigen Gottes erleben durften, als viele, die diese Erfahrung der Heimatlosigkeit nicht gehabt haben, der Neubau wahrer Kirche Christi mit aller Treue gefördert werden und immer schöner heranwachsen! Dazu ruft uns unser diesjähriges Reformationsfest der Heimatvertriebenen!

"Auf, laßt uns Zion bauen, mit fröhlichem Vertrauen, die heilige Gottesstadt ... Wenn wir ans Werk erst gehen, wird sie bald fertig stehen, wohl dem, der mitgebauet hat!" Amen.

Die Reformation in Siebenbürgen
Ein geschichtlicher Rückblick

Es sind vierhundert Jahre verstrichen, seit die weltliche Universität der Siebenbürger Sachsen, also, wie wir heute sagen würden, ihr Parlament, das vom Kronstädter Stadtpfarrer Johannes Honterus 1542 geschriebene Reformationsbüchlein zur Kirchenordnung aller Deutschen in Siebenbürgen erklärte und damit die Reformation 1547 abschloß.

Mit der Kirchenerneuerung freilich war es auch dort nicht ganz so einfach abgegangen, wie man vielleicht anzunehmen geneigt ist. Die Zeiten ähnelten in manchen den unseren. Ununterbrochen drohten die Türken, ihre östliche Gewaltherrschaft dem Abendland aufzudrücken, dessen Grenze die Karpaten zogen; zwischen dem späteren Deutschen Kaiser Ferdinand und dem vom Sultan unterstützten ungarischen Gegenkönig Zápolya tobte um die Stefanskrone ein langer Bürgerkrieg, in den die Siebenbürger Sachsen Jahrzehnte hindurch blutig verwickelt waren. Mitten in diese äußerste Gefährdung drangen Luthers reformatorische Weckrufe. Und sofort wandten sich ihnen hellhörig die besten Geister zu, während viele andere Kräfte heftig widerstrebten. Bischöfe, Priester, darunter auch sächsische, Fürsten und der Landtag forderten die Vernichtung der Ketzer. Da warf sich der Sachsengraf Markus Pempfflinger, der tapfere Verteidiger des rechtmäßigen Königs Ferdinand, zum Schützer der Glaubensfreiheit auf und bot der geistlichen Bewegung Raum im Bereich seiner Macht. Dadurch ersparte er den Siebenbürgern jene traurigen Gewissensverfolgungen, die auf Erden nie ganz verschwanden und heute wie kaum jemals zuvor Unheil anrichten. Als dann 1533 Johannes Honterus nach rühmlichem Wirken an ausländischen Universitäten heimkehrte, gewann das neue Bekenntnis den begnadeten, von Luther begeistert bejahten Führer, der es in fünfzehn Jahren dauerhaft ins Herz der Heimat pflanzte.

Die außenpolitischen Gefahren mit ihrem Zwang zur Vermeidung innerer Zwiste hatten ihm hierbei geholfen; sie machten bald darauf, indessen Europa andere grauenhafte Straßen einschlug, Siebenbürgen zum klassischen Land der Religionsfreiheit.

Für die Sachsen bedeutete die Reformation eine Wiedergeburt auf allen Gebieten. Sie einte das durch Geschichte, Blut, Sprache und gemeinsame Rechte schon kräftig zusammengehaltene Volk noch inniger und ließ eine Gottes-und Lebensgemeinschaft entstehen, die ihr immer schwerer werdendes Geschick mit gestärkten Seelenkräften ertrug. Sie verhinderte schlechthin den Untergang der Sachsen und verbürgte ihren unabhängigen Fortbestand.

./.

Die erneuerte Kirche durchdrang alle Zweige und Sitten des Volksdaseins befruchtend; sie machte sich anderseits zum Anwalt der Gläubigen und blieb dadurch bewahrt vor Einseitigkeit. Fortan wurde hier Kirche nicht nur verkündet, sondern gelebt. Das Pfarramt gewann an Inhalt durch die Einbettung in die Gemeinschaft und diese wurde selbst kirchlicher, denn die Laien arbeiteten an der geistlichen Ordnung mit, ebenso unmittelbar wie sie sich ihren Berufen widmeten, ja mit noch reinerer Hingabe, denn jedermann erachtete einen solchen Dienst für höher und wichtiger als das Tun des Alltags. Wollen und Sein von Mann, Frau und Kind verknüpfte sich bei Haupt und Gliedern allmählich unlösbar mit dieser einzigartigen Volkskirche.

Nur wer wie wir die echte Fülle einer derartigen Gemeinschaft, bei der sich äußere und innere Bindungen deckten, an sich und seinen Nächsten erfahren hat, begreift das Ausmaß der siebenbürgischen Reformation. Ein unerschütterliches Gottvertrauen, trug seither Geschlecht um Geschlecht durch geschichtliche Prüfungen sondergleichen. Die von Honterus erschlossene Quelle sprudelte in Niedergangs-und Aufstiegszeiten, mitunter wohl getrübt, doch sich selbst bald wieder reinigend, weiter bis in die Gegenwart. Wie viel der Einzelne für sich an Gotteserkenntnis daraus schöpfte, hing von ihm selbst ab und davon, ob die Geistlichen ihrem Amte gewachsen waren, aber die Volksgemeinschaft regte und entfaltete sich jederzeit treu unter dem Dache des in so stürmischen Tagen errichteten Baues.

Nun sind vierhundert Jahre verstrichen seit dem Siege des Honterus. Sein Werk, noch steht es, aber vier Jahre ärgerer Stürme verstümmelten es furchtbar. Nie kam Schlimmeres über diese Kirche und die Heimat. Ob der Kern, auf den es ankommt, dereinst neue Ernten hervorbringt, wir wissen es nicht. Aber wir glauben es! Jeder von uns, der einmal in unseren Kirchen daheim die großen Choräle singen lernte und dort den ersten heiligen Anhauch verspürte, durch den die Barmherzigkeit Gottes dem Menschen gewiß wird, trägt in sich den heiligen Kern, auf den es ankommt.

Unsere Kinder, die mit uns heimatverloren einen unbekannten Weg in den Nebel der Zukunft gehen, wobei wir fast wider die Vernunft hoffen, er werde ein Weg in die Heimat zurück sein, wir können sie nicht besser an die Hand nehmen, als indem wir sie imGeiste erziehen, der uns aus der Quelle der Reformation übertragen worden ist.

Dessen am Reformationsfest zu gedenken, soll uns Mut in die Seele füllen!

Aus unserer Heimat

Die rumänische Schulreform. Das Ende der deutschen Kirchenschulen

Durch eine ministerielle Verordnung, veröffentlicht im Staatsanzeiger vom 2.8.1948 wurden alle fremdsprachigen Schulen der rumänischen Volksrepublik, darunter auch die deutschen Schulen der Evangelischen Landeskirche aufgelöst und verstaatlicht, so wie dies bereits im Regierungsdekret Nr. 159, veröff. im Monitorul Oficial Nr. 167 vom 22.6. 1948, vorgesehen war.

Das neue 40 Artikel umfassende und von Unterrichtsminister Gh. Visilichi unterzeichnete Schulreformgesetz sieht nebst einer Verstaatlichung auch eine wesentliche Umgestaltung des rumänischen Schulwesens nach sowjetischem Muster vor. Wir können an dieser Stelle nur einige Artikel dieses sehr umfangreichen Gesetzes auszugsweise wiedergeben:
Art. 1 des Gesetzes besagt, daß fortan jeder öffentliche Unterricht in der rumänischen Volksrepublik "Staatsunterricht" und als solcher für alle Staatsbürger ohne Unterschied der Nationalität, Rasse und Religion gleichermaßen zugänglich ist.
Art. 2 sieht u.a. eine Erziehung der Jugend im Sinne der neuen "Volksdemokratie" und eine an das soziale Leben der Umwelt und die Familie gebundene Freizeitgestaltung vor.
In Art. 4 ist der Unterricht für die mitbewohnenden Nationalitäten

./.

(d.H. die Minderheiten) in allen Schulen in der Muttersprache vorgesehen; die rumänische Sprache ist allerdings von der ersten Volksschulklasse an Pflichtfach.
Art. 5. Für die 3-7jährigen Kinder sind Kindergärten und Heime vorgesehen, die dem Unterrichtsministerium direkt unterstehen. Ihr Besuch ist nicht verpflichtend.
Art. 6. Der Volksschulunterricht wird auf 7 Jahre ausgedehnt und ist kostenlos. Der Besuch der 4 ersten Volksschulklassen ist verpflichtend. Für alle Volksschulen werden einheitliche Schulbücher herausgegeben, doch soll auf den besonderen Charakter der mitbewohnenden Nationalitäten Rücksicht genommen werden. Die russische Sprache ist von der 4. Volksschulklasse an Pflichtfach.
Art. 7. Für körperbehinderte (krüppelhafte) Kinder sind Spezialschulen vorgesehen.
Art. 8. Der Mittelschulunterricht ist vierjährig und umfaßt 4 Schultypen: a) Lyzeen, b) Pädagogische Schulen, c) technische Schulen, d) Berufsschulen.
Art. 9 sieht für die Mittelschulen eine Zulasungsprüfung (Examenul de admitere) vor.
Art. 10. Die Lyzeen sollen das Grundwissen für ein Hochschulstudium vermitteln und unterstehen dem Unterrichtsministerium.
Art. 12. Die vierjährigen technischen Schulen werden von den verschiedenen zuständigen Ministerien geleitet, finanziert und verwaltet und sind in Industrie-, Landwirtschafts-, Handels-, Sanitäre-. Verwaltungstechnische u.ä. Schulen unterteilt.
Art. 16. Für den Hochschulunterricht sind Universitäten und Technische Hochschulen mit 4-6 jährigem Unterricht und 3-4jährige sonstige Hochschulen vorgesehen.
Art. 17. Über die Zahl der jährlich zuzulassenden Hochschüler, die sich nach Bedarf des Landes richtet, entscheidet jeweils der Ministerrat(!)
Art. 19. Zum Hochschulstädium können neben den Absolventen der Lyzeen und Pädagogischen Schulen auch die der technischen Schulen zugelassen werden(!), soweit sie die Aufnahmeprüfung bestehen.
Art. 23. Jeder Absolvent einer Hochschule kann, soferne er die Abschlußprüfung bestanden hat, die Doktoratslehrgänge besuchen, doch wird die Zahl der Doktoranden nach dem jeweiligen Bedarf vom Ministerrat festgesetzt.
Art. 25. Für die 14-55jährigen Analphabeten werden 1-2jährige Spezialkurse eingerichtet.

Der rumänische Unterrichtsminister Gh. Vasilichi gab anläßlich der Veröffentlichung dieses Gesetzes im Ministerrat folgende Begründung für die neue Schulreform:

"Die vergangenen bürgerlichen, kapitalistischen Regierungen hatten unter einer Monarchie preussischer Herkunft ein abstraktes, übersinnliches und volksfremdes Schulwesen geschaffen. Für die Kinder der Arbeiter waren die Tore der Mittel-und Hochschulen geschlossen. Die vom vergangenen Regime in unseren Schulen verbreiteten Grundideen waren die des Rassenhasses, ferner der Chauvinismus, die Verhetzung zum imperialistischen Krieg und der Haß gegen die Sowjetunion, den kulturell fortschrittlichsten aller Staaten. Statt die Hochschüler im Sinne schöpferischer Arbeit zu erziehen, wurden sie zum Werkzeug der ausbeutenden Klasse gemacht.

Unserem Volke aber - voran die Klasse der Arbeiter unter der Leitung ihrer Avantgarde der P.M.R. - ist es gelungen, dieses reaktionäre Regime zu beseitigen und an dessen Stelle eine sozialistische Volksrepublik zu errichten.

Die von der neuen Regierung auf allen Lebensgebieten geschaffenen neuen Reformen haben selbstverständlich auch eine Umgestaltung unseres Schulwesens erforderlich gemacht".

Das Schicksal der deutschen Kirchenschulen

Am 15. September 1948 wurde in der Temesvarer Zeitung die Liste der neuen Technischen und Mittelschulen Siebenbürgens und des Banats für

das Schuljahr 1948/49 veröffentlicht. Aus dieser geht hervor, daß die meisten deutschen Kirchenschulen in staatliche sog. "Technische Schulen" mit rumänischer Unterrichtssprache umgewandelt wurden. Uns wurden lediglich vier deutsche Staatsschulen belassen, und zwar ein deutsches gemischtes Lyzeum im früheren evangelischen Mädchengymnasium zu Kronstadt und eines im Notre Dame/Josefstadt 13. Dezembergasse in Temeschburg/Banat.

Es gibt ferner eine deutsche Lehrerbildungsanstalt in Schäßburg im Teutsch-Lyzeum und eine Lehrerinnenbildungsanstalt in Temeschburg, Notre Dame IV, Bul. 6 März.

Die übrigen ehemals deutschen Mittelschulen wurden in folgende rumänische Staatsschulen umgewandelt:

1. Hermannstadt: a) Die evang. Lehrerbildungsanstalt in eine Technische Landwirtschaftsschule und eine Technische Schule für landw. Mechanik, b) das evang. Mädchenlyzeum in eine Technische Veterinärschule, c) das evang. Bruckenthal-Lyzeum in eine Technische Schule für Fürsorgeschwestern, d) das Knabenhandelslyzeum in eine Techn. Schule für Wirtschafts-und Finanzwesen.
2. Kronstadt: a) Die evang. Volksschule in eine Technische Schule für Kautschukindustrie, b) das evang. Knabenlyzeum in eine Techn. Eisenbahnerschule, c) die evang. Schule der inneren Stadt in eine Sportschule.
3. Mediasch: a) Das Evang. Stefan-Ludwig-Roth-Lyzeum in eine Techn. Schule für Viehzucht und eine Sportschule, b) das evang. Mädchengymnasium in eine Techn. Schule für Metallurgie.
4. Schäßburg: Die evang. Lehrerinnenbildungsanstalt in eine Techn. Schule für chemische Schlüsselindustrie.
5. Bistritz: Das Knabenlyzeum in eine Techn. Gartenbauschule.
6. Temeschburg: In Temeschburg/Banat wurden folgende neue Schulen eingerichtet:

a) eine techn. Schule f. elektrische Energie im Knabenindustrielyzeum
b) " " " f. Gesundheitswesen im Notre Dame
c) " " " f. Fürsorgeschwestern im " "
d) " " Veterinärschule im Notre Dame
e) " " Eisenbahnerschule f. Nachrichtenübertragung
f) zwei techn. Bauschulen im Notre Dame
g) Eine techn. Schule für Hydraulik im Notre Dame
h) Zwei Schulen für Wirtschafts-und Finanzwesen im Handelslyzeum.

Aus Kronstadt wird uns über die Schulreform folgendes berichtet: "Nach Bekanntgabe des neuen Schulreformgesetzes kündigte die Evang. Landeskirche allen deutschen Lehrkräften mit Wirkung vom 1. Okt. d.J., nachdem sie während der letzten 3 Jahre nur noch die Hälfte und in den letzten Monaten überhaupt keine Gehälter mehr auszahlten konnte. Die über 60 Jahre alten Lehrkräfte dürfen nicht mehr unterrichten und müssen pensioniert werden. Während der letzten Sommerferien wurden unsere Lehrkräfte vom Staate in besonderen Lehrgängen umgeschult und einer Prüfung unterzogen. Bis zur letzten Minute wurden sie über ihre "Einberufung zum Unterricht" in Ungewißheit gehalten. Von 15 deutschen Mittelschulprofessoren wurden in Kronstadt nur 5 vom Staate übernommen (Dr. O. Liebhardt, O. Wittstock, H. Orendi, F.v. Kilyen u. H. Schunn). Der Rektor der dt. Schule ist ein Ungar. Die neue deutsche Schule ist in der Unterstufe drei-, in der Oberstufe vierklassig. Der deutsche Unterricht findet vorläufig nachmittags im Sagunagymnasium statt. Wegen des großen Andrangs werden nur Schüler mit der Durchschnittsnote 8 = sehr gut aufgenommen. Religionsunterricht und französische Sprachlehre sind im neuen Lehrplan nicht enthalten, dafür ist Russisch mit sieben Stunden belegt.

Die deutsche Honterusschule ist in ein Spital umgebaut worden und das ehemals deutsche Mädchengymnasium soll in eine staatl. Forstakademie umgewandelt werden".

./.

Aus Hermannstadt wird uns berichtet: "Auf der Tagesordnung steht die Schulfrage. Für Hermannstadt hat man weder ein deutsches theoretisches Lyzeum (neue Bezeichnung für ein Volksgymnasium im alten Sinn) noch eine höhere deutsche Fachschule vorgesehen. Unsere Delegierten, die noch etwas verlangten, sind nicht gut aufgenommen worden. Vertreter unserer Kirche wollte man überhaupt nicht empfangen. Noch wissen wir nicht, was mit unseren Kindern werden wird. Die alten Lehrer werden auf jeden Fall nach Hause geschickt als Pensionisten der Kirche, bei der die Kasse hoffnungslos steht.

Michael Pfaff, ein Sachse aus der Hermannstädter Gegend, ist jetzt Regionalinspektor für Minderheitenschulwesen. Er hat Referentenaufgaben, trifft aber keine Entscheidungen; dafür gibt es besondere Ausschüsse. Der Generalsekretär im Unterrichtsministerium ist seiner Abkunft nach Szekler, ebenso der Minderheitenminister. Sie sind uns nicht gut gesinnt".

Die wirtschaftliche Lage in der Heimat.

Aus Hermannstadt erhielten wir zwei ausführliche Berichte über die derzeitige Notlage unserer in der Heimat verbliebenen Angehörigen, die wir auszugsweise wiedergeben: "Unsere Bauern, die ja alles verloren haben, schlagen sich als Tagelöhner, Helfter und Händler auf dem Lande durch oder gehen als Arbeiter in die Stadt. Sie stehen trotz allem doch noch um einen Grad besser da als die Städter, da sie wenigstens zu essen haben. Amtlich wird dauernd von der Rückständigkeit des landwirtschaftlichen Sektors gesprochen und von der Notwendigkeit der Kollektivierung. Man wartet auf diese Maßnahme, auf die Vermögenskontrolle und die Enteignung größerer Häuser. Unser städtischer Besitz ist noch unangetastet geblieben, bis auf den Häuserbesitz der Kirche, der mit Ausnahme der Gotteshäuser auch enteignet wurde, so daß damit unserer Kulturrüstung auch diese Grundlagen entzogen wurden. Eigene Krankenhäuser haben wir nicht mehr, nachdem uns das Martin-Luther-Krankenhaus und die Krankenpflegeanstalten genommen wurden. Die alten kranken Schwestern, die im Christlichen Hospiz eine Bleibe gefunden hatten, mußten von dort weichen, da uns auch dieses weggenommen wurde, und haben nun im Ursulinenkloster Unterschlupf gefunden.

Unsere Industrien und der Handel kämpfen schwer um ihre Existenz. Alle nennenswerten Industrien sind mit überwiegender Entlassung der alten Eigentümer und Leiter verstaatlicht und "nationalisiert" worden. Die privaten Banken sind durch ein Gesetz zur Liquidierung gezwungen, das Personal ist entlassen worden. Die Hermannstädter Allgemeine Sparkasse mit allen ihren Filialen, unser stärkstes wirtschaftliches Bollwerk, wurde uns 1947 weggenommen, indem Direktions- und Verwaltungsrat entfernt und ein Fremder zum Generaldirektor ernannt wurde. Das gleiche Schicksal erlitt unsere Versicherungsbank "Transylvania". Nach Enteignung der Bodenkreditanstalt ist uns keine eigene Bank mehr verblieben.

Unsere großen Handelsunternehmungen mit gutem Standort sind durch Staatsgeschäfte verdrängt und dadurch indirekt gleichfalls zur Liquidierung gezwungen. Der private Handel klagt über Warenmangel. Der Großhandel ist schon seit einiger Zeit ausgeschaltet und durch eine staatliche Unternehmung mit dem Namen "Centrocom" ersetzt. In die neuen staatlichen Unternehmungen werden unsere Leute nur in sehr geringem Maß aufgenommen. Die Not ist auch sonst bei uns steigend, da für unsere Leute kaum eine Anstellungsmöglichkeit besteht. Unsere Rechtsanwälte wurden bis auf zwei, drei in jeder Stadt, aus der Advokatenkammer gestrichen, so daß wir nun fast ohne deutsche Rechtsanwälte dastehen. Die Staatspensionisten werden einer Revision unterzogen, wobei die politische Vergangenheit eine große Rolle spielt. Schon die Zugehörigkeit zur ehemaligen Volksorganisation dient als Belastung. Gar mancher alte Mensch hat Aussicht, die Pension zu verlieren.

./.

Die Not der Lehrer, Pfarrer und aller Kirchenangestellten ist gleichfalls sehr groß, da das verarmte und verelendete Volk nicht mehr in der Lage ist, die Kirchentaxen aufzubringen. Jeder versucht, durch Verkauf seiner Habe und allerlei Nebenverdienst sich und seine Familie über Wasser zu halten. Deutsche Zeitungen gibt es in Siebenbürgen nicht mehr. Unsere "Kirchlichen Blätter", die bis zum Januar als Wochenblatt erscheinen durften, wurden eingestellt. Alle Bemühungen, ein anderes Mitteilungsblatt zu schaffen, sind bisher vergeblich gewesen. Schwer fällt die vollkommene Abschnürung vom geistigen Leben draußen. Kein Buch, keine Zeitschrift dringt zu uns.

Wirtschaftlich leidet noch alles unter der Geldknappheit, so daß das Wirtschaftsleben stagniert. Lebensmittel und viele Waren sind zwar ausreichend vorhanden, doch fehlen die Geldmittel, um sie zu kaufen. Das wenig verfügbare Geld muß für den Fiskus bereitgehalten werden, da die Steuern rücksichtslos eingetrieben werden. Wer sie nicht bezahlt, macht sich der Sabotage schuldig und kann recht empfindlich bestraft werden. Eine zeitlang schien die Frage der politischen Eingliederung unseres Volkes in das politische Leben des Landes - auf marxistischer Grundlage- sehr aktuell zu sein. Jetzt wird gesagt, daß erst gewisse Reformen kommen müßten.

In diesem Sommer hat es außerkirchlich nur noch etwas Musik gegeben. Wir sind bald nur noch in der Kirche selber die Hausherren und dort gibt es Beschränkungen. Das äußere Stadtbild hat sich bei uns grundlegend verändert, nicht nur dadurch, daß deutsche Firmen kaum mehr vorhanden sind, sondern auch dadurch, daß alle Straßennamen geändert wurden. Der Große Ring in Hermannstadt heißt jetzt "Piata Republicii", die Friedenfelsstraße "Strada Moskowa". Die Nepomukstatue, das alte Wahrzeichen von Hermannstadt wurde mitsamt dem alten Brunnen entfernt. So ändert sich allmählich auch das äußere Gesicht unserer sächsischen Städte, nicht nur das ihrer Bewohner.

Vor einiger Zeit sind die Daten der Volkszählung vom 25. Januar 1948 veröffentlicht worden. Danach beträgt die gesamte Bevölkerung Rumäniens 15 872 624 Seelen. Diese gliedern sich nach der Muttersprache wie folgt: rumänisch: 13 597 715, madjarisch: 1 499 851, deutsch: 343 913, jüdisch: 138 795, und andere: 292 459.

Besonders katastrophal ist das Bild unseres hiesigen Deutschtums, wenn man bedenkt, daß es sich durchwegs aus alten Leuten und Kindern zusammensetzt, denn die besten Jahrgänge blieben als Kriegsgefangene draußen oder wurden deportiert".

Das neue rumänische Staatsbürgergesetz vom 6. Juli 1948.

Im Monitorul Oficial vom 7.7.48 erschien das neue Gesetz über die Erlangung und den Verlust des rumänischen Staatsbürgerrechtes. Diesem zufolge kann das rumänische Staatsbürgerrecht strafweise jenen entzogen werden:

1.) die ohne Bewilligung des rumänischen Staates in den Dienst eines anderen Staates getreten sind,
2.) die im Ausland wohnen und - falls sie zur Rückkehr ins Land aufgefordert wurden - innerhalb von 2 Monaten nicht zurückkehren,
3.) die im Ausland leben und sich gegen die Interessen des Landes vergehen, gegen Rumänien intrigieren, den guten Ruf und das Ansehen Rumäniens untergraben,
4.) die das Land auf Schleichwegen verlassen oder nach dem Ablauf ihrer von rumänischen Behörden ausgestellten Reisedokumente nicht nach Rumänien zurückkehren,
5.) die auf betrügerische Weise die rumänische Staatsbürgerschaft erlangt haben und schließlich
6.) diejenigen, die die Staatsbürgerschaft eines anderen Staates angenommen haben.

./.

Noch immer hohe Gefängnisstrafen für unerlaubten Grenzübertritt.

Im Monitorul Oficial wurde am 17.9.1948 ein von der großen Nationalversammlung gebilligtes Dekret über die Auslandsreisen veröffentlicht. Dieses Dekret sieht für unerlaubten Grenzübertritt Zuchthausstrafen von 3-10 Jahren und Geldstrafen von 4 - 40 000 Lei, für die schuldigen Grenzwachen sogar 5-12 jährige Zuchthausstrafen vor.

Wir raten daher allen Landsleuten von einer Schwarzfahrt in die Heimat entschieden ab.

Zur Zeit keine legale Heimkehrmöglichkeit.

Zur Zeit gibt es für Einzelreisende, die nach Rumänien zurückkehren wollen, keine Ausreiseerlaubnis aus Deutschland oder Österreich. Ein rumänisches Konsulat bzw. einen Repatriierungs-oder Verbindungsoffizier gibt es gleichfalls nicht. Mit Repatriierungstransporten nach Rumänien ist bei der gegenwärtigen gespannten Weltlage in nächster Zeit wohl kaum zu rechnen. Auf unsere Anfrage im Münchner Hauptquartier der IRO (Area 7, A.P.O. 407 Cordt Moller, Area Repatriation Oficer) in München, Ingolstädter Straße 193, erhielten wir zur Antwort, daß dort gleichfalls nicht bekannt ist, ob und wann Repatriierungstransporte nach Rumänien abgehen. Interessenten können sich jedoch dort für alle Fälle schriftlich anmelden und vormerken lassen.

Ein nordsiebenbürgischer Landsmann, der von hier aus ein Gesuch um Anerkennung seiner rumänischen Staatsbürgerschaft und um die Einreiseerlaubnis beim zuständigen Bukarester Ministerium angesucht hatte, erhielt von dort zur Antwort, daß er als Abwesender von der rumän. Staatsbürgerliste gestrichen und die Einziehung seines gesamten Vermögens zugunsten des Staates verfügt wurde. Unseren Landsleuten wird daher von derartigen Gesuchen abgeraten. Demgegenüber ist es jedoch möglich, seine Familienangehörigen auf legalem Wege aus Rumänien heraufkommen zu lassen.

Zusammenführung von Familienangehörigen, die sich Deutschland und Rumänien befinden.

Rumäniendeutsche, die ihre Familienangehörige (z.B. Ehefrau, Kinder oder Eltern) nach Deutschland bringen wollen, haben dabei folgende Formalitäten zu erledigen:

I. Formalitäten in Deutschland: Zunächst wird beim zuständigen Kreisflüchtlingsbeauftragten ein Antragsformular zur Erteilung einer "Unbedenklichkeitsbescheinigung" des Staatssekretariats für das Flüchtlingswesen angefordert, ausgefüllt und eingereicht. Das Bayr. Staatsministerium des Innern, Staatssekretariat f.d. Flüchtlingswesen in München, Holbeinstraße 11, erteilt einem daraufhin eine Bescheinigung folgenden Inhalts: "Es wird bestätigt, daß Herr ... in ... Kreis ... Reg. Bez ... wohnhaft und ordnungsgemäß gemeldet ist. Gegen die Einreise der Familienangehörigen (z.B. Mutter) des Obengenannten (Frau) ... geb. am ... (... Personen), derzeit wohnhaft in .../Rumänien nach Bayern, bestehen seitens der hiesigen Dienststelle keine Bedenken, soweit diese mit Genehmigung der Besatzungsbehörden erfolgt".

Diese Genehmigung ist der amerikanischen Militärregierung (OMGB, Public Safety Oficer) des aufnehmenden Landkreises zur Gegenzeichnung und Abstempelung vorzulegen. Von dieser Genehmigung läßt man zweckmäßigerweise 4 Fotokopien anfertigen, und schickt drei davon an die Angehörigen in Rumänien.

II. Formalitäten in Rumänien: Die in Rumänien zum Zwecke der Ausreise nach Deutschland zu erledigenden Formalitäten sind so schwierig, daß es sich empfiehlt, die Angelegenheit in jedem Falle einem tüchtigen Rechtsanwalt zu übergeben. (Der sächs. Rechtsanwalt Dr. Harald Keintzel in Bukarest, Str. Biserica Ene 16/VIII, soll die Ausreisegenehmigung schon für viele Landsleute besorgt haben, ebenso die Rechtsanwältin Dr. Hermine Pilder, Bukarest IV, Str. Aviator Trjan Vasile 4). Man reicht bei

./.

der zuständigen Ortspolizei (Siguranța, Secțiunea Pașapoarte) das Gesuch um ein "Certificat de Voyage", auch "Certificat de călătorie" genannt, ein. Dieses muß entsprechend begründet werden, z.B. durch Hinweis auf die Unterstützungsbedürftigkeit von Seiten des in Deutschland lebenden Angehörigen. Als Beweis ist eine Fotokopie der eingangs genannten Unbedenklichkeitsbescheinigung und ev. die Bestätigung des hiesigen Arbeitsamtes oder Arbeitgebers vorzulegen. Dem Gesuch sind ferner folgende Dokumente beizulegen: 1. Geburtsschein (certificat de nastere); 2. Staatsbürgerschaftszeugnis (certificat de nationalitate) 3. Trauschein (certificat de casatorie); 4. Sittenzeugnis (certificat de moralitate); des zuständigen Tribunals, aus dem hervorgeht, daß man nicht vorbestraft ist; 5. Zwei Bescheinigungen über gezahlte Steuern (certificat de finanțe) vom Gemeinde-und Finanzamt; 6. Politisches Führungszeugnis (Fișa model Nr. 1) von der Polizei/Siguranța, 7. Fotokopie des Buletin de Populației und schließlich 8. Vier Fotografien (Paßbildformat).

Die zuständige Siguranța leitet dann das Gesuch samt beigelegten Dokumenten an die "Direcțiunea Generală a Poliției" nach Bukarest weiter. Von dort erhält man nach frühestens 6 Wochen den Genehmigungsbescheid mit der Nr. des Certificats de călătorie. Damit fährt man nach Bukarest und holt sich das Certificat dortselbst ab bzw. erteilt einem dortigen Rechtsanwalt eine diesbezügliche Vollmacht. Das Certificat de călătorie ist für eine einmalige Ausreise aus Rumänien in der Frist von 40-46 Tagen gültig. Bei der gleichen Bukarester Polizeidirektion, die das Certificat de călătorie ausstellte, muß man nun ein Gesuch um Erteilung der Ausreisegenehmigung einreichen.

Sobald man das Cert. de călătorie und das rumänische Ausreisevisum erhalten hat, beantragt man bei der Amerikanischen Militärmission in Bukarest (USMR A.C.C. Rumania, București, Str. Obetari) die Einreisebewilligung in die amerikanische Zone Deutschlands, wobei man die von der hiesigen amerikanischen Militärbehörde gegengezeichnete Unbedenklichkeitsbescheinigung des hiesigen Arbeitsamtes vorlegt. Über das österreichische Konsulat in Bukarest muß nun das österreich. Durchreisevisum aus Wien angefordert werden. Die Wiener Behörden bereiten einem diesbezüglich gewöhnlich große Schwierigkeiten. Schließlich braucht man noch das ungarische Durchreisevisum, das man vom Ungarischen Konsulat in Bukarest schnell und leicht erhält, wenn man die übrigen Visen, vor allem das österreichische besitzt.

III. Reise, Gepäck, Devisen

Zur Bezahlung der Eisenbahnfahrt von Rumänien nach Salzburg benötigt man eine von der rumänischen Nationalbank ausgestellte Devisenbescheinigung, andernfalls kann die Fahrt nur bis zur rumänischen Grenze in Lei bezahlt werden. Wenn man Glück hat, kann man mit dem Orientexpreß Bukarest-Paris direkt bis München durchfahren. Dieser fährt von Bukarest um 15.55 Uhr ab und trifft zwei Tage später gegen Abend in München ein. Um das notwendige Gepäck mitnehmen zu können, muß man eine in 4 Exemplaren ausgefertigte Liste beim Ministerul Industriei și de Comerț, Direcțiunea Generală a Controlului Economic, București, mit den genauen Angaben der Dinge, die man mitzunehmen wünscht, einreichen. Dabei muß das Gewicht des Mitgepäcks in kg genau angegeben werden. Es empfiehlt sich, auch ein Gesuch um Mitnahme von 1000 Zigaretten einzureichen, welches meist anstandslos bewilligt wird. Die Kontrolle des Mitgepäcks kann im Hause oder an der Grenze vorgenommen werden. In Ungarn, Österreich und Deutschland wird es für gewöhnlich nicht mehr kontrolliert.

Zum Schlusse sei bemerkt, daß das ganze Unterfangen hohe Geldopfer (mindestens 20-30 000 Lei) erfordert und meist mehrere Monate dauert. Es ist ferner unerläßlich, hierfür einen gewandten Rechtsanwalt, der in Bukarest über die nötigen Verbindungen verfügt, einzusetzen.

s/.

Stand der Siedlungsaktion in Bayern

Bisher nur 345 Bauernstellen für Flüchtlinge. Der Großgrundbesitz beharrt auf seinem Einspruchsrecht.

Die unter großem propagandistischem Aufwand verkündete und gesetzlich verankerte bayerische Siedlungsaktion und Bodenreform ist auf dem toten Punkte angelangt. Geldknappheit, Materialmangel und Rechtseinsprüche der Abgabepflichtigen haben sie praktisch zum Stillstand gebracht. Man kann sich dabei des Eindrucks nicht erwehren, daß gewisse Stellen unter dauerndem Hinweis auf die bestehenden Schwierigkeiten gegen die gesamte Siedlungsaktion absichtlich eine Barriere des Widerstandes errichten.

So haben beispielsweise die privaten Großgrundbesitzer, die inzwischen Landabgabebescheide auf 37 980 ha erhielten, ihre Einsprüche bis auf den heutigen Tag noch nicht zurückgezogen. Bei dem von einigen Großgrundbesitzern freiwillig zur Verfügung gestellten Land, handelt es sich meist um dauernd verpachtete Grundflächen, die den bisherigen langjährigen Pächtern als Anliegerland zugewiesen wurden; daher die verhältnismässig hohe Zahl der bisher zum Zuge gekommenen einheimischen Bodenbewerber. Der landwirtschaftliche Grundbesitz des Staates, der Kirchen und der sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechtes kann zwar nach Art. IV, Abs. 8, des Bodenreformgesetzes in gleichem Umfange wie der private Grundbesitz zu Siedlungszwecken herangezogen werden, doch sind hierfür noch keinerlei Vorschreibungen erfolgt. Es handelt sich dabei um 76 156 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche.

Ähnlich verhält es sich mit den Wehrmachtsländereien. Infolge der gespannten Ost-Westlage hat die Militärregierung bisher nur einzelne Grundflächen am Rande von Exerzier-und Flugplätzen, die für militärische Zwecke nicht in Betracht kommen, zur Verfügung gestellt, doch auch diese nur pachtweise, so daß auf diesen keine Siedlungsbauten errichtet werden konnten, es sei denn, daß noch alte, verfallene Wirtschaftsgebäude zur Verfügung standen. Eine Unterbringung von Flüchtlingen war daher auf diesen Wehrmachtländereien größtenteils nicht möglich, weshalb sie zumeist an Anlieger (einheimische Landwirte der Nachbargemeinden) und als Schafweiden verpachtet wurden. Das Wehrmachtsgelände beträgt in Bayern 64 573 ha, wovon 31 265 ha auf landw. Nutzfläche entfallen. Zweidrittel der Wehrmachtländereien entfällt auf die 5 großen Truppenübungsplätze Grafenwöhr, Hohenfels, Wildflecken, Hammelburg und Lechfeld.

Bei den Parteigrundstücken muß zunächst die Wiedergutmachung abgewartet werden, während die Ödländereien (z.B. Moore) große Kultivierungsarbeiten erfordern. Herr Zentraldirektor Hilmer sagt in einem Artikel der "Wirtschaftshilfe" vom 15.10.1948 ganz richtig, daß die Siedlung in derster Linie eine Frage des guten Willens ist. Freiwillige Landübereignungen durch Gemeinden und Kirchen sowiePachtungen vermöchten viele Tausend Flüchtlingsbauern wieder auf fester Scholle zu verwurzeln. In diesem und im nächsten Herbst laufen in Bayern 30-35000 Pachtverträge ab. In Hinkunft sollen von Einheimischen nur diejenigen Pachtland erhalten, die das Land zur Erhaltung ihrer Familienexistenz benötigen. Beachtenswert zur allgemeinen Nachahmung ist der Beschluß der in der Kreistagssitzung am 12.3.48 in Pfaffenhofen gefaßt wurde: "Jede Landgemeinde des Kreises ist verpflichtet, einen Fluchtlingsbauern unterzubringen. Durch freiwillige Landabgabe der Bauern soll auch das nötige Siedlungsland zur Verfügung gestellt werden und durch Bereitstellung von Gespannen, Kies, Sand und Holz die Errichtung einer Siedlerstelle ermöglicht werden". Auf diese Weise könnten in Bayern bei einigem guten Willen mehr als 10 000 Flüchtlinge angesiedelt werden!

Nach einer Statistik vom 1.10.48 wurden bis Ende März 1948 auf Wehrmachtländereien und Großgrundbesitzerland errichtet:
514 Bauernstellen mit 8056 ha, davon Flüchtlinge 345, Einheimische 169,
157 Erwerbsgärtner mit 345 ha, davon Flüchtlinge 105, Einheimische 52

98 Landarbeiter mit 141 ha, davon Flüchtlinge 55, Einheimische 43, 201 Nebenerwerbssiedlungen mit 243 ha, davon Flüchtlinge 135, Einheimische 66.

Außerdem wurden 4656 Anlieger (!) mit 8500 ha Siedlungsland beteiligt. Ferner wurden 7 133 Kleingartenstellen (Pachtland) geschaffen. Von insgesamt 31 892 Landwirten und Gärtnern, die in Bayern um Siedlungsland nachgesucht haben, kamen bis zum April d.J. erst 345 Flüchtlingsbauern, also 1/100 zum Zuge.

Nachdem die Siedlungsvorschläge unserer Südostdeutschen von der Flüchtlingsabt. des Bayer. Bauernverandes immer wieder mit dem Bemerken, unser Kontingent sei längst überschritten, zurückgewiesen wurden, verlangten wir Einsicht in die Kartei der eingesetzten Siedler und kamen bei deren Durchsicht kürzlich zu folgendem Ergebnis:

Von 1055 bisher eingesetzten Siedlern waren 527, also rund 50% Flüchtlinge und 436 = 41,3% Einheimische; 92 Karten waren nicht vollständig ausgefüllt. Von den 527 eingesetzten Flüchtlingen waren 249 = 47,2% Sudetendeutsche, 110 = 20,8% Südostdeutsche, 103 = 19,5% Ostdeutsche, 4 Ausländer und 61 noch unbestimmt.

Eine genauere Überprüfung unserseits ergab, daß es sich bei den als "südostdeutsch" vermerkten Siedlern größtenteils um 1940 reichseingebürgerte in Schlesien oder im Warthegau bzw. im ehemaligen Protektorat angesiedelte Ostumsiedler aus dem russischen Raum handelt, die der Quote der Ost-Flüchtlinge anzurechnen sind. Weiterhin stellten wir fest, daß selbst diese als "südostdeutsch" bezeichneten Siedler größtenteils auf unsicherem Wehrmachtsgelände mit z.T. schlechtesten Bodenverhältnissen angesiedelt wurden. Von den 110 Siedlern wurden allein 71 auf ehemaligen Wehrmachtsländereien eingesetzt, davon 52 auf dem Truppenübungsplatz Hohenfels im Kreis Parsberg. Die als "südostdeutsch" bezeichneten Siedler erhielten zusammen 806 ha Siedlungsland. Bisher konnten wir jedoch unter ihnen erst 21 richtige Südostdeutsche feststellen, davon 12 Siebenbürger und 9 Donauschwaben aus Jugoslawien und Ungarn, das sind nur 3,8% der eingesetzten Flüchtlingssiedler!

Infolge dieser zweifellosen Benachteiligung sahen sich die Leiter aller südostdeutschen Hilfsstellen zu einer gemeinsamen Eingabe an die Oberste Siedlungsbehörde und die Bayer. Landessiedlung veranlaßt, worin sie auf diesen Mißstand hinwiesen und um den hauptamtlichen Einbau eines eigenen Fachreferenten in die Bayer. Landessiedlung GmbH baten.

Unsere Auswandererberatung

Den Ausführungen namhafter Politiker und Staatsmänner der westlichen Besatzungsmächte ist zu entnehmen, daß man auch dort die Notwendigkeit einer großzügigen Unterstützung der Heimatvertriebenen deutscher Herkunft bei einer Auswanderung und Wiederansiedlung allmählich einzusehen beginnt. So hat z.B. der amerikan. Staatspräsident H. Truman eine Betreuung der Volksdeutschen durch die IRO vorgeschlagen, und die USA haben ihre Grenzen für volks-und reichsdeutsche Einwanderer vor einigen Wochen wieder geöffnet.

In England haben angesehene Persönlichkeiten wie Lord Halifax, Norman Angel, Harold Nicolson, Prof. Gilbert Murray und andere in einem Brief an die "Times" der in London tagenden Commonwealth-Konferenz nahegelegt, sich mit dem deutschen Flüchtlingsproblem zu befassen. Die untervölkerten Dominien sollten die Gelegenheit benützen, die Zahl ihrer Einwohner durch eine großzügige Einwanderungspolitik zu erhöhen. Es wird vorgeschlagen, die Flüchtlingsfrage und deren Lösung als einen Teil des europ. Wiederaufbauplanes zu betrachten und die Kosten aus Mitteln der Marshall-Hilfe zu decken.

Vorläufig erhalten nur diejenigen Volksdeutschen eine Auswanderungserlaubnis, die einen Bürgen (Verwandten, Arbeitgeber oder kirchl. Organisation) nachweisen können, der für die Überfahrtskosten aufkommt und für die Unterbringung des Einwanderers sorgt. Eine Auswanderung größeren Stils kann für uns jedoch erst dann in Frage kommen, wenn die IRO oder die aufnahmebereiten Staaten die Geldmittel für die Bezahlung der Überfahrtskosten und die Wiederansiedlung bereitstellen bzw. vorstrek-

./.

ken. Die erste Versammlung des Ökumen. Rates der Kirchen vom 22. August bis 4. September 1948 in Amsterdam, an der auch der Leiter des Evang. Hilfswerks, Herr Oberkonsistorialrat Dr. E. Gerstenmaier teilgenommen hatte, faßte bezüglich der Einbeziehung aller Flüchtlinge in die Obhut der Internationalen Organisationen u.a. folgende wichtige Entschließung: "Der Ökumen. Rat ermächtigt seine Flüchtlingskommissionen, alle diejenigen Schritte zu unternehmen, die angemessen erscheinen, um Flüchtlinge deutscher Abstammung unter den Schutz der IRO der Vereinten Nationen zu bringen. Ebenso weist die Vollversammlung die Flüchtlingskommission des Ökumen. Rates an, für den Einschluß aller Flüchtlinge und Vertriebenen in das Mandat der IRO zu wirken. Der Ökumenische Rat wird ferner seine Mitgliedskirchen in solchen Ländern, die Neusiedler aufnehmen können, auffordern, sowohl die öffentl. Meinung in diesen Ländern in der Richtung auf eine weitherzige Einwanderungspolitik zu beeinflussen, als auch für den Empfang und für die Betreuung der Neuankömmlinge in ihren Ländern Sorge zu tragen". - Wir wollen Hoffen, daß diese grundlegenden Fragen nun bald einer Lösung entgegengeführt werden.

14 000 Volksdeutsche dürfen nach USA auswandern.

Das amerikan. Generalkonsulat in München, Ludwigsstrasse 28, gab am 18.9.48 bekannt, daß Deutsche und Österreicher bei den amerikan. Generalkonsulaten in Deutschland und Österreich ab sofort Anträge auf Auswanderung nach USA stellen könnten. Die Auswanderungsquote wurde für Deutsche bis zum 30.6.1950 zunächst auf 28 000 pro Jahr festgesetzt. Diese Zahl verteilt sich zur Hälfte auf deutsche und österreichische Staatsangehörige und für die restlichen 14 000 auf "Volksdeutsche" aus Rumänien, Ungarn, Jugoslawien, Polen und der Tschechoslowakei. Interessenten haben folgende Formalitäten zu erfüllen:

Zunächst wird beim amerikan. Generalkonsulat in München ein Antragsformular auf Vormerkung auf der Warteliste zur Auswanderung nach USA schriftlich angefordert und für dessen Rücksendung ein adressierter und frankierter Briefumschlag beigefügt. Dieser Antrag muß mit der Schreibmaschine oder deutlich mit Tinte in großen Druckbuchstaben ausgefüllt werden; es sind alle Fragen zu beantworten und alle Spalten auszufüllen, mit Ausnahme der umrandeten Felder. Der Antrag darf nur durch die Post eingesandt werden und es müssen ihm drei frankierte und an den Antragsteller adressierte Briefumschläge beigefügt werden. Nur Ehefrauen und unverheiratete Kinder bis zu 21 Jahren dürfen darauf mit aufgeführt werden, für alle übrigen muß man ein gesondertes Formular anfordern. Einige Wochen nach Einsendung des Antragformulars erhält man eine Quotennummer und wird vom Konsulat über alle weiter zu unternehmenden Schritte unterrichtet. Im Antragsformular wird unter Nr. 3 (Staatsangehörigkeit): ungeklärt, früher Rumänien, eingetragen. Wer in USA keine Verwandten hat, trägt bei Punkt 9 ein: keine, Hilfsverein der Siebenbürger Sachsen in USA, 761 Eddy Road, Cleveland 8/ Ohio, USA. Unter Punkt 10 kann vermerkt werden: Durch Facharbeit im eigenen Beruf und bei Punkt 13: deutsche Abstammung, Muttersprache und Erziehung. Bei Punkt 15 tragen unsere ehemaligen Soldaten am besten ein: Auf Grund zwischenstaatl. deutsch-rumän. (bzw. deutsch-ungar.) Abmachung von 1942/1943 als Volksdeutscher zwangsweise zum deutschen Wehrdienst eingezogen.

Zur Eintragung auf die Warteliste benötigt man keine Bürgschaftserklärung (Affidavit) eines in USA lebenden Verwandten oder Arbeitgebers bzw. einer dortigen Organisation, die die Überfahrtskosten (etwa 220 Dollar pro Person) vorstreckt, wohl aber für die spätere Ausreisegenehmigung. Wir wollen jedoch hoffen, daß diese Einschränkung eines Tages wegfällt, bzw. eine neue Regelung bezüglich der späteren Rückzahlung der Überfahrtskosten getroffen wird. Wir haben unsere Landsleute in USA gebeten, sich dafür einzusetzen, bei den dortigen zuständigen Stellen. Auch zahlreiche andere Fragen sind noch ungeklärt wie z.B.: Hat man Aussicht in USA Siedlungsland zu erhalten und falls ja, wo? Besteht die Gefahr einer völligen Zerstreuung oder hat man Hoffnung, sippschafts-oder gar gemeindeweise beisammenzubleiben? Dürfen ältere arbeitsunfähige Familienangehörige gleich mitwandern? Werden unseren ehemaligen Waffenträgern bei der Auswanderung Schwierigkeiten bereitet? Werden uns nicht bald günsti-

./.

gere Auswanderungsmöglichkeiten, etwa nach den britischen Dominien (Südafrikan. Union, Kanada) oder nach Südamerika (Argentinien, Chile, Brasilien) geboten werden? Diese und viele ähnliche wichtige und ernste Fragen beschäftigen unsere Auswanderungswilligen heute und müßten durch Verhandlung mit den aufnahmebereiten Staaten noch einer Klärung entgegengeführt werden. Es ist natürlich nicht gesagt, daß die erste uns gebotene Auswanderungsmöglichkeit (nach USA) gleich die beste ist, weshalb viele Landsleute zunächst die angekündigten Einwanderungsbestimmungen-und pläne anderer Überseestaaten in Ruhe abwarten wollen. Es hat jedoch bei den Konsulaten in München und Salzburg ein Großteil unserer Landsleute um die Auswanderungserlaubnis nach USA angesucht. Der sehnlichste Wunsch aller ist und bleibt es doch, möglichst in einem einzigen Land mit günstigen Existenz-und Siedlungsmöglichkeiten wieder zusammenzufinden und nicht in alle Welt einzeln zerstreut zu werden.

100 evangelische Familien für Argentinien vorgeschlagen.

Der Lutherische Weltbund hat das Evang. Hilfswerk um Namhaftmachung von 1000 volksdeutschen evang. Familien gebeten, die bereit sind, nach Argentinien auszuwandern. In Frage kommen vor allem Landwirte und Angehörige praktisch-technischer Berufe (Handwerker und Techniker). Es sollen sich nur gesunden Familien bewerben. Ältere Familienangehörige dürfen auf dem Antrag mitangeführt werden. Die einzelnen Hauptstellen der Hilfskomitees können aus ihren Landsmannschaften je 100 sich bewerbende Familien namhaft machen und haben hierfür besondere Antragsformulare erhalten. Noch ist nicht bekannt, bis zu welchem Zeitpunkt diese Aktion ihr Ziel erreicht.

Über weitere Auswanderungsmöglichkeiten und Formalitäten halten wir unsere Landsleute auf dem laufenden.

Probleme des Lastenausgleichs.

Seitdem die öffentliche Debatte über den geplanten Lastenausgleich in Gang gekommen ist, treffen von Seiten unserer Landsleute laufend diesbezügliche Anfragen bei uns ein. Sie wollen vor allem wissen, ob auch wir dabei berücksichtigt werden und was wir vom Lastenausgleich erhoffen. Die erste Frage können wir beantworten: Selbstverständlich werden auch wir Rumäniendeutsche ebenso wie die übrigen deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge beim Lastenausgleich berücksichtigt. Es ist anzunehmen, daß wir hierbei den Flüchtlingsausweis vorlegen müssen, so daß wir jedem, der ihn noch nicht angefordert hat, raten, dies schnellstens nachzuholen. Wenn dieserhalb Schwierigkeiten bereitet werden, wende man sich an unser Hilfskomitee .

Die Beantwortung der zweiten Frage ist weitaus schwieriger, da das Gesetzeswerk über den Lastenausgleich noch gar nicht geschaffen ist. Wir können unseren Landsleuten daher heute nur eine kurze Darstellung der Hauptprobleme des Lastenausgleichs geben. Für alle Fälle steht fest, daß unsere Beteiligung am Lastenausgleich weder eine Absage an die alte Heimat, noch einen Verzicht auf den in der Heimat zurückgelassenen Besitz bedeutet.

Der Lastenausgleich wurde durch die Präambel des Währungsgesetzes den deutschen gesetzgebenden Stellen bis zum 31.12.48 aufgetragen. Die Ausarbeitung der hierzu erforderlich gesetzlichen Grundlagen wurde einem Fünfzehner-Ausschuß übertragen, dem neben den Abgeordneten des Wirtschaftsrates und der Finanzministerien auch 2 Flüchtlinge angehören. In einem Memorandum der bizonalen Verwaltung für Finanzen wurden die bisher erarbeiteten statistischen Unterlagen für den Lastenausgleich zusammengefaßt Danach werden die Ansprüche aus Kriegs-und Kriegsfolgeschäden für die drei westlichen Besatzungszonen auf 185 Milliarden DM geschätzt, die der Flüchtlinge und Vertriebenen aller 4 Zonen auf 55 Milliarden DM. Diesem Gesamtbetrag von 185 Mrd DM steht nun nach Angabe des Memorandums ein zu belastender Vermögenswert von nur 80 Mrd. DM gegenüber. Es ist natürlich nicht möglich, alle wirtschaftlichen Schäden des Krieges allein durch gesetzgeberische Maßnahmen ausgleichen zu lassen. Der Lastenausgleich müßte daher durch eine entsprechende Sozial- und Wirtschaftspolitik ergänzt werden.

./.

Bezüglich der Entschädigungsart stehen 2 Vorschläge zur Debatte: a) die individuelle Feststellung und Ausgleichung des Schadens, die den früheren Besitzstand berücksichtigt und b) die Entschädigung nach Durchschnittssätzen. Das erste Verfahren würde zu seiner Bewältigung eine neue Bürokratie erfordern, der Korruption Tür und Tor öffnen und keine volle Gerechtigkeit walten lassen. Der zweite Vorschlag würde ein vereinfachtes Verfahren ermöglichen, wobei man unter Verzicht auf individuelle Festsetzung abgestufte Entschädigungssätze nach typischen Merkmalen wie früheres Berufs,-Lebens-und Einkommensverhältnisse, errechnen würde. Diese Pauschalierung soll mit dem Blickpunkt auf Existenzsicherung und produktivem Lastenausgleich erfolgen. Das Aufkommen des Lastenausgleiches wird verrentet werden. Daneben kommt Realteilung (Siedlungsboden, Nutzung von Werkstätten und Maschinen, Hausratsabgabe usw.) in Frage. Hauptziel sei ein "produktiver Lastenausgleich", der zur Selbsthilfe anrege. Hierher gehören z.B. auch Investitionen für Wohnungsbau und Arbeitsplätze. Bei diesem Pauschalierungsverfahren wäre nur die Ausfüllung eines einfachen Fragebogens erforderlich. Bei den Vertriebenen sollen zur Überprüfung der Angaben regionale Dienststellen für die Herkunftsorte (Landsmannschaftliche Schaden-Schätzungsämter) herangezogen werden. Die Anträge sollen dann zu den Kriegsschädenausgleichsstellen der Stadt-und Landkreise weitergeleitet werden. Gemischte Ausschüsse (von Einheimischen und Vertriebenen) entscheiden dann als Beschlußorgane. Als Zentralen sollen eine "Oberste Lastenausgleichstelle" und eine "Ausgleichskasse" errichtet werden. Die Anweisung der Mittel soll über die Landeshauptkasse, bei Renten durch die Post erfolgen. Dieses ist der Vorschlag des bizonalen Verwaltungsamtes für Finanzen.

Der vorbereitende Ausschuß für den Lastenausgleich gab am 11.10.48 das baldige Inkrafttreten eines Sofortprogrammes, das den bedürftigsten alten Leuten, arbeitsunfähigen und existenzgefährdeten Personen Hilfe bringen soll, bekannt. Diese Soforthilfe soll etwa ein Jahr lang in Kraft bleiben und vor allem das fundierte Vermögen belasten. Erst Ende 1949 soll dann der endgültige Lastenausgleich beginnen.

Produktionskredite an Flüchtlinge

Wie das Bayer. Staatsministerium der Finanzen bekanntgibt, wird auch nach der Währungsreform die Gewährung von staatsverbürgten Produktivkrediten an die in Bayern ansässigen Flüchtlinge bis zum Betrage von 25.000 000,-- DM fortgeführt. Sie können von jedem in Bayern zugelassenen Geldinstitut an Personen gewährt werden, die im Besitze eines Flüchtlingsausweises und einer Lizenz für den Gewerbetrieb, oder einer Zulassung für die Berufstätigkeit in Bayern sind. Auch Unternehmen in Gesellschaftsform, die Flüchtlingsbetriebe sind, können Kreditberechtigt sein. Bei allen Kreditanträgen ist neben den allgemeinen Kreditangaben eine praktische und theoretische Rentabilitätsberechnung über die bisherige und die zu erwartende künftige Geschäftsentwicklung aufzumachen, die periodisch überprüft werden wird. Gutachten des zuständigen Arbeitsamtes, der Industrie-und Handelskammer, der Handwerkskammer, der sonstigen Berufs- und Fachverbände, aber auch Auskünfte von Lieferanten, Abnehmern und Geschäftsfreunden der Antragsteller bilden eine Grundlage zur Überprüfung der Kreditanträge.

Für unsere Landsleute stellen auch wir, gegen Einsendung entsprechender Unterlagen (auch eidesstattliche Erklärungen zweier Zeugen) eine diesbezügliche Befürwortung aus, die schon in vielen Fällen geholfen hat. Die erforderlichen Formulare für Kreditanträge werden bei der Bank, mit der man in Geschäftsverbindung steht, angefordert und nach Ausfüllung dortselbst wieder eingereicht. Die Anträge werden von der Bank an das Staatssekretariat f.d. Flüchtlingswesen, (z.H. Herrn v. Burghardt) nach München, Holbeinstr. 1 zur Genehmigung weitergeleitet.

Befürwortung von Lizenzen und Flüchtlingspässen

Landsleute, die eine Lizenzgenehmigung zur freien Berufsausübung oder zur Eröffnung eines gewerbl. oder kaufmänn. Unternehmens anstreben, können hierfür von uns eine entsprechende Befürwortung erhalten. Voraussetzung dazu ist die Einsendung entsprechender Unterlagen, z.B. Berufs-, Schul-und Praxiszeugnisse. Lebenslauf mit genauen Angaben über berufl.

Ausbildung und Praxis, ev. notariell beglaubigte eidesstattl. Erklärungen zweier Zeugen. Ebenso stellen wir gegen Vorlage von Heimatdokumenten, Flüchtlingsbescheinigungen, Befürwortungen zur Erteilung eines Flüchtlingsausweises und Bescheinigungen über die Gleichstellung mit den deutschen Staatsangehörigen laut Flüchtlingsgesetz, aus.

Erleichterungen bei der Gewerbezulassung.

Neue Bestimmungen des bayerischen Wirtschaftsministeriums.

Das Bayer. Staatsministerium für Wirtschaft hat neue erleichterte Bestimmungen für die Gewerbezulassung herausgegeben. Danach entfällt in Zukunft die Vorprüfung des volkswirtschaftl. Bedürfnisses für Industriebetriebe. Auch die Zulassungsanträge für gewerbl. Betriebe, die sich mit Ein-und Ausfuhr befassen, sind nicht mehr dem Ministerium vorzulgen.

Einstellung von Flüchtlingen u. Ausgewiesenen als Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes.

Einer Verfügung des Bayer. Staatsministeriums für Finanzen zufolge können auch ehemalige Flüchtlingsbeamte (im Verhältnis 4:1) in die öffentliche Verwaltung eingebaut werden. Bewerber melden sich bei dem nach ihrer früheren Tätigkeit zuständigen Staatsministerium. Kommunalbeamte reichen ihre Bewerbung beim Landespersonalamt in München ein.

Militärpensionen.

Im Bayer. Gesetz-und Verordnungsblatt Nr. 18 vom 12.8.48 wurde das Gesetz über die Zahlung von Unterhaltsbeträgen an berufsmässige Wehrmachtsangehörige und ihre Hinterbliebenen veröffentlicht. Gesuche um Bewilligung von Unterhaltsbeträgen sind an den Oberfinanzpräsidenten in München 27, Ismaningerstrasse 95, zu richten.

Öffentliche Fürsorgeunterstützung.

In diesen Tagen werden bei den Gemeinderäten die Anträge auf Fürsorgeunterstützung der bisherigen Fürsorge-Empfänger, darunter auch die der Flüchtlinge einer strengen Überprüfung unterzogen. Die Flüchtlingsvertreter und Gemeinderäte haben dabei die verantwortungsvolle Ausgabe, alle Anträge gerecht zu beurteilen. Die Richtsätze sind nach Ortsklassen und der Leistungsfähigkeit des Fürsorgeträgers verschieden und bewegen sich zwischen DM 30 und DM 42 für alleinstehende Personen, oder das Familienoberhaupt und DM 20,-- bis DM 24,-- für Ehefrauen und Familienangehörige über 16 Jahre. Für Kinder bis zu 16 Jahren gilt ein Richtsatz bis zu DM 16,--.

Lohnsteuerermäßigung für Flüchtlinge.

Wir machen unsere Landsleute darauf aufmerksam, daß sie als Flüchtlinge bei ihrem zuständigen Finanzamt einen Antrag auf Lohnsteuerermäßigung einreichen können.

Grenzlager Schalding ist Durchgangslager für Rumäniendeutsche.

Alle jetzt noch aus Rumänien kommende deutschen Flüchtlinge werden vom Staatssekretariat f.d.Flüchtlingswesen zur Durchschleusung u. Registrierung in das Lager Schalding bei Passau eingewiesen.

Erholungsaufenthalt für Rußlandheimkehrer.

Erholungsbedürftige Rußlandheimkehrer können über unsere Dienststelle einen 4-6 wöchigen Erholungsaufenthalt in einem Erholungsheim der Inneren Mission oder Bayer. Roten Kreuzes beantragen. Im ev. Heimkehrer-Erholungsheim Tutzing am Starnberger See haben schon viele Landsleute Erholung gefunden. Zur Einweisung in ein Heimkehrer-Erholungsheim des Bayer. Roten Kreuzes müssen der russ. Entlassungsschein, die Betreuungskarte, der Gesundheitsschein, eine Aufenthaltserlaubnis und ein amtsärztliches Attest vorgelegt werden. Dann meldet man sich bei der nächsten Kreisstelle des BRK zur Einweisung.

Verschiedene Mitteilungen.

1) Das Evang.Hilfswerk für Internierte u.Kriegsgefangene in Erlangen, Universitätsstr. 26,(Leitung: Bischof D. Heckel) bereitet die Weihnachtsbetreuung der Kriegsgefangenen, Internierten und Freiarbeiter im Ausland vor. Das Ev. Hilfswerk bittet, daß die Anschriften von Kriegsgefangenen u. Internierten, die sich in Untersuchungshaft befinden oder eine Strafe verbüssen, umgehend von den Angehörigen an obige Anschrift mitgeteilt

./.

werden; ebenso mögen sich alle Flüchtlings-Pfarrfrauen und Familien, deren Söhne und Anverwandte Pfarrer oder Theologiestudenten sind, (auch Flüchtlinge u. Ausgewiesene) und die noch als vermißtgelten oder sich in Kriegsgefangenschaft befinden bei obiger Anschrift melden.

2.) Der Christliche Verein Junger Männer bittet alle Männer, die an der Arbeit der obengenannten christl. Vereinigung ein Interesse haben, sich bei folgender Anschrift zu melden: München 22, Schließfach 64.

4.) Wir geben unseren Landsleuten bekannt, daß der Johannes Stauda-Verlag in Kassel in Verbindung mit dem evang. Hilfswerk zum Jahresende den bekannten Neuwerk-Boten (früher: Neuwerk-Kalender) herausgibt, dessen Ankauf wir jedem Landsmann wärmstens anempfehlen! Er ist bebildert, enthält eine Reihe von Spruchseiten und Liedern, Erzählungen, Sagen, Berichte über die Tätigkeit der Hilfskomitees und vieles andere. Wir bitten unsere Kreis-und Ortsvertreter, diesen Kalender bei allen Landsleuten anzuempfehlen und uns entsprechende Bestell-Listen bald zuzusenden. Der Preis beträgt DM 1,20 pro Stück. Einzelbestellungen sind gleichfalls an unser Hilfskomitee zu richten.

5.) Für die zahlreichen Spenden, die zur Aufrechterhaltung unserer Münchner Betreuungsstelle bei uns eingegangen sind, danken wir bestens. Sie sind das schönste Zeichen für die Opferbereitschaft und das Zusammengehörigkeitsgefühl unserer Glaubens-und Schicksalsgemeinschaft. Wir bitten, unsere Arbeit auch in Zukunft durch Einsendung freiwilliger Spenden wie bisher zu unterstützen. Allen an uns gerichteten Anfragen bitten wir das Rückporto beizulegen.

Mit landsmännischem Gruß
gez. Dr. Otto Appel
(Landesstellenleiter)

Absender: Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben
Im Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland
München 22, Wagmüllerstraße 23, Schließfach 45, Telefon: 2627
Postscheckkonto: München 5729

DRUCKSACHE

Herrn Dr. Heinrich Zillich

Starnberg

Josef Fischhaberstr. 15

ikgs

Verhandlungsbericht

ueber die 1. Vertreterversammlung des Hilfskomitees der Siebenbuerger Sachsen und Banater Schwaben im Hilfswerk der Ev. Kirchen in Deutschland am 23. und 24. Januar 1949 in Stuttgart

I.

Zum Leiter der Vertreterversammlung wird auf Anregung von Generaldechant Molitoris, der die Vertreterversammlung nicht selbst leiten konnte, Pfarrer Rottmann gewaehlt.

Pfarrer Rottmann fuehrte in seiner Ansprache aus, dass der Geist der Zusammengehoerigkeit und Einigkeit uns in der Heimat immer aufs neue zu einer festen Gemeinschaft werden liess. Dieser Geist moege auch ueber dieser Versammlung walten, alle Gegensaetze ausschalten und damit die Wege zu einer neuen Arbeit und zu neuem Wirken in unserem Hilfskomitee bereiten. Dazu moege Gott der Herr seinen Segen geben.

Es folgte sodann ein Vortrag von Pfarrer Dr. Herbert Krimm, Geschaeftsfuehrer im Zentralbuero des Hilfswerks, in dem Dr. Krimm das Entstehen des Hilfswerkes und die Schaffung der Hilfskomitees als Hilfswerke der verdraengten Ostkirchen darstellte.

Nach diesen sehr eindrucksvollen Ausfuehrungen bat Herr Kirchenpraesident Hamm, Hauptgeschaeftsfuehrer und stellvertretender Vorsitzender des Hilfskomitees der Evang. Jugoslawiendeutschen von einem geschlossenen Referat abzusehen und gleich in die Diskussion ueber die Aufgabe der Hilfskomitees einzutreten, zu deren Fragen er dann Stellung nehmen wird.

In der Wechselrede ergriff zuerst Landsmann Siegfried Moeckesch das Wort und umriss kurz die Stellung der Kirche und die Aufgaben des Pfarrers im Leben der Siebenbuerger Sachsen. In unserem Hilfskomitee darf keine konfessionelle Schranke zu den kathol. Banater Schwaben aufgerichtet werden.

An der Diskussion hierueber beteiligen sich Frl. Hoechsmann, Dr. Alzner, Kessler, Pfarrer Mueller. Es soll im Hilfskomitee, in der Arbeit und in der Organisation kein Unterschied gemacht werden zwischen Siebenbuerger Sachsen und Banater Schwaben. Dr. Appel fuehrte aus, es muss eine Synthese gefunden werden zwischen Volkstum und Glaube im Hilfskomitee. Verantwortliche Maenner (Laien) sollen die praktische Arbeit, die Geistlichen die rein seelsorgerlichen Aufgaben leisten.

Pfarrer Henrich macht darauf aufmerksam, dass das nun gerade unsiebenbuergisch gedacht ist. Man kann das Leben nicht aufspalten in einen seelischen und einen praktischen Bereich. Dadurch geraet die Kirche in ein Winkeldasein.

Thellmann-Bidner weisst darauf hin, dass unser Komitee mehr Einfluss auf die Gesetzgebung erlangen muesse, denn nur durch die Gesetzgebung kann den Fluechtlingen wirksam geholfen werden.

Kirchenpraesident Hamm berichtet ueber die Arbeit des Fluechtlingsbeirates in Stuttgart, dem er als Mitglied angehoert, ferner ueber die Organisation und Arbeit im Hilfskomitee der Jugoslawiendeutschen.

Im Zusammenhang mit den Aufgaben und der Arbeit des Hilfskomitees werden an Kirchenpraesident Hamm verschiedene Fragen gestellt, die er beantwortet, besonders die Frage nach Siedlungsmoeglichkeiten.

II.

Berichte der Hauptstelle und der Landesstellen:

1) Vorsitzender Pfarrer Henrich: Bericht der Hauptstelle I. Teil:

Pfarrer Henrich gibt einen Ueberblick ueber die Entwicklung und Arbeit der Hauptstelle seit April 1948. Neue Aufgaben wurden in Angriff genommen, aber viele konnten nicht durchgefuehrt werden oder blieben infolge der mannigfaltigen Schwierigkeiten des Jahres 1948 stecken. Nach der Waehrungsreform war aus finanziellen Gruenden die Abhaltung von Tagungen nicht mehr moeglich. 4 Monate lang ab September 1948 war Pfarrer Henrich von seinem Amt als Vorsitzender infolge einer von Dr. Appel gegen ihn erstatteten Anzeige beurlaubt. Nach einer Untersuchung durch einen Ausschuss bestehend aus einem Mitglied der Kanzlei des Rates der EKD, des Oberkirchenrates von Stuttgart und einem Beauftragten des Zentralbueros des Evang. Hilfswerks wurde die Anzeige als gegenstandslos erklaert und Pfarrer Henrich am 20. Dezember 1948 wieder in das Amt des Vorsitzenden eingesetzt.

Dr. Dr. Erich Roth erbittet Aufklaerung ueber den Inhalt der Anzeige.

Pfarrer Rottmann ist der Ansicht, dass eine Verhandlung im Plenum nicht moeglich sei und beantragt, die Angelegenheit durch einen Ausschuss klaeren zu lassen, der der Versammlung seine Entscheidung bekanntgibt. In den Ausschuss werden berufen: Dr. Hermann Gross als Vorsitzender, Dr. Alzner, Herr Brekner, Dr. Zillich und Dr. Roth. Der Ausschuss zieht sich zur Beratung zurueck.

2) Hermine Hoechsmann, Geschaeftsfuehrerin: Bericht der Hauptstelle 2. Teil

Hoechsmann schildert die Arbeit der Hauptstelle seit September 1948, dem Zeitpunkt, da sie die Geschaeftsfuehrung wegen der Beurlaubung von Pfarrer Henrich uebernahm. Sie stellt besonders das Fehlen einer klaren Organisation heraus, das die Arbeit sehr erschwert. Sie gibt einen Ueberblick ueber die Vorbereitungen, die fuer die Vertreterversammlung noetig waren. Diese brachten es vollends an den Tag, wie mangelhaft die Organisation des Hilfskomitees ist. Die Wahlen werden als eine Notloesung angesehen, die unter den gegebenen Umstaenden hingenommen werden muss. Einige Schwierigkeiten bereitete der Geldmangel.

3) Bericht der Landesstelle Baden: Otto Dueck, Heidelberg

Hier fehlt eine Organisation. Die Zahl der Landsleute in Baden betraegt schaetzungsweise 500 - 1000. Erfassung und Zusammenkuenfte sind unbedingt notwendig.

4) Bericht der Landesstelle Bayern: Dr. Otto Appel

Nach einem Ueberblick ueber die Vorgeschichte und Entstehung des Hilfskomitees kommt Dr. Appel auf die jetzige Lage in der Landesstelle zu sprechen, die durch grosse finanzielle Not gekennzeichnet ist. Einen Ausweg daraus sieht er nur in der Rueckverlegung der Hauptstelle nach Muenchen.

5) Bericht der Britischen Zone Niedersachsen: Berthold Wagner

Die Landesstelle Braunschweig umfasst 6 Kreise und 6 Lager, wo insgesamt etwa 950 Landsleute aus Siebenbuergen und dem Banat leben. Die wirtschaftliche Lage der Landesstelle ist sehr schlecht. Die rechtliche und politische Lage ist ganz ungeklaert. Man muss die Anerkennung der Landsleute als Fluechtlinge durchsetzen. Weitere Aufgaben sind die Wohnungsfrage, Zusammenfuehrung der Familien, Arbeitsvermittlung und Anerkennung der im Ausland erworbenen Diplome.

Bericht der Landesstelle Hamburg: Kurt Kessler

180 Landsleute listenmaessig erfasst. Arbeit und Aufgaben: Versorgung der Landsleute mit Nachrichten von der Hauptstelle, Hilfe bei Wohnungs- und Arbeitsbeschaffung, Zusammenkuenfte.

Bericht der Landesstelle Schleswig-Holstein: Dr. Arthur Maurer

Da Dr. Maurer nicht anwesend ist, wird sein Bericht verlesen. Finanziell hat die Landesstelle gar keinen Rueckhalt. An Gaben und Spenden fuer die Landsleute hat sie noch kaum etwas bekommen. Bei der Entnazifizierung konnte geholfen werden. Es werden etwa 300 Siebenbuerger und Banater betreut.
Von Dr. Maurer wurden schriftlich mehrere Vorschlaege gemacht, wie die Arbeit im Hilfskomitee gestaltet werden soll. Hauptaufgaben: Informationsdienst, Auswanderungsberatung, Eingliederung der Landsleute in die hiesigen Gegebenheiten. Fuer die Landesstelle wird eine materielle Basis, eine gerechte Verteilung der Sachspenden und Versorgung mit den gesetzlichen Verordnungen der betr. Laender gefordert.

In Vertretung von Dr. Hans Löw berichtet Gerhard Hillner, Goettingen, Aus dem Bericht geht hervor, dass es unbedingt erforderlich ist, dass hier einmal systematisch mit der Arbeit begonnen und dass vor allen Dingen die finanzielle Frage geklärt werden muss.

6) Bericht der Landesstelle Hessen: Pfarrer Harald Mueller:

Pfarrer Mueller hat die Arbeit der Landesstelle Hessen Ende 1946 aufgenommen. Er gestaltete sie nach folgenden Gesichtspunkten: Erfassung, Informationsdienst, Zusammenschluss und Vertretung der Interessen der Landsleute vor den hessischen Behoerden. Ein erschwerender Umstand fuer die Arbeit war der, dass Pfarrer Mueller sie nur nebenamtlich leisten konnte und sein Wohnsitz verkehrstechnisch sehr unguenstig liegt. Trotzdem wurden sehr viele landsmannschaftliche Treffen veranstaltet, auf denen sich die Landsleute wiederfanden, bekannt wurden und ihre Noete vorbringen konnten. Ein wichtiger Teil der Arbeit war die Korrespondenz mit den Landsleuten. Die Finanzierung der Arbeit erfolgte durch einen kleinen Beitrag der Hauptbueros Kassel und Frankfurt und aus Spenden der Landsleute. Fuer eine Intensivierung der Arbeit muessen die Mittel jedoch wesentlich hoeher sein.

Im Zusammenhang mit dem Bericht der Landesstelle Hessen ergab sich die Frage, ob Pfarrer Mueller und Siegfried Moeckesch wahlberechtigt sind, da beide, der eine als Landesstellenleiter, der andere als Wahlbeauftragter fuer Hessen nicht gewaehlt werden durften und trotzdem zu Vertretern gewaehlt wurden. Es wird entschieden, dass sie nicht waehlen duerfen.

Der mit der Untersuchung der Differenzen Henrich-Appel betreute Ausschuss gibt sein Gutachten ab, wonach das Verhalten beider Herren missbilligt wird. Dem neuzuwaehlenden Vorstand wird empfohlen, sich vor der endgueltigen Bestellung der Landesstellenleiter mit einer angeblichen Eingabe von Dr. Appel an die Kanzlei des Rates der EKD zu befassen.

Auf Grund dieses Gutachtens erklaert Pfarrer Henrich sofort seinen Ruecktritt, den er erst vor der Neuwahl aussprechen wollte und bittet bei der Neuwahl von ihm abzusehen. Ebenso sieht sich Dr. Appel veranlasst von seinem Amt als Landesstellenleiter von Bayern zurueckzutreten und von einer Neubelehnung abzusehen.

Dr. Maurer dankte Pfarrer Henrich fuer die Arbeit im Hilfskomitee und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass Pfarrer Henrich eine Betrauung in dem Vorstand und den Ausschuessen des Hilfskomitees annehmen wird. Ebenso dankt er Frl. Hoechsmann fuer die bisher geleistete Arbeit An Dr. Appel richtet er die Frage, ob sein Ruecktritt auch so zu verstehen sei, dass er auf eine Wiederwahl verzichtet, was von Dr. Appel bejaht wird. Darauf schlaegt Dr. Maurer vor, dass Dr. Appel bis zur endgueltigen Besetzung der Landesstelle Bayern dieselbe kommissarisch weiterfuehrt. Dem wird zugestimmt.

7) Bericht der Landesstelle Wuerttemberg: Brigitte Csaki.

Die Landesstelle Wuerttemberg ist in zwei Gebiete eingeteilt: Nord- und Suedwuerttemberg. Die Organisation ist durchgefuehrt. In etwa 50 Kreisen gibt es Kreisvertrauensleute. Fuer die grosszuegige Hilfe und finanzielle Zuwendung des Hauptbueros Stuttgart wird gedankt. Doch sind seit der Waehrungsreform die Mittel auch hier kleiner geworden.

III.

Die Satzungen des Hilfskomitees der Siebenbuerger Sachsen und Banater Schwaben und die Wahlen:

Die von Pfarrer Henrich, Dr. Hans, Dr. Appel ausgearbeiteten Satzungen werden verlesen und durchgearbeitet. Es wird darauf hingewiesen, dass diese Satzungen noch mit den Rahmenssatzungen, die die Arbeitsgemeinschaft aller Hilfskomitees verfasste, in Einklang gebracht worden sind.

Anschliessend wird zur Wahl des Vorsitzenden, des 2. Vorsitzenden und des Ausschusses geschritten.

Wahlausschuss: Dr. Phleps, Dr. Zillich, Dr. Roth

Vorschlag: Vorsitzender Fritz Heinz Reimesch, Pfarrer Thullner

2.Vorsitzender Pfarrer Rottmann

ikgs

Vorstand: Pfarrer Henrich, Pfarrer Thullner, Pfarrer Roth, Johann Mann, Dr. Gross, Dr. Zillich, Dr. Phleps, Walter Neumann, Dr. Alzner, Lehrer Grun.

Es finden 3 Wahlgaenge statt. Von den fuer den Vorsitzenden abgegebenen Stimmen entfallen auf:

Reimesch	13	Henrich	1
Thullner	3	Brekner	1

gewaehlt: Reimesch

Fuer den stellvertretenden Vorsitzenden:

Rottmann	14	Henrich	3
	Thullner 1		

gewaehlt: Rottmann

Stimmen fuer die Mitglieder des Vorstandes:

Dr. Gross	16	W. Neumann	12
Dr. Zillich	13	Pf. Roth	12
Pf. Henrich	13	Joh. Mann	10

Diese 6 Maenner gelten als gewaehlt.

Ersatzmitglieder des Vorstandes sind folgende:

Pfarrer Thullner	10	Dr. Alzner	5
Johann Jung	8	Dr. Roth	4
Dr. Phleps	7	Thellmann-Bidner	2

Zum Schluss wird Dr. Molitoris einstimmig zum Ehrenvorsitzenden des Hilfskomitees gewaehlt.

Herr Reimesch dankt fuer das Vertrauen der Landsleute und will alles tun, was in seinen Kraeften steht, um den Landsleuten hier in der Fremde wieder ein Stueck Heimat zu geben. Er wird sich bemuehen, im Sinne unserer Geschichte und Tradition Volkstum und Glaube nicht auseinanderklaffen zu lassen. Auch will der neue Vorsitzende fuer die katholischen Landsleute und Schicksalsgenossen aus dem Banat ein treuer Freund und Berater in Fragen des taeglichen Lebens sein. Herr Reimesch bittet die Vertreter, ihm mit Herz und Verstand zu helfen, dass unser Schiff in den hohen Wogen des bewegten Meeres "der deutschen Not" unseren Landsleuten zum Segen gesteuert werde. Er dankt Herrn Dr. Maurer fuer das Wohlwollen fuer unser Hilfskomitee und hofft, dass es auch weiter erhalten bleibt.

Nach einem kurzen Schlusswort schliesst Pfarrer Rottmann die Vertreterversammlung.

Stuttgart, 23. Maerz 1949.

gez. Fritz Heinz Reimesch
Vorsitzender

gez. Pfarrer Hans Henrich
Schriftfuehrer.

ikgs

Verhandlungsbericht ueber die 1. Vorstandssitzung

des Hilfskomitees der Siebenbuerger Sachsen und Banater Schwaben

---

1.

Wahl des Geschaeftsfuehrers: Fraeulein Hermine Hoechsmann wird einstimmig zum Hauptgeschaeftsfuehrer des Hilfskomitees berufen und auf unbestimmte Zeit angestellt. Die gegenseitige gesetzliche Kuendigungsfrist wird vorbehalten.

2.

Es wird beschlossen, dass kuenftig von der Hauptstelle allein ein Rundschreiben unter dem Titel "Heimatbrief" herausgegeben wird. Die Verteilung erfolgt ueber die Landesstellen. Die dafuer einlaufenden Spenden bleiben zum Teil bei den Landesstellen, gehen zum Teil an die Hauptstelle.

3.

Regelung der Landesstellen in der britischen Zone. Ob eine Zonenstelle errichtet werden soll oder nicht, kann nochnicht entschieden werden. Einstweilen haelt die Hauptstelle die Verbindung zu den Landesstellen aufrecht. Herr Wagner von Braunschweig wird beauftragt, in Hannover, wo eine Buerogemeinschaft der Hilfskomitees errichtet werden soll, zu verhandeln, ob sich das siebenbuergische Hilfskomitee da miteinschalten kann. Auf Antrag von Dr. Gross werden Herrn Dr. Maurer, dem Landesstellenleiter von Schleswig-Holstein einmalig DM 50.-- zur Deckung seiner Auslagen bewilligt.

4.

Die Landesstellenleiter werden wie folgt in ihren Aemtern bestaetigt:

Wuerttemberg-Baden:	Frl. Brigitte Csaki
Bayern:	Dr. Appel kommissarisch
Braunschweig:	Berthold Wagner
Hamburg:	Kurt Kessler
Hessen:	Pfarrer Harald Mueller
Niedersachsen:	Berthold Wagner
Schleswig-Holstein:	Dr. Arthur Maurer

Bezueglich Wuerttemberg-Baden wird beschlossen, dass diese beiden Gebiete zu einer einzigen Landesstelle unter der Leitung von Frl. Brigitte Csaki zusammengefasst werden.

Bezueglich Rheinland-Westfalen soll die Hauptstelle mit Herrn Pusch sowie Herrn Jurowich in Verbindung treten.

Die Landesstellenleiter sollen vom Hilfswerk eine Legitimation (gruenen Ausweis) bekommen.

5.

Verlegung der Hauptstelle:

Nach einer Diskussion darueber, ob die Hauptstelle nach Muenchen verlegt werden oder in Stuttgart bleiben soll, die Dr. Zillich, Pfarrer Henrich, Dr. Maurer und Dr. Gross fuehren, stellt Dr. Gross folgenden Antrag: Im Hinblick auf die derzeitige Neuorganisation des Hilfskomitees

die nur in enger Zusammenarbeit mit dem Zentralbuero des Hilfswerks in Stuttgart durchgefuehrt werden kann, ist eine Entscheidung ueber eine Verlegung der Hauptstelle des Hilfskomitees inopportun und muss zurueckgestellt werden.

Diesem Antrag wird mit 6 gegen 2 Stimmen stattgegeben.

6.

Finanz- und Rechnungspruefungsausschuss:

Vorsitzender:	Dr. Phleps
Mitglieder:	Dipl.Ing. Mueller
	Dr. Reiner
	H. Breckner

7.

Es wird ein Ehrenrat gebildet, der aus Dr. Zillich, Dr. Phleps, Dr. Reiner besteht.

8.

Jugendarbeit: Frl. Csaki wird einen Entwurf ausarbeiten, wie die Jugendarbeit in unserem Hilfskomitee gestaltet werden soll. Ein Jugendreferat bestehend aus den Mitgliedern Csaki, Kurt Kessler und Pfarrer Schmidt wird eingerichtet.

9.

Dr. Maurer gibt auf Grund eines Protokolls ueber die Sitzung der Hilfskomitees am 4.1.1949 in Stuttgart einen Ueberblick ueber die neuen Aufgaben des Hilfskomitees.

10.

Nach einem Schlusswort von Pfarrer Rottmann, schliesst der Vorsitzende die Sitzung.

Stuttgart, 23. Maerz 1949.

gez. Fritz Heinz Reimesch — Vorsitzender

gez. Pfarrer Hans Henrich — Schriftfuehrer.

ikgs

Liste der Teilnehmer an der Vertreterversammlung des Hilfskomitees der Siebenbuerger Sachsen und Banater Schwaben im Hilfswerk der Ev. Kirchen in Deutschland am 23. und 24. Januar 1949 in Stuttgart .

Michael Toerner, Mannheim-Kaefertal, Baeckerweg 68
Otto Dueck, Heidelberg, Ladenburgerstr. 42

Johann Jung, Schweinsdorf 49 ueber Rothenburg o.T.
Michael Rehbogen, Sulzbach-Rosenberghuette, ev. Pfarramt
Dr. Heinrich Zillich, Starnberg am See, Josef Fischhaberstr. 15
Johann Bertleff, Schoenbrunn/Schloss, Kr. Rothenburg o.T.
Hans Joachim Thullner, Iggensbach Kr. Deggendorf
Johann Dienesch, Marktsteft Kr. Kitzingen Nr. 94
Mathias Grum, Adelshofen Nr. 9
Johann Mann, Weigenheim Nr. 51 Kr. Uffenheim
Martin Thellmann-Bidner, Guenzburg, Reisenburgerstr. 7
Gottfried Rottmann, Kuehstein Post Malching
Dr. Otto Appel, Muenchen, Himmelreichstr. 3

Prof. Dr. Hermann Gross, Kiel, Duesternbrook, 120/22
Gerhard Hillner, Goettingen, Hugo Junkers Str. 18
Kurt Kessler, Hamburg 20, Eidelstedter Weg 0
Berthold Wagner, Braunschweig, Madamenweg 21
Dr. Dr. Erich Roth, Goettingen, Am Weissenstein 7

Walter Neumann, Marburg/Lahn, Deutschhausstr. 8
Fritz Alzner, Wiesbaden, Biebricher Allee 35
Wilhelm Roth, Thann i. Rhoen
Siegfried Moeckesch, Frankfurt a.M.- Hoechst, Kasinostr. 12
Harald Mueller, Gersfeld/Rhoen

Dr. E. Phleps, Nuertingen, Neckarstr. 16
Dr. Richard Weindl, Goeppingen, Zentralkliniken
Dr. Mathias, Wain Kr. Biberach/Riss
Wolfram Theil, Stuttgart-Sillenbuch, Eduard Steinlestr. 57
Brigitte Csaki, Stuttgart - O, Staelinweg 16

Pfarrer Hans Henrich, Stuttgart-Weil im Dorf, Ev. Gemeindehaus
Hermine Hoechsmann, Stuttgart-W, Johannesstr. 23
Fritz Heinz Reimesch, Bayreuth, Mozartstr. 4
H.W. Brekner, Urach, Eckisstr. 24
Viktor Langer, Moosbach
Carl Reinerth, Muenchen
Dr. Hermann Maurer, Stuttgart, Zentralbuero

ikgs

Kulturreferate Fritsch, Remmich, Gärtner, Pf. Schmitz, Dr. Wühr, Hügelschäfer, Wirtschaftsstelle Hans Philippi, Dr. Brückner

Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben
im Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland
Landesstelle Bayern

München, 7.2.1949
Himmelreichstraße 3
Telefon: 2627

E i n l a d u n g .

Wir erlauben uns, Sie zu der am Freitag, den 11. Februar 1949, 14 Uhr in unserer Münchner Dienststelle in der Himmelreichstraße 3, stattfindenden Besprechung unseres siebenbürgischen Arbeitskreises höflichst einzuladen.

Tagesordnung:

1. Bericht Dr. Heinrich Zillichs über die Stuttgarter Vertreterversammlung und Neuwahl des Hilfskomitee-Vorstandes.
2. Konstituierung des geplanten Münchner Arbeitskreises (Vorschlag und Auswahl der Fachreferenten)
3. Vorbereitung eines siebenbürgischen Unterhaltungsabends für den 25. oder 27. Februar in München.
4. Bericht von Dipl.Ing. A. Orendt über den geplanten Ausbau eines siebenbürgischen Hauses in München
5. Besprechung des geplanten Rundfunk-und Kulturprogramms (Vorschläge zur Ausgestaltung einer siebenbürgischen Zeitung.
6. Bericht über die Zusammenführung getrennter Familien
7. Aussprache über weitere aktuelle Fragen.

Mit landsmännischem Gruß
Landesstellenleiter
(Dr. Otto Appel)

Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und
Banater Schwaben im Hilfswerk der Evang. Kirche
in Deutschland
Landesstelle Bayern
München 22 - Himmelreichstr. 3 - Tel. 262
Postscheck: 6229

Herrn Dr. Heinrich Zillich
Starnberg
Jos. Fischhaberstr. 15

1. Sehr geehrte
Vorsitz mit a
Ihre Anfrage
Gruppe
mitgeteilt
!

Adressenänderung 22.1.57
Vorsitz Gruppe Lech
für Arbeitsgebiet Ackerbau

Abschrift

Das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland
Zentralbuero

Tgb.Nr.I/6395/49 A
Bezug-Betrifft: Ohne-Finanzierung Stuttgart, 26.9.49

An den Vorsitzenden des Hilfskomitees der
Siebenbuerger Sachsen und Banater Schwaben
Herrn Fritz Heinz Reimesch,
Bayreuth, Mozartstr. 4

In Vertretung des Leiters des Hilfswerks ist mir die Pflicht zuteil geworden, Sie auf die Schwierigkeiten aufmerksam zu machen, denen sich das Zentralbuero hinsichtlich einer weiteren Finanzierung der Hilfskomitees gegenueber befindet. Seit der Waehrungsreform waren wir bemueht, durch groesste Anstrengungen das weitverzweigte Werk der Hilfskomitees aufrecht zu erhalten; aber die Mittel, welche der Wiederaufbauausschuss am 2. Juli d.J. bis zum Jahresende genehmigt hat, erschoepfen sich nunmehr, sodass die Hilfskomitees ab 1. Januar 1950 nicht mehr mit einer Unterstuetzung rechnen duerfen. Bereits fuer das letzte Vierteljahr 1949 hat sich eine Beschneidung der monatlichen Zuschuesse erforderlich gemacht, wobei wir allerdings hoffen, besondere Haerten noch ausgleichen zu koennen.

Auf Grund dieser Sachlage sind wir gezwungen, die Hilfskomitees zu bitten, ihre Arbeits-, Miets- und sonstigen finanziellen verpflichtenden Vertraege so zeitig zu kuendigen, dass keine Verpflichtungen in das Jahr 1950 hinein bestehen bleiben.

Ich brauche nicht besonders zu betonen, wie sehr der Leiter des Hilfswerkes und sein Mitarbeiterstab diese Entwicklung bedauern. Deshalb ist es der aufrichtige Wunsch des Zentralbueros, Mittel und Wege zu finden, die es ermoeglichen, den persoenlichen Kontakt und die Zusammenarbeit mit den Vertretern der Hilfskomitees weiter aufrecht zu erhalten und das Werk, das seit 1945 in Ihren Reihen aufgebaut worden ist, wenn auch auf einer ~~ander~~ neuen Basis, fortzufuehren.

Deshalb waeren wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns bald mitteilen wuerden, ob und welche Moeglichkeiten Sie fuer die Fortfuehrung der Hilfskomiteearbeit auch ohne unsere finanzielle Hilfe sehen. Halten Sie unter dieser Voraussetzung die Stillegung bzw. Auflocsung Ihres Hilfskomitees fuer unvermeidlich oder sehen Sie eine Moeglichkeit dafuer, die Arbeit unter der alten Bezeichnung auf dem Boden der finanziellen Selbsthilfe fortzufuehren? Auch eine etwaige Ueberleitung auf andere Organisationsformen sollte nicht aus dem Bereich der Erwaegung fallen.

Der Leiter des Hilfswerks wird in jedem Fall auch weiterbestrebt sein, Ihnen auch nach dem 1. Januar 1950 jede nur moegliche ~~Hilfe~~ Hilfe zu gewaehren.

In Vertretung:

gez. Dr. theol. Herbert Krimm

Beglaubigt:

Amtsrat

Fuer die Richtigkeit der Abschrift:

gez. Fritz Heinz Reimesch, Vorsitzender.

ikgs

Abschrift.

DER VORSITZENDE

Bayreuth, Mozartstr. 4
27.9.1949

An den Herrn 2. Vorsitzenden des
Hilfskomitees, Pfarrer Rottmann
und die Herren Vorstandsmitglieder
und Landesstellenleiter

Sehr geehrte und liebe Landsleute!

In der Anlage ueberreiche ich Ihnen Abschrift eines Schreibens des Hilfswerks der EKiD und meine Antwort darauf.

Sie koennen aus diesem Schreiben ersehen, dass der ungluckseelige Beschluss des "Wiederaufbauausschusses" vom 2. Juli l.J. nunmehr zur vollen Auswirkung gelangt ist. Ich habe mich gezwungen gesehen, allen unseren amtlichen Kraeften zum naechstmoeglichen Termin zu kuendigen, denn nach Weisung des Hilfswerks duerfen keine irgendwelchen materiellen Verpflichtungen in das Jahr 1950 hinuebergereichen. Da keine Zeit mehr zu versaeumen war, musste ich diesen Entschluss allein fassen und erbitte mir Ihre nachtraegliche Zustimmung. Ich darf sehr bitten, mir diese schriftlich unverzueglich und postwendend zugehen zu lassen, damit ich die entsprechende Deckung habe, wie ich sie laut unseren Satzungen brauche.

Aus meinem Schreiben werden Sie ersehen, dass ich nicht die Absicht habe, unser Hilfskomitee aufzuloesen und ich hoffe stark, dass auch Sie alle meiner Meinung sind. Ich habe zwar dem Hilfswerk persoenlich meinen Dank abgestattet, halte es aber doch fuer notwendig, dass wir in einer Adresse an das Hilfswerk all das anerkennen, was wir von ihm erhalten haben. Wie die Arbeit weitergehen wird, kann ich Ihnen noch nicht sagen, vielmehr bitte ich Sie alle um Ihre Anregungen und zwar moeglichst bald.

Ich denke mir die Weiterarbeit so, dass die Hauptstelle Stuttgart aufgeloest wird und mit der Landesstelle Bayern zusammengelegt werden sollte, denn ich habe die starke Hoffnung, dass die bayerische Landeskirche uns auch weiterhin unterstuetzen wird. Auf jeden Fall aber wird uns der inzwischen gut vorwaertsschreitende "Verband der Siebenbuerger Sachsen und Banater Schwaben e.V." in Muenchen vorerst Hilfsstellung leisten koennen, dessen Vorsitzender ich bin. Ich will hoffen, dass es uns gelingen wird, auch in andern deutschen Laendern diesen Verband auf irgendeine Weise ins Leben zu rufen und erwarte mir von allen Vorstandsmitglieder etz. unseres Hilfskomitees nach dieser Richtung hin eifrigste Mitarbeit.

Da die Mittel ausserordentlich beschraenkt sind, so finde ich es fuer zweckmaessiger, wenn ich k e i n e Vorstandssitzung zusammenberufe, denn das Hilfskomitee koennte die Mittel dafuer nicht aufbringen und den Mitgliedern des Vorstandes kann ich diese Kosten nicht zumuten. Ich bitte deshalb auf diesem Wege unsere Beschluesse fassen zu wollen, was angesichts der Notlage fraglos statthaft ist. Nur darf ich um sofortige Stellungnahme sehr bitten.

Mit landsmaennischem und glaubensbruederlichem Gruss ergebenst

(Stempel)

gez. Fritz Heinz Reimesch, Stadtrat
Vorsitzender.

Anlagen.

Abschrift.

DER VORSITZENDE

Bayreuth, Mozartstr. 4
27.9.1949

An das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen
in Deutschland, Zentralbuero
z.H. Herrn Dr. theol. Herbert Krimm

S t u t t g a r t - S

Stafflenbergstr. 66

Betr.: I/6395/49 A

Sehr verehrter Herr Doktor!

Ihr Schreiben vom 26.9. kam mir zwar nicht unverhofft, da mir die Geschaeftsfuehrerin unseres Hilfskomitees, Frl. Hoechsmann angezeigt hatte, dass ein solches Schreiben eintreffen wuerde, doch hat es mich trotzdem sehr schmerzlich bewegt. Wer die Sitzung des Wiederaufbauausschusses am 2.Juli l.J. mitgemacht hatte, wusste wohl, dass die Stunde der Hilfskomitees geschlagen hatte und ich bin fest davon ueberzeugt, dass auch die anderen Vorsitzenden der Hilfskomitees genau so wie ich, es ausserordentlich bedauern, dass die Mitglieder des Wiederaufbauausschusses ihre seinerzeit dokumentierte Ansicht nicht haben revidieren koennen. In der augenblicklichen Situation, in der die saekularen Gewalten noch um die Erkenntnis ringen, in welcher Weise den Heimatvertriebenen von Grund auf geholfen werden soll, haetten die Kirchen die Hilfskomitees nicht im Stiche lassen duerfen, wenigstens nicht in finanzieller Weise. Aber sei dem, wie es sei --- das kann und darf mich nicht hindern, dem Hilfswerk und seinem verehrten Leiter den allerherzlichsten Dank fuer all das zum Ausdruck zu bringen, was das Hilfswerk in den Zeiten allergroesster materieller und noch viel mehr seelischer Not uns gebracht und aus herzlicher Verbundenheit geschenkt hat. Sobald ich die Moeglichkeit habe, einige Mitglieder unseres Vorstandes zusammenzuberufen, werden wir diesen Dank, der dem Hilfswerk gebuehrt, in entsprechender Form abstatten.

Ihrer Aufforderung folgend, habe ich alle haupt- und nebenamtlichen Angestellten des Hilfskomitees gekuendigt und Anweisung gegeben, dass alle Verbindlichkeiten bis zum 31.12. abgedeckt werden, damit Ihrer Weisung entsprechend keine Verpflichtungen fuer das Jahr 1950 mehr erwachsen. Ohne mich festlegen zu wollen, darf ich Ihnen mitteilen, dass ich nicht die Absicht habe, die Arbeit unseres Hilfskomitees still zu legen oder gar das Hilfskomitee aufzuloesen. Dass eine Umgestaltung vorgenommen werden muss, ist allerdings selbstverstaendlich und ueber diese werde ich Ihnen zeitgerecht Bescheid geben. Es waere m.E. frevelhaft, nur deshalb, weil die Gelder des Hilfswerkes ausbleiben, ein Werk zu erschlagen, das ja einen tieferen und festeren Grund haben muss,

als nur einen materiellen.

Wie Sie wissen duerften, habe ich, sobald ich die Dinge uebersehen konnte, mit dem Aufbau einer auf landsmannschaftlicher Grundlage stehenden Mitgliederorganisation begonnen und wurde auch zu deren 1. Vorsitzenden gewaehlt. Der "Verband der Siebenbuerger Sachsen und Banater Schwaben e.V." entwickelt sich in Bayern sehr gut und es wird jetzt die Aufgabe sein, ihn auch in den anderen Laendern, dort wo es zweckmaessig erscheint, zu begruenden. Ich hoffe stark, dass es mir bei der naechsten Mitgliederversammlung gelingen wird, den Verband dazu zu bestimmen, auch die Funktionen des Hilfskomitees zu uebernehmen und zu tragen, wobei ich Wert darauf legen werde, dass nicht nur der Name sondern auch die enge Zusammenarbeit mit dem Hilfswerk der EKiD erhalten bleibt, denn ich bin fest davon ueberzeugt, dass Hilfskomitees und Hilfswerk noch einen langen und segensreichen Weg zusammen gehen werden zum Wohle unseres so schwer getroffenen deutschen Volkes.

In diesem Sinne darf ich nochmals meinen persoenlichen Dank fuer all das aussprechen, was mein Hilfskomitee von Ihnen erhalten hat an seelischen und materiellen Kraeftæigungsmitteln und spreche die Hoffnung aus, dass auch von Ihrer Seite der Wunsch und die Bereitschaft bestehen bleibt, mitmeinem Hilfskomitee weiterhin zusammenzuarbeiten.

In ausgezeichneter Hochachtung und mit glaubensbruederlichem Gruss ergebenst

gez. Fritz Heinz Reimesch
Stadtrat, Vorsitzender.

ikgs

I. Vertreterversammlung
des
~~Hilfskomitees der~~ Siebenbuerger Sachsen und Banater Schwaben
im Hilfswerk der Ev. Kirchen in Deutschland

Appel 26 27

Tagungsplan

Sonnabend, den 22. Januar

9 Uhr	Eroeffnung der Sitzungen
10 Uhr	Vortrag von Kirchenpraesident Franz Hamm: Das Hilfskomitee im Brennpunkt der Fluechtlingsarbeit
14.30 Uhr	Berichte aus der Hauptstelle und den Landesstellen des Hilfskomitees

Sonntag, den 23. Januar

9 Uhr	Morgenandacht
9/30 Uhr	Beratung ueber die Satzungen des Hilfskomitees
14.30 Uhr	Wahlberatungen und Wahlen des Vorstandes

Die erste Ausschuss-Sitzung findet am Montag, den 24. Januar statt.

Zum Tagungsplan der ersten Vertreterversammlung

Der Vormittag, des 22. Januar sieht Diskussionen ueber Fluechtlingsfragen im allgemeinen und im besonderen Eroerterungen grundsaetzlicher Art ueber unser Hilfskomitee vor. Ausgangsbasis ist das Referat von Franz Hamm, Leiter der Arbeitsgemeinschaft der Hilfskomitees. Zur Einfuehrung in die Gedankengaenge des Referates liegt diesem Brief der Bericht ueber eine grundlegende Hilfskomiteetagung im Sommer dieses Jahres bei.

Der Nachmittag dient der Einsicht in die Arbeit des Hilfskomitees und soll eine Art Bestandsaufnahme darstellen. Die Berichterstattung beginnt mit dem Bericht der Hauptstelle, ihm folgen die Berichte der Landesstellen, Baden, Brit. Zone, Bayern, Hessen, Wuerttemberg. Es spricht jeweils der Landesstellenleiter und der Wahlbeauftragte, bzw. der Vorsitzende.

Der 23. Januar ist der 400. Todestag Johannes Honterus'. Der Sonntagmorgen gilt seinem Gedenken. Der weitere Vormittag ist den Beratungen ueber die Satzungen des Hilfskomitees vorbehalten. Als Besprechungsunterlage geht Ihnen ein Entwurf zu, der schon vor laengerer Zeit im Hilfskomitee ausgearbeitet aber nicht legalisiert wurde.

Am Nachmittag des zweiten Tages wollen wir die Kandidatenlisten fuer den Ausschuss, den Vorsitzenden usw. aufstellen und die Wahlen vornehmen.

Zum Technischen

Im Wolframsheim in der Wolframstrasse 65 (Strassenbahnlinie 5,16,15 vom Hauptbahnhof in Richtung Feuerbach 2 Stationen) sind die Zimmer der Frauenabteilung fuer die Vertreter unserer Versammlung reserviert. Es sind saubere und ordentliche 2-- und Mehrbettzimmer zum Preise von 1.- DM bzw. 2.- DM pro Uebernachtung. Fuer die Herrn, die Hotelzimmer bestellen werden diese im Torhospiz und anderen Hotels vorbelegt. Die Betreffenden erhalten noch gesondert Nachricht.

Die Tagung findet im Waldheim/Heimkehrerheim statt (vom Schlossplatz 20 Minuten mit der Linie 10 in Richtung Sillenbuch bis zur Haltestelle Ruhbank, dann rechts in den Wald hinein in die erste Strasse links einbiegen, das zweite Haus. Etwa 5 Minuten von der Haltestelle. Vom Wolframsheim muss man mit einer Anfahrt von 35--40 Minuten rechnen. (Abfahrt von der Tuerlenstr. mit Linie 10)

Fuer Mittag- und Abendessen ist im Heimkehrerheim gesorgt. Die Mahlzeiten werden den Preis von 1.-- DM nicht uebersteigen. Es empfiehlt sich zur Ergaenzung des Fruehstuecks Brot- und Brotaufstrich mitzubringen.

Fuer diejenigen, die schon am Freitag in Stuttgart eintreffen, ist ein Zimmer zu zwanglosem Beisammensein am Abend im Gasthof "Zum Eugensplatz" (Strassenbahnhaltestelle Eugensplatz der Linie 10, 9, 18 in Richtung Sillenbuch) bestellt. Die Herren Wahlbeauftragten werden gebeten, sich zu einer Besprechung um 19.30 Uhr dort einzufinden.

gez. Hermine Hoechsmann.

Anlage:
Satzungen
2 Mitteilungen aus dem Hilfswerk

ikgs

Sitz der Hauptgeschäftsleitung

Satzungen

des Hilfskomitees der Siebenbuerger Sachsen und Banater Schwaben

I

Das Hilfskomitee der Siebenbuerger Sachsen und Banater Schwaben

Paragraph 1

Das Hilfskomitee der Siebenbuerger Sachsen und Banater Schwaben ist eine im Rahmen des Hilfswerks der Evang. Kirchen in Deutschland geschaffene Einrichtung zur wirksamen Gestaltung der kirchlichen Hilfe, wie sie durch die besondere Not ~~der Evakuierung~~ fuer die in Deutschland weilenden ~~evang.~~ Siebenbuerger Sachsen und Banater Schwaben notwendig geworden ist.

Paragraph 2

a) Das Hilfskomitee der Siebenbuerger Sachsen und Banater Schwaben bedarf der Anerkennung durch den Rat der Evang. Kirchen in Deutschland, der zugleich die Berufungsinstanz fuer das Hilfskomitee darstellt.
b) Eine rechtliche Bindung an die Evang. Kirche A.B. in Rumaenien besteht nicht. Die Aufrechterhaltung herzlicher Beziehungen zu dieser Mutterkirche im Rahmen der heute gegebenen Moeglichkeiten wird dadurch nicht beeintraechtigt.

Paragraph 3

Die besonderen Aufgaben des Hilfskomitees sind vom Hilfswerk der E.K.i.D. festgelegt und werden durch das Hilfskomitee in folgender Weise wahrgenommen:
1) Die organisatorische Verbindung mit den Kirchen des Gastlandes zu foerdern und Wege fuer eine rechte Verbindung mit diesen Kirchen zu ebnen
2) Die Sesshaftmachung der von ihm betreuten Glaubensgenossen zu unterstuetzen und die wirtschaftliche Neubegruendung der Existenz in Selbstaendigkeit und Eingliederung zu foerdern
3) Gemeinsame Belange der Selbsthilfe wahrzunehmen.
4) Auswanderungswillige zu registrieren, zu beraten und zu unterstuetzen.
5) Die Suche nach Familien- und Gemeindegliedern durchzufuehren.

II

Leitungs- und Vertretungsorgane

Paragraph 4

Die Leitungs- und Vertretungsorgane des Hilfskomitees der Siebenbuerger Sachsen und Banater Schwaben sind:
a) der Vorsitzende und dessen Stellvertreter.
b) der Vorstand
c) ~~die Synode~~ der Rat

Der Vorsitzende

Paragraph 5

ikgs

a) Der Vorsitzende, der nach den Richtlinien des Hilfswerks fuer die Hilfskomitees nur ein Pfarrer sein kann, wird von der Synode auf 2 Jahre gewaehlt. Seine Wahl bedarf der Bestaetigung durch den Rat der E.K.i.D. Gleichzeitig waehlt die Synode einen Stellvertreter, der im Falle der Verhinderung des Vorsitzenden die Amtsbefugnisse desselben ausuebt.

b) Dem Vorsitzenden obliegt die unmittelbare Leitung und Gesamtvertretung der Arbeit im Hilfskomitee, das er im besonderen vor den hoeheren staatlichen und kirchlichen Behoerden in Deutschland vertritt.

c) Er ist verpflichtet, zwecks Berichterstattung und Beratung bzw. Entscheidung in allen wichtigeren Angelegenheiten den Vorstand zum mindesten vierteljaehrlich, die Synode aber zum mindesten jaehrlich wenigstens einmal einzuberufen. Auch ist er verpflichtet, sich bei wichtigeren Entscheidungen von Fachleuten und von den hierfuer durch den Vorstand bestimmten Maennern beraten zu lassen.

d) Er setzt in dringenden Faellen die Leiter der Zonen-bzw. Landesstellen des Hilfskomitees ein bzw. ab und entscheidet ueber die Errichtung oder Aufloesung von Zonen- und Landesstellen des Komitees, doch bedürfen diese Massnahmen der Bestaetigung durch den Vorstand, der nach Moeglichkeit binnen kurzer Zeit erfolgen soll.

e) Er kann den von den Zonen- oder Landesstellenleitern ernannten, nicht aber den von den Glaubensgenossen gewaehlten Vertrauensleuten seine Anerkennung versagen, doch steht dem betreffenden Vertrauensmann sowie dem Zonen- bzw. Landesstellenleiter das Berufungsrecht zu. In diesem Falle entscheidet der Vorstand.

Der Vorstand.

Paragraph 6

a) Dem Vorstand gehoert von Amts wegen der Vorsitzende, der Hauptgeschaeftsfuehrer und der Leiter der Berliner Zonenstelle an.

b) Dem Vorstand gehoeren ferner 6 Gewaehlte, davon 2 geistliche und 4 weltliche Mitglieder an. Diese werden von der Synode aus ihrer Mitte auf die Dauer von 2 Jahren durch einfache Stimmenmehrheit gewaehlt. Diejenigen 3 Mitglieder der Synode, die naechst den 6 gewaehlten Mitgliedern die meisten Stimmen auf sich vereinigen, sind als Ersatzmitglieder zu erklaeren.

c) Der Vorstand hat den Vorsitzenden zu beraten, seine regelmaessigen Berichte entgegenzunehmen und in wichtigen Angelegenheiten -soweit sie nicht der Synode vorbehalten sind- selbst die Entscheidung treffen. Darueber hinaus hat er die Belange des Hilfskomitees nach Moeglichkeit mithelfend zu foerdern und zu tragen.

d) Er hat ferner den Hauptgeschaeftsfuehrer durch einfache Stimmenmehrheit zu waehlen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

e) Er verfuegt ferner hinsichtlich der Ein- und Absetzung von Zonen- oder Landesstellenleitern bzw. hinsichtlich der Errichtung oder Aufloesung von Zonen- oder Landesstellen. Falls jedoch der Vorsitzende nach Paragraph 5 d) Massnahmen getroffen hat, steht ihm das Bestaetigungs- und Entscheidungsrecht zu.

Die Synode

Paragraph 7

a) Die Synode setzt sich aus 36 Vertretern zusammen, von denen 12

dem geistlichen und 24 dem weltlichen Stande angehoeren. Amtsdauer 2 Jahre.
Wahlberechtigt sind alle in Deutschland weilenden Maenner und Frauen aus Siebenbuergen und dem Banat, sofern sie der ev.ng. Kirche angehoeren und bis zum Wahltag das 21. Lebensjahr vollendet haben. Waehlbar ist jeder in Deutschland weilende Glaubensgenosse aus Siebenbuergen und dem Banat, der im Bekenntnis und Handeln fuer die ev.ng. Kirche eintritt und in seiner Haltung die Gewaehr dafuer bietet, dass er die Belange des Hilfskomitees nach diesen Satzungen mit allen Kraeften wahrnehmen wird. Aelter 25 Jahre.

b) Die 24 weltlichen Vertreter und die 8 weltlichen Ersatzleute der Synode sollen durch Urwahl bestimmt werden. Ueber den Wahlmodus muessen noch besondere Bestimmungen erfolgen.

c) Die 12 geistlichen Synodalvertreter und die 3 geistlichen Ersatzleute werden von der Gesamtheit aller in Deutschland weilenden evang. Pfarrer aus Siebenbuergen und dem Banat bestimmt.

d) Der Synode obliegen folgende Aufgaben:
   1) Die Wahl des Vorsitzenden, dessen Stellvertreters und des Vorstandes
   2) Die letzte Entscheidung hinsichtlich aller jener Verhandlungen und Massnahmen des Komitees, die eine wesentliche Veraenderung des Gesamtschicksals unserer Glaubensgenossen zum Ziel haben oder eine solche bewirken koennten (z.B. Heimkehr, Auswanderung in geschlossener Form, geschlossene Siedlungen in Deutschland usw.)

III

Organisation

A. Die Hauptstelle

Paragraph 8

Der Hauptstelle sind folgende Aufgaben zugedacht:

a) Moeglichst lueckenlose Erfassung saemtlicher in Deutschland weilender Glaubens- und Volksgenossen,

b) Herausgabe von Richtlinien fuer die Arbeit der Zonen- und Landesstellen und Beaufsichtigung dieser Arbeit,

c) Durchfuehrung des Schriftverkehrs im Interesse des Hilfskomitees
   1. mit dem Zentralbuero des Hilfswerks
   2. mit der Kanzlei der E.K.i.D.
   3. mit den Landeskirchen sofern nicht die betreffende Landesstelle des Hilfskomitees zustaendig ist hierfuer.
   4. mit den auslaendischen und staatlichen Stellen sowie mit den hoeheren Besatzungsbehoerden im Wege ueber das Zentralbuero.

d) Die Hauptstelle traegt Sorge fuer einen gewissenhaften leib- und seelsorgerlichen Dienst an allen erreichbaren und bedueftigen Glaubensgenossen in ihrer gegenwaertigen Notlage, wobei im besonderen gedacht ist an:
   1. Hilfe fuer Arbeitsunfaehige, Kranke, Heimkehrer und sonstige Unterstuetzungsbeduerftige
   2. Arbeitsvermittlung und Beistand zur Gruendung einer beruflichen Existenz und Sesshaftwerdung unserer Glaubensgenossen
   3. Pruefung und Ausnutzung der sich ergebenden Moeglichkeiten einer Auswanderung nach Uebersee
   4. Die seelsorgerliche Betreuung unserer Glaubensgenossen, besonders in der Zerstreuung auf die Art, dass unsere Heimatgeistlichen sie von Zeit zu Zeit besuchen und zu Gottesdiensten oder zu

sonstigen Veranstaltungen sammeln
5) Die standige Fuehlungnahme mit den Glaubensgenossen durch ~~schriftliche~~ Mitteilungen und Nachrichten (Rundschreiben)

Paragraph 9

Die Hauptstelle steht unter der unmittelbaren Leitung des Vorsitzenden. Als Mitarbeiter wird ihm ein Geschaeftsfuehrer beigegeben. Der Geschaeftsfuehrer wird auf eine freie Bewerbung hin auf Vorschlag des Vorsitzenden vom Vorstand gewaehlt. Er traegt in erster Linie die Verantwortung fuer die gewissenhafte und rechtzeitige Erledigung der Korrespondenz des Hilfskomitees und fuer die Arbeiten verwaltungsmaessiger Art. Er hat das Zeichnungsrecht im Auftrag (i.A.). Wichtige Verlautbarungen und Schreiben sind jedoch von dem Vorsitzenden immer gegenzuzeichnen

B.

Die Zonen- und Landesstellen.

Paragraph 10

In allen Zonen bzw. Laendern, in denen die Zahl unserer Glaubensgenossen 1000 erreicht oder uebersteigt, ist eine hauptamtliche Stelle zu errichten. Sie versieht ihre Arbeit nach den Richtlinien der Hauptstelle und hat ueber deren Fortgang in regelmaessigen Zeitabstaenden Bericht zu erstatten.

Paragraph 11

Der Leiter der Landesstelle wird vom Vorstand ein- bzw. abgesetzt und nur im Falle einer besonderen Dringlichkeit ist nach Paragraph 5 d) und 6 e) vorzugehen.

Paragraph 12

Die Zonen- und Landesstellen stehen mit der Hauptstelle in unmittelbarem Schriftverkehr und vertreten die Interessen der von ihnen betreuten Glaubensgenossen bei den staatlichen und kirchlichen Stellen ihrer Zone bzw. ihres Landes. Mit dem Zentralbuero des Hilfswerks und staatlichen oder kirchlichen Stellen ausserhalb der betreffenden Zone oder des betreffenden Landes verkehren sie nur ueber die Hauptstelle.

Paragraph 13

a) Die Leiter der einzelnen Zonen- und Landesstellen des Hilfskomitees koennen in Bedarfsfaellen im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden und dem Vorstand in ihrem Betreuungsgebiet Zweigstellen errichten, die ihnen unterstellt sind.
b) Die Zonenstelle in Berlin arbeitet im Sinne der Satzungen des Hilfskomitees selbstaendig in umsichtiger Beachtung der dort obwaltenden Verhaeltnisse.
c) Zonen- und Landesstellenleiter nehmen an den Sitzungen des Vorstandes mit beratender Stimme teil.

ikgs

C.

Kreis- und Ortsvertrauensleute

Paragraph 14

In jedem Landkreis, in dem eine Anzahl von Glaubensgenossen untergebracht wird, soll nach Moeglichkeit ein Kreisvertrauensmann eingesetzt werden, der das Vertrauen der dortigen Landsleute besitzt. Wo in einer Ortschaft ueber 50 Glaubensgenossen untergebracht sind, kann ein Ortsvertrauensmann gewaehlt oder ueber Vorschlag des Kreisvertrauensmannes vom Zonen- oder Landesstellenleiter eingesetzt werden. Bei der Einsetzung von Kreis- und Ortsvertrauensleuten durch den Zonen- bzw. Landesstellenleiter ist gemaess Paragraph 5 e) zu verfahren.

Paragraph 15

Den Kreis- und Ortsvertrauensleuten obliegt die wichtige Aufgabe, den lebendigen und wirksamen Dienst des Hilfskomitees durch die persoenliche Fuehlungnahme mit den Glaubensgenossen als auch mit den kirchlichen Hilfsstellen durchzufuehren. Regelmaessige Zusammenkuenfte dieser Vertrauensleute und Aussprache und Beratung ueber ihre Aufgaben bzw. Austausch von Erfahrungen sollen von der Landesstelle erstrebt und durchgefuehrt werden.

Paragraph 16

Die Aufgabengebiete der einzelnen Amtstraeger, Vertreter und Stellen des Hilfskomitees lassen sich durch eine satzungsmaessige Ordnung nicht restlos reinlich gegeneinander abgrenzen, doch wird in dem Masse eine gute Zusammenarbeit moeglich sein, als der Dienst im Hilfskomitee im Geiste gegenseitigen Vertrauens, christlicher Verantwortlichkeit und wahrer Naechstenliebe getan wird.

Paragraph 17

Diese Satzungen des Hilfskomitees der Siebenbuerger Sachsen und Banater Schwaben beduerfen, bevor sie in Kraft treten, der Bestaetigung durch das Hilfswerk der E.K.i.D.

§ 18

Ort der Hauptstelle

Schriftleitung

ikgs

Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben

im Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland . Hauptstelle Stuttgart

Nr. 544/49
Hoe/Bo.

(14a) Stuttgart, den 21. Februar 1949

Telefon 67691
Johannesstr. 23
Postscheckkonto Stuttgart 24 648
Bankkonto Südwestbank 25 298

An die

Landesstellenleiter und
die Mitglieder des Ausschusses

Nach Durchsicht der bis heute hier eingetroffenen Stellungnahmen der Ausschussmitglieder und Landesstellenleiter, die ausnahmslos die gleiche Ansicht vertreten, ist der Vorsitzende nach eingehenden Ueberlegungen zu dem Entschluss gelangt, die Moeglichkeit der Repatriierung an unsere Landsleute heranzubringen mit dem ausdruecklichen Hinweis jedoch, dass wir keinerlei Verantwortung uebernehmen koennen.

Die Form der Verteilung an Benachrichtigungsblaettern greift einen brauchbaren Vorschlag des Landesstellenleiters von Schleswig-Holstein auf. Es geht den Landesstellen im Anschluss an diesen Brief eine Anzahl Merkblaetter zu, auf denen Raum zum Einfuegen der Anschrift frei geblieben ist. Wir bitten, die Verteilung nach eigenem Gutduenken vorzunehmen.

Es wird vielleicht angebracht sein, die Repatriierungswilligen ausdruecklich darauf aufmerksam zu machen, dass sie nicht alle Bruecken wie Zuzug, Wohnung, Arbeitsplatz usw. hinter sich abbrechen, sondern sich auch im Falle einer Abreise in die Ostzone Rueckzugsmoeglichkeiten offen halten sollen.

Wir bitten Sie, uns die Zahl der Repatriierungswilligen zwecks Meldung nach Berlin so schnell wie moeglich durchzugeben.

Senden Sie uns bitte eine Fotografie fuer Ihren Hilfswerksausweis zu.

Fuer den Heimatbrief benoetigen wir kurze Lebensdaten der Mitglieder des Ausschusses und der Landesstellenleiter. Wir erbitten keinen langen Lebenslauf, sondern in 3 - 4 Saetzen das Wichtigste.

Mit freundlichen Gruessen

i.A. Hermine Hoechsmann

(Hermine Hoechsmann)

ikgs

Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben

München 22, im März 1949
Himmelreichstr. 3
Telefon: 2627

Einladung

Am Freitag, den 8. April 1949, findet um 14 Uhr in unserer Dienststelle, Himmelreichstr. 3 (Straßenbahn Linie 20 und 30 bis Ecke Rosenbuschstraße) erstmalig eine Besprechung aller rumäniendeutschen Studenten aus Siebenbürgen und dem Banat statt, zu der wir Sie herzlich einladen.

Zunächst sollen Wünsche u. Vorschläge zur wirtschaftlichen Unterstützung unserer Studenten gehört werden, die den Ausbau einer Selbsthilfe ermöglichen. Daneben sollen Diskussionsabende und ähnliche Veranstaltungen angebahnt werden, die eine engere Fühlungnahme unserer Studenten untereinander gewährleisten.

In wieweit ein enger Zusammenschluß aller Studenten aus Siebenbürgen und dem Banat erfolgen kann, - der allein uns in die Lage versetzt, unsere Belange auch anderen Stellen gegenüber zu vertreten - wir diese Besprechung zeigen.

Wir hoffen, daß es im Rahmen eines zu gründenden landsmannschaftlichen Vereins aller Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben möglich sein wird, unseren Studenten mehr als bisher helfend zur Seite zu stehen.

Wir bitten, Ihre bekannten Kommilitonen aus der Heimat zu dieser ersten Besprechung gleichfalls einzuladen.

Mit heimatlichem Gruß
I.A.

gez. Dr. Otto Appel

ikgs

1. Bäckereiwesen?
Korn?
Papier?

2. Arbeiter

3. Kriegsauszeichnungen d. deutsche Auszeichnungen

4. Einkäufer

5. Finanzielle Nöte u. Hilfe

Gehälter

a. Arbeitsstellenwechsel: Häufigkeit

b. Arbeit

c. Kriegsbeschädigte

d. Bäckereiberufe

e. Derzeitige Lage/Aussichten

f. Fachschulwesen?

g. Ausländische Bäcker-
Französische Elsässer

Italiener

Engländer

Columbia-Mannschaft

Dr. Heinrich Stöcklein
(136) Starnberg a. See
Josef Fischhaberstr. 15

Drucksache

Bundesarchiv Koblenz
Bibliothek
Filmdokumente der Stiftung Bundesarchiv
Filmmaterialien, die Sie benutzen und
bestellen wollen, finden Sie in unserem
Findbuch
Postanschrift: 5400 Koblenz
Tel. 2627

ikgs

Herrn Dr. Heinrich Zillich z.Kenntnisnahme

Abschrift

Prof. Dr. Otto Folberth

Salzburg, 25.3.1949
Hellbrunnerallee, 53

An das Hilfskomitee der
Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben
im Hilfswerk der evangelischen Kirchen in
Deutschland, Landesstelle Bayern,
München 22
Himmelreichstr. 3

Sehr geehrte Herren!

In Ihrem Auftrag wurde ich von Herrn Dr. Heinrich Zillich aufgefordert, im Rahmen einer Gedächtnisfeier zum 100. Todestag Stefan Ludwig Roths am 15. Mai in München die Festrede zu halten. Ich danke Ihnen für Ihr freundliches Anerbieten. Die Zusage fällt mir insoweit etwas schwer, als mir meine gegenwärtige finanzielle Lage keinerlei unnötige Ausgaben gestattet und Sie, wie mir Herr Dr. Zillich mitteilt, wohl meine Reisespesen zu decken bereit sind, hingegen sich außerstande sehen, mir zusätzlich auch noch ein Honorar in Aussicht zu stellen, mit dem ich meine übrigen Ausgaben decken könnte. Vielleicht ließe sich aber folgender Ausweg finden: Ich bin gerade im Begriffe, eine Spruchsammlung Stephan Ludwigs Roths als Broschüre zu seinem 100. Todestag herauszugeben, die vor allem bei der am 7. Mai in Ober-Österreich stattfindenden großen Gedenkfeier für Stephan Ludwig Roth an unsere hiesigen Landsleute verkauft werden soll. Ich könnte von dieser Broschüre leicht auch nach München soviel Exemplare mitnehmen, daß durch Verkauf derselben (etwa zum Preise von DM 1,--) wenigstens eine bescheidene Einnahme für mich erzielt werden könnte.

Außerdem würde sich meine Reise wirtschaftlicher gestalten, falls ich im Anschluß an München auch in anderen Orten zu unseren Landsleuten über Stephan Ludwig Roth sprechen könnte. Ich denke da in erster Linie an Stuttgart, wo es, so weit ich unterrichtet bin, ein ähnliches Hilfskomitee wie in München gibt. Ich habe diesbezüglich bereits an Fräulein Csaki geschrieben.

Im Brief von Herrn Dr. Zillich heißt es, daß die Münchner Gedächtnisfeier in einer Kirche stattfinden solle. Wie wird eingeleitet durch ein Orgelspiel, hierauf folge meine Ansprache. Drittens würden aus den Werken Roths einige Sprüche durch einen geeigneten Sprecher vorgetragen werden und die Feierstunde werde wieder durch Musik abgeschlossen. Ich habe gegen diese Vortragsfolge grundsätzlich nichts einzuwenden, bin auch gerne bereit, Ihnen eine Anzahl von geeigneten Sprüchen Stephan Ludwig Roths zeitgerecht zur Verfügung zu stellen.

Zunächst möchte ich aber von Ihnen erfahren, ob die Veranstaltung tatsächlich in einer Kirche oder aber in einem profaneren Rahmen stattfinden wird. Ich hätte auch gegen einen solchen grundsätzlich keine Bedenken. Dieser letztere hätte sogar den Vorteil, daß Eintrittspreise eingehoben werden könnten.

In Erwartung Ihrer baldigen Gegenäußerung zeichne ich mit landsmännischem Gruß als

Ihr ergebener

gez. Otto Folberth

ikgs

DM ... Pf

für Konto Nr. 24648

PScha Stgt.

Eingezahlt am ... 194...

Absender
(Name, Wohnort, Straße, Hausnummer, Gebäudeteil, Stockwerk):

betrifft (Rechnung, Kassenzeichen, Buchungsnummer usw.)

Das Postscheckamt sendet diesen Abschnitt dem Gutschriftempfänger

DM ... Pf für Konto Nr. 24648

Absender:

Zahlkarte

Zum Aufkleben der Freimarke durch den Absender (Gebührensätze umseitig)

auf ... DM ... Pf, wörtlich:

Deutsche Mark | Pf wie oben

für Hilfskomitee

der Siebenbürger Sachsen und Banater

im Hilfswerk der Evang. Kirche in D

Hauptstelle Stuttgart

in Stuttgart W, Johannesstr. 23, Tel. 69991

Konto Nr. haben 24648

Postscheckamt Stgt.

Postvermerk

Nr.

Eingetragen durch:

Eingangs-Nr.

am ...

Schlütersche Hannover, 10 000 000, 8.48/813

Δ 51

(Raum für Vermerke des Absenders für seinen eigenen Geschäftsbetrieb; falls erwünscht, hier auch Kontonummer und Postscheckamt des Empfängers vermerken)

Einlieferungsschein

— Sorgfältig aufbewahren —

Deutsche Mark ... Pf

(in Ziffern)

für Hilfskomitee

der Siebenbürger Sachsen und Banater Sch

im Hilfswerk der Evang. Kirche in D

Hauptstelle Stuttgart

in Stuttgart W, Johannesstr. 23, Tel. 69

Postvermerk

Einlieferungsnummer

Postannahme

Heimatbrief

der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben

Herausgegeben vom Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben. Der Vorsitzende: Fritz-Heinz Reimesch unter Mitarbeit von H. Zillich, Starnberg. G. Rottmann, Kühstein. H. Höchsmann, Stuttgart. B. Csaki, Stuttgart. - Der Heimatbrief ist kein Druckerzeugnis im Sinne des Pressegesetzes. Er ist für einen bestimmten Personenkreis vorgesehen und kann im Zeitungshandel nicht bezogen werden.

Jahrgang 1 | April 1949 | Folge 1



Jugend auf dem Osterspaziergang in Meschendorf/Siebenbürgen

Originalzeichnung von Ragimund Reimesch

ikgs

Zum Geleit!

Zehntausende von Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben hat der furchtbare Krieg, der hinter uns liegt, der aber noch immer nicht beendet zu sein scheint, aus der alten Heimat hinaus in eine kalte Welt gestoßen, die uns nicht kennt und in der wir uns erst mit Mühe und Schmerzen zurecht finden müssen. Die Geborgenheit des väterlichen Hauses, die mütterliche Liebe, die Umhegtheit im trauten Verein der Freunde mangelt uns und wir stehen einem schweren, oft grausamen Lebenskampfe gegenüber, der kein Pardon kennt. Wir sind seit unserer Einwanderung nach Siebenbürgen oder in das Banat immer Menschen einer starken Gemeinschaft gewesen, nicht aus sentimentalen Gründen, sondern aus der Erkenntnis, daß wir die Aufgaben, die uns das Schicksal gestellt hatte, Kolonisatoren zu sein, nur dann erfüllen konnten, wenn wir gemeinsam nach dem gesteckten Ziele strebten. Wir vermögen viele Beispiele aus unserem Kolonistendasein dafür zu erbringen, wie wesentlich diese Gemeinschaft auf allen Gebieten unseres Lebens gewesen ist und wie schwer wir leiden mußten, wenn wir diese Gemeinschaft aufgaben.

Nun Zehntausende entwurzelt sind, nicht mehr den Boden unter den Füßen haben, den der Ahn der Wildnis abgerungen hatte, nicht mehr gestärkt werden durch Brauchtum, Sitte, Mundart und Heimat, die das unüberwindliche Mauerwerk unserer Vorpostenstellung des christlich-germanischen Abendlandes im Südosten darstellten, umbraust uns alle eine große Gefahr. Es ist die der Einebnung, des Aufgehens in eine wesenlose Masse. Wir leben nun zu Zehntausenden in Deutschland, soweit es diesen Begriff überhaupt gibt, jedenfalls in den verschiedenen Ländern, aus denen unsere Ahnen vor 800 oder 200 Jahren nach Siebenbürgen oder dem Temescher Banat ausgewandert waren, um im Südosten Kulturträger zu sein. Wir fühlen uns in Deutschland leider oft fremd, obwohl es doch das Land unserer Ahnen und unserer Sehnsüchte gewesen ist.

In früheren Zeiten gehörte es für viele unserer Landsleute zu den größten Wünschen ihres Lebens, dieses Deutschland, dies Mutterland unseres Blutes, unserer Kultur, Sprache und Gesittung zu besuchen. Ein Idealland stand vor unserem geistigen Auge, gewissermaßen ein Himmelreich auf Erden. Allerdings, wer dann Gelegenheit hatte, sich das Deutschland des täglichen Lebens gründlicher anzusehen, der gewahrte, daß auch hier mit Wasser gekocht wurde und durchaus nicht alles Gold war, was glänzte. Aber immerhin, wenn man dann etwa nach Abschluß seiner Studien wieder nach Hause zurückkehrte, dann verblasste das Alltägliche und Deutschland wurde wieder zu dem, was man sich einst erträumt hatte, wurde wieder Ideallandschaft!

Und war sie es nicht auch? Deutschland war das Mutterland, und so, wie jedermann seine Mutter liebt, verehrt und nicht duldet, daß ein Anderer Fehler an ihr findet, so haben auch wir unsere Mutter Germania schwärmerisch geliebt und Deutschland als das schönste Land auf Erden neben unserer Heimat gepriesen, selbst wenn wir ganz genau seine Mängel und Fehler kannten. Wer hätte uns das verübeln dürfen! Diese Liebe aber war einseitig. Uns Deutsche, die wir irgendwoher aus dem Auslande, gar aus dem Osten oder Südosten kamen, haben die Reichsdeutschen stets etwas mitleidig oder überheblich über die Achsel angesehen, haben uns wohl oft recht unbedachte Fragen gestellt, uns nie für voll genommen und leider wußten sie meistens auch alles besser als wir, selbst Dinge des Auslandes, die wir von dorther und nicht irgendwoher aus Dummsdorf kamen. Wir haben dann gewöhnlich gelächelt, versuchten aufzuklären und weil wir das meistens taktvoll und höflich taten, hat man uns wohl persönlich geglaubt und seine vorgefaßte Meinung vielleicht auch revidiert, im allgemeinen aber doch an der eingebildeten turmhohen Ueberlegenheit festgehalten.

Es wurde dann einmal Mode, sich in Deutschland gewissermaßen amtlich für das Deutschtum im Ausland zu interessieren. Wir hatten ja oft genug darüber geklagt, daß man kein Interesse für uns habe. Nun uns dies amtliche Interesse aber auch nicht sonderlich behagte, weil es zu plump betrieben wurde, und wir um einigen Takt baten, fing man an, uns für Querköpfe zu halten.

Die Liebe also blieb einseitig. Leistungen aber forderte man von uns, die weit über das hinausgingen, was der kluge Menschenverstand hätte fordern dürfen. Wir haben erfüllt, weitgehend erfüllt, auch als die Einsichtigen unter uns bereits erkannt hatten, daß wir viel mehr würden büßen müssen, als wir Schuld auf uns geladen hatten.

Das war Schicksal!

Es ist fraglich, ob wir ihm hätten entrinnen können?

Nun leben Millionen Heimatvertriebener in dem eng, arm und elend gewordenen Deutschland, darunter auch Zehntausende von Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben. Ueber das Wie brauchen wir nicht zu sprechen, denn wir erleben es alle Tage aufs Neue. Als man uns glaubte brauchen zu können, klopfte man uns „volksgenössisch" auf die Schulter, heute sind wir eine höchst unangenehme Last, und könnte man, so bürdete man uns Heimatvertriebenen alle Schuld auf, als ob wir nicht schwerer trügen als alle die Einheimischen, weil wir die Heimat, dies kostbarste Gut, verloren haben.

Doch wir wollen nicht herb und auch nicht ungerecht sein, trotz unserer Notlage. Daß wir von Gesetzen und Verordnungen nicht viel zu erwarten haben, wissen wir, denn sie sind Papier! Wir wollen lieber das Positive herausstellen und darüber nachsinnen, wie wir uns aus eigener Kraft weiterhelfen können. Das erscheint uns zweckvoller. Es wäre undankbar und ungerecht, wenn wir derer, die uns in unserer Not wirkliche, echte Liebe geboten haben, nicht zuerst gedenken wollten, nämlich der Kirchen! Sie haben sich an das Wort des Apostels Paulus im Brief an die Galater ernstlich, eifrig und treu gehalten:

> „Als wir denn nun Zeit haben, so lasset uns Gutes tun an jedermann, allermeist aber an des Glaubens Genossen."

Wenn wir heute ein Hilfskomitee besitzen, wenn insgesamt zwanzig solcher Institutionen die andern Gruppen der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge betreuen, so deshalb, weil sich die Evangelischen Kirchen in Deutschland bewußt waren, eine große Aufgabe gerade an den Entwurzelten erfüllen zu müssen. Die Katholische Kirche hat es nicht anders gehalten. Dies große Erlebnis, daß uns die Evangelische Kirche durch ihr Hilfswerk in dienender Liebe und Opferbereitschaft bereitet hat, die uns Zuflucht bot in einer Zeit, in der sich die caritative Arbeit ungeheuer auftürmte, hat uns mit unauslöschlichem Danke erfüllt, legt uns aber auch große Verpflichtungen auf. Daß die Landsleute in Amerika sich unser annahmen und Tausende von Liebesgabenpaketen schickten, bereitet uns ebenso Freude, dazu körperliche und seelische Stärkung, denn wir fühlten, daß wir doch nicht so ganz allein waren, wohl hinausgestoßen in eine fremde Welt, die wir nicht mehr verstanden, aber doch nicht verlassen.

Was aber haben wir nun selbst zu tun?

Es ist nie unsere Art gewesen, Almosenempfänger zu sein. Wir haben immer lieber gegeben, denn genommen. Und so müssen wir darnach trachten, uns auf eigene Beine zu stellen und unser Los in eigene Hände zu nehmen. Die Männer und Frauen, die den Vorstand und den Großen Rat unseres Hilfskomitees bilden, haben sich bei ihrer Vertreterversammlung Ende Januar ds. Js. nicht nur ein Statut gesetzt, sondern sind sich auch darüber einig geworden, die Reihen enger zu schließen und darnach zu trachten, jeden in Deutschland lebenden Volksbruder

und jede Volksschwester fest an uns anzugliedern. Es ist unsere Pflicht, einzustehen für einander und uns gegenseitig zu helfen in allen Nöten des täglichen materiellen Lebens.

Wir sind immer stolz darauf gewesen, eine durch und durch genossenschaftlich denkende und handelnde Einheit zu sein. In der Heimat war dies leicht, weil wir eng beieinander wohnten. Nun, wo Zehntausende in großer räumlicher Zerstreutheit in allen Zonen Deutschlands zu leben genötigt sind, ist es schwer, diese Einheit herzustellen. Aber sie muß geschaffen werden, uns allen zum Segen und allen Gewalten zum Trotz.

Als erstes sichtbares Zeichen dieses Willens wurde beschlossen, einen „Heimatbrief" regelmäßig erscheinen zu lassen, der allen in Deutschland lebenden Landsleuten zugestellt werden muß, denn nur über ihn wird es möglich sein, diese Einheit zu begründen. In unserem Heimatbrief soll der Landsmann all das finden, was er zur inneren Stärkung und zur Beratung und Aufklärung braucht. Deshalb sei jeder Landsmann aufgefordert, uns Anschriften der Landsleute zu senden, uns seine Erfahrungen oder Wünsche bekannt zu geben, kurzum, uns mit Rat und Tat zu unterstützen.

Nach Möglichkeit wollen wir alle Monate einen Heimatbrief herausbringen. Das hängt auch davon ab, ob wir die Mittel dafür aufbringen können, weshalb jeder Empfänger dieses Heimatbriefes aufgefordert wird, sein Scherflein dazu beizutragen. Wenn jedermann mithilft, so wird es uns gelingen, dies geistige Band um alle unsere Brüder und Schwestern zu schlingen, denn wir wollen uns an die Worte im Römerbrief halten „Seid fröhlich in Hoffnung, geduldig in Trübsal, haltet an am Gebet"!

In diesem Sinne grüßen wir, die wir die Geschicke unseres Hilfskomitees zu leiten beauftragt wurden, alle Landsleute in Deutschland aufs das herzlichste.

Fritz Heinz Reimesch	Pfarrer G. Rottmann	H. Höchsmann
1. Vorsitzender	2. Vorsitzender	Hauptgeschäftsführer

Siebenbürgen, Land des Segens

Siebenbürgen, Land des Segens,
Land der Fülle und der Kraft,
Mit dem Gürtel der Karpaten
Um das grüne Kleid der Saaten,
Land voll Gold und Rebensaft.

Siebenbürgen, Meeresboden
Einer längst verflossenen Flut:
Nun ein Meer von Aehrenwogen,
Dessen Ufer, waldumzogen,
An der Brust des Himmels ruht!

Siebenbürgen, süße Heimat,
Unser teures Vaterland!
Sei gegrüßt in deiner Schöne,
Und um alle deine Söhne
Schlinge sich der Eintracht Band.

(Max Moltke)

ikgs

„Nun aber ist Christus auferstanden von den Toten"

1. Korinther 15, 20

Was man so gemeinhin Ostergedanken zu nennen pflegt, hängt wohl irgendwie zusammen mit dem natürlichen Auf und Ab alles Lebens auf dieser Erde, mit der Ebbe und Flut in den Wogen unseres Blutes, mit dem Kommen und Gehn der Generationen, mit dem Blühen und Welken der Jahreszeiten. In Hoffen und Sehnen schwingt unsere Seele beim Erwachen eines neuen Frühlings in diesem Rhythmus der Natur mit. Möge doch so wie der harte Winter sein Ende gefunden hat, wie die schneidenden Stürme von linden Lüften abgelöst werden, auch mein Leben sich erneuern und wenden, mögen doch auch in der Völkerwelt neue, bessere und friedlichere Kräfte sich durchsetzen und die Zeit der Schrecken und Stürme ablösen. Das Gleichnis der Natur scheint uns die Möglichkeit eines Glaubens daran nahezulegen und läßt unser winterliches, zweifelndes Herz vielleicht zeitweise weich werden und von einer besseren Zukunft träumen, der eigenen Zukunft und der Zukunft in der Welt.

Aber bleibt nicht mehr denn je in der heutigen Zeit, nach all den ernüchternden Erfahrungen, die unsere Generation mit sich selbst, mit dem Menschen schlechthin in seiner Politik und Geschichte gemacht hat, so ein Traum doch eine sehr vorübergehende und das nüchterne Denken über unser wirkliches, alltägliches Leben kaum berührende Stimmung? Können uns Osterbetrachtungen, die mit diesen Gedanken trösten und aufrichten wollen, noch ernstlich bewegen? Ist heutzutage das schöne Osterwetter nicht immer wieder nur gerade gut genug, um erneut den vielen Bauern unter uns schmerzlich bewußt zu machen, daß es nicht abzusehn ist, ob und wann sie wieder einmal auf eigenem Grund und Boden mit der Frühjahrsarbeit beginnen werden? Können uns diese Gedanken die immer noch währende Trennung von unseren Familien, die Sorge um liebe Menschen in Rußland erträglicher machen? Lichtet sich der politische Horizont mit dem strahlenderen Aufgehn der Sonne an einem von den Winterwolken wieder reingefegten blauen Himmel?

Möge sich jeder diese Fragen ehrlich beantworten. Die Antworten werden verschieden ausfallen und doch auch nicht allzuverschieden. Es ist eine schwache, vorübergehende Hoffnung und für viele gar keine.

Mit dem Wort, das über unserer Betrachtung steht, ist ein anderes Ostern gemeint. Die Osterbotschaft der christlichen Kirche hat mit diesen Frühlingsgedanken und Gleichnissen nichts gemein. Sie redet von einem Ereignis, das in diesen Kreislauf des natürlichen Lebens nicht hineingehört, nicht aus seinen Kräften und seinem ewigen Wechsel stammt. Sie redet von einer schlechthin neuen und aus den Zusammenhängen unserer Welt nicht erklärbaren Tat des lebendigen Gottes, die den Einbruch einer neuen Welt in diese alte, dem Todesschicksal verfallene und der sündigen Verstricktheit der Menschen preisgegebene Welt bedeutet. Sie redet von Jesus Christus!

Dieser Jesus Christus, so wahr er Mensch war, ist nicht nur einer von uns, und wenn auch einer unserer großen, wegweisenden Persönlichkeiten, der ein neues Vermächtnis an Ideen, Werten, Impulsen und neuer Hoffnung auf einen nun noch einmal zu versuchenden besseren Weg, einen Ausweg aus der immer wieder verfahrenen Situation des einzelnen Menschen, der Menschheit hinterlassen hätte, ein neues weltanschauliches und politisches Programm neben den vielen andern. Der Mensch Jesus — das bezeugt und verkündigt die Osterbotschaft unserer Welt — ist als der Christus Gottes, der selber Gott ist, der schlechthin Lebendige, der Sieger über den Kreislauf dieser Welt, über Sünde, Tod und Teufel: „Christus ist auferstanden von den Toten!" — Er ist als der

ikgs

Lebendige bei uns alle Tage bis an der Welt Ende, bis er wiederkommen wird sein Werk zu vollenden, den neuen Himmel und die neue Erde aufzurichten, in der Gerechtigkeit wohnt.

Es ist auch dies durchaus ein politisches Programm, d. h. es geht dabei auch um diese unsere Erde in allen ihren menschlichen Zusammenhängen. Diese Tat ist — begleitet von all den für menschliche Augen bestimmten Zeichen des irdischen Lebens Jesu — der entscheidende Anfang einer Erneuerung unserer Welt, um die wir uns so vergeblich bemühn, aber im Unterschied zu unseren Erneuerungsplänen und Frühlingshoffnungen ist es Gottes Plan, dessen Durchführung er sich vorbehält. Darum ist es auch ein uns noch weitgehend verborgener Plan, allein in dem Glauben an die Person Jesu Christi offenbar, und damit ein in der Welt angefochtener Plan. Die Welt kann nach wie vor immer wieder daran vorbeidenken und vorbeigehn. Wir Menschen schlagen uns weiter mit unseren vorläufigen Weltanschauungen und Plänen herum und setzen immer von neuem darauf unsere Hoffnungen. Und auch die unter uns, die sich Christen nennen, bauen — nicht anders als alle Menschen — schlecht und recht, nach bestem Wissen und Gewissen an diesen menschlichen Plänen mit. Sie unterscheiden sich nicht darin von den andern, von den Nichtchristen, daß sie nach einem besonderen christlichen Rezept erfolgreicher die Dinge meistern könnten. (Hätten sie so ein Rezept und wäre das die Verheißung und der Auftrag ihres Christseins, die Welt müßte nach 2000 Jahren Christentum anders aussehn, als sie tatsächlich mit all ihren Kirchen und auch nicht ohne weitgehende Schuld der Christen heute aussieht.) Was die Christen aber unterscheidet, ist die frohe Gewißheit des Osterglaubens, daß — obwohl sie mit all ihrer Christlichkeit den neuen Himmel und die neue Erde genau so wenig herbeiführen können, als es ein anderes menschliches Unternehmen kann — so oft sich menschliche Unternehmungen auch als endgültige Heilslösungen gebrüstet haben, sei es der Nationalsozialismus, sei es der Kommunismus oder irgendeine demokratische Ideologie, um nur von unserer Zeit zu reden — daß sich inmitten dieses menschlichen und christlichen Probierens ein anderer, Mächtigerer der Dinge angenommen hat, der es auch hinausführen kann. Gegen allen Augenschein und menschliches Vermögen können sie es im Blick auf Jesus Christus festhalten, daß die Liebe trotz allem größer sein wird als der Haß, die Gerechtigkeit den längeren Atem haben wird gegenüber der Ungerechtigkeit, das Leben und damit die Freude und der Friede das letzte Wort behalten gegenüber allem Krieg und Leid und Tod. Er garantiert dafür.

Und das wird es ihnen dann auch immer wieder geboten und sinnvoll erscheinen lassen sich schon jetzt in aller Vorläufigkeit und in allem Stückwerk mutig und unbeirrbar und selbstverständlich zur Verfügung zu stellen, mitzuhelfen und mitzuarbeiten dort, wo in unseren menschlichen, beruflichen, politischen Zusammenhängen — auch heute — die größere Selbstlosigkeit, die größere Gerechtigkeit, der größere Friedenswille am Werk ist, und alle Mißerfolge und alles Leid wird sie nicht ganz hoffnungslos niederdrücken können. Sie haben die Verheißung, daß es ihnen immer wieder gelingen wird zum Zeichen und Zeugnis dafür, daß Er lebt und der wahre Heiland ist, nicht nur der Christen, sondern aller Menschen!

Diese Osterbotschaft könnte auch uns Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben zu Ostern 1949 inmitten aller Bedrängnisse, die ein Flüchtlingsschicksal auch in diesem Jahr immer noch umgeben, ein wenig mutiger, unbeirrbarer, ein wenig fröhlicher machen, bei aller noch so nüchternen und realen Beurteilung dessen, was von der nächsten Zukunft für uns zu erwarten steht und ganz ohne, daß wir gefangengenommen werden müßten von irgendwelchen unwirklichen Frühlingsstimmungen. Gott möge auch uns heute den Glauben und das Verständnis dafür aufgehn lassen, was es bedeutet: „Nun aber ist Christus auferstanden von den Toten."

Brigitte Csaki.

Der Vertriebene

Wunder des Morgens, wenn singend die Vögel erwachen,
verjüngendes Wasser den Traum aus den Augen entspült,
die Gasse zu brausen beginnt und am Tore das Lachen
in Rudeln die Kinder versammelt — wie hab ich dies einstens gefühlt!

Wie flog ich ins Freie, als rief mich das Wagnis der Meere!
Und rief mich das Werk, so ergriff ich's mit wütender Lust.
Ich schuf's mit beseligtem Atem, als hätte ich Speere
zur Sonne geschleudert. Ach, einstens — wie hab ich zu leben gewußt!

Wie blühte die Heimat dem Volk in die säenden Hände,
das treu seinem Zeichen die Flügel noch adlerhaft schwang,
nach Arbeit die Vesper genoß als des Ewigen Spende
und blickte ins Blaue der Zukunft! Nie war mir ein Tag je zu lang!

Nun lebe ich stumm und das Haupt voll entsetzlichen Bildern.
Oft ruft es mich an wie aus Wolken: Vergißt du es nicht?
O niemals! Ich schwöre, den Enkeln noch will ich es schildern,
und jedem beschatte das Wissen von früh auf das Kindergesicht.

Man trieb uns hinaus aus der Heimat, zu Bettlern gezwungen,
und was noch geschah — ich weiß es, ich weiß es, mein Gott,
vielleicht aber ist unser Wehschrei zu dir nicht gedrungen.
Kein Donner ergrollte, kein Blitzstrahl zerflammte den blutigen Spott.

Sieh unsre Werke getürmt und gespiegelt im Strome,
sieh sie noch ragen, und ringsum verödet das Land.
So sind wir! Als Bettler noch lassen wir hinter uns Dome,
doch wer uns verjagte, deß Füße verwandeln den Acker zu Sand.

Der Saatmenschen Gott bist du schrecklicher Gott auch der Horden.
Wer kennt deinen Willen? Das Lachen der Kinder durchklingt
verheißend mich oft, als frohlocke das Recht übers Morden.
Ach, wann? Mich erfreut nur der Abend, weil wieder ein Tag dann versinkt.

Heinrich Zillich.

Aus der Vergangenheit unserer Heimat

„Alles, was wir tun, um unserm Volk den Schatz seiner Geschichte und Sage zu erhalten und ins Herz zu schreiben, ist eine Tat zu seiner Stärkung."

Bischof Friedrich Teutsch.

König Geisa II., unter dessen Regierung die Einwanderung der Siebenbürger Sachsen stattgefunden hat, regierte in der Zeit zwischen 1141—1162. Die Geschichtsforscher unseres Volkes haben bisher nicht feststellen können, wann die ersten Einwanderer auf dem Königsboden eingetroffen sind. Vermutlich nicht vor dem Jahre 1149, denn es ist durchaus möglich, daß die Einwanderung durch den zweiten Kreuzzug ausgelöst wurde, den Kaiser Konrad III. (1138—1152) zusam-

men mit König Ludwig VII. von Frankreich (1147—1149) unternommen hat. Der Zug führte durch Ungarn, und es geht die Sage, daß der Kaiser dem jungen König Geisa II. als Dank für seine Hilfe die Erlaubnis gegeben habe, Kolonisten in Deutschland zu werben. Es sind also jetzt 800 Jahre vergangen, daß die ersten Einwanderer nach Südsiebenbürgen gekommen sind. Woher sie eingewandert waren, hatten unsere Ahnen vergessen. Selbst ein so gelehrter Mann wie der berühmte Stadtrichter von Kronstadt, Michael Weiß, der in Deutschland gewesen war und auf der Hohen Schule zu Prag studiert hatte, erklärte einmal in einer Rede auf dem Landtag, daß die Deutschen Siebenbürgens die Nachkommen der Goten seien. Erst vor etwa 70 Jahren begannen unsere heimischen Forscher nach der Urheimat der Siebenbürger Sachsen zu fahnden, und Prof. Dr. G. K i s c h stellte eine Karte her, aus der hervorgeht, daß über 300 unserer Ortsnamen mit solchen in Westdeutschland teils ganz übereinstimmen, teils sehr ähnlich lauten. Daß wir uns in unserer Mundart mit den Luxemburgern und den Volksgenossen zwischen Hunsrück und Eifel leicht zu verständigen in der Lage sind, haben gewiß schon viele unserer Landsleute feststellen können. Die Bewohner dieser Gegenden wissen auch alle, daß vor vielen Jahrhunderten Kolonisten nach dem Südosten auszogen, um sich eine neue Heimat zu begründen. Unsere Urahnen kamen auf Grund der Forschungen von Prof. Dr. G. K i s c h und Prof. Dr. Richard H u ß meist aus den Gebieten zwischen Metz, Luxemburg, Aachen, Düsseldorf, von Köln und Bonn, aus dem Wuppertal sowie aus dem Moseltal nach Siebenbürgen. Es ist auch durchaus möglich, daß nicht nur Deutsche damals den Weg nach dem Südosten angetreten haben, sondern zusammen mit ihnen auch Flamen und Wallonen.

*

Die Heldsdörfer erzählen, daß das Burzenland vor Zeiten ein großer See gewesen sei, was vor Jahrzehntausenden wohl auch der Fall gewesen sein dürfte. Die Heldsdörfer sind ein knorriger und stolzer Schlag. In der Gründungssage von Heldsdorf wird erzählt, daß der erste Gräf der neuen Gemeinde namens Held oder Hiltvin derjenige gewesen sei, der mit vieler Mühe den Abzugskanal für die Wasser des Sees gegraben habe und so das Land trockengelegt worden sei. Dieser Mann dürfte allerdings nicht den vorgeschichtlichen See abgeleitet haben, sondern das versumpfte Gebiet, auf dem er die Gemeinde angelegt hat, entwässert bzw. den Anfang zu dieser Melioration gemacht haben. Wir wissen, daß die ersten Einwanderer im Burzenland Großes gerade auf diesem Gebiet geleistet haben, denn das flache Land war, da bei der Einwanderung kaum Menschen im Burzenlande lebten, versumpftes Unland, das erst der Kultur erschlossen werden mußte. Die erste Siedlung der Einwanderer lag wohl dort, wo noch die Ruine der alten Heldenburg zu sehen ist, denn solange das den Einwanderern zugewiesene Land sumpfig war, konnten sich die Kolonisten nicht in der Niederung ihre Wohnungen errichten. Angeblich soll Heldsdorf eine Tochtersiedlung von Zeiden und Marienburg sein, die bald nach der Gründung sehr volkreich wurden, so daß das unternehmungslustige Jungvolk unter Führung des Gräfen Hiltvin auszog, das vermoorte Land zu kultivieren. Das Dorf wurde Hiltvinsdorf genannt (villa Hiltvin). Daß es seinerzeit mit Marienburg in engstem Zusammenhange stand, vermutlich auch von dort her geistlich betreut wurde, ist daraus zu ersehen, daß sein Wappen, in dem ein kraftvoller Mann mit dem Streitkolben (der Haldebotschi) zu sehen ist, gegenüber dem von Marienburg auf dem schönen Flügelaltar in der Marienburger Kirche gemalt ist.

*

Als Prinz Eugen die Türken verfolgte, kam er in die Gegend von Maria Radna. Im Eifer, die Fliehenden zu erreichen, merkte der Prinz nicht, daß er mit seinen berittenen Scharen einem Abgrund nahe war. Zu spät wurde die Gefahr erkannt, und die vordersten Reiter sprengten, auf ihren Pferden sitzend, in die Schlucht.

Der Herr aber war mit ihnen; er wollte nicht den Tod der Helden, die für seine Sache stritten. Auch das Pferd Prinz Eugens fiel auf die Füße und Roß und Reiter blieben heil. In die Seitenwand der Wallfahrtskirche zu Maria Radna ist ein Felsstein eingelassen, auf dem die eingedrückte Spur eines Hufes noch immer zu sehen ist. Sie sagen, als der Fuß des Pferdes aufschlug, wurde der Stein weich und bewahrte den Prinzen von Unglück.

*

Als Prinz Eugen mit seinem Heere vor Temesvar stand um den Türken die Festung endgültig zu entreißen, da war große Not im Lande. Vergeblich suchten die Soldaten in der sumpfigen Gegend gutes Trinkwasser. Weit und breit war kein Brunnen und keine Quelle mit genießbarem Wasser zu finden. Da begab es sich, daß Prinz Eugen mit etlichen Truppen in Jahrmarkt lag und rastete. Der Feldherr hatte die Gewohnheit, so wie die Soldaten, unter freiem Himmel zu schlafen. Der Sage nach ruhte er in Jahrmarkt am Fuße einer uralten Weide und hatte einen seltsamen Traum. Eine Stimme sagte ihm, daß im Wurzelwerk der Weide, wo er eben sein Haupt zur Ruhe niedergelegt hatte, ein verborgenes Wasser fließe. Als er hierauf erwachte, braucht er gar nicht lange zu suchen, er legte die Quelle mit seinem Schwerte frei und seine Soldaten konnten das beste Wasser trinken. Sie erquickten sich an dem frischen Labsal vor der entscheidenden Schlacht. Seither fließt in Jahrmarkt bei Temesvar der Prinz-Eugen-Brunnen. Die alte Weide war noch vor einigen Jahren zu sehen. Auch fuhr in früheren Zeiten ein Bischof von Temesvar jeden Mittwoch mit seiner Kalesche hinaus nach Jahrmarkt und trank von dem Prinz-Eugen-Brunnen, weil er an die Kraft des Wassers glaubte. Heute ist die Quelle eingefaßt und überdacht. Im Volksmund führt sie den Namen: „Achenibrunnen".

Es brennt ein Weh

Es brennt ein Weh, wie Kindertränen brennen,
Wenn Elternherzen hart und stiefgesinnt,
O, daß vom Mutterland uns Welten trennen
Und wir dem Vaterland nur Fremde sind.
Noch läuten uns der alten Heimat Glocken,
Die Glocken unserer Väter, treu und schlicht,
Doch frißt der Sturm ihr seliges Frohlocken
Und Blitz auf Blitz zerstört das Friedenslicht.
Von deutscher Erde sind wir abgeglitten
Auf diese Insel, weit ins Völkermeer.
Doch wo der Schwabenpflug das Land durchschnitten,
Wird deutsch die Erde, und er weicht nicht mehr.
Wer mag den Schwaben fremd im Lande schelten.
Hier saß vor ihm der Türke, der Tartar.
Er will als Herr auf seiner Scholle gelten,
Ist Bürger hier und nicht ein Gast fürwahr.
Er hat geblutet in Prinz Eugens Heeren,
Vertrieb den Feind, der hier im Land gehaust.
Sein eig'ner König rief ihn einst in Ehren:

fkgs

„Pflüg mir den Boden, wack're Schwabenfaust."
O Heimat, deutschen Schweißes stolze Blüte,
Du Zeugin mancher herben Väternot
Wir segnen dich, auf daß dich Gott behüte,
Wir stehn getreu zu dir, in Not und Tod.

Adam Müller-Guttenbrunn.

Bericht

über die erste Vertreterversammlung des Hilfskomitees der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben am 22./23. Januar in Stuttgart

Mitten im Walde ist das Heimkehrer- oder Waldheim gelegen, das die 20 Vertreter, 5 Wahlbeauftragten, 6 Landesstellenleiter, 4 Mitarbeiter der Hauptstelle und 5 Gäste aufnahm. Die großen Glastüren ließen den hellen Sonnenschein in den Saal hinein und den Blick geruhsam auf die noch schneebedeckte Wiese und die in Schnee glitzernden Bäume hinaus. Siebenbürgische Stickereien, Wandteller und eine Reihe von Trachtenstudien der Malerin Grete Csaki-Copony machten den Raum heimatlich.

Die Vertreterversammlung sollte von Generaldechant Dr. Carl Molitoris, früher Bistritz, jetzt Ried/Oesterreich, geleitet werden, leider klappte es mit seiner Ausreise nicht rechtzeitig. Auf seine Anregung wurde Herr Pfarrer Rottmann zum Leiter der Vertreterversammlung gewählt.

Der erste Vormittag war Referaten und Erörterungen grundsätzlicher Natur gewidmet. Nach einer Morgenandacht, gehalten von Pfarrer Henrich, begrüßte Pfarrer Rottmann die Anwesenden und führte in seiner Ansprache aus, daß der Geist der Zusammengehörigkeit und Einigkeit uns in der Heimat aufs Neue zu einer festen Gemeinschaft werden ließ. Dieser Geist möge auch über dieser Versammlung walten und damit die Wege zu einer gedeihlichen Arbeit in unserem Hilfskomitee bereiten.

Den ersten Vortrag hielt Pfarrer Dr. Herbert Krimm, Hauptgeschäftsführer im Zentralbüro des Hilfswerkes, in dem er das Entstehen des Hilfswerks und die Schaffung der Hilfskomitees als Hilfswerke der verdrängten Ostkirchen darstellte. Nach diesen sehr eindrucksvollen Ausführungen bat Herr Kirchenpräsident Hamm, Hauptgeschäftsführer des Hilfskomitees der Evang. Jugoslawiendeutschen und Leiter der Arbeitsgemeinschaft aller Hilfskomitees in Stuttgart, von einem geschlossenen Referat seinerseits abzusehen und gleich in die Diskussion über die Aufgaben der Hilfskomitees einzutreten, zu deren Fragen er dann Stellung nehmen wird.

Die erste Frage in der Diskussion war die der Banater Schwaben im Hilfskomitee. Hier scheinen 2 Prinzipien gegeneinander zu wirken. Die alte landsmannschaftliche Verbundenheit aus der Heimat, die besonders in der jüngeren Generation noch nachwirkt und die konfessionelle Verschiedenheit. Man versuchte in der Diskussion klare Gesichtspunkte zu erreichen, was aber nicht gelang, da der wichtigste Gesprächspartner fehlte. Walter Neumann als einer von den wenigen evang. Banatern konnte nicht die Stimmen der kath. Banater mit ihren Problemstellungen vertreten. Man gelangte zu dem Schluß, die Banater, soweit sie es persönlich wünschen,

gleichgültig welcher Kofession sie sind, im Hilfskomitee mitzuerfassen und zu betreuen. Der Niederschlag dieser grundsätzlichen Erörterung brachte die Wahl des Banater Landsmannes W. Neumann zum Ausschußmitglied.

Die 2. grundsätzliche Frage, die in der Diskussion aufgeworfen wurde, war die Frage des Geistlichen- und des Laienelementes im Hilfskomitee. Man kam nach eingehenden Erörterungen zu dem Schluß, keine Trennung seelsorgerlicher und praktisch-caritativer Arbeit vorzunehmen, sondern den tüchtigen Geistlichen und Laien gleicherweise die Möglichkeit zur Arbeit für unsere Landsleute zu geben und den Pfarrern darüber hinaus als Vertreter unserer heimatlichen Landeskirche keine Beschneidung ihrer seelsorgerlichen Arbeit an den Landsleuten vorzunehmen. Den Niederschlag dieser Diskussion fanden wir am 2. Tag in der Wahl des Vorsitzenden, der ein Laie ist.

Weitere Fragen der Existenzgründung, der Einflußnahme auf die Flüchtlingsgesetzgebung, der Zusammenarbeit mit den anderen Hilfskomitees und Flüchtlingsorganisationen, der Siedlungsmöglichkeiten, der Beschaffung eigener Mittel, der Wahlberechtigung usw. schlossen sich an die ersten zwei grundsätzlichen Erörterungen an.

Die Mittagszeit brachte eine Atempause in die anspannenden Diskussionen.

Der Nachmittag des 1. Tages war den Berichten der Hauptstelle und der Landesstellen als eine Art Bestandsaufnahme gewidmet. Pfarrer Henrich gab einen Ueberblick über die Entwicklung der Hauptstelle seit April 1948. Die Währungsreform brach zunächst alle Entwicklungen und Planungen ab.

Ein Ausschuß der Vertreterversammlung, bestehend aus Prof. Dr. Hermann Groß, H. W. Brekner, Dr. Zillich und Dr. Roth zog sich zur Ueberprüfung der Angelegenheit Pfarrer Henrich—Dr. Appel zurück, während H. Hoechsmann die Berichterstattung der Hauptstelle fortsetzte. Es wurde die Arbeit der Hauptstelle seit September 1948 geschildert, dem Zeitpunkt, an dem die Leitung wegen der Beurlaubung von Pfarrer Henrich in die Hände des Geschäftsführers überging. Im Verlauf dieses Referates wurde ein Ueberblick über die Vertreterwahlen und die Vorbereitungen zur Vertreterversammlung gegeben, die unter den obwaltenden Umständen als ein organisatorisches und im Hinblick auf die Geldlage als ein finanzielles Kunststück angesehen werden müssen. Aus den Berichten der Landesstellen Baden, Bayern, Braunschweig, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Württemberg (Nordrhein-Westfalen war leider nicht vertreten) gingen einhellig die Schwierigkeiten hervor, die fast unüberwindlich erscheinen. Die Not der Landsleute, die schlechte wirtschaftliche Lage der Landesstellen, die ungeklärte rechtliche und politische Lage unserer Landsleute besonders in der brit. Zone, die brennende Not der Familienzersplitterung, der Arbeitslosigkeit, der Unterbringung. Fast jeder Bericht zeigte, wie schwer die Landesstellenleiter mit ihrer z. T. nur ehrenamtlichen Arbeitskraft und den geringen ihnen zur Verfügung stehenden materiellen Mitteln in den Wellen der Not unserer Landsleute um ein wenig Linderung ringen.

Der sich zur Beratung zurückgezogene Ausschuß brachte das Ergebnis seiner Sitzung, das vorgelesen wurde, worauf Herr Pfarrer Henrich und Dr. Appel ihr Amt zur Verfügung stellten und beide von einer Neuwahl bzw. einer Wiedereinstellung absahen. Die Versammlung dankte beiden Herren für dieses faire, verantwortungsbewußte Vorgehen, durch das die Einheit unseres Hilfskomitees gewahrt werden kann.

Am Vormittag des 23. Januar wurde eine Gedenkstunde von unserem Landsmann Dr. Dr. Erich Roth anläßlich des 400. Todestages Johannes Honterus, unseres Reformators, gehalten. Am weiteren Vormittag wurden die Satzungen des

Hilfskomitees durchberaten. (Wir sehen aus Platzmangel von einer Wiedergabe des Ergebnisses dieser Beratungen ab.) Anschließend wurde zur Wahl des ersten Vorsitzenden, des 2. Vorsitzenden und des Ausschusses geschritten.

Zum 1. Vorsitzenden wurde Herr Fritz Heinz Reimesch, Schriftsteller, zum 2. Vorsitzenden Herr Pfarrer Gottfried Rottmann gewählt. Sie bilden mit dem Hauptgeschäftsführer den Vorstand.

Herr Reimesch dankte für das Vertrauen der Landsleute und will alles tun, was in seinen Kräften steht, um den Landsleuten hier in der Fremde wieder ein Stück Heimat zu bereiten. Er will sich bemühen, im Sinne unserer Geschichte und Tradition Volkstum und Glaube nicht auseinanderklaffen zu lassen. Auch will der neue Vorsitzende für die katholischen Landsleute und Schicksalsgenossen aus dem Banat ein treuer Freund und Berater in praktischen Fragen des täglichen Lebens sein. Herr Reimesch bat die Vertreter, ihm mit Herz und Verstand zu helfen, daß unser Schiff in den hohen Wogen des bewegten Meeres „der deutschen Not" unseren Landsleuten zum Segen gesteuert werde.

Mitglieder des Ausschusses sind:

Prof. Dr. Hermann Groß aus Kronstadt, jetzt Universität Kiel, Dr. Heinrich Zillich (Kronstadt), jetzt Schriftsteller in Starnberg, Pfarrer Hans Henrich (Birk), jetzt Pfarrer in Stgt.-Weil im Dorf, Pfarrer Wilhelm Roth (Mettersdorf), jetzt Pfarrer in Thann i. Rhoen, Walter Neumann (Temeschburg), jetzt Jurist in Marburg, Bauer Johann Mann (Maniersch), jetzt Weigenheim.

Zum Schluß wurde Generaldechant Dr. Carl Molitoris einstimmig zum Ehrenvorsitzenden gewählt.

Nach einem kurzen Schlußwort schloß Pfarrer Rottmann die erste Vertreterversammlung.

Kurzer Bericht über die Sitzung des neuen Ausschusses:

An der Sitzung nahmen die neuen Mitglieder des Ausschusses sowie die Landesstellenleiter teil. Zunächst wurde die Wahl des Geschäftsführers der Hauptstelle vorgenommen. Zum Hauptgeschäftsführer wurde einstimmig H. Hoechsmann berufen und auf unbestimmte Zeit angestellt.

Die Beratungen ergaben folgende Beschlüsse, von denen wir einige kurz erwähnen:

Zukünftig wird von der Hauptstelle allein ein Rundschreiben unter dem Titel „Heimatbrief" herausgegeben. Die Zonenstelle der britischen Zone wird aufgelöst, die Verbindung der Landesstelle erfolgt direkt mit der Hauptstelle. Die beiden Gebiete Württemberg und Baden werden zu einer Landesstelle zusammengeschlossen. Der Sitz der Hauptstelle ist Stuttgart. Es wird ein Rechnungs- und Prüfungsausschuß gebildet, für besondere Fälle ein Ehrenrat. Die Jugendarbeit wird in einem Jugendreferat verankert.

Nach 3 Tagen intensivster Beratungen schloß der Vorsitzende die Sitzungen mit dem Wunsch, diese Tage mögen sich zum Wohle unserer Landsleute hier in Deutschland auswirken.

Nachrichten aus der Hauptstelle des Hilfskomitees der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben, Stuttgart-W, Johannesstr. 23

Ueber die Studentennothilfe:

Die Gefahr der Verproletarisierung besteht für unsere Landsleute wie für jeden anderen Flüchtling hier in Deutschland. Erfahrungsgemäß kann ihr am besten eine Arbeit auf einer guten und gründlichen Ausbildung beruhend entgegenwirken. Wir sollten alles dazu tun, um unserer Jugend die Tore zu einer

Arbeit, die mehr als nur Hilfsarbeit ist, zu öffnen, sei es eine gründliche Ausbildung in einem Handwerk, eine gute landwirtschaftliche Ausbildung oder ein Studium. Im Hinblick auf das letztere mag man einwerfen, daß Deutschland jetzt offenbar ein intellektuelles Proletariat züchtet und daß unsere Studenten nach Ablegung ihrer Prüfungen nicht größere Berufsaussichten haben als ohne dies Studium. Es bleibt jedem unbenommen, Stellung zu den Fragen der Auswanderung und zur Heimkehr zu nehmen, aber unserer Jugend müssen wir die Möglichkeit offen halten, mit einer guten und gründlichen Ausbildung nach Hause zu gehen, zumal dort kaum die Gelegenheit zum Studium besteht, oder das Ringen um die Existenz in Uebersee aufzunehmen, oder sich hier in Deutschland trotz aller Schwierigkeiten einzubürgern. Eine Voraussetzung für einen guten Anfang ist und bleibt immer die gute Berufsausbildung. Es sollte uns kein Scherflein zu wenig sein, besonders für diejenigen, die schon Jahre auf ihre Ausbildung verwandt haben und kurz vor dem Abschluß ihres Examens stehen. An dieser Stelle sei allen Spendern im Namen der Studenten herzlichst gedankt.

Im letzten Vierteljahr des vergangenen Jahres sind an Geldern eingegangen:
Baden DM 55.—, Bayern DM 94.90, Brit. Zone DM 68.—, Württemberg DM 412.—.

Das meiste hat also Württemberg erbracht und beansprucht somit für die Studenten in Stuttgart und Tübingen den Hauptanteil.

Zuzugs- und Einreisegenehmigungen in die amerikanische Zone:

Durch die Anweisung von OMGUS Berlin ist das Verfahren der Ausstellung von Zuzugs- und Einreisegenehmigungen für Deutsche oder Volksdeutsche im Ausland neu und einheitlich geregelt worden. Das zuständige Innenministerium wird diese Regelung in allen Einzelheiten in einem Erlaß niederlegen, der demnächst veröffentlicht werden soll. Einstweilen kann soviel mitgeteilt werden, daß die Anträge auf Ausstellung einer Einreisegenehmigung in die amerikanische Zone von den noch im Ausland befindlichen Personen bei dem für das betreffende Land zuständigen US-Military Permit Officer zu stellen sind. Für Rumänien also beim Military Permit Officer der amerikanischen Gesandtschaft in Bukarest strada Batistei 23. Dort werden die Antragsformulare ausgegeben.

Antragsberechtigte Familienangehörige sind:

a) Ehegatten,
b) unmündige Kinder,
c) Eltern,
d) minderjährige elternlose Geschwister, sowie solche Geschwister, die auf die Unterstützung bereits in der amerikanischen Zone ansässiger Geschwister angewiesen sind.

Die Anträge werden vom zuständigen Permit Officer im Ausland, bei uns also in Bukarest, entgegengenommen und über das Combind Travel Board, Bad Rothenfelde unmittelbar den zuständigen deutschen Behörden zur weiteren Behandlung zugeleitet. Nach neuesten Auskünften aus Bukarest ist der dortige amerikanische Permit Officer jedoch noch nicht von dieser neuen OMGUS-Verordnung in Kenntnis gesetzt und besteht nach wie vor auf der Vorlage einer Zuzugs- und Einreisegenehmigug aus der amerikanischen Zone. Diese wird aber von den hiesigen Stellen angesichts dieser Verordnung von OMGUS Berlin nicht mehr ausgestellt.

Repatriierung:

Wie uns aus der Ostzone berichtet wird, arbeitet dort eine rumänische Repatriierungskommission. Alle, die nach Rumänien zurückkehren wollen, können registriert werden, wenn sie persönlich erscheinen und mit Dokumenten glaubhaft machen können, daß sie aus Rumänien stammen. Zu beachten ist, daß niemand eine Gewähr über Rechte und Arbeitsmöglichkeiten in der Heimat geben kann.

Suchecke

Gesucht wird:

Dr. Hans Zickeli, Arzt, zuletzt Graz, Ragnitz 3 Nr. 875 738.
Familie Ballmann aus Biled b. Temeschburg/Banat.
Johann Fleischer, geb. 26. März 1925 in Botsch (Batos) Nr. 52.
Rolf Klein, geb. 25. April 1927 in Leschkirch/Siebenbürgen.
Gustav Gloeckler, geb. 9. Januar 1902, aus Birthaelm/Mediasch.
Kleinfelder, Maria, geb. 31. Dezember 1925 in Rudolfsgnad 73.
Kraus Michael, geb. 28. August 1924, Jaad Nr. 99.
Kraus, Thomas, geb. 19. März 1926, Jaad Nr. 99.
Willi Hochbauer aus Siebenbürgen, letzte Nachricht JaN. 1945 Litzmannstadt.
Fritz Bierthaelmer aus Kronstadt/Siebenbürgen.
Frau Hermine Prohaska, geb. Krauß, aus Hermannstadt/Siebenbürgen, letzte Nachricht 1944 aus Berlin-Charlottenburg, Benelstr. ?
Diener, Katharina, geb. Andre, geb. 1877, aus Wolkendorf bei Kronstadt.
Elisabetha Hermann, geb. 10. Dez. 1922 in Kleinschelken/Siebenbürgen.
Dipl.-Ing. Friedrich Schmidt, aus Hermannstadt, 46 Jahre alt, Frau und 2 Kinder.
Emil Goetz, Heldsdorf, 48 Jahre alt, Frau und 3 Kinder.
Frau Wwe. Zarek oder Zarec, aus Campina jud prahova, seit 1941 in Weimar/Thür., dazu 1 Sohn.

Auskunft über gefallene Volksdeutsche aus Rumänien:

Der „Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge" gibt uns bekannt, daß er in letzter Zeit eine Liste erhalten habe, in der mehrere tausend Volksdeutsche aus Rumänien verzeichnet sind, die als Angehörige der deutschen Wehrmacht in den allerletzten Monaten des Krieges gefallen sind. Es ist anzunehmen, daß in vielen Fällen die Angehörigen darüber keinerlei Nachricht erhalten haben. In solchen Fällen kann bei dem Volksbund nachgefragt werden. (Anschrift: (20a) Nienburg-Weser, Hafenstr. 8.)

Beim Hilfsdienst für Kriegsgefangene und Vermißte, Stuttgart-S (14a), Charlottenplatz 17 (Sammelstelle für Heimkehrernachrichten) haben Heimkehrer aus Kriegsgefangenen- und Interniertenlagern Lebenszeichen oder Todesmeldungen von folgenden Landsleuten mitgebracht.

Schneider, Adam, verh., geb. ca. 1902 in Rumänien, Zivilist, Aktenzeichen 3a/1158T.
Feitzle, Josef, verh., geb. ca. 1901 in Rumänien, Zivilist, Beruf Friseur, Aktenzeichen 3a/1157 T.
Seßler, Josef, kath., verh., 1 Sohn, geb. ca. 1904 in Deutsch Banat, Beruf Landwirt, Soldat, Aktenzeichen 3a/299 L.
Schultheiß, Albert, led., geb. 1924, Siebenbürgen/Ungarn, Gefreiter, Landwirt, Aktenezichen 3a/300 L.
Trenz, Josef, geb. ca. 1911—12 in Rumänien, Landwirt, Aktenzeichen 3a/306 L.
Decker, Ernst, led., geb. 1928 in Rumänien (Mutter zuletzt in Mähr. Schönau, vermutlich nach Deutschland geflüchtet, Soldat, Landwirt, Aktenzeichen 3a/316 L.

(Wird laufend fortgesetzt.)

Wir bitten alle Leser, mitzuhelfen, die infolge verstümmelter Angaben noch nicht ermittelten Angehörigen dieser Landsleute auf die Möglichkeit aufmerksam zu machen, daß sie beim Hilfdienst für Kriegsgefangene und Vermißte in Stuttgart Näheres erfragen können. Bei Anfragen muß unbedingt das Aktenzeichen angegeben werden.

ikgs

Vermißte Pfarrer und Theologiestudenten:

Alle Flüchtlings-Pfarrfrauen und alle Familien, deren Söhne und Anverwandten Pfarrer oder Theologiestudenten sind (auch Flüchtlinge und Ausgewiesene) und die noch als vermißt gelten oder sich in Kriegsgefangenschaft befinden, werden gebeten, sich bei dem Evang. Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene in (13a) Erlangen, Universitätsstraße 26, mit genauen Angaben zu melden.

Geburtsanzeigen:

Im Dezember 1948 wurde Pfarrer Hans Henrich (Birk) und seiner Frau Margarete geb. Delbrück (Berlin) jetzt Stuttgart-Weil im Dorf, ein Sohn geboren.

Am 13. Dezember 1948 wurde Dr. Otto Appel (Bistritz) und seiner Frau Grete geb. Binder/(Mediasch), jetzt München, ein Sohn geboren.

Am 2. Februar 1949 wurde Viktor Schnur (Temeschburg) und seiner Frau Susanna geb. Schneider (Hermannstadt), jetzt Stuttgart, ein Sohn geboren.

Heiraten:

Im Januar 1949 heiratete Reinhardt Göltl (Kronstadt) und Ilse geb. Heltmann (Kronstadt), jetzt Stuttgart.

Todesfälle:

Am 1. Februar 1949 starb in Stuttgart Ernst Edler von Resch aus Heltau-Siebenbürgen.

Das Münchner Treffen der Landesstelle Bayern:

Die Landesstelle Bayern hatte die Landsleute zu einem Treffen am 25. Februar in das Pschorrbräu in München eingeladen und gleich einem Elementarereignis strömten sie von allen Seiten herbei, sodaß der große Saal nicht ausreichte, denn statt der erwarteten 800 kamen mehr als 2000 Landsleute aus München und dem übrigen Bayern. Unter den Gästen befand sich Generaldechant Dr. Molitoris aus Ried in Oberösterreich, der neue Vorsitzende des Hilfskomitees, Fritz Heinz Reimesch aus Bayreuth und Herr Pfarrer Rottmann, der 2. Vorsitzende. Der starke Andrang war ein Beweis für das Zusammengehörigkeitsgefühl der Heimatvertriebenen. Viele Mädchen und Frauen waren in den herrlichen Trachten der Heimat erschienen. Der Saal war mit den Wappen unserer Städte geschmückt, die sich etwas wunderlich neben dem Flitterglanz der üblichen Münchener Faschingsdekoration ausnahmen. Eine reiche Tombola und die eifrige Kapelle sorgte für gute Stimmung, am stärksten aber wurde die lange Nacht von der ständigen Wiedersehensfreude beschwingt.

Am 18. April (Ostermontag) findet um 11.15 Uhr ein heimatlicher Gottesdienst in der St. Lukas-Kirche am Marianenplatz statt. Anschließend um 13 Uhr gemeinsames Mittagessen im Colosseum und Hofbräuhaus am Platzl mit gemütlichem Beisammensein und Ostertanz.

Nachbarschaftsabend in Stuttgart:

Um dem schon seit langem, wiederholt und von verschiedenen Seiten geäußerten Wunsch nach einem geselligen Beisammensein Rechnung zu tragen, veranstalteten die Stuttgarter Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen unter der Schirmherrschaft ihres Hilfskomitees am letzten Februarsonntag einen Nachbarschaftsabend mit Tanz. In den schönen Räumen des Lorenzbaues, die uns freundlicherweise von der Messeleitung der Militärregierung zur Verfügung gestellt worden waren, entwickelte sich zu den Klängen einer fleißigen Musik ein fröh-

liches landsmannschaftliches Treiben. Gästen aus den Reihen der „Eingeborenen“ war vor allem die gleichmäßige Beteiligung von Sachsen und Schwaben erfreulich. Eine etwas umständliche „Reise in die Heimat“ bildete den Rahmen auch für ein kleines Programm, das vor allem hübsche gesangliche Darbietungen bot. Der gelungene Abend, dessen Reingewinn dem Hilfskomitee zugute kam, läßt die Hoffnung auf ein neuerliches Treffen im Sommer beachtlich erscheinen.

Neuauflage Heimischer Dichtungen:

Erwin Wittstock: „Hochzeitsschmuck“ und „Abends Gäste, beide erschienen im Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1948.

Heinrich Zillich: „Attilas Ende“, Novelle, erschienen im Verlag C. Bertelsmann, Gütersloh 1948.

Im Mai erscheinen ferner Heinrich Zillich's „Flausen und Flunkereien“ im Verlag C. Bertelsmann, Gütersloh.

Mitteilung der Hauptstelle:

Liebe Landsleute! Teilt uns die Anschriften von Landsleuten und anderen mit, die den Heimatbrief beziehen wollen.

Wir bitten weiterhin um Mitteilung von Personaldaten von Gefallenen, Verstorbenen, über Geburten und Hochzeiten zum Zwecke der Veröffentlichung.

Beiträge, Anregungen, Richtigstellungen, Wünsche und Beschwerden sind an die Hauptstelle des Hilfskomitees der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben, Stuttgart-W, Johannesstr. 23, zu richten. Wir bitten um Einlage des Rückportos.

Wir bitten, mit beiliegender Zahlkarte den Unkostenbeitrag von 1.— DM zu überweisen.

Drucksache

Herrn
Dr. Heinrich Zillich

(13b) Starnberg am See
Josef Fischhaberstr. 18

Absender:
Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben. Hauptstelle Stuttgart.
(14a) Stuttgart-W, Johannesstr. 23
Postscheckkonto Stuttgart 24648

ikgs

H I L F S K O M I T E E

der

SIEBENBUERGER SACHSEN UND BANATER SCHWABEN

Im Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland

H A U P T S T E L L E Stuttgart

(14a) Stuttgart-W, 11. Juli 1949
Johannesstr. 23

Hoe/B.

B E R I C H T

der Hauptstelle des Hilfskomitees
an den
1. und 2. Vorsitzenden, an die Mitglieder des Ausschusses, des "Grossen Rates" und die Landesstellenleiter.

Die in den Statuten vorgesehene Ausschuss-Sitzung musste infolge mangelnder materieller Mittel ausfallen. Um die Teilnahme und Mitverantwortung an dem Geschehen unseres Hilfskomitees lebendig zu erhalten, andererseits um eine Rechenschaft der Hauptstelle als Geschaeftsstelle des Ausschusses abzugeben, erweist sich ein Bericht als dringlichste Notwendigkeit, im vollen Bewusstsein dessen, dass er die lebendigen Gespraeche einer Ausschuss-Sitzung, oder einer Zusammenkunft des "Grossen Rates" nicht ersetzen kann.

Wir sollten gemeinsam ueberlegen, wie wir Wege und Mittel finden, wenigstens im naechsten Vierteljahr zu einer Sitzung und damit zu einem lebendigen Austausch der Meinungen, einem gruendlichen Durchdenken und Beraten der Probleme unseres Hilfskomitees und einer gemeinsam ueberlegten Planung kommen.

Doch zunaechst der Bericht ueber die Zeit seit der Vertreterversammlung. Der Bericht moege in 2 Teile gegliedert werden. In die Arbeiten, die immer wiederkehren und zum laufenden Betrieb gehoeren, der Soziologe nennt es das Sozialwerk in der Absetzung zu der Sozialaktion, also einmalig begonnene, durchgefuehrte und abgeschlossene Arbeiten, die nicht zum staendigen Werk gehoeren.

I. Die laufenden Arbeiten. Da ist zunaechst die laufende Betreuungs- und Aufklaerungsarbeit fuer unsere Landsleute, die ihre Vorbereitung in Konferenzen und Sitzungen mit Behoerden des Staates, der Kirche, der Besatzungsmaechte hat und ihren Niederschlag in Briefen an die Landsleute, im Heimatbrief und in der Zeitung "Dein Weg" findet. Die hohe Briefzahl mag einkurzes Schlaglicht auf diese Arbeit werfen, sie betraegt heute am 11. Juli 2024. Diese Betreuungs- und Aufklaerungsarbeit kann in 3 Gruppen geteilt werden:

1. Erste Gruppe ist die Beratung in der Familienzusammenfuehrung, sei es in Form von Repatriierung der in Deutschland befindlichen Landsleute oder umgekehrt, der Heraufholung der Familienglieder aus Rumaenien. Zu unserer grundsaetzlichen Einstellung. Wir sind als Hilfskomitee eine Einrichtung der Hilfe und alles was damit zusammenhaengt. Wir sind nicht eine Organisation, die unsere Lands-

leute in Entscheidungen hineindraengt. Konkret gesprochen: Wenn ein Landsmann sich fuer irgend etwas entschliesst, sei es, sich unter allen Umstaenden repatriieren zu lassen, oder seine Familie heraufzuholen, sei es zur Auswanderung, koennen wir ihn ueber Tatsachen aufklaeren, und ihm dann behilflich sein, seinen Weg zu gehen, den er nach eigenem Entschluss eingeschlagen hat.

In der Frage zur Repatriierungskommission in der russischen Besatzungszone erinnere ich an das Schreiben der Hauptstelle vom 11. Februar 1949 an die Ausschussmitglieder gerichtet, mit der Bitte, um Stellungnahme zu der Frage der Repatriierung auf dem Wege ueber die Ostzone. Der Briefwechsel mit Pfarrer Dr. Arz in Berlin einerseits, mit den Ausschussmitgliedern und den Landesstellen andererseits erbrachte unsere Stellungnahme, die im Brief vom 21. Februar wie folgt festgelegt wurde.

"Nach Durchsicht der bis heute hier eingetroffenen Stellungnahmen der Ausschussmitglieder und Landesstellenleiter, die ausnahmslos die gleiche Ansicht vertreten, ist der Vorsitzende nach eingehenden Ueberlegungen zu dem Entschluss gelangt, die Moeglichkeit der Repatriierung unseren Landsleuten mitzuteilen mit dem ausdruecklichen Hinweis jedoch, dass wir keinerlei Verantwortung uebernehmen koennen."

Zwei andere Briefe moegen Ihnen die weitere Entwicklung dieser Angelegenheit aufzeigen.

"An Herrn Pfarrer Dr. Wilhelm Arz:
Vielen Dank fuer Ihr Telegramm mit der Nachricht, dass die Kommission nur Anwesende registriert.
Inzwischen sind einige Briefe aus den Landesstellen angekommen, sie variieren erheblich in den Zahlenangaben der Repatriierungswilligen. (Spannweite 150 - 4000). Die endgueltigen Zahlen kann ich erst nach Meldung aller Landesstellenleiter angeben. Angesichts dieser Sachlage erhebt sich nun die Frage: Kann das Hilfskomitee hueben wie drueben
a) eine solche Verantwortung von "Voelkerwanderung" uebernehmen?
b) ist es im Hinblick auf unsere Angehoerigen zu Hause ratsam?
c) koennen Sie eine organisatorische Aufgabe dieses Ausmasses bewaeltigen? (Unterkunft, Lebensmittelkarten usw.)
d) wer kann die Garantie dafuer uebernehmen, dass Hinueberkommen nicht zweck- und erfolglos verlaeuft?
Es waere zu ueberlegen, ob man die Repatriierung der Landsleute aus den Westzonen nicht voellig der Privatinitiative ueberlaesst. Man macht die Landsleute darauf aufmerksam. Wer die Moeglichkeit einer Unterkunft drueben hat und das Wagnis uebernimmt, soll nicht abgehalten werden. Wir koennten in diesem Fall Ihnen die Adresse der Leute mitteilen, an die sich die Betreffenden gewandt haben, einzelne, besonders dringende Faelle, weisen wir, wenn die Moeglichkeit Ihrerseits besteht, direkt an Sie oder Ihre Mitarbeiter. Fuer eine Massenrepatriierung koennen und wollen wir die Verantwortung nicht uebernehmen und koennen nach meiner Einsicht in die Dinge auch die organisatorische Bedingung nicht erfuellen. Oder sind Sie in diesem letzteren Punkt gegenteiliger Ansicht?
Fuer uns waere der organisatorische Teil sehr viel einfacher

als fuer Sie.
Herr Generaldechant Molitoris war hier und hat auch seinerseits vor einem groesseren Auftrieb gewarnt.
(H. Hoechsmann)"

Dr. Arz an die Hauptstelle: 22.3.1949
"Die Repatriierungskommission ist bereit jeden rumaenischen Staatsbuerger aus Westdeutschland, der sich hier persoenlich meldet und legal bis zum Abtransport aufhalten kann, zu registrieren und, falls Bukarest zustimmt, zu repatriieren. Ich bitte unbedingt a l l e s der Privatinitiative und Selbstverantwortung zu ueberlassen. Die Kommission arbeitet voraussichtlich bis zum 5.5. in Dresden und dann erst in Weimar, Halle usw."

23.3.1949
"Eben habe ich erfahren, dass die rumaenische Repatriierungskommission ihre Arbeit in Dresden, wo sie seit einigen Tagen weilt, erst am 3. Mai abschliessen wird. Von dort geht sie nach Halle, wo sie voraussichtlich bis Ende Mai arbeiten wird. Dann folgt Erfurt und schliesslich Schwerin. Man rechnet bis Ende Juni fertig zu sein. Wann die Transporte einsetzen, kann noch nicht mitgeteilt werden."

In diesem Sinne wurden die Landesstellenleiter verstaendigt. Eine Uebersicht ueber diejenigen Landsleute, die sich zu diesem Schritt entschlossen haben, steht aus, sie wird von den Landesstellenleitern auch nicht eingebracht werden koennen, weil unsere Landsleute in den seltensten Faellen Nachricht geben.

In den Westzonen ist diese Angelegenheit durchaus Hinweis auf die Moeglichkeit der Repatriierung geblieben, waehrend sie in der Ostzone zur Aktion wurde. Sobald sie abgeschlossen ist, wird Herr Pfarrer Arz wohl einen eingehenden Bericht schicken.

Die zweite Seite der Familienzusammenfuehrung ist die der Heraufholung der Angehoerigen. In den Laendern der amerikanischen Zone ist diese Angelegenheit durch einen Erlass der Militaerregierung einheitlich geregelt (Zuzugs- und Einreisegenehmigung in die Amerikanische Zone S. 13 Heimatbrief Folge 1 und Dein Weg Nr. 9 Seite 4 "Zuwanderung nach Wuerttemberg-Baden", (welche sinngemaess fuer alle Laender der US Zone gelten).

In den Laendern der britischen Zone ist die Zuzugsangelegenheit ebenfalls geregelt.

Wir bekommen in Abstaenden immer wieder Nachricht von Frauen und Kindern, die mit Pass aus Rumaenien abgereist und in den beiden Westzonen eingetroffen sind. Wir haben mit ihrer Hilfe und Erfahrung ein Merkblatt zusammengestellt, das wir bei Anfragen unseren Landsleuten hier zustellen.

Eine transportmaessige Heraufholung hat nicht konkrete Form angenommen. Die beiden Kirchen versuchen auch auf diesem Gebiet die groesste Not unserer Landsleute, die Familienzersplitterung, zu lindern. Da aber eine transportartige Zusammenfuehrung von vielen Faktoren abhaengt, sind die Vorbereitungen langwierig, schwierig und schleppend.

II. Zum 2. groesseren Komplex gehoeren die Anfragen unserer Landsleute nach den Auswanderungsmoeglichkeiten. Kurz skizziert: Die Moeglichkeit einer Gruppenauswanderung ist nach dem heutigen Entwicklungsstand dieser Frage n i c h t gegeben. Dieser realen Tatsache muessen unsere Landsleute in die Augen sehen. Auch in der Einzelauswanderung sind die Moeglichkeiten aeusserst gering. Wir werden von verschiedenen Organisationen und Institutionen auf den neusten Stand der Entwicklung in den einzelnen Ueberseelaendern, der Konsulate und der Beratungsstellen gehalten, sodass wir in der Lage sind, gut fundierte Auskuenfte zu geben. Ueber die Auswanderungsmoeglichkeit durch das Hilfswerk und die Lutheran World Federation berichte ich im Teil ueber die Aktionen.

III. Als dritte Gruppe staendiger Betreuungsarbeit muessen die Versuche der Einwurzelung unserer Landsleute in ihren neuen Lebenskreis eingeordnet werden. In diese Sparte faellt die Vermittlung caritativer Hilfe und sozialer Fuersorge, die Beschaffung von Arbeitsplaetzen und Arbeitsmoeglichkeiten, Einleitung von Massnahmen zu Selbsthilfe, persoenlicher diakonischer Dienst, Zusammenkuenfte und Treffen, Feiern, Vortraege usw. Diese Arbeiten erfolgen naturgemaess in Zusammenarbeit mit den Landesstellenleitern und beschraenkt sich von der Hauptstelle aus gesehen auf Fuehlungnahme mit Institutionen und Organisationen. An dieser Stelle Ergebnisse aufzuzaehlen wuerde zu sehr ins Einzelne gehen, wuerde auch vom Blickpunkt der grossen Not auf diesem Gebiet ein schiefes Bild ergeben. Das, was wir hier leisten koennen, ist immer nur ein Tropfen auf dem heissen Stein, denn wenn es uns gelingt, 20 Jungen in Ausbildungsplaetze zu vermitteln, dann koennte man vergessen, dass es sehr viele gibt, bei denen es aus Gruenden wie Zuzug, Geldmangel usw. nicht gelingt. Wenn es gelingt, einem Heimkehrer ein Textilpaket durch das Hilfswerk zu vermitteln, dann ist das nur ein kleiner Beitrag, denn er braucht weit mehr als Moeglichkeiten vorhanden sind.

4. Zu den laufenden Arbeiten gehoert fernerhin die Intakthaltung unseres Instrumentes, die Organisation. Auf der Ebene der Landesstellenleiter sind einige Veraenderungen vorgenommen worden. Laut seiner Erklaerung bei der Vertreterversammlung ist Herr Dr. Appel am 15. Mai in die Arbeit der Landessiedlung in Regensburg uebergegangen. Zum selben Termin hat Herr Brekner, vom Ausschuss einstimmig gewaehlt, und vorher von Dr. Appel eingefuehrt, die Arbeit als Landesstellenleiter von Bayern uebernommen. Diese Landesstelle arbeitet hauptamtlich, was durch die Zahl der Landsleute in Bayern und dem dadurch bedingten Arbeitsanfall notwendig ist. Die Landesstelle Hamburg liegt nach wie vor in den Haenden des Landesstellenleiters Kurt Kessler, die von Hessen in denen von Pfarrer Mueller. Die Landesstelle Niedersachsen befindet sich im Umbau. Das Gebiet ist zu gross und die Landsleute sind zu sehr verstreut, als dass eine Landesstelle allein die Aufgaben bewaeltigen koennte. Herr Berthold Wagner wird seinen Auftrag, die Leitung der Landesstelle Braunschweig, fortfuehren. Ueber die Einteilung und personelle Besetzung des uebrigen Gebietes Niedersachsens stehen wir in Verhandlung. Es sind mehrere Plaene und Moeglichkeiten offen. Ebenso hat es sich erwiesen, fuer das Gebiet Rheinland-Pfalz einen Landsmann darum zu bitten, eine eigene Landesstelle einzurichten, besonders im Hinblick auf die Zufuehrung neuer Fluechtlinge im bizonalen Fluechtlingsaustausch in die franzoesische Zone und im Hinblick darauf, dass die Spaetheimkehrer in diesem Gebiet ohne formale Schwierigkeiten Zuzug und Einweisung erhalten. Die Leitung dieser Stelle hat Herr Dr. Roland Melzer uebernommen.

Die Landesstelle Nordrhein-Westfalen ist umbesetzt worden, da der bisherige Landesstellenleiter verzogen ist und aus einer anderen Zone die Arbeit nicht fortfuehren kann. Herr Norbert Jurowich (Kronstadt) jetzt Muelheim/Ruhr hat sich bereit erklaert, die Landesstelle Nordrhein-Westfalen zu uebernehmen. Die Landesstelle Schleswig-Holstein fuehrt nach wie vor Dr. Arthur Maurer in Kiel. Die Landesstelle Wuerttemberg steht zwar nicht vor einer Umbesetzung aber vor einem Umbau. Die Zuschuesse des Hilfswerks reichen nicht aus um die Landesstelle weiter hauptamtlich zu besetzen. Ob die Spendeneingaenge diese Luecke zu fuellen vermoegen, muss sich erst noch erweisen. Frl. Csaki wird ihre Vorschlaege zum Umbau in eine ehrenamtliche Stelle dem Ausschuss vorlegen.

Bis zum naechsten Bericht, hoffen wir, alle diese schwebenden Fragen zu loesen. Es wird zweckmaessig sein, diesem Bericht solche aus den Landesstellen beizufuegen. Eine Bitte in dieser Richtung ist von der Hauptstelle an die Landesstellenleiter ergangen.

In den einzelnen Staedten, in denen Haupt- und Landesstellen untergebracht sind, haben sich Arbeitsgemeinschaften der Hilfskomitees gebildet, die z.T. auch zu Buerogemeinschaften zusammengefuehrt wurden. Diese Arbeitsgemeinschaften haben den Sinn, allen Hilfskomitees gemeinsame Aufgaben gemeinsam in Angriff zu nehmen, um so dem Mangel an Mitarbeitern zu steuern und groesseres Gewicht zu erlangen. Es sind immer wieder Fragen des Lastenausgleichs, Fragen der Fluechtlingskredite, der Fluechtlingsparteien, der Landsmannschaften usw., die hier behandelt werden. Der Niederschlag dieser Besprechungen findet sich in der Zeitung "Dein Weg". Da diese Dinge laendermaessig verschieden sind, werden sie in den Berichten der Landesstellenleiter einen groesseren Raum einnehmen. In Muenchen und in Stuttgart bestehen die Arbeitsgemeinschaft und die Buerogemeinschaft. In Niedersachsen besteht die Arbeitsgemeinschaft, man hofft, im Laufe des Sommers auch die Buerogemeinschaft zu schaffen, in Hessen wird die Bildung der Arbeitsgemeinschaft angestrebt, ebenso in Schleswig-Holstein und Hamburg.

Zur Frage des Heimatbriefes. Die beiden ersten Folgen sind hinausgegangen. Der Widerhall bestaetigt uns, wie notwendig und richtig ein solches Band ist. Der Vertrieb ist bei der Zerstreuung unserer Landsleute sehr schwierig, ebenso die Bezahlung. Ob wir die Herausgabe des Heimatbriefes finanziell tragen koennen, steht noch aus. Bis noch ist es ein Verlustgeschaeft.

5. Der Bezieherkreis der Fluechtlingszeitung "Dein Weg" ist kleiner ausgefallen als wir angenommen haben, was wir bedauern, da es die Zeitung, das Organ der Hilfskomitees ist, durch dassich Nachrichten verhaeltnismaessig schnell an die Landsleute bringen lassen. Aber ausserdem ist es die Zeitung der Fluechtlinge, in der diese ihre Anliegen den andern gegenueber vertreten.

6. Ueber die laufenden Arbeiten im Buero der Hauptstelle, wie Buchhaltung, Ablage usw. eruebrigt sich wohl des laengeren zu berichten. Es kostet bei den herrschenden Geldverhaeltnissen und dem daraus erfolgenden Personalmangel einige Anstrengung, um diesen Betrieb so aufrecht zu halten, dass er unauffaellig im Dienste der allgemeinen Arbeiten sozusagen als Maschine in der Er-

ikgs

zeugung der Hilfe funktioniert. Kassenmaessig sieht es (wie ueberall) schwierig aus. Mit dem Gelde, das wir vom Hilfswerk der Ev. Kirchen in Deutschland, Zentralbuero in Stuttgart erhalten, muessen wir recht haushaelterisch umgehen, damit wir den wichtigsten Anforderungen genuegen koennen.

Damit waere die Darstellung der laufenden Arbeit in der Hauptstelle beendet. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollstaendigkeit, es wuerde aber zu weitlaeufig sein, gleich im ersten Bericht alles und gleich alles in der noetigen Ausfuehrlichkeit darzustellen (Etwa Sammlung von Nachrichten aus der Heimat usw.)

Nun zu den einzelnen Aktionen seit der Vertreterversammlung.

1. Die Vorbereitungen fuer die Auswanderung der 100 Familien nach Argentinien wurden endgueltig zum Abschluss gebracht. Wir konnten mehr als 100 Plaetze belegen, da einige Hilfskomitees, die ihnen zustehenden nicht voll in Anspruch nahmen. So hat sich unsere kleine Statistik, veroeffentlicht im Sammelbrief, etwas verschoben. Wir geben Ihnen hier die endgueltige, die nach dem Geburtsort der Landsleute aufgestellt wurde. Wir entnehmen unserem Sammelbrief zu Weihnachten folgende Notiz:

> "Der Lutherische Weltbund hat sich der Auswanderung Deutscher angenommen und aus allen Hilfskomitees zusammen 1000 Familien zur Auswanderung nach Argentinien vorgeschlagen. Auf unser Hilfskomitee sind 1000Familien entfallen. Um nun eine weitere Zerreissung unserer Dorfgemeinschaften, Sippen und Familien zu vermeiden, wurden die leeren Formulare zum Ausfuellen an Doerfer ausgegeben, die 1. zu Hause eine Lebensgemeinschaft bildeten und 2. hier in Ihrem Fluechtlingsdasein zu einer Gruppe von Landsleuten zusammengewachsen sind."

Angefordert waren Bauern und technische Berufe. Wir geben eine kurze Uebersicht ueber die ausgewaehlten Familien:

Nach Landesstellen:

Bayern: 108 Wuerttemberg: 7 Niedersachsen: 2 Hamburg: 1

Nach Heimatgemeinden:

Birk:	72	Bistritz:	5	Botsch:	5	Gross-Schogen:	4
Lechnitz:	3	Kyrieleis:	3	Klein-Alisch	3	Bluthroth:	2
Felldorf:	2	Schaessburg	2	Mediesch:	3	Saechs.Reen:	2
Keisd:	1	Heldsdorf:	1	Rosenau:	1	Gross-Probstdorf	1
Weidenbach:	1	Muehlbach:	1	Petersdorf:	1	Hermannstadt:	1
Grosspold:	1	Jakobsdorf:	1	Waldhuetten:	1		

Nach Berufen:

Landwirte:	97	Mechaniker:	3	Schuhmacher:	2	Tieraerzte:	2
Techniker:	3	Baumeister:	2	Masch.Schlosser	1	Waldarbeiter:	1
Rechtsanw.:	1	Sattler:	1	Gerber:	1	Metzger:	1
Schreiner:	1	Ingenieur:	1	Pfarrer:	1		

insgesamt 118 Familien = 627 Seelen.

Herr Stewart Hermann, der vom Luth. Weltbund diese Angelegenheit in Genf bearbeitet, ist von seiner Reise nach Suedamerika zurueckgekehrt, so wird wohl in naechster Zeit eine Entscheidung

in dieser Angelegenheit fallen.

2. Die Vorbereitungen fuer die Auswanderung nach Canada sind durch Personalbogen und Karteikarten in englischer Sprache etwas umstaendlich zu handhaben, weil wir Uebersetzungen an die Landsleute hinausschicken muessen und deren Antworten wieder uebersetzt auf die Karteikarte eintragen. Da die Anforderung der Familien von Farmern, die ueber ganz Canada verstreut leben, vorliegen, war bei dieser Form eine Aufschluesselung nach Landesstellen moeglich. Sie wurde so vorgenommen: Grundsaetzlich erhielt jede Landesstelle die Moeglichkeit 8 Familien zu nennen, das waren also 16 Familien, der Rest wurde auf die beiden Landesstellen Bayern 2/3 und Wuerttemberg 1/3 verteilt. Im Nachgang zu dem ersten Schreiben erhielten wir die Moeglichkeit, weitere 30 Familien zu nennen (im Ganzen also 70) sodass wir die Aufschluesselung aufgeben und freie Anmeldung durch die Landesstellen offen liessen. Bis zum heutigen Tage haben sich 60 Familien und Einzelne gemeldet.

4. Ueber die Verteilung des Anzugstoffes, der lt. Beschluss der der Vertreterversammlung nur fuer Russlandheimkehrer bestimmt war, ist folgendes zu berichten. Es standen 332 m Anzugstoff 91,30 m Futter, 91,30 m Steifleinwand, 34,20 m Mantelstoff zur Verfuegung. Auf unsere Anfrage durch die Vertrauensleute haben sich 186 Russlandheimkehrer und Heimkehrerinnen gemeldet. Nun war guter Rat teuer, denn der Stoff reichte nicht aus um saemtliche Bitten zu erfuellen. Die Kommission, die diese Fragen bearbeitet, machte folgenden Vorschlag. Zunaechst den Frauen, soweit sie nicht einen Mantel erbeten hatten, einen Stoff fuer einen Rock zukommen zu lassen. So konnten alle Antragstellerinnen befriedigt werden. Damit war eine Einsparung ergeben, dennoch reichte der Stoff nicht aus. Nun wurden dringliche Faelle bevorzugt: Verwundete, Arbeitsunfaehige, Arbeitslose, Heimkehrer mit geringem Verdienst usw. Bis jetzt wurden 52 Frauen und 51 Maenner teils mit Roecken, Maenteln oder Anzuegen bedacht. Der Rest des Stoffes wird auf die letzten Antragsteller durch Los verteilt. Eine genaue Uebersicht erhalten Sie nach Abschluss der Aktion, die sich verzoegert hat weil wir von jedem Empfaenger erst die genauen Masse erbitten mussten um den Stoff, der in lauter kleinen Stuecken geliefert wurde, bis auf den cm genau einteilen zu koennen und keine unverwendbaren Reste zu erhalten. Viele von den Empfaengern mussten an das Einschicken der Masse erinnert werden, andere an die Absendung der Empfangsbestaetigung, sodass sich mit jedem einzelnen ein Briefverkehr mit 3 - 5 Briefen ergeben hat.

Dieser Ueberblick mag Ihnen einen Einblick in die Arbeit der Hauptstelle geben. Wenn Sie Fragen, Wuensche oder Beschwerden haben werden diese gerne beantwortet, weil in ihnen Anteilnahme und Verantwortung Ihrerseits fuer das, was in der Hauptstelle geschieht zu erblicken ist. Fuer die Hauptstelle erbringen sie Anregungen und Fingerzeige. Dieser Briefwechsel wird das lebendige Gespraech einer Zusammenkunft ersetzen.

Der Bericht ist lang geworden trotzdem nur die konkreten Dinge im Ablauf der Hauptstelle dargestellt wurden. Diejenigen mehr geistiger und politischer sowie sozialer Natur muessen dem naechsten Bericht vorbehalten bleiben, ebenso die Schwierigkeiten und Probleme, mit denen wir uns staendig herumschlagen muessen. Um in diesem Bericht nicht den Verdacht einer zu optimistischen Darstellung zu geraten, moechte ich hier nur einiges als Kostprobe erwaehnen. Die Abwicklung aller Dinge sind umstaendlich

und langwierig, die sich daraus ergibt, dass die Verantwortlichen in verschiedenen Zonen und Laendern weit auseinandergezogen leben. Aus dieser Tatsache ergeben sich auch die Schwierigkeiten einer einheitlichen Planung, der gruendlichen Kenntnis der Vorgaenge im Hilfswerk und im Hilfskomitee usw.

Mit freundlichen Gruessen

i.A. gez. Hermine Hoechsmann

(Hauptgeschaeftsfuehrerin)

Wir haben die Heimatbriefe bis jetzt direkt von der Hauptstelle an die Mitglieder des Ausschusses und des "Grossen Rates" geschickt. Bitte teilen Sie uns mit, ob Sie dies weiter so gehandhabt wissen wollen, oder ob Sie den Bezug durch Ihre Landesstelle wuenschen.

ikgs

B e r i c h t

von der Tagung des theologischen Arbeitskreises siebenbürgischer Landsleute in Blaubeufen vom 3. - 6. August 1949

Ein kleiner theologischer Arbeitskreis siebenbürgischer Landsleute, der sich in gemeinsamer Arbeit auf zwei Pfarrertagungen des Hilfskomitees im Januar und Oktober 1948 zusammengefunden hatte, lud in Erkenntnis der Notwendigkeit und Fruchtbarkeit solch klärenden Gespräches diesmal von sich aus zu einer Arbeitstagung vom 3. - 6. August nach Blaubeuren ein. Bewusst wurden die Einladungen nicht auf den engefen Kreis der Pfarrer beschränkt, sondern an einen weiteren Kreis von Landsleuten gerichtet, von dem anzunehmen war, dass er die uns bewegenden Probleme auch sieht und gerne mitbewegen möchte, vielleicht lebendiger und offener als es oft Pfarrer unter sich vermögen.

18 Landsleute, 5 Pfarrer, 4 Theologiestudenten und 9 "Weltliche" , fanden sich ein. Das evangelische Seminar, im alten, ehrwürdigen Klostergebäude untergebracht, nahm uns gastfreundlich auf. Drei Schlafräume im Dorment, der Speisesaal, der Kreuzgang mit dem Kreuzgarten, der Chor der Klosterkirche mit seinem berühmten Altar, standen uns zur Verfügung.

Jeder Tag begann mit einer Morgenandacht im Chorraum. Das strahlend schöne Wetter machte es möglich, sich zu den Referaten und Aussprachen im Kreuzgarten zu versammeln. Eine täglich fortlaufende Erklärung des R ö m e r b r i e f e s durch den baltischen Pfarrer Dr. Etzold legte den biblischen Grund, von dem her wir unsere vorgesetzten Themen anzugehn und zu klären gedachten.

Der erste Tag gehörte der Besprechung des Themas V o l k s k i r c h e , eingeleitet durch das Referat von Pfarrer Sepp Scheerer, das in der Anlage kurz wiedergegeben.ist. Die beiden Korreferenten, Hans Philippi und Dr. Martin Coulin, hatten beide im letzten Augenblick absagen müssen, so dass nur das schriftlich niedergelegte Korreferat von Hans Philippi zur Verlesung kam. - In der Aussprache kam es heraus, mit wieviel Anhänglichkeit und Dankbarkeit wir alle unserer volkskirchlichen Verhältnisse zu Hause gedenken und wieviel Segen darin lag. Bald jeder öffentlichen Aufgabe, ja jedem kleinen Verein galt die Mitarbeit der Kirche, und wiederum wusste sich jeder einzelne Sachs der Kirche verbunden und verpflichtet. Es wurde aber auch bekannt, wie vielfach diese einzigartige Möglichkeit in alle Zusammenhänge des öffentlichen, alltäglichen Lebens das befreiende Licht des Evangeliums hineinleuchten zu lassen, gerade auch von den Pfarrern versäumt worden ist. Weithin war die Kirche eine säkularisierte Institution zur Erhaltung des Volkstums geworden und hat damit dem Volk den eigentlichen Dienst und Segen vorenthalten. Diesen Segen, der in früheren Zeiten echter Kirchlichkeit unter uns Sachsen, in denen das Wort :"trachtet am ersten nach dem Reich Gottes" in Geltung stand und ein ängstliches Schielen nach anderen Sicherungen völkischer Selsbterhaltung im Glauben überflüssig war, so deutlich sichtbar ist, indem wirklich "alles andere" als ungwollte Frucht reich zufiel und das Volk erhalten und die Gemeinschaft in Politik und Kultur gesund blieb. Gerade weil die Möglichkeiten der Verkündigung so weit und vielfältig waren und so wenig genützt wurden, musste das Gericht um so härter sein. Eine Möglich-

keit nach der anderen wird unserer Kirche aus der Hand geschlagen, und es kann zu Hause und hier für uns nur darum gehn, dafaus zu lernen endlich den Akzent wieder so zu verlagern, dass wir ohne jedes Schielen wieder wirklich Kirche sind und damit unserem Völkchen - wo es auch immer sei - den entscheidenden Dienst aus richten, der uns als Christen in der Verkündigung des Evangeliums in seiner im Referat aufgezeigten vierfachen Gestalt aufgetragen ist. Diese Akzentverlagerung in Erkenntnis und Handeln wurde als das Hauptanliegen und die Hauptaufgabe unseres Arbeitskreises herausgestellt. Im Angehn dieser Aufgabe hat er sich konstituiert und soll sich auch weiterhin darin immer neu finden.

Für den zweiten Tag war das Thema "Diakonie" vorgesehn, das von Pfarrer Scheerer erweitert wurde zu der umfassenderen Formulierung: Christentum und die soziale Frage. Auch diese Ausführungen sind in der Anlage kurz wiedergegeben. Eine richtige Reaktion auf das, was Pfarrer Schwerer uns sagte, war es, dass in der Aussprache nicht lange theoretisiert wurde, sondern sich die Frage sehr bald konkret zuspitzte darauf, was wir in unserer Lage als Christen zu tun hätten.- Der gegebene Ort unseres gemeinsamen Handelns mit und an unseren Landsleuten hier ist das Hilfskomitee. Und über die Nöte und Schwierigkeiten, Aufgaben und Zielsetzungen dieser Arbeit wurde gesprochen, den Nachmittag über und anschliessend noch den ganzen Abend. Es musste gesagt werden, dass die Arbeit - abgesehn von erheblichen materiellen Schwierigkeiten - daran krankt, dass der Kreis derjenigen Landsleute, die die Arbeit nicht nur mit Wohlwollen begleiten, sondern tatkräftig mitzutragen bereit sind, sehr klein ist, ja so klein, dass der Weiterbestand der Arbeit immer wieder ernstlich gefährdet ist. Auch viele der Pfarrer, mit denen man selbstverständlich meint rechnen zu können, stehen abseits. - Es konnte aber nicht darum gehn irgendwelchen Abwesenden allgemein Vorwürfe zu machen. Die Anwesenden selbst fühlten sich gefragt, und wir vergewisserten uns gegenseitig unserer erneuten Bereitschaft als Einzelne, aber auch als Kreis der Arbeit des Hilfskomitees zur Verfügung zu stehn.-Was kann und muss der Inhalt dieser Arbeit sein? Unsere Situation als siebenbürgische Flüchtlinge in Deutschland und Österreich wurde mit der Situation von Leuten in einem Wartesaal verglichen, die sich bereithalten müssen zu gegebener Zeit in den für sie einfahrenden Zug einzusteigen. Welcher Zug das sein wird, wann er einfahren wird, das wissen wir nicht. Es gilt aber sich nicht aus den Augen zu verlieren und sich unter gegenseitiger Hilfe die Zeit des Wartesaals erträglich zu gestalten und die Notwendigkeiten des Tages zu erfüllen. Die bescheidene und doch vielfältige Aufgabe dieser Situation mit gerecht zu werden, hat das Hilfskomitee. Es kann weder die Ankunft des Zuges beschleunigen, noch prophetisch voraussehn wohin der Zug fahren wird, noch sonst grundlegend diesen Zustand ändern, das alles ist nicht in seine Hand gegeben, und es wird ehrlicherweise in dieser Richtung jeder Anschein und jedes Versprechen vermieden werden müssen. Ganz vereinzelt nur wird die Möglichkeit gegeben sein auch auf diese Fragen mit Einfluss zu nehmen, die dann selbstverständlich nicht versäumt werden darf. - Unseren Leuten das Wort des Evangeliums in ihre heutige Lage hinein zu sagen, wird auch immer wieder Gelegenheit genommen werden müssen. Der Vorschlag, einen unserer Pfarrer zum Reiseprediger zu bestellen, der den Leuten auch in die Vereinzelung und Zerstreuung nachgehn kann, wurde erwogen, soll angegangen und dem Hilfskomitee unterbreitet werden.

Am dritten Vormittag hielt Dr. Ludwig Giess sein Referat Z u r g e i s t i g e n L a g e d e r G e g e n w a r t . Die sehr anregende Art in der er aktuelle Fragen der profan- philosophischen Arbeit der Gegenwart anschnitt, waren für unseren Kreis eine gute Probe aufs Exempel. Hatten wir uns in diesen Tagen nicht doch in eine isoliert fromme Haltung und Spekulation hineingesteigert um diese Ausführungen nun als fern und fremd, ja anstössig "weltlich" zu empfinden, oder waren wir an dem uns auch als Christen gewiesenen Ort mitten in der Welt stehen geblieben und durch die weltumspannende Weite des echten Evangeliums erst recht aufgeschlossen worden für ein verantwortliches, unbefangenes Interesse an allen menschlichen Fragen und Problemen. In aller Selbstverständlichkeit hat der Kreis - glaube ich - die Probe gut bestanden.-Im Einzelnen ging es um Fragen der heutigen Existenzialphilosophie und ihres Beitrags zur Lösung gegenwärtiger Verkrampfung und Verstrickung.

Ein Besuch des Dekans von Blaubeuren, eine Führung durch das Kloster seitens des Ephorus des Seminars, brachten uns auch mit unseren schwäbischen Gastgebern in Berührung.

Am Samstagnachmittag konnten das Ergebnis und die praktischen Folgerungen unseres Zusammenseins festgehalten werden. Auf einem gemeinsamen Spaziergang auf die Höhen von Blaubeuren im Angesicht des Städtchens und der weiten Landschaft unserer jetzigen "Heimat", liessen wir uns alles noch einmal durch den Kopf gehn:
Zu immer neuer Klärung unserer Aufgabe und unseres Dienstes an unseren Ladsleuten will sich der Kreis halbjährlich zu einer Arbeitstagung treffen, das nächste mal in der e r s t e n J a n u a r w o c h e 1950 , womöglich in Bayern um auch dort lebenden Landsleuten ein Kommen zu erleichtern. Als b i b l i s c h e s T h e m a wurde für das nächstemal das Durcharbeiten der wichtigsten Abschnitte aus den E x i l p r o p h e t e n im Hinblick auf ein rechtes Verständnis unserer eigenen Lage als Flüchtlinge vorgeschlagen. Aus den Reihen der "Weltlichen" kam die Anregung in den R e f e r a t e n brennende weltliche Fragen im Lichte des Evangeliums zu behandeln. Z.B. sei eine eingehende Beschäftigung mit den Fragen des S o z i a l i s m u s, Marxismus, Kommunismus für uns als Siebenbürger unerlässlich geboten. Von Fachleuten müsste man sich darüber Aufschluss geben lassen.- Mit der Funktion eines "Umschlagsplatzes" aller den Kreis betreffenden Angelegenheiten, wurde Brigitte Csaki in Stuttgart - 13, Stälinweg 16, Tel. 404 82 betraut. Dahin werden alle Anregungen, Anfragen und Nachrichten, besonders auch Mitteilung von Anschriften solcher Landsleute, die ein nächstes mal auch gern mit eingeladen werden möchten, erbeten.

Die Tagung wurde am Samstag abend beschlossen. Wir nahmen an der Wochenschlussandacht der Blaubeurer Gemeinde teil, in der Pfarrer Hans Heinrich sprach, und hielten anschliessend in unserem Kreis das Heilige Abendmahl.

Der folgende Sonntag vereinigte in Blaubeuren die Landsleute der umliegenden Kreise - rund 70 waren erschienen - zu einem landsmännischen Treffen, zu dem die Tagungsteilnehmer auch noch dablieben.

ikgs

Drucksache

Herrn

Dr. Heinrich Zillich

(13b) Starnberg am See

Josef Fischhaberstr. 15

Hilfskomitee
der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben
im Hilfswerk der Evang. Kirche in Deutschland
Hauptstelle Stuttgart
Stuttgart W, Johannesstr. 23, Tel. 69991

ikgs

Kurze Widergabe des Referates " V o l k s k i r c h e "
gehalten von Pfarrer Sepp Scheerer / Linz

Wir kommen als Siebenbürger Sachsen aus einer V o l k s k i r c h e. Unsere Frage darnach ist etwas, das uns alle angeht. Wir lieben sie, und gerade wer selbst aus einer Gemeinde kommt, wo das, was man Volkskirche nennt, z.B. im Vergleich mit den hiesigen Verhältnissen, so lebendig war, sieht wehmütig darauf zurück. Aber es ist Romantizismus, wenn man davon nicht loskommt. Ein Zurück gibt es nicht. Zu Hause ist alles ganz anders geworden; wir hier stehn in neuen Verhältnissen. Es ist aber auch kein Grund zum Verzweifeln und Resignieren. Wir wissen, dass es Gottes eigenes Gericht ist, das sich in dem allem vollzogen hat. Wir sind vielmehr angesichts der neuen Lage zur B e s i n n u n g gerufen. Die zentrale Frage, der wir uns neu stellen müssen, ist die Frage:

Was ist Kirche?

Wir gehn in der Beantwortung vom biblischen Tatbestand aus. Die biblische Bezeichnung für Kirche : E k k l e s i a , ist kein kultischer Begriff, sondern ein profan-politischer und bedeutet den A k t des sich V e r s a m m e l n s . Den Zweck, die Mitte, die nähere Bestimmung dieses sich Versammelns gibt der Zusatz : tou theou, Gottes, oder : tou Christou, Christi an.

Der Begriff knüpft an an den alttestamentlichen : Kahal Jahwe, die gottesdienstliche Versammlung des Volkes Gottes. Die Ekklesia ist das w a h r e Israel, das e i g e n t l i c h e Volk Gottes, von dem der Kahal nur ein Abbild ist.

Die Vermeidung eines kultischen Begriffes wehrt von Anfang an dem Missverständnis, als ob der Christuskult in der Reihe anderer Kulte seinen Ort habe und macht den Anspruch auf die g e s a m t e W e l t , die Beanspruchung der Gesamtschöpfung durch Gott deutlich.

Ekklesia macht weiterhin deutlich, dass es sich um ein immer n e u e s E r e i g n i s der Gemeinschaftsbildung handelt, einen sich wiederholenden Akt, eine sich immer neu ereignende Schöpfung Gottes. Ihr Bestand ist immer wieder a l l e i n durch seine Zusage gesichert.

Der Gebrauch des Begriffes Ekklesia in der Einzahl und Mehrzahl lässt es nicht zu, dass wir zwischen dem, was wir Kirche und was wir Gemeinde nennen, einen qualitativen Unterschied machen. Die Kirche ist nicht m e h r als die Einzelgemeinde, die Einzelgemeinde ist nicht ein T t e i l der Kirche, sondern konkrete Sichtbarwerdung der Kirche. (In unserer Sachsengeschichte treffen wir immer wieder auf den in diesem Sinne geführten Kampf um die Autonomie der Einzelgemeinde).

Die Versammlung geschieht auf Grund eines R u f e s . Es ist die Versammlung derer, die den Ruf Jesu, d.h. Gottes in Jesus gehört haben, auf sich beziehen und ihm Folge leisten. (ethymologisch kommt Ekklesia von ek-kalein=heraus-rufen). Der Form nach ist der Ruf ein G e b o t , dem Inhalt nach ein A n g e b o t , eine

Einladung , die v e r b i n d l i c h e Inanspruchnahme, In - dienstnahme, die damit Entscheidung und dann auch Scheidung bedeutet. Dafür, dass das Angebot der durch den Opfertod Jesu erwirkten und durch seine Auferstehung offenbar gewordenen Vergebung eine neue Existenz schafft; dass dieses Angebot auch über unsereren eigenen, kläglichen Willen hinweg bleibt, ist die T a u f e zum Zeichen gesetzt. Dafür, dass die Gültigkeit des Angebotes nicht selbstverständlicher Besitz eines caracter indelebilis ist, sondern dem begnadigten Sünder immer neu zugesichert wird, ist das A b e n d m a h l zum Zeichen gesetzt. Durch die Versammlung, in der Ungetaufte zur Taufe eingeladen, Getaufte an ihre Taufe erinnert und im Glauben ergriffen werden, w i r d Kirche. Kirche i s t nur indem sie w i r d . Das Annehmen des Glaubens und der Emfpang der Sakramente sind die Zeichen der Zugehörigkeit zur Kirche. Die faktische Spannung zwischen Taufe und Glaube, die Tatsache, dass nicht alle die getauft sind auch glauben, ergibt im Hinblick auf den Kirchenbegriff, dass z.B. die Reformatoren bei der Näherbestimmung dessen was Kirche ist, nicht für wichtig erachten zu fragen, wer zur Kirche gehört, sondern wo Kirche ist. Das Wesen der Kirche wird also nicht bestimmt durch die, die dazu gehören, sondern allein durch Wort und Sakrament. Wo das Wort und Sakrament sind, schaffen sie nach der Verheissung Jesu Gemeinde, Kirche. Dort ertönt der Ruf: hier ist Kirche!

Die Funktion der Kirche

Afutrag der Kirche ist Kirche zu s e i n , immer neu Kirche zu w e r d e n . Auftraggeber ist allein/ G o t t in Christus. Es gilt das 1. G e b o t . Es ist verwehrt a n d e r e Instanzen als Auftraggeber in irgendeiner Form anzuerkennen. Weder der Staat, noch die Stimme des Gewissens, noch das Gebot der Stunde, noch ein Volksnomos können Auftraggeber sein, und wo es dennoch so geschieht,ist es Ungehorsamg egen das 1. Gebot, Gotteslästerung. Auch der Gehorsam der Ohrigkeit gegenüber geschieht um Gottes willen und erfährt von daher seine Begrenzung. Gott nimmt alle diese Instanzen in s e i n e n D i e n s t . Es gibt kein Lebensgebiet, das nicht unter seiner Herrschaft stünde. Es geht für uns immer wieder um die R a n g o r d n u n g , um die richtige A k z e n t u i e r u n g .

Ist es also erste Funktion der Kirche auf ihren Herrn zu hören, so ist nach dem O r t zu fragen, wo seine Stimme gehört werden kann. Christus spricht durch das Zeugnis der Propheten, die auf den kommenden und der Apostel die auf den gekommenen Messias hinweisen. In diesem Z e u g n i s ist Christus Mitte und Inhalt des Alten und des Neuen- Testamentes. Die Heilige Schrift ist der einzige Ort an dem Gottes Stimme zu hören ist. Wo anderen Instanzen die Rolle einer Erkenntnisquelle der Stimme Gottes zugeschrieben wird (z.B. der Tradition in der katholischen Kirche, oder der "Inspiration? bei den Schwärmern) wird die Fleischwerdung nicht ernst genommen, wird das Kreuz, die Nierdigkeit, Verhüllung und Verborgenheit der Offenbarung geleugnet, die n u r im Glauben ergriffen werden kann.

Gott ist aber auch alleiniger Herr der Schrift und das bedeutet, dass die sog. Verbalinspiration, jeder Buchstabenglaube abgelehnt werden muss. Nicht unser Aufschlagen des Buches z w i n g t Gott zum Reden,. Gott redet in F r e i h e i t durch das Schriftwort/ubi et quando visum est deo. In der Predigt bezeugt sich das Schriftwprt selbst als viva vox evangelii.

Die Versammlung um das Schriftwort ist aber nicht Selbstzweck. Die Gemeinde wird In Dienst genommen. Sie ist der Leib Christi, die Stadt auf dem Berge, das Salz der Erde, das Licht der Welt. Sie hat die Aufgabe Z e i c h e n zu sein der gnädigen Zuwendung Gottes zu der von ihm abgefallenen Menschheit, das Rettungswerk Gottes in Christus zu v e r k ü n d i g e n . Diese Exangelia ist Funktion der Kirche, die mit ihrer Existenz selbst gesetzt ist und zu ihr gehört wie das Leuchten zum Licht, die Salzkraft zum Salz. Erlischt diese Kraft, ist die Kirche t o t . Dieser Funktion haben a l l e Lebensäusserungen der Kirche zu dienen, oder sie sind nicht Lebensäusserungen der K i r c h e .

Diese Verkündigung geschieht in einem vierfachen Zeugnis:
1. Im anbetenden Lobpreis der Gnade Christi (Latreia)
2. Im Predigen, d.h. Weitersagen des Evangeliums (Exangelia)
3. Im Dienst der Liebe als dankbares Weitergeben der empfangenen Liebe (Diakonia)
4. Im bekennenden Leiden um Christis willen (Martyria)
   Letzteres weil es um die Wahrheit geht, um die Gültigkeit des
1. Gebotes. Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen.

Das Z i e l dieser Verkündigung in ihrer vierfachen Gestalt ist die Einladung an a l l e . E r f o l g ist nur Glaubensgehorsam weniger.

Nur eines kann die Kirche in diesem Dienen im Auge haben: die Ehre Christi und in keiner Weise die Ehre der Menschen, wenn das auch alles für die Menschen geschieht; auch nicht die Ehre der Kirche oder die der frommen Christen. Es ist nichts widerlicher als eine Kirche, die sich im Angegriffensein selbst rechtfertigt, anstatt Busse zu tun und d.h. noch treuer zu dienen. Sie hat allein die Botschaft vom Licht der Gnade in Christo und der neuen kommenden Welt Gottes zu bringen und nicht das Licht einer neuen Moral, einer religiösen Weisheit, eines neuen Rezeptes zur Behebung des Weltübels oder eine neue tiefere Frömmigkeit, kurz eine neues Gesetz.

Konsequenzen für unser Problem der Volkskirche

Nach all dem Gesagten kann also Kirche niemals eine Institution zur Erhaltung des Volkes sein. Wer Volk in dieser Weise als letzten Wert setzt, nimmt den Inhalt der Kirche nicht ernst. Es geht dann um den Kampf zwischen Baal und Jaweh. Ein indirekter Dienst der Kirche am Volk kann der sein, dass das Volk sich selbst in seiner Geschöpflichkeit richtig verstehn lernt, die ständige Mahnung daran, dass das Volk nicht aus sich selbst lebt, ein Zeichen dafür, dass Volk immer Volk unter dem Kreuz ist, und d.h. unter dem Gericht, aber auch unter der Vergebung. Diese Botschaat richtet sich immer an das g e s a m t e Volk. Sie ist niemals Privatsache, Angelegenheit eines frommen Zirkels. Die Kirche muss auch eingedenk sein des Gleichnisses vom Unkraut unter dem Weizen. Sie ist darum auch am politischen Leben nicht desinteressiert. Auf a l l e s soll das Licht des Evangeliums fallen, aber das Licht des E v a n g e l i u m s . In der Zeit der Entstehung volkskirchlicher Traditionen waren auch die Volksmänner C h r i s t e n . Es hat sich ein Strukturwandel vollzogen und es ist heute vielfach anders. Und trotzdem ist der Anspruch Volkskirche zu sein aufrechtzuerhalten, aber nicht in dem Sinne irgendeiner Kirchenherrschaft, sondern nur in dem Sinne des Dienstes an allen , am ganzen Volk. Die Säkularisierung führte dazu, dass die Kirche von innen her ausgehölt wurde und ihres Auftrags nicht mehr sicher ist. Das gilt es nicht nachzuweisen, sondern vom Ursprung her einen neuen Anfang zu machen unter der Gültigkeit des Befehls und der Verheissung: "trachtet am ersten nach dem Reich Gottes und nach seiner Gerechtigkeit, so wird euch solches alles zufallen." Die volkskirchlichen Ordnungen und Segnungen in unserer Kirche sind auch F r u c h t des Glaubens und nicht völkische Angelegenheiten. Wir müssen auch heute die rechte Akzentuierung wieder finden.

Kurze Wiedergabe des Referates " Ch r i s te n t u m u n d d i e s o z i a l e F r a g e "
gehalten von Pfafrer Sepp Scheerer / Linz

Zwei zentrale Ereignisse der Bibel sind es, auf deren Hintergrund allein die soziale Frage von uns verstanden werden kann:

1. Die Menschwerdung Christi
In der Mitte des Neuen Tetamentes steht im 1. Kap. des Johannesevangeliums:"Das Wort ward Fleisch und wohnte unter uns". Gott selbst durch Christus ist ins Materielle eingegangen. Fleisch, zu dem auch die Seele mit ihren Irrungen, Ahnungen und Abgründen gehört, ist der Ort, da wir Menschen dem Geist am stärksten Widerstand leisten, es ist am augenfälligsten dem Tode verfallen. Aber ausgerechnet in dieses Fleisch, da wo die Erde am "erdigsten" ist, da gefällt es Gott einzugehn. Wem dies aufgegangen ist, der weiss, dass es Leugnung der Menschwerdung Christi ist, im Gegensatz zum Geistigen eine besondere Scheu und Abscheu vor allem Materiellen zu haben. Es gibt nicht nur einen gottlosen, es gibt auch einen "heiligen Materialismus". Die Bitte im Vaterunser : "unser täglich Brot gib uns heute", darf ganz nüchtern, alltäglich und materiell aufgefasst werden als Bitte um Nahrung, Kleidung, Wohnungsmiete, Arbeit, Gesundheit, Freiheit und ein Vaterland, um ein Leben ohne beständige Angst und in menschenwürdiger Behandlung durch unseren Nebenmenschen. Mit einem Wort um all das, was in der sozialen Frage als Not aufbricht.

2. Ausgiessung des Heiligen Geistes über alles Fleisch
Das was wir "heiligen Materialismus" nannten, taucht auch wieder gerade dort auf, wo wir es am wenigsten erwarten, im Pfingstereignis! "Die Menge aber der Gläubigen war ein Herz und eine Seele; auch keiner sagte von seinen Gütern, dass sie sein wären, sondern es war ihnen alles gemein. Und mit grosser Kraft gaben die Apostel Zeugnis von der Auferstehung des Herrn Jesu, und war grosse Gnade bei ihnen allen. Es war auch keiner unter ihnen, der Mangel hatte; denn wieviele ihrer waren, die Äcker oder Häuser hatten, die verkauften sie und brachten das Geld des verkauften Gutes und legten es zu der Apostel Füssen; und man gab einem jeglichen was ihm not war."(Apostelgesch.4) Einer weitverbreiteten Meinung, dass es eine bedauerliche Fehlentwicklung sei, wenn eine Gemeinde, die im Geist begonnen habe, im Fleisch endigt, steht die Bibel entgegen, dernach das gerade die gemässe Gestalt der Gemeinde ist. Gottes Geist bleibt der armen Erde treu, er liebt sie, im Gegensatz zum Menschengeist, der etwas "Luftiges", Abstraktes hat und nach höheren Regionen trachtet. So wie das Wort Fleisch ward, so wird der Heilige Geist ausgegossen über alles Fleisch.

Die Fleischwerdung ist die Kampfansage Gottes gegen jede Form von menschlicher Not, heisse sie nun Krankheit, Hunger, Vergewaltigung oder Tod."Als Jesus das Volk sah, jammerte ihn ihrer, sie waren ermattet und zerschunden, wie Schafe, die keinen Hirten haben"; er "heilt allerlei Seuchen und Krankheiten im Volk"; er lässt den Armen nicht im Stich, dort wo der Priester und Levit vorbeigehn, hilft der "barmherzige Samariter"; er ruft die "Mühseligen und Beladenen" zu sich. Die menschliche Not ist nicht unabänderliches Schicksal, sondern ist zu bekämpfen, zu überwinden, ja zu beseitigen. Wo der Name Christi bekannt wird, beginnt sich die Menschenwürde zu melden, es geschieht ein seltsames Erwachen aus einer dumpfen Ergebenheit. (In China begann die Revolution als der erste christliche Missionar Robert Morrison das Land betrat. In den Streiks in Japan von 1921 bekannte der Leiter der

Arbeiterbewegung, die neue christliche Idee von dem unendlichen Wert der Persönlichkeits ei es, die letztlich die Unruhen auslöse) In solchen Kampf und solche Erhebung mischt sich immer wieder Menschliches, Allzumenschliches, sie sind nicht zu rechtfertigen, aber von daher zu verstehn. Unter diesem Gesichtspunkt kann sich auch ein fruchtbares Gespräch z.B mit dem Marxismus ergeben.

Wer Witwen uhd Waisen schmälert hat es mit Gott zu tun, ihrem obersten Schirmherrn, heisst es immer wieder im Alten Testament. Bezeichnend ist die Einrichtung des Halljahres. Hier leuchtet etwas auf vom Liebe swillen Gottes, hier gibt es Schuldenerlass. Der totalen Verarmung ist Einhalt geboten, eine barmherzige Korrektur des Wirtschaftlebens. Und dort, wo diese göttlich gelenkte, weise Erwchütterung nicht erfolgt, müssen innerhalb der Völker dann immer wieder Erschütterungen chaotischen Charakters Platz greifen und das im Gericht durchführen, unter bitterstem Unrecht, was vorher undurchführbar schien.

Ähnliche Kampfansagen gegen die Armut gibt es im Neuen Testament. Gott ist parteiisch, im Gegensatz zur Parteilichkeit der Menschen nach "oben", ist er es nach " unten", für die Armen. Viermal hören wir Jesus die Armen, Kleinen, Hungernden, Verfolgten selig preisen. Dem entspricht das vierfache Wehe über die Reichen, Mächtigen und Gewaltigen. Arm und Reich sind stehende Figuren. Gegen den Mammon wird geredet ,aber auch gegen seine Satelitenmächte die Pharisäer und Schriftgelehrten. Es ist ein Ärgernis, dass Gott es für gut befand Mensch zu werden in Armut. Das bedeutet aber keine Idealisierung und Verklärung der Armut. Krippe und Kreuz sind Proteste Gottes an die Adresse des reichen Mannes und Parteinahme für den armen Lazarus. Wer von nun an den Armen wohltut, tut Gott wohl, und umgekehrt.

Immer wieder ist in der Bibel vom Almosen die Rede. Es ist gewiss nur ein kleines Tröpflein, aber ein Tröpflein, das verhindern kann dass die Achse sich heiss läuft. Es ist ein Zeichen für das, was in diesem Zusammenhang über das Privateigentum zu sagen ist: Für die Bibel ist das ein Fremdwort. Es wird nicht von seiner Aufhebung geredet, weil es gar nicht existiert. Die Bibel kennt nur Lehen und Pacht, dem Menschen anvertrautes Gut. Privateigentum hat nur der eine, der in"sein Eigentum kam, und die Seinen nahmen ihn nicht auf" Der Christ ist Gast und Fremdling auf der ganzen Welt, einschliesslich seines eigenen Hauses. Was sich der Verfügungsgewalt Gottes entzieht um sich eigengesetzlich zu gebärden, ist Götzendienst. Man kann nicht zwei Herren dienen, Gott und dem Mammon. Man soll in aller Freiheit haben, als hätte man nicht. Gott kann jederzeit wieder abfordern. Gott allein hat Anspruch darauf. Als zeichenhafte Demonstration, dass das Ganze jederzeit zur Verfügung steht, kommt es im Leben des Christen zum Almosen. Darum darf Almosen niemals an Stelle des Rechtes treten. Im Hinblick auf die soziale Frage, kann Almosen bestenfalls Linderung niemals aber Lösung sein.

Respektabeles zur sozialen Frage wurde in unserer Zeit von der Technik geleistet: Arbeitsverbesserung, Wohnungsverbesserung, Verkehrsverbesserung, usw. Die Grenzen der Technik aber sind darin zu sehn, dass es auch dadurch nur zu einer Verlagerung und Umschichtung des äusseren Bildes der Menschheit kommt. - Technik aber auch Almosen stellen nicht in Rechnung, dass das entscheidende Hindernis an der Förderung der sozialen Frage der Mensch selber ist. Soziale Not ist Schuld. Es ist Schuld, dass es arme Menschen gibt. Um Gottes willen muss niemand verhungern oder erfrieren, die Erde Gottes hat genug Nahrung, Rau und Kleidung für alle. Wir müssen dabei nicht gleich an Schwerverbrecher denken, die soziale Schuld

ikgs

füllt den Alltag: unheldischer Erbstreit mit Verwandten, Jagd nach dem "Fensterplatz" in der Eisenbahn, das jeweilig sich hurtig den Vorteil sichern, das anonyme Ausbeutertum. Hinter der sozialen Frage steht unübersehbar das Schuldproblem, die Wurzel all dieser Not ist die Schuld. Wer darum radikaler Sozialist (Wurzel=radix) sein will, endet vor der Tatsache der Schuld. Was sagt nun die Bibel dazu?

Neben der Bitte um das tägliche Brot steht in der Mitte des Vaterunser die Bitte um die Vergebung unserer Schuld. Beide gehören zusammen. In dieser auffälligen Anordnung der Bitten, will uns offenbar gesagt sein, dass der Mensch zwar vom Brot lebt, dass die soziale Frage somit eine Lebensfrage ist, dass er aber doch nicht nur vom Brot allein lebt, dass die soziale Frage auch eine andere Wurzel hat. "Der Mensch lebt von einem jeglichen Wort, dass durch den Mund Gottes geht" (Matth.4). Das Hauptwort lautet nicht "Brot", sondern "Vergebung". Der gottlose Materialismus sagt: gebt allen Leuten Brot und wir haben das Paradies auf Erden. Degegenüber wäre von der Vergebung der Schuld her zwar von keinem Paradies zu reden, aber davon, dass es denkbar wäre, dass wenn Menschen wirklich Vergebung der Schuld und Seelenfrieden hätten, sie dann aufhören dürften unersättlich nach mehr zu hungern und über ihrem Zusammenraffen Schuld auf Schuld zu häufen. Es wäre dann ein einigermassen erträglicher Aufenthaltsort für Mensch und Tier auf der Erde denkbar. Denkbar wäre es, dass dann die reichen Güter der Erde ausreichen würden für jedermann, auch am Tisch der Völker. Es könnte dann geschehn, was am ersten Pfingsttag aus der Macht der Sündenvergebung geschah: "da war keiner der Mangel litt".

Undnun ist das ungeheuer Grosse zu sagen, auf das Ereignis von solch majestätischer Herrlichkeit hinzuweisen: das was wir als radix der sozialen Not angegeben haben, die Schuld, i s t vergeben, die Bitte i s t erfüllt. Das ungeheuerliche Hindernis is t beseitigt. Die Vergebung harrt nur darauf erkannt und angenommen zu werden. Die Vergebung ist geschehn durch das Opfer Christi am Kreuz. Es gibt nur etwas, was grösser ist als die Schuld, das Ganzopfer am Karfreitag. Dort in Jerusalem ist die Wende geschehn, die soziale Wende im besonderen.

Alles soziale Verhalten, alle Mitarbeit der Christen an der sozialen Fragesteht seither im Zeichen des Dankes. Wo immer sich vom Kreuz Christi her die Dankbarkeit regt, tritt ein Stück Antwort auf die soziale Frage in Erscheinung. Da geschieht der echte Gottesdienst, der Gott im Armen dient, ohne Aufgeblasenheit, sondern in Selbstverständlichkeit. Es kann sich aber dabei nur um eine mher oder weniger wirksame Förderung, um ein Zeichen handeln, nicht aber um die Lösung. Die Lösung und Vollendung wissen wir verheissen im Wort vom " neuen Himmel und der neuen Erde, in der Gerechtigkeit wohnt, da Gott abwischen wird die Tränen von ihren Augen und der Tod wird nicht mehr sein, noch Leid noch Geschrei, noch Schmerz wird mehr sein, denn das erste ist vergangen" (Offenbarung 21) Bis dahin leben wir zwischen den Zeiten und können nur zeichenhaft hindeuten auf diese Lösung.

---

ikgs

Liebe Landsleute !

Die starke Zustimmung und das weittragende Echo, die unser Aufruf in Euren Reihen gefunden hat, erfüllt uns mit freudiger Dankbarkeit.

In wenigen Tagen ist die Mitgliederzahl unseres neugegründeten " Verbandes der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben " auf nahezu 1000 gestiegen. Täglich gehen neue Beitrittserklärungen bei uns ein. Etwa 60 Briefe erreichten uns, in denen unsere Landsleute unsere Neugründung gutheissen.

Nur 4 Briefe sind ablehnend. Ihr Inhalt lässt sich in folgender Frage zusammenfassen:

" Na was können die in der Himmelreichstrasse uns auch schon viel helfen ! "

Wir weichen diesem durch vielen Enttäuschungen angesäuerten Einwand nicht aus.

Hier unsere Antwort:

Der neugegründete Verband ist nicht nur dazu berufen, uns die Mittel zur weiteren Ausdehnung unsere Tätigkeit in Beratung, Interessenvertretung und Hilfeleistung zu sichern, sondern soll unserer bereits bestehender Organisation ein immer festeres und engmaschigeres Gefüge verleihen.

Je fester das Gefüge, desto gewichtiger das Wort, das wir in der " Arbeitsgemeinschaft der Südostdeutschen in Bayern " zu sprechen haben werden.

Diese Arbeitsgemeinschaft, zu der wir uns zusammengeschlossen haben, um infolge unserer geringen Zahl und unserer bisherigen Zersplitterung nicht immer zu kurz zu kommen und unter den Tisch zu fallen, kann neben kleinen Ergebnissen bereits auf zwei grosse Erfolge hinweisen:

1./ Ist es dank unserer Geschlossenheit gelungen, Herrn Dr.Josef Trischler als unseren Vertreter in den neuen Deutschen Bundestag nach Bonn zu entsenden.

2./ Ist man durch diesen Wahlkampf auf uns aufmerksam geworden und wir befinden uns auf dem besten Wege, ein Faktor zu werden, mit dem auch in Zukunft gerechnet werden muss - falls wir uns unsere Geschlossenheit bewahren.

Der Zusammenschluss aller Flüchtlinge, den wir anstreben wird doch einmal Wirklichkeit werden. Je kräftiger sich bis dahin die Organisation der südostdeutschen Heimatvertriebenen entwickelt haben wird, desto besser und wirksamer werden wir dann unsere Interessen wahren können.

Wer die Kette nicht sieht, nicht sehen will, wie sich Glied an Glied reiht und ineinander greift, der kann uns freilich nicht helfen - und dem können auch wir nicht helfen, weil ihm einfach in seiner Mutlosigkeit nicht zu helfen ist.

Und nun komm auch Du, lieber Landsmann, aus Deiner säuerlichen Mutlosigkeit hervor und schliess Dich uns an. Auch wir haben schwere Enttäuschungen erlitten und wollen manchmal vor der Grösse der Aufgabe mutlos werden. Das aber darf niemals sein !

Wir senden allen unseren Landsleuten - auch den Mitgliedern des Verbandes - Beitrittserklärungen zu und bitten jeden einzelnen in seinem landsmännischem Bekanntenkreise neue Mitglieder zu werben. Unser aller Ziel muss sein, dass schliesslich jeder Landsmann unserem Verband angehört !

Wir danken allen Landsleuten für ihre Mithilfe und Disziplin bei der Wahl Dr.Trischlers und bitten sie, auch in der Zukunft geeint hinter uns zu stehen; denn nur so können wir unseren Ansprüchen Gehör verschaffen !

Mit landsmännischem Gruß

H.W. Brekner

Landesstellenleiter des Hilfskomitees

Geschäftsführer des Verbandes

ikgs

Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben
München 22, Himmelreichstrasse 3 Tel. 26-27

Das gute Gelingen unserer Veranstaltung im Juli ermutigt uns, Sonntag den 28.August im Augustiner Keller, Arnulfstrasse 52, nachmittags 3 Uhr ein zweites

S O M M E R G A R T E N F E S T
mit Musik u.Tanz

vorzubereiten und Sie, lieber Landsmann, dazu herzlich einzuladen.

Unser neugewählter Abgeordneter des Deutschen Bundesparlamentes in Bonn, Herr Dr. JOSEF TRISCHLER, wird bei dieser Gelegenheit ein kurzes Referat über aktuelle Flüchtlingsfragen halten.

Wir bitten Sie, diese Einladung in ihrem landsmännischem Bekanntenkreise weiterzugeben, damit möglichst jeder Landsmann davon Kenntnis habe und bei unserer Veranstaltung zugegen sein könne.

Mit freundlichem Gruß
H.W. Brekner
Landesstellenleiter

Bitte: Wir bitten Sie, uns die genauen Anschriften aller Ihnen bekannten Schwerkriegsbeschädigten Landsleuten bekanntzugeben, die wir alle genau erfassen wollen.

D R U C K S A C H E

(13b) MÜNCHEN 2 19.8.49-12 DEUTSCH 4 POST An (13b) MÜNCHEN 2 19.8.49-22 ch DEUTSCHE 4 POST (13b) MÜNCHEN 2 19.8.49-22 ch DEUT

Familie Zillich

Hebegsn in Bsi

Hilfs-Komitee - Mogg

Starnberg

Fischhalerstr. 15

Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben im Hilfswerk der Evang. Kirchen in Deutschland
Landesstelle Bayern
München 22 - Himmelreichstr. 3 - Tel. 2627
Postscheck: 5729

ikgs

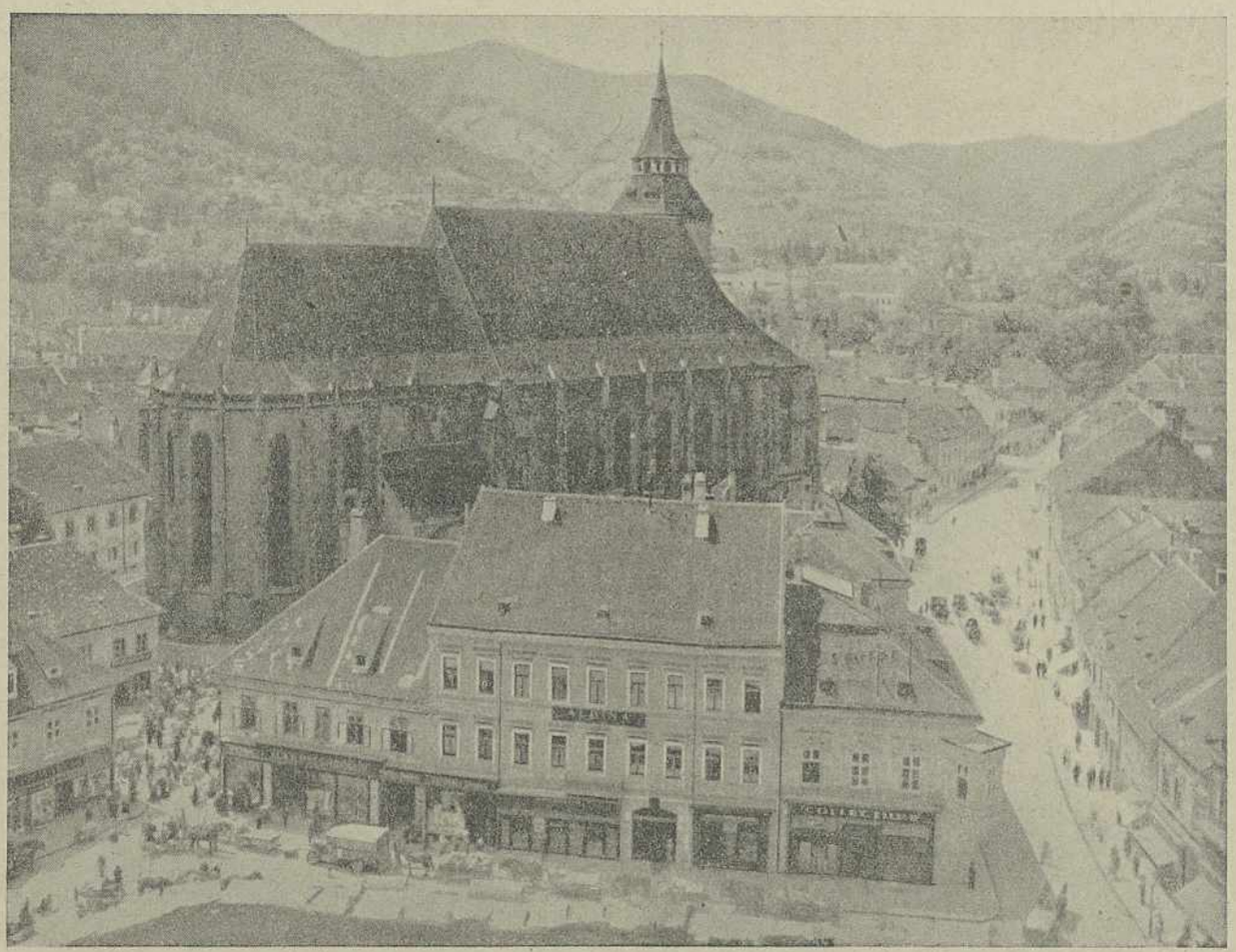
Herausgegeben vom Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen u. Banater Schwaben - Der Vorsitzende - Fritz Heinz Reimesch Druckerei: Gottlieb Holoch, Stuttgart-W

Heimatbrief

der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben

Der Heimatbrief ist kein Druckerzeugnis im Sinne des Pressegesetzes. Er ist für bestimmte Personen vorgesehen u. kann im Zeitungshandel nicht bezogen werden

Jahrgang 1 | September 1949 | Folge 3



Die schwarze Kirche in Kronstadt und ein Teil des Marktplatzes mit der Böttcher- und Obstzeile, wie sie früher ausgesehen haben. Ihr heutiges Aussehen beschreibt ein Aufsatz im Innern des Heftes.

Wir befinden uns . . . .

Wir befinden uns in einem Wartesaal, so wie Wartesäle heute in Deutschland sind. Die Mauern notdürftig geflickt, ein neues Dach, roh gezimmert. Der Blick fällt aus den trüben Fenstern auf starrende Säulen und Eisengestänge, früher die Glaskuppel über den Geleisen tragend. Im Raum drückende Enge menschlicher Nähe, ohne Kontakt in den tieferen Schichten des Seins. Und dann die Vielfalt der Gesichter, der Gesten, der Stellungen, der Mundarten. Die einen schlafen, die Beine auf den Stuhl gelegt, den Kopf hintenüber mit röchelndem Mund. Die anderen sitzen um den Tisch, spielen Karten, stumpf fällt ab und zu ein Wort, klatscht eine Karte auf den Tisch. In der Ecke sitzt eine Mutter, sie hat den Tisch abgewischt, Koffer und Kisten zu einem Wall geschichtet, eine Decke von Kleiderhaken zu Haken gespannt und tränkt im Halbdunkel ihr Kind. Kleines Beginnen eines Heimes. Eifrig über Ruinen und alte Backsteine sprechend sitzen ordentlich gekleidete Männer in der anderen Ecke. Das Begehren nach wohlbehäbigem Bürgertum liegt auf ihren breiten Gesichtern. Ihr Reden baut neue Häuser aus alten Steinen in zerstörte Fassaden. Um einen runden Tisch sitzt ein Diskutierklub, Intellektuelle in ausgefransten Hosen. Ihr Gespräch geht vom Fortschrittsglauben über die Existenzialphilosophie nach Bonn, Washington und Moskau. Sie wollen die Welt geistig neu ordnen, verbessern — und reden. Heftiges Gestikulieren um An-

fangsbuchstaben, CDU, FDP, KPD, SPD, WAV scheint an einem anderen Tisch in Streit überzugehen. Zwischen den Tischen lungern Jugendliche herum. Manchmal öffnet sich die Türe und ein Wohlgekleideter geht auf dicken Kreppsohlen in buntgeringelten Strümpfen durch die Reihen, einen neuen Schweinslederkoffer in der Hand. Er zieht ein wenig die dicke, ereignisschwere Luft durch die Nase und strebt ohne Blick nach rechts oder links zum Ausgang. Weit hinten sitzen ein paar Bauern und eine Frau. Ihre Sprache hat das rollende „R" des Südostens. Die Ellbogen liegen aneinandergelegt auf dem Tisch, sie verständigen sich durch wenig Worte und die Untertöne des Intuitiven. „Wo ist Deine Frau?" fragt der Alte den Jungen. „Unten". „Wie lebt sie?" „Sie schreibt, es geht ihr nicht schlecht. Sie arbeitet im Tagelohn auf unserem alten Hof. Sie haben genug zu essen." „Reicht das aus?" „Sie klagt nicht." „Willst Du nicht zu ihr?" „Wollen?" sagt der Junge, hebt die Schultern langsam hoch und zieht Luft ein. Er sieht den Alten fest an und läßt die Schultern fallen. „Laß sie heraufkommen", murmelt begütigend der Alte, „der Hof ist eh hin." „Es kostet viel Geld und unter Hunderten gelingt es Einem. Sie müht sich schon zwei Jahre um die Papiere." „Hast Du Nachricht von Deiner Frau?" wendet er sich unvermittelt an einen anderen Mann. „Nein", sagt der, „man hat mir erzählt, sie würde im Donezbecken unter Tage arbeiten." „Und die Kinder?" „Sind bei den Großeltern unten. Der Jüngste war ein paar Wochen alt als ich in den Krieg ging. Jetzt geht er in die Schule. Meine Eltern sind 70 und 75 Jahre alt. Sie müssen die Kinder ernähren." Mehr sagt er nicht, nur seine Augen werden eng und blicken in die Weite. „Was arbeitet ihr jetzt hier?" mischt sich der Alte wieder ein. „Ich bin Knecht auf einem Hof." „Ich leite einen Hof, dessen Bauer noch nicht aus Gefangenschaft zurück ist. Die Frauen haben Vertrauen zu mir. Was ich sage wird gemacht. Seit ich da bin, haben wir das schönste Vieh im Dorf", fügt er stolz hinzu. „Ich arbeite in der Fabrik." „Ich bin arbeitslos." „Ich arbeite als Hilfsarbeiter", geht die Reihe rundum. Der Lehrer arbeitet als Waldarbeiter und die Alten bekommen Unterstützung. „Wer mir einmal gesagt hätte, daß ich jeden Dienstag und Freitag um Arbeitslosenunterstützung anstehen würde! Wenn ich früher Geld brauchte, verkaufte ich ein paar Fässer Wein aus dem Keller." Dies ist das Stichwort und nun geht das Gespräch alte Wege. Und die Sätze beginnen alle mit „Wir". „Wir hatten ..." „Wir waren ..." „Wir konnten ..."

Und dann bricht es aus dem Jungen heraus. „Wie lange soll das noch gehen? Die Kinder werden groß, ihre Briefe spärlicher! Wir sind nur noch Schatten für einander. Hier sind wir Knechte, Tagelöhner! Wann hat das ein Ende? Wo finden wir einen Anfang?" „Ich gehe zu meinen Kindern", sagt der junge Mann von vorhin, wild entschlossen. „Vergiß nicht, den Wunderteppich auszurollen, der Dich über drei richtige Grenzen und drei Zonengrenzen fliegt und dann stell das Steuer ein, damit Du nicht zu weit östlich abgedreht wirst", sagt ingrimmig ein anderer. „Ich gehe nach Amerika!" „Ach", sagt der Alte spöttisch, „wartet dort ein reicher Onkel auf Dich? Oder hast Du gar eine Tante, die Dir die Zimmer mit Stickereien, gemalten Truhen und Tonkrügen herrichtet, damit Du kein Heimweh bekommst? Oder willst Du Deinem Sohn eine Mestizin zur Frau geben? Dann lern schnell spanisch oder portugiesisch oder englisch und vergiß wie man auf sächsisch „Brot" sagt und „Freund" und „Nachbar". „Ich weiß, daß ich allein sein werde" und seine Ellbogen lehnen sich wieder an die des Nachbars, „aber ich bin jung, ich muß eine Möglichkeit haben, nur eine Möglichkeit anzufangen, mehr nicht. Es ist die Not, versteht!" „Dann versuch's", sagt der Alte hart, „nur laß die Träume zurück, und was Du bis jetzt gewesen bist."

An der notdürftigen Decke über den Köpfen der Sitzenden hat sich ein nasser Fleck gesammelt und nun löst sich langsam ein Tropfen und platscht auf den Tisch. Die Blicke gehen nachdenklich zu dem nassen Holz da oben. „Man muß Dachpappe darüber nageln", sagt einer und steht auf. „Laß", meint der Amerikafahrer, „diese Bretterbude gehört uns nicht, vielleicht reisen wir morgen ab." „Lebst Du von dieser Hoffnung?" Zum erstenmal spricht die Frau „dann laß es Dir auf den Kopf regnen. Wenn die Dachpappe darauf ist, können wir immer noch abreisen." Sie wendet den Kopf zu dem jungen Mann nach rechts, der steht nun wirklich auf und geht hinaus. Bald hört man seinen Hammer. Als er wiederkommt, hat die Frau ein gesticktes Deckchen auf den Tisch gelegt. „Es ist schöner so und ein bißchen wie zu Hause", sagt sie fast entschuldigend. Der Alte legt ihr die Hand auf die Schulter: „Es ist gut so." Dann holte er aus der Tasche ein Kursbuch. „Wir befinden uns in einem Wartesaal, laßt uns Fahrpläne ansehen." Bedächtig und ruhig beugen sich die Köpfe über das Buch. **Noch wissen sie nicht, ob ihr Zug kommt, in welcher Richtung er fahren wird, ob sie einsteigen wollen** — aber sie sitzen, Ellbogen an Ellbogen, und wissen um ihre Gemeinsamkeit — ohne Worte. Hö.

Die Füchse haben Gruben

Luk. 9, 57—62.

In vielen unserer siebenbürgischen Bauernstuben konnte man als genähten Wandspruch den Vers lesen: „Ein Tag, der sagt's dem andern, mein Leben sei ein Wandern zur großen Ewigkeit. O Ewigkeit, du schöne, mein Herz an dich gewöhne; mein Heim ist nicht in dieser Zeit." Es ist ein ganz merkwürdiges Gefühl, das uns beim Lesen dieser Worte überfällt. Wir ahnen, daß damit etwas von dem Urgeheimnis, das über unserem Leben liegt, ausgesprochen wird. Die Rätselhaftigkeit des Daseins, die in das Leben des Menschen immer wieder einbricht und die Seele verwundet und mit drückenden Fragen belastet und verwirrt, wird in diesen Worten enthüllt und doch auch zugleich gebannt. Nun ist das, was uns diese Welt immer wieder zu einem fremden und feindlichen Gegenüber macht, begriffen und aufgehoben durch den Klang aus einer neuen, im Innersten aber doch so vertrauten Heimat. Wenn man in der Hast unserer Tage, in der Unruhe unseres Flüchtlingslebens noch so viel Stille und Besinnlichkeit für seine Seele zu bewahren vermochte, daß man das unaufdringliche, zarte Rufen dieses Wortes vernehmen kann, wird man es erraten und empfinden müssen: Alle unsere unstillbare Sehnsucht, unser Hoffen und Warten, aber auch unser Leiden und Kämpfen, das Unbefriedigtsein der Seele, das Hin- und Hergerissenwerden zwischen den Mächten und Gewalten dieser Welt, alles dieses ist im Grunde genommen nur der Ausdruck einer tiefen, verborgenen Heimatsehnsucht. „Mein Heim ist nicht in dieser Zeit", heißt also mit den Worten der Bibel dieses: „Und Gott wird abwischen alle Tränen von euren Augen, und der Tod wird nicht mehr sein, noch Leid noch Geschrei, noch Schmerz wird mehr sein." Das also, diese Heimat, ist das Ziel, das Christus uns allen vorhält und verheißt.

Aber so sehr uns dieses Ziel in der Seele anspricht, so sehr es auch von unserem Verstande bejaht wird und sich unserem Gewissen und Gerechtigkeitsverlangen als letzte ausgleichende Gerechtigkeit für alle im Leben erfahrene Unbill aufdrängt, so wenig ist es ein Ziel, das uns mühelos zuteil wird und in den Schoß fällt. Unser Text bringt den Ernst und die Radikalität zum Ausdruck, mit welcher dieses Ziel ergriffen, mit der ihm nachgejagt werden muß. Es ist ein hartes Entweder-Oder, vor das wir hier gestellt werden. Wir haben zu entscheiden, ob wir als höchstes Gut über unser Leben **Gott** schreiben wollen, oder ob wir Welt, Ehre, Macht, Reichtum und das was man gemeinhin Glück nennt, als ersten Sinn darüber stellen. Verlockender und verführerischer für Auge und Herz stellen sich uns diese letztgenannten Ziele dar; und in schmerzlicher und erschreckender Weise verhüllt uns Gott im Leben so oft seinen Reichtum und seine Gnade. Er erwartet, daß wir uns ihm ohne Garantieschein in die Arme werfen. Er schenkt uns keine Freiheit auf Rückversicherung, sondern nur im Wagnis des Glaubens.

Aber gerade dadurch klingt uns auch aus diesem seinem Worte die frohe Botschaft entgegen. Wenn Jesus sagt: **„Die Füchse haben Gruben und die Vögel unter dem Himmel haben Nester, aber des Menschensohn hat nicht, wo er sein Haupt hinlege"**, so will er

uns damit nicht zuerst zum Mitleid mit ihm bewegen, nicht an unsere Rührseligkeit appellieren, obwohl wir es heute mehr denn je ermessen können, in welche Not Menschen verstrickt werden, die so leben müssen, wie es der Heiland hier von sich selber sagt. Nein, der Heiland will uns die befreiende Botschaft sagen: Euch sind größere und kostbarere Dinge verheißen als Hütten oder Paläste, als armselige Groschen oder dicke Sparbücher. Ich mache euch frei von den Sorgen, in welche euer Herz durch diese Dinge immer wieder hineingezogen wird. Der Friede eurer Seele, die Reinheit eures Gewissens, das Verstehen mit euren Nächsten sind tiefer verankert. Euer Leben speist sich aus einer andern Quelle. Und diese Quelle fließt euch zu, ihr dürft herantreten und „trinken Wasser des Lebens umsonst".

Und dem in seinem Heim Geborgenen ruft Christus durch unser Evangelium zu: Es liegt eine große Gefahr in deinem Besitz. Die Sicherheit in deinen vier Wänden ist eine Scheinsicherheit. Der Reichtum, den du darin hast, kann auch nur größte Armut der Seele verdecken. Hast du es nicht erfahren, wie unbeständig diese Güter sind und wohin es führt, wenn man sein Leben nur auf sie baut? Weißt du denn sicher, daß du morgen nicht selber Bettler bist? Euer beider Ziel, deines und deines obdachlosen Bruders, liegt anderswo. Dich soll dein Reichtum nicht behindern, ihm nachzujagen, und ihn soll sein Mangel nicht abhalten, es zu suchen. Wenn ihr euch in diesem Ziel einig seid, wenn die Nachfolge, die Jüngerschaft euch verbindet, dann kann euch nichts trennen und entzweien. In der Nachfolge findet ihr beide den Weg, durch den ihr auch im Irdischen nicht auseinanderklafft. Nur wo die Jüngerschaft nichts weiter ist als eine Formsache, gibt es unter Christenmenschen um dieser Dinge willen Haß und Neid und Streit und Krieg. — „Das Leben sei ein Wandern". Wir haben es verspürt, wie wahr das im Irdischen für uns geworden ist. Unsere Wanderstraße, die zugleich Leidensstraße ist, ist Tausende von Kilometern lang. Die Stationen darauf ziehen sich von den Karpathen bis in die Steppen Rußlands und in den Ural hinein, sie laufen über die Alpen bis zur Nordsee und an den Atlantischen Ozean. Aber wir dürfen es uns sagen lassen, daß diese Wanderschaft, gleich, wo sie begann, gleich, wie sie verläuft, ein einziges gemeinsames Ziel hat. Christus tritt vor uns hin und will uns die wahre Heimat geben. Sie ist nicht in einem erträumten Jenseits, sondern hier und jetzt. Indem wir auf ihn schauen, ihm gehorchen, ihm nachfolgen, tragen wir diese Heimat schon im Herzen, wissen wir uns darin schon geborgen. Sie ist „der Friede Gottes, welcher höher ist als alle menschliche Vernunft"!

Und deshalb ist der Ruf zur Nachfolge eine ernste und dringliche Angelegenheit für unser Leben. Er ist die Mahnung an uns, mit Glauben und Gottvertrauen, mit der Hoffnung, die nie zuschanden wird, die Aufgabe und Aufgaben zu ergreifen, die uns das Leben, die uns jeder Tag schickt. Er ist die Mahnung, in allen Aufgaben niemals die eine Aufgabe zu vergessen, daß unser Werk, unser Handeln, unser Denken, unser Reden nur dann der Flüchtigkeit und Nichtigkeit entnommen sind, wenn der Wille Gottes als letzte und größte Triebkraft dahinterstehen. Deshalb sollen wir, nein, dürfen wir aus bedrängtem Herzen um den Glauben bitten, der uns stark und frei und fröhlich macht, weil er es uns alle Tage zur Gewißheit werden läßt: „Euer Vater im Himmel weiß was ihr bedürfet; alle eure Sorgen werfet auf ihn." He.

Ein Spaziergang durch Kronstadt

Wir beginnen unseren Rundgang durch die innere Stadt Kronstadt beim großen **Marktplatz** am Ende der Schwarzgasse, die heute „Str. Nic. Balcescu" heißt. Am Eingang zum Markt erhebt sich ein hölzerner Torbogen mit der Aufschrift „Piata Centrala", zu beiden Seiten davon die Sprüche „Proletari din toate tarile, uniti-va" und „Traiasca R.P.R.". — In der Ferne erblickt man große Mengen von aufgeworfener Erde, meterhohe Haufen von Traversen und einen Förderturm: an der Stelle der ehemaligen „Tränengrube" entsteht der Riesenbau des **„Ateneul Popular"**, eines Kulturpalastes für die ganze Stadt, für den seit Jahren gesammelt und gearbeitet wird. Im Eck-Gebäude gegenüber der „Villa Kertsch" am Anfang der Purzengasse, welches früher die staatliche Handelsschule beherbergte, befindet sich jetzt die Handelshochschule **„Institutul de Stiinte Economice si Planificare"**. Im Mittelpunkt des Rasenrondos davor erhebt sich in Form eines mehrere Meter hohen Plakates eine Statistik der Fabrik „Steagul Rosu" (Astra), welche die Steigerung der Produktion und die Erfüllung und Überschreitung des Staatsplanes darstellt. Alle Fabriken haben neue Namen bekommen, wie: Strungul, d. h. Drehbank (Schiel), Partizanul rosu (Scherg), Desrobirea (Heß), Sovromtractor (J. A. R.), 6 Martie (Fromm) u. dgl.

Beim Eintritt in die **Purzengasse** (Str. Republicii) empfängt uns überlaute Musik aus einem Lautsprecher, der über der Straße angebracht ist. Es befinden sich solche auch an anderen Knotenpunkten der Stadt, sie senden an bestimmten Stunden des Tages, morgens, mittags und abends ein eigenes Programm von Grammophonplatten und Lokal- oder politischen Nachrichten. Rechterhand fällt uns neben der Blumenhandlung Fielk ein neues großes Geschäft auf, „Slova", das ist der offizielle Zeitungs- und Zeitschriftenvertrieb. Vor dem Tor des Bürgermeisteramtes stehen, so wie meist, Leute in einer kleinen Gruppe, sie studieren den neuesten Anschlag, eine Verordnung betreffend die landwirtschaftliche Steuer. Anschließend, an der Ecke zum Goldschmiedgäßchen, ist der Sitz des A.T.P. „Asociatia turismului popular", dessen Mitglied man sein muß, wenn man in irgendeiner Schutzhütte übernachten will, ja, ein Plakat verkündet dort sogar, daß man ohne A.T.P.-Ausweis gar nicht ins Gebirge gehen darf, es sei denn in Gruppen zu mindestens 10 Personen mit einer besonderen Genehmigung. Die Mitgliedschaft erwirbt man durch Empfehlung eines Syndikates. Mehrere Gasthäuser und Bodegen sind hier wie in allen Teilen der Stadt in Betrieb, nur die großen sind verstaatlicht. So wie früher gibt es viele Trafiken, die heute alle auch Lose für das „Wochen-Lotto" verkaufen, dazu kleine Geschäfte, die nur von letzterem leben, in jeder Straße. Neben der Tapisserie Liwehr hat sich die „Nepujsag" eingerichtet, einige Häuser weiter die „Tara Bârsei, Geschäft Nr. 13", daneben dieselbe Firma, Geschäft Nr. 4, das nur Getränke, hauptsächlich Weine verkauft. Auf der linken Seite, in dem kleinen Eckgeschäft zur Johannisgasse ist jetzt der bekannte „Binder und Dürr", der sein altes Geschäft vor 3 Monaten abgeben mußte. An der gegenüberliegenden Ecke Schriftleitung und Verwaltung für Kronstadt des „Neuer Weg". Rechts weiter, wo früher die Nationalbank war, befindet sich jetzt die größte Apotheke, dann, nach „Priester und Schulz" das Staatsgeschäft „Brasovul" Nr. 8. In der Auslage liegt schönes Kammgarn für Herrenanzüge zu Lei 4120.— das ist das Monatsgehalt eines kleinen Beamten. Ein mittlerer Beamter kann sich von seinem Monatsgehalt 1½ Meter davon kaufen, eine Dienstmagd braucht 4 Monatsgehälter dazu. Wo früher „Carmen" war, das Heitzische Schuhgeschäft, verkauft schon seit Jahren die Genossenschaft „Aurora" Schuhe und fertige Kleider. Das Geschäft, wo früher „M. Dürr" war und dann die Blumenhandlung „Narcis" steht jetzt leer. Im Heßhaimerischen Geschäft ist „Tara Bârsei Nr. 3", bei „Binder und Dürr" ist jetzt ein staatliches Textilgeschäft, wo Jekelius und Stotz war, ebenfalls Glas und Porzellan, jedoch als eine Abteilung von „Curtea de fier". Wo Tellmann war, ist jetzt „Sovromtransport" — eine internationale Transportgesellschaft. Weiter die Blumenzeile hinauf ist die staatl. Gesellschaft „Comcar" (Comert cu carne) eingerichtet, welche viele Zweigstellen in allen Stadtteilen hat. Dann folgt das „Restaurant de Stat 23 August" (früher Bere Luther) und die Buchhandlungsgenossenschaft „Infratirea".

In der **Hirschergasse** (Str. Roza Luxemburg) sind die vielen Fleischbänke alle „Comcars" geworden. Am Eingang zur „Redoute" sind große Plakate des ständigen Staatstheaters. Auf dem Programm steht seit Monaten „Kabale und Liebe" von Fr. Schiller. Im Restau-

rant ist die Kantine der Angestellten von „Curtea de fier". Das Tartlerische Geschäft gegenüber der Redoute beherbergt ebenfalls ein großes Lebensmittelgeschäft „Tara Bârsei", Ecke Waisenhausgasse ist die Engroshandlung von derselben Firma. Das Depnerische Sanatorium ist in ein Institut für Röntgen- und Radiumtherapie verwandelt. Gegenüber befindet sich eine Engroshandlung für Schuhe.

Nun wenden wir uns dem **Kirchhofe** zu. Im gew. Seulerischen Geschäft ist das Zentraldepot der „Aurora"-Genossenschaft. Im Kassenamt ist noch immer in völlig unzureichenden Räumen die größte Volksschule mit deutscher Unterrichtssprache Nr. 23 untergebracht, welche Doppelklassen und in 3 Schichten Unterricht hat, wenn man die Abendgewerbeschule mit hineinrechnet. Sie hat weder Turn- noch Zeichensaal oder auch nur ein geeignetes Lehrerzimmer, keine Lehrmittel. Am Stadtpfarrhof sind mehrere Familien einquartiert worden. Das Burzenländer Museum existiert nicht mehr. In der gewesenen Handelsschule ist die Berufsschule der Eisenbahner seit Jahren untergebracht, ihre schon ziemlich erwachsenen Schüler spielen am Kirchhof vor dem Honterusdenkmal täglich Fußball. Um die Schwarze Kirche liegen noch immer die Steinblöcke aufgeschichtet, die zu deren Ausbesserung bestimmt waren. Das Holzgerüst steht noch immer und harrt seiner Bestimmung. Das Waisenhaus in der Waisenhausgasse wurde ganz klein zusammengedrängt, der größte Teil seiner Räumlichkeiten der Arbeiterjugend übergeben. In der ev. Volksschule am Sportplatz ist eine Mittelschule für Sport eingerichtet, im selben Gebäude hat auch die zweite deutsche Mittelschule „Wirtschaftsschule" genannt (früher Handelsschule) einige Klassenräume. Der Sportplatz wird allgemein benützt. Eine deutsche Mädchenschule gibt es nicht mehr. In ihr Gebäude, welches während der russischen Besetzung die russische Schule beherbergte und das vor einem Jahr dem deutschen Lyzeum übergeben wurde, zog bald darauf eine Forstakademie, die sich durch Rasen- und Blumenanlagen auszeichnet. Alle Schulen mit deutscher Unterrichtssprache besuchen Jungen und Mädchen gemeinsam. Die höchste davon ist das Deutsche Lyzeum, welches 11 Klassen umfaßt und im Schagunalyzeum untergebracht ist. Im vergangenen Schuljahr hatte es nachmittags Unterricht. Das Gebäude der Honterusschule befindet sich seit über einem Jahr im Umbau. Der Turnsaal wurde zu einem Operationssaal, die Aula durch einen Fußboden in zwei Räume von normaler Höhe geteilt, ein stöckiges Haus (offenbar für Wohnungen) entstand daneben. Es soll ein großes Spital, „Ilie Pintilie", werden (in der Blumenauer Volksschule entstand ein Kinderspital mit nur deutschen Schwestern).

Weitaus am stärksten ist der **Marktplatz** verändert. Da erstrecken sich große Staatsgeschäfte U-förmig über ganze Häuserblocks. Sie sind neu hergerichtet, haben riesige, sorgfältig eingerichtete Schaufenster und machen einen mächtigen Eindruck. Am Abend sind sie von großen farbigen Transparenten erleuchtet, an Feiertagen erstrahlen sie im auffallendsten Schmuck von Fahnen, überdimensionalen Bildern und Girlanden. Diese Geschäfte sind folgende: Ueber die ganze Böttcherzeile zieht sich in einer ununterbrochenen Front das Textilgeschäft „Brasovul" mit mehreren Eingängen und Abteilungen, die aber innen alle einen Raum bilden. Die Front besteht nur aus großen Schaufenstern. Rechts davon, auf der Obstzeile, zur Hirschergasse zu, ist ebenfalls eine lange Front über mehrere Häuser geschaffen, in dem „Curtea de fier", die Chemische Abteilung, untergebracht ist. Diese Namen stehen alle in durchleuchteten Lettern darüber, auf der linken, Flachszeile, ist dasselbe geschehen, mit dem Zentrum dort, wo Thomas, Scheeser und Galtz war. Hier werden Eisen- und Porzellanwaren für die ganze Umgebung vertrieben.

Auf der **Kornzeile** ist ebenfalls die „Curtea de fier", die Porzellan- und Haushaltungsgegenstände anbietet. Stark verändert hat sich das Zeidnerische Eckhaus. Da ist das Geschäftslokal überhaupt verschwunden. Hinter vergitterten Fenstern ist hier die staatliche Ueberweisungsgesellschaft C.E.C. zuhause. Bestände der Zeidnerischen Buchhandlung werden hinten im Hof in einem kleinen Lokal dort verkauft, wo auch das Foto-Atelier Lilli Fuchs ist. — Die Rathausuhr steht meistens, oder geht falsch, so daß man sich nach der Uhr der Schwarzen Kirche richtet, oder noch genauer nach der elektrischen Uhr in der Purzengasse über Ziegler. Im Rathaus befindet sich jetzt das Reisebüro. An der Haltestelle des Autobusses ist ein langer Stand errichtet, mit einer Menge Wandzeitungen hinter Glas und unter Dach, wo jedes Syndikat seinen Kasten hat. —

In der **Klostergasse** (Str. 7 Noembrie) heißt das Kino linkerhand „Cinema Popular". Andere Kinos sind: „Infratirea" (in der Gartengasse), „Rodina" (im neuen Militärkasino auf derPromenade am Anfang der Postwiese) und „Maxim Gorki" (Astra), „Timpuri noi" (Aro).

Der Sport-Gust hat sich in den Hof zurückgezogen, daneben befindet sich das zentrale Mietamt für die ganze Stadt, von wo aus die Verteilung aller Räumlichkeiten dirigiert wird. Daneben eine kleine Buchhandlung von Aurel Weiß, wo man auch deutsche Bücher finden kann, dann die Auto-Abteilung von „Curtea de fier" und statt Ipsen eine „Tara Bârsei" mit Lebensmitteln.

In der **Michael-Weißgasse** (Str. Armata Rosie) sind die beiden Ecken zur Klostergasse große Geschäftslokale, von denen das eine leer steht (eine gewesene Apotheke), das andere die Abteilung für Elektrische Artikel und Radio des „Curtea de fier" beherbergt. Die Konditoreien sind ebenfalls verstaatlicht. Rechterhand ist ein Laboratorium des Staates für ärztliche Analysen entstanden und ein großes Schuhgeschäft. Auf der anderen Seite besteht die landwirtschaftliche Verkaufshalle noch. Längere Zeit hieß sie „Federala", nun gehört sie der „Frontul Plugarilor".

Auf einem großen Anschlag am Ende der Klostergasse kann man lesen, daß die Tara Bârsei 26 Zweigstellen eröffnet hat, Curtea de fier 12, Brasovul 11. Dann bestehen noch die staatlichen Handelsgesellschaften Comcar (Fleisch), Aprozar (Gemüse), Aprovizionare ca zarzavat (Aprolacta) Milch. (Aprovizionare cu lapte) u. a.

Der neidische Baumeister

Da sich die neue Stadt am Fuß der Zinne rasch vergrößerte, gingen die Kronstädter daran, an der Stelle der zu kleinen Kirche ein großes Gotteshaus zu bauen, das ihrem Reichtum und ihrer Macht entsprechen sollte (Baubeginn 1385). Die Bürger wetteiferten und überboten sich gegenseitig mit Gaben zum Kirchenbau. Stadtpfarrer Thomas erwirkte vom Papst einen Ablaß, der zum Kirchenbau viel Geld eintrug. Ein vorzüglicher Meister, der auf seinen Wanderungen durch Deutschland an manch schöner gotischer Kirche mitgebaut hatte, machte den Plan. Weil aber der Bau wegen häufiger Kriegsunruhen oft unterbrochen werden mußte, erlebte es der Meister nicht, sein Werk zu vollenden. An seine Stelle trat ein Meister mit weit geringeren Kenntnissen, doch war er sehr hochmütig und habgierig. Seine Gesellen hatten über die schlechte, harte Behandlung viel zu klagen und mußten oft ihre beendete Arbeit wieder zerstören, weil die Anordnungen des Meisters schlecht gewesen waren.

Unter den vielen Arbeitern zeichnete sich ein braver Jüngling besonders durch seine Geschicklichkeit im Zeichnen, Bildhauen und Bauen aus. Der Meister hatte die Kunstfertigkeit des Gesellen bald erkannt und gab ihm die wichtigsten Arbeiten. Als er aber sah, daß der Geselle mehr konnte als er selbst und daß die übrigen Arbeiter den Gesellen mehr befragten und höher schätzten als ihn, wurde er neidisch auf ihn. Er fürchtete, man werde ihn absetzen und diesen jungen Gesellen an seine Stelle zum Meister machen. Sein Haß wuchs immer mehr, und der böse Meister trachtete dem geschickten Gesellen nach dem Leben. Er übergab ihm stets die schwierigsten, lebensgefährlichsten Aufträge. Weil der geübte und mutige Geselle aber auch diese Arbeiten so vorzüglich ausführte, lobte und bewunderte man ihn nur noch mehr.

Doch auch der Neid und der Haß des Meisters wuchs, und in seiner Furcht, die Meisterstelle zu verlieren,

nahm er sich vor, den Gesellen zu töten. Auf der Nordseite war die Wand bis zur Dachhöhe aufgeführt worden, und der eifrige Geselle blieb bis nach Feierabend auf der gefährlichen Stelle ganz allein zurück. Als der Meister das sah, schlich er sich hin. In dem Augenblick, in dem der Geselle die Genauigkeit der Arbeit mit dem Senkblei nochmals prüfen wollte und sich dabei stark vorbeugte, stieß ihn der herzlose Meister hinab in die entsetzliche Tiefe.
Da lag nun der Arme zerschmettert zwischen den Bausteinen und niemand wußte, wie dies Unglück geschehen war. Man begrub den Toten mit großen Ehren und seine Genossen brachten an der Stelle, an der er zuletzt gearbeitet hatte, sein Stirnbild an, wie er sich vorbeugte, um die Mauer zu prüfen.
Der neidische Meister aber hatte von dem Augenblick angefangen keine Ruhe mehr. Immer sah er den stürzenden Gesellen vor seinen Augen, wie er ihn noch einmal traurig anblickte. Oft trieb es den Meister nachts an die Stelle, an der er den Mord begangen hatte, bis er endlich seiner Qual ein Ende machte, sich dem Gerichte selbst stellte und hingerichtet wurde.

*

Der Raketenforscher Prof. Hermann Oberth Mediasch), jetzt Feucht bei Nürnberg, wurde von der britischen Interplanetary Society zu ihrem Ehrenmitglied ernannt.

Schaffung eines Liederheftes

Wo immer Landsleute in großem oder kleinem Kreise zusammenkommen, entsteht das Bedürfnis, Heimatlieder zu singen, denn was bringt uns die Heimat mit all ihrer Freude und Sorge, mit all ihrer Schönheit und ihrem Weh näher, als das Lied, das wir als Burschen und Mädchen unter der Linde und in der Rockenstube sangen. Und denken wir an den Gesang, der uns an den großen Festtagen unserer Gemeinschaft zu einer großen Brüderschaft zusammenschloß, so will uns auch heute noch das Herz übergehen. Umso schmerzlicher empfinden wir es bei unseren heutigen Zusammenkünften, daß uns dieses Band des Liedes nicht so recht umschlingen will, weil wir nicht so singen können, wie wir gerne wollten. Texte und Melodien sind nicht mehr sicher, und was der eine noch kann, hat der andere vergessen. Ja, es fehlen unsere Mädchen und Frauen, von denen immer eine den Text und die Weise wußte, um den Vergeßlichen nachzuhelfen.
Deshalb wollen wir versuchen, ein Liederbüchlein herauszubringen, in dem Text und Weise unserer beliebtesten Heimatlieder aufgezeichnet sind. Notendruck ist aber eine kostspielige Angelegenheit, weshalb wir bei unserer allgemeinen Notlage ein solches Unterfangen mit großer Vorsicht beginnen wollen. Wir müssen erst einen Ueberblick darüber gewinnen, ob sich auch recht viele Landsleute beteiligen wollen und können, deshalb bitten wir jeden Landsmann, der ein solches Liederbüchlein haben möchte, uns Bescheid auf einer Postkarte zu geben. Wenn wir dann wissen, wie groß die Zahl der Interessenten ist, dann können wir an die Arbeit gehen und wollen versuchen, das Liederbüchlein noch in diesem Jahre herauszubringen.

Paul Philippi, stud. theol. et phil.
(13a) Erlangen, Fahrstraße 15.

Ein Landsmann fährt nach Canada

(durch die Aktion des Weltlutherbundes)
Ein Brief an die Hauptstelle des Hilfskomitees

Ihren w. Brief vom 1. September haben wir dankend und mit Freuden erhalten. Vor allem danken wir Ihnen herzlich für den freundlichen Glückwunsch zu unserem neuen Beginn in Canada. Sollten wir uns einmal wirklich drüben befinden, könnten wir Ihnen nicht genug danken für Ihre werte Arbeit und Mühe, durch die Sie uns das haben zukommen lassen. Sicherlich wollen wir uns Mühe geben, auch weiter mit unserem w. Hilfskomitee in dauernder Verbindung zu stehen. Wir wollen nicht viel versprechen, sondern in Tat vielmehr beweisen. Wir wollen Gott bitten, daß er uns zu unserem neuen Wege beisteht und uns vor einem Mißglücken bewahrt.
Und nun die Reise nach Bremen. Den 12. August erhielt ich eine Vorladung ins Bremer Ueberseeheim mit der ganzen Familie, für den 18. August 1949. Dieser war auch ein kleiner Fragebogen beigefügt, den ich sofort zurückschicken mußte. Alle Fragen konnte ich gründlich beantworten. Wegen Geldmangel interessierte ich mich beim Herrn Flüchtlingsvertreter, der mich zur Fürsorge anwies. Daselbst erhielt ich ausdrücklich nur für eine Fahrt einen Gutschein, mit dem ich mir die Fahrkarten für meine 3köpfige Familie löste. Mit D-Zug kamen wir im Bremer Hauptbahnhof an, wo wir den 18. August vormittags vom Bremer Ueberseeheim mit Lastwagen abgeholt wurden. Wir trafen noch weitere Familien, die von der ev. Kirche betreut waren. Ich könnte sagen 20—30 Familien, die aus Polen, Ukraine, Galizien, Dobrudscha, Bessarabien stammen.

Freitag, 19. August, kamen wir vor den Herrn Canadischen Pastor, der uns in kirchlichen Angelegenheiten fragte, in welcher Beziehung wir hier zur Kirche stehen und besonders die Kinder. Er war uns gegenüber sehr freundlich. Samstag wurden wir landwirtschaftlich geprüft. Dann mußten wir uns verpflichten, auf 1 Jahr auf der Farm zu arbeiten, was wir gerne taten.
Dann wurden wir weiter nach unseren Personalpapieren gefragt: Geburtsschein, Trauschein usw. Angehörige der früheren deutschen Wehrmacht müssen den Entlassungsschein mitbringen. Ich mußte auch den linken Arm zeigen. Nachher kamen wir zum deutschen Arzt und nach 2 Tagen zum canadischen Arzt und Herrn Konsul, wo wir auch gut durchgekommen sind. Gesundheitlich wird man sehr streng untersucht. Röntgenaufnahme, Blut- und Urinuntersuchung. Wir wollen nun Gott bitten, daß uns die Ueberfahrt gelingen möchte. Wir werden unserer ev.-luth. Kirche und Hilfskomitee diesen Dank nicht vergessen.

Hochachtungsvoll Familie B.

Aus Bayern

Joana Maria Gorvin (Pitzu Glückselig) aus Hermannstadt spielte in München im Bayerischen Staatsschauspiel am Brunnenhof die Titelrolle in Hebbels „Maria Magdalene". In dem umstrittenen Käutner-Film „Der Apfel ist ab" spielte sie die Lilit; das Mädchen Ljuba in dem soeben uraufgeführten Georg-Witt-Film „Tragödie einer Leidenschaft".

Im Münchner Bürgertheater wurde das Volksstück „Das Wunder von Marienhof" von Anton Maly im Beisein des Autors uraufgeführt. Anton Maly — ein gebürtiger Oesterreicher — war in Hermanstadt verheiratet, wo er mehrere Jahrzehnte gelebt hat und lange Zeit Vorstand des Theatervereins war. Unter seinen Werken, hauptsächlich Abenteuerromanen, befindet sich ein siebenbürgisches Trauerspiel „So starb Stephan Ludwig Roth", das der Dichter D. Friedrich Teutsch gewidmet hatte.

Aus Hamburg

In der Landesstelle Hamburg ist die Zahl der erfaßten Landsleute von 180 im Januar 1949 auf 240 im Juli 1949 gestiegen. Somit ergab sich auch die Notwendigkeit eines größeren Versammlungsraumes. Seit Mai 1949 treffen sich die Landsleute jeden 1. Mittwoch des Monats in einem dafür bestimmten Lokal. Die Beteiligung in den Monaten Mai bis Juli lag zwischen 50—70 Personen.

Am 15. Juni 1949 fand im Hauptbüro des Hilfswerkes der EKiD eine Besprechung der Landesstellenleiter der in Hamburg anwesenden Hilfskomitees statt. Es wurde auf die Notwendigkeit einer regelmäßigen Aussprache hingewiesen und es kam zur Gründung der „Arbeitsgemeinschaft der verdrängten Ostkirchen und Hilfskomitees im Hamburgischen Staate".
Es ist von der Landesstelle Hamburg ein Hilfsfond eingerichtet worden, aus dessen Mitteln Landsleuten in besonders harten Fällen sofort geholfen werden soll. Es hat sich erwiesen, daß solch eine kleine Geldunterstützung Vielen oft große Sorgen nimmt. Die

Beurteilung der Härtefälle liegt in den Händen eines Dreierausschusses, dem der Landesstellenleiter und zwei weitere Landsleute angehören.

Kurt Keßler.

Aus Schleswig-Holstein

In Kiel wurde am 26. Juli eine „Bürogemeinschaft der Hilfskomitees" gegründet. Hier werden wir die Belange der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben zu vertreten suchen!

Betreuung im einzelnen: Uebersetzung und Beglaubigung von Zeugnissen und Diplomen, Anfertigung von Gesuchen und Einsprüchen, Ausstellen von Bescheinigungen usw. Es ist dieses noch die positivste Form der „Betreuungsarbeit". Namhaftmachung der Familien für die Canada-Auswanderung u. ä.

Der Kontakt mit den Landsleuten muß sich bei deren zerstreutliegenden Wohnorten notwendigerweise auf den Briefverkehr beschränken. Dennoch kann man die in der Berichtszeit geleistete Betreuung als befriedigend bezeichnen.

Dr. Arthur Maurer.

Aus Württemberg-Baden

Einladung zu einem Treffen aller Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben, die in Württemberg-Baden ansässig sind.

13 Uhr Kirchgang in der Martin-Luther-Kirche Stuttgart-Bad Cannstatt, Eingang Gemeindehaus Martin-Lutherstraße (zu erreichen mit Linie 1 bis Uff-Friedhof).
Gottesdienst mit siebenbürgischer Liturgie. Predigt: ein Landsmann.

14 Uhr Treffen der Landsleute im kleinen Kursaal in Stuttgart-Bad Cannstatt (in 2—3 Minuten von der Martin-Luther-Kirche, von der Stadt mit Linie 21 zu erreichen).

15 Uhr spricht der Vorsitzende des Hilfskomitees Fritz-Heinz Reimesch.

Im Anschluß daran singt und tanzt in Tracht der Lechnitzer Chor unter der Leitung von Pfarrer Gustav Schmidt. Anschließend Tanz (bis zur letzten Straßenbahn 11.54 Uhr, ab Kursaal).

Erziehungsbeihilfen

Im Erlaß vom 28. Juli 1949 S Nr.873 gibt das Kultusministerium für Württemberg-Baden die „Richtlinien für die Gewährung von Erziehungsbeihilfen aus Mitteln des Staates" heraus. Wir greifen aus dem Erlaß folgende Punkte heraus:

Paragraph 2, Abs. 1: Erziehungsbeihilfen werden zum Besuch von öffentlichen und privaten Lehranstalten aller Art sowie von sonstigen Ausbildungsstätten zwecks Ausbildung für einen Beruf gewährt.

Paragraph 3, Die Erziehungsbeihilfe kann umfassen:

a) Mittel zur Ausbildung selbst (z. B. Schulgeld- und Studiengebühren, notwendige Bücher, Arbeitsgeräte, Kosten der Fahrt zwischen Wohnung und Ausbildungsort),
b) Mittel zum Lebensunterhalt (z. B. Wohnung, Ernährung, Bekleidung),
c) Mittel zum Ausgleich eines Verdienstausfalles, wenn z. B. ein Jugendlicher nach Erfüllung der Pflicht zum Besuch einer Vollschule nicht ins Berufsleben eintritt, sondern eine weitere Schulpflicht in einer Vollschule erfüllt.

Paragraph 5:

1. Erziehungsbeihilfen werden in der Regel nur für solche junge Menschen gegeben, die nach Vollendung ihrer Vollschulpflicht sich in einer weiteren Ausbildung befinden und für solche, die nach Abschluß einer Berufsausbildung Fach- oder Hochschulen zur Erweiterung und Vertiefung ihrer Bildung besuchen wollen.
2. Für Kinder im vollschulpflichtigen Alter können Erziehungsbeihilfen nur ausnahmsweise (für den Lebensunterhalt und für die Kosten der Fahrt zwischen Wohn- und Ausbildungsort) gewährt werden. Solange die Schulgeld- und Lernmittelfreiheit noch nicht allgemein durchgeführt ist, können Erziehungsbeihilfen für solche Kinder auch zur Beschaffung von Lernmitteln und zur Erstattung des tatsächlich bezahlten Schulgeldes gegeben werden.
3. Die Erziehungsbeihilfe wird für die ganze Dauer der Ausbildung gewährt, solange die persönlichen und sachlichen Voraussetzungen hierfür bestehen.

Paragraph 6:

Eine Erziehungsbeihilfe wird nicht gewährt, wenn der Schüler (Student) anderweitig ausreichende Beihilfen aus öffentlichen Mitteln (z. B. aus den besonderen Beihilfefonds der einzelnen Hoch- und Fachschulen, aus Mitteln der Studienstiftung des deutschen Volkes, aus Mitteln der Fürsorgeverbände usw.) erhält.

Paragraph 8:

1. Gesuche um Erziehungsbeihilfen sind für Schüler der höheren Schulen, Mittelschulen, Berufsschulen, Berufsfachschulen und Fachschulen von den Unterhaltspflichtigen beim Schulleiter jeweils auf 1. Juni für das folgende Schuljahr zu stellen. Studierende der Höheren Fachschulen und der Hochschulen können die Gesuche beim Direktor bzw. Rektor auf 1. Juni für das folgende Studienjahr selbst vorlegen. Wer zur Zeit der Meldung keine Lehranstalt besucht, kann sein Gesuch unmittelbar beim Kultministerium (im Landesbezirk Baden beim Präsidenten dieses Landesbezirks, Abteilung Kultus und Unterricht) einreichen. Für alle Gesuche ist ein besonderer Vordruck zu benützen, der vom Kultministerium aufgestellt wird.

Für das Schuljahr 1949/50 sind die Anträge bis spätestens 1. Oktober beim Schulleiter einzureichen.

Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft

Ein Professor der Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft in Wilhelmshaven schreibt an uns. „Ich habe heute mit unseren Kollegen die Frage durchgesprochen, wie man Ihren Studenten etwa helfen könnte. Wir sind gerne bereit, sie mit Stipendien zu fördern, wenn sie die wissenschaftlichen Voraussetzungen, die hierfür erforderlich sind, mitbringen. Aufmerksam machen möchte ich vielleicht, daß an unserer Hochschule die Möglichkeit besteht, auch ohne Reifezeugnis immatrikuliert zu werden. Es ist dies ein Versuch, der in den Westzonen Deutschlands erstmalig durchgeführt wird und vor allem für die wertvoll sein kann, die aus ihrer geordneten Berufsausbildung ohne ihr Verschulden herausgerissen sind." An der Hochschule bestehen 6 ordentliche Lehrstühle für: Allgemeine Rechtswissenschaft, Arbeitsrecht, Oeffentliches Recht und Politik, Soziologie, Wirtschaftswissenschaften. Die Studenten wohnen gemeinschaftlich im Hochschuldorf.

Pflegerinnen

Die Heil- und Pflegeanstalt Winnental bei Winnenden kann zurzeit Pflegerinnen anlernen und einstellen. Sie hat Bedarf. Geboten wird freie Station, Anlernen durch die Anstalt, durchschnittlicher Monatslohn DM 70.—. In Betracht kommen gesunde, arbeitswillige junge Mädchen und Frauen.

Anfragen und Anmeldungen sind an die Landesstelle Württemberg des Hilfskomitees der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben, Stuttgart-W, Johannesstraße 23, zu richten.

Aus dem Zentralbüro erreicht uns folgende Nachricht:

Aufnahme im Diakonissenhaus in Philadelphia (USA)

Es besteht die Möglichkeit, volksdeutsche Mädchen oder verwitwete Frauen im Alter von 18—30 Jahren mit gehobener Schulbildung als Diakonissen-Schülerinnen aufzunehmen. Bewerberinnen wollen umgehend einen selbstgeschriebenen Lebenslauf, Abschrift des Geburtsscheines, Abschrift des Taufscheines, bei Minderjährigen Einverständniserklärung des Vaters oder des Erziehungsberechtigten, Angabe eines Pfarrers, der in der Lage ist, nähere Auskunft zu erteilen, an die Hauptstelle des Hilfskomitees einreichen. Unkostenbeitrag und Rückporto bitte dem Briefe beizulegen.

Bürgschaften

Eine Presbyterianische Gemeinde in den Vereinigten Staaten will den Versuch machen, für etwa 12 Fami-

lien, die nach USA auswandern wollen und mit einer niedrigen Nummer registriert sind, Bürgschaften zu verschaffen. Die Familienväter müssen einen praktischen Beruf (Landwirt, Handwerker) ausüben. Es ist notwendig und zweckmäßig, die Familien nicht zu groß zu wählen. Anmeldungen wollen bitte an die Hauptstelle des Hilfskomitees mit Rückporto und Unkostenbeitrag geschickt werden.

Gesucht wird technisches Personal wie beispielsweise Obermeister, Werkmeister und solche Persönlichkeiten, die in gehobener Stellung in Fabriken sich mit der Herstellung von Bucheinbandstoffen, techn. Geweben, Kunstledergeweben oder im allgemeinen sich mit der Veredelung (Bleichen, Färben, Imprägnieren, Appretieren, Kaschieren usw.) von Baumwollgeweben befaßt haben. Auch darüber hinaus sind uns Bewerbungen fachlich geschulter Kräfte, ja selbst einfachen Arbeitern, die besonderes Können und Wissen besitzen, sehr erwünscht. Bewerber belieben einzusenden:

1. Handschriftlich geschriebenen Lebenslauf mit neuem Lichtbild,
2. nähere Schilderung ihrer Familien-Verhältnisse, ob verheiratet, wieviele Kinder, Wünsche betr. Unterbringung,
3. Zeugnisabschriften, möglichst amtlich beglaubigt,
4. politische Unbedenklichkeits-Bescheinigung.

Soforthilfe. Das Soforthilfe-Gesetz ist am 8. August in Kraft getreten. Durch diese Maßnahme soll die erste dringende Not gelindert werden. Sie steht nicht an Stelle des Lastenausgleiches. Zur Zeit besteht die Möglichkeit, Anträge auf Unterhalts- und Hausrathilfe zu stellen. Das Hilfskomitee ist in der Lage, Antragsformulare für Stuttgart auszugeben und ist bereit, bei der Ausfüllung derselben Hilfestellung zu leisten.

Suchecke

Gesucht wird Toni Roth, geb. 29. April 1922 in Varias-Banat, Rum., vermißt seit Januar 1945.

Heinrich Bohn, Steierdorf-Banat, Uhrmacher.

Kurt Binder, Sächs. Reen von 1939 bis 1940 Leipzig, später Brünn.

Johann Moesel, geb. 6. Februar 1921 in Treppen, Feldpost-Nr. 57 815 B.

Johann Glockner, geb. 16. März 1922 in Treppen Feldpost-Nr. 36 846 G.

May, Christel, geb. 10. August 1925, in Kronstadt, Str. Chisinan 8.

Erbeten wird die jetzige Anschrift von:

Georg Mieskes, Zeiden bei Kronstad, Mech. Weberei.

Frl. Barbara (Betty) Coradini, geb. 1920 oder 1921 in Neubeschenowa.

Familie Helmut Karoly, Pfarrer aus Burgberg, Siebenbürgen.

Walter Stein aus Kronstadt.

Gesucht werden die Angehörigen des Samuel Schuler aus Hatzeldorf, Kr. Weinland.

Die Angehörigen des Michael Linder aus Mordersdorf, Kr. Weinland.

Margarete Schneider, geb. Fritz, geb. 16. März 1894, in Petzgeret, Heimatanschrift Eichental, Banat, Rum.

Josef Schneider, geb. 14. August 1915 in Eichental, Heimatanschrift Eichental Banat, Rum.

Kurt Thomandl, geb. 23. Februar 1923, in Hermannstadt, Rumänien. Feldp.-Nr. 65 637/A.

Nachricht über den seit Ende 1944 vermißten Landsmann Walter Widmann, geb. 1. März 1893 in Kronstadt (Siebenbürgen), zuletzt Major d. Luftwaffe, am 16. September 1944 zum Wehrbezirkskommando Osnabrück versetzt.

Edith Gehann aus Hermannstadt, war in einem Lager in der Nähe von Moskau.

Kurt Theil, Lehrer, geb. 1. Juni 1923, in Hermannstadt, letzte Nachricht Fallaise, Frankreich, von Juli 1944.

Harald Volkmer, geb. 20. Januar 1929, in Kronstadt, letzte Anschrift aus dem Juli 1947 München-Karlsfeld BMW-Siedlung, Haus 14, Zimmer 27.

Dr. med. Peter Ehling, Neusanktpeter bei Perjamos-Banat.

Sofie Olescher, zuletzt wohnhaft in Bukarest, Mihail Ghica-Voda.

Beim Hilfsdienst für Kriegsgefangene und Vermißte, Stuttgart-S, (14a) Charlottenplatz 17 (Sammelstelle für Heimkehrernachrichten) haben Heimkehrer aus Kriegsgefangenen- und Interniertenlagern Lebenszeichen oder Todesmeldungen von folgenden Landsleuten mitgebracht:

Baumgartner, Alwine, geb. 1930 in Rumänien, Aktenzeichen 3a/132 L.

Friedrich, Hans, led. Landwirt, geb. 1921—22, Rumänien, Gefr., Aktenzeichen 3a/192 T.

Gutt, Richard, Schuhmacher, geb. in Rumänien, Feldpost Nr. 13 391 B, Aktenzeichen 3a/99 L.

Gottschling, Martin, geb. in Rumänien, Aktenzeichen 2a/38 L.

Horwarth oder Horwath, Ferdinand, geb. ca. 1922, vermutlich Rumänien, spricht schwäb. Mundart, Vater Gastwirt auf dem Lande, Vorfahren aus Schwaben ausgewandert, Aktenzeichen KB/38.

Weber, Hugo, geb. 1927 in Rumänien, Aktenzeichen 2a/146 L.

Thies, Willi, geb. ca. 1919 in Rumänien, Aktenzeichen 2a/131 L.

Schuller, Regina, geb. in Rum., Aktenzeichen 2a/134 L.
Romek, Mircea, geb. in Rum., Aktenzeichen 2a, 110 L.
Mock, Eduard, etwa 30 Jahre alt, geb. in Rumänien, Aktenzeichen D 1, Ulm 36/62.

Mildner, Hugo, geb. in Rumän., Aktenzeichen 2a/68 L.
Michalka, Else, led. Schreibkraft, geb. 1914, in Rumänien, Aktenzeichen 2a/77 L.
(Wird laufend fortgesetzt.)

Wir bitten alle Leser mitzuhelfen, die infolge verstümmelter Angaben noch nicht ermittelten Angehörigen dieser Landsleute auf die Möglichkeit aufmerksam zu machen, daß sie beim Hilfsdienst für Kriegsgefangene und Vermißte in Stuttgart Näheres erfragen können. Bei Anfragen muß unbedingt das Aktenzeichen angegeben werden.

Familiennnachrichten:

Am 12. September ist unser Landsmann Georg Schüller aus Petersdorf, zuletzt Stuttgart-Möhringen, vom Flugplatz in Stuttgart-Echterdingen nach Amerika abgeflogen. In der nächsten Woche wird die Familie Johann Binder aus Schirkanyen, jetzt Stuttgart-Möhringen, ebenfalls zu Fünft die Reise nach Amerika antreten.

In Hermannstadt feierte die Dichterin Anna Schuller-Schullerus, die durch zahlreiche Volksstücke, Erzählungen und Gedichte in sächsischer Mundart in allen Landesteilen Siebenbürgens bekannt wurde, ihren 80. Geburtstag.

Geburtsanzeigen:

Franz Schuttack und seiner Frau Irmgard, geb. Hellweg, Babenhausen i. W., wurde am 23. Februar 1949 das zweite Kind, Cornelius, geboren.

Am 12. März 1949 wurden Dr. Wolfram Boeßer (Wuppertal) und Frau Dr. Marianne Boeßer, geb. Kraus, aus Hermannstadt, jetzt Wetzlar/Lahn, ein Zwillingspärchen geboren.

Dr. Friedrich Breckner (Hermannstadt) und Frau Jutta geb. Stümer, jetzt Gelting bei Wolfratshausen/Oberbayern, zeigen die Geburt ihres zweiten Sohnes Thomas an. (München, 24. August 1949.)

Pfarrer Hans Schuster, Hildesheim, Saarstr. 165, wurde am 24. Mai ein gesunder Junge geschenkt.

Walter Weiß und seiner Frau Roswitha, geb. Schadebrodt ist am 26. Mai 1949 ein gesunder Sohn Harald Roland, geschenkt worden.

Michael Markel aus Deutsch-Weißkirch und seiner Frau Anneliese, geb. Kuhnert, wohnhaft in Breinum, Nr. 60, wurde ein gesunder Sohn geboren.

Kurt Binder und Frau Trude geb. Schuster (Kronstadt), jetzt Starnberg am See, wurde am 12. August ein gesunder Sohn, Walter Friedrich, geboren.

Verlobung

Ein Mitglied unseres Ausschusses im Hilfskomitee, Prof. Dr. Hermann Groß (Kronstadt), jetzt Universität Kiel, hat sich mit Frl. Gertrud Hagemann aus Malente verlobt.

Todesnachricht

Frau Hermine v. Lani, Vizegespanswitwe, ist im Alter von 81 Jahren in Jeßling, Post St. Wolfgang, Kreis Wasserling, Obb., gestorben.

Josef Tomp aus Reps kam aus franz. Gefangenschaft mit einem schweren Herzleiden und verstarb am 24. Oktober 1948 in Rastatt.

Eigene Firmen haben errichtet:

Architekt Dipl.-Ing. Alfred Orendt (Kronstadt). München, Reichenbachstr. 41, Bauunternehmen.

Riemnereinigung „Ebrego" aus Bistritz. Moosburg, Oberbayern, Lederwaren und Schuhproduktion.

Hans Aescht (Kronstadt). Langenburg b. Crailsheim, Möbelschreinerei.

Paul Ferentzi und Hans Keßler (Hermannstadt), Aalen, Remonte, Gerberei.

Julius Wonner (Agnetheln). Stuttgart-W, Forststr. 80, Bauunternehmen.

Hermann Licker (Hermannstadt), Stuttgart-O, Olgastraße 76, Bauunternehmen.

Flubacher und Gruninger (Mühlbach). Braunschweig-Lehndorf, Neunkirchener Str. 37 (Großhandel).

Barbara Hinterseer (Banat), Schönau, Heidelberg, Hauptstr. 60, Buchhandlung.

Ludwig Schneider, Bad Gandersheim, Alte Gasse 17, Vertreter der Triumph-Werke A.-G., Nürnberg, Abt. Schreibmaschinen.

Siebenbürgische Tonkrüge stellt unser Landsmann Rudolf Bordon in Maisach in den „Bayrischen Kunsthandwerklichen Keramik-Werkstätten" her. Sie werden in München, Sonnenstr. 21, verkauft.

*

Herr Dr. Franz Haas aus Hermannstadt, hat sich als Rechtsanwalt in Mainburg Ndb., Landshuter Str. 102, Telefon 102, niedergelassen. Ist gleichzeitig beeidigter Dolmetscher und Uebersetzer für rumänische und ungarische Sprache. Gebühr: 1. Seite (Schreibmaschine) DM 3.—, 2. Seite: DM 2.—, 3. und alle übrigen weiteren Seiten 1.— DM und Portospesen.

Herr Dr. Hans Rainer hat seine Rechtsanwaltspraxis in Stuttgart-S, Charlottenstr. 15, eröffnet (Tel. 922 06).

Mitteilung der Hauptstelle

Liebe Landsleute! Teilt uns die jetzigen Anschriften und Daten (Geburtsort, Geburtsdatum und Heimatanschrift) von Landsleuten, Schwerkriegsbeschädigten und Rußlandheimkehrern mit, die sich noch in Heilstätten und Lazaretten befinden.

Drucksache

Absender:
Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben, Hauptstelle Stuttgart.
(14a) Stuttgart-W, Johannesstr. 23
Postscheckkonto Stuttgart 24648

ikgs

HILFSKOMITEE

der

SIEBENBÜRGER SACHSEN UND BANATER SCHWABEN

im Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland

HAUPTSTELLE STUTTGART-W

Fernsprecher 69991
Postscheckkonto Stuttgart 24648
Bankkonto Südwestbank 25298

(14a) Stuttgart-W, Johannesstrasse 23

4. Oktober 1949

2405/49
Moe/B.

An den Herrn
1. Vorsitzenden des Hilfskomitees
Fritz Heinz Reimesch
den 2. Vorsitzenden Pfarrer Hottmann
die Herren Vorstandsmitglieder
und Landesstellenleiter

Sehr geehrte Herren!

Den Schreiben unseres Vorsitzenden fuege ich aus der Sicht des in der Arbeit stehenden Geschaeftsfuehrers und aus meiner Kenntnis der Landesstellen eines bei, das versuchen will, die Situation des Hilfskomitees zu schildern und das Vorschlaege zur Debatte stellt, wie eine Loesung vorangetrieben werden kann.

Das Hilfswerk ist nicht mehr in der Lage, Zahlungen an die Hilfskomitees zu leisten. Die Entlassungen an dem Monatsersten im Zentralbuero beweisen, dass es seine eigenen Reihen sstark lichten musste. Die wenigsten der Vorsitzenden des Hilfskomitees geben sich mit der Sachlage zufrieden sondern versuchen ueber den Weg der Verpflichtung der Kirche den Fluechtlingen gegenueber nun die Kirche selbst ohne ihren "diakonischen Arm" das Hilfswerk, fuer die Fluechtlinge einzuspannen und auf diesem Wege die Mittel fuer die Hilfskomitees zu erhalten. Sie gehen von der Erfahrungstatsache aus, dass durch Selbsthilfe allein die Arbeit sich nicht oder in zu geringem Masse fortfuehren laesst, sodass die jetzige Massnahme praktisch einer Liquidation gleichkommt. Abgesehen von dem Ergebnis dieser Verhandlungen, die die Vorsitzenden im Namen ihrer Hilfskomitees aufgenommen haben, versuche ich einen Feldzugsplan A, B, C, zu entwerfen:

Zunaechst zum Plan A, als den ich den Vorschlag des Vorsitzenden zaehlen moechte. Die Hauptstelle wird von Stuttgart nach Muenchen verlegt. Fuer diesen Plan spricht die Tatsache, dass in Bayern rund die Haelfte unserer Landsleute in Deutschland untergebracht ist, diese Landesstelle auf dem Wege der Selbsthilfe materiell am ehesten in die Lage versetzt wird, auch Belange der Gesamtheit der Siebenbuerger Sachsen und Banater Schwaben wahrzunehmen. Es handelt sich hierbei um eine Verdoppelung der Hauptstelle mit einer der Landesstellen. An eine s e l b s t a e n d i g e Hauptstelle

ist ohne Unterstuetzung vom Hilfswerk nicht zu denken, denn unsere Landesstellen sind nicht in der Lage, ueber die Mittel, die sie zu ihrer Aufrechterhaltung gebrauchen, auch nur die geringsten Gelder fuer eine Spitze bereitzustellen. Es geht darum 1. ob eine Landesstelle bereit ist fuer die anderen mit die Spitze zu bilden, also Belange fuer alle zu vertreten? 2. ob sie in der Lage ist, dies materiell zu tragen? 3. ob sie es arbeitsmaessig schaffenkann? Diese 3 Voraussetzungen muessen bei der Verkoppelung von Haupt- und Landesstelle geklaert werden. In Frage kommen hierbei die beiden Landesstellen Bayern und Wuerttemberg, da die anderen als bereits nur ehrenamtlich arbeitende ausscheiden. Durch den Ausfall der Unterstuetzung vom Hilfswerk musste die Landesstelle Wuerttemberg auch in eine ehrenamtliche umgewandelt werden. Ob der Verband, der sich auch in Wuerttemberg zu bilden beginnt eine halbamtliche Stelle oder eine halbtaegige Schreibkraft oder keines von beiden zu tragen im Stande ist, werden die naechsten Monate zeigen. In dieser Lage schaltet die Fortfuehrung der Hauptstelle in Stuttgart in der Weise, wie sie bisher geleitet wurde, von vornherein aus. Es waere unklug die Hauptstelle an einem Orte zu belassen wo die Moeglichkeiten der Praktizierung geringere sind. Bliebe also der Vorschlag des Vorsitzenden, die Landesstelle Bayern mit den Belangen einer Spitze auszustatten. Hierbei erhebt sich die Frage, ob Bayern bereit ist, in selbstloser Weise Belange fuer die anderen Landesstellen mit zu vertreten. Meine im letzten Jahr gesammelten Erfahrungen mit den Landesstellen lassen mich das Wort selbstlos nochmals betonen, denn es wird nicht moeglich sein, Mittel aus den anderen Landesstellen fuer eine Spitze bereitzustellen. Die zweite Frage lautet, ob die Landesstelle Bayern in der Lage ist, die Spitze materiell zu tragen. Die Antwort darauf: Von allen Landesstellen am ehesten. Auf die Frage, ob die Landesstelle Bayern es arbeitsmaessig schaffen kann bin ich nicht in der Lage, eindeutig zu antworten. Berichte der Landesstelle und des Vorsitzenden deuten darauf hin, dass es schwierig ist. Dies ist zum Teil darauf zurueckzufuehren, dass in Bayern selbst sehr viel Arbeit anfaellt und dass die Mitarbeiter dort nur die bayrischen Verhaeltnisse kennen.

Aus dieser Sachlage ergibt sich der Plan B, den ich wie alle diese Plaene zur Debatte stellen moechte. Die eindeutige Spitze des Hilfskomitees bildet der Vorsitzende und die Funktionen dieser Spitze werden auf die einzelnen Landesstellen aufgeteilt. Damit sind alle daran beteiligt und die Zentralisierung (ein wesentlicher Punkt der Kritik Dr. Zillichs bei der Vertreterversammlung) und auch einseitige Belastung ist vermieden. Wir sind jetzt, wie der Vorsitzende in einem Brief an mich schreibt, aermer aber auch frei und koennen uns diese Besonderheit leisten zumal wie der Vorsitzende auch weiter schreibt, das Hilfskomitee nur noch ein Schattengebilde neben den lebenskraeftigeren Verbaenden sein wird. Die Funktionen einer Hauptstelle wuerden etwa in folgender Weise verteilt:

1) Koordinierung der Landesstellen: Vorsitzender in Bayreuth
2) Geschaeftsfuehrung des Vorsitzenden: Landesstelle Muenchen
3) Verbindung zum Zentralbuero: Landesstelle Wuerttemberg
4) Bearbeitung des Heimatbriefes: Niedersachsen (Goettingen) oder Rheinland-Pfalz

usw.usw./

von solcher Wichtigkeit ist, dass wir aus allen Teilen der Westzone und da Pfarrer Arz zu diesem Termin auch hierher kommen will, sogar mehr, die Ansichten und Meinungen beruecksichtigt werden muessten. Das bedeutet, dass das Interesse an einem solchen Treffen"von unten"her kommt und auch die materiellen Mittel dazu zusammengetragen werden muessen, zumal die Hauptstelle materiell in ihren letzten Zuegen liegt und es fraglich ist, ob sie ihre Gehaltsverpflichtungen ihren letzten Angestellten gegenueber noch erfuellen kann. Es bliebe nur die Frage offen, ob die DM 450.-- die von Pastof Foisel aus Amerika in Muenchen eingegangen sind nicht diesem Zweck zugefuehrt werden sollen, zumal sie auf diese Art und Weise der Allgemeinheit zugute kaemen. Sie bereiten eine durchgehende allgemeine Linie in unseren Reihen vor, waehrend ich sonst fuerchte, dass wir in der Umformung unserer Organisation in den einzelnen Landesstellen verschiedene Wege gehen und dass bisher muehsam erkaempfte Zusammengehen in differierende Bahnen auslaeuft.

In diesem Brief mache ich mich zum Sprecher derjenigen Landesstellen, die es mit unseren in der Diaspora wohnenden Landsleuten besonders schwer haben und die, wie ich auf meiner Reise durch Hessen und die Laender der britischen Zone festgestellt habe, eine wesentliche Arbeit imHilfskomitee ehrenamtlich leisten. Ich tue dies ohne zu wissen, ob sie diese Fuersprache wuenschen und wollen ob sie nicht vielmehr einen Blankoscheck ausstellen und sagen wie es gemacht wird, wird es auch fuer uns gut sein, wir fuegen uns in alles. Aber gerade meine Kenntnis von der Differenziertheit der Arbeit in den einzelnen Landesstellen, meine Erfahrungen auf der letzten Reise lassen mich fuer die Notwendigkeit einer gemeinsamen Besprechung eintreten. Vielleicht gelingt es mir wenn auch nur einen kleinen Betrag, so doch einen fuer diese Besprechung fluessig zu machen. Diese Hoffnung ist allerdings gering, wir muessen vielmehr versuchen, dass wir von allen Seiten her ~~versuchen~~ zusammenzutragen.

Mein Bemuehen um eine kleine Organisation innerhalb der Siebenbuerger Sachsen und Banater Schwaben in den Westzonen geht nicht darauf zurueck, dass ich Anfang und Ende in einer Organisation sehe, sondern weil es mir um die Gemeinsamkeit von uns allen geht. Die Fluechtlingsarbeit schlaegt neue Wege ein, die durch die Staatlichkeit des Bundes gefoerdert, sich sehr schnell entwickelt. In welcher Form wir als Ganzes diesen Weg gehen wollen und koennen kann nicht allein durch Briefe geklaert werden. Dies waere der zweite und weit wichtigere Punkt einer Tagesordnung in Wuerzburg. Trotzdem und in der Hoffnung, dass ein Rundgespraech aller Beteiligten zustande kommt, schlage ich vor, dass Sie mir einen Durchschlag der Antworten an den Vorsitzenden, um die er in seinem Brief umgehend bittet, zukommen lassen. Diese wuerde ich dann vervielfaeltigen und an alle Beteiligten zusenden .

Mit freundlichen Gruessen

Anlagen.

ikgs

Dass, was die Hauptstelle stellvertretend weil sie hauptamtlich besetzt, fuer die ehrenamtlichen Landesstellen mitgearbeitet hat (Briefe von Landsleuten) geht auf die jeweiligen Landesstellen zurueck.

Ich kann mir z.B. gut vorstellen, dass ein Ort wie Goettingen, in dem sich unsere Landsleute als Professoren, Dozenten, Kuenstler und Studenten in dem geistigen Leben der Stadt einen Namen gemacht haben, die Herausgabe des Heimatbriefes uebernimmt oder aber die Landesstelle Rheinland-Pfalz, die in ihrem Leiter eine journalistische Fachkraft besitzt. Die Sammlung und Verteilung von Anregungen aus der Arbeit uebernaehme beispielsweise die Landesstelle Schleswig-Holstein. Die Geschaeftsfuehrung des Vorsitzenden wuerde nach diesem Plan in der Hand Muenchens liegen. Wesentlich erscheint es mir, dass die Landesstelle Wuerttemberg (die ich am 3. Oktober uebernommen habe) mit der Vertretung dem Zentralbuero gegenueber belassen wird, da es dann moeglich ist, die guten Beziehungen, meine Kenntnisse, die unmittelbare Nache desBueros (wir werden aller Voraussicht nach in die Stafflenbergstrasse umziehen) nicht nur fuer Wuerttemberg, sondern fuer die Gesamtheit zu erhalten, zumal ein Reisen aus einer der anderen Landesstellen nach Stuttgart der Geldknappheit wegen kaum gedacht werden kann.

Der Plan C ist, wenn sich die Kirche nach dem Vorsotss der Vorsitzenden bereit erklaert, die Hilfskomitees oder wenigstens einige von ihnen zu finanzieren die Hauptstelle in Stuttgart zu belassen aus den oben angefuehrten Gruenden. Dieser Plan C erscheint im Augenblick als der aussichtsloseste, haette aber den Vorteil, dass damit eine zweite hauptamtliche Stelle ermoeglicht wird wenn dazu Geld von aussen kommt.

Ich werde mir erlauben, einen Durchschlag dieses Schreibens an das Zentralbuero des Hilfswerks zu geben, damit dort an diesem Beispiel erkannt wird, welcher Art die Umstellung ist, die ihre Massnahmen in den einzelnen Hilfskomitees hervorruft, im vollen Bewusstsein dessen, dass das Hilfswerk selbst an seiner Zahlungsunfaehigkeit nicht Schuld traegt und bis jetzt 180 000 DM im Jahr fuer die Arbeit aller Hauptstellen aufgewendet hat. Andererseits muss man zugestehen, dass mit diesem Geld nicht immer produktiv gewirtschaftet wurde, man denke z.B. in unserem Hilfskomitee an die Organisations- und Personenkaempfe der vorletzten Jahre zurueck. Ob die Kirche ihr Versagen an diesem Punkt der Fluechtlingsarbeit noch in letzter Minute erkennen und aendern wird, kann ich nicht sagen. Man wird diesen Umstand mit Bedauern oder "triumphierend" feststellen. Das Hilfswerk stellt es wohl mit Bedauern fest zumal es als "diakonischer Arm der Kirche" von dieser nicht in die Lage versetzt wird, diese seine Taetigkeit fuer die Fluechtlinge in der alten Form fortzusetzen. Welche Form fuer die Zukunft gewaehlt wird, ist noch nicht durchzusehen.

Aus meinem Brief wird wohl ersichtlich, dass die aufgeworfenen Fragen ein gruendliches Durchdenken erfordern und daraus bestimmte Entschluesse. Es ist m.E. notwendig (und wir sollten alle zusammen versuchen, Mittel zu finden um dies in die Wege zu leiten) alles zusammen zu besprechen. Ich wuerde vorschlagen am 1. Wochenende im November in Wuerzburg. Wuerzburg ist nachgerechnet fuer alle Teilnehmer der billigste Anreiseort. Da die Umstellung in unserer Gruppe (ich sage bewusst nicht Hilfskomitee) besonsers im Hinblick auf die Entwicklung der Verbaende) in ihrer Gesamtheit

DM Pf

für Konto

Nr. 5729

PSchA München

Eingezahlt am

Absender

(Name, Wohnort, Straße, Hausnummer, Gebäudeteil, Stockwerk)

betrifft (Rechnung, Kassenzeichen, Buchungsnummer usw.)

Das Postscheckamt sendet diesen Abschnitt dem Gutschriftempfänger

DM Pf f. Konto Nr. 5729

Absender:

Zum Aufkleben der Freimarke durch den Absender (Gebührensätze umseitig

Zahlkarte

auf DM Pf. wörtlich.

Deutsche Mark | Pf wie oben

für Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben im Hilfswerk der Evang. Kirchen in Deutschland Landesstelle Bayern München 22 - Himmelreichstr. 3 - Tel. 2827 Postscheck: 5729

Konto Nr. 5729

Postscheckamt München

in

Postvermerk

Nr. Eingetragen durch

am

(4.49) By

Eingangs-Nr.

S 1

(Raum für Vermerke des Absenders für seinen eigenen Geschäftsbetrieb; falls erwünscht, hier auch Kontonummer und Postscheckamt des Empfängers vermerken)

Einlieferungsschein

– Sorgfältig aufbewahren –

Deutsche Mark Pf

(in Zittern)

für

in

Postvermerk

Einlieferungsnummer

Postannahme

ikgs

Verband der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben e.V.

München 22, im Oktober 1949
Himmelreichstraße 3
Telefon: 1627

R u n d s c h r e i b e n N r . 2

Herr Dr. Josef T r i s c h l e r , der am 14. August durch unsere Disziplin und unser Zusammenstehen als einziger südostdeutscher Vertreter in den neuen deutschen Bundestag gewählt wurde, bittet uns, auf diesem Wege allen Siebenbürger und Banater Landsleuten seinen Dank auszusprechen. Durch seine Hilfe ist es bereits jetzt gelungen, für unsere Landsleute Einzelvorteile zu erringen, die Vielen zugute gekommen sind.

Wir fügen diesem Dank Dr. Trischlers unseren eigenen Dank an alle Landsleute und Mitglieder unseres Verbandes hinzu und bitten Sie, auch in Zukunft dieselbe Wahldisziplin und Geschlossenheit wahren zu wollen, die uns am 14.8. diesen schönen Erfolg eingebracht hat. Besonders danken wir unseren Verbandsmitgliedern für die zahlreichen Beitrittserklärungen, die uns auch heute noch zugehen und bitten sie, immer wieder in den Reihen der noch nicht beigetretenen Landsleute zu werben. Gerade heute, wo die Arbeit auf dem Gebiet des Flüchtlingswesens immer mehr aus der Sphäre der reinen Betreuung hinauswächst in diejenige der politischen Interessenvertretung, ist ein engerer Zusammenschluß auf landsmannschaftlicher Basis dringend notwendig und wird bei allen Flüchtlingsgruppen durchgeführt.

Wir geben im Folgenden einen kurzen Auszug aus den im Vereinsregister eingetragenen Satzungen unseres Verbandes:

I. Zweck und Aufgaben des Verbandes: Gemeinsame Interessenvertretung der in Bayern untergebrachten Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben gegenüber den Körperschaften des öffentlichen Rechtes. Beratung und Unterstützung der Mitglieder in allen wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten. Sammlung, Pflege und Förderung heimatlichen Kulturgutes durch besondere Veranstaltungen, Vorträge und Veröffentlichungen in Presse, Rundfunk und eigenen Mitteilungsblättern. Beratung siedlungswilliger Mitglieder und Vertretung ihrer Interessen bei den zuständigen Siedlungsbehörden sowie Förderung der Zusammenarbeit beim gemeinsamen Erwerb von Siedlungs-und Pachtland. Unterrichtung der staatlichen und kommunalen Behörden, der Wirtschaft und Berufsverbände sowie der Öffentlichkeit über die besonderen Verhältnisse und Belange der in Bayern ansässigen Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben ...

II. Organe des Vereins: Der Vorsitzer und der stellv. Vorsitzer werden von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von 2 Jahren gewählt. Ist der erste Vorsitzer ein Siebenbürger Sachse, so muß der zweite Vorsitzer ein Banater Schwabe sein und umgekehrt. ... Die Leitung des Vereins liegt in der Hand des Vorstandes. Dieser wird von der Mitgliederversammlung auf 2 Jahre gewählt und setzt sich aus 9 Siebenbürger und Banater Mitgliedern zusammen: dem Vorsitzer, dem zweiten Vorsitzer, und 7 Vereinsmitgliedern sowie zwei Ersatzmännern. Der Vorstand faßt alle Beschlüsse, die die Zuständigkeit des Vorsitzers nach allgemeinen Gepflogenheiten des Vereins überschreiten, und zwar mit Stimmenmehrheit. Der Geschäftsführer wird vom Vorstand auf Vorschlag des Vorsitzers für unbestimmte Zeit gewählt ... Die Mitgliederversammlung ernennt zwei Rechnungsprüfer und einen Ersatzprüfer, die vierteljährlich mindestens einmal die Kassengebarung des Geschäftsführers gemeinsam zu überprüfen haben ...

Die Mitgliederversammlung ist oberste Instanz des Vereines. In ihr hat grundsätzlich jedes Mitglied Stimmrecht. Um jedoch eine gleichmä-

./.

. Rige Vertretung aller über ganz Bayern verstreuten Mitglieder zu ermöglichen, ist es dem Vorstand anheimgegeben, nach einem bestimmten Schlüssel von den Mitgliedern Vertreter mit mehrfachem Stimmrecht wählen zu lassen und den dazu nötigen Wahlvorgang festzusetzen. Die Mitgliederversammlung wird mindestens einmal jährlich zusammengerufen, wobei ihr ein Tätigkeitsbericht und eine Rechnungslegung über die Kassengebarung des Vereines vorzulegen sind. Die Einberufung erfolgt schriftlich durch den Vorstand. Die Mitgliederversammlung ist ferner zu berufen, wenn es das Interesse des Vereins erfordert oder der 10. Teil der Mitglieder unter Angabe des Zweckes und der Gründe die Einberufung vom Vorstand schriftlich fordert. Die vom Vorstand und der Mitgliederversammlung gefaßten Beschlüsse sind schriftlich niederzulegen und vom Vorsitzer oder seinem Stellvertreter zu unterzeichnen."

Die Gründungsversammlung des "Verbandes der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben e.V." fand am 26.6.1949 in München statt, auf der die oben im Auszug wiedergegebenen Satzungen des Verbandes gutgeheißen wurden. Bei den darauffolgenden Wahlen wurden folgende Landsleute gewählt: Vorsitzer: Fritz Heinz Reimesch (Siebenbürgen); zweiter Vorsitzer: Dipl.Ing. Stefan Keller (Banat); in den Vorstand wurden folgende Mitglieder gewählt: Pfarrer Gottfried Rottmann (Siebenburgen); Johann Mann (Siebenburgen); Dipl.Ing. Adalbert Blaschka (Banat); Nikolaus Stoß (Banat); Dr. Hans Wühr (Siebenbürgen); Fräulein Dr. Käthe Köstner (Banat); Daniel Halmen (Siebenbürgen); und die Ersatzmitglieder Dr. Ernst Wischet (Banat) und Johann Jung (Siebenbürgen).

Flüchtlings-Ausstellung. In München hat vor kurzem die große Flüchtlings-Ausstellung stattgefunden, die ein eindrucksvolles Bild von der industriellen Leistung der in Bayern untergebrachten Flüchtlinge in ihren verschiedenen Unternehmen und Betrieben gab. Unser Verband war bei dieser Ausstellung mit fünf Ständen eindrucksvoll vertreten. Ausgestellt hatten die Firmen: 1.)Filigranbau Stefan Keller K.G., München-Solln, Heilmannstraße 47, die mit dem Modell einer neuartigen Stahldachstuhl-Konstruktion vertreten war. 2.) Keramische Werkstätte Rudolf Bordon, Maisach, Krs. Fürstenfeldbruck, die wunderschöne sächsische Keramik Bauernkrüge etc, ausgestellt hatte. 3.) Firma Emo, München-Solln, Hirschenstraße 26, Inhaber: Emil Mösler, stellte handgewebte Herren-und Damenstoffe, Teppiche, Dekorationsstoffe aus Schafwolle. 4.) Am Stand von unserem Landsmann Michael Gagesch, Schreinermeister, Rosenheim, Hermann Löns-Straße 18, wurde eine neuartige äußerst praktische Couch-Schlafstelle gezeigt. 5.) Die Firma "Sigma", Johann Johrend München 12, Barthstraße 25, hatte eine Anzahl neuartiger Öfen und Herde ausgestellt.

Illegale Grenzgänger aus der russischen Zone nach Giessen. Die Flüchtlingsvertreter der US-Zone beschlossen, das Flüchtlingslager Giessen als einziges Auffanglager für politische Flüchtlinge aus der Ostzone einzurichten. Ab 1. September sind alle anderen Flüchtlingslager angewiesen, Ostzonenflüchtlinge dorthin zu überweisen, da sie nur in diesem Lager Asylrecht bekommen. Das Bayerische Lager Hof-Moschendorf ist ab diesem Zeitpunkt für die Überprüfung illegaler Grenzgänger nicht mehr zuständig und wird für solche geschlossen. Das entsprechende Auffanglager für die britische Zone ist in Uelzen-Hannover.

Todeserklärung von Vermißten. Wartezeit ein Jahr. Antrag auf Todeserklärung können Eltern, Kinder, Ehegatten oder der Staatsanwalt sowie alle an einer Todeserklärung rechtlich interessierten Personen stellen. Bei Ausgewiesenen ist das Gericht zuständig, in dessen Bereich der Antragsteller ansässig ist. Bei der Einreichung des Antrages sind Geburts-und Heiratsurkunde sowie der Nachweis über den letzten deutschen Wohnort des Vermißten vorzulegen. Nach Möglichkeit soll auch die amtliche Vermißtenmeldung bzw. entsprechende Mitteilung von Kriegskame-

-/-

raden oder eine eidesstattliche Erklärung des Antragstellers beigefügt werden. Die Aufgebotsfrist dauert längstens ein Jahr. Nach dem amtlichen Todeserklärungs-Beschluß kann der für tot Erklärte beerbt werden, seine Lebensversicherung kommt zur Auszahlung usw. Die neue Regelung ist von außerordentlicher Wichtigkeit, da in Deutschland nicht weniger als 1 500 000 Personen, größtenteils ehemalige Wehrmachtsangehörige, als vermißt gemeldet sind.

Der Stand der Siedlung. Wie von der Bayerischen Landessiedlung GmbH. mitgeteilt wird, bestanden Ende Juni in Bayern 655 Siedlungsstellen für Vollbauern. Davon 474 Flüchtlinge, Kleinsiedlerstellen gab es 41 (28 Flüchtlinge), Gärtnerstellen 2[illegible] (187), Nebenerwerbssiedlungen 394 (278), Siedlerstellen für Land-und Forstarbeiter 197 (58), und Wohnsiedlungen 479 (251 Flüchtlinge). Beim Bayer. Bauernverband liegen ungefähr 33 000 Anträge für bäuerliche Flüchtlingssiedlungen vor. 9 000 Anträge für Siedlungen stammen von Einheimischen. Wie vom Hauptausschuß der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern mitgeteilt wird, sind bei ihm 29 679 Anträge auf Wohn-und Nebenerwerbssiedlungen eingegangen.

Die Durchführungsbestimmungen zum neuen Pächtergesetz sind noch nicht erschienen. Es ist anzunehmen, daß dies im Laufe des Oktober der Fall sein wird und daß damit für unsere siedlungswilligen Landsleute eine neue Möglichkeit der Seßhaftmachung geschaffen wird, die mehr Aussicht zu bieten scheint als die Siedlungsaktion.

Mitteilungen: Der Sängerchor der Arbeitsgemeinschaft der Hilfskomitees bittet alle sangesfrohen Landsleute aus München, die Lust und Interesse am Musizieren haben, sich jeden Freitag um 7 Uhr abends in der Himmelreichstraße Nr. 3, zu den Chorproben einzufinden.

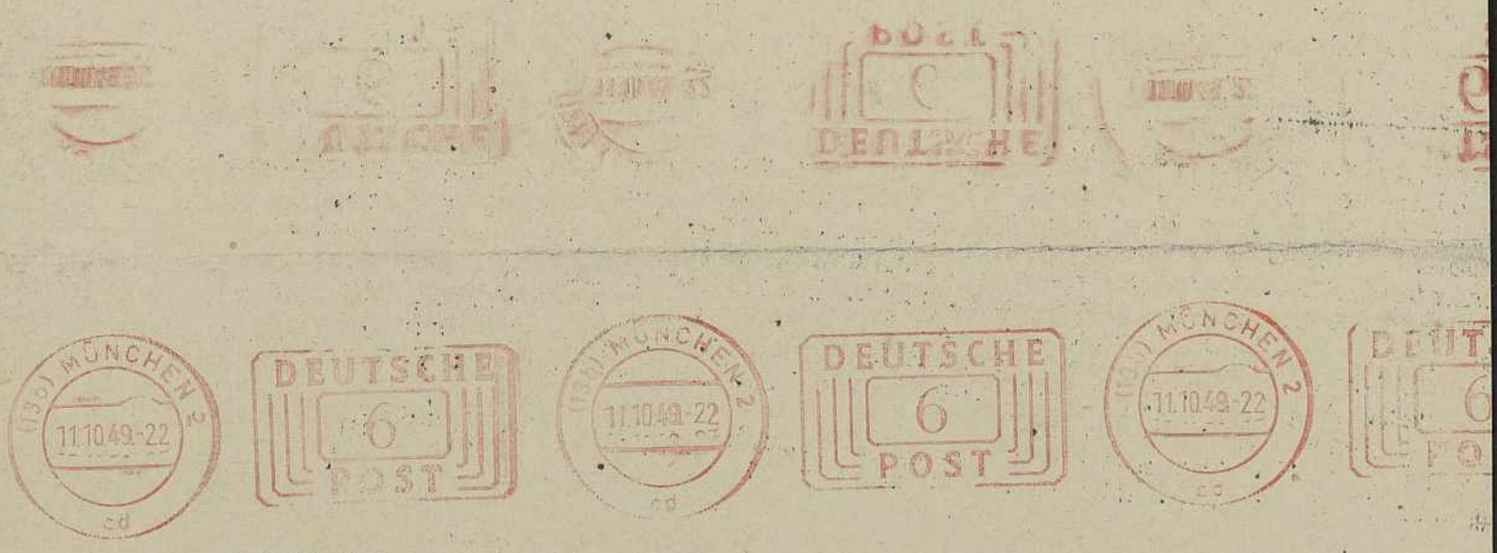
Wir bitten alle unsere Landsleute, uns die Anschrift landsmännischer Firmen, Unternehmen, Gewerbetreibender, Ärzte, Rechtsanwälte etc. bekanntzugeben. Wir werden in Zukunft diese in unseren Rundschreiben fortlaufend bringen, um allen unseren Landsleuten die Möglichkeit zu geben, mit ihnen in Verbindung zu treten. Als ersten bringen wir heute die Anschrift unseres Banater Landsmannes Dr. Robert K o r n , Zahnarzt, München 13, Elisabethplatz 2/III. Sprechstunden: Montag mit Freitag 9-12 und 14-18 Uhr.

Seit dem 15. September hat unsere Geschäftsstelle in München, Himmelreichstraße 3, die neue Rufnummer 1 6 2 7 .

Mit landsmännischem Gruß

gez. H.W. Brekner
Landesstellenleiter

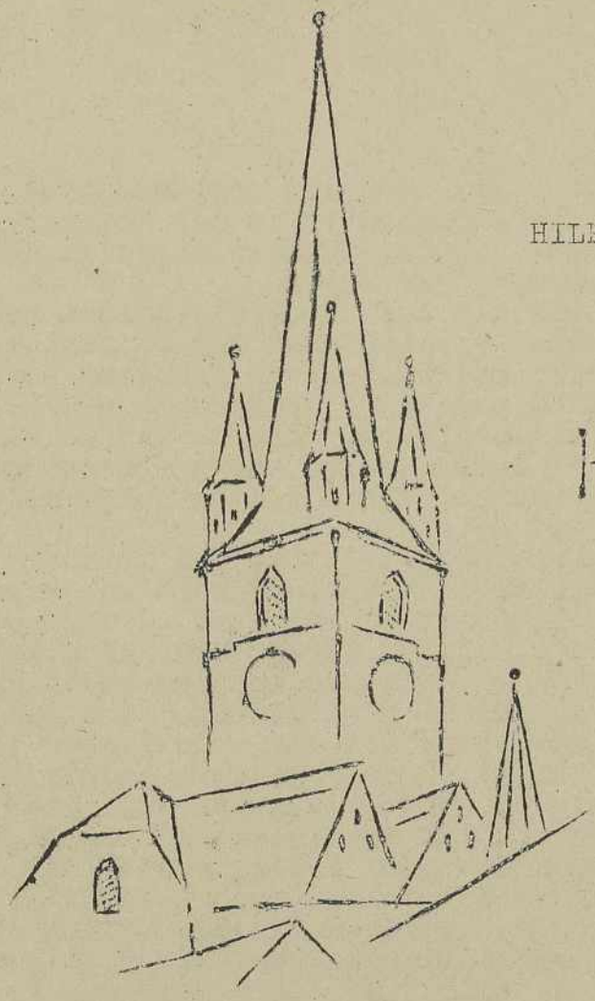
ikgs



D R U C K S A C H E

Herrn
Dr. Heinrich Zillich
Starnberg am See
Josef Fischhaberstr.
Nr. 15

Absender: Verband der
Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben
München 22
Himmelreichstraße 3



HILFSKOMITEE DER SIEBENBÜRGER SACHSEN
UND BANATER SCHWABEN
Landesstelle Bayern

München 22, Weihnacht 1949
Himmelreichstraße 3

HEIMATBRIEF

Weihnachtsbotschaft für Heimatlose
von Pfarrer G. Rottmann.

Zum 6. mal kommt Weihnachten in der Fremde zu uns. Wer will uns tadeln, wenn in den weihnachtlichen Tagen stärker als gewöhnlich Bilder der Vergangenheit lebendig in uns werden und Wehmut uns beschleicht? Wir sind Menschen, und alles kann man dem Menschen nehmen, nur die Erinnerung nicht. Wir wollen sie uns auch nicht nehmen lassen, wir wollen sie halten und hüten wie einen köstlichen Schatz.

Aber Weihnacht wird doch mehr als Erinnerungen wecken an das Gestern, das nach ewigem Gesetz niemals wiederkehrt, wie wir es einst in der Heimat als glückhaftes, beseligendes Heute erleben durften. Weihnachten will uns nicht in Wehmut versinken lassen, sondern es ruft uns zu: "Blickt auf zu den Sternen!" und vor allem zu dem, der gestern wie heute in wunderbarer Leuchtkraft in alle Finsternis der Erde und in das erschreckende Dunkel der Völker hineinstrahlt. Die Engelsbotschaft: "Fürchtet euch nicht!", sie gilt auch heute noch, gilt ganz besonders uns, die heimatlos herausgerissen aus alten Bindungen, so oft scheel angesehen, zerstreut im deutschen Land, das einst das Land unserer Sehnsucht war, leben. Ich höre Euren Einwand: "Wie sollen wir uns nicht fürchten, wenn wir in die wirre Welt um uns sehen, wenn wir noch immer nicht wissen, wie sich unsere und vor allem die Zukunft unserer Kinder gestalten wird, wenn wir von stolzem Herrentum zu oft niedrigem Dienst sanken, und dazu noch das Gespenst der Arbeitslosigkeit droht? Kann Weihnachten uns das Bangen nehmen?

Da kommt ein weihnachtliches Wort zu uns, und einer hat es gesprochen, der auch durch viel Wirrnis, Leid, Angst und Verfolgung hindurchgehen mußte und doch so glaubensstark, so voll Kraft und Gewißheit sagen konnte: "Wir aber wissen, daß denen, die Gott lieben, alle

-/-

Dinge zum Besten dienen". Das ist ein Wort für uns Heimatlose zu Weihnachten, wenn uns das Herz schwer werden will in der Erinnerung daran, wie's daheim war, wenn uns Bangen vor der Zukunft ergreift, wenn uns das klagende, ja anklagende "Warum?" bedrängt.

Denkst du daran, du Bauer, wie dir der Hagel die golden reifende Ernte zerschlug und deine Rebhänge vernichtete? Und du streutest doch wieder Samen in die Heimatscholle und bandest im Frühjahr sorgsam das wunde Rebholz an den Pfahl. Mit Sorgen ging es durch das Jahr, doch dann kam der reiche, schenkende, erfüllende Herbst, und so du einer warst, der Gott vor Augen und im Herzen hatte, dann erkanntest du, es ist der Herr, der führt, der nimmt und gibt, und er führt es wunderbarlich hinaus.

Ich hoffe, dieser Väterglauben ist noch stark und lebendig in dir. Dann weißt du auch, der Herr will uns auch diese Zeit zum Besten dienen lassen. Hat er es nicht in Wahrheit schon jetzt an uns getan? Müssen wir nicht, trotzdem die Ernte unseres Lebens scheinbar zerschlagen vor uns liegt, ihm von Herzen danken, daß wir in Sicherheit und Ruhe leben und die Unseren, sofern sie nicht nach Gottes Ratschluß irgendwo in fremder Erde ruhen, gesund und stark bei uns haben?

Läßt er nicht auch unseren Brüdern und Schwestern in der alten Heimat ihr so viel bittereres Schicksal zum Besten dienen, indem sie sich noch enger als bisher zusammenschließen als Gemeinde Christi und noch eifriger als einst in guten Tagen Wehr und Waffen suchen für böse Zeit in der festen Burg, die auch ihnen nur allein von allem blieb? Hat sich dir nicht auch in dem wunden und zerschlagenen Boden dieses deutschen Landes ein wenn auch enges und bescheidenes Arbeitsfeld aufgetan? Nütze es und wurzele dich fest ein, als wärest du nicht Gast und Fremdling hier, sondern Sohn und Erbe dieser Erde, bis Gott, so er will, dir ein anderes Ziel setzt. Doch nicht nur das Land und die Städte sind zerschlagen und zertrümmert, viel mehr noch die Herzen. Hilf auch du mit, daß in dieser Welt des Hasses und der Kälte etwas Neues gebaut werde in der tragenden, helfenden, verstehenden und verzeihenden Liebe, die in dem Heiland zu uns kam. Dann läßt du dir auch die herbe Zeit der Heimatlosigkeit und Fremde zum Besten dienen, dann schwinden allmählich das Bangen, das Klagen und quälende Fragen im Aufblick und dem unerschütterlichen Glauben an den, der seinen Sohn gesandt, uns Freude und Frieden zu schenken.

Wenn zum 6. mal dir die Weihnachtsglocken in der Fremde erklingen, dann lasse in der Seele alle Glocken der Heimat lebendig werden, sie läuten dir dann nicht wehes Gedenken, sondern Heimat und Frieden im Herzen, - Heimat und Frieden in Gott.

Warten und Bereitsein

Landesstellenleiter H.W. Brekner

Wieder treffen Weihnachten und die Jahreswende uns in der Fremde an. Über ein halbes Dutzend Länder verstreut leben unsere Volks-und Schicksalsgenossen - die meisten unter den schwierigksten Verhältnissen. Die quälenden Sorgen des Alltags, die den Menschen mehr zermürben als große Schicksalsschläge, lasten auf uns allen. Überall ist unser Leben schwer und scheint in dunkler Ausweglosigkeit zu enden.

Sollen wir darum mit Gott und unserem Schicksal hadern, uns gehen und in Hoffnungslosigkeit fallen lassen, oder sollen wir nicht vielmehr versuchen, eine neue Einstellung zu unserem Schicksal, eine neue Deutung der Dinge und Verhältnisse zu gewinnen?

Wir sehen unsere gegenwärtige Lage als eine Prüfung an! Nahezu ein Jahrhundert - seit 1848 - haben wir in der Heimat ein ruhiges und beschauliches Dasein im Genuß des Wohlstandes, den unsere Vorväter einst erarbeitet haben, führen dürfen. Wohl haben auch wir im ersten

eltkrieg mit unserem Blute gezahlt, doch hat bei uns in den Jahren 1914-1918 niemand gehungert wie hier in Deutschland, niemand von uns hat über Nacht durch Inflation sein Vermögen verloren. Während hier in unserem Mutterland Millionen Menschen jahrelang unter der Arbeitslosigkeit litten, und an sich und der Welt verzweifelten, hatte jeder von uns daheim seine Arbeit und sein gemächliches Auskommen. Der ererbte Wohlstand wuchs und mehrte sich, wenngleich wir oft unter einer gewissen Zurücksetzung zu leiden hatten. Auch der zweite große Krieg hat unsere Heimat bis in seine Endphase unberührt gelassen, während anderswo Menschen unseres Schlages in grausigen Bombennächten Leben, Gut und Heimat verloren.

Die Geschichte schien uns vergessen zu haben. Wir drohten, achtlos am Rande ihres Weges liegengelassen zu werden und in gemächlicher Geschichtslosigkeit zu versinken, - dem einst harten Kolonistenvolk, welches immer wieder auf Trümmern neu aufzubauen pflegte, drohte die Verschweizerung.

Nun hat das Schicksal an unsere Pforte geklopft und wartet gespannt auf die Antwort, die wir ihm geben werden. Wird der Klang unseres Herzens noch jener unserer Väter in dem Jahrhundert der Türkenkriege und Mongolenstürme sein oder wird nur der Laut dumpfer und verzweifelter Hilflosigkeit, die müde Handbewegung des Verbitterten und Enttäuschten als Antwort gegeben werden?

Wie schwer ist doch der Stellungskrieg des Schicksals! Und wie schwer ist es, dabei der Zermürbung zu entgehen und Kräfte für den Augenblick aufzusparen und zu sammeln, wo über unser endgültiges Schicksal die Entscheidung fallen soll.

Und trotzdem muß auch für die Zukunft wieder unsere Devise lauten: Warten und Bereitsein.

Nicht jenes untätige, müde Warten, welches die Hände in den Schoß legt und auf bessere Zeiten hofft, sondern jenes tätige, stumme, rührig-emsige Warten, welches das Kennzeichen starker Naturen ist und aus der Gewißheit geschöpft wird, daß alle Dinge im Flusse sind, und daß - wo alles fließt - alles noch werden kann.

Bereitsein! Je größer die Gefahr und die Not waren, desto enger pflegten sich unsere Vorfahren zusammenzuschließen in einem Land, das auch für sie einmal Fremde war. Ihrem Beispiel wollen wir folgen und unsere neugegründete Gemeinschaft immer enger gestalten, immer weiter ausbauen und uns auch durch noch so schmerzliche Erfahrung der lächerlichen Unzulänglichkeit unserer Arbeit und Mittel nicht irre machen lassen. Dieser Gemeinschaft in der Fremde muß jeder Landsmann angehören ohne zu fragen, ob sie schon in der Lage ist, ihm wirklich den Rückhalt zu bieten, den er so bitter benötigt. Je mehr er bereit ist, sich zu dieser Gemeinschaft zu bekennen, für sie einzustehen und zu arbeiten, desto eher wird der Tag kommen, wo die Gemeinschaft für ihn einstehen kann.

Wer heute mit offenen Augen in die Welt hinausblickt, weiß daß der Tag kommt, wo die Gemeinschaft und ihre Geschlossenheit über unser Schicksal und unsere Zukunft entscheiden werden.

Tätiges Warten und beherrschtes Bereitsein! Unter ihrem Zeichen wollen wir auf das zu Ende gehende Jahr zurück- und dem neuen Jahr entgegenblicken. Wir wollen dabei am Heiligen Abend und in der Silvesternacht einen Augenblick innehalten und aller unserer Angehörigen, Volks- und Schicksalsgenossen gedenken.

Wir wollen an unsere Schwerkriegsverletzten und kranken Rußlandheimkehrer denken und glücklich sein, daß wir dank der Opferwilligkeit unserer Landsleute wieder von ihnen ein kleines Zeichen unseres Gedenkens und unserer Dankbarkeit senden konnten. Sie haben jenes innere Gesetz auf Neue bewiesen, welches ungeschrieben aber übermächtig trotz aller Enttäuschung und Verbitterung in jedem Herzen wirkt.

./.

Wir wollen der vielen Tausende gedenken, die hier in Deutschland und in Österreich ihr kärgliches und mühevolles Dasein fristen.

Wir wollen jener Landsleute gedenken, die den großen Sprung gewagt haben, um sich weit draußen in der Welt ein neues Heim zu gründen.

Wir wollen jener Ärmsten gedenken, die auch heute noch in Gefangenenlagern und Kohlengruben auf den Tag der Heimkehr warten,

Und wir wollen schließlich unserer Volksgenossen in der alten Heimat gedenken, die ihr schweres Los in mutiger Schicksalsbereitschaft tragen.

Allen gebührt unser Gedenken, wenn wir uns am Heiligen Abend und in der Silvesternacht im landsmännischen Kreise versammeln. Keiner darf vergessen werden!

Wir selbst aber wollen uns enger aneinander schließen - wollen trotz der Not der Zeit uns ein frohes Weihnachtsfest wünschen und ein Neues Jahr, das uns vielleicht erlaubt, klarer in unsere Zukunft zu blicken.

Für dieses Neue Jahr, für seine Sorgen und Nöte, für seine Aufgaben und für seine Ereignisse heißen wir Euch in besonnenem Mut bereit zu sein.

-.-.-.-.-.-.-.-

Wir haben richtig gewählt!
Aus der Arbeit Dr. Trischlers in Bonn.

Seit den Wahlen zum Bundestag sind erst knapp vier Monate vergangen und doch hat die Deutsche Bundesrepublik auf einigen Gebieten wesentliche Veränderungen erfahren. Daß dabei in allen Fragen das Flüchtlingsproblem die Diskussionen beherrscht, verdanken wir in erster Linie unseren Abgeordneten aus den Reihen der Heimatvertriebenen. Durch unsere Einigkeit ist es gelungen, einen einzigen südostdeutschen Kandidaten, Dr. Josef Trischler, zum Bundestagsabgeordneten zu wählen, der heute nicht nur die Südostdeutschen, sondern - als einziger Vertreter dieser Gruppe - alle ehemaligen deutschen Minderheiten (d.h. alle Nicht-Grenzlanddeutschen) aus etwa zehn Staaten von der Ostsee bis zur Adria - etwa 1,2 Millionen Menschen - in Bonn vertritt.

Schon in seiner ersten großangelegten Rede hat Dr. Trischler am 20. Oktober d.J. den Beifall aller Fraktionen geerntet. "Wenn ich heute in den Lagern herumfahre", sagte Dr. Trischler vor dem Bundestag, als er das Wohnungsproblem behandelt, "wenn ich sehr viele Flüchtlinge in den verschiedensten Gegenden besuche, so heißt es immer wieder: "Gebt uns einige Tausend Mark, und wir bauen uns die Wohnungen selbst, wir brauchen gar keine weitere Hilfe dazu usw. Ich sehe die Möglichkeit darin, daß sich gewisse Gruppen von Heimatvertriebenen zu einer kleineren Siedlergemeinschaft in Form einer Genossenschaft zusammenschließen und die Aufgabe übernehmen, alle Arbeiten, die mit dem Bau verbunden sind, selbst zu leisten. Dem steht gar nichts im Wege. Wir haben in den Kreisen der Heimatvertriebenen genügend Fachleute von allen Gruppen, die zum Wohnungsbau notwendig sind. Da kann man sich ausrechnen, wenn ich meinetwegen eine Siedlergemeinschaft für hundert Wohnungen bilde, wieviel Maurer wieviel Tischler, wieviel Installateure, wieviel andere Fachkräfte ich dazu brauche. Die nehme ich dann hinzu und andere Hilfskräfte. Die werden nicht 8 Stunden am Tage, sondern die werden von früh morgens bis spät abends arbeiten, wenn man ihnen das nötige Gelände zur Verfügung stellt, ihnen die entsprechenden Baumaterialien oder das Geld dazu gibt. So werden sie in Gemeinschaftsarbeit wesentlich mehr leisten, als wir das sonst heute bei diesen Bauten sehen. In diesem Falle wäre das Geld, das wir dafür aufnehmen, praktisch nur als Kredit anzusehen. Wir hätten die Möglichkeit, daß diese Heimatvertriebenen sich ihr Heim selbst bauen, daß es allmählich ihr Eigentum wird.

./.

Sein besonderes Augenmerk richtete Dr. Trischler dann auf die Arbeitsbeschaffung der bäuerlichen Flüchtlinge, denen man vorläufig die Gelegenheit geben müsse, wenigstens wieder im Kleinen anfangen zu können. "Wenn wir uns ferner überlegen, daß der größte Teil der Heimatvertriebenen aus ländlichen Gegenden kommt, müssen wir die absolut notwendige Konsequenz ziehen, diesen Menschen da eine Wohnung zu schaffen, wo sie wirklich ein "Heim" haben, und zwar ein ländliches Heim. Es ist falsch, diese Menschen in die Wohnkasernen, in die Städte hineinzustecken. Es wird notwendig sein, daß man ihnen einen kleinen Garten gibt, wo sie die Möglichkeit einer Geflügelhaltung haben, wo sie sich ein Schwein, eine Ziege, eine Kuh halten können. Wir erreichen dadurch Wesentliches. Der Heimatvertriebene findet dadurch wenigstens zum Teil Ersatz für seine ehemalige Heimat. Er wird sich in dieser Wohnung wohler fühlen als irgendwo anders. Es werden ferner diejenigen Familienmitglieder, die sonstin der Arbeit nicht unterkommen, im Gartenbau, in der Tierhaltung usw. Beschäftigung finden, und die Familie wird so Krisenzeiten leichter überstehen."

.-.-.-.-.-.-

Unsere Bücher.

"Wir Siebenbürger", herausgegeben von Heinrich Zillich, 428 Seiten, davon 24 Seiten Bilder der Heimat, Ganzleinen gebunden.

In der Buchreihe "Heimat im Herzen" hat Heinrich Zillich ein Buch zusammengestellt und herausgegeben, das in seiner Vielfalt ein getreues Abbild der siebenbürgischen Heimat und ihrer Schicksale seit Anbeginn der Geschichte bietet. Die Beiträge der berufensten Schriftsteller dokumentieren die einmalige 800 jährige abendländische Leistung des Siebenbürgendeutschtums. Vor uns entrollt sich das liebliche Bild der Landschaft, die farbenprächtigen Volkstrachten leuchten auf, Mundarten klingen an unser Ohr, wir lauschen Erzählungen, Sagen und Märchen.

Dieses ebenso schöne wie wertvolle Buch soll, wie Heinrich Zillich in seinem Vorwort schreibt, den Landsleuten das Herz stärken und ihren Stolz und Zukunftsglauben nähren. Den vielen anderen aber, die "ihre Beine einst gerne unter unseren gastlichen Tischen ausstreckten, soll es Erinnerung und Mahnung sein!

Wir bitten unsere Landsleute, die sich für dieses wertvolle Buch interessieren, ihre Bestellungen durch unsere Geschäftsstelle auf einer Postkarte aufzugeben. Das Buch kostet 11,50 DM und wird Ihnen per Nachnahme zugesandt.

.-.-.-.-.-.-

"Grünk oder das große Lachen" von Heinrich Zillich, Verlag Georg Westermann, Braunschweig, 14,80 DM, erhältlich in allen Buchhandlungen!

Ein Roman voll lachender Lebensweisheit und von tiefgründigem, befreiendem Humor mit einer bunten, spannenden Handlung und treffend gezeichneten Milieuschilderungen aus Berlin. Was es mit dem liebenswerten Peter Grünk, seiner besonderen und absonderlichen Art inmitten einer Anzahl prächtiger Menschentypen auf sich hat, erzählt uns hier der Dichter selbst.

.-.-.-.-.-.-

Aufruf an unsere siebenbürgischen Frauen!

Unsere Stärke und unser Zusammenhalt in der alten Heimat waren nicht zuletzt auch getragen von der sozialen Arbeit unserer Frauen. Mehr als früher besteht heute in der Fremde die Notwendigkeit und das Bedürfnis, nach dieser sozialen Arbeit und Leistung, um unseren Zusammenhalt immer enger zu gestalten und in keinem Volksgenossen das Gefühl der Verlassen-

o/o

heit aufkommen zu lassen. Besonders unsere Rußlandheimkehrer und Schwerkriegsverletzten, die oft abseits und verloren in einer Klinik oder Anstalt ihr Leben verbringen, bedürfen dieser Fürsorge in erhöhtem Maße. Durch einen Krankenbesuch, durch die Zusendung eines Buches, durch die Bezeigung einer kleinen Aufmerksamkeit wollen wir diesen unseren Landsleuten zeigen, daß wir sie nicht vergessen haben und wollen dadurch in ihnen das Gefühl der Geborgenheit und der Zusammengehörigkeit erwecken.

Ein kleiner Kreis von Frauen in München und in Starnberg hat diese Arbeit im Rahmen unseres Verbandes schon aufgenommen und sich sowohl von der Fruchtbarkeit als auch von der Notwendigkeit einer Erweiterung dieses Aufgabenkreises überzeugt.

Wir rufen daher alle unsere Frauen und Mädchen zur Mitarbeit auf diesem Gebiete auf und bitten alle diejenigen, denen ihre Berufs-und häusliche Arbeit die Zeit und Möglichkeit läßt, sich schriftlich in unserer Geschäftsstelle in der Himmelreichstraße 3 zu melden.

Der Referent für Soziale Fürsorge

gez. Dr. Josef S c h e e s s e r

Landesstellenleiter und Geschäftsführer

gez. H.W. B r e k n e r

Kanada-Aktion.

Durch die Unterstützung des Lutherischen Weltbundes ist es uns im auslaufenden Jahre gelungen, etwa 10 Bauernfamilien bei lutherischen Farmern in Kanada unterzubringen, wo ihnen die Möglichkeit geboten werden soll, durch ihre Arbeit sich das Geld zu verdienen, das ihnen später den Erwerb eigenen Landes erlauben soll. Von zwei Familien haben wir indessen Nachricht erhalten, die uns erkennen läßt, daß sie es gut getroffen haben und mit ihrem Los durchaus zufrieden sind. Die Aktion ist indessen zu einem gewissen Stillstand gekommen, da in den Wintermonaten sich die amerikanischen Farmer natürlich keine Mitarbeiter einstellen. Es besteht jedoch Aussicht, daß im Februar/März die Auswanderung der vorgesehenen 60 Familien wieder in Fluß kommt, die dann die Aufforderung erhalten werden, sich für die Abfahrt bereitzuhalten.

Wie bekannt, ist diese Aktion vorderhand nur als Versuch geplant. Es wird darauf ankommen, daß sich unsere Landsleute in Kanada bewähren, damit es uns möglich sein wird, über die vorgesehenen 60 Familien hinaus auch noch anderen Bauernfamilien drüben zu einer neuen Heimat zu verhelfen.

Zur Zeit sind Bestrebungen im Gange, um eine Erleichterung der Bestimmungen für die Zulassung Angehöriger ehemaliger deutscher Wehrverbände zu erreichen.

Repatriierung.

Wir erhielten vor kurzem auf eine schriftliche Anfrage von der IRO die Mitteilung, daß sie die Repatriierungsfragebögen, die wir seinerzeit an unsere heimkehrwilligen Landsleute ausgeschickt haben, nach Bukarest weitergeleitet hat, wo nun jeder einzelne Fall von den rumänischen Behörden auf die Möglichkeit der Zulassung zur Heimkehr geprüft wird. Die IRO versichert uns, daß Aussicht bestehe, daß in absehbarer Zeit eine rumänische Repatriierungskommission in die US-Zone kommen werde, wozu die amerikanische Militärregierung bereits ihre Zustimmung erteilt habe.

ikgs

Flüchtlingskreditwesen.

Nachdem die Gewährung von Flüchtlingskrediten in den letzten Monaten beinahe gänzlich zum Stillstand gekommen ist, scheinen sich neue Aussichten für die ersten Monate des neuen Jahres zu ergeben. Die Ausfallbürgschaft des Staates für Flüchtlingsproduktivkredite soll auf hundert Millionen DM erhöht werden. Ebenso soll ein Betrag von drei Millionen DM für die Gewährung von Kleinkrediten bis zur Höhe von 3.000,- DM, die seit September gänzlich gesperrt waren, bewilligt und bereitgestellt werden.

Wir werden hierüber in unserem nächsten Rundschreiben im Januar eingehender berichten können.

.-.-.-.-.-.

Umsiedlung in die französische Zone.

Die Umsiedlung in die französische Zone, an die viele unserer Landsleute eine gewisse Hoffnung auf Besserung ihrer Lebenslage geknüpft haben, hat bisher nur recht dürftige Ergebnisse gezeigt. Nach unseren letzten Informationen sind aus Bayern etwa 7000 Flüchtlinge nach Südwürttemberg und Baden übersiedelt worden - eine Zahl, die bei 1,8 Millionen Flüchtlingen kaum ins Gewicht fällt. Zudem ist die Aktion im letzten halben Jahr immer wieder ins Stocken geraten, da vorerst schwierige Probleme auf dem Verhandlungswege gelöst werden mußten.

Für das kommende Jahr ist nun die Umsiedlung von 75 000 Flüchtlingen aus Bayern in die Länder der französischen Zone geplant. Wir werden uns bemühen, möglichst viele unserer Landsleute, die hier kein Fortkommen finden, behilflich zu sein, damit sie jenseits der Demarkationslinie die Möglichkeit erhalten, sich eine neue Existenz zu schaffen.

.-.-.-.-.

Wirtschafts-und Rechtsberatungsdienst.

Im Bestreben, dem wirtschaftlichen Existenzkampf unserer Landsleute eine vertrauenswürdige Hilfe zukommen zu lassen und zugleich geeigneten Fachkräften unseres Verbandes weitere Arbeitsmöglichkeiten zu bieten, eröffnet das Wirtschaftsreferat unseres Verbandes am 2. Januar 1950 ein Büro als "Wirtschafts-und Rechtsberatungsdienst", München 5, Reichenbachstraße 41/II, Tel.: 20 160. Sprechstunden täglich wochentags (außer Samstags) von 14-17 Uhr. Postsendungen und fernmündliche Anfragen sind unter obiger Anschrift zu richten an den Leiter des Büros: Herrn Dr. Carl R. C r a m e r .

Das Büro unterhält einen Bereitschaftsdienst, der sich aus theoretisch und praktisch gut geschulten Fachkräften unseres Verbandes zusammensetzt, wie z.B. Betriebs-und Volkswirte, Juristen, Ingenieure, Architekten u.a. Jeder Landsmann erhält eine 20%ige Ermäßigung des ortsüblichen Tari

Der "Wirtschafts-und Rechtsberatungsdienst" übernimmt auch Interessenvertretungen bei Behörden, Wirtschaftsstellen (München, Bonn) und bei Privatkunden, vermittelt qualifizierte Arbeitskräfte, erteilt Beratungen und ev. Vermittlungen in organisatorischen und finanztechnischen Wirtschaftsfragen.

BETRIEBSWIRTE, VOLKSWIRTE, JURISTEN unseres Verbandes, die bereit sind, im Rahmen des Wirtschafts-und Rechtsberatungsdienstes Aufträge zu übernehmen, mögen sich umgehend schriftlich oder persönlich an das Wirtschaftsreferat unseres Verbandes wenden.

Kaufleute, Handwerker, wendet Euch in allen Buchhaltungsfragen vertrauensvoll an unseren Wirtschafts-und Rechtsberatungsdienst!

Der Referent f. Wirtschaft: Geschäftsführer.
(gez. Dipl.-Ing. A. Orendt) (H.W. Brekner)
Leiter des Wirtschafts-und Rechtsberatungsdienstes:
gez. Dr. C. Cramer

Weihnachtliche Rundfunksendung

Am zweiten Weihnachtsfeiertag (26. Dezember) sendet der Bayerrundfunk von 15-16,30 Uhr eine Hörfolge "Aus der Heimat der Vertriebenen", deren letzter Teil der Heimat der Südostdeutschen gewidmet ist. In dieser Sendung werden wir u.a. siebenbürgische Lieder von unserem LECHNITZER CHOR gesungen zu hören bekommen. Wir wären allen Landsleuten, die diese Sendung hören können, für kritische oder zustimmende Stellungnahme dankbar, damit wir dem Rundfunk Wünsche und Anregungen für weitere ähnliche Hörfolgen stellen können.

.-.-.-.-.-.-.

Kurznachrichten aus unserem Verband.

Am 5. Dezember sind die Arbeitsausschüsse unseres Verbandes unter dem Vorsitz von Herrn Fritz Heinz Reimesch zu einer Sitzung zusammengetreten, in der die Einberufung einer Mitgliederversammlung des Verbandes für den 10. Februar beschlossen wurde. Einladungen hierfür mit genauer Angabe ergehen in unserem Januar-Rundschreiben.

Am Sonnabend, den 11. Februar veranstalten wir in München ein Faschings-Heimattreffen, wofür die Einladungen ebenfalls erst Ende Januar 1950 verschickt werden.

Es ist uns gelungen, eine größere Zahl von Diapositiven von Lichtbildern aus der Heimat uns zu verschaffen, die wir bei unserem letzten Heimattreffen unter großem Beifall unserer Landsleute zeigen konnten. Wir beabsichtigen, von Heimatbildern in jedem Monat weitere Diapositive anfertigen zu lassen und in den nächsten Monaten Lichtbildvorträge vor allem in unseren mittelfränkischen Kreisen zu veranstalten. Bei dieser Gelegenheit hoffen wir, auch einen Kurzfilm zeigen zu können, der uns das Leben aus der alten Heimat mit seinen Bräuchen und festlichen Gelegenheiten sowie seinen alltäglichen Vorkommnissen vor das Auge stellt.

Im Zuge der Umgruppierung der Hilfskomitees, wie sie auf der Tagung des Hilfswerkes und der Hilfskomitees in Stuttgart am 12. u. 13. Dezember mit dem Ziele finanzieller Einsparung beschlossen wurde, ist die Hauptgeschäftsstelle des "Hilfskomitees der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben" aus Stuttgart wieder nach München zurückverlegt worden. In Stuttgart verbleibt z.Zt. nur eine Landesstelle, deren Arbeit von Frl. Hörmine Höchsmann bis zur endgültigen Regelung dieser Fragen ehrenamtlich geleistet wird.

Unseren Heimatbrief müssen wir diesmal in der vorliegenden Form herausbringen, da eine Drucklegung unser kleines Budget zu sehr belasten würde. Der Eingang an freiwilligen Spenden für die Zusendung des letzten Heimatbriefes war so gering, daß nicht einmal ein Drittel der Kosten gedeckt werden konnte.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir alle Mitglieder unseres Verbandes, die ihren Mitgliedsbeitrag für das 4. Quartal des zu Ende gehenden Jahres noch nicht eingesandt haben, dringend mahnen, dieses baldmöglichst nachzuholen. Gleichzeitig wollen wir an alle Mitglieder aufs neue den Aufruf ergehen lassen, in den Reihen unserer Landsleute für unsere neugegründete Gemeinschaft zu werben. Trotzdem auch heute kaum ein Tag vergeht, wo nicht 4-5 neue Beitrittserklärungen bei uns eingehen, so bleibt doch noch viel zu tun übrig, bis jeder Siebenbürger Sachse sich in unsere Reihen gestellt hat. Es muß so weit kommen, daß jeder Siebenbürger es als seine selbstverständliche Ehrenpflicht erachtet, unserem Verband anzugehören.

Unsere siebenbürgischen Firmen

P. K e l l n e r & Co. K.G., Geschenk-und Gebrauchsartikel, München, Leopoldstraße 29, Tel.: 33 847, im besonderen: Küchenbedarfsartikel und Spielwaren, Solinger Stahlwaren u. Geschenkartikel.
T i t t e s & Co., München 22, Reitmorstraße 31, [illegible]
Großhandel und Handelsvertretungen. Telefon: 20 149.
Lore D w o r k aus Kronstalt, München, Georgenstr. 4 (beim Siegestor), Polstermöbel aller Art, Schlafcouches, Ottomanen, Sessel usw. zu Werkspreisen. Bequeme Teilzahlungen. Besichtigung unverbindlich. Telefon: 33 747.
Rolf P l a t z , München, Reichenbachstraße 41, Spezialgeschäft für Innendekoration, Teppiche und Bodenbelag.

.-.-.-.-.

Unsere siebenbürgischen Ärzte.

Dr. med. Rudolf W e i ß m a h r , Facharzt für Hals-, Nasen- und Ohrenleiden, Erding/Obb., Bachingerstr. 13. Ordiniert von 9-11 Uhr.
Dr. med. Alfred S t i e h l e r , Facharzt für Frauenleiden und Geburtshilfe, München, Rosenheimerstraße 2/II, Telefon: 41 061.
Alle Kassen.

.-.-.-.-.

Stellenvermittlung

Gesucht wird eine perfekte Handschuhnäherin (Maschinenstepperin). Geboten wird: ein Zimmer in München, Bezahlung nach Vereinbarung. Interessenten wollen sich bei unserer Geschäftsstelle melden.

.-.-.-.-.

Danksagung

Wir danken allen unseren Landsleuten, die durch ihre Sach-und Geldspenden es uns ermöglicht haben, bei diesem Weihnachtsfeste unserer Schwerkriegsverletzten zu gedenken und ihnen ein kleines Weihnachtsgeschenk zuzusenden. Unsere Geschäftsstelle hat insgesamt 82 Weihnachtspakete an Schwerkriegsverletzte, Rußlandheimkehrer und kranke Volksgenossen versendet.

Wir bitten alle diejenigen, die Schwerkriegsverletzte und deren Aufenthalt kennen, uns dieselben zu nennen und uns deren Anschrift zukommen zu lassen, damit wir bei nächster Gelegenheit auch sie nicht vergessen.

Besonders danken wir auch allen denjenigen unserer Landsleute, die in selbstloser Weise auch im zu Ende gehenden Jahre mitgeholfen haben, unsere Landsleute mit Rat und Tat zu unterstützen und das Gefühl der Zusammengehörigkeit wachzuerhalten.

Allen unseren Landsleuten und allen Mitgliedern unseres Verbandes wünschen wir

E I N F R O H E S W E I H N A C H T S F E S T U N D

M U T U N D H O F F N U N G F Ü R D A S N E U E J A H R !

ikgs

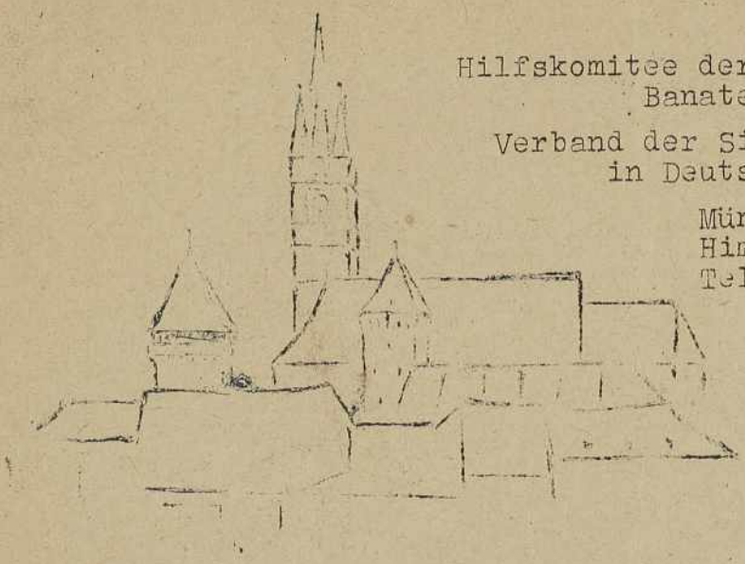
.-.-.-.-.

DRUCKSACHE

Herrn
Dr.Heinrich Zillich
Starnberg am See
Josef Fischhaberstr.
Nr.15

Absender:
Verband der Siebenbürger Sachs...
und Banater Schwaben e.V.
MÜNCHEN 22
Himmelreichstraße 3

ikgs



Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und
Banater Schwaben

Verband der Siebenbürger Sachsen
in Deutschland e.V.

München 22, Ostern 1950
Himmelreichstraße 3
Telefon: 1627

H E I M A T B R I E F

O S T E R B O T S C H A F T

von Pfarrer Gottfried R o t t m a n n (Lechnitz)
Kühstein/ Niederbayern

Liebe Schwestern und Brüder!

Einer meiner Amtsvorgänger in Lechnitz, der spätere Stadtpfarrer von Bistritz, Gottlieb Budaker, begann seine Osterpredigt oft mit dem Vers: "Ostern ist ein Fest der Freude, mit dem hellen Glockenläuten wachen alle Schläfer auf".

Aus seinen Worten, kommend aus tiefgläubigem Herzen, klang Osterfreude durch die hochstrebenden gotischen Hallen des Gotteshauses, man könnte sagen, des Domes, den unsere Väter in den Tagen der Reformation als starkes, trotziges Bekenntnis errichtet hätten. Und sein Ruf zur Freude über den auferstandenen Herrn fand Widerhall in den Seelen der Gläubigen. Noch unbeschwert von der drückenden Felsenlast einer welterschütternden Zeitenwende sah der damalige Mensch in scheinbar ebenen Geleisen schreitend, nicht in ein drohendes, unsicheres Morgen, sondern in eine hoffnungsfreudige Zukunft. Ist aber nicht gerade durch diese Sicherheit, Ruhe und Unbeschwertheit die wahre Osterfreude in ihnen verflacht?

Ein halbes Jahrhundert ist seit jenen Tagen vergangen, vergangen das ruhige Gleichmaß der Tage, versunken Sicherheit und Ruhe, mühsam wurde das Schreiten mit wandermüden Füßen auf endlosen Wegen ohne Ziel und Hoffnung. Wie steht es jetzt mit unserer Osterfreude? Ist sie nicht gedämpft und so vielfach beschwert durch die Erlebnisse und Schicksale, durch die wir gingen? Und dann die zweite, viel schwerere Frage. Suchen wir sie noch, die rechte Osterfreude? Kommt, wir wollen einmal den Weg mit den trauernden Frauen gehen, von denen der Evangelist Markus uns berichtet. Das lastende Dunkel der Nacht will nur zögernd dem nahenden Ostermorgen weichen, da wandern die Frauen zum Grabe des Heilands, ihm den letzten Liebesdienst zu erweisen. Unsägliche Trauer, brennendes Weh ist in ihren Herzen. Sie, die Treuesten, die bei dem Heiland und Herrn ausharrten bis zu seinem bitteren Ende, haben mit ihm und in ihm alles verloren. Er war ihnen Heimat, Heimat der Seele gewesen. Und nun ist alles in ihnen zerbrochen und zerschlagen, woran sie felsenfest geglaubt; zu all dem noch die quälende Frage bei ihrem Gang: "Wer wälzt uns den Stein von des Grabes Tür". Und da finden sie den Stein abgewälzt, und es wird ihnen die frohe, beglückende Kunde: "Er ist nicht hier, er ist auferstanden. Gehet hin nach Galiläa, dort werdet ihr ihn sehen, wie er euch gesagt hat". Auf einmal ist Trauer

./.

Zweifel und Bangen verschwunden und zerstreut durch den sieghaften Glanz der Lebenssonne, die in dem Auferstandenen ihnen aufgegangen war, und jubelnde Ostertreude nimmt sie gefangen.

Wir wollen, liebe Schwestern und Brüder, nicht so vermessen sein, unser Erleben und Schicksal mit dem jener Frauen in Vergleich zu setzen. Wir können uns wohl auch kaum solcher Treue rühmen, mit der j e n e an dem Heiland hingen. Aber es liegt etwas auf uns wie Bergeslast, wie der Stein vor des Heilands Grab. Es umwallt uns etwas von dem dämonischen Dunkel der Nacht, durch das die Frauen wanderten, es will uns gefangen nehmen, hinwegziehen von dem hoch in den Himmel strebenden Dom, von dem ich am Anfang sprach. Geht nicht durch die Herzen unserer Besten die bange Klage, daß manche von uns in Gefahr sind, sich zu verlieren und den Ring des Glaubens zu sprengen, der uns gehalten und erhalten hat durch all die wechsel-und schicksalsreiche Geschichte unseres Völkchens. Ist nicht die Mauer stellenweise morsch und brüchig geworden, die uns schutzend umgab wie die Mauern unserer Kirchenburgen in der alten, lieben Heimat, die die Väter gefügt zum Schutz gegen andringende Feinde? Die Mauer des unerschütterlichen Glaubens, daß Gott, der Herr, führt und schützt und daß er auch richtet?

Schwerer wiegt dieser Stein, der uns alle quält und druckt, schwerer noch als der Verlust der Heimat und das scheinbar weg-und ziellose Wandern in eine ungewisse Zukunft. Wie können wir da Ostern halten in der Freude an dem, der da hilft, der alle Schatten der Nacht und des Todes überwunden hat?

Kommt, wir wollen auch in unser Galiläa gehn, in die alte Heimat mit all ihrer Wärme, und Sicherheit, die sie uns einst geschenkt. Dort hat deine Mutter dich als Kind zum Heiland geführt, dort hat deine Kirche und Schule dir den festen Grund gezeigt, auf dem du getrost bauen kannst. - "Was hülfe es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne, und nähme doch Schaden an seiner Seele?" Wir haben die Welt nicht gewonnen, wir haben alles, was Welt heißt, verloren. B a n n e n w i r d i e G e f a h r , u n s s e l b s t z u v e r l i e r e n ! Laßt uns die Seele erretten und das Herz stark und fest machen durch die Gnade dessen, der trotz Not und Leid und Kreuz und Tod sein sieghaftes "Dennoch bleibe ich bei dir" in die Welt rief und auch in dein Leben, in dein Leid und in dein Kreuz hineinruft. Hörst du seinen Ruf, wie er uns aus dem Evangelium entgegenklingt: "Ich will euch wiedersehen, und euer Herz wird sich freuen!" In solchem Hören und Glauben wird der Stein abgewälzt von der Seele, dann wird trotz allem, was dich drückt und quält, Ostern ein Fest gesegneter Freude sein.

.-.-.-.-.-.

Zwei tröstliche Nachtgedichte zum Osterfest
von Heinrich Zillich

Nacht an der See

Fern ein Segel. Voll Vertrauen
wächst es näher, schwillt nach Haus.
Auf dem Bug spähn weiße Frauen
nach dem Abendsterne aus.

Keiner Möwe Sichelklinge
Zuckt jetzt auf der weiten See.
Keine Welle rollt noch Klinge.
Irgend schäumt der Brandungsschnee

./.

Ahnen kannst du's, nicht erlauschen
wird es je dein Menschenohr,
jenes weltenhehre Rauschen,
das nun trägt die Nacht empor.

Mühelos, entrückt den Zeiten
öffnet sich der Himmelsgrund.
Unbegrenzte Ewigkeiten
sind auf einmal augenkund.

.-.-.-.-.-.

Wunderklare Nacht

O große wunderklare Nacht,
die schweigend ruht und schweigend wacht
und ihrer Stille übermacht
mit kleinen Sternenlichtern Pracht.

Die wehen hin im kalten Raum
und fürchten sich und atmen kaum
und zucken wie ein Fädchen Flaum
und sind doch Erz am Himmelsbaum.

Nur manchmal zieht in hartem Strich
ein Sternenblitz durchs Sternenlicht.
Das ist die Frucht, die niederbricht.
Auch sie stürzt aus dem Himmel nicht.

Sie wandelt sich zu neuer Glut.
In ewig unverströmter Flut
wird Stein zu Licht und Licht zu Blut,
das Gute faul, das Böse gut.

Und über allem Werden wacht
des Himmels glanzdurchbrochne Nacht,
die Zeit und Erde überdacht,
auch meine Lichter löscht und facht.

Und wehr ich mich im großen Raum
und rufe ich und atme kaum
und bin ich wach und bin ich Traum:
ich häng wie Erz am Weltenbaum.

.-.-.-.-.

Tracht und Kirchenburg

von Dr. Hans Wühr.

Der sächsische Bauer, den das Schicksal in ein fränkisches, bayerisches, hessisches oder sonst irgend ein Dorf in Deutschland verschlagen hat, findet nun reichlich Gelegenheit, enttäuscht zu sein und der Karpaten zu gedenken als einer Art von Zaun um ein Paradies herum, das in der Geographie seines Heimwehs genau so bestimmt ist wie nur irgend ein Spruch in der Bibel oder ein Dorf in Siebenbürgen. Der Unterschied zwischen hier und dort scheint zu groß. Zwar mögen die Häuser hier größer und malerischer sein, die Menschen fortschrittlicher und hemmungsloser, aber gerade das, was ein Dorf eigentlich ausmacht, scheint hier zu fehlen, nämlich die innere, sippenhafte Gemeinschaft und Geschlossenheit, in welcher Religion, Volks-

./.

glaube, Überlieferung, Gastfreundschaft, Art, Sitte, Brauch, Tracht usw. auf die Lebenssubstanz des Dorfes bezogen sind und deren Eigenart und Dauer sichern sollen. Es ist wie in einer belagerten Burg, in der die Eingeschlossenen von der Not und Pflicht zur Gemeinschaft gelenkt und eigenartig geprägt werden. Überlieferung, Sitte, Brauch, Tracht sind eine Art Befestigung, von der die Anstürme des Fremdartigen und alles dessen, was das Volkstum gefährdet, abgewiesen werden. In dieser Gemeinschaft hat alles seine Ordnung und seinen Rang, alles ist irgendwie aus der Lebensmitte, aus der Tiefe der Mütter, heraufgeholt und geheiligt und [illegible] den Menschen, ohne seine Persönlichkeit zu vergewaltigen oder zu beeinträchtigen. Im Gegenteil, es macht erst die Persönlichkeit möglich, weil ihr Sinn und Wert in eben jenem wunderbaren Gleichgewicht zwischen Ordnung und Selbstwillen besteht, zwischen Zucht und Freiheit, zwischen Volk und Einzelmensch. Auch die Tracht ist nicht eine bloße Kostümierung und geachtete Überlieferung, sondern sie hat einen sinnvollen Bezug auf die Ordnung der Gemeinschaft. Auch sie will die Art kennzeichnen und festhalten und verfestigen, ihrem Sosein und ihrem Adel erhöhte Daseinspracht verleihen, ihre Herkunft und ihre Zukunft sichtbar machen. Die Tracht im siebenbürgischen Dorf ist also genau so wie das Muster einer Stickerei die geheiligte Zeremonie einer Lebensart, die sich adlig und zeitlos fühlt; sie ist wie das augensichtliche Zeichen und die Fahne einer Burg, die sich wehrhaft den Anstürmen der Zeit und der Fremde widersetzt. Siebenburgen wiederholt schon in seinem Namen einen Wohlklang, der gleicherweise in dem langgezogenen Linienklang der Karpaten wie in den Ebenmassen einer Kirchenburg und in der Anmut einer Sonntagstracht schwingt. Und wie die Tracht ihre Anmut erst im Kirchgang sich ganz entfaltet, so findet die Burg in ihrer Kirche ihren Sinn und ihr göttliches Gleichnis.

Was der sächsische Bauer nun hier in Deutschland zuweilen an Trachten sieht, entbehrt all dieser Bezogenheit und Notwendigkeit. Ihr einstiger Sinn, die Daseinspracht zu erhöhen und die Menschen zu einer bestimmten Lebensart zu verpflichten, ist verloren gegangen, sie ist eine Angelegenheit der Erinnerung, der Trachtenzüge, Trachtenfeste, Trachtenpflege geworden, die alle weniger einen Besitz als einen großen Verlust kundgeben.

.-.-.-.-.-.-.-.-.

Der Nachtwind

von Nikolaus Lenau

Der Nachtwind hat in den Bäumen
Sein Rauschen eingestellt,
Die Vögel sitzen und träumen
Am Aste traut gesellt.

Die ferne, schmächtige Quelle,
Weil alles andre ruht,
Läßt hörbar nun Welle auf Welle
Hinflüstern ihre Flut.

Und wenn die Nähe verklungen,
dann kommen an die Reih'
Die leisen Erinnerungen
Und weinen fern vorbei.

Daß alles vorübersterbe,
Ist alt und allbekannt;
Doch diese Wehmut, die herbe,
Hat niemand noch gebannt.

./.

Unsere Mitgliederversammlung.

Am 11. Februar d.J. fand in München unter zahlreicher Beteiligung die erste Generalversammlung unseres Verbandes statt. In Abwesenheit unseres Vorsitzers, Herrn Fritz Heinz Reimesch, Bayreuth, der infolge Erkrankung der Versammlung nicht beiwohnen konnte, leitete Herr Fritz G r o ß , München, als Alterspräsident die Versammlung. Als Hauptpunkte der Tagesordnung waren neben dem Tätigkeitsbericht des Geschäftsführers, den wir aus Raummangel auszugsweise erst in der nächsten Folge unseres Heimatbriefes bringen können, Änderungen der Satzungen und Neuwahlen der Vorsitzer und der Vorstandsmitglieder vorgesehen.

Zwei wichtige Satzungsänderungen wurden nach längerer Aussprache von der Mitgliederversammlung angenommen:

1. Unser Verband, der im Juni 1949 unter der Bezeichnung: "Verband der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben" e.V. gegründet wurde, wird in Zukunft den Namen: "Verband der Siebenbürger Sachsen in Deutschland" e.V. tragen. Die Änderung wurde im Hinblick auf die schöne und brüderliche Zusammenarbeit der Siebenbürger und Banater von der Mitgliederversammlung nur mit größtem Bedauern angenommen und erfolgte auf ausdrücklichen Wunsch und Drängen der Landsmannschaft der Banater Schwaben, die sich vor kurzem unter Mitwirkung von Herrn Prof. Hans Diplich mit dem Sitz in München, Schubertstraße 2, konstituiert hat. Die Versammlung sprach einstimmig den Wunsch aus, daß unsere Banater Landsleute, die weiterhin in unserem Verbande verbleiben wollten, ohne irgendeinen Unterschied der Konfession oder Stammeszugehörigkeit von der Leitung undGeschäftsstelle des Verbandes künftighin betreut werden sollten.

2. Der Verband bleibt nicht mehr auf Bayern beschränkt, sondern wird auf das gesamte Gebiet der westdeutschen Bundesrepublik ausgedehnt. In Ländern, wo unsere Landsleute in größerer Anzahl wohnhaft sind, sollen Zweigstellen bzw. Stützpunkte des Verbandes errichtet werden. Der Verband wird somit die einzige Organisation unserer Landsleute in Westdeutschland, die von diesen ermächtigt ist, zur Vertretung ihrer politischen Belange das Wort zu führen.

Zum ersten Vorsitzer wurde Herr Fritz Heinz R e i m e s c h , Bayreuth, gewählt, der auch Vorsitzer unseres Hilfskomitees ist. Zum zweiten Vorsitzer bestellte die Generalversammlung Herrn Erwin T i t t e s , München.

Als Mitglieder in den Vorstand wurden gewählt: Dr. Josef Scheeser, Johann Mann, Dr. Hans Wühr, Heinrich Sill, Dipl.Ing. Alfred Orendt, Dr. Wilhelm Bruckner, Willi Schiel, Michael Gunnesch, Karl Schönauer, Frau Tilla Rosenberger, Frau Trude Geißler, Fritz Heinrich, Pfarrer Gustav Schmidt. Ersatzmitglieder wurden: Johann Jung, Michael Mösel, Martin Rührig.

Protokoll über die Buchrevision für die Geschäftsführung vom 1. Juli bis 31. Dezember 1949.

Als von der Gründerversammlung bestellte Buchprüfer haben wir am 19. Januar 1950 die in den Satzungen vorgesehene Buchrevision vorgenommen.

Geprüft wurden die Belege, die Übertragungen der Inkasso-Blocks in das Kassabuch, die Übertragung der Monatsbeiträge, die Postscheckabhebungen sowie die kleinen Ausgaben. Ebenso wurden die Eingänge auf dem Postscheckkonto geprüft.

Gleichzeitig wurde ein Kassasturz vorgenommen. Die Buchhaltung und Kassengebarung wurden in vollster Ordnung befunden und gaben zu keinen Beanstandungen Anlaß.

gez. Bertha Unruh (Dipl.Kfm.) gez. Alfons Schopf (Dipl.Kfm.)

./.

E i n n a h m e n u n d A u s g a b e n
des Verbandes für die Zeit 1.7. - 31.12.1949

Mitgliedsbeiträge ..	DM 3 812,29	Gehälter	DM 1 404,51
Veranstaltungen	" 3 206,17	Bürounkosten	" 1 501,75
Spenden	" 982,--	Portospesen	" 845,97
Versch.Einnahmen ...	" 200,--	Soziale Betreuung ...	" 992,61
		Gemeinschafts-veranstaltungen	" 3 370,32
		Kassarest	" 85,30
Zusammen	DM 8 200,46	Zusammen	DM 8 200,46

.-.-.-.-.-.

M i t t e i l u n g e n

Zusammenschluß und Interessenvertretung der Dipl. Volks-, Betriebswirte und Wirtschaftsjuristen.

Allen in Frage kommenden Kollegen empfehlen wir, sich über den Beitritt zum neu konstituierten "Reichsverband Deutscher Volks-und Betriebswirte" (Präsident: Reichskanzler a.D. Dr. H. Luther) über die untenstehende Anschrift zu interessieren. In Besprechungen mit der Geschäftsführung des RDV wurde das lebhafte Interesse des Verbandes für eine Mitgliedschaft der heimatvertriebenen Volkswirte ff. zum Ausdruck gebracht und dabei auf die mannigfaltigen Möglichkeiten hingewiesen, den Fachkollegen die Rückkehr in ein ihrer Vorbildung entsprechendes Arbeitsverhältnis zu erleichtern. Eine angemessene Vertretung im Hauptausschuß des RDV ist zugesichert worden.

Aus Gründen einer wirksamen Interessenvertretung legen wir den Kollegen den Beitritt zum RDV nahe. Der Beitritt soll zweckmässigerweise nicht einzeln erfolgen, sondern über den Wirtschaftsausschuß des Verbandes der Donauschwäbischen und Karpatendeutschen Landsmannschaften in Bayern, z.Hd. von Dr. Carl R. C r a m e r , München 5, Reichenbachstraße 41.

Die notwendigen aufklärenden Unterlagen können dort angefordert werden. Um die Anschriften bekannter Kollegen wirdgebeten.

.-.-.-.-.-.

Achtung! Wir machen alle Landsleute darauf aufmerksam, daß bei Einsprüchen (Berufungen gegen Entscheidungen der Behörden) unter allen Umständen die Berufungsfristen einzuhalten sind und - bei Benützung des Postweges - Briefe eingeschrieben werden sollen. Wir stoßen, wenn wir unsere Landsleute bei Behörden (z.B. Arbeitsgericht) vertreten sollen, immer wieder auf Fälle, in denen Fristen nicht eingehalten wurden und ernten dadurch Mißerfolge und für den Antragsteller häufig materielle Verluste.

.-.-.-.-.-.

Rundfunksendung. Am Ostermontag (10. April 1950) um 15 Uhr bringt der Bayerische Rundfunk eine Sendung für die Heimatvertriebenen, in der auch die Volksgruppen aus dem Banat und Siebenbürgen berücksichtigt sind. Wir werden u.a. Lieder unseres Lechnitzer Chores hören.

.-.-.-.-.-.

Erfolg eines Landsmannes. Die "Gesellschaft für Weltraumforschung e.V." hat zur Förderung der Raumfahrtforschung eine "Hermann-Oberth-Medaille" gestiftet. Die Gedenkmünze soll jährlich einmal an einen verdienten Vertreter der astronautischen Wissenschaft verliehen werden. Prof. Oberth, nach dem die Medaille genannt wurde, gilt als Schöpfer der gesamten Raumfahrttheorie.

./.

Passions-Konzert. Unter der Leitung unseres Landsmannes, Prof. Adolf Hartmut Gärtner, findet am Palmsonntag (2. April d.J.) um 19 Uhr in der Münchner Stephanskirche (Nymphenburg) eine Aufführung des Oratoriums "Die sieben Worte am Kreuz" von Heinrich Schütz statt.

-.-.-.-.-.-.-

Wirtschaftsausschuß der Südostdeutschen in Bayern. Vom "Verband der Donauschwäbischen und Karpatendeutschen Landsmannschaften in Bayern" wurde in Anwesenheit des Bundestagsabgeordneten Dr. Trischler ein Wirtschaftsausschuß gebildet. Der Wirtschaftsausschuß steht unter der provisorischen Leitung von Herrn Dr. L. N i e d o b a. und setzt sich zum Ziel, in Zusammenarbeit mit den staatlichen Institutionen und den gleichartigen Wirtschaftsorganisationen anderer Landsmannschaften der Ausgewiesenen die Interessen der Industrie, des Handwerks und des Handels ihrer Landsleute bei allen öffentlichen und privaten Stellen in geeigneter Form wahrzunehmen, insbesondere ihre Berücksichtigung bei Arbeitsaufträgen der öffentlichen Hand, Kreditgewährung usw.

Die Klein-und Großbetriebe obiger Landsmannschaften werden aufgefordert, umgehend ihre Firma (Gewerbezweig, Zahl der Beschäftigten) und ihre besonderen Wünsche schriftlich an obigen Verband, München, Himmelreichstraße 3, mitzuteilen.

-.-.-.-.-.-.-

"Wir Siebenbürger"; das Heimatbuch der Siebenbürger Sachsen, hrsg. von Heinrich Zillich. Bestes Papier, über 400 Seiten, mit 24 Kunstdrucktafeln in Ganzleinen gebunden mit reicher Goldprägung DM 11,50. Bestellungen durch unsere Geschäftsstelle per Nachnahme DM 11,80.

Vor uns entrollt sich das Bild der Heimat: die liebliche Landschaft, Dörfer, Kirchenburgen und Städte erstehen im alten Glanz, die vertraute Mundart klingt an unser Ohr und an gastlichen Tischen lauschen wir den Gedichten und Erzählungen unserer besten Dichter. Die Geschichte Siebenbürgens, die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bauern-und Gewerbestandes und die einzigartige kulturelle Leistung der Sachsen werden von unseren berufensten Männern eingehend gewürdigt. 24 schöne Bilder von Kirchenburgen, Trachten und Städten schmücken den Band. Dies Heimatbuch will jeder besitzen!

-.-.-.-.-.-.-

Der Bücherbote GmbH, Reise-und Versandbuchhandlung, Geschäftsführer Hans Meschendörfer, Starnberg/Obb., Postschließfach 57, besorgt alle Bücher: Heimatschriften, schöne Literatur, Kinderbücher, Fachbücher und berät in allen Buchfragen.

Vertretung in Schnellwaagen, elektrischen Kaffeemühlen, Glasaufsätzen, elektr. Kühlschränken usw. durch Adam Thöres, München 25, Georg-Hallmaierstr. 8/I. Für Flüchtlinge 5% Rabatt!

Sämtliche Buchhaltungsarbeiten zu niedrigsten Honorarsätzen monatlich DM 20,-- für 100 Buchungen. Diplomkaufmann Gunter Klein, München 5, Reichenbachstr. 41/III, Telefon: 20 160

Landsmännisches Unternehmen in München sucht Vertreter. Vorkenntnisse erwünscht, möglichst auch in der Textilbranche. Anfragen an unsere Geschäftsstelle.

Zahnarzt Dr. Robert Kern, München 13, Elisabethplatz 2, Röntgen, alle Kassen.

Aquarelle des siebenbürgischen Künstlers Heinrich Schunn in unserer Geschäftsstelle zum Verkauf. Im Einzelnen sind dies: Kronstadt: Die Schwarze Kirche von der Burgpromenade gesehen; Kronstadt: Blick vom Böttcherrücken; Kronstadt: Die obere Vorstadt; vier siebenbürgische Dorflandschaften; ein Aquarell: Norwegische Weite.

./.

Aufnahme von Waisenkindern. Wir haben die Möglichkeit, zwei siebenbürgische Waisenkinder (womöglich Bub und Mädel, nicht notwendigerweise Geschwister) in einer reichsdeutschen Familie sehr gut unterzubringen. Meldungen an die Geschäftsstelle.

.-.-.-.-.-.-.

Todesanzeigen. In einer Klinik in München verstarb am 14.3. unser Landsmann Hermann S c h i e l , Fabrikant aus Kronstadt-Busteni.

Der bekannte Chirurg und langjährige Leiter des Martin-Luther-Krankenhauses in Hermannstadt und Vorsitzende der deutschen Ärzteschaft in Rumänien, Dr. Adolf E i t e l , ist am 14.1.1950 im 73. Lebensjahr verstorben.

.-.-.-.-.-.-.

Unser Heimatbrief. Wir hoffen, die nächste Folge unseres Heimatbriefes nicht mehr abziehen lassen zu müssen sondern in Druck geben zu können. Eine reichere Ausgestaltung dieses Heimatbriefes wird Gegenstand unseres besonderen Augenmerkes sein.

.-.-.-.-.-.

A L L E N U N S E R E N L A N D S L E U T E N , D I E
D I E S E R H E I M A T B R I E F E R R E I C H T ,
W Ü N S C H E N W I R E I N R E C H T F R O H E S
O S T E R F E S T .

ikgs

Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben

im Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland

– Hauptstelle München –

Nr. .....

(13 b) München, den 14 April 1951 194...

Wagmüllerstraße 23
Telefon Nr. 31980
Postscheck-Konto Amt München Nr. 5729

München 22
Himmelreichstraße 3
Tel. 1627

An die Vorstandsmitglieder,
Ersatzmänner und Vertrauensleute des
Hilfskomitees der Siebenbürger Sachsen
und Banater Schwaben

E I N L A D U N G

zu der am 14. Mai 1951, 15 Uhr, in Dinkelsbühl stattfindenden Generalversammlung des Hilfskomitees der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben.

T a g e s o r d n u n g

1. Ansprache des Ehrenvorsitzenden Herrn Generaldechanten Dr. Carl M o l i t o r i s
2. Rechenschaftsbericht des 1. Vorsitzenden
3. Geschäftsbericht des Hauptgeschäftsführers
4. Neugestaltung der HIKO-Arbeit: Bericht von Studienrat Hans P h i l i p p i
5. Neuwahl des Vorstandes
6. Allfälliges

.-.-.-.-.-.-.

Das Tagungslokal wird noch bekanntgegeben. Ein Reisegeldzuschuß kann n i c h t gewährt werden. Wir bitten um Nachricht, ob Sie an der Generalversammlung teilnehmen werden.

Mit herzlicher Begrüßung

Hubert Groß.
(Hubert Groß)
Hauptgeschäftsführer

gez. Fritz Heinz Reimesch
Vorsitzender

ikgs

Verband der Siebenbürger Sachsen
in Deutschland e. V.

Geschäftsführung

München 22, den 27. März 1951
Himmelreichstraße 3
Ruf 1627

Herrn

Dr. Heinrich Zillich

Starnberg, Jos. Fischhaberstr. 15

Sehr geehrter Landsmann! Sehr geehrte Landsmännin!

In den Tagen zwischen dem 12. und 14. Mai, also zu Pfingsten, hält der Verband der Siebenbürger Sachsen in Deutschland e.V. sein 1.Bundestreffen in der alten Reichsstadt Dinkelsbühl ab, zu dem ich mir erlaube, Sie auf das herzlichste einzuladen. Die genaue Veranstaltungsfolge ersehen Sie aus der März - Nummer unserer "Siebenbürgischen Zeitung".

Wir beabsichtigen, eine größere Anzahl von Männern und Frauen unseres Volkstums, die außerhalb der Heimat leben, zu einer ernsten Besprechung grundlegender Fragen unseres Daseins für

. F r e i t a g , den 11.5., um 16 Uhr

zusammenzubitten und würden uns freuen, wenn auch Sie an dieser Beratung teilnehmen könnten. Die Satzungen unseres Verbandes sehen bisher eine solche Zusammenfassung der geistigen Kräfte nicht vor, die wir als "Großen Rat" bezeichnen möchten. Der Festausschuß hat in seiner Sitzung vom 15.3. folgende Themen als Beratungspunkte für diese 1. Tagung des "Großes Rates" fixiert:

1. "Die Heimat und wir" a) in Deutschland, Ref.Dr.H.Zillich
   b) in Österreich, Ref. Dr. Folberth
2. "Unser Verhältnis zu den deutschen Regierungsstellen und die sich daraus ergebenden Aufgaben" Ref. Dr.Cramer
3. "Sollen wir auswandern?". Ref. Dr. A. Weingärtner
4. "Unser Verhältnis zu den Exilrumänen". Ref. Dr. Schuster
5. "Der Verband der Deutschen aus Rumänien e.V." Ref. Dr. Walther Loew.

Jedem Referat soll ein Correferat entgegengestellt werden. Der Festausschuß hat als Correferenten für die verschiedenen Punkte die Herren Dr. And. Matthiae, Dr. Roland Melzer, A. Coulin, Oskar Kraemer u.a.m. vorgesehen.

Zu dieser Tagung des "Großen Rates" werden die einzelnen Landesverbände unseres Verbandes im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl ihre Abgeordneten entsenden und außerdem lädt der Vorstand jene Frauen und Männer persönlich ein, von denen wir erwarten dürfen, daß sie bereit sind, uns mit Rat und Tat bei den Beratungen zu helfen.

Die auf der Tagung des "Großen Rates" erarbeiteten Thesen wird der Unterfertigte gelegentlich unserer Kundgebung bekanntgeben und der Generalversammlung als Grundlage unserer zukünftigen Arbeit zur Beschlußfassung vorlegen.

Ich darf Sie höflichst bitten, mir bis zum 15. April freundlichst mitteilen zu wollen, ob Sie an den Beratungen des "Großen Rates" teilzunehmen beabsichtigen und auch bereit sind, zu einem der Punkte zu sprechen.

In der Hoffnung, bald von Ihnen zu hören, zeichne ich

mit landsmännischem Gruß als Ihr ergebener

F. H. Reimesch

(F.H. Reimesch)
Stadtrat
Vorsitzender

ikgs

Starnberg am See, 26. März 1951

Herrn
Fritz Heinz Reimesch
Bayreuth

Lieber Reimesch,

ich danke Dir, daß Du mich aufforderst, das Referat 1a für die Tagung des Großen Rates beim Pfingst-Bundestreffen in Dinkelsbühl zu übernehmen. Ob ich das tun kann, hängt von der restlosen Deckung meiner Reise- und Aufenthaltsspesen ab.

Vielleicht wundert es Dich, daß ich eine solche Bedingung stelle. Deshalb erinnere ich mich daran, daß ich sowohl in der Heimat durch anderthalb Jahrzehnte in unzählbaren Fällen, als auch hierzulande, vornehmlich während der ersten Jahre nach 1945, genugsam bewiesen habe, wie selbstverständlich mir die Ableistung unentgelteter Arbeit zugunsten unserer Landsleute stets war. Bei jeder halbwegs wichtigen und bei vielen unwichtigen Gelegenheiten stand ich dazu immer sofort bereit, selbst wenn mein Beruf darunter erheblich litt, wie z.B. bei der 800-Jahrfeier.

Mit dieser Feier hätten wir uns heillos blamiert, wenn dort auch nur ein Hauch jener oft belächelten siebenbürgischen Klotschen- und Vereinsberedsamkeit zu spüren gewesen wäre. Es hing allein von meiner Rede und vom ebenfalls von mir verfaßten Text der Begrüßung und Totenehrung ab, ob sich die Veranstaltung auf einen Rang hob, wie er dem Anlaß und ähnlichen Festen in Deutschland gemäß sein mußte. Das erforderte allerdings von mir eine fast vierwöchige ausschließliche Hingabe an die Niederschrift der Rede; ich unterbrach jede andere Tätigkeit und verlor infolgedessen den Verdienst eines ganzen Monats. Veranschlage bitte nur 100 M für die Erhaltung eines Menschen im Monat, so wirst Du ausrechnen können, was ich bei neun Personen meines Haushaltes aufgeopfert habe. Unseren Landsleuten und dem Verband trug die Feier bis heute nachwirkend Vorteile und Beachtung weit über alle noch so hoch gespannten Erwartungen ein. Ich freilich empfing nicht einmal ein Dankeswort von der Verbandsleitung. Mein Schwager spricht zwar gelegentlich davon, man wolle mir ein Honorar zahlen, damit mir der erlittene Verdienstentgang wenigstens teilweise ersetzt werde, aber bei solchen Verheißungen ist es geblieben, obgleich inzwischen fast ein halbes Jahr verstrich und der Verband aus dem Betrag, den er für die Feier bekam, sogar einen Rest gewissermaßen als Gewinn einbehalten konnte. Als Putzfrau wäre meine Arbeit besser belohnt worden.

Die unvergleichliche sächsische Einstellung zu geistiger Arbeit ist mir von jeher nicht fremd. Ich würde auch heute darüber hinwegsehen, wenn ich wirtschaftlich in derselben Lage wäre wie vor sechs Jahren. Ich frette mich aber seit geraumer Zeit so elend dahin, daß ich die Existenz meiner Familie fortan nicht mehr so großzügig vernachlässigen darf. Darum fahre ich nach Dinkelsbühl nur, wenn mir vorher - auf nachträglichen Ersatz kann ich mich nicht einlassen - ein voller Ersatz der Reise- und Aufenthaltskosten gegeben wird.

Sobald es mir wieder besser geht, werde ich solche Ansprüche nicht stellen, allerdings werde ich bei Veranstaltungen, die den Verband nichts kosten und ihm sogar Geld einbringen, wie es bei der 800-Jahrfeier war, nie wieder so unklug sein, die geistig entscheidende und in meinen Beruf fallende Arbeit ohne vertraglich vereinbartes Honorar zu leisten.

Zur Tagungsordnung des Großen Rates hätte ich folgendes zu bemerken: es wundert mich, daß kein Referat über die Lage unserer Landsleute angesetzt wurde. Das wäre doch der wichtigste Punkt. Wir wollen wissen, wie es den Flüchtlingen geht, wieviele arbeitslos sind, wieviele im Lohn stehen, wieviele siedeln konnten, wie die sittliche Lage ist usw. Überdies müßte man erfahren, in welcher Weise und welchem Ausmaß ihnen durch den Verband und durchs Hilfskomitee geholfen wurde.

Es ist mir ferner unklar, worauf sich mein Referat "Die Heimat und wir" beziehen soll. Was dieses Thema ausdrückt, ist ziemlich schnell gesagt und erfordert keine gesonderte Behandlung für Deutschland und Österreich. Soll sich aber dieses Referat, wie ich beinahe vermute, mit der Lage unserer Landsleute hierzulande und in Österreich befassen, so bin ich nicht der richtige Mann dafür, sondern der Geschäftsführer, dem die Einzelheiten bekannt sind, die ich mir erst in längerer Arbeit bei ihm beschaffen müßte.

Nun kommt es auf die Überschriftung des Referats nicht so sehr an, wenn man nur weiß, was dabei gemeint ist. Ich würde, wenn ich die Arbeit übernehme, zunächst davon sprechen, inwieweit wir ~~auf~~ der Landsleute daheim Rücksicht zu üben haben; dann würde ich die lähmenden Auswirkungen einer unbegründet zu weit getriebenen Rücksicht aufzeigen - an Beispielen ist da kein Mangel; allerdings überschnitte diese Erörterung das Referat 4; schließlich aber käme ich auf die Fehler zu sprechen, die ich bei der Vertretung der Vertriebenen in ganz Deutschland zu erkennen glaube; und dabei würde ich mich ins Zeug legen, denn ich bin davon überzeugt, daß die ganze Arbeit für die Vertriebenen allmählich im Organisatorischen versackt und immer weniger politischen Geist zeigt. Man muß den Verjagten eine Idee geben und nicht bloß das soziale und betreuerische Pferd reiten. Das hören natürlich all die bestallten Landsmannschaftsleute ungern. Wir sind auf dem besten Wege, eine Beamtenschaft der Flüchtlinge zu bekommen, die im Papierkrieg und in Ausschüssen leerläuft. Es wäre unsere Aufgabe, da ein Feuer anzuzünden, so wie unsere 800-Jahrfeier mit einem Schlag aufzeigte, daß die Vertriebenen nicht bloß schreien können, sondern auch geistig und historisch etwas bedeuten. In Pinkelsbühl könnten wir den Anstoß dazu geben, aus dem Vereinsmäßigen zum Politischen vorzudringen.

Ich habe keine Zeit, mein Referat, wenn ich es übernehme, schriftlich niederzulegen. Ich würde frei sprechen. Damit versetze ich den Korreferenten in eine unangenehme Lage. Aber ich wäre bereit, ihm das Referat zu überlassen und statt ihm das Korreferat aus dem Stegreif zu halten, gleichgültig ob er mir seine Ausführungen vorher schriftlich zukommen läßt oder nicht.

Noch etwas: wenn jedes Referat 20 Minuten dauern soll, entfallen allein auf die Referate - es sind ja 12 Referate - 4 Stunden. Das ist ungeheuer! Rechne die Aussprache dazu, die erfahrungsgemäß mindestens so lang dauert, meist aber viel viel länger, so können wir an einem Tag nicht zu Ende kommen, ganz abgesehen davon, daß manche Referenten länger als zwanzig Minuten sprechen werden und vielleicht sprechen müssen.

Bitte schreibe mir bald und sei herzlich gegrüßt von

Deinem

ikgs

Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben

im Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland

— Hauptstelle München —

DER VORSITZENDE

Nr. ..... (13 b) München, den .....

Bayreuth, 1.3.51.
Rich. Strauss-Str. 4. I.

Wagmüllerstraße 23
Telefon Nr. 31980
Postscheck-Konto Amt München Nr. 5729

Herrn Dr. Dr. Heinrich ZILLICH
S t a r n b e r g a. S. OBB
Josef Fischhaberstrasse 15

Sehr geehrtes Vorstandsmitglied !

Zufolge Ueberarbeitung in Angelegenheiten unserer Landsleute, vornehmlich als Vorsitzender unseres Verbandes de Siebenbürger Sachsen in Deutschland e.V., ist mir der grosse Fehler unterlaufen, zeitgerecht eine Vorstandssitzung unseres Hilfskomitees einzuberufen, da die Amtsperiode des am 24. Januar 1949 gewählten Vorstandes abgelaufen ist.

Dass die Arbeiten zum Wohle unserer in Deutschland lebenden Landsleute nie geruht haben, auch wenn vom HIKO in der letzten Zeit wenig zu hören war, wissen Sie alle aus der „Siebenbürgischen Zeitung" .

Ich bitte Sie, mir das Versehen verzeihen zu wollen, das mir unterlaufen ist und ich teile Ihnen mit, dass ich in allernächster Zeit einen genauen Tätigkeitsbericht an alle Vorstandsmitglieder senden werde, dem eine genaue Uebersicht über die Kassengebahrung beigefügt ist, die laufend von dem Hilfswerk überprüft und für gut befunden wurde, das als auch Rechnungsprüfstelle der Hilfskomitees fungiert.

Es hängt vom Hilfswerk ab, ob das HIKO die Mittel besitzen wird, um Sie in allernächster Zeit zu einer Vorstandssitzung einzuladen, da wir selbst infolge der Einstellung der Zahlungen des Hilfswerks an die HIKOS zum 31.3. über keine Gelder mehr verfügen. Auf jeden Fall aber erhalten Sie in allernächster Zeit den Tätigkeitsbericht. Wenn nicht früher, so werden wir gelegentlich der Pfingstagung des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Dinkelsbühl Gelegenheit finden, uns gemeinsam in einer erweiterten Vorstandssitzung über die nächste Zukunft des Hilfskomitees zu beraten. Die vordringlichste Arbeit unseres HIKOs besteht augenblicklich darin, die Mittel für einen Reiseprediger zu beschaffen und regelmässige Evangelisationswochen durchzuführen, um durch diese beiden Einrichtungen unseren Landsleuten seelisch näher zu kommen.

Mit landsmännischem und glaubensbrüderlichem
Gruss Ihr ergebener

Reimesch

(Reimesch) Vorsitzender
Stadtrat

ikgs

Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben

im Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland

München 22, im Juli 1951
Himmelreichstraße 3
Telefon: 27055

Liebe Brüder!

I. Das Anliegen unseres theologischen Arbeitskreises, das von einigen Brüdern auch nach den letzten Zusammenkünften in Stein und Rothenburg in engem Gedankenaustausch weitergetragen wurde, die im Hören auf Gottes Wort und Auftrag praktische Wege des Dienstes suchten, wollte ein Referat zusammenfassen, das ich auf der Tagung des Hilfskomitees in Dinkelsbühl halten durfte. Die Zustimmung der Versammlung zu der im Referat versuchten Grundlegung unserer kirchlichen Arbeit bedeutet, daß unsere bisher in kleinem Kreis gepflogene Besinnung nun in die Arbeit des Hilfskomitees hineinwachsen muß, daß wir den Ruf, Träger dieses Dienstes zu werden, nicht von uns weisen dürfen.

Darum übersende ich Ihnen beiliegend eine nur ganz wenig gekürzte Abschrift meines Dinkelsbühler Referates und bitte Sie, es mit dem Auge und dem Herzen zu lesen und dazu Stellung zu nehmen. Wir hoffen, daß wir auf dieser Grundlage zu einer lebendigen Bruderschaft werden können, die dann unsere Landsleute nicht mehr allein lassen wird.

II. Der Weiterführung und Vertiefung der Fragen unseres geistlichen Dienstes soll auch das diesjährige Treffen des theologischen Arbeitskreises dienen. Es findet vom 21.-23. August im Mainhardter Wald (zwischen Backnang und Schwäbisch Hall) in Württemberg statt und wird von Brigitte Csaki und mir vorbereitet. Wir hoffen, die Fahrtspesen weitgehend übernehmen zu können.

Als Themen sind vorgesehen:
1.) Der Christ in den Ordnungen der Welt (Staat, Volk, Heimat).
2.) Kirchliches Brauchtum und christliches Bekennen im Lichte der Lehre von Gesetz und Evangelium.
3.) Kirchlich-soziales Leben daheim.
4.) Die Volksdeutschen in der evang. Kirche in Deutschland (Stellung, Begegnung, Aufgabe.)
5.) Hilfskomitee und Landsmannschaft.
6.) Wege der Volksmission.

Als Referenten sind bisher vorgesehen: Pastor Spiegel-Schmidt(1), Dr.Dr. Erich Roth (2), ein Vertreter der Württ. Kirche (4), Pfarrer Schulze (6). Die Bibelarbeit und Diskussionsleitung soll Pfarrer Sepp Scheerer übernehmen.

Meine Bitte an die Brüder lautet nun:
1.) Beschäftigen Sie sich ernstlich mit den erwähnten Fragen und nehmen Sie Stellung dazu,
2.) Teilen Sie möglichst bald mit, ob Sie eines der genannten Referate oder ein Korreferat übernehmen können,
3.) Halten Sie sich schon heute die Tage vom 21.-23.8. frei und melden Sie möglichst frühzeitig schon mittels Postkarte Ihre Teilnahme an!

Endgültige Einladungen mit Tagesprogramm und genauen Mitteilungen über Verbindungen, Unterbringung usw. ergehen noch rechtzeitig.

./.

ikgs

III. Im Anschluß an die Freizeit des Theologischen Arbeitskreises wollen wir am gleichen Ort vom 24.-26.8. eine Rüstzeit für junge Laienmitarbeiter (Volksmissionsarbeiten) halten, für die Pfarrer Schulze sich zur Verfügung stellt. Ich bitte herzlich und eindringlich, mir junge Männer und Frauen, Burschen und Mädchen zu nennen, die ihr Leben auf Christus stellen wollen und die ich zu dieser Zusammenkunft einladen könnte.

Laßt uns, liebe Brüder, diesmal nicht vergeblich auf Euer Wort warten, sondern finden wir uns in gemeinsamem Suchen, Hören und Dienen zusammen! Gott aber wolle unser verzagtes Herz stärken und unserem Beginnen seinen Segen schenken!

In brüderlicher und landsmannschaftlicher Verbundenheit grüßt Sie

gez. Hans P h i l i p p i

Neue Anschrift:
(13a) Schweinfurt/Main
Nik. Hofmannstraße 41

ikgs

Neugestaltung der Hilfskomiteearbeit

Referat gehalten am Pfingstmontag (14. Mai 1951) in Dinkelsbühl vor der Generalversammlung des Hilfskomitees der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben

von H a n s P h i l i p p i

Wir haben in diesen Tagen die Fülle wichtiger Aufgaben gesehen und beraten, die unserer Landsmannschaft im Interesse unserer Landsleute in Deutschland aufgegeben sind. Für all diese Arbeiten mußten Aufgangspunkt die soziale Not, die wirtschaftlichen Erwartungen und die politische Heimatlosigkeit sein und das Ziel der Beratungen war die Erkämpfung besserer sozialer Verhältnisse, die Durchsetzung auf dem Gebiet der Wirtschaft, das Finden eines politischen Weges. Bei allen Besprechungen aber und besonders bei den vielen persönlichen Begegnungen wurde uns auch hier in Dinkelsbühl deutlich, daß damit die Not unserer Landsleute nicht an ihrer Wurzel gepackt wird.

Einer unserer verantwortlichen Freunde schrieb vor einiger Zeit dem Vorsitzenden vom Fall eines Landsmannes, der in der Heimat während des Krieges geheiratet hat, Frau und Kinder zu Hause hat, selbst nach Deutschland entlassen worden ist, hier eine Kriegerwitwe kennengelernt hat, nun mit ihr zusammenlebt, einen Hof gepachtet hat - die Familie zu Hause ist verzweifelt. Er stellt die Frage: Was sollen wir dazu sagen? Und er regt an, durch die einzelnen Referate möglichst viel Material zusammenzutragen, um ein umfassendes Bild der Gesamtlage zu gewinnen. - Was sollen wir dazu sagen? Ich glaube, wir brauchen keine Sammlung von Fällen zu veranstalten, um uns ein Bild der Lage zu machen. Es gäbe eine traurige Statistik. Jeder von uns könnte wohl so wie ich von etwa 50 Landsleuten meiner Umgebung mindestens ein Dutzend namentlich aufzählen, die in wilder Ehe leben und noch Schlimmeres: Fälle von Ehebruch, Dokumentenfälschung, Schiebung, Schwarzhandel, Schwarzarbeit, Diebstahl, Betrug, nicht zu reden von Mischehen u.a.

Wir sind mit Recht stolz auf die Arbeitstüchtigkeit unserer Landsleute und betonen das auch bei jeder Gelegenheit. Wir erleben beglükkend täglich die starke Kraft des landsmannschaftlichen Bandes im kleinen Kreis. Aber wir dürfen uns auch keiner Täuschung darüber hingeben, welch sittlicher Verfall viele von uns ergriffen hat. Man kann viele Gründe dafür anführen. Die Einflüsse des Militärdienstes und der Gefangenschaft, die berufliche Not, die Trennung von der Familie, die geschlechtliche Not, die soziale Entwurzelung, die Lieblosigkeit und Fremdheit der Welt, in die man gekommen ist, die schlechten Einflüsse einer dekadenten Zeit. Aber das sind alles Begründungen, die zutiefst nicht bestehen können. Sie sind keine Rechtfertigung, nicht einmal eine ausreichende Erklärung dieser Erscheinungen. Wir müssen aus ihnen den Schluß ziehen, daß unsere seelische Substanz, unsere Moral und - lassen sie es mich gleich beim Namen nennen - unser Christenglaube versagt hat. Wo ist es geblieben, unser so laut und stolz bekanntes sächsisches Christentum?

Unsere Jugend - und zu ihr rechne ich in weiterem Sinn auch alle gewesenen Soldaten - ist weitgehend dem Materialismus verfallen, unsere Alten sind meist verbittert, wenn wir sie im Alltag betrachten - nicht hier oder bei anderen festlichen Gelegenheiten - und die Leute, denen es gut geht, sind auch vielfach - von Tagen völkischer Sentimentalität abgesehen - allen Bindungen und - ich will gar nicht sagen aller christlichen, sondern auch nur völkischen Verantwortung entwachsen.

./.

So sind wir, die wir vor zehn Jahren noch als ein Bollwerk der Bodenständigkeit galten und die Entwurzelung, die Millionen in Westeuropa und auch in Deutschland schon erfaßt hatte, nicht kannten, heute ganz wurzellos geworden. Es ist beinahe ein Hohn, daß gerade der Teil des deutschen Volkes, der im Osten diese innere und äußere Bodenständigkeit noch besaß, heute heimatlos geworden ist. Der Halt, den Sitte und Brauchtum, Volk und Siebenbürgische Kirche uns boten, ist zerbrochen. Aber muß es uns nicht zu denken geben, daß damit so oft auch die innere Haltung zerbrochen ist? War vielleicht manches bei uns eben doch nur Form, was wir von einem lebendigen Inhalt erfüllt wähnten? Diese Frage stellen heißt auch schon die Schwäche erkennen. Die Not ist jedenfalls da: auch die innere Not, die Haltlosigkeit, Verlassenheit heißt.

Wohl werden wir dieser Not unserer Sachsenbrüder durch einen möglichst engen Zusammenschluß, durchsoziale und wirtschaftliche Verbesserung ihrer Lage, durch Erkämpfung allgemeiner Erleichterungen und Unterstützung im Einzelfall, auch durch kluge und vorsichtige politische Lenkung wesentliche Hilfe bringen können. Aber den inneren Verfall kann kein Lastenausgleich aufhalten. Da dienen wir unseren Brüdern nicht dadurch, daß wir ihn zum Kampf aufrufen. Mit Fordern allein kann man die deutsche Not überhaupt nicht zwingen, das führt dazu, daß alle sich gegenseitig auffressen. Den Landsmann aber abseits stehen lassen, führt ihn höchstens zur Verbitterung. Wir müssen die Not tiefer anpacken.

Und hier ist der Punkt, wo die Arbeit des Hilfskomitees in unserer sächsischen Gemeinschaft einsetzen muß. Die Aufgaben des Hilfskomitees lassen sich in vier Worten zusammenfassen: D i a k o n i e , S e e l s o r g e , V e r k ü n d i g u n g , G e m e i n d e . Diese Dinge gehören, wenn sie in rechter Ordnung sind, zusammen. Denn Diakonie kann nicht ohne Seelsorge sein. Sie muß mit einer klaren und auf die konkrete Lage gerichteten Verkündigung zusammengehen und sie verliert ihren Grund, wenn sie nicht zu Christus und seiner Gemeinde führt.

Bevor aber hierauf näher eingegangen und untersucht werden kann, welche Wege uns da gegeben sind, muß zunächst die Stellung des Hilfskomitees innerhalb der Kirche kurz umrissen werden. Von seinem Verhältnis zu Landsmannschaft und zur Heimatkirche, das dabei nur kurz berührt wird, soll weiter unten noch die Rede sein. Aus den Berichten ist allen bekannt, daß die Hilfskomitees vom Evangelischen Hilfswerk gegründet wurden und mit der Erfassung, dem Rechtsschutz, der Vertretung vor Behörden, der Betreuung mit Liebesgaben und vielen anderen Diensten eine große Aufgabe an den heimatlosen Gruppen und auch an unseren Landsleuten erfüllt haben. Die Kirche allein konnte uns zu der Zeit, als ein Zusammenschluß auf anderer Ebene nicht möglich war, helfen. Heute hat sie selbst das Entstehen der Landsmannschaften zur Kenntnis genommen und der Tatsache, daß die Fragen der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Not von staatlichen Stellen bearbeitet werden, dadurch Rechnung getragen, daß auch sie von den Hilfskomitees einen anderen Dienst erwartet. Diese sind nach Auffassung des Hilfswerks die d i a k o n i s c h e n O r g a n e der Kirche, der Rat der EKiD. aber hat die Hilfskomitees mit s e e l s o r g e r l i c h e n A u f g a b e n beauftragt und auch die Landeskirchen betrachten uns sozusagen als s e e l s o r g e r l i c h e H i l f s t r u p p s . Sie stehen durchaus fördernd zu unserer Arbeit auf diesen Gebieten der Seelsorge und Diakonie. Beweis die immerhin nicht unerhebliche Zuwendung des Hilfswerks von über DM 5000,-- allein von 1.1.-30.9.1950 für die Aufrechterhaltung unserer Geschäftsstelle, die Zusage der Kirchenkanzlei, daß auch im laufenden Etatjahr eine Umlage von 72 000 den Hilfskomitees durch den Ostkirchenausschuß für den

./.

gleichen Zweck gegeben wird, die Bereitschaft des lutherischen Weltbundes, konkrete Vorhaben seelsorgerlicher und diakonischer Art erheblich zu unterstützen, und die geldliche und geistliche Hilfe, die auch die Landeskirchen immer wieder geleistet haben und noch leisten.

Der Ostkirchenausschuß als Exekutivorgan des Konvents aller Hilfskomitees betrachtet sich zugleich als Vertreter der verdrängten Ostkirchen und gewissermaßen auch als Treuhänder der Interessen und Betreuer der Angehörigen der noch im Osten bestehenden Kirchen. Er ist es, der uns hilft, unsere Pläne an die vorher erwähnten Stellen (Landeskirchen, Kirchenkanzlei der EKiD. und lutherischer Weltbund) heranzutragen im besten Einvernehmen auch bezüglich der konkreten Aufgaben, die wir uns stellen und auf die ich noch im einzelnen zu sprechen komme.

Unser Hilfskomitee ist also, wie auch der Ostkirchenausschuß, eine kirchlich anerkannte Stelle mit einer merkwürdigen Zwischenstellung zwischen EKiD. bzw. Kirchenkanzlei, Hilfswerk, deutschen evangelischen Landeskirchen einerseits und Heimatkirche. Bei der Unmöglichkeit einer freien und dauernden Verbindung mit der Heimatkirche darf es sich wohl nie als mehr denn als geistlicher Betreuer der hier in Deutschland lebenden Glieder unserer siebenbürgischen Landeskirche und deren Fürsprecher bei den deutschen kirchlichen Stellen, nicht als Bevollmächtigter der Siebenbürgischen Landeskirche fühlen.

Eine Schwierigkeit, der wir als Vertreter unserer Gemeinschaft bei deutschen kirchlichen Stellen oft begegnen, ist die u.E. falsche Beurteilung unserer siebenbürgischen volkskirchlichen Eigenart. Eine Schwierigkeit, die unseren Leuten viel zu schaffen macht, ist ihr starres Festhalten an heimatlichen kirchlichen Formen, in dem die Gefahr liegt, Form mit Gehalt zu verwechseln. Wir werden bei unserer Arbeit immer wieder nach beiden Seiten hin - aufklärend und Verständnis weckend - wirken müssen. Wir werden darum, jeder von uns, und wir als Hilfskomitee, nicht darum herumkommen, zum eigenen Wesen, zur Vergangenheit, zu unserer volkskirchlichen Tradition Stellung zu nehmen. Dabei haben wir uns vor sturer Rechthaberei und vor rückwärtsgewandter Sentimentalität ebenso zu hüten wie vor vorschnellem Aufgeben.

Wir haben den deutschen evangelischen Landeskirchen etwas Wertvolles zu geben. Sehen Sie, man bemerkt heute im deutschen Protestantismus überall ein starkes Drängen aus der Abkapselung eines dogmatischen Rigorismus herauszukommen, zu einer Durchdringung der Öffentlichkeit, des Alltags in all seinen Formen, des Geisteslebens durch das Evangelium zu gelangen - noch nicht des Volkes (vom Volksdenken sind wir ja wieder weit zurückgeschlagen). Man versucht, die immer eine Botschaft des Evangeliums den Menschen so zu sagen, daß sie sie auch in ihrer Welt hören können. Es bringt uns manchmal wirklich zum schmerzlichen Lächeln, wenn wir sehen, daß dieselben Menschen oder kirchlichen Stellen, die dieses berechtigte Anliegen verfolgen, neue Wege zum Volk zu finden, auf der anderen Seite unser Volkskirchentum ablehnen. Wir haben hier eine geschichtliche Erfahrung voraus, die wir fruchtbar werden lassen müssen. (Nur am Rande will ich erwähnen, daß wir als weitere Gabe noch das über den Föderalismus der evangelischen Kirche hinaus zur Zusammenfassung drängende Bewußtsein aus der Heimat mitbringen und auch zur Wirkung kommen lassen müssen.)

Wir müssen aber auch bereit sein, selbst zu erkennen, daß unsere Volkskirche der letzten Jahrzehnte innerlich weitgehend ausgehöhlt war. Wenn wir das zu Hause nicht merkten, so muß es uns die Erfahrung lehren, wenn wir sehen, wie wenig wirklich lebendiger Christenglaube in uns allen lebt.

./.

ikgs

Ein Männerbundsekretär in Westfalen, der während des Krieges als Soldat in Siebenbürgen war, erzählt, wie er einmal den Pfarrer des Ortes antraf, als er im Pfarrgarten mit seinen Konfirmanden "Auf hebt unsere Fahnen" übte. Nachher hielt er seine Osterpredigt und erklärte, daß das Alte Testament für uns erledigt sei, gemeint seien die Gebote des Blutes in uns. Auf die von dem Gast im Gespräch mit der Pfarrerin gemachte Vorhaltung, erwidert diese: "Entschuldigen Sie, mein Mann ist doch Nationalsozialist und darauf kommt es ja schließlich an". Vielleicht war das kein Einzelfall.

Uns fehlt die Erfahrung des Kampfes, den die Bekennende Kirche in Deutschland durchstehen mußte, und die daraus entsprungene Läuterung und Festigung des Glaubens. Wir müssen es verstehen, wenn das Urteil deutscher Kirchenmänner über unsere Kirche heute nicht immer in den Enthusiasmus Adolf Harnacks verfällt. Und einsichtige Männer in unseren Reihen kommen zu ähnlichen Feststellungen.

Ein sehr würdiger Professor in Siebenbürgen, der selbst jahrzehntelang Religionsunterricht gab, urteilt in einem Brief, den er vor wenigen Wochen schrieb: "Der Religionsunterricht an unseren siebenbürgisch-sächsischen Schulanstalten ist von jeher einer der schwächsten Punkte unseres Erziehungswesens (in Theorie und Praxis) gewesen".

Ein führender Geistlicher in der Heimat, schreibt heute rückschauend wörtlich: "Die Volkskirche hat in einem grauenhaften Ausmaß versagt. Man denke nur an den Verrat, den 90% unseres Erziehungswesens beging", und "Wir haben alle die beschämende Pleite erlebt, die ein behagliches sächsisches Pfarrertum heraufbeschworen hat".

Unsere Theologische Arbeitsgemeinschaft war sich in Rothenburg 1950 darin einig, daß in unserer siebenbürgischen Volkskirche tatsächlich vielfach die Gewichte verschoben waren und man von Christus oft nur noch wenig wußte und zeugte.

Wir haben also von der deutschen Kirche auch zu lernen. Das darf unseren Stolz - und wir sind ja so stolz, es ist das Einzige, was vielen noch geblieben ist! - nicht verletzen. Wir haben doch nicht nur eine Bluts-und politische Gemeinschaft, nicht nur wirtschaftlich und geistig immer in unserer Geschichte aus dem Blutstrom von Deutschland her gelebt, von wo uns alles kam, sondern auch unsere Kirchengeschichte ist in gleicher Weise immer in dem großen Strom des deutschen Protestantismus dringestanden. Warum wollen wir uns heute nicht mehr als Gemeinde zur Mitte jeder Kirche, zu Christus, zurückführen lassen? Ich weiß, daß manche sächsische Bauernfamilie hier in Deutschland, hier in der Heimatlosigkeit, heimgefunden hat zu dieser Mitte, in eine nicht im schönen Brauchtum erstarrte, sondern innerlich lebendige Gemeinde Christi. Aus der Erstarrung gilt es unsere Brüder und Schwestern herauszuführen. Denn diese erst macht sie heimatlos und haltlos und läßt sie endlich verloren gehen.

Ich möchte noch einmal ganz deutlich klarstellen: Ich wende mich nicht gegen die Verbindung von Volkstum und Kirche. Man muß sie als durchaus lutherisch anerkennen, selbst wenn man einer Theologie der Ordnungen vom ersten Glaubensartikel her mißtrauisch gegenüberstehen sollte. Denn Luther überließ, wie etwa auch die Diakonie, sogar die Durchführung der Reformation der Bürgergemeinde, weil er sie durchaus als Glied des corpus christianorum betrachtete. Man könnte das weiterspinnen. Aber diese Einheit wird bruchig und fraglich in dem Augenblick wo die Bürgergemeinde oder das Volk nicht mehr als corpus christianorum gelten kann. Das aber ist unsere Lage heute. Das war unsere Lage schon in der Heimat.

Und der schon einmal zitierte Pfarrer in Siebenbürgen erzählt, wie tatsächlich auch dort optimistisch gerechnet nur etwa 8% zur wirklichen Gemeinde zu zählen sind. Was nützt es, sagt er, wenn an gewissen Tagen hunderte die Kirche füllen? Auch sie sind unserer Sorge und Hilf

./.

aufgetragen. Aber wirklich Gemeinde ist nur dort, wo einer als treuer und wahrer Zeuge in der Bibelstunde sein kann. Und doch hat auch solche kleine Gemeinde - ich folge weiter seinem Gedankengang - ihre sehr fühlbare, weitreichende "volkskirchliche" Auswirkung. Es ist mit Händen zu greifen, welche volkserhaltenden Kräfte gerade heute von der (siebenbürgischen) Kirche ausgehen. Sie wird umsomehr Volkskirche, je mehr sie Bekenntniskirche ist. Man muß bloß den Mut haben, dies sozusagen als praktisches Axiom anzuerkennen und sich davon freimachen, alles theologisch-dogmatisch zu betrachten. Wir erkennen die große Gefahr, die in einer Scheidung der chemisch-reinen, theologisch-keimfreien Krich und der Welt des Volkslebens liegt. ir müssen, so sagt immer noch dieser Pfarrer, eine neue Synthese von Volksleben und Glaubenszeugnis finden. Dabei muß das verbindende Element eine "radikale", opferbereite, mutige und selbstlose Liebe sein, wie sie uns I. Kor. 13 als wahre Christusliebe verkündet wird.

Auf diesem Grund müssen wir im Hilfskomitee unseren Dienst tun: in Diakonie, Seelsorge und Verkündigung.

D i a k o n i e nennt man den Liebesdienst an den Menschen in Not den Christus durch seine Kirche tut. Rechte Diakonie geschieht aus rechter Liebe, ist tätiges Zeugnis der Bruderliebe, die sich weiterschenkt, weil sie selbst Glauben und Liebe gefunden hat. Sie ist n i e äußere Hilfe allein, sie kann reich gesegnet sein, auch wo sie nicht die Mittel hat kalte Füße zu wärmen, ihr sozialer Erfolg also gleich Null ist. Diese Diakonie, die Kranken und Armen und Hilflosen Hilfe und Liebe bringt, kann niemals die soziale Not als gesamte lösen. Solche direkte sozialpolitische Aktion ist eine staatliche Aufgabe, wobei der Einzelne immer nur ein Fall ist. Der Beitrag der Christenheit zur Lösung der sozialen Frage sind nicht besondere Grundsätze oder Organisationen, sondern die lebendige Liebe.

Diese Hilfe und Liebe kann aber - das habe ich schon gezeigt - nie ohne S e e l s o r g e sein. Denn nicht nur Sittenverfall, auch innerer Unfrieden und innere Unfreiheit infolge äußerer Not stehen in untrennbarer Verbindung mit Unglauben. Wir alle haben nicht e i n m a l die Erfahrung gemacht, wie jeder materiellen Not, die man gerade befriedigt wähnt, auf dem Fuße die neue Not folgt, und wie der Mensch, der da drin steckt, nie zufrieden und frei wird. Ein Loch wird zugestopft, zwei neue brechen auf. Wo aber die gebrachte Hilfe auch die Seele packt, da ist es anders. So muß äußere Hilfe und brüderliche Seelsorge Hand in Hand gehen. Auch Seelsorge ist nicht eine Domäne der Pfarrer. Sie wächst von selbst dort, wo Christen zum Br[illegible] reden. Oft kann diesen Dienst der Ortspfarrer gar nicht tun, den müssen w i r dem Landsmann tun, weil nur wir uns in sein Herz versetzen können, weil auch wir in der gleichen Not stehen. Wir kämpfen ja täglich so wie er nicht nur gegen äußere Unzulänglichkeiten, Unverständnis und Lieblosigkeit, sondern gegen Verbitterung und Haß im eigenen Herzen, leiden wie er unter dem Rätsel der Geschichte, sind von Gott in die gleiche Krisis des Unglaubens geführt. Wir sind wie er von Radikalisierung, Vermassung, ideologischer Beeinflussung bedroht. Aber wenn wir die Mitte gefunden haben, in Glauben und Liebe, müssen wir sie dem Bruder weiterschenken.

So muß Seelsorge zum Zeugnis, zur V e r k u n d i g u n g führen. Doch auch hier ist zu sagen, daß die bloße Verkündigung des Evangeliums dem Menschen in all seinen Nöten noch keine Hilfe gibt. So wenig man den Menschen am Evangelium vorbei retten kann, so gewiß muß man ihn in seiner konkreten Umwelt ansprechen und ihn von ihr auf den Weg führen. Oder - wie Erich Roth es ausdrückt: Der Teufel ist nicht weniger international als das Evangelium von Christo und weiß allenthalben seine Behausung mit besonderen Farben zu zieren. Es ist eine

ikgs

Aufgabe der Verkündigung, ihn aus allen, auch den sehr besonderen Schlupfwinkeln zu vertreiben. Um das tun zu können, muß man mit den Schlupfwinkeln vertraut sein. Kancher der Schlupfwinkel (Sitte, Brauch) kann aber dann, wenn Christus als Überwinder des Teufels eingezogen ist, ganz neues Leben gewinnen.

Es ist hier nicht der Ort, eine Handreichung für die Seelsorge und Verkündigung auszuarbeiten und zu bieten. Bei anderer Gelegenheit sind wir auch dazu gehalten. - Nur d r e i der häufigsten Mißverständnisse will ich versuchen noch zurechtzurücken.

Da ist zunächst der Hinweis auf die uns Sachsen eigene i n n e r e S c h e u s c h h e i t , will heißen, daß unser Christentum stiller, verborgener sei, wir nicht so leicht Bekenntnisse über die Lippen bringen, was uns heilig ist, still in uns verschließen, daß wir im stillen Kämmerlein beten. Ich selbst habe diese Ansicht bis vor kurzem vertreten. Aber ist das nicht grober Selbstbetrug? Wir sind doch sonst - etwa mit unseren uns doch auch teuren, fast heiligen nationalen Bekenntnissen - nicht so zurückhaltend, sondern verkünden sie (auch die einfachen, schlichten Männer unter uns) mit großem stimmlichen und anderen Aufwand. Unser Christentum kann doch nicht nur im stillen Kämmerlein und bei fränkischen Hochfesten zum Bekenntnis fähig sein. Wo es wirklich lebendig ist, darf es auch das Zeugnis nicht scheuen. Welche Freiheit aber und welche Fröhlichkeit wird uns geschenkt, wenn wir Zeugen geworden sind!

Man kann nicht nur im Volksverband Christ sein. Man kann es auch nicht nur in der Kirche oder an einem bestimmten Ort. Ein Christ ist voll Christ: Im Alltag, in der Familie, im Beruf. Nicht nur dort, wo ihn niemand anficht, sondern auch dort, wo die Sünde ihm entgegentritt, nicht nur nach innen, sondern auch in der Zeugenschaft. Und auch das Bekenntnis seiner Schuld. Alles andere ist Selbstbetrug.

Ich weiß - und das ist das zweite, was zurechtgerückt werden muß - daß auch das Wort von der S c h u l d nicht gerne gehört wird bei uns. Und doch müssen wir es aussprechen: es gibt kein Christentum ohne Schulderkenntnis und - bekenntnis. Das ist nicht Muckerei und Schwäche, wie es uns so gerne gesagt wird, sondern erst wenn wir unsere Schuld - unsere persönliche und die unserer Gemeinschaft - vor Gott hintragen und sie uns von ihm abnehmen lassen können, werden wir wirklich innerlich frei. Und nur weil wir und wo wir die Vergebung verkündigen dürfen, können wir von jedem Zwang (von Haß, Furcht, Verbitterung, Rache) wirklich frei werden. Wenn wir uns nicht in gemeinsamem Schuldbekenntnis die Hand reichen können, verstehen wir uns hier nicht. Im letzten Sommer erzählte uns der baltische Historiker Wittram vom Schicksal der Balten. Es war tief ergreifend und erhebend zugleich, wie er zum Schluß bekannte, daß der ganze Stamm der Deutschbalten in seiner Schuld vor Gott Frieden gefunden habe und zu einem freudigen "Ja" zu Gottes Führung in ihrer Geschichte. Wenn doch auch uns Gott solche Befreiung schenken wollte!

Und das dritte, was zurechtgerückt werden soll, ist unser t o l z . Man sagt mir oft: Ihr dürft doch den Leuten nicht das einzige nehmen, was ihnen noch geblieben ist, und wir schlagen uns also Stolz in die Brust bei all unseren kleineren und größeren Zusammenkünften. Was waren wir Sachsen doch für Kerle! Wie war doch alles in Siebenbürgen! Und wie ist es bei euch! Hier ist doch alles schlecht - so sagen wir der Frau, die wir geheiratet haben, dem Chef, dem Nachbarn, dem Pfarrer. Aber bei uns! Und wir berauschen uns in Versammlungen und erzählen Episoden wie etwa diese: Wir kommen in ein fränkisches Dorf und fragen nach Siebenbürgern, die dort wohnen sollen. Und wir erhalten die Auskunft: Machet die Tore auf, und wo Ordnung im Hof ist, da wohnt ein Siebenbürger! - Sehen Sie, das ist falscher Stolz.

./.

Wir müssen uns mit dem Gemeinschaftsgeist, der unser Volk erfüllt, identifizieren, mit seinem Einherschwanken zwischen diesem unklaren Stolz auf eine nicht ganz fleckenlose Vergangenheit und einer rührend unbeholfenen Zukunftssehnsucht, denn auch wir leben aus unserer Vergangenheit, aus unserer Gemeinschaft - aber das darf uns nicht unwillig und unfähig machen, den wahren Wegweiser zu suchen, seinen Anruf zu hören.

Auch diese Dinge müssen wir vor Augen haben, wenn wir vor unsere Brüder treten oder mit ihnen ins Gespräch kommen. Es wären noch manche anderen Fragen zu erwähnen - eine der wichtigsten die des Brauchtums und der Sitte, die bei uns oft auch hemmend wirken - auch sie sind verdecktes Christentum - doch ich bin für heute schon zu weit auf dieses Gebiet abgeschweift.

Das Ziel jeder Seelsorge und Verkündigung muß sein, daß in unserer Mitte wieder Gemeinde wachse. Wo Gott mit uns das geschehen läßt, daß wir von seinem Evangelium wieder ergriffen werden, da wird auch aller Krampf verschwinden, da werden alle Schranken fallen, die uns von den einheimischen Gemeinden trennen, denn da erscheint uns nicht mehr das Unwesentliche wesentlich, da werden wir offen zum Christenbruder, weil wir frei von Haß und Stolz sind, da werden wir getrost in aller Anfechtung und fröhlich in aller Not. Da kommt auch das Verhältnis unserer Landsleute zu den Landeskirchen von selbst in Ordnung. Wir brauchen die bestehenden Verschiedenheiten nicht abzulegen. Aber das, was uns gegenseitig anficht, kann nicht durch Kritik des Anderen und sturen Stolz überwunden werden, sondern nur von innen heraus.

Eine besondere Lage ergibt sich für unsere doch oft ziemlich geschlossen beisammen lebenden Nösner Gemeinden. Während die einzelnen zerstreuten Landsleute kein Gemeindeproblem für die Landeskirchen darstellen, können diese Unordnung in die Gemeinden der Gastkirche bringen. Unser Ziel darf es da nicht etwa sein, hier nun alle besondere sächsische Gemeinschaft abzubauen und nichts als Einordnung zu fordern. Es muß - wie für die landeskirchliche Gemeinschaft oder andere Kreise - auch für eine sächsisch-evangelische Gemeinschaft Raum sein. Dafür müssen wir uns bei den Landeskirchen einsetzen. Andererseits aber darf solche Gemeinschaft nicht in Absonderung von der Gemeinde leben oder zu ihrer Sprengung führen. Wo Christus in einer und in unserer Gemeinde lebt, da lösen sich auch diese Fragen, sie machen uns nur Schwierigkeiten, solange nicht Er, sondern etwas Anderes an erster Stelle steht. Wir wissen, was die Kirche betrifft: sie ist immer nur eine und nur aus Zweckmäßigkeitsgründen in Ortsgemeinde und Landeskirche organisiert. Kirchentrennend dürfen nur Fragen des Glaubens sein, aber keine der Landsmannschaft. Es geht darum, daß wir uns mit unserem kirchlichen Gut hier ganz in den Dienst der einen Kirche stellen und bereit sind, das, was wir dabei gelernt haben, gegebenenfalls zum Bau der Kirche wieder mit heim zu nehmen.

Diese Erkentnisse und die erwähnte Zielsetzung (Diakonie, Seelsorge, Verkündigung, Gemeinde unter unseren Landsleuten) muß die Grundlage unserer Arbeit sein. Diese Arbeit - auch wenn sie uns an das zentrale Anliegen der Kirche weist - läßt sich das Hilfskomitee nicht von irgendeiner kirchlichen Stelle vorschreiben, es darf sie auch nicht aus dem Drange oder der Erkenntnis heraus tun, hier einen Weg zur "Rettung des Sachsenvolkes" zu suchen oder zu beschreiten, wie es mir einmal vorgehalten wurde, sondern weil Christus diesen Dienst von jedem Christen und also auch von uns an unserer Stelle fordert. Es geht nicht darum, wer diese Arbeit bezahlt, daß also diese Arbeit kirchlich und geistlich ausgerichtet sein muß, weil die Kirche Geld dafür gibt, sondern weil wir uns vom Glauben her zu dieser Arbeit gefordert wissen, muß sie geistlichen und kirchlichen Charakter haben. Nur dann brauchen wir überhaupt ein Hilfskomitee.

./.

ikgs

Das heißt nun aber nicht, daß nur Geistliche diese Arbeit tun sollen. Christsein heißt in einem A u f t r a g stehen: Jeder Christ ist zum Zeugnis gerufen. Wenn uns aber wirklich so selten Zeugen begegnen, ist das der Ausdruck der Christusfremdheit unserer Zeit und auch unserer Gemeinschaft. Gleichwohl gibt es auch in unseren Reihen erweckte Menschen. An diese alle geschieht ein Anruf, an ihrem Ort, also in unserer sächsischen Gemeinschaft Zeugnis abzulegen, d.h. in Diakonie Seelsorge und Verkündigung dem sächsischen Bruder zu dienen. Wir rufen sie dazu. Wir rufen auch unsere Lehrer, die durch die Tradition dieses Standes bei uns für diesen Dienst besonders aufgeschlossen sein müßten und von denen sich wohl viele gerade unter dem Eindruck des Weges, den Gott uns in den letzten Jahren geführt hat, und neuer theologischer Besinnung zu diesem Dienst gedrängt fühlen mögen.

W i r r u f e n a b e r a u s d r ü c k l i c h a u c h u n s e r e P f a r r e r , denen wohl nicht von einem ¼ Theologen der Auftrag zu diesem Dienst begründet werden muß. Ich glaube klar herausgestellt zu haben, auf welchem Grund er geschehen soll, wo der Befehlsträger für ihn zu suchen ist. Sieh deinen Bruder in seiner religiösen Not und tu deine Christenpflicht! Es ist eine Spitzfindigkeit, diesen Dienst am Landsmann mit dem Hinweis zu verweigern, es seien fremde Zwecke ("Rettung des Sachsenvolkes"), weshalb er gefordert werde - Gott hat uns die Rettung unseres Bruders befohlen! - und es ist unrichtig, sich auf den Standpunkt zu stellen, dieser Dienst wolle von uns erzwungen werden, wir müßten auf unseren theologischen Tagungen noch hören und verstünden alle noch viel zu wenig, was wir unseren Bruder so dringlich zu sagen hätten. Unter Hinweis auf Phil. 3,12 (Nicht, daß ich's schon ergriffen habe oder schon vollkommen bin; ich jage ihm aber nach, ob ich's auch ergreifen möchte nachdem ich von Christo Jesu ergriffen bin) kann unser Christsein nie vollkommen sein - wir müssen täglich neu anfangen - aber es kann auch nie das Zeugnis versagt werden. Nichts anderes sollen wir tun als d i e s e s Z e u g n i s i n d i e k o n k r e t e S i t u a t i o n u n s e r e r L a n d s l e u t e h i n e i n s a g e n.

Von hier aus müssen wir die einzelnen Vorhaben betrachten. Und wenn ich aufgefordert wurde über die Aufgaben des Hilfskomitees zu sprechen, so hielt ich es für notwendig, in erster Linie diese grundsätzlichen Dinge klar heraus zu stellen. Ich soll aber zugleich über die n e u e n Aufgaben sprechen. Das heißt erstens: Viele der Aufgaben, die das Hilfskomitee in den ersten Jahren zu erfüllen hatte, sind heute von der Landsmannschaft übernommen. Es geht nicht mehr um eine Stellvertretung für die Landsmannschaft, es muß aber um eine geistliche Durchdringung derselben gehen. Und zweitens: Aus der Besinnung über die Grundlagen unseres inneren Seins sind uns eine Fülle von diakonischen und seelsorgerlichen Aufgaben gestellt, die wir im Glauben und in der Liebe auf uns nehmen müssen. Das heißt nicht, daß all die bisherige Arbeit der Hauptgeschäftsstelle - Verbindung zu kirchlichen und anderen Stellen, Vertretung im Ostkirchenausschuß und anderswo, praktische Kleinarbeit, soweit sie über die landsmannschaftliche Seite hinausgeht - nicht ebenso wie bisher weitergeführt würde, wenn wir auch heute schon in aller Nüchternheit mit der Möglichkeit organisatorischer Veränderungen rechnen müssen. Die Arbeit wird aber auf jeden Fall von den Schreibtischen zu den Menschen gehen müssen. In allem aber lassen Sie uns immer daran denken, daß es nie um persönliche Wünsche oder auch Wünsche von Organisationen gehen darf, sondern lassen Sie uns immer daran denken, daß es nie um persönliche Wünsche oder auch Wünsche von Organisationen gehen darf, sondern lassen Sie uns immer nur nüchtern und demütig das eine prüfen, ob das, was wir vorhaben - auch wenn es scheinbar eine geringfügige Sache ist - den Zielen dient, die wir für unsere Hilfskomiteearbeit als verbindlich ansehen müssen.

./.

W e l c h e s s i n d n u n d i e k o n k r e t e n V o r h a b e n , w e l c h e s s o l l d i e F o r m u n s e r e r A r b e i t s e i n ? Ich will die wichtigsten in kurzen Zügen aufrollen, ohne dabei auf die Schwierigkeiten einzugehen, denen sie begegnet sind und begegnen, bei kirchlichen Stellen (hier am wenigsten!) auf Seiten des Verbandes (bezüglich des rechten Verständnisses unserer Absichten) und bei den zur Mitarbeit Berufenen, vor allem unseren Pfarrern (hinsichtlich ihres Einsatzes).

1. E v a n g e l i s a t i o n . In Gemeinden, wo unsere Sachsenbruder gesammelt werden können, sollen in Zukunft häufiger Evangelisationen durch unsere Pfarrer und eventuell geeignete Laien abgehalten werden. Die Notwendigkeit solchen Dienstes hoffe ichin den vorangegangenen Ausführungen gezeigt, das Ziel deutlich gemacht zu haben. Die Evangelisationen sollen aus Bibelstunden, Jugendstunden und Hausbesuchen bestehen und nicht nur den geschlossenen Gemeinden des Nösnergaues, sondern auch den von ihren Familien und Gemeinden getrennten Männern und Frauen der anderen Teile Siebenbürgens dienen. Es haben sich bisher die Pfarrer und Vikare Wilhelm Roth, Karl Philippi, Herwart Reiser, Bruno Müller, Gustav Mild, Viktor Gondosch für diesen Dienst zur Verfügung gestellt. Meditationen sind in Arbeit und sollen den einzelnen die Vorbereitung erleichtern. Schriftenmaterial wird vom Amt für Gemeindedienst und dem Gustav-Adolf-Verein erbeten. Ich bitte alle Vertrauensleute unseres Komitees, in ihrem Bereich solche Evangelisationen abhalten zu lassen und mir, wenn sie dazu bereit sind, das mitzuteilen. Am besten noch heute, und je mehr, je lieber.

2. R e i s e d i e n s t . Da durch die Evangelisationen nur ein kleiner Kreis unserer Landsleute und auch nur in größeren Abständen erreicht werden kann, soll unser alter Plan eines R e i s e p f a r r e r s , der von jungen Mitgliedern des Blaubeurener Kreises wieder aufgerollt wurde und nun durch das Verständnis des Bayrischen Landeskirchenrates und des Ostkirchenausschusses Wahrheit werden soll, im Herbst anlaufen. Pfarrer Kuno Galter soll zunächst im Gebiet Mittelfranken während dreier Monate versuchen, in unserem Kreis zu christlicher Besinnung aufzurufen und damit unseren Landsleuten den Dienst zu tun, der uns der wichtigste zu sein scheint. Wir bitten Gott, daß er unserer Hoffnung, hier kleine Kerne wacher Gemeinden wachsen zu sehen, sein Ja schenkt. Gleichzeitig mit dem Reisepfarrer oder wenig später hoffen wir mit Unterstützung des Ostkirchenausschusses und des Weltlutherbundes einen R e i s e v i k a r mit Motorrad in die weitere und eigentliche Diaspora aussenden zu können. Und wenn es Gott gefällt, wollen wir versuchen, diesen Dienern eine kleine M a n n s c h a f t junger Landsleute aller Stände zur Seite zu stellen, die in Gruppen eingesetzt, das Zeugnis in die Kreise und die Herzen unserer Landsleute überall trägt und mithilft, wieder lebendige Gemeinde in unserer Mitte wachsen zu lassen.

3. F r e i z e i t e n . Schon vor einigen Monaten hatten wir durch die SZ zu einer Bruderschaftsfreizeit eingeladen. Es ist keine einzige Meldung erfolgt. Der Grund mag wohl der sein, daß unseren Burschen derBegriff fremd ist oder sie an Veranstaltungen der Zeit des Nationalsozialismus denken oder sich vor einer Zusammenkunft fürchten, in der man ihrer Meinung nach nur die Köpfe hängen läßt und betet. Eine evangelische Freizeit ist eine fröhliche Sache. Unsere Freizeiten sollen in Vortrag und Gespräch Besinnung schenken, aber dabben auch Frohsinn und Erholung spenden. Sie sollen Frauen und Männer, vor allem aber unsere Jugend zusammenführen, der ja - weil sie am meisten gefährdet ist - auch eine besondere Bedeutung zukommt. Wir bitten die Vertrauensleute, sich in ihrem Kreis für diese wichtige Sache einzusetzen und, wenn die nächsten Einladungen an sie ergehen, den Besuch

./.

ikgs

nach Kräften zu fördern. Wir denken auch daran, solche Freizeiten später in Verbindung auch mit anderen Gruppen, vor allem auch mit einheimischen Glaubensgenossen zu veranstalten.

4. Die theologischen Arbeitstagungen (begonnen von einem kleinen Kreis von Pfarrern und Studenten 1947 in Stuttgart, fortgesetzt in Stettenfels, auf Burg Hohenzollern 1948 und in erweitertem Kreis in Blaubeuren 1949 und in Stein und Rothenburg 1950) sollen fortgeführt werden, die nächste vom 21.-23. August d.J., und der theologischen Klärung der uns besonders aufgegebenen Fragen dienen. Das bleibende Thema aller dieser Zusammenkünfte wird immer das der Volkskirche sein - es ist uns einmal aufgegeben - heuer aber sollen besonders praktisch theologische Fragen der Diakonie, Seelsorge und Verkündigung unter unseren Exilbrüdern besprochen werden. Der Ort ist noch nicht festgelegt, er soll in Mittelfranken oder im nordöstlichen Württemberg sein. Vielleicht können hierzu noch praktische Vorschläge gemacht werden. Ich bitte Pfarrer und Laien um Ihre Mitarbeit, auch um Vorschläge von Themen und Referenten.

5. Mitarbeiterrüstzeit. Im Anschluß an diese Tagung des theologischen Arbeitskreises wollen wir vom 24.-26. August eine Rüstzeit für Mitarbeiter der jungen Laiengruppe abhalten. Die Leiter der schon bewährten Mannschaftsarbeit des Gustav-Adolf-Vereins haben sich bereit erklärt uns dabei durch ihren Dienst zu helfen. Ich bitte alle Anwesenden, vor allem auch unsere Vertrauensmänner, mir junge Menschen - am liebsten auch Jungbauern und Mädchen - zu nennen, von denen sie glauben, daß sie zu diesem Zeugendienst bereit wären, und die wir zur Mitarbeit einladen könnten.

6. Presse und Veröffentlichungen. Wir wollen im Sinne des schon in Rothenburg (August 1950) gefaßten Beschlusses des theol. Arbeitskreises, der vom Vorsitzenden begrüßt wurde, in erhöhtem Maße auch durch Veröffentlichungen und besonders Beiträge in unserer Siebenbürgischen Zeitung unsere Landsleute zur religiösen Besinnung führen und vom Boden unseres Glaubens her zu den konkreten Nöten und Aufgaben unserer Brüder und unserer Gemeinschaft Stellung nehmen. Unsere bisherigen Versuche in dieser Richtung sind von der SZ nicht gefördert worden, ja man hatte den Eindruck, daß sie ihr geradezu unerwünscht waren. Ich hoffe, daß dies - besonders auch nach den mit dem Herrn Vorsitzenden geführten Besprechungen - in Zukunft anders wird. Wir haben nichts Zersetzendes zu verkünden, die Besinnung, zu der wir führen wollen, steht weder im Gegensatz zu den Zielen unserer Landsmannschaft noch zu unserer sächsischen Tradition. Bei unserem Auftrag geht es auch nicht darum, ob der Angesprochene das, was wir ihm sagen müssen, immer gerne hört. Der Auftrag will gehört werden. Und darum hoffen wir, daß ihm Raum gegeben wird, ohne daß wir zum Kampf gezwungen werden.

7. Heimatgottesdienste. Auch diese gehören endlich zu den Aufgaben des Hilfskomitees. Ihre gelegentlich Abhaltung - besonders bei festlichen Gelegenheiten - ist in den Richtlinien der Bayerischen Landeskirche für den kirchlichen Dienst an den Heimatvertriebenen ausdrücklich vorgesehen und dabei auch die Möglichkeit empfohlen, solche Gottesdienste statt des Hauptgottesdienstes zusammen mit der Gesamtgemeinde abzuhalten. Den anderen Landeskirchen sind von der Tagung der Hilfskomitees in Königswinter (1950) ähnliche Empfehlungen gegeben worden und es wir auch dort in ähnlicher Weise gehandelt. Wir werden also in der Lage und bestrebt sein wie bisher bei allen größeren sächsischen Veranstaltungen nach guter siebenbürgischer Tradition uns in Gottesdiensten zu vereinen und zu stärken.

./.

ikgs

Damit bin ich am Ende meiner Ausführungen. Sie haben wohl alle erkannt, daß keines der genannten Ziele irgendwie im Gegensatz zu den Zielen und Aufgaben der Landsmannschaft stehen muß. Das V e r h ä l t n i s z w i s c h e n d e m H i l f s k o m i t e e u n d d e r L a n d s m a n n s c h a f t muß beiderseits die Offenheit zueinander haben, die in der Heimat zwischen Volk und Kirche bestand. Sie muß auch hier unsere Haltung bestimmen. Es sind die gleichen Menschen, denen beide - Landsmannschaft und Hilfskomitee - dienen möchten. Möchte es auch der gleiche Geist sein! Die Mittel sind verschieden. Für die Betreuungsarbeit des Hilfskomitees darf es keine Beitrittserklärung und Mitgliedskarte geben. Wir sind viel mehr als in unseren Karteien erfaßt sind. Der Dienst am Bruder fragt nicht, ob dieser Mitglied der Organisation ist. Wenn alles recht zugeht, wird er ihn aber auch in die Landsmannschaft hineinführen. Ich möchte es einmal so formulieren: Das Hilfskomitee sollte das Gewissen der Landsmannschaft sein. Wir werden uns in der Landsmannschaft immer wieder vor falscher Sicherheit, vor Härte und vor Machtgelüsten warnen lassen und uns immer wieder darauf besinnen, daß unsere so notwendige und mit so viel Hingabe getane Arbeit etwas Vorletztes sein muß. M.E. können auch die führenden Männer der Landsmannschaft letzten Endes nur so den rechten Weg gehen, wenn sie in der Bindung zu Gottes Führung und in der uneigennützigen Liebe zum Bruder stehen. Wenn es gelingt, d.h. wenn Mitarbeiter dafür zur Verfügung stehen, wollen wir auch den Ausschuß des Verbandes und seine sonstigen Amtsträger zu einer kirchlichen Freizeit einladen, um auch in ihren Herzen immer tieferes Verständnis für das zu wecken, was uns zutiefst nottut. Das Wort der Christen unter uns darf nicht verborgen bleiben. Unser Auftrag ist es, aus unserer Gewissensbindung heraus auch in den Fragen des Verbandes unsere Meinung zu sagen und den Weg zu zeigen, den wir für den rechten halten. Von solchem verantwortlichen Handeln der Christenmenschen rühren die volkserhaltenden Kräfte der Kirche, von denen der von mir zitierte Pfarrer aus der Heimat sprach.

Wir bitten unsere Vertrauensmänner des Hilfskomitees um bewußte und ganze Hingabe an die Landsmannschaftsarbeit, wie wir sie auch zum freudigen Bekenntnis zur Führung ihres in Christus froh und gewiß gewordenen Gewissens auffordern. Der Dienst der Liebe, den j e d e r von uns seinem Bruder schuldet - die eigentliche Aufgabe des Hilfskomitees, läßt sich nicht in Paragraphen und nur schwer auch in solche Sonderaufgaben fassen, wie ich sie zu umreißen versuchte. Er muß von jedem von uns täglich getan werden. Unsere Haltung hier und heute entscheidet letzten Endes, ob unser Reden von unserer Geschichte und von unserer Heimat Lüge ist oder nicht. Unser Reden ist heute vielfach Lüge, weil die Bereitschaft der Selbsthingabe, der Treue, die nur opfern will, wie es im Leitartikel der SZ heißt, erstirbt, wo ihr der letzte Grund fehlt. Und wir werden der Heimat nur treu bleiben, wie es der Verfasser und wir alle wünschen, wenn wir Gott treu bleiben.

Niemand kann ihm in die Karten schauen. Darum können diejenigen, die den Verzicht auf die Heimat predigen, sich auch nicht auf ihn berufen. Nicht Verzicht fordert er von uns, sondern Hingabe unseres Lebens und auch unserer Heimat in seine Hand. U n s e r e H e i m a t l e b t. Auch unsere Heimatkirche. Viele von uns konnten in jüngster Zeit Bilder der Heimat aus dem Jahr 1950 in der Hand halten: Trauung in Urwegen und in Kleinschelk, Konfirmation in Kronstadt und in Kreisch. Tief bewegt hielten wir diese Fotografien in Händen. Ernste Gesichter umrahmt von der altehrwürdigen sächsischen Tracht vor dem Altar, in der von den Vätern überkommenen, von Gott her bestimmten Bindung. Und wir? Wir müßten alle, jeder von uns, täglich diese Bilder still betrachten, wenn wir vorschnell, ohne den Spruch Gottes abzuwarten, oft sogar ohne zu denken, unseren Weg nach augenblicklichen Urteilen oder gar Vorteilen selbst entscheiden wollen.

ikgs

Eine sächsische Bäuerin, die wie wir alle Haus und Hof und Heimat verloren hat, sagte im vorigen Sommer im Gespräch (ich kann es nicht wörtlich zitieren), ihr habe Gott in der neu gewonnenen Innigkeit ihres Christenglaubens mehr geschenkt als sie verloren habe. Niemand kann Gott in die Karten schauen. Aber wir können in seiner Fuhrung eine Prüfung sehen. Und es geht darum, dazu unser Ja zu sagen, Ja zu sagen, wie diese sächsische Bäuerin. Es geht nur darum, uns gegenseitig in Glauben und Liebe zu stärken. Zu diesem Dienst ruft Euch alle unser Hilfskomitee. In diesem Dienen aus Glauben und Liebe wird unsere Treue, hier in Deutschland oder dort in Siebenbürgen, ihren letzten Sinn und ihren Lohn finden.

.-.-.-.-.-.-.

Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben in Deutschland
Landesstelle Bayern
München 22 - Himmelreichstr. 5
Postscheck: 5729

Drucksache

Herrn Dr. Dr. h.c.
Heinrich Zillich
13b) Starnberg
Jos. Fischhaberstr. 15

1136) MÜNC 15

Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben
im Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland

München 22, den 13. August 1951
Himmelreichstraße 3
Telefon: 27055
288/-B/Zi.

An sämtliche Vorstandsmitglieder
des Hilfskomitees der Siebenbürger Sachsen
und Banater Schwaben

E i n l a d u n g

zur 1. Vorstandssitzung des Hilfskomitees der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben im Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland.

Da der anderweitig in Anspruch genommene 1. Vorsitzende unseres Hilfskomitees, Herr Fritz Heinz R e i m e s c h , mir die Versehung seiner Funktion bis auf weiteres übertragen hat, möchte ich Sie hiermit zur 1. Vorstandssitzung unseres Hilfskomitees freundlichst einladen.

Zeit: Freitag, 24. August 1951, 9,30 Uhr.

Ort: (sofern nicht anders bekanntgegeben wird) das Landheim N e u f ü r s t e n h ü t t e bei Groß-Erlach im Mainhardter Wald, Krs. Backnang/Württemberg. Bahnstation Backnang. Autobusverbindung von Backnang (ab Bleichwiese um 17,30 Uhr, oder ab Spinnerei 12,15 Uhr) direkt zum Heim oder von Schwäbisch Hall und Sulzbach nach dem 3 km vom Heim entfernten Groß-Erlach. (Zur Wahl des Ortes siehe "Anmerkung").

Tagesordnung:

1. Beratung des Generalplanes für die Arbeit unseres Hilfskomitees.
2. Organisations-und Personalfragen.
3. Sonstiges.

Anmerkung: Vom 21.-23. August d.J. findet am angegebenen Ort eine Freizeit im Rahmen unseres Hilfskomitees statt, zu der auch die Vorstandsmitglieder herzlich gebeten werden. Allen Teilnehmern sollen die über DM 10,-- hinausgehenden Fahrtspesen ersetzt werden. Weiteres teilt Studienrat Hans P h i l i p p i , (13a) Schweinfurt/Main, Nik. Hofmannstraße 41, mit. An dessen Anschrift erbitte ich von den an der geplanten Vorstandssitzung verhinderten Mitgliedern eine kurze Mitteilung (bitte postwendend), damit in der knappen Zeit noch für die nötige Vertretung gesorgt werden kann.

gez. Dr.Dr. Erich R o t h
Zweiter Vorsitzender

H. Groß.
(Hubert Groß)
Hauptgeschäftsführer

IKGS

B e r i c h t

über die Vorstandssitzung des Hilfskomitees der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben am 24. August 1951, 9 Uhr, in Neufürstenhütte Heim der Hilfskomitees

ß/Zi.

Anwesende: Dr. Erich R o t h , Hans Philippi, Brigitte Csaki, Johann Mann, Willi Roth;
als Gastvertreter aus Österreich: Sepp Scheerer;
als Gast: Edgar Scholtes.
Schriftführer: Geschäftsführer Hubert Groß.

1. Mit der Schriftlesung und Gebet eröffnet Dr. R o t h die Beratungen.
Er verweist sodann auf die schon eingetretene Entflechtung unserer Hilfskomitee-und landsmannschaftlichen Arbeit hin, die nun, nach Abschluß der Rüstzeit in Neufürstenhütte, durch Verhandlungen weiter zu klären sei. Der Pfeiler, auf dem unsere Hilfskomiteearbeit aufzubauen habe, sei Gottes Wort. Es sei notwendig, ein die Arbeit tragendes Gremium außerhalb der alljährlichen Rüstzeit zu schaffen. Die seit 1933 und wieder seit 1945 in Deutschland auftretende tiefe religiöse Krise sei überwunden, und es gehe nun wieder bergan. Unsere Landsleute in Deutschland müßten an dieser Aufwärtsentwicklung teilhaben. Unsere Landsmannschaft sei in dieser Hinsicht noch in tiefem Schlaf befangen und trüge der Veränderung durch Positionsrevision keine Rechnung. Da müsse unser "Hilfskomitee das Gewissen unserer Landsmannschaft" werden, wie Bruder P h i l i p p i in Dinkelsbühl sehr treffend festgestellt hat. Vor allem müßten wir uns vor einem politischen Kurs, der zu einem neuerlichen Zusammenbruch führen könnte, hüten. Eine Tiefenwirkung auf die Gemeinden, die Siebenbürger Landsleute umfassen, müßte mit dem Ziel ausgeübt werden, unsere Landsleute in das hiesige Kirchliche Leben lebendig einzubauen. Es sei dabei noch unklar, was von unserem heimatlichen kirchlichen Brauchtum übernommen werden könnte, ohne hier eine von uns nicht gewollte Sonderstellung einzunehmen.
Dr. R o t h schlägt vor, in allen Gemeinden, in denen 8-10 und mehr Siebenbürger Familien ansässig seien, etwa 2 Männer mit der Überwachung der Landsleute in kirchlichem Sinn zu betrauen. Diese Männer sollten, unabhängig davon, ob sie im Kirchenvorstand seien, wie unsere Kirchenväter daheim die Landsleute weitgehend beraten und leiten.

2. Geschäftsführer G r o ß berichtet über die Aufstellung der Landesgeschäftsstelle für kirchliche Vertriebenenarbeit der Evang.-Luth. Landeskirche in Bayern und ihre Wirksamkeit im Dienste unserer Hilfskomitees.

3. G r o ß legt einen Bericht über die Kassengebarung des Siebenbürger Hilfskomitees seit dem 1.7.1951, dem Zeitpunkt der Trennung der Hilfskomiteekasse von der der Landsmannschaft vor, der vom Vorstand einstimmig genehmigt wird.
Es wird beschlossen, Portoauslagen im Dienste der Hilfskomiteearbeit grundsätzlich zu vergüten. Von der Möglichkeit, hierfür Mittel der Landesgeschäftsstelle für Vertriebenenarbeit der Bayer. Landeskirche zu beanspruchen, soll im Rahmen der Richtlinien der Landesgeschäftsstelle Gebrauch gemacht werden.

4. Der Vorstand beschließt, folgenden seiner Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder ein offizielles Mandat als Vertreter unseres Hilfskomitees bei der betreffenden Landeskirchenleitung zu erteilen:
Hans Philippi für Bayern; Dr. Roth für Niedersachsen; Brigitte Csaki für Württemberg-Baden, Willi Roth für Hessen-Nassau; Möckesch für Hamburg und Schleswig-Holstein; zu einem späteren Zeitpunkt Möckel für Westfalen.

5. Vorsitzer Dr. R o t h stellt fest, daß die Satzungen unseres Hilfskomitees unbrauchbar, weil undurchführbar seien. Trotz unserer Ablehnung unnötiger Organisationsformen seien in wenigen Sätzen zusammenfassende "Richtlinien unserer Arbeit" notwendig. Der nächsten Vorstandssitzung werde ein solcher Entwurf neuer Satzungen vorgelegt werden. Nach dessen Genehmigung müßten die bisherigen Satzungen formell aufgehoben werden Die Behandlung dieser Frag wird bis zur nächsten Sitzung vertagt.

./.

Forts.: Vorstandssitzung Hilfskomitee Siebenbürgen vom 24.8.1951 in Neufürstenhütte/Württemberg.

4. P h i l i p p i hält mindestens halbjährliche Vorstandssitzungen für notwendig. Dr. R o t h will diese Sitzung in engstem Zusammenhang mit unseren Rüstzeiten gestellt wissen. Es sei zu bedenken, daß wir nicht Exekutiv-, sondern doch nur beratendes Organ seien u. daß doch Gottes Geist wirken solle.
Beschluß: Der Vorstand des Hilfskomitees tritt jährlich mindestens einmal, wenn notwendig öfter, zusammen.

5. G r o ß wird beauftragt, mit dem Vorstand der Landsmannschaft und dem Redaktionsausschuß der "Siebenbürgischen Zeitung" über die Hilfskomiteespalte in diesem Blatt zu verhandeln. Zu erstreben sei die Einräumung etwa einer halben ~~Spalte~~ Seite jeder Folge für die Veröffentlichungen unseres Hilfskomitees, die unter der Überschrift "Die Stimme Deiner Kirche" möglichst "unterm Strich" erscheinen und von Hans P h i l i p p i verantwortlich redigiert werden sollen. Unser Hilfskomitee sei grundsätzlich bereit, zu der Finanzierung der Zeitung seinen Mitteln entsprechend beizutragen. Es wird zunächst ein Zuschuß in der Höhe von DM 50,-- für die Zeit bis Ende 1951 bewilligt.

6. Es dient zur Kenntnis, daß sich im Verl uf der vorhergegangenen Rüstzeit folgende Brüder bereit erklärt haben, die geistliche Patenschaft für die Landsleute in dem angegebenen Ort bzw. Kreis zu übernehmen:
1. Dr. R o t h: Ergersheim, Krs. Uffenheim - 2. Willi R o t h, Frankfurt/M. - 3. Galter: Friedberg-Hessen; 4. Scholtes: Kreis Kitzingen; 5. Gondosch: Krs. Schwäbisch-Hall - 6. Wild: Bayreuth u. Krs. Pegnitz - 7. Keintzel u. Löprich: Heidelberg - 8. Reiser: vermutlich Krs. u. Lager Hammelburg.

7. Zur Teilnahme am "Tag der zerstreuten Heimatkirchen" in Lübeck sind wir als Siebenbürger Sachsen eingeladen worden. G r o ß hat die Organisationen unserer Landsmannschaft in Norddeutschland zur Teilnahme aufgerufen. Wegen der geringen Anzahl unserer Landsleute in diesen Ländern und wegen des nahezu völligen Fehlens des bäuerlichen Elements würden wir jedoch als Gemeinschaft in Lübeck nicht in Erscheinung treten können. Der Vorstand beschließt daher, unsere Vertreter in Lübeck sollten sich als Gäste den Südostdeutschen anschließen und keine eigene Veranstaltung vorsehen. Pfarrer K o n d e r t wird ein Reisezuschuß von DM 30,-- aus der Zuwendung des Ostkirchenausschusses bewilligt, unter der ihm mitzuteilenden Voraussetzung, daß auch er in Lübeck bloß als stiller Beobachter auftrete. Dr. R o t h teilt in diesem Zusammenhang mit, daß Pastor Spiegel-Schmidt einen Südostdeutschen Kirchentag in Stuttgart plane; wir müßten in diesem Rahmen ebenfalls zur Geltung kommen. Für einen späteren Zeitpunkt sei die Abhaltung eines siebenbürgisch-sächsischen Heimatkirchentages zu erwägen.

8. Verschiedenes: a) aus Anlaß des Ablebens der Gattin Bischof D. Müllers in Hermannstadt wird Dr. R o t h namens unseres hiesigen Bruderkreises unser Beileid zum Ausdruck bringen. Dr. Roth wird Bischof D. Müller auch mitteilen, daß die Friedenserklärung des Hermannstädter Evang. Bezirkskonsistoriums auch unsere Zustimmung gefunden hat. b) Johann M a n n stellt fest, daß bei den Landsleuten in den mittelfränkischen Kreisen eine Begriffsverwirrung hinsichtlich Landsmannschaft und Hilfskomitee herrsche, die zu klären notwendig sei. Er hält den häufigen und wiederholten Einsatz von Reisepfarrern in diesen Kreisen und eine entsprechende Jugendarbeit für sehr wichtig.
Dr. R o t h dankt den Teilnehmern für den brüderlichen Geist, in dem sie die Verhandlungen pflogen, uns schließt um 14,45 Uhr die (durch eine Mittagspause um 12 Uhr unterbrochene) Sitzung.

gez. Hubert G r o ß
~~Ge~~Schriftführer

ikgs

HILFSKOMITEE DER SIEBENBÜRGER SACHSEN UND BANATER SCHWABEN

München 22, den 11. März 1952
Himmelreichstraße 3
Telefon: 2 70 55

Br./Zi.

E i n l a d u n g .

Das Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben veranstaltet im Einvernehmen mit der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen am

D o n n e r s t a g , den 10. A p r i l d.J.

(Gründonnerstag), ab 17 Uhr, und am Freitag, den 11. April d.J. (Karfreitag), eine gemeinsame Freizeit in Starnberg, zu der wir Sie herzlich einladen. Der Tagungsraum wird den Teilnehmern rechtzeitig bekanntgegeben.

Diese Freizeit soll, durch einige Referate eingeleitet, hauptsächlich Gelegenheit zu Aussprachen geben, um die Möglichkeit zu schaffen, die Arbeit der Landsmannschaft und des Hilfskomitees auf einander abzustimmen.

Wir bitten auf dem unten stehenden Abschnitt umgehend um Ihre Zusage und um eventuelle Themenvorschläge für Referate bzw. Diskussionen. Wenn Quartiere in Starnberg besorgt werden sollen, bitten wir um Mitteilung. Es muß ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß weder die Landsmannschaft noch das Hilfskomitee in der Lage sind, für diese Freizeit irgendwelche Reisekosten oder Quartierzuschüsse zu gewähren.

Mit heimatlichem Gruß
gez. Dr. Wilhelm B r u c k n e r

F r e i z e i t

der siebenbürgisch-sächsischen Jugend und Kriegsgeneration

auf dem H e s s e l b e r g vom 20. - 23. März 1952

==========

Liebe Freunde!

Von der "Freizeit der siebenbürgisch-sächsischen Jugend und Kriegsgeneration" auf dem Hesselberg (20.-23.3.1952) wollte ich Euch berichten. Damit hat es nun etwas lange gedauert, weil ich (erstens) gleich nach der Freizeit manches zu tun hatte, was wir uns auf der Freizeit zu tun vorgenommen hatten. Dann aber stellte es sich auch (zweitens) heraus, daß es gar nicht leicht ist, diesen Bericht zu schreiben. Nicht nur weil wir kein Protokoll geführt haben, sondern vor allem deshalb, weil unsere Gespräche so weit ausgriffen, so viel anschnitten und anderseits wieder so ineinandergriffen und zusammenhingen, daß eine "Kurzfassung" davon unmöglich ist.

Das war bei den Fragen, denen die Freizeit galt, gar nicht anders denkbar. Wir hatten uns vorgenommen, die G l a u b e n s f r a g e zu erörtern, wie sie sich uns, d e r s i e b e n b ü r g i s c h - s ä c h s i s c h e n K r i e g s g e n e r a t i o n , stellt. Daß an dieser Frage eine Fülle von Problemen hängt, wird niemanden verwundern. Daß es Fragen sind, die, nachdem sie lange unter uns geruht haben, auch wieder u n t e r u n s aufgegriffen werden müssen, weil sie - welche Stellung man im Einzelnen auch einnehmen mag - auf jeden Fall z e n t r a l sind, darauf hat uns die Diskussion deutlich gestoßen.

Doch schön der Reihe nach!

Veranstalter der Freizeit war das Siebenbürgische Hilfskomitee. Die evangelische Volkshochschule auf dem Hesselberg (bei Dinkelsbühl) beherbergte uns sehr gastfreundlich in ihren Räumen. - Die Einladungen waren ein wenig spät hinausgegangen. Aber auch die Reaktion ließ zu wünschen übrig(Es muß hier, unter uns, einmal gesagt werden: Eine gewisse Antwortdisziplin - d.h. also auch negative Antwort! - ist die primitive Voraussetzung jeder Arbeit, die auf postalische Verbindung angewiesen ist, und gehört auch überdies zur "Lebensart" und zum "guten Ton".) Schließlich war auch der Besuch bedauerlich schwach. Das schadete freilich dem Gehalt der Freizeit nicht; denn desto intensiver ging es her.

Morgenandacht, Referate und Aussprachen, Singen und Spaziergänge gaben den Fragen Rahmen und Inhalt.

Das einleitende Referat (Paul P h i l i p p i) stellte etwa das Thema der Tage. Es versuchte die Entwicklung von der bezeugten, also so charakteristisch für unser Volk geltenden kirchlichen Verbundenheit um 1900, zu der kirchlichen, bzw. gerade u n -kirchlichen Haltung unserer jungen Generation darzustellen und bemühte sich, diese Haltung und ihre Ursachen zu erkennen.

Bruno M ü l l e r befaßte sich mit den allgemeinen, in unserer ganzen Zeit liegenden Ursachen für die kirchliche Entfremdung und Wigant W e l t z e r nahm später zur gleichen Frage Stellung, indem er vor allem darstellte, wie die meisten Landsleute selbst ihre Entfremdung sehen und begründen.

Herr Kirchenrat B u n z e l von der Bayerischen Landeskirche berichtete von der Art und den Zielen der evangelischen kirchlichen Jugendarbeit.

./.

In einem sehr bewegten Gespräch, von Bruno M ü l l e r eingeleitet, ging es um die Frage, worauf es im "Christlichen" ankäme (und worauf nicht), und was sich für unsere Arbeit daraus ergäbe.

Sehr wesentlich war das Referat von Dr. Hans C h r i s t (Ungarn), der aus persönlicher Kenntnis das Bild der "Siebenbürgischen Volkskirche mit den Augen eines Außenstehenden" zeichnete. Er stellte in seinen Ausführungen immer große Zusammenhänge zu entscheidenden geistigen, kirchlichen und nationalen Problemen in der heutigen "großen" Welt her und zeigte, daß gerade die "kleine" evangelisch-sächsische Tradition ungemein wichtige Lösungen in sich birgt, die erkannt, gelebt und gehoben werden müssen. Er versäumte freilich auch nicht, auf Grenzen und ernste Gefahren unserer Tradition hinzuweisen.

Am Sonntag, 23.3., hielt Herr Pfr. Dr. A l b e r t i einen Abschlußgottesdienst.

Alle Referate waren aber nur Grundlage für das anschließende Gespräch, das auch immer sehr lebhaft einsetzte - ein Zeichen dafür, daß wir mit den keinesfalls leichten Fragen nicht in den Wolken hängen blieben, sondern sie dort behandelten, wo sie uns unter den Fingern brannten.

U n d w a s k a m n u n d a b e i h e r a u s ?

Es bliebe eine Pfuscherarbeit, wenn ich versuchen wollte, Inhalt und Ergebnis der Tage erschöpfend zusammenzufassen. Nur andeutungsweise sei einiges herausgegriffen, und von praktischen Konsequenzen berichtet, die wir ziehen wollten.

Naturgemäß beschäftigt uns z.B. das Verhältnis von Glaubens-und Volksgemeinschaft in unserer Heimatkirche sehr stark, und von da aus die scheinbaren und wirklichen Unterschiede zu deutschen evangelischen Landeskirchen. Darin, daß unsere Kirche den g a n z e n Lebenszusammenhang als eine unteilbare Einheit und Ganzheit behandelte und in sich schloß, und nicht allein einen kultischen oder religiösen Sektor zu pflegen und zu fördern versuchte, erblickten wir eine unaufgebbare Wahrheit. Darin schien uns auch die Berechtigung dessen zu liegen, was gerne als größere Lebensnähe und Glaubwürdigkeit unserer Kirche bezeichnet wird. Freilich erfordert diese Weite, auch was den Glauben betrifft, ein besonders hohes Maß verantwortlichen Ernstes (vom Einzelnen wie von der Gemeinschaft); sonst wird sie hohl, kraftlos und unwahr. Wer die volkserhaltende Funktion der Kirche bejaht und am Glauben "uninteressiert" ist, sägt den Ast ab, auf dem er sitzt und beweist, daß er vom Kerne des Glaubens keine Ahnung hat.

Die Verwässerung und Aushöhlung der evangelischen Substanz, die in den letzten Jahrzehnten stattgefunden hat, ist in unserer Generation schon zu Hause (Dr. Christ betonte es!), besonders aber nach Entfernung aus der Heimat sichtbar geworden. Die Ursachen dafür (Gefährdung des Volkstums, weltanschauliche Zeitströmungen, Komplexe und Angleichungsbestreben gegenüber Reichsdeutschen, etc.) haben wir ausführlich bedacht. Mit den heimatlichen Formen sind für viele alle Bindungen zerbrochen. Die Orientierungs-und Urteils-losigkeit in Glaubensfragen unter uns ist jedenfalls eine Zerfallserscheinung. Daß zwischen der menschlichen, moralischen, charakterlichen Entwurzelung, der individualistisch-egoistischen Einstellung zum Leben und zur Gemeinschaft einerseits und dem Schwinden der evangelischen Gebundenheit anderseits ein Zusammenhang besteht, kann nicht übersehen werden. Eine Neuorientierung in der Glaubensfrage erweist sich daher für unsere Generation als grundlegende Notwendigkeit - vom Einzelnen, wie von der Gemeinschaft her gesehen.

./.

Diese Neuorientierung müssen wir selbst vollziehen. Warum?

1. Auch über Glaubensdinge kann man in verschiedener Art sprechen. Auch die Kirchen und ihre Redeweise sind jeweils alle von verschiedenen Voraussetzungen geprägt. Das ergibt äußerliche und scheinbare Unterschiede zur deutschen evangelischen Tradition, die das Verstehen erschweren; man hört sie unter uns häufig hervortreten. Andererseits erleichtern gemeinsame Art und Voraussetzungen die Verständigung u n t e r u n s in diesen Fragen. Deshalb werden W i r ihnen auf den Grund gehen müssen, um von da aus Mißverständnisse zu klären, Vorurteile zu überwinden, Ausreden als solche zu erkennen und wirkliche Differenzen auf ihr Recht und ihr Wesen zu prüfen. Wo wir ein Recht unserer kirchlichen Eigenart und Anschauungen zu erkennen meinen, dort erwächst uns die Verpflichtung, diese zu wecken oder zu hüten, zu begründen und zu leben; nicht im Sinne des Absonderns, sondern des Weitergebens und Zuordnens. Herr Kirchenrat B u n z e l versicherte uns, daß z.B. von Seiten der Bayerischen Landeskirche solche Initiative gerne gesehen und auch unterstützt werde, nur muß sie zuerst ergriffen werden. (Wir können nicht erwarten, daß a n d e r e unsere Anliegen aufgreifen, die wir polemisch im Schmollwinkel geäußert haben.) - Kritische Einsichten werden uns bei solcher Arbeit weder der Heimatkirche noch den deutschen Kirchen gegenüber erspart bleiben; sie bedürfen nicht billiger Beschönigung oder Verharmlosung, sondern nur eines positiven Lösungswillens.

2. Wesentlich wurde uns auch die Einsicht, daß, gerade auch von der heimatlichen Tradition her - aber nicht nur daher - die Glaubensfrage nicht isoliert behandelt werden kann. Die Arbeit an ihr zwingt uns auch zur Erarbeitung aller übrigen Fragenkomplexe, die unser Leben bestimmen bzw. bestimmt haben (- soziologische und nationale Probleme, Geschichte u.s.w.) - u n d u m g e k e h r t . Auch daran wird klar, daß es uns [redacted] nehmen kann, diese Arbeit s e l b s t zu tun.

3. Der wichtigste Grund [redacted] in dieser Frage aneinander gewiesen sind, ist unsere [redacted] persönliche Verbundenheit. Ist es Tatsache (und nicht nur ein[redacted], daß wir eine Gemeinschaft sind und waren, dann bedarf es keiner weiteren Begründung, daß wir gerade auch an diesem Punkt zusammengehören. Gemeinsame Herkunft, gemeinsamer Weg und persönliche Verbundenheit sorgen nicht nur dafür, daß wir einander verstehen (- und nicht, wie es in diesen Fragen so häufig ist, chinesisch füreinander reden), sondern schaffen auch die Vertrauensbasis, die Voraussetzung für eine offene, ungekünstelte Aussprache ist. Die A u f r i c h t i g k e i t u n d E h r l i c h k e i t , die in der Ablehnung von "Kirche" oder "Christentum" durch "unsere Leute" steckt, müssen wir hochschätzen und bewahren!

[redacted]ch auf der Freizeit war uns das Wertvollste der menschlich-persönliche Kontakt, die Gemeinschaft, die wir uns zu bewahren und weiterzugeben vorgenommen haben.

U n d F o l g e r u n g e n ?

Unsere Generation wird sich mit neuem Ernst und Gründlichkeit ihren Problemen stellen müssen. Das gilt besonders und innerhalb alles andern für die Glaubensfrage. Es kann nicht durch "Organisation" oder Institutionen geschehen, sondern nur durch p e r s ö n l i c h e Arbeit, die jeder an dem Ort leistet, wo er sich befindet. In Zellen und aus Zellen muß wachsen, was gesund sein soll. Solches Arbeiten und Wirken aber braucht (und erzeugt!) G e m e i n s c h a f t . Diese zu finden, zu vergrößern, zu befestigen und zu vertiefen sollen uns Zusammenkünfte, sog. "Freizeiten" helfen.

./.

Zwei Freizeiten haben wir gleich konkret ins Auge gefaßt:

1. Eine Freizeit (3-4 Tage) mit noch nicht ganz fixem Sommertermin (etwa Ende Juli) in Württemberg. Erkundigungen an Baldi H e r t e r Stuttgart-Vaihingen, Möhringerstraße 14, richten!

2. Eine größere Freizeit vom 22.12.1952 - 3.1.1953 auf der Burg Hoheneck bei Uffenheim. Merkt Euch den Termin schon jetzt vor und meldet Euch möglichst frühzeitig (d.h. schon ab jetzt!) entweder bei der Dienststelle des Hilfskomitees der Siebenbürger Sachsen, München 22, Himmelreichstraße 3 (Dr. Alberti), oder bei Hans Philippi, Schweinfurt, Nik. Hofmannstraße 41. Dort erhaltet Ihr auch Auskünfte.

Wesen und Kern dieser "Freizeiten" wird sich nach diesem Bericht hoffentlich jeder ungefähr vorstellen können. Daß es dabei in froher Geselligkeit zugeht (z.B. Singen und Volkstanz sollen nicht fehlen-) ist klar und bedarf eigentlich gar keiner Erwähnung.

Damit schliesse ich diesen Bericht. Hoffentlich wandert er nicht achtlos in den Papierkorb und erzeugt eine Reaktion: Zustimmung oder (konstruktiven!) Widerspruch.

Herzlich grüßt Euch
gez. Paul P h i l i p p i



HILFSKOMITEE DER SIEBENBÜRGER SACHSEN UND BANATER SCHWABEN
im Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland

- Hauptstelle München -

München 22, den 3.4.1952
Himmelreichstraße 3
Telefon: 27055

An die
Vorstandsmitglieder
des Hilfskomitees der
Siebenbürger Sachsen und
Banater Schwaben

E i n l a d u n g

Da wir die Gelegenheit des für Ostern d.J. nach München anberaumten Verbandstages nutzen wollen, lade ich Sie hiermit zu einer Vorstandssitzung unseres Hilfskomitees ein.

Zeit: 2. Ostertag , 14.4.1952 , um 15 Uhr

Ort: München 38 (Nymphenburg), Evangelischer Gemeindesaal der Stephanuskirche, Pechlarnstraße 25/o.

Tagesordnung:

1. Regelung der Anstellung des Geschäftsführers
2. Beschliessung der Satzungen unseres Hilfskomitees
3. Planung der Weiterarbeit
4. Sonstiges.

Anmerkung:
Da die im Pfarramt stehenden Vorstandsmitglieder ihres Dienstes wegen nicht erscheinen können, bitte ich alle die Anderen, es umso gewissenhafter zu tun.

Ich möchte noch auf die Wichtigkeit der Zusammenkunft zu einem Gespräch zwischen Hilfskomitee und Landsmannschaft in Starnberg (Einladungen haben Sie ja erhalten) aufmerksam machen. Um der Sache willen ist es für alle Vorstandsmitglieder und Ersatzleute dringend erwünscht, dort anwesend zu sein.

Hauptgeschäftsführer:
gez. Dr. Wilh. B r u c k n e r

Geschäftsf. Vorsitzender:
gez. Dr. Dr. Erich R o t h

ikgs

HILFSKOMITEE DER SIEBENBÜRGER SACHSEN UND BANATER SCHWABEN
im Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland
München 22, den 22.6.1952
Himmelreichstraße 3
Telefon: 27055

Herzliche Einladung

zum Treffen unseres kirchlichen Arbeitskreises.

Aus dem "Theologischen Arbeitskreis" ist durch seine Arbeit - und das müssen wir dankbar hinnehmen - der Trägerkreis unseres Dienstes im Hilfskomitee geworden. Bei unserer vorjährigen Tagung in Neufürstenhütte besprachen wir unser nächstes Treffen nicht auf theologische Diskussionen zu beschränken, sondern damit einen Besuchsdienst bei den Landsleuten zu verbinden. Im Anschluß an unser Zusammensein hatten wir in Neufürstenhütte eine Rüstzeit für Laienmitarbeiter. Es zeigte sich, daß diese Kräfte einfach in unseren Kreis hineingehören. Diese Sachlage ist nicht organisiert oder erzwungen, sondern erwachsen. Darum ist jeder Landsmann, Brüder und Schwester, alt und jung, in unseren Kreis geladen.

So wollen wir als "Kirchlicher Arbeitskreis des Hilfskomitees" vom 26.-29. August (Dienstag bis Freitag), mit Anreise am August, in Uffenheim (Bahnstation auf der Streck Würzburg-Ansbach) zusammenkommen. Der Vormittag soll unserer theologischen Arbeit gehören, am Nachmittag wollen wir uns in Gruppen von 2-3 in die umliegenden Dörfer begeben und alle Landsleute, unter denen Pfarrer Kuno Galter im vorigen Herbst gewirkt hat, in ihren Häusern aufsuchen und abends zu einem Siebenbürgischen Gemeinschaftsabend sammeln. Wir möchten auf diese Art an drei Tagen die Gemeinden dieses Kreises besuchen. Soweit wir Räder oder Motorräder mitbringen können, soll das geschehen. Für die übrigen wird Fahrgelegenheit besorgt oder der Einsatz so geregelt, daß sie ohne mechanische Kraft auskommen. Der letzte Abend soll mit Abendandacht und heiligem Abendmahl gefeiert werden.

Der Termin ist so gelegt, daß die Pfarrer keinen Sonntag verlieren müssen und daß diejenigen von uns, die an den letzten beiden Tagen des Deutschen Evangelischen Kirchentages in Stuttgart teilnehmen wollen, anschliessend gleich dorthin fahren können. Wenn es einigen von uns möglich ist, noch über Samstag oder Sonntag in Uffenheim zu bleiben, würden wir für Sonntag dort einen großen Heimatgottesdienst mit anschließender Gemeindeversammlung ansetzen, zu der dann alle in der Woche besuchten Gemeinden eingeladen werden.

Die Arbeit der vier Vormittage: Nach der Morgenandacht tägliche Bibelarbeit, die auf unsere Situation und die Arbeit unter unseren Landsleuten Bezug nehmen soll. Als Diskusiionsgrundlage sind dann bisher Referate über folgende Themenkreise vorgesehen:

I. Schuld und Sühne.

1) Die evangelische Lehre,
2) Wie bringen wir den Menschen zum Hören und zur Erkenntnis seiner Lage vor Gott?
3) Welche besonderen Schwierigkeiten sind bei unseren Brüdern aus Siebenbürgen zu überwinden und wie?

II. Die geistige Situation unserer Landsleute (in der Stadt, auf dem Dorf) und ihre Stellung in der kirchlichen und völkischen Gemeinschaft.

./.

III. (Täglich): Besprechung von Predigten und Evangelisationen, Austausch der am Vortag gemachten Erfahrungen und Vorbereitung des praktischen Einsatzes.

IV. Berichte aus der Hilfskomiteearbeit und Besprechung ihrer weiteren Ausgestaltung.

V. Haben wir als Christen aus Siebenbürgen der Gemeinde etwas zu geben? Erarbeitung dessen, was an bleibenden Werten in unserer Kirche und unserer Frömmigkeit lebte und lebt. Für diesen Punkt bitte ich jeden Teilnehmer sich nach Kräften vorzubereiten.

Das ganze Programm ist nicht endgültig und nicht starr. Ich bitte um Anregungen und Abänderungsvorschläge.

Mit einigen uns nahestehenden Referenten außerhalb unseres Kreises stehen wir bereits wegen ihrer Mitarbeit in Verbindung. Wir bitten aber besonders um die möglichst rege Mitarbeit aus u n s e r e n Reihen. Wer könnte Referat oder Korreferat zu einem der Themen vorbereiten? Wer sonst einen Beitrag leisten? Wer übernimmt eine der Morgenandachten (möglichst den Losungstext, aber nicht bindend)?

Für Unterbringung und Verpflegung ist gesorgt. Die Kosten werden sich in üblicher Höhe bewegen (3,50-4 DM pro Tag), doch ist - wie im Vorjahr - die Möglichkeit gegeben, Zuschüsse für Reise und Aufenthalt zu gewähren: es braucht also niemand aus finanziellen Gründen zu Hause zu bleiben.

Anmeldung bis 20 Juli erbeten. Je früher aber die Antwort da ist, umso besser. Nähere Mitteilungen erhalten alle Angemeldeten rechtzeitig.

So hoffen wir, heuer alle zur Mitarbeit in unserem Kreis Berufenen unter uns zu haben. Unser Dienst kann nur von Segen sein, wenn er aus brüderlicher Gemeinschaft heraus geschieht. Diese Gemeinschaft besteht vielfach schon unter uns. Sie hat uns auch bisher über viele Anfechtungen und schwere Lagen hinweggeholfen. Wir hatten manchmal Gelegenheit, beglückt zu empfinden und von Herzen dankbar dafür zu sein, daß unser Verstehen und unsere Zusammenarbeit "auf der Ebene der Selbstverständlichkeit angekommen ist", wie ein Freund es ausdrückte. Das gibt viel Mut und Kraft.

Und so schließe ich diese herzliche Einladung mit der Bitte, unserem Hilfskomitee und den Brüdern und Schwestern, die ihm dienen wollen, die Teilhabe an seinen Bemühungen und Sorgen, äußerlich und innerlich nie zu versagen. Von uns aus wollen wir die Gemeinschaft auch immer suchen und uns vornehmen, sie durch etwa vierteljährliche Mitarbeiterrundschreiben immer enger zu gestalten. In allem aber wollen wir uns immer prüfen und darum bemühen, nicht unser Wekr zu tun, sondern uns in allem Tun und Planen in den Dienst und Auftrag Gottes zu stellen.

In Verbundenheit des Glaubens und des Dienstes

gez. Hans P h i l i p p i

ikgs

HILFSKOMITEE DER SIEBENBÜRGER SACHSEN UND BANATER SCHWABEN
im Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland
- Hauptstelle München -

München 25, den 20. Juni 1952
Himmelreichstraße 3
Telefon: 27055

B i t t e l e s e n !

B i t t e w e i t e r g e b e n

R u n d s c h r e i b e n

"Ist der Rat oder das Werk aus den Menschen, so wird's untergehen; ist's aber aus Gott, so könnt ihr's nicht dämpfen."
(Apostelgesch. 5, 38-39)

Liebe Brüder und Schwestern!

A. Nach langer Pause soll heute wieder ein Rundschreiben an alle die hinausgehen, die in der Arbeit unseres Hilfskomitees stehen und sich für den inneren Weg und die geistliche Betreuung unserer Siebenbürger in Deutschland verantwortlich wissen. Wir senden den Rundbrief an alle diejenigen, von denen wir wissen, daß sie mit uns gemeinsam in diesem Dienst stehen, aber auch an manchen Bruder und manche Schwester, die wir damit erneut in unsere Gemeinschaft und zu diesem Dienst rufen wollen, auch dann, wenn sie auf unsere wiederholten Schreiben der letzten Jahre noch nie ein Wort von sich hören ließen: Wir bitten diese herzlich um ihre Gemeinschaft. Selbst wenn sie nur innerlich, mit ihren Wünschen oder Gebeten, hinter unserer Arbeit stehen, bedeutet es uns eine Stärkung, dieses zu w i s s e n .

Wir suchen in der Arbeit unseres Hilfskomitees nicht äußere Ehre und Anerkennung und meßbare oder zählbare Erfolge. Wir können nicht mit Massenversammlungen aufwarten. Wir freuen uns auch mehr, wenn von 600 Eingeladenen sieben zu einer Gemeinschaftsstunde kommen und wir da spüren: hier entsteht Gemeinde, als über eine tote Massenversammlung. Es ist ein Dienst der Stille, des Rufens der Einzelnen - ein Rufen, das oft gar nicht gerne gehört wird, eine Arbeit, die der andere oft weder will noch schätzt. Wir dürfen uns aber diesem Dienst nicht entziehen. Wir sind für den Glaubensweg unserer Landsleute mitverantwortlich, solange wir noch die Möglichkeit haben, sie anzusprechen: wir sind mit ihnen e i n e n Weg gegangen, sind mit schuld, wenn sie in die Irre gingen, sei es, daß wir sie in eine falsche Richtung geführt oder geschickt haben, sei es, daß wir sie allein gelassen haben und ihnen nicht nachgerufen sind. Das darf uns hier keine Ruhe lassen. Denn es muß uns klar sein, daß wir Christen und daß unsere Kirche durch nichts so unglaubwürdig erscheinen und wegen nichts so viel angefeindet werden als wegen der im täglichen Leben und in der Gemeinschaft versagenden Haltung derer, die in ihrem Dienst stehen oder sich Christen nennen. Wir sind und gelten als Zeugen Christi: an unserem Tun und Lassen entscheidet sich oft der Glaube unserer Brüder ("Sie haben uns im Stich gelassen!"). Da kann man nicht mehr nach Erfolgsaussichten fragen, da muß man sich auch sagen lassen können, daß man der Dum-

s/.

me ist, wenn man sich um "Aussichtsloses" bemüht (wie es mir gesagt wurde), da müssen wir einfach da sein. So ist das erste Wort ein R u f z u r M i t a r b e i t .

. . . . . .

B. Das zweite soll ein B e r i c h t sein.

Über die Grundlage und das Selbstverständnis unserer Arbeit unterrichtete vor beinahe Jahresfrist ein Rundschreiben mit dem Dinkelsbühler Referat über die "Neugestaltung der Hilfskomiteearbeit". Wie in den darauffolgenden Monaten weitergearbeitet wurde, geht aus einem im Januar d.J. verfaßten Bericht hervor, der auch Grundsätzliches über unsere Arbeit, ihre Ziele, Wege und Schwerpunkte enthält und darum hier folgen soll:

Das Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben

im Jahre 1951 und in den ersten Monaten des Jahres 1952.

Die besondere Prägung des kirchlichen Lebens in Siebenbürgen ist wohl der Grund dafür, daß den im Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und evangelischen Banater Schwaben tätigen Kräften das Ringen um den rechten kirchlichen Weg dieser Gruppe von Glaubensbrüdern als eine sie tief bewegende Auseinandersetzung aufgegeben war. Während die im mittelfränkischen Raum - also einem seinerseits sehr traditionsgebundenen Gebiet der evang.-lutherischen Kirche Bayerns - untergebrachten Siebenbürger Sachsen aus der eigenen traditionserstarrten Kirchlichkeit nur schwer eine Brücke zu den einheimischen Gemeinden finden konnten, den Gemeinden eine große Not bereiteten, letztlich in dieser Situation ohne eine geistliche Führung dastanden und höchstens gelegentlich in Heimatgottesdiensten besonders angesprochen wurden, war ein kirchlich bewegter Kreis von Pfarrern und Laien seit Jahren damit beschäftigt, unsere volkskirchliche Tradition und Position theologisch zu durchdenken und von der eigenen Glaubenswelt und theologischen Erkenntnis her unser Selbstverständnis als Gemeinschaft zu läutern. Eigentlich zunächst daneben lief die Arbeit der inzwischen veränderten Geschäftsstelle, die von ihrer vielfältigen praktischen Betreuungsarbeit Stück um Stück der 1949 gegründeten Landsmannschaft ("Verband der Siebenbürger Sachsen") abgab, zumal im Vorsitzenden und Geschäftsführer beider Organisationen Personalunion bestanden hat.

Im Herbst 1950 begingen die Siebenbürger Sachsen als Landsmannschaft ihre 800-Jahr-Feier und zu Pfingsten 1951 ihren großen Heimattag in Dinkelsbühl, wo auch die Hauptversammlung unseres Hilfskomitees stattfand. Auf der Grundlage eines ausführlichen Referates von Studienrat Hans Philippi über die Aufgaben unserer Hilfskomiteearbeit wurde versucht, zu einer klaren kirchlichen Ausrichtung dieser Arbeit zu finden. Sie wurde in all ihrer Vielfalt unter die drei Gesichtspunkte des diakonischen Dienstes, der Seelsorge und der Verkündigung gestellt, die

ikgs

von der Gemeinde ausgehen und zum Bau von Gemeinde, Gemeinde C h r i - s t i , führen müssen. Dabei wurde in der Grundlegung wie auch für die Praxis eine klare Abgrenzung von der Landsmannschaft gesucht, und ausgesprochen. Aller kirchlich-seelsorgerliche und diakonische Dienst an den Landsleuten wird vom Hilfskomitee getan, während die rein wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Belange von der Landsmannschaft wahrgenommen werden. Da beide Stellen dem gleichen Personenkreis dienen wollen und sich für ihn verantwortlich fühlen, ist gegenseitige Förderung und Offenheit zueinander ein selbstverständliches Gebot, doch muß die Verschiedenheit des Auftrages hier und dort klar gesehen und jede Verwässerung und Vermengung in Bewußtsein und Praxis vermieden werden. Das Hilfskomitee will sich durchaus der Verpflichtung stellen, Gewissen der Landsmannschaft zu sein. Durch solche reinliche Entflechtung soll die Gemeinschaft nicht etwa schwächer, sondern echter und die Verantwortung klarer werden. Durch Annahme dieser Grundsätze war dem kirchlichen Arbeitskreis die Möglichkeit geboten, nun in die Arbeit des Hilfskomitees und den Dienst an den Landsleuten einzutreten und zugleich die Verantwortung für den Auftrag aufgegeben, unsere Brüder und Schwestern zwischen Erstarrung in Tradition und Entwurzelung auf den lebendigen Grund unseres Glaubens und unserer Gemeinschaft zu führen.

Die Rüstzeit 1951 des kirchlichen Arbeitskreises in N e u f ü r - s t e n h ü t t e (Württemberg), mit dem geschäftsführenden 2. Vorsitzenden Dr.Dr. Erich R o t h - Göttingen, Pfarrer Sepp S c h e e - r e r - Österreich und unter Teilnahme je eines Gastreferenten der württembergischen Landeskirche, Prälat L e m p p , und des Ostkirchenausschusses, Pfarrer S p i e g e l - S c h m i d t , sammelte über 30 Männer und Frauen unter diesem Auftrag und führte uns nicht nur in der Besinnung auf unseren Standort weiter, sondern ließ uns auch die ersten praktischen Schritte in Richtung dieses Dienstes tun: Unsere Pfarrer erklärten ihre Bereitschaft zum seelsorgerlichen Dienst an den Siebenbürger Glaubensbrüdern in der Nähe ihrer neuen Dienstorte, mehrere erneuerten ihre schon in Dinkelsbühl ausgesprochene Zusage, sich für Evangelisationen unter unseren Landsleuten bereit zu halten und an der geplanten kirchlichen Beilage der "Siebenbürgischen Zeitung" mitzuarbeiten. Für das folgende Jahr wurde vorgesehen, den Kreis mit aktiven Laienkräften zu einer volksmissionarischen Gruppe zu erweitern und den Schwerpunkt der Zusammenkünfte weniger in theologischen Diskussionen, als in einer Mannschaftsarbeit unter unseren Bauern zu suchen. In einer anschließend abgehaltenen Freizeit fanden bereits mehrere zur Mitarbeit bereite Laienkräfte zu uns. In einer anschliessend abgehaltenen 1. Sitzung des neuen Vorstandes wurde u.a. die Wahrnehmung des Dienstes für die verschiedenen Länder und Bereiche durch die ehrenamtlichen Mitarbeiter geregelt. Die veränderte Situation brachte es mit sich, daß der Vorstand über die bisherige geschäftsmäßige Linie des Hilfskomitees hinaus sich bewußt auf den Boden des missionarischen Ausgriffs stellte.

Von der Erkenntnis, daß wir aus dem kleinen Kreis der theologisch Suchenden in den D i e n s t der auch kirchlich vielfach heimat-und ratlosen, aus ihren Bindungen gerissenen und in ihrem Glauben angefochtenen oder schon abgestumpften Landsleute treten müßten, war es nicht schwer, zu den brennendsten konkreten Aufgaben zu finden. Zwei geographische Schwerpunkte des aufgegebenen Dienstes waren deutlich erkennbar: die in großer Zahl und ziemlich geschlossen in den mittelfränkischen Kreisen wohnenden Bauernfamilien aus Nordsiebenbürgen, die besitzlos, hoffnungslos, auch kirchlich nicht recht eingegliedert sind;

o/o

und die in den Industriegegenden und besonders den Großstädten der Proletarisierung ausgesetzten, berufsfremd tätigen, vielfach seit Jahren von ihren Familien getrennten Männer und Frauen, meist entlassene SS-Männer und Frauen aus dem russischen Arbeitsdienst zwischen 25 und 40 Jahren (allein in München mehrere Tausend), die noch keinen Zugang zur Kirche (- oder die Kirche zu ihnen? -) gefunden haben. In der Situation dieser Menschen reicht die übliche kirchliche Verkündigung nicht aus. Hier müssen Männer herzu, die aus der gemeinsamen Vergangenheit und dem gemeinsamen Erleben heraus an die verkrusteten Herzen herankönnen und dort anknüpfen können, wo die meisten unserer Landsleute innerlich stehengeblieben sind.

Die leitenden kirchen Stellen verstanden diese Gedankengänge durchaus, und so konnten mit Förderung des Landeskirchenrates der Evang-Luth. Kirche in Bayern zwei Evangelisationen durchgeführt werden. Eine erste Evangelisationswoche hielt Pfarrer Herwart R e i s e r im Wohnlager K a r l s f e l d der BMW-Werke. Wenn es dabei nicht gelang, die kirchenfremde Haltung unserer Landsleute zu überwinden, so ist uns das nur ein neues Zeichen dafür, wie wichtig dieser Dienst und wir schwer die Verantwortung hier für uns ist. Pfarrer Kuno G a l t e r , von der Hessischen Landeskirche hierzu beurlaubt, war während zweier Monate bei unseren Bauern in Mittelfranken. In 85 Gemeinden der Dekanate R o t h e n b u r g o.T., U f f e n h e i m und umliegende ging Pfarrer Galter beinahe von einem Haus zum anderen, in dem Landsleute wohnten, um sie zu Gottes Wort zu laden. In 45 Bibelstunden, 9 Gottesdiensten, mehreren Christenlehren, zwanglosen Zusammenkünften und bei seinen Hausbesuchen konnte er fast 4 000 Menschen erreichen. Allsonntäglich predigte er in den Gemeindegottesdiensten vor Einheimischen und Siebenbürgern, und nicht nur die Freudigkeitzur hiesigen Gemeinde wurde unter den Siebenbürgern gefordert, sondern auch bei Pfarrern und Gemeinden vielfach neues Verständnis für die innere Lage unserer Landsleute geweckt. Dabei zeigte es sich, daß echter Glaube alle Schranken überwindet und stärker ist als etwa starres Hängen an liturgischer Überlieferung. Nicht nur von Siebenbürger Flüchtlingen, durch deren Reihen ein großes Suchen geht, wurde dieser Dienst dankbar aufgenommen und seine Wiederholung gewünscht, sondern auch die Gemeindepfarrer und Dekane bestätigten den Segen, der davon ausging und erbaten die Fortführung dieser Einrichtung. Zu Weihnachten sandten wir einen Rundbrief Pfarrer G lters an alle besuchten Familien.

Pfarrer Willi R o t h besuchte, vom Hilfskomitee gefördert, seine frühere Mettersdorfer Gemeinde in Österreich. Daneben dienten unsere Pfarrer hier und dort den Landsleuten bei verschiedenen Zusammenkünften in Gottesdiensten und Stunden der Besinnung mit dem Wort und hielten auch bei den großen Veranstaltungen der Landsmannschaft Heimatgottesdienste, so unser Ehrenvorsitzender Generaldechant Dr. Karl M o l i t o r i s auf dem großen Treffen in Dinkelsbühl.

Als weitere volksmissionarische Arbeit konnte die Einführung einer regelmäßigen kirchlichen Beilage "Die Stimme deiner Kirche" in dem Monatsblatt "Siebenbürgische Zeitung" verwirklicht werden. Das Blatt erscheint mit einer Auflage von 5 000 Exemplaren und kommt, bei einer Zahl von rund 20 000 Siebenbürgern in Westdeutschland, wohl in jede Familie und in die Hand der meisten Landsleute. Unsere Beilage, die jedesmal eine auf die Leser zugeschnittene Betrachtung über den Monatsspruch enthält, sucht daneben nicht nur kirchliche Nachrichten zu vermitteln, sondern gerade auch in der besonderen kirchlichen und religiösen Not unserer Brüder und Schwester Hilfe und Stütze zu sein.

./.

All dieser Dienst geschah im wesentlichen ehrenamtlich, da die Stelle unseres Geschäftsführers gerade in dem Zeitpunkt, da er diese Arbeit hätte übernehmen müssen, verwaist war und noch nicht wieder besetzt werden konnte. Auf die Dauer wird die Weiterführung aber ohne eine arbeitsfähige Geschäftsstelle nicht möglich sein.

Wir sind uns bewußt, daß wir trotz der Fülle der Arbeit und der großen Einsatzfreudigkeit Einzelner doch nur wenige zaghafte Schritte tun konnten und vielen Landsleuten unseren Dienst schuldig geblieben sind. Wir wissen ebenso, daß es nicht um meßbare Erfolge geht, sondern um den stillen Dienst, einem Bruder hier und einer Schwester dort Stärkung zu bringen.

Für die Folgezeit ist uns aus der Erfahrung und Besinnung des Jahres 1951 der Weg vorgezeichnet. Es wird darum gehen, den Kreis der Mitarbeiter und Träger unseres Dienstes - Pfarrer und Laien - immer weiter zu spannen und immer mehr zu festigen, in Freizeiten und Evangelisationen immer mehr Landsleute anzusprechen und ihnen zu dienen und unsere Verantwortung auch an der Landsmannschaft und ihrer Führung nicht zu übersehen. Am brennendsten erscheint uns dabei das Jugendproblem.

So muß neben allem Dank an die Mitarbeiter und an die kirchlichen Stellen, die unsere Bestrebungen förderten - den Lutherischen Weltbund den Ostkirchenausschuß, die Evang.-Luth. Kirche in Bayern, das Evang. Hilfswerk - die Bitte stehen, uns in diesem Dienst auch weiter nicht allein zu lassen und der Verantwortung, die uns als Christen an unseren Brüdern aufgegeben ist, nicht auszuweichen.

Ergänzend ist nun noch über die ersten Monate des Jahres 1952 zu berichten, womit dann der Kreislauf eines Jahres seit Dinkelsbühl geschlossen ist:

I. Freizeiten, Besuchsdienst, Versammlungen.

1) Im Januar lud unser Hilfskomitee den F r a u e n k r e i s der Landsmannschaft in M ü n c h e n , der eine sehr lebendige und verantwortungsbewußte Fürsorgearbeit leistet, zu einem Nachmittag der Besinnung, wobei Hans Philippi über "Sächsische und evangelische Tradition heute und hier" sprach und Frau Martha Heltmann-Capesius (früher Direktorin der Kindergärtnerinnenbildungsanstalt in Kronstadt) über das kirchliche Leben in der Heimat berichtete. Von hier aus nahm eine seither in mehreren Zusammenkünften fortgeführte geistliche Besinnung ihren Anfang, in der einige Frauen sich in gemeinsamer Bibelarbeit unter Gottes Wort stellen und am Neubau christlicher Gemeinde in unseren Reihen arbeiten wollen.

2) Einen ersten Versuch, die Männer und Frauen der K r i e g s g e n e r a t i o n (zwischen 25 und 45 Jahren) in München zu einem religiösen Gespräch zu sammeln, machten Dr.Dr. Erich Roth und Hans Philippi am 2. Ostertag. Auch bei diesem kleinen Kreis kam es zu einem wirklich lebendigen Austausch von Glaubenserfahrungen, zu offenem Aussprechen von Fragen, gemeinsamem Suchen nach Antworten und die Teilnehmer sprachen selbst den Wunsch aus, diese Begegnungen auf Freizeiten fortzuführen.

3) Für die J u g e n d - und Kriegsgeneration fand unter der Leitung von Paul Philippi vom 20.-23. März auf der Volkshochschule Hesselberg der evang.-luth. Landeskirche in Bayern eine Freizeit statt. In leben-

./.

digem Gespräch, das von den Referenten Vikar Bruno Müller und Dr. Hans Christ aus Ungarn ("Die Siebenbürgische Volkskirche mit den Augen eines Außenstehenden gesehen"), Kirchenrat Bunzel, dem Beauftragten der bayerischen Landeskirche für die Vertriebenenarbeit, und Pfarrer Dr. Richard Alberti gefördert wurde, wurde der Glaubensstand unserer jungen Generation und die Ursachen ihrer (un-)kirchlichen Haltung geprüft und die Verpflichtung erkannt, uns diesem Problem zu stellen und in persönlicher Arbeit an uns selbst und miteinander zu einem klaren Weg und einer neuen Gemeinschaft zu finden. Die Anwesenden, die durch die gemeinsame Arbeit selbst gestärkt heimfuhren, wollen die Arbeit weitertragen und mithelfen, Zellen lebendigen Suchens in unseren Reihen zu bilden.

4) Einen Besuch mit Gemeindeabend, Gottesdienst und Hausbesuchen stattete Paul Philippi am 28. und 29. März unseren Niedereidischern in R e i c h m a n n s d o r f (bei Bamberg) ab.

5) Dem Dienst unter unseren in M i t t e l f r a n k e n wohnenden Bauern widmet sich seit März d.J. Vikar G e o r g W e n z e l , der vom Landeskirchenrat einmal monatlich zu einer Besuchsfahrt freigestellt ist und unsere Landsleute in den Häusern aufsucht und sie zu Gottesdienst und Versammlung vereinigt. Ausgehend von dem Gedanken, daß man bei unseren Brüdern dort ansetzen müsse, wo sie innerlich stehen geblieben sind, sucht Wenzel den Sinn für Zucht und Ordnung anzusprechen und das noch vorhandene Gut an kirchlicher Tradition in lebendiger und weiterführender Weise zu wecken. So schlossen sich in den von ihm bisher besuchten Orten des Dekanats Markteinersheim (besonders Possenheim) und Windsheim (besonders Ergersheim) eine Gruppe von Landsleuten zu Siebenbürgischen Nachbarschaften zusammen, die den Zweck verfolgen, die Landsleute ihre Verantwortung füreinander in gegenseitiger Hilfeleistung bewähren zu lassen, das Gut unseres überlieferten evangelischen Glaubens zu pflegen und durch Teilnahme am gemeindlichen Leben ein gutes Verhältnis zu den Einheimischen herzustellen bzw. zu fördern. An der Spitze von mindestens 10 Familien, die sich zu solcher Nachbarschaft zusammenschliessen, steht ein Nachbarvater und die Beigetretenen verpflichten sich durch Unterschrift auf einige Grundsätze des Zusammenschlusses. Auf einer R ü s t z e i t a u f B u r g H o h e n e c k vom 1.-4. Mai, an der 20 in der Nachbarschaftsarbeit stehende Glaubensgenossen teilnahmen, unternahm es Vikar Wenzel, unterstützt von Dr. Alberti, vom Evangelium her den rechten Grund für die selbstgestellten Aufgaben zu legen, die anders und schwieriger sind als sie in der Heimat waren. Die Zusammenkunft, bei der selbstverständlich auch alle Fragen des Alltags, die uns bewegen, besprochen wurden, verlief in der Ordnung des Siebenbürgischen Richttages, unter der Leitung des zum Wortmann gewählten Nachbarschaftsvaters von Possenheim, Johann Bretz, und schloß mit Zugang, Gottesdienst und Abendmahl.

Wenn wir uns über den hier gemachten Anfang freuen, so soll damit kein Rezept empfohlen werden: gründet Nachbarschaften! Denn wir sind uns darüber im klaren, daß solche Gemeinschaft, wie wir sie bauen wollen, nicht organisiert oder befohlen werden kann. Wir meinen aber, daß dort, wo Männer und Frauen bereit sind, ihr Zusammenleben und Füreinanderdasein in diesen Formen in rechter Weise zu erneuern, eine große Verheißung auf solchem Beginnen liegen kann. Nicht Organisation, nicht große Massen, die lebendige kleine Gemeinschaft muß auch hier der Ausgangspunkt einer inneren Gründung und Erneuerung werden.

ikgs

6) Zu solcher inneren Haltung und zur Besinnung auf das Evangelische unserer Tradition für die gegenwärtigen Aufgaben hinzuführen, war auch die Absicht eines Besuches, den Hans Philippi im Februar in Uffenheim und Rothenburg den Landsleuten abstattete, und eines Adventtages in Schweinfurt.

7) Zuletzt sei noch in der Reihe dieser Veranstaltungen über eine zweitägige Freizeit zu Ostern in Starnberg berichtet, zu der wir den B u n d e s v o r s t a n d d e r L a n d s m a n n s c h a f t eingeladen hatten. Auf Grund zweier Vorträge von Dr. Eric[illegible]ch ("Unsere kirchliche Tradition und wir") und Hans Philippi ("Hilfskomitee und Landsmannschaft") fand eine offene und eingehende Aussprache mit dem fast vollzählig erschienenen Vorstand statt, für die wir außerordentlich dankbar sein müssen. Nichts, was bisher zwischen uns stand, wurde verschwiegen. Beide Seiten sagten sich ihre Meinung über einander, beide nahmen auch Kritik an (an unseren Pfarrern wurde, im Unterschied zu unseren Journalisten, die zu geringe Aktivität bemängelt. Wenn wir sie auch verteidigt haben, durch den Hinweis auf das Sich-einlebenmüssen im neuen Milieu, so möge es ein Weckruf sein; denn jeder Pfarrer sitzt im Glaskasten.), und wir fanden uns dann doch im Wesentlichen auf der Grundlage der beiden Vorträge zu gegenseitigem Vertrauen. Die Zurückhaltung, mit der uns begegnet worden war - auch daraus machte man kein Hehl, wich [illegible]nd wir schieden nicht nur mit dem Eindruck, daß wir einander persönlich näher gekommen waren, daß wir in unserem Wollen verstanden worden waren, sondern daß unser Dienst von der Landsmannschaft ernst genommen und gefördert werden wird, und demnach eine neue fruchtbare Beziehung zwischen Hilfskomitee und Landsmannschaft anhebt. Es ist wirklich eine neue Beziehung. Denn es ist kein Zurück von der in Dinkelsbühl ausgesprochenen Entflechtung der Aufgabengebiete, keine Rückkehr zum Suppentopf der Landsmannschaft, sondern ein Sich-Finden mit der Landsmannschaft auf der Straße, von der manche meinten, wir entfernten uns auf ihr von der Landsmannschaft. Wie ernst neben unserem Willen den Landsleuten zu dienen auch das Ja der Landsmannschaft zu unserem Wollen ist, bewies neben der Absprache verschiedener gemeinsamer Vorhaben in der Sozialarbeit vor allem die herzliche Aufnahme unserer Vertreter auf dem Verbandstag, der von der Landsmannschaft gebrachte ausführliche Bericht über unsere Freizeit in der Mainummer der "Siebenbürgischen Zeitung" (der eine Zusammenfassung der beiden gehaltenen Referate enthält, die wir darum hier nicht wiederho[illegible]), und vor allem die programmatische Rede des 1. Vorsitzenden der Landsmannschaft, Dr.Dr. Heinrich Z i l l i c h , in der er über die Starnberger Tage u.a. sagte:" Unklarheiten und Gegensätze wurden durch offene Rede und Antwort in erfreulicher Bereitschaft und Besinnung auf einen von allen gebilligten Nenner zurechtgerückt - manche Sorge minderte sich oder schwand, die gemeinsamen Ziele erreichten klarere Gestalt - unser Hilfskomitee hat mit dieser Aussprache seine eigentliche Aufgabe, Gesinnung und Haltung unserer Landsleute zu festigen, in schöner Weise wahrgenommen und zugleich der Zusammenarbeit mit der Landsmannschaft einen hoffentlich dauernden Dienst geleistet - wir einigten uns darauf, daß wir den geistigen Kern unserer Tradition lebendiger halten müssen, wenn wir füreinander stehen wollen". Seine Wegweisung für die Arbeit der Landsmannschaft rückte die von uns so oft geforderte Arbeit nach innen an die entscheidende Stelle und bekannte u.a.: "Unser Gemeinschaftsleben , ob sozial, politisch, kulturell oder gesellschaftlich war stets mit der Kirche verknüpft, die uns einst lehrte, daß Recht und Freiheit als Gottesgabe empfunden werden müßten - mehr als bisher wollen wir darauf sehen, Proletarisierung und Zermürbung in den eigenen Reihen durch Selbstbesinnung zu bekämpfen - nicht immer nützt das Geld, auch seeli-

./.

sche Hilfe stärkt - die religiöse Betreuung, die dem Hilfskomitee obliegt, wird von der Landsmannschaft gefördert - wir wollen unsere Pfarrer bitten, durch Erneuerung echten christlichen Lebens die Seelen zu gewinnen und bitten sie auch darauf zu dringen, daß in den hiesigen Landeskirchen die unverwelklichen Werte der volkskirchlichen Gemeinschaft Einzug finden, zum Nutzen der Kirche selbst - wir werden also in verstärktem Maße Innenarbeit zu leisten haben."

8) Am zweiten Ostertag hielt Dr. Erich Roth mit Pfarrer Bayer als Liturgen für die Münchener Landsleute einen Heimatgottesdienst, dessen Predigt auszugsweise auch in der Mainummer der "Siebenbürgischen Zeitung" veröffentlicht ist.

Ich sagte in der Einleitung: Wir dürfen in unserem Dienst nicht auf Zahlen sehen. Aber irgendwie ist es doch symptomatisch, wenn trotz eindringlicher Werbung in der Zeitung und Einladung durch die Vertrauensleute und trotz Wegfall aller finanziellen Schwierigkeiten dank großzügiger Unterstützungen von kirchlichen Stellen zu der Bibelarbeit der Frauen in München 5-6, zur Gemeinschaftsstunde der Kriegsgeneration 7, zur Jugendfreizeit auf dem Hesselberg 12, zum Heimatgottesdienst am 2. Ostertag rund 100 Landsleute erscheinen, während am Vorabend die Tanzunterhaltungen der Landsmannschaft in München von 700 bis 1000 besucht war. Gut besucht waren freilich auch unsere Veranstaltungen dort, wo sie mit geselligem Beisammensein verbunden werden konnten, wo die Leute geschlossen siedeln oder wo eine feste Ordnung das Treffen trug (Nachbarschaftsfreizeit). Diese Dinge müssen wir sehr ernst nehmen und auf unserem Treffen in Uffenheim (s. Abschnitt C) eingehend besprechen.

II. "Stimme deiner Kirche".

Durch diese monatliche Beilage der "Siebenbürgische Zeitung" wurde der größte Kreis von Landsleuten erreicht.

Waren schon an der Freizeitarbeit und dem Besuchsdienst eine ganze Reihe von Mitarbeitern beteiligt, so blieb auch bei der Gestaltung unserer Beilage in der "S.Z." die in Neufürstenhütte zugesagte Hilfe nicht aus. Die geistlichen Betrachtungen über den Monatsspruch wurden pünktlich geschrieben von den Pfarrern und Kandidaten Hermann Löprich, Gustav Mild, Sepp Scheerer, Raimar Pilder, Kuno Galter, Edgar Scholtes, Hans Henrich, Raimar Keintzel und Willi Roth. Dr. Erich Roth stellte zwei größere Beiträge zur Verfügung, die übrigen Beiträge und Nachrichten wurden von Hans Philippi geschrieben oder ausgewählt.

Anzuerkennen ist die gute Zusammenarbeit mit dem Schriftleiter der Zeitung, die sich nach anfänglichen Schwierigkeiten - die erste Beilage erschien im November in einer Aufmachung, die uns nicht befriedigte, und mit störenden Auslassungen - seit der Weihnachtsnummer immer herzlicher gestaltete und bei der unseren Wünschen auch nach Raum großzügig Rechnung getragen wurde, obwohl die "S.Z." seit Januar als "eine Ausgabe des Südostechos" erscheint und in der Regel nur eine Seite den Siebenbürgern allein gehört. Wir könnten unsere Beilage auch wohl selbständig herausbringen, doch wollen wir aus Prinzip das Evangelium dort laut werden lassen, wo es hingehört: mitten unter die Alltäglichkeiten.

Wir dürfen aber trotz aller erfreulichen Feststellungen auch eine bedrückende Tatsache nicht verschweigen. Acht Nummern der "Stimme deiner Kirche" sind erschienen. Wo ist das Echo? Keine einzige Stimme von 5000 Lesern hat uns erreicht, die den Inhalt oder auch nur die Tatsache

./.

des Erscheinens begrüßt hätte. Aber auch keine einzige Stimme der Kritik. Auch wenn auf anderen Gebieten (Teilnahme an Freizeiten und Gemeinschaftsstunden) nicht ähnliche Erfahrungen vorlägen, auch wenn dem Schweigen bei uns nicht rege Diskussionen kirchlicher Fragen in den Blättern anderer Gruppen (Balten, Schlesier) oder regelmäßige reiche Spenden (Slowakeideutsche) gegenüberstünden, müßte uns das zu denken geben. Obschon wir zwar zahlenmäßig vielleicht die kleinste Gruppe in Deutschland sind und daran gemessen viel Anerkennung erfahren, müssen wir uns fragen: Ist bei uns die Stumpfheit so groß? Unsere Bauern sind anders geartet, mag entgegnet werden, denen darf man das nicht als Teilnahmslosigkeit auslegen. Aber unsere Intellektuellen? Haben wir vielleicht die richtige Sprache nicht gefunden? Es wurde die Anregungen gegeben, statt der ungewohnten biblischen Betrachtung kurze Diskussionen über Themen wie etwa "Ist Beten Blödsinn?" zu bringen. Über diese Frage müssen wir uns auch ernstlich unterhalten (Abschnitt C: Treffen Uffenheim).

III. Zusammenarbeit mit anderen Stellen.

Die Freizeitarbeit und der Besuchsdienst wären nicht möglich gewesen ohne die verständnisvolle Förderung durch die kirchlichen Stellen, die unsere Arbeit und ihre Wege begrüßten und auch durch Zuschüsse ermöglichten. Da ist in erster Reihe Herrn Oberkirchenrat Heinrich Riedel und dem Evang.-Luth. Landeskirchenrat München zu danken, der Gehalt und Reisespesen für den zweimonatigen Besuchsdienst Pfarrer Galters trug und den Einsatz Vikar Wenzels ermöglichte, weiter dem Gustav-Adolf-Werk und dem Lutherischen Weltbund, die die übrigen Veranstaltungen finanzieren halfen. Besonders herzlich war auch unser Verhältnis zum Ostkirchenausschuß und dessen Geschäftsführer, Pfarrer Spiegel-Schmidt, der uns finanzielle und geistliche Hilfe nie versagte. Auch das Zentralbüro des Hilfswerks in Stuttgart ließ uns wiederholt seine Förderung zuteil werden. Sehr fruchtbar war ferner die Zusammenarbeit mit den übrigen Hilfskomitees: auf den Konventtagungen auf Bundesebene vertrat uns Dr. Erich Roth (Ratzeburg und Königswinter), der Konvent der bayerischen Hilfskomitees wählte den Unterzeichneten zu seinem 2. Vorsitzenden (er nahm im Laufe eines Jahres an 5 Sitzungen des Konvents und des Konventsausschusses in München teil und besuchte eine Rüstzeit des geistlichen Arbeitskreises in Sulzbürg). Auch in dieser Zusammenarbeit bedeutet es eine große Stärkung, wenn man allmählich soweit kommt, sich beinahe selbstverständlich zu verstehen. In der bayerischen Landessynode sind wir ebenfalls durch den Unterzeichneten vertreten, der vom Landeskirchenrat auch als offizieller Besucher zur Tagung des Lutherischen Weltbundes nach Hannover entsandt wird. Auf der Synodaltagung in Ansbach hielt er vor dem Landesbischof, dem Landeskirchenrat, der Synode und Gemeinde einen Lichtbildervortrag über unsere Siebenbürgische Landeskirche. In ähnlicher Weise berichteten auch weitere Mitarbeiter (Willi Roth und Georg Wenzel ließen es uns wissen) in verschiedenen Gemeindeabenden über unsere Heimatkirche und suchten Verständnis für unsere kirchliche Eigenart zu wecken.

IV. Geschäftsstelle.

Bemerkenswert ist, daß alle Arbeit, über die berichtet wurde, gerade in einer Zeit geplant und durchgeführt wurde, da unsere Geschäftsstelle verwaist war. Im Juni 1951 war vom Evang.-Luth. Landeskirchenrat München und dem Konvent der bayerischen Hilfskomitees die Landesgeschäftsstelle für kirchliche Vertriebenenarbeit geschaffen worden, in der unter der Leitung von Kirchenrat Bunzel vier hauptamtliche Referen-

./.

ten arbeiteten. Unser Hauptgeschäftsführer Prof. Hubert Groß übernahm das Referat für volksmissionarische Aufgaben. Nach seinem Ausscheiden im Herbst mußte erst in langen Verhandlungen grundsätzlich durchgesetzt werden, daß das volksmissionarische Referat wieder mit einem Siebenbürger besetzt wird. Parallel dazu lief eine Aktion des Ostkirchenausschusses, die die Weiterführung der Hilfskomiteegeschäftsstellen - da die Zuschüsse des Zentralbüros des Hilfswerks schon lange durch Umlagen auf die Landeskirchen abgelöst waren, die nun am 1. April 1952 auch aufhörten - auf die Weise ermöglichen sollte, daß jede Landeskirche die Patenschaft über ein oder mehrere Hilfskomitees übernahm. Der Evang.-Luth. Landeskirchenrat München übernahm die Patenschaft über das Ungarndeutsche, das Bukowiner und das Siebenbürgische Hilfskomitee. Nachdem wir uns dann auch über die Person einigen konnten, wurde Pfarrer Dr. Richard A l b e r t i am 14. April von unserem Vorstand zum Hauptgeschäftsführer des Hilfskomitees und am 18. April vom Konventausschuß zum Referenten für Volksmission in der Landesgeschäftsstelle gewählt und wir freuen uns, nun wieder eine hauptamtliche Kraft in der Himmelreichstraße zu haben. Dr. Alberti hat schon auf den beiden Freizeiten auf dem Hesselberg und auf Burg Hoheneck wertvolle Hilfe geleistet, Gottesdienst in den Lagern der Umgebung von München gehalten und wird sich neben den laufenden Aufgaben der Geschäftsstelle vor allem der Freizeit-und volksmissionarischen Arbeit auch unter unseren Landsleuten widmen und dazu beitragen, daß wir den rechten Weg für diese Arbeit finden. - Während der ganzen geschäftsführerlosen Zeit stellte sich Dr. Bruckner als Vertrauensmann und Vertreter zur Verfügung. Der Vorstand dankte ihm für seinen treuen Dienst und bat ihn, auch weiter unser Verbindungsmann zum Vorstand der Landsmannschaft zu bleiben.

V. Leitung des Hilfskomitees.

Der in Dinkelsbühl für 2 Jahre gewählte Vorstand trat im Laufe des Jahres zweimal zusammen (am 24.8.51 in Neufürstenhütte und am 14.4.52 in München.) Schon am 3.8.51 hatte unser 1. Vorsitzender Fritz Heinz Reimesch mitgeteilt, daß er sein Amt wegen beruflicher Inanspruchnahme zur Zeit nicht ausüben könne, Dr. Erich Roth gebeten, seine Vertretung zu übernehmen und diesem sowie Hans Philippi "allergrößte Vollmacht" gegeben, nach eigenem Gutdünken und Verantwortung zu handeln. Er gab zu überlegen, ob es nicht besser wäre, wenn er den Posten des 1. Vorsitzenden ganz auflösse. In seinem Dankschreiben für die Glückwünsche zu seinem 60. Geburtstag, zu dem wir ihm eine Jubiläumsbibel überreichten, gab er noch einmal seinen Entschluß kund, die junge Generation in die Verantwortung zu rufen. Wir baten ihn, unserem Hilfskomitee und seiner Arbeit auch weiterhin seine Verbundenheit zu bewahren, und hoffen, ihn - wenn er aus der aktiven Tagesarbeit ausscheiden will - doch als einen "Altvorsitzenden" immer in unserem Rat zu haben. Der Vorstand betraute am 14.4.1952 bis zur Neuwahl Hans Philippi mit der Aufgabe eines geschäftsführenden Vorsitzenden.

Der Unterzeichnete übernahm zu der ihm zugewachsenen Arbeit diese Bürde, weil er einsah, daß dadurch eigentlich nur eine formelle Bestätigung der durch den Dienst entstandenen Verhältnisse erfolgte (eine Vermehrung seiner eigenen Arbeitsleistung, die allein 47 Reisetage und Ausarbeitung von 7 Referaten in einem Jahr erforderte, ist physisch unmöglich), und weil ihm von mehreren untereinander sonst auch divergierenden Mitarbeitern unseres Hilfskomitees die Aufforderung und das Vertrauen hierzu ausgesprochen worden war. Und nur in dem Bewußtsein, nicht allein zustehen, vor allem auf die enge Zusammenarbeit mit Dr. Erich Roth bauend, der den 2. Vorsitz behält, wagte er es, die Betrauung anzunehmen. Und damit darf ich zum dritten kommen:

./.

C. Die weitere Arbeit.

Die Leitung des Hilfskomitees kann und will keine Stelle sein, die Direktiven verteilt. Als ihre Aufgabe sehe ich seit jeher die S a m m l u n g aller Kräfte an, denen die geistliche Betreuung unserer Landsleute am Herzen liegt. Wir können nicht ohne Fühlung untereinander unsere Landsleute nach verschiedenen Richtungen zerren. Wir müssen voneinander und von unseren Plänen wissen und sie in einem gewissen Grade aufeinander abstimmen. Aber wir wollen möglichst viel eigene Initiative und eigene Verantwortlichkeit aller Brüder und Schwestern in ihrer Arbeit. Die Leitung des Hilfskomitees kann darüber hinaus - und das ist das zweite - aus ihrem Überblick heraus A n r e g u n g e n übermitteln und Vorschläge machen und vor allem dingen in vielen Fällen H i l f e (auch materielle) geben oder vermitteln, die der einzelne Mitarbeiter nicht entbehren kann. Auf diesem Weg wird sie versuchen können, unsere Arbeit weiter auszubauen, die im wesentlichen die eingeschlagene Richtung beibehalten dürfte.

Die m i s s i o n a r i s c h e A r b e i t sieht die Fortsetzung der Bemühungen zur Sammlung unserer Frauen durch Frau Heltmann-Capesius und der Kriegsgeneration in München und Umgebung durch Dr. Albert vor. Es wird zu erstreben sein, daß auch in den anderen Großstädten Mitarbeiter für diesen Dienst gefunden werden.

Die J u g e n d a r b e i t sieht eine Freizeit vom 7.-10. August in Neufürstenhütte für Jugendliche über 18 Jahre vor, die von Balduin Herter und Mitzi Schmidt vorbereitet wird, und für das Jahresende eine Sylvesterfreizeit der Kriegsgeneration auf Burg Hoheneck vom 27. Dezember bis 3. Januar, bei der Paul Philippi alle für die Jugendarbeit in Frage kommenden Landsleute sammeln will.

Der B e s u c h s d i e n s t bei unseren Bauern i n M i t t e l f r a n k e n wird von Georg Wenzel fortgesetzt, der im Juni nach Unterickelsheim (Kreis Uffenheim) fährt und im Juli einen "Einkehrtag" für die Mitarbeiter in den Nachbarschaften abhalten will. Wir hoffen, daß es uns auf Grund der Ergebnisse seiner Arbeit gelingen wird seine noch weiterreichende Freistellung für diesen Dienst zu erwirken. Die Weckung der aktiven kirchlichen Mitarbeit in lebendigem Nachbarschaftsgeist läßt diese Arbeit sehr verheißungsvoll erscheinen.

Im August sind mehrer g r ö ß e r e V e r a n s t a l t u n g e n vorgesehen:

K i r c h e n t a g i n H a n n o v e r . Es werden wohl verschiedene unserer Freunde zur Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes und der Lutherischen Woche (25. Juli bis 3. August) in Hannover sein, wo wir uns auch als Vertreter unserer Siebenbürgischen Lutherischen Kirche fühlen müssen. In einem der Gottesdienste am 3. August soll ein siebenbürgischer Pfarrer predigen. Zu diesem Gottesdienst und zu einer Gegegnung mit den Siebenbürgischen Tagungsteilnehmern aus Deutschland, Österreich und Amerika wollen wir alle Landsleute aus Norddeutschland einladen und zu einem Treffen sammeln. [illegible] die Landesverbände der Landsmannschaft und die Vertrauensleute des Hilfskomitees in den norddeutschen Ländern bekanntgegeben.

./.

K i r c h e n t a g i n S t u t t g a r t . Auch an dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Stuttgart (27.-31. August), der in mehreren Arbeitsgruppen Fragen der Heimatvertriebenen (auch unserer Bauern) behandelt, werden wohl viele Landsleute teilnehmen. Wir wollen diese Veranstaltung zum Anlaß nehmen, auch hier unsere siebenbürgischen Glaubensgenossen aus Süddeutschland (besonders Württemberg) am 30.u. 31. August zusammenzurufen und auch unsere Gemeinschaft als Kirchenvolk wieder bezeugen. Diese Veranstaltung soll durch unsere Stuttgarter Freunde vorbereitet werden.

Z e l t l a g e r i n d e r R h ö n . Vom 1.-7. August sollen in Neuwildflecken unsere Kinder (von 10 bis 18 Jahren) zusammenkommen. Richtiges Lagerleben unter Leitung der Pfarrer Kuno Galter und Peter Gärtner, anschliessend eine "Großfahrt" durch den Spessart und das Taubertal nach Rothenburg, wo ein Treffen mit der dortigen siebenbürgischen Jugend stattfinden soll. Warum dieses Lager? Es gibt ja Jugend-Zeltlager, auch evangelische, genug, die unsere Kinder besuchen können. - Der Gedanke des Zeltlagers entsprang einem kleinen Erlebnis: Besuch eines Knabenchores in einer deutschen Stadt. Dem Chor gehört ein Siebenbürger Bub an. Er kommt in ein sächsisches Haus und da erleben wir die grenzenlose Freude dieses Buben, wieder einmal sächsisch mit anderen Kindern reden zu können. Es war gleich eine Gemeinschaft und ein Austausch da, die Eltern und Kinder beglückten. Dazu die Überlegung: Wieviele unserer Kinder in der Zerstreuung wissen gar nichts mehr von ihrer Heimat, wieviele Eltern können ihnen auch nichts erzählen von ihren Ahnen. Die Kinder erfahren nichts von der Verpflichtung unseres geistigen Erbes. Das soll ihnen die tägliche Heimatstunde im Zeltlager vermitteln. Dazu Singen sächsischer Lieder und Spielen und alles, was zu einem frohen Lager gehört. In manches Haus kann von hier vielleicht ein guter Same mitgenommen werden. Es sind noch wenig Anmeldungen. Darum hier eine

h e r z l i c h e B i t t e a n u n s e r e F r e u n d e:

Werbt in eurem Kreis! Jeder versuche doch mindestens ein Kind aus seinem Gesichtskreis ins Lager zu schicken! Finanzielle Hilfe ist möglich. Es ist auch hier so: schwieriger noch als die Geldbeschaffung ist es, die Menschen in Bewegung zu bringen. Vor allem laden wir hier auch die Kinder der Brüder unseres kirchlichen Arbeitskreises ein. Wie schön wäre es, wenn sich unsere engere Gemeinschaft auch auf unsere Kinder ausdehnte! (Anmeldung bis 5. Juli).

Helft uns auch, jeder an seiner Stelle, für die anderen Veranstaltungen werben und unseren Bekannten zureden, sich in die Gemeinschaft zu finden! Das gilt für die angekündigten größeren Treffen des August. Es gilt aber auch für den stillen Dienst des ganzen Jahres. Wir wissen, daß wir darin keine Massen erreichen können. Wir müssen den Mut zur A r b e i t i m K l e i n e n haben, uns bewußt auf die Sammlung der kleinen Kreise, die Bildung von Zellen, den nachgehenden Dienst am E i n z e l n e n beschränken, dankbar, wenn es uns hier und da gelingt, einen Bruder oder eine Schwester zum Hören zu bringen. Aus solchem Dienst, im Vertrauen auf Gott lauter geleistet, wird auch in den Kreis unserer Landsleute wieder Vertrauen ausstrahlen, Vertrauen auf die Führung Gottes im eigenen und im Volksschicksal, auch Vertrauen zu unserem Wollen, wie es hier und dort schon bekundet wurde. Schon in Neufürstenhütte waren wir uns darin einig, daß der Dienst im Kleinen uns aufgegeben ist und jeder wollte in einer Art Patenschaft in seinem

s/.

Umkreis mindestens 10 Landsleute betreuen. Sicherlich ist manches in aller Stille geschehen, was in diesen Überblick hineingehört hätte. Der Bericht mußte darum unvollständig bleiben, nicht nur in der Aufzählung dessen, was geschah, sondern auch in der Beurteilung und Auswertung. Darum muß unsere Verbindung noch enger werden.

Und nun werden meine B i t t e n , die ich an jeden einzelnen Empfänger dieses Rundbriefes richte, ganz konkret. Lest sie öfter und ruhig durch und denkt darüber nach:

Laßt es nicht bei dem einmaligen Treffen im Jahr bewenden, sondern haltet auch während des Jahres Verbindung mit uns, laßt uns eure Beobachtungen, eure Anregungen, eure Kritik hören, schreibt uns auch da von eurem Tun. Wir sind für jeden B e r i c h t dankbar.

Werdet M i t t l e r zwischen unserer Zeitungsbeilage und den Landsleuten draußen. Denkt in jedem Fall nach, wen man auf diese oder jene Freizeit aufmerksam machen könnte, und laßt nicht ab zu bitten und zu drängen. Weist die Landsleute auf die Fragen hin, die unsere "Stimme deiner Kirche" anschneidet, und bringt auch sie zum Antworten, damit die Zeitung zu einem lebendigen Austausch führe!

Teilt uns selbst die Namen und Anschriften der gewesenen P r e s b y t e r und der jetzigen Kirchenvorsteher unter unseren Landsleuten mit!

Schickt uns B i l d e r a u s d e m k i r c h l i c h e n L e b e n der Heimat (kirchliche Einrichtungen, wie Waisenhäuser, Diasporaheim, Gottesdienst, Nachbarschaft) in Vergangenheit und Gegenwart!

Teilt uns P e r s o n a l n a c h r i c h t e n wie Versetzungen, Ernennungen, Examina regelmäßig mit.

Teilt uns mit, wer von Euch nach H a n n o v e r oder S t u t t g a r t fährt!

Schickt eure Kinder ins Z e l t l a g e r ! Jeder Empfänger dieser Zeilen sollte es sich angelegen sein lassen, mindestens ein Kind (eigenes oder bekanntes) dorthin zu bringen.

Helft unseren Leuten, Verbindung mit dem kirchlichen Leben ihres heutigen Lebenskreises zu finden, ebnet ihnen den Weg in die G e m e i n d e , in die Kirchen-und Posaunenchöre, die Männer-und Frauenkreise und in die Kirchenvorstände!

Haltet Ausschau nach Mädchen und Jungen, die in k i r c h l i c h e A u s b i l d u n g s s t ä t t e n geschickt werden können wie Diakonen-und Diakonissenanstalten, Kindergärtnerinnenseminare, vor allem auf die Bauernhochschule Hesselberg (wohin wir schon 4 Mädchen vermitteln konnten!)

Nehmt auch an der Arbeit der L a n d s m a n n s c h a f t fördernd und sammelnd, dienend und läuternd teil, helft vor allem beim Ausbau der sozialen Hilfsarbeit mit aller Kraft mit!

Tretet dem " H i l f s v e r e i n S t . L . R o t h " bei (Anschrift: München 22, Himmelreichstraße 3)! Dieser Verein, zunächst gegründet um einen Rechtsträger für die Gründung des von der Landsmannschaft lange geplanten Altersheimes zu schaffen, erweist sich als die Stelle, in der sich die Kräfte der Sozialarbeit der Landsmannschaft und der kirchlichen Liebestätigkeit des Hilfskomitees für unsere Landsleute begegnen und ein echtes und lebensnahes Zusammenwirken einsetzen

./.

kann, das - selbst wenn man den missionarischen Auftrag des Hilfskomitees allein gelten lassen wollte - oft besser als lange Reden den Boden bereiten kann. Die Erfahrungen der Balten, die schon 4 eigene Heime besitzen, und der Ostpreußen beweisen das. Wie dringend brauchten wir auch Häuuser für die Begegnungen unserer Ledigen und Getrennten in den Großstädten, wie wichtig wäre ein "Haus der Nachbarschaft"! Der Vorstand des Hilfskomitees hat beschlossen, im Hilfsverein nach besten Kräften mitzuwirken.

Als eine Kriegswitwe, ein einheimisches Glied unserer Schweinfurter Gemeinde, die mir bei meinen Schreibarbeiten hilft und monatlich etwa 20,- DM verdient, Erich Roths Osterpredigt mit dem Aufruf zum Beitritt in den "Hilfsverein St.L. Roth" abgetippt hatte und ich ihr am Monatsende ihre sauer verdienten 22,10 DM auszahlen wollte, gab sie mir 10 Mark davon zurück und ich mußte diese Spende für den Hilfsverein annehmen. Freude und Beschämung für mich: Ich hatte noch nichts dafür gespendet. Nun aber rufe ich alle Freunde:

Tun wir es dieser Frau gleich! Sendet zugleich mit eurer Antwort auf dieses Rundschreiben Eure Beitrittserklärung zum Hilfsverein und eine Spende - so klein oder so groß sie sein kann - an mich, die wir dann als gemeinsame Morgengabe der Zusammenarbeit überreichen wollen!

In Verbundenheit des Glaubens und des Dienstes

gez. Hans P h i l i p p i

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.



Drucksache

Hält der Schnitzer

Herrn Dr. Dr. h.c.
Heinrich Z i l l i c h

(13a) S t a r n b e r g
Jos. Fischhaberstr. 15

Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und
Banater Schwaben im Hilfswerk der Evang. Kirchen
in Deutschland
Landesstelle Bayern
München 22 - Himmelreichstr. 3 - Tel. 2627
Postscheck: 5729

HILFSKOMITEE DER SIEBENBÜRGER SACHSEN U. EVANG. BANATER SCHWABEN
im Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland
- Hauptstelle München -

München 22, im Juli 1953
Himmelreichstraße 3

Der Weg des Hilfskomitees der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben 1951 - 1953

Rückblick und Ausblick

Die ("General-")Versammlung, die wir vor zwei Jahren, am 14.5.1953, hier in Dinkelsbühl hielten, bildet in der Entwicklung unseres Hilfskomitees einen wichtigen Punkt: hier wurde eine Weiche gestellt, die für unseren seitherigen Weg bestimmend war. Herausgewachsen aus der von Dr. Appel 1946 aus eigener Initiative gegründeten "Beratungsstelle für Rumäniendeutsche", war das Hilfskomitee die einzige Hilfs- und Beratungsstelle der Siebenbürger Sachsen. Das Evangelische Hilfswerk gab ihm und den Hilfskomitees der anderen Gruppen die Möglichkeit, sich in seinem Rahmen zu organisieren und umschrieb seine Aufgaben im Mai 1947 in folgenden Punkten: 1. Seßhaftmachung der Flüchtlingsgemeinden, 2. Verbindung mit den Aufnahmekirchen, 3. Selbsthilfe, 4. Registrierung, 5. Suche nach den Angehörigen. Diese Aufgaben griffen weit über die normalen kirchlichen Betreuungsaufgaben hinaus und umfaßten unser ganzes Leben als einzelne und Volksgruppe. Nach außen bescheiden und in beschränktesten Verhältnissen, mit wenig Mitarbeitern hat so das Hilfskomitee in den ersten Jahren, vor allem durch seine Dienststelle mit Dr. Appel den Einzelnen und der Gemeinschaft sehr große Dienste geleistet. Am 1.7.1949 gründete der Vorsitzende des Hilfskomitees, Fritz Heinz Reimesch, den "Verband der Siebenbürger Sachsen", da inzwischen das Verbot der Besatzungsmacht zur Gründung landsmannschaftlicher Zusammenschlüsse gefallen war, mit der Absicht, durch Schaffung einer Mitgliederorganisation die finanzielle Grundlage für die Fortführung der Betreuungsarbeit zu schaffen. Die Aufgaben des Verbandes waren dieselben wie die des Hilfskomitees. So hieß es in dem Gründungsaufruf. Aber die Entwicklung ging weiter und schon am 11.2.1950 erklärte der Verband ausdrücklich "die Vertretung der politischen Belange unserer Landsleute in Westdeutschland" als seine Aufgabe und alleiniges Recht. Auf diesem Weg ist die Landsmannschaft weiter gegangen: ihre Aufgaben lagen und liegen auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet. Mehrere Jahre lang hatte das Hilfskomitee auch diese Aufgaben stellvertretend wahrgenommen. Nun war es von ihnen entlastet und mußte sich auf seine eigentliche Aufgabe besinnen.

Das geschah in der Dinkelsbühler Versammlung. Das Referat "Neugestaltung der Hilfskomiteearbeit" formulierte die Ziele dieser Arbeit in den 4 Punkten: Seelsorge, Diakonie, Verkündigung, Gemeinde. Die Versammlung nahm diese Zielsetzung an. Durch diesen Beschluß wurde das Hilfskomitee zu einer Missionsstelle, erklärte Dr. H. Zillich in seinem unbedingten Jawort zu dieser Zielsetzung. Heute dürfen wir in dieser Zustimmung, die seither wiederholt bestätigt wurde, auch das Ja des Vorsitzenden der Landsmannschaft sehen. Und F.H. Reimesch sprach den Wunsch aus, daß die Klärung und Entflechtung in der Zielsetzung zu einer stärkeren Gemeinschaft der beiden Stellen führen möge. Wir bekennen uns auch heute zu dieser Begründung und zu diesem Ziel unserer Arbeit, die in treuem seelsorgerlichem Dienst und brüderlicher Hilfe von der Grundlage des Evangeliums und unserer kirchlichen Tradition her

./.

unsere Landsleute der Verkündigung wieder aufschliessen, unter ihnen wieder Gemeinschaft bauen und ihnen den Weg in die Gemeinden öffnen will.

Das Hilfskomitee eine Missionsstelle. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, heute vor Ihnen einen Rechenschaftsbericht auszubreiten in der Absicht, damit zu glänzen. Missionsarbeit ist, in der heutigen Zeit besonders, keine Arbeit, die mit Massenzulauf imponieren kann. Es ist keine Bemühung, die von der Konjunktur der Volksstimmung getragen wird. Es ist kein Gebiet, auf dem man Popularität, Einfluß und Vorteile erwirbt. Es ist ein Dienst in der Stille, nachgehend von Mensch zu Mensch geleistet, meist nicht gewünscht, oft verlacht, häufig vergeblich getan. Aber darnach fragt ein in solchem Dienst Stehender nicht. Er steht jeden Tag unter dem Trost und der Verheißung des Wortes 2.Kor. 12,9: "Laß dir an meiner Gnade genügen; denn meine Kraft ist in den Schwachen möchtig", das iach auch über diesen Bericht stellen möchte, der nur das eine will: eine Prüfung unseres Weges unter diesem Wort, um daraus Kraft für die weitere Arbeit zu finden

---

Äußerlich wurde unsere Arbeit in 11 Freizeiten, darunter die drei Tagungen des Kirchlichen Arbeitskreises in Neufürstenhütte, Uffenheim und Eichenau, 4 Jugendfreizeiten, das Zeltlager, im Besuchs- und Evangelisationsdienst mit 17 meist mehrtägigen Besuchsreisen mit weit über 100 Versammlungen, in Gottesdiensten und Gemeindeveranstaltungen, in der Zeitungsbeilage "Stimme deiner Kirche", in der Mitarbeit in verschiedenen kirchlichen Körperschaften sichtbar, die neben den zahlreichen Beratungen (durch Briefe und persönliche Begegnungen) zwischen den Trägern dieser Arbeit, sowie der ausgedehnten Arbeit der Leitung und Geschäftsstelle des Hilfskomitees unsere Kraft und Hingabe vor allem beanspruchten.

Dank gilt den zahlreichen kirchlichen Stellen, die uns diese Arbeit ermöglichten, vor allem dem Landeskirchenrat der bayerischen Landeskirche für das große Verständnis und die Anerkennung, die er unserer ganzen Arbeit jederzeit zeigte, und die bereitwillige geistliche, kirchenregimentliche und materielle Förderung unseres Dienstes, die uns auch die Aufrechterhaltung unserer Geschäftsstelle ermöglichte, und dem Ostkirchenausschuß und dem Konvent der zerstreuten evangelischen Ostkirchen für die Vermittlung der Zuschüsse, die uns die Durchführung der Freizeiten möglich machten. Dank auch all den zahlreichen Mitarbeitern. Eine einfache Aufzählung unserer Freizeiten, Evangelisationen, Gottesdienste usw. kann nicht einmal andeutend die dahintersteckenden Opfer an Zeit und die Fülle der geistigen Arbeit, die zu ihrer Vorbereitung und Durchführung in Verkündigung und Referat geleistet werden mußte, deutlich machen. Jede einzelne Veranstaltung verdiente in einem eigenen Bericht nacherlebt zu werden. Etwa 60 Brüder und Schwestern hatten an dieser Arbeit Anteil, gut ein halb Dutzend ging geradezu in der Hingabe an diesen Dienst auf.

Der innere Weg dieses Trägerkreises unserer Arbeit und sein Zusammenwachsen zu einer Gemeinschaft reicht weiter zurück. Schon 1947 (18.-24. August) hatte sich ein Kreis junger Theologen in Stuttgart zusammengefunden, um brennende Fragen, die sie bewegten, zu besprechen. Diese Begegnungen,wurden dann 1948 (Januar) auf Burg Stettenfels und (5.-7. Oktober) auf Burg Hohenzollern fortgesetzt und führten zur Bildung eines theologischen Arbeitskreises, der dann 1949 (3.-6.August) in Blaubeuren 1950 (3.-7. Januar) in Stein und (23.-25.August) in Rothenburg zusammenkam (und in der Berichtszeit, wie schon erwähnt in Neufürstenhütte,

./.

Uffenheim und - zum 9. mal - in Eichenau). Zur ersten Begegnung in Stuttgart führte die Teilnehmer die Überlegung zusammen, daß "wir nicht theologietreibende Individuen sein, sondern uns für einen bestimmten Dienst in einer ganz bestimmten Kirche vorbereiten wollen. Die uns gemeinsam gegebene Blickrichtung stellt uns vor die gemeinsame Aufgabe, die eine Botschaft der Kirche auszulegen hin aufdiesen unseren besonderen Ort, zu erarbeiten, wie sich die besonderen Wege unseres Völkchens, unserer Kirche im Lichte dieser Botschaft darstellen und was für besondere Aufgaben uns daraus erwachsen." So heißt es in einem Bericht: nicht nur der Gruß, der von dieser ersten Tagung an Bischof Müller geschickt wurde, zeigt, wie sehr die Blicke auf den zukünftigen Dienst in der Heimat gerichtet waren. Zugleich aber verdient festgehalten zu werden, daß der letzte Tag des Treffens die 6 Teilnehmer mit 15 jungen Leuten aus Siebenbürgen zusammenführte und das theologisch Erarbeitete mit dem Leben der Gemeinschaft in Verbindung brachte. Es wäre reizvoll und wichtig, die kirchliche Entwicklung des Kreises, der sich inzwischen erweiterte, im Einzelnen zu verfolgen. Es muß das einer anderen Gelegenheit vorbehalten bleiben. Das Ziel, wie es in dem zitierten Bericht über das erste Treffen formuliert war, blieb. Neben der Bibelarbeit und Themen, die der allgemeinen Klärung und Vertiefung von Fragen des Glaubens und der Lehre dienten, und in Verbindung mit ihnen bewegten uns immer die Fragen der eigenen Gemeinschaft: "Die Reformation in Siebenbürgen", "Das Evangelium und die Ordnungen", "Volkskirche", "Der Kommunismus", "Geschichte und Evangelium", "Unser geschichtliches Selbstverständnis", "Unsere kirchliche Tradition" u.ä. hießen die Themen. Man war sich nicht in allem einig, es war oft ein hartes geistiges Ringen. Aber man gewann immer mehr Klarheit darüber, was wesentlich ist: daß jeder einzelne von uns und wir als Gemeinschaft vor eine "echte und wahrhaftige Entscheidung gestellt sind, wenn dabei auch in vielem umgedacht werden und manches aufgegeben werden muß, was einem bisher wichtig schien". Alle Verworrenheit und Verzwicktheit gerade unserer siebenbürgischen Verhältnisse von Volk und Kirche kann nur immer wieder von dem einen Punkt her gelöst werden: von der selbstlosen Verkündigung des Evangeliums von Jesus Christus" (so heißt es im Bericht von 1947). Von diesem Grund her machten wir uns im Laufe der Jahre von mancher Sentimentalität und Selbstverherrlichung frei. Die Mitarbeiter dieses Kreises erkannten, wo unsere echte evangelische Tradition im Brauchtum erstarrt oder von den Aufgaben des Volkstums überwuchert war und begannen nicht nur in historischen und theologischen Untersuchungen das wesentlich Evangelische unserer Tradition herauszuarbeiten, sondern die aus dieser Erkenntnis erwachsenden Aufgaben zu sehen. Damit aber mußte der Kreis den Rahmen der Arbeitsgemeinschaft sprengen und den Weg zum Landsmann beschreiten, ihn zum Kern unserer Tradition, zum Evangelium hinführen und von hier seine Lebensfragen beantworten. Er durfte sich nicht mehr in theologischen Diskussionen erschöpfen, sondern mußte - in all seinen Freizeiten - den Weg in die Gemeinde der Landsleute suchen.

So wurde aus dem theologischen Arbeitskreis der kirchliche Arbeitskreis unseres Hilfskomitees, aus Theologen und Laien des ganzen Bundesgebietes zusammengesetzt, der Träger der seelsorgerlichen und diakonischen Aufgabe, des missionarischen Auftrages des Hilfskomitees, gerade zu der Zeit, als dieses die stellvertretend versehenen Aufgaben der Landsmannschaft übergeben hatte. Wenn vor zwei Jahren F.H. Reimesch in seinem Rechenschaftsbericht über die Jahre 1949-1951 auf 10 1/2 von 12 Seiten über verbandstechnische Fragen berichten mußte, so sah er doch den sich abzeichnenden Wandel, an dem er tiefen inneren Anteil nahm, und erklärte unter Hinweis auf diese Arbeit: "Wir stehen damit, glaube ich, am Anfang einer einer Periode unseres Hilfskomitees."

./.

Dieses Neue besteht darin, daß neben der Einzelbetreuung, die bis dahin hauptsächlich durch die Geschäftsstelle erfolgte und auch seither gepflegt wurde, der gemeinschaftliche und wirkliche nachgehende Dienst am siebenbürgischen Glaubensgenossen trat, die Hinführung zu Besinnung, zu Vertiefung des Glaubens, wie sie sich in den stillen Begegnungen der Evangelisationsbesuche, in den Freizeiten, Gottesdiensten, Bibelstunden und Gemeindeveranstaltungen ausprägten.

Diesen Dienst an den Landsleuten, an den Gliedern der Siebenbürger-Familie verstanden wir durchaus als einen kirchlichen Dienst. Nicht etwa nur, weil das Hilfskomitee auf Grund eines Beschlusses des Rates der EKD vom 10./11. Oktober 1946 "als die kirchliche Vertretung der Pfarrer und Gemeinden" aus Siebenbürgen "gegenüber den Landeskirchen anerkannt" und "mit (deren) kirchlicher Versorgung beauftragt" wurde, sondern weil uns auch unser Glaube dazu wies, den Bruder an der Hand zu nehmen. Wir erkannten deutlich die Schwierigkeiten, die sich in der Begegnung verschiedener kirchlicher Traditionen in den Gemeinden ergaben. Denn wir begegneten hier nicht den Gustav-Adolf-Gemeinden, wie sie uns bei festlichen Gelegenheiten früher in Deutschland entgegengetreten waren, und auch wir kamen nicht im Festtagsgewand. Eine große Ernüchterung entstand auf beiden Seiten. So konnte in vielen bäuerlichen Gemeinden, die in ihrer Tradition ebenso verhärtet und veräußerlicht waren wie wir an den Formen des Brauchtums klebten, leicht eine Kluft entstehen. Man empfand die neue kirchliche Umgebung fremd, scheinheilig und lebensfern. Umgekehrt sah man uns als unkirchlich an, weil wir es am Gottesdienstbesuch und der Teilnahme am Heiligen Abendmahl fehlen ließen. Es konnte aber auch sein, besonders in den Städten, daß unsere Landsleute mit der Kirche überhaupt nicht in Berührung kamen, oder daß sie sich auch hier von den ungewohnten Formen abgestoßen fühlten. Überall mußten wir versuchen, die Kluft von innen her zu überwinden und von beiden Seiten her eine Brücke zu bauen.

Dabei wiesen wir auch gegenüber den kirchlichen Stellen immer wieder auf die Schwierigkeiten in der Begegnung hin und fanden großes Verständnis. Man erkannte immer mehr, daß durch unser Kommen in die Gemeinden auch für sie eine Prüfung der Echtheit ihres Glaubens gegeben und es mit der einfachen Eingliederung der Flüchtlinge in die Organisation der Kirche und ihre Einrichtungen nicht getan sei. Man vertiefte sich auch in die kirchliche Eigenart der einzelnen Gruppen, Pfarrkonferenzen baten um Darstellungen unserer volkskirchlichen Tradition, man sah unsere volksmissionarische Arbeit, sogar auf der Landessynode konnten wir in einem Vortrag das Wesen unserer Heimatkirche darstellen. Die Abendmahlsbräuche, die Nachbarschaften, die Lebens- und Gemeinschaftsverbundenheit die Laienmitarbeit unserer Kirche - die auch in der neuen Umgebung wieder erwachte - mit dem echten christlichen Gehalt ließen die Vorstellungen von den Siebenbürger Sachsen als Deutsche Christen verblassen. Wir wurden auch zu höheren kirchlichen Vertretungen herangezogen und gehört, unsere theologische und praktische Arbeit fand jede kirchliche Förderung und führende Kirchenmänner wiesen selbst wiederholt auf die Verpflichtung hin, die Werte unserer Tradition zu wahren und in den neuen Gemeinden fruchtbar werden zu lassen. Umgekehrt gingen von Anstalten und Werken, wie etwa der Volkshochschule Hesselberg, die im letzten Winterkurs 6 junge Landsleute besuchten, aber auch von einzelnen Pfarrern oder Gemeinden neue Quellen des Glaubens aus. So erwächst gegenseitige Befruchtung aus unserer Begegnung und unserem Dienst.

Dieser Dienst wäre aber nicht möglich ohne die Tatsache und das Bewußtsein der landsmannschaftlichen Verbundenheit. Sogar dort, wo unsere Landsleute dem Geist der Gemeinschaft ganz abgesagt haben und, dem Sog

./.

der Zeit folgend, in Egoismus und Materialismus bis hin zum Nihilismus versunken sind - ich könnte aus unseren Begegnungen viel traurige Bilder aufrollen - und dort, wo sie sich enttäuscht von jeder Art Organisation abgewendet haben, auch dort, wo sie der Kirche und ihrer ordentlichen Verkündigung den Rücken gekehrt haben, sind sie, wenn man ihnen nachgeht, landsmannschaftlich anzusprechen. Als Glieder derselben Familie. Da ist ein Anknüpfungspunkt. Zunächst, oft nicht mehr. Es ist ein mühsames Nachgehen, das viel Selbstentäußerung erfordert, viel Liebe, und das nicht mit Dank und Erfolg rechnen darf. Dieser Weg ist uns aber gewiesen, wenn wir die Landsleute nicht verloren geben wollen. Er ist uns gewiesen, weil andere ihn uns nicht abnehmen können. Viele sind uns schon verloren gegangen.

Wir begegnen unter unseren Landsleuten aber immer noch einem erstaunlich großen Vertrauen. Wenn wir oder die Landsmannschaft zu ihnen kommen, umfängt uns noch die Ehrerbietung, die man zu Hause der gewählten Führung entgegenbrachte. Dieses Kapital an Vertrauen legt uns eine große Verantwortung auf. Dem Hilfskomitee ebenso wie der Landsmannschaft, die ja auf verschiedenen Gebieten den gleichen Menschen dienen wollen. Vor wenigen Wochen noch konnten wir zusammen mit Vertretern des Bundesvorstandes der Landsmannschaft die Einstellung der Landsleute so beurteilen: Das Vertrauen und die Treue zur Tradition, aber auch zur Organisation, erfüllt vor allem die Alten, die selbstverständlich in der sächsischen Gemeinschaft stehen und der Führung folgen, auch wenn sie sich oft einsam und verlassen fühlen. Die Generation zwischen 25 und 45 (die Kriegsgeneration) ist dagegen zum Großteil in Skepsis versunken, sie haben viel erlebt, sind oft enttäuscht worden. Sie glauben Worten nicht mehr. Sie kehren sich von der sächsischen Gemeinschaft ab, weil sie von ihr keine materielle Förderung erwarten und nur noch an sich denken und glauben. Die Jugend unter 20 aber ist in der Regel in ihrer Haltung von der einheimischen Jugend nicht unterschieden und zunächst auf ihr sächsisches Bewußtsein nicht ansprechbar.

Der Weg, auf dem wir diesen Landsmann zu suchen haben, kann nicht der der Polemik oder der Propaganda sein. Er kann nur ausgehen von einem Zeugnis, das auch den Landsmann zum Nachdenken über seinen eigenen Weg und den der Gemeinschaft, und das heißt zunächst durch die Erkenntnis all dessen führt, was ihm und uns an echter Substanz gefehlt hat, wo unser Erbe, unsere ganze demokratische und christliche Tradition Phrase war, und ihn dann finden läßt, wo wahrhaft tragender Grund ist: Ein Grund, der uns frei macht von Stumpfheit ebenso wie von blinder Gefolgschaft, der Grund, auf den auch unsere Väter bauten und den wir nicht mehr sahen, als wir uns in den Geist einer Welt gleichschalten ließen oder an ihn verloren, die auf brüchigem Grunde steht. Solche Besinnung wird aber nicht nur einen Teil des Menschen ergreifen und etwa auf sein "religiöses" Leben isoliert bleiben können. Der Mensch läßt sich, solange er gesund ist, nicht spalten.

Darum kann auch ein Dienst wie der gekennzeichnete nicht isoliert getan werden. Er muß in Verbindung auch mit der Organisation der Landsmannschaft geschehen. So kann es nicht gleichgültig sein, auf welchem Boden deren Führung steht, welche Gesinnung sie hat. Wir haben uns vor Jahresfrist in der im Überblick erwähnten Freizeit in Starnberg in dem gemeinsamen Bekenntnis zu unserer gereinigten evangelischen Tradition gefunden und der damals neugewählte 1. Vorsitzende hat sich in seiner programmatischen Rede zu der "eigentlichen Aufgabe des Hilfskomitees, Gesinnung und Haltung unserer Landsleute zu festigen" bekannt, als Forderung auch für die Landsmannschaft aufgestellt, "Proletarisierung und Zermürbung in den eigenen Reihen durch Selbstbesinnung zu bekämpfen" und erklärt: "Wir werden also in verstärktem Maße Innenarbeit zu leisten haben."

./.

Wenn wir auch die Führung der Landsmannschaft auf diese Aufgaben immer wieder hinweisen, so bedeutet das nicht eine Einmischung in fremde Bereiche, sondern einen inneren Auftrag für uns, eben weil sich das Leben der uns anvertrauten Menschen nicht spalten läßt und - das wissen wir aus unserer eigenen Kirchengeschichte - der Christ sich nicht vom Leben absondern darf, sondern verantwortlich in seinen Bindungen stehen muß. Es bedeutet auch nicht, daß wir die Notwendigkeit der Organisation, des Repräsentierens und der Publizistik nicht einsähen, aber wir müssen doch sehr ernstlich darüber nachdenken, ob die Gewichte immer recht verteilt sind, weil wir meinen, daß die Organisation in Gefahr steht Selbstzweke zu werden und die Freiheit der Entfaltung des inneren Lebens dem Apparat zu opfern, unsere Veranstaltungen zu Schaustellungen zu werden drohen und wir in Überschätzung unserer Bedeutung unsere Publizistik dem Streben nach Einfluß unterordnen, statt in all diesen Dingen das innere Leben zu fördern und das Herz des Landsmannes anzusprechen und zu stärken. Unser Gewissen schlägt für die Landsmannschaft, deren Glieder wir sind. Wir wünschten, daß dieser Gewissensauftrag auch von dorther immer erkannt und anerkannt wird. Wir glauben, daß die Führung der Landsmannschaft mit dem Willen zur notwendigen Zusammenarbeit die Zustimmung zu diesem Auftrag verbindet, und hoffen darum, auf dem begonnenen Wege immer tiefer zu schürfen und uns auf dem allein tragenden Grund ehrlich zu finden.

Unsere Hauptaufgabe aber sehen wir und werden wir auch weiterhin sehen in der Begegnung mit dem einzelnen Landsmann. Wir wissen, wieviel wir ihm schuldig geblieben sind. Aber es konnten doch erste Schritte getan werden, die uns ermutigen weiterzuarbeiten. Besondere Brennpunkte unserer Arbeit sind die Stellen, an denen Landsleute in größerer Zahl wohnen oder bestimmte Gruppen, die eines besonderen Dienstes bedürfen.

Da ist zunächst das mittelfränkische Gebiet, vor allem die Kreise Uffenheim und Rothenburg, in denen mehrere tausend sächsische Bauern wohnen. Ein zweimonatiger Reisedienst Pfarrer Galters im Herbst 1951 galt diesem Gebiet und seit dem Frühjahr 1952 besucht Vikar Wenzel allmonatlich einmal diese Gemeinden, dazu kam der Mannschaftsdienst des kirchlichen Arbeitskreises im Sommer 1952. Es gibt wohl kaum ein sächsisches Haus in dieser Gegend, das nicht besucht wurde oder in persönliche Berührung mit uns kam. Mancher Landsmann fand innere Hilfe in persönlicher Not, in mancher Gemeinde kehrte Verstehen und Frieden ein, und das nicht durch Zwang oder innere Assimilierung, sondern gerade durch Wiederaufdecken der vorhandenen Substanz (Abendmahl) und Belebung der Gemeinschaft. So ist für das Leben der kirchlichen Nachbarschaften nach heimatlichem Brauch ein neuer Grund gelegt worden, wo Georg Wenzel wirkte, und die Satzung, die sich diese neuen Nachbarschaften gab, zeugt von einer rechten Verbindung alter bewährter Überlieferung mit den gegenwärtigen Aufgaben. Es heißt darin: "Die Nachbarschaft will heimatliches Kirchengut im Sinne unseres überlieferten evangelischen Glaubens pflegen ... Die Nachbarschaftsglieder halten sich an den Gottesdienst der Gemeinde, in der sie Unterkunft gefunden haben ... Sie sorgen dafür, daß ihre Kinder im evangelischen Glauben erzogen werden". Mancherorts ist von dieser Erweckung der Selbstverantwortung neues Leben in den eigenen Reihen und in der Gemeinde entstanden. Wir wünschen, daß der getane Anfang ein wirklicher Aufbruch werde.

Eine besondere Aufgabe bedeutet auch in kirchlicher Hinsicht unsere Jugend und Kriegsgeneration. Es ist bekannt, wie die verschiedenen Ansätze der Landsmannschaft, eine eigene Jugendarbeit zu schaffen, ohne Erfolg blieben. Hier ist, wie erwähnt, die Skepsis gegen alles Organisierte zu groß. Eine Freizeit auf dem Hesselberg zu Ostern 1952 war ein

./.

erster Versuch, aus der gemeinsamen Besinnung über den Weg der eigenen Generation zu einer neuen Gemeinschaft zu kommen, die auch die Zukunft gemeinsam suchen will. In zähem Nachgehen und Ringen kamen weitere junge Menschen dazu, Theologen aus dem kirchlichen Arbeitskreis, Jugendführer der Heimat, und so fanden sich um Paul Philippi bei der Silvesterfreizeit 1952/53 auf Burg Hohenneck über 40 Angehörige dieser Generation zum "Arbeitskreis junger Siebenbürger Sachsen" zusammen. Der Kreis will selbst keine Organisation sein und auch keine Organisation schaffen. Er bekennt sich zum Vätererbe als einem evangelischen Erbe, um das er sich sammeln will, "um es - wie er selbst sagt - in Gegenwart und Zukunft zu bewähren, uns und denen zu gut, die mit uns wohnen, gewohnt haben und wohnen werden". Er will dabei statt "extensiven Raubbaues mit unserer Vergangenheit zu intensiver Pflug- und Jätarbeit im väterlichen Acker" übergehen, damit "dieser wieder Frucht bringe und uns nicht bald nur noch Stroh und Disteln dreschen lasse". Zu solcher Arbeit führt ein "Korrespondenzblatt" und weiter geplante Freizeiten den Kreis zusammen. Wir wünschen diesen Kreis, dessen erste Schritte wir fördern konnten und dem wir auch weiter unsere Unterstützung zusagen, daß von ihm echtes Neuerwachen in die weiteren Reihen dieser Generation ausgehe. Ein Anfang dazu ist schon gemacht auf einer Freizeit für die bäuerliche Jugend in Rothenburg und Uffenheim vom 1.-3. Mai d.J., die von Vikar Georg Wenzel und dem Arbeitskreis getragen wurde. Die junge Generation will keinen Götzen nachlaufen. Darum haben wir Vertrauen zu dieser Arbeit.

Für unsere Jüngsten war das Zeltlager 1952 auf dem Hesselberg gedacht. Sie sind zwar nicht in ihrem Glauben und in ihrer Tradition erschüttert, aber sie sollen auch erfahren, welches die geistige Heimat ist, aus der sie kommen. Das soll sie und ihre Eltern stärken. Das Lager hat viel Anklang gefunden. Heuer sollen darum zwei Sommerzeltlager stattfinden.

Ein dritter Brennpunkt sind die Großstädte. Hier sind unsere Landsleute in ihrer Haltung am meisten bedroht. Hier sind uns besonders viele Landsleute schon verlorengegangen. Unsere innere Substanz war zu ausgehöhlt, als daß sie den anstürmenden Einflüssen der Umwelt hätte widerstehen können. Auch sind diese Menschen viel zu sehr vereinzelt und werden nicht von der Gemeinschaft des Dorfes, wie etwa in Mittelfranken, gestützt. Es ist besonders schwer, an diese Menschen heranzukommen, äußerlich und innerlich. Hier empfinden wir daher auch am stärksten, wie viele Mitarbeiter noch nötig wären, um diesen Dienst im Kleinen an den vielen Brüdern und Schwestern alle Tage zu tun. Wir haben es im BMW-Lager in Karlsfeld mehrere male versucht, die Landsleute anzusprechen, in München Frauenbibelstunden gehalten, zuletzt in der Nach-Osterwoche unseren Evangelisationsdienst. Die einzelnen Abende waren schwach besucht. Wer aber da war, wurde doch zum Nachdenken geführt und wird vielleicht den verlorenen Weg wieder zu suchen beginnen. Wir werden solche Besuchswochen wiederholen. Wesentlich ist, daß sich, wie es in Stuttgart geschehen ist, kleine Kreise zusammenfinden, die sich selbst für einen missionarischen Dienst an den Landsleuten zurüsten.

Eine ganz neue Aufgabe entsteht auch unserem Hilfskomitee durch das Kommen unserer Brüder aus Österreich in das Ruhrgebiet. Sie bringen ihre Pfarrer und Lehrer mit. Mit ihnen zusammen hoffen wir uns zu dem Dienst zu vereinen, den wir allen Landsleuten schuldig sind. Wir werden dabei bemüht sein, den Neuankommenen nach bestem Können bei ihrem Einleben zu helfen.

./.

Ich habe versucht, einen Überblick über unsere Arbeit und unseren geistigen Ort zu geben. Nicht Organisation hält uns zusammen, sondern die Mitte und der Auftrag, die uns im Evangelium gegeben sind. So versteht sich das Hilfskomitee als eine Arbeitsstelle, eine Arbeitsgemeinschaft geistlich bewegter Menschen, die ihre Liebe zum Landsmann treibt, die ihren Dienst allen anbieten. Meist geschieht dieser Dienst in der stillen Begegnung überall im weiten deutschen Land. Wer kann es übersehen und aufzählen, wo überall Landsleute einander aus dem Glauben heraus trösten und helfen? Das Hilfskomitee will die Gewissen wecken, die Landsleute nicht allein zu lassen in ihrem Alltag und in ihrer Ratlosigkeit, auch in ihrer Verstocktheit oder Verschämtheit, jeden einzelnen zu suchen und ihm nachzugehen, so wie in der Heimat ein Familienglied das andere, ein Nachbar den anderen suchte. Es will sie aus dem betäubenden Getriebe der Welt in die Stille führen, nicht um sie weltfremd und weltuntüchtig zu machen, sondern um sie und dann ihre Welt mit neuem Leben zu durchdringen. Es will sammeln: nicht Mitglieder, sondern wahre Gemeinschaft von Menschen, die aus den gleichen Quellen leben. Denn wir wissen, daß all unser Tun, das völkische und das kirchliche, nichts nützt, wenn es nicht aus dem Zentrum des Glaubens erwächst. Heimatgottesdienste sind nichts als sentimentale Berieselung, wenn sie nicht über diese Stunde hinaus wirken, bei den einzelnen Menschen Glauben wecken und stärken und sie in die Gemeinde führen. Man kann nicht in Siebenbürgen Christ sein, sich in Kundgebungen zu unserer kirchlichen Tradition bekennen, aber hier die Kirche des gleichen Bekenntnisses meiden - dann war das andere nur ein Lippenbekenntnis! Wir können, Einzelne und Gemeinschaft, nur aus dem Grund heraus zu wirklichem Leben kommen, der auch unsere Väter getragen hat. Auf diesem Weg wollen wir in all unserem Dienst - in den Freizeiten und Gottesdiensten, in den Besuchen und in der Zeitungsbeilage "Stimme deiner Kirche", in der täglichen Begegnung die Gewissen wecken, in die Stille führen, sammeln. Es ist nicht ein Weg der Massen, aber der Weg, der den Schwachen in aller Not stark macht und ihm das Leben trotz aller Schwierigkeiten zur Freude werden läßt in der Gemeinschaft der Brüder.

Wir rufen dazu alle, die an diesem Ziele mitarbeiten wollen. Auch hier gilt das Wort, das wir schon 1950 allen Brüdern zuriefen: "Die Ernte ist groß, aber wenige sind der Arbeiter. Darum bittet den Herrn der Ernte, daß er Arbeiter in seine Ernte sende" (Mt. 9,37-39). Wir haben eine Gemeinschaftstradition, die uns eine Verpflichtung bedeuten muß: Ihre Werte von allen Verbiegungen frei zu machen und in rechter Erneuerung im Alltag als einzelne und als Gemeinschaft, ohne auf Ansehen und Geltung, auf uns zu blicken, zu bewähren, in der Treue und Hingabe im Kleinen das Große unseres Auftrages zu sehen. Zu solchem Dienst sind wir in der Nachfolge unseres Herrn gerufen.

gez. H a n s P h i l i p p i
Geschäftsführender Vorsitzender

ikgs

Überblick

über unsere Arbeit von Pfingsten 1951 bis Pfingsten 1953

A. Freizeiten

3 Tagungen des kirchlichen (früher theologischen) Arbeitskreises
in Neufürstenhütte (21.-23.8.1951),
in Uffenheim (26.-29.8.1952),
in Eichenau (8.-12.4.1953), die beiden letzteren verbunden mit einem volksmissionarischen Besuchsdienst
4 Jugendfreizeiten,
auf dem Hesselberg (19.-23.3.1952) (Paul Philippi),
in Neufürstenhütte (7.-10.8.1952) (Balduin Herter),
auf Burg Hoheneck (26.12.1952-1.1.1953) (Paul Philippi),
in Rothenburg u. Gülchsheim (1.-3.5.1953) (Georg Wenzel),
1 Jugendzeltlager auf dem Hesselberg (31.7.-11.8.1952) (Kuno Galter)
1 Nachbarschaftsfreizeit (Sitt- und Richttag) auf Burg Hoheneck (1.-4.5.1952) (Georg Wenzel)

insgesamt 9 Freizeiten, dazu
2 Begegnungen mit dem Bundesvorstand der Landsmannschaft,
in Starnberg (10.-11.4.1952) und
in Eichenau (7.4.1953).

B. Besuchs- und Evangelisationsdienst

13.-19.8.1951: Einwöchiger Besuchsdienst im BVW-Lager München-Karlsfeld und Andacht in München (Herwart Reiser) (7 Abende),

Sept.-Okt.1951: Zweimonatiger Besuchsdienst in Mittelfranken (Kuno Galter) (über 80 Gemeinden, 9 Gottesdienste, 45 Bibelstunden),

Herbst 1951: Einwöchiger Besuch bei den Mettersdorfern in Österreich (Willi Roth),

März-Mai 1952: 4 Bibelstunden in München für Frauen (Martha Heltmann)

März 1952-März 1953: 7 Wochenendbesuche in Mittelfranken (Georg Wenzel) (Markt Einersheim-Possenheim; Ergersheim Kreis Uffenheim ...; Habelsee, Endsee, Rothenburg-Schillingsfürst, Gülchsheim, Weigenheim, mit 12 Gottesdiensten und Bibelstunden, Gründung von Nachbarschaften),

3 Wochenendbesuche in Reichmannsdorf (30.3., 23.11.52, 19.4.53) (Paul Philippi) mit 4 Gottesdiensten,

insgesamt 17 Besuchsreisen von meist mehrtätiger Dauer (bis zu 2 Monaten), dazu die beiden Besuchsdienste des kirchlichen Arbeitskreises in Uffenheim mit 20 und München mit 10 Gemeindeveranstaltungen (siehe A.), also zusammen weit über 100 Gottesdienste, Bibelstunden und Gemeindeversammlungen.

./.

C. Einzelne Gottesdienste und Gemeindeveranstaltungen

in München (6.1.1952 Hans Philippi, Martha Heltmann; 14.4.52 Erich Roth; 13.12.52 Arnold Roth; 5.10.52 Richard Alberti 26.12.52 Richard Alberti),
in Uffenheim (2.2.52 Hans Philippi; 7[illegible].3.52 Richard Alberti),
Rothenburg (3.2.52 Hans Philippi; 28.9.52 Erich Roth)
Hannover (3.8.52 Erich Roth, Hans Philippi, Richard Alberti)
Stuttgart (30.8.52 Hans Philippi, 31.8. 52 Sepp Scheerer, Hans Henrich)
Fürstenfeldbruck (6.12.52 Richard Alberti),
Frankfurt/Main (14.12.52 Kuno Galter)
Nürnberg (21.12.52 Gustav Schmidt),
Schweinfurt (4.1.53 Edgar Scholtes)
Mühldorf/Obb. (22.3.53 Paul Philippi),

insgesamt 17 kirchliche Veranstaltungen, von denen wir Kenntnis erhielten.

D. Zeitung

Seit November 1951 erscheint in der "Siebenbürgischen Zeitung" bzw. dem "Südost-Echo" regelmäßig die "Stimme deiner Kirche", auf eine halbe Seite vereinbart und vom Hilfskomitee selbständig redigiert.

E. Mitarbeit bei Körperschaften und Tagungen

Teilnahme an
- -3 Verbandstagen der Landsmannschaft (12.-14.5.51 Dinkelsbühl; 12.-13.4.52 München; 27.-28.9.52 Rothenburg) (Erich Roth[1] Hans Philippi[1]) und Vertretung im Vorstand der Landsmannschaft (Richard Alberti), sowie im Hilfsverein "Stephan Ludwig Roth" (Hans Philippi, Richard Alberti),
- -3 Tagungen des Konvents der vertriebenen evang. Ostkirchen 29.-30.8.51 Ratzeburg -Erich Roth; 18.-20.5.52 Königswinter-Erich Roth/Martha Heltmann; 13.- 14.10.52 Travemünde -Erich Roth[1], Richard Alberti);
  Ostkirchentag Lübeck (Erich Roth) (31.8.-3.9.51),
  Tagung des Lutherischen Weltbundes Hannover (25.7.-3.8.52) (Hans Philippi, Richard Alberti)
  Deutscher Evang. Kirchentag Stuttgart (30/31.8.52)(Hans Philippi)
- -3 Synoden der bayerischen Landeskirche (Ansbach 1951), Bayreuth 1952, Ansbach 1953) (Hans Philippi),
- -6 Sitzungen und Freizeiten des bayerischen Konvents der Hilfskomitees (München 14.6.51; 22.6.51; Sulzbürg 2.-4.1.52; München 7.1.52; 18.4. 52 u. 3.11.52 (Hans Philippi)
- -Ostpreußischer Kirchentag in München (14.-15.6.52) (Hans Philippi),
- -Freizeiten der baltischen Jugend (Paul Philippi),
- -Tagung der Freunde der Stätte der Begegnung in Friedewald 24.-27.1.53) (Erich Roth, Richard Alberti)
  Vorträge vor der Landessynode Ansbach (1951 Hans Philippi) und vor Pfarrkonferenzen (Rothenburg -Georg Wenzel; Uffenheim -Richard Alberti) über unsere Heimatkirche u.a.

insgesamt mehr als 20 Tagungen, mit einer Fülle wichtiger Beratungen und mehreren Referaten (1), die von unserer Seite gehalten wurden.

HILFSKOMITEE DER SIEBENBÜRGER SACHSEN UND EVANG. BANATER SCHWABEN
im Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland
- Hauptstelle München -

München, im Juli 1953
Himmelreichstraße 3, Tel.: 27055

3118/Dr.Al./Zi.

Liebe Landsleute und Brüder!

Leider mit großer Verspätung können wir endlich den Bericht über die Freizeit in Eichenau an Euch hinausgehen lassen. Der Bericht selbst ist vom geschäftsführenden Vorsitzenden, Herrn Hans Philippi, schon vor über 2 Monaten fertiggestellt worden. Widrige Umstände haben seine Vervielfältigung bis jetzt unmöglich gemacht. Wir hoffen aber, daß Ihr trotzdem Freude an diesem Bericht haben werdet und daß es manchen zum Nachdenken anregt und auch zu einer regeren Mitarbeit an unseren Zielen. Bitte, lest ihn und teilt uns mit, was für ein Echo dieser Bericht bei Euch gefunden hat. Schon das wäre uns eine sehr wertvolle Mitarbeit.

Den Pfarrern geben wir noch bekannt, daß im Herbst, und zwar Anfang Oktober d.J., in Konstanz ein Ostpfarrertag stattfindet, der vom Ostkirchenausschuß veranstaltet wird. Wir bitten alle, die an einer Teilnahme an diesem Ostpfarrertag Interesse haben, sich bei uns bis spätesten 1. A u g u s t d.J. anzumelden, auch wenn die Teilnahme noch nicht sicher ist und nur in Aussicht genommen wird. Wir müssen dem Ostkirchenausschuß die ungefähre Teilnehmerzahl melden, damit er eine Verteilung von Unterstützungen zu diesem Zweck vornehmen kann.

In landsmännischer Verbundenheit
grüßt brüderlich

gez. Dr. R. A l b e r t i
Hauptgeschäftsführer

ikgs

Bericht

über die Rüstzeit in Eichenau bei München und den Evangelisationsdienst in München und Umgebung des Kirchlichen Arbeitskreises v. 7.-12.4.1953.

Dienstag, den 7. April

Im Laufe des Nachmittag und Abend Eintreffen der Teilnehmer.
Für 16 Uhr hatte die Leitung des Hilfskomitees die Mitglieder des Bundesvorstandes der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen eingeladen, den zu Ostern 1952 in Starnberg begonnenen Gedankenaustausch fortzusetzen. Der Einladung waren gefolgt: Der 1. Vorsitzende Dr.Dr. Heinrich Zillich, der 2. Vorsitzende Erwin Tittes, Dr. Wilhelm Bruckner, Hans Hertl, Dr. Hans Loew, Frau Else Schlandt, Dr. Oskar Schuster und Dr. Hans Wühr.
Als erster Referent sprach Dr. Richard Alberti über "Grundzüge der geistigen und religiösen Lage im Westen und unsere Begegnung mit Ihr!"

I.

Grundzüge der geistigen und religiösen Lage des Westens (Auszug).
Wir können die geistige und religiöse Lage des Westens nicht nach ihren Erscheinungen beurteilen. Es liegt nichts fest. Was sich uns darbietet, ist in Wirklichkeit ein Chaos. Deshalb müssen wir versuchen festzustellen, in wieweit dieses Chaos potentiell bereits überwunden ist.
Daß es zum Chaos kam, ist ursächlich dadurch bedingt, daß wir den Blick für das Ganze, die Zusammenschau der Dinge verloren haben. Wir sind einseitig geworden in einer Überschätzung der Ratio. Sie führte zu großartigen Leistungen auf technischem Gebiet, die aber mit einem Verlust der Seele bezahlt wurden. Die immer gültige Bindung an Gott ging verloren und alle anderen Bindungen erwiesen sich daher als unecht, weil wurzellos. Im Glauben gibt es keinen Ersatz, der echt wäre. Sein Verlust führt zur Vereinsamung.
Sie ist die direkte Folge der Vermassung und damit einer Preisgabe unseres Lebens in die Hand von Managern. Wir haben dadurch die Freiheit verloren. Wer sich auf Gedeih und Verderb ausgeliefert weiß, lebt in ständiger Angst davor, das Leben nicht mehr meistern zu können. Das führt zur Resignation oder man stürzt sich mit Gier ins' Leben, um ihm etwas abzutrotzen.
So stellt sich unsere Lage dar. Aber das Teuflische der Vermassung, die uns aus der echten Gemeinschaft und Bruderschaft zum Kollektiv gemacht hat, ist erkannt. Die Sehnsucht nach echter Bindung und damit auch nach der immer gültigen Bindung an Gott ist vorhanden. Damit sind die Erscheinungen unserer gegenwärtigen Lage potentiell bereits überwunden. Wenn wir vom Fluch der Einseitigkeit erlöst werden, dann werden wir auch wieder frei sein und wieder Ideale haben. Der homo sapiens in uns wird überwunden sein vom wirklichen Menschen, der mit Luther sprechen kann: "Nehmen sie uns den Leib, Gut, Ehr, Kind und Weib, laß fahren dahin sie haben's kein Gewinn; das Reich muß uns doch bleiben".

II.

Begegnung der Siebenbürger Sachsen mit der gekennzeichneten geistigen und religiösen Lage des Westens (Auszug).
Wir haben als Siebenbürger immer zum Westen gehört. In unserer geistigen und religiösen Entwicklung stehen wir aber noch mitten im Liberalismus.
1945 waren wir als Volk noch eine Gesamtheit. Wir lebten in festen Formen und stellten nach außen eine geschlossene Gemeinschaft dar. Waren wir aber wirklich noch gläubige Menschen? Galt unser Bekenntnis nicht mehr der Tradition, als einem wirklich lebendigen Christentum? Rein glaubensmäßig war doch schon vieles morsch und blutleer. Es fehlte uns oft die echte religiöse Bindung. Die Folgen davon waren verhäng-

./.

nisvoll.
Als Volk sind wir heute keine geschlossene Gruppe mehr. Die in der Heimat zurückgeblieben sind, machen eine ganz andere Entwicklung mit als wir im Westen. Beide Gruppen sind Heimatvertriebene. Wir werden nur dann bestehen bleiben, wenn wir unserer Art die Treue halten, d.h. wenn wir das pflegen, was uns alle bindet:

Unsere Sprache, unser evangelischer Glauben und unsere sächsische Tradition.

Das Kernstück unserer Tradition besteht aber darin, daß wir daran glauben, noch eine Mission zu haben. Unsere Überlieferung darf kein Museumsstück sein, sondern wir müssen nach außen wirken. Jedermann muß darnach trachten im neuen Lebensraum eine neue Heimat zu finden, denn nur indem wir mit Hand anlegen am Neubau Deutschlands, bauen wir auch an der Zukunft unseres sächsischen Stammes. Dabei müssen wir eines stets im Auge behalten: "Lieber als Kronstadt, Bistritz oder Mediasch, lieber als Siebenbürgen muß uns der Stamm der Siebenbürger sein". Dieser soll auf jeden Fall erhalten bleiben. Dies wird aber nur dann geschehen, wenn wir alle Ressentiments abgestreift haben und wieder von einem nüchternen Glauben beseelt sind. Unsere größte und tiefste Bindung muß auch heute das unerschütterliche Gottvertrauen sein. Darum wird sich unser Schicksal daran entscheiden, ob wir lutherische Christen bleiben.

III. Thesen des Referates (wörtlich).

1. Die geistige und religiöse Lage unserer Landsleute läßt sich von der allgemeinen Entwicklung im Westen oder Osten nicht trennen. Sie ist für uns Siebenbürger Sachsen als Ganzheit nicht mehr dieselbe hier und in der alten Heimat.
2. Gemeinsam ist uns noch das Erbe unserer Tradition. Dieses muß fortentwickelt werden, wenn es noch lebendig bleiben soll, damit nicht auch das letzte Band, das uns noch verknüpft, reißt.
3. Unsere stammesmäßige Eigenständigkeit haben wir stets aus dem Bewußtsein, Deutsche zu sein, geprägt. Das müssen wir auch hier. Eine Beschränkung auf ein sich abkapselndes sächsisches Eigenleben führt zur Verkümmerung.
4. Wir tragen unseren Landsleuten in der alten Heimat gegenüber eine Verantwortung, stehen stellvertretend auch für sie. Das können wir nur, wenn wir uns nicht als heimatlose Vagabunden fühlen, sondern hier heimisch werden. Wir müssen bereit sein, wenn es sein soll, auch unseren Landsleuten, die noch in der alten Heimat sind, hier im deutschen Raum eine Heimat vorzubereiten.
5. Unser zukünftiges Schicksal als Gesamtheit wird davon abhängen, ob wir die Kraft dafür aufbringen, an eine Zukunft unseres Stammes überhaupt noch zu glauben. Dieser Glaube muß nüchtern sein und frei von allem Sentimentalen.
6. Wir werden diesen Glauben dauernd nur aufbringen können, wenn wir überhaupt glauben können. Auch bei uns wird das davon abhängen, ob wir dem Bekenntnis unserer Altväter treu bleiben, d.h. evangelisch bleiben oder es wieder werden.

Die Aussprache (Zillich, Hartl, Loew) unterstrich einzelne Gedanken des Referates und wies auf die auch in unserer Zeit vorhandene latente Religiosität hin, die man von der Kirche her nicht recht anzusprechen verstehe. Die große Opferfähigkeit und -bereitschaft auf anderen Gebieten müsse gesehen werden, auch sie sei unbewußt vom Gottesglauben getragen. Unsere Haltung in der Heimat war nicht vom Liberalismus geprägt, sondern z.T. noch von mittelalterlichen Empfindungen und Formen (Demokratie und Feudalismus) getragen.

./.

Das Referat von Hans Philippi "Unsere Verantwortung" wollte eine Antwort auf die Fragen geben: Was erwarten unsere Landsleute von uns? Was können wir ihnen geben? Was bleiben wir ihnen schuldig?

I. Das Bild unserer Landsleute stellt sich so dar:
Die Alten: In allen Abstufungen von Verlassenheit bis zu tapferem Neuanfang eine große Treue, auch wieder abgestuft von Sentimentalität (häufiger!) bis wirklicher Nüchternheit. Sie stehen meist selbstverständlich in der Gemeinschaft, sehen in unseren Organisationen unkritisch die rechtmäßige Führung und folgen treu unserem Ruf. Auch unseren Parolen. Ein großes Kapital, eine große Verantwortung!
Die Kriegsgeneration (28-45): Skepsis ihr Kennzeichen. Sie haben viel erlebt, auch viel Enttäuschung. Sie glauben Worten nicht mehr.
Die Jugend: Auf ihr sächsisches Bewußtsein in der Regel nicht ansprechbar. In ihrer Haltung kaum von der einheimischen Jugend unterschieden. Darum zunächst auch kein Sonderproblem. Frage, ob aber wir (als Familie!) nicht eher an sie herankommen (Unterbewußtes Hervorholen - Beispiel Zeltlager).
Dies Bild bietet sich uns im Haus, im Einzelgespräch, im kleinen Kreis. Wesentlich, wo man den Menschen begegnet (Versammlung, Kundgebung zeigen ihn oft anders als der Alltag).
Das Gemeinsame der Gruppen: Resignation. Teilweise allgemeiner Art (in diesem Falle, besonders die Alten, für sächsische Ansprache noch offen), häufiger nur uns gegenüber (Abkehr von der sächsischen Gemeinschaft: "Man hat uns vergessen", "Hilf dir selbst").
Was wollen sie von uns? Viele gar nichts - aus ungerechtfertigter Enttäuschung, nicht aus nüchterner Erkenntnis. Viele alles, meist gerade, was wir nicht geben können. Landsmannschaftliche Gemeinschaft sonst für diese inexistent, sie kommen nur, wenn sie etwas brauchen (Ideal: landsmannschaftliche Versicherungsgesellschaft gegen alles, was einem passieren könnte.)

II. Unsere Aufgabe müssen wir von hier aus sehen. Zillich hat sie nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der Landsmannschaft so formuliert, daß wir in verstärktem Maße Innenarbeit zu leisten, Proletarisierung und Zermürbung durch Festigung der Gesinnung und Haltung zu bekämpfen haben. Diese Aufgabe gilt für Hilfskomitee und Landsmannschaft in gleicher Weise. Wir werden damit zunächst nicht die Wünsche erfüllen, wie sie uns die Landsleute entgegenbringen, die äußere Hilfe wollen (die wir natürlich nach Kräften, und auch mehr als bisher, leisten müssen) und nicht nach Weckung, Stärkung und Läuterung der inneren Kräfte rufen.
An diese Aufgabe können wir nur herangehen, wenn wir zugleich unsere Schuld erkennen, die nicht die Schuld des Hilfskomitees oder der Landsmannschaft ist, sondern weit zurückreicht. Lebte das Freiheits- und Rechtsbewußtsein denn noch? War die Glaubensgemeinschaft nicht vielfach schon Lüge und auch von der Volksgemeinschaft nur noch eine hohle Disziplin übriggeblieben? Wären diese Ruhmestitel unserer sächsischen Vergangenheit lebendig gewesen, hätten wir nicht mit so viel Blindheit die Entmündigung und die Zerschlagung aller demokratischen Tradition 1940-45 hingenommen. Wir merkten ja gar nicht, welchem Geist wir uns hingaben. Heute müssen wir nüchtern erkennen, daß zu wenig Substanz da war, daß unsere demokratisch-christliche Tradition Phrase war. - Wir können also gar nicht einfach bei 1940 oder 1945 wieder ansetzen, wir müssen tiefer steigen, wenn wir den Geist der Mitläuferei, den wir nüchtern sehen müssen, wieder loswerden wollen.
Es ist keine fromme Weltfremdheit, sondern höchster Realismus (es gibt nichts Nüchterneres als einen echten Christenglauben), wenn man die Dämonien, die unsere Welt beherrschen, als solche sieht: den Kollektivismus in seiner gefährlichen Form, die Geschmack und Lebensstil, geistige Haltung und politische Einstellung nivelliert; den Materialismus, der

./.

von der Opferbereitschaft weg zum Kampf gegen alle führt, bei einzelnen und Organisationen; den Totalitarismus, der im totalen Wohlfahrtsstaat des Westens ebensolche Triumphe feiert wie im Osten, bis hin zu unseren Flüchtlingsorganisationen, die alle den Anspruch der Ausschließlichkeit und der Macht für sich stellen. Hier haben wir das Erbe der Andreas-Schmidt-Periode auch noch nicht überwunden.
Prüfen wir einmal auf diesem Hintergrund uns selbst!
Haben wir in unserer Arbeit, in der Bewertung der Wichtigkeit der einzelnen Aufgaben immer die Gewichte richtig verteilt?
Läuft unsere Organisation nicht Gefahr Selbstzweck zu werden? Überschätzen wir nicht unsere eigene Bedeutung und die Bedeutung der Einwirkungsmöglichkeit in den verschiedensten Gremien, in denen unsere besten Mitarbeiter ihre Kraft verbrauchen? (Siehe Neujahrsaufruf in der Weihnachtsnummer unserer Zeitung - nichts anderes zu sagen?!)
Zählt nicht hierher auch die fast 100%-ige Ausrichtung der SZ auf publizistische Wirkung und Geltung?
Besteht nicht Gefahr, daß wir auch unsere Veranstaltungen zuerst nach ihrer Wirkung nach außen ansehen und zu "machtvollen Kundgebungen" ausgestalten, bis hin zur Schaustellung unserer Trachten?
Höhlen wir unsere völkische Disziplin nicht bis zur Vernichtung aus, wenn wir auch nur den Eindruck erwecken, keine andere Meinung zu dulden, und alles Leben in den Einheitstopf der Organisationen einspannen wollen?
Tun wir in allen diesen Dingen nicht mehr als wir - zugegeben! - zu tun gezwungen sind, tun wir es nicht mit zu viel Freude? Haben wir, zusammengefaßt, nicht viel zu viel Sicherheit, Selbstbewußtsein, Geltungsdrang, zu wenig Liebe, Demut, Dienstfertigkeit?
Es sind dies nicht Fragen, die wir auf Kundgebungen hören. Es sind aber Fragen, die sehr wache und klardenkende Menschen bewegen, die nüchtern erkennen, was hinter dem unbewußten Empfinden vieler Landsleute steht. Wir müssen sie sehr ernst nehmen.
Was müssen wir tun? Ich möchte die Schlußfolgerungen in wenigen Thesen zusammenfassen:

1. Wir müssen in Denken und Tun die Innenarbeit vor alles andere stellen.
2. Der Mensch und nicht die Organisation muß im Mittelpunkt unserer Bemühungen stehen.
3. Das bedeutet die bewußte Abkehr von publizistischer Wirkung nach außen und Hinwendung zum Herzen des Landsmannes.
4. Das bedeutet Ertragen auch der Leute, die anderer Meinung sind, und immer neue Infragestellung der eigenen Sicherheit.
5. Das bedeutet vor allem die bewußte Hintansetzung repräsentativer Kundgebungen hinter die dienende Breitenarbeit im Alltag, das liebevolle Bemühen um jeden einzelnen kleinen Mitarbeiter, jeden einzelnen Landsmann und seine Nöte (in Ehefragen, in der Siedlung).

Hier überall sind wir unseren Landsleuten noch viel schuldig geblieben.

Wir haben noch viel Substanz (Abendmahl), viel Gemeinschaft ("Familie") zu bewahren. Wir haben noch ein großes Kapital von Vertrauen bei den Landsleuten, die uns als "ihre Führer" empfangen. Das legt uns eine große Verantwortung auf. Auch der Name Zillichs wird von diesem Vertrauen getragen. Darum Dank für die Schau unserer Aufgaben, die er vor einem Jahr herausstellte. Möge sie sich lebendig durchsetzen! Wir haben eine Tradition, die noch nicht reif zum Begräbnis ist, sondern eine Verpflichtung bedeutet: sie von allen Schlacken und Verbiegungen frei und die wahren Lebenskräfte, die einst in ihr wirkten, wieder lebendig zu machen. Das bedeutet für uns die Aufgabe, um die Bewährung dieser Werte, des geistigen Kerns unserer Tradition im Alltag unseres persönlichen und unseres Verbandslebens zu ringen, nie darüber ruhig zu werden, sie in

./.

rechter Erneuerung in allen Lagen in den Dienst unserer Schwestern und Brüder zu stellen, und - ohne auf Ansehen, Geltung, und uns zu blicken - in der Treue und Hingabe im Kleinen das Große unseres Auftrages zu sehen.

In der anschliessenden Diskussion nahmen vor allem die Vertreter der Landsmannschaft (Zillich, Loew, Schuster, Tittes, Alberti, Wenzel, Schneider Hartl) zu verschiedenen Punkten Stellung. Sie anerkennen die Wichtigkeit der Innenarbeit, die sie durch Lastenausgleichsvorträge Siebenbürgerheim und Lehrhofplan gefördert sehen. Ihre Verwirklichung sei aber nicht Aufgabe des Bundesvorstandes, der dafür nur die Einrichtung schaffen könne, sondern der Kreis-und Ortsverbände.
Die Repräsentation sei nicht zu umgehen, da sie uns von dem Gesetz des politischen Handelns vorgeschrieben sei. Sie sei notwendig, um unseren Verband trotz der kleinen Zahl durchzusetzen, was auch überall gelungen sei. Man habe dabei versucht, auch geistig repräsentativ zu wirken. Diese Erfolge wirkten sich aber nach unten aus: jeder Sachse sei Nutzniesser der Wirkung in der Öffentlichkeit.
Die Landsmannschaft erkennt sich als die ausschließliche Vertreterin unserer Volksgruppe, in die jeder Siebenbürger Sachse hineingeboren sei. Sie dulde es nicht, daß von außen Opposition getrieben werde und könne nie in einer anderen Organisation einen gleichwertigen Verhandlungspartner sehen. Innerhalb der Landsmannschaft sei aber freie Meinungsbildung und Äußerung möglich.

Nach dem Abendessen würde die Zeitungsfrage behandelt.
Hans Philippi weist als Sprecher des Hilfskomitees darauf hin, daß die "Siebenbürgische Zeitung" die einzige Brücke ist, die uns laufend mit jedem sächsischen Haus verbindet. Sie spricht aber die Landsleute nicht an, da sie kein Familienblatt ist, sondern ein politisches (oft flüchtlings-politisches und verbands-politisches) Kampfblatt. Das bedeutet keine grundsätzliche Ablehnung eines auch politischen Niveaus, aber die Forderung nach richtiger Verteilung der Gewichte. Es geht nicht an, daß der einfache Landsmann nur eine siebenbürgische Seite in die Hand bekommt, die ersten Seiten werden von den meisten gar nicht gelesen. Ph. weist an Hand von einem Dutzend Blättern anderer Landsmannschaften und Hilfskomitees nach, daß keine einzige der kleinen Gruppen ihr Blatt so einseitig politisch ausgerichtet hat und stellt die Heimat- und Familienblätter als die vorbildliche Form hin, die allein die notwendige Innenarbeit herstellen kann. Ein Familienblatt müsse nicht sentimental und primitiv, nicht eine Gartenlaube sein, aber wichtiger als journalistische Routine sei, daß das Herz des Landsmannes angesprochen werde. An konkreten Zahlenangaben weist er nach, daß andere Gruppen ihre Blätter bei Auflagen unter 5000 aus den Beziehergebühren ohne jede Schwierigkeit decken können und dabei auch dem kirchlichen Teil - ohne einen finanziellen Beitrag zu verlangen - einen viel breiteren Raum gewähren. Er setzt sich für eine wesentliche Einschränkung des politisches Teiles ein und spricht sich für den Fall einer Alternative zwischen politischem und Heimatblatt eindeutig für das letztere aus.
Eine lebhafte Diskussion schließt sich an (Tittes, Wühr, Waadt, Alberti, Wenzel, Bayer). Hartl als derzeitiger Redakteur gibt einen Rückblick auf die Entwicklung des Blattes (Familienblatt, seit 1952 Südost-Echo) und führt aus: Wir brauchen ein politisches Blatt. Wir brauchen ein Familienblatt. Heute ein Zwitter. Auflage über 10.000, davon mehr als die Hälfte für siebenbürgische Aufgabe. Vorrang des Politischen (unser Los wird nicht beim kleinen Mann entschieden), wir können darum das Südost-Echo nicht aus der Hand geben, durch das wir unser politisches Gewicht gewinnen. Eine journalistisch-politische Aufgabe. Die Erweiterung des siebenbürgischen Teiles (Familienblatt) wird angestrebt, ist aber finan-

./.

ziell augenblicklich nicht durchführbar. Philippi nimmt als Positivum, daß die Notwendigkeit eines Familienblattes gesehen wird. Er will grundsätzlich die "Stimme deiner Kirche" nicht vom Landsmannschaftsblatt lösen, hält aber eine längere Dauer des jetzigen Zustandes (zu wenig Raum) für untragbar.
Weitere Punkte der Aussprache bilden noch: der Heimattag in Dinkelsbühl und die geplante Feier zum 100. Geburtstag von Bischof D. Friedrich Teutsch, die mit einer wissenschaftlichen Studientagung verbunden werden soll.

Mittwoch, den 8. April.

Die Morgenandacht hielt Kuno Galter über Joh. 14,19 "Ich lebe und ihr sollt auch leben".
Der Vormittag galt der Vorbereitung des Evangelisationsdienstes bei den Landsleuten in München und Umgebung, besonders des Abends in der Reformierten Kirche (Reisingerstraße), der unter dem Sammelthema "Wie lebt man als Siebenbürger Sachse in Deutschland?" stehen soll. Deshalb wurde zunächst in gründlicher Aussprache die innere und äußere Lage unserer Landsleute erörtert und viele persönliche Erfahrungen ausgetauscht. Aus dieser Erörterung ergab sich dann die Gliederung des Abends und die Aufteilung auf mehrere Sprecher.
Der Nachmittag führte das Gespräch unter Zuspitzung auf "Die Stimme deiner Kirche" fort und suchte vor allem die Fragen herauszustellen, die unsere Landsleute beschäftigen. Es erscheint angebracht, an Stelle des Monatsspruchs auch andere kurze Betrachtungen zu veröffentlichen. Da unsere Leute oft die Persönlichkeit des Pfarrers als große Not empfinden (Wenzel), erscheint es wichtig, sie auch persönlich aufzusuchen. Seelsorge muß für uns ganz groß geschrieben werden. Mehrere Anwesende erbitten sich Adressenmaterial der Umgebung ihres Wohnsitzes.
Zum "Vortragsabend" in der Reformierten Kirche waren außer den Teilnehmern der Freizeit etwa 50 Landsleute erschienen. Der Abend begann mit einem gemeinsam gesungenen Choral, dann begrüßte Hans Philippi die Versammelten, wies in wenigen Sätzen auf die Zielsetzung des Hilfskomitees hin (uns gegenseitig innerlich zu helfen) und nannte das Thema des Abends: Wie lebt man als Siebenbürger Sachse in Deutschland? Seit Jahrhunderten kamen unsere Sachsen nach Deutschland. Von hier unsere Kraft, hier unsere Liebe, Land unserer Sehnsucht. Wir haben es anders kennengelernt: Heim in die Fremde! Aus einer festgefügten Gemeinschaftsordnung in ein aufgelöstes Reich, ein zermürbtes, entwurzeltes und nivelliertes Volk. Ein Ideal zerbrach. Wie haben wir uns zurechtgefunden? Ist unsere Liebe groß genug, die Fremde zur Heimat werden zu lassen? Ist unser Glaubensspeicher voll genug, um Kraft zu geben? Hierauf wollen wir in vier Kurzreferaten Antwort geben.
Wenzel beantwortet die Frage, wie wir uns entwickelt haben. Er reist mit uns durch Österreich und Deutschland. Er zeigt uns Landsleute, die nicht mehr sächsisch können, die aber den Bogen heraus haben (Hof an sich reißen, wilde Ehen). Unruhe dort, wo Sachsen hinkommen, auch kirchlich. Kann aber von Segen für beide Teile sein. Zwei Gesichter: der Pudligar auf der einen, der durch seinen Weg Geläuterte auf der anderen Seite, dessen Substanz standgehalten und sich gereinigt hat. Wir müssen dazu helfen, daß dieses Gesicht sich durchsetzt.
Kondert führt diese Schilderung fort. Er sieht in den dunklen Bildern Krankheitserscheinungen, aber er glaubt an die gesunde Substanz des siebenbürgischen Menschen, für deren Wirksamkeit auch nach 1944 er mehrere Beispiele erzählt, darunter das Bild eines Bauernburschen, der in katholischen Hof geheiratet hat, aber allem Drängen des katholischen Dekans zu konvertieren standhaft Widerstand leistet. Diese inneren Glaubenswerte müssen wir alle pflegen.

./.

Alberti stellt die Frage, ob wir fremd bleiben müssen. Es ist eine Gewissensfrage, ein Wandeln auf dem schmalen Grat zwischen Assimilation und Absonderung. Beides ist falsch. Wir müssen Siebenbürger Sachsen bleiben, damit wir gute Deutsche sind, aber nicht damit Geschäfte machen und zur Schau stellen, was wir als Sachsen haben. Sauber bleiben, ein reines Gewissen behalten, daraus wirklich leben, was uns zu Hause zu guten Sachsen machte. Auch den Kindern die Art erhalten, aber ihre Heimat nicht nehmen. Das ist rechte Eingliederung. Der Weg auf dem schmalen Grat.
Galter: Was sollen wir tun? Stimmung verfängt nicht mehr. Wir brauchen etwas Handfestes. Wir haben spüren gelernt, daß wir in diesem Leben Flüchtlinge und Fremdlinge sind. Wir leben in einem Raum, der nur eine Tür hat, die sich nur nach einer Richtung öffnet (Tod). Ein einziges Mal in der Geschichte hat sie sich in umgekehrter Richtung geöffnet: zu Ostern. Hinter dieser Tür beginnt der Glaube. Sollen wir vor ihm, sollen wir vor dem Herrn unseres Lebens davonlaufen?
Diese Frage greift ein Grußwort von Dr. Erich Roth auf, das zum Schluß verlesen wird. Wir würden durch solches Davonlaufen die Not unseres äußeren Flüchtlingsdaseins durch die viel größere Not eines inneren Flüchtlingsdaseins vermehren. Am Beispiel eines Landsmannes zeigt Roth, wie ein Neuanfang in jedem Leben notwendig und möglich ist. "Dieses Anfanges wegen seid ihr heute hierher eingeladen worden. Und von den Männern, die heute Abend zu euch sprachen, wollte keiner etwas von euch profitieren. Im Gegenteil, sie opfern Zeit und Geld und Mühe und sie wollen vor euch nicht mit eigener Weisheit leuchten, sondern euch Gottes Wort sagen. Sie sind Botschafter an Christi statt, die euch mit Ernst und mit landsmännischer Herzlichkeit bitten wollen: "Lasset euch versöhnen mit Gott!" (2. Kor. 5,20). Tut ihr's, dann habt ihr mitten in der äußeren Heimatlosigkeit doch die innere Heimat gefunden, deren Segen mit der äußeren Heimat gar nicht zu vergleichen ist".

Donnerstag, den 9. April.

Die Morgenandacht hielt Georg Wenzel über Amos 5,6: "Suchet den Herrn, so werdet ihr leben."
Die Bibelarbeit, gehalten von Kuno Galter, diente der Vorbereitung der Zusammenkünfte mit den Landsleuten in kleinem Kreis. Als Text war gewählt: Jer. 29, 1-14. In der Auslegung dieses von Jeremia an die Landsleute im Exil gerichteten Briefes zeigt er, daß der Prophet sich keiner Politik anpaßt, sondern eigentlich jede Politik sprengt. Der Herr Zebaoth ist der Allmächtige, allmächtig auch in der Fremde. Häuser bauen ... besagt zuerst: Gott hat einen langen Atem, werdet nicht nervös! Diese Aussage in speziellerer Form in "nehmet Weiber", das nur heißt: Hütet euch vor dem Aussterben (es wird nicht gesagt: assimiliert euch, oder: sondert euch ab!), "suchet der Stadt Bestes" = lebt nicht von Soforthilfe und Schwarzmarkt - "Betet für sie" etwas Schweres - "Wenn's ihr wohlgeht, so geht's euch auch wohl": in Rußland diese Wahrheit deutlich erlebt. Ein Gefangener träumt immer von der Heimkehr. Aber: rechnet nicht! Die Zahl 70 ist eine heilige Zahl, sie heißt nur: die Zeit Gottes überhaupt. Es gibt eine irdische Heimkehr, die unseren Berechnungen entzogen ist, die in Gottes Willen und in seiner Freiheit steht. Über seine Gedanken ist dreierlei ausgesagt: 1. Er wacht über alle Wege. 2. Er hat die Freiheit zu tun, was er will. 3. Seine Gedanken haben ein Ziel: das Ziel des Friedens. Wirklicher Glaube treibt in die Anbetung und in die Gemeinschaft. Nicht "Ihr sollt!" heißt es, sondern: "Ihr werdet mich suchen".
In der eingehenden Aussprache wird herausgestellt, daß der Begriff des "Gefangenen" des Alten Testaments ohne weiteres dem "Heimatvertriebenen" gleichgesetzt werden kann. Es wird darauf hingewiesen, daß bei der Aus-

./.

legung der ganz konkreten Aussagen ("Nehmt Weiber") Sicherungen notwendig sind, damit nicht, während wir lesen und reden, der Teufel interpretiert. Auf keinen Fall darf moralisierend zu den Landsleuten gesprochen werden. Es soll durch diesen Text nicht die Frage der irdischen Rückkehr wieder aufgeweckt werden, aber von ihr doch auch unter dem Aspekt dieses Textes gesprochen werden.

Das Vortragsthema des Tages hieß: Gottesdienst (Liturgische Frage). Der vorgesehene Vortrag von Prof. Dr. Erich Roth über das "Wesen unseres Gottesdienstes" mußte wegen Erkrankung des Vortragenden ausfallen. Kuno Galter referierte über: "Wie erleben wir den Gottesdienst?". Von der Feststellung ausgehend, daß vielen Flüchtlingen, die zu Hause noch regelmäßig den Gottesdienst besuchten, ebenso wie der Masse der Evangelischen der Gottesdienst eine fremde Sache geworden ist, scheint es notwendig, daß auch wir einmal ganz praktisch diese Frage behandeln, um dann mit den gefundenen Klärungen den Landsleuten weiter dienen zu können. Galter behandelt das Thema in drei Punkten: Zuerst gibt er eine Darstellung von Luthers Verständnis des Gottesdienstes (Torgauer Predigt u.a.) und unterstreicht besonders das Gemeinschaftsmoment darin. "Ohne Nächstenliebe wird der Gottesdienst zum gefährlichen Selbstgenuß". Sodann führt er in eingehende und klarer Darstellung der einzelnen Teile durch die ganze Liturgie des Gottesdienstes und stellt zuletzt einige Grundsätze für eine wirklich gemeindemäßige liturgische Ordnung auf (Gründung im Bekenntnis - Stetigkeit - Beweglichkeit, die dann zu einer aktiven Teilnahme der Gemeinde am liturgischen Handeln führen).

Gegen Abend fuhren die Freizeitteilnehmer in Gruppen nach München und hielten in kleinem Kreis Bibelstunden und Aussprachabende in Laim, Pasing, Schwabing, Stadtmitte und Karlsfeld durch.
Gleichzeitig fand in Eichenau eine Vorstandssitzung des Hilfskomitees statt.

Freitag, den 10. April.

Die Morgenandacht hielt Herwart Reiser über Eph. 2, 6.7.: "Und hat uns samt ihm auferweckt und samt ihm in das himmlische Wesen gesetzt in Christo Jesu, auf daß er erzeigte in den zukünftigen Zeiten den überschwenglichen Reichtum seiner Gnade durch seine Güte gegen uns in Christo Jesu" (Tageslosung).
In der Aussprache über die liturgische Frage wurden besonders die Schwierigkeiten herausgestellt, die sich für unsere Landsleute in ihrer neuen Umgebung ergeben haben. Einzelne liebe Bräuche der Heimat werden überall vermißt (Opfergang um den Altar an großen Festtagen, Zugang, gemeinsamer Gang der Sippen und Nachbarschaften zum Heiligen Abendmahl, geschlossenes Eintreten der Jugend ins Gotteshaus u.a.), jedoch wird von denen, die die Kirche besuchen, weniger an der Liturgie Anstoß genommen (etwa die fremde Form des Sündenbekenntnisses, das gemeinsame Sprechen des Credo und des Vaterunsers) als an der Predigt, die nicht nur im Inhalt, sondern auch in ihrer Sprache und ihrem Vortrag einen lebensfernen Eindruck macht. Unter Hinweis darauf, daß wir in Siebenbürgen keine einheitliche Gottesdienstordnung hatten (die "Burzenländer Ordnung" Reicharts war ein Versuch, Ordnung hineinzubringen), wird für richtig angesehen, daß wir in unseren Heimatgottesdiensten die Liturgie der betreffenden Landeskirche, in der der Gottesdienst gehalten wird, wählen, wobei im Rahmen der möglichen Variationen die der Siebenbürgischen Ordnung naheliegendste gewählt werden soll. Nur bei großen Heimattreffen, die Landsleute aus verschiedenen Landeskirchen vereinigen, soll eine Burzenländer Liturgie verwendet werden. Im übrigen wollen wir bemüht sein, unsere Landsleute an die liturgische Neubesinnung (Liedgut, Wesen des Gottesdienstes, Bedeutung des Altars neben der Kanzel) heranzuführen.

./.

Es folgte eine Bibelarbeit von Sepp Scheerer über Maleachi, Kap. 1. Die Bibelarbeit wurde Samstag Nachmittag fortgesetzt. Wir geben die Hauptpunkte hier geschlossen wieder.
Maleachi lebt in einer kleinen Zeit. Der aus dem Exil nach Jerusalem zurückgekehrte Teil der Juden befindet sich in größter Not. Die Klage ist zur Anklage, ja das ganze Leben ist nach ihrer Meinung sinnlos geworden. Ihr Glaube ist vom Zweifel zerfressen. Sie sind frech und fordern. Im Grunde ihres Wesens sind sie völlig demoralisiert und führen ein lügenhaftes Leben. Aber die kleine Zeit von Gott geachtet. Gott schickt diesen verstockten und sündigen Menschen die Gnade, in Form der Botschaft des Propheten Maleachi. Dieser Prophet ist unbekannt geblieben. Sein Buch befindet sich am Ende des Alten Testaments. Seine Botschaft soll die von Jesus Christus nicht verdecken. Maleachi hat mit dem Heiland viel gemein. So wie Jesus Christus den verlorenen Schafen nachgeht, so widmet er sich den Frechen und Vertrotzten. Er findet sie noch würdig für ein Gespräch. Parallele zu unserer Zeit: Wir haben genug Anschauungsmaterial für dieses bis in die Wurzeln lügenhafte Leben. Nachgehende Seelsorge. Vielleicht kann im Osten nur so verkündigt werden.

Die 1. Botschaft: Ich habe euch lieb.

Gott liebt grundlos, d.h. ohne Voraussetzungen - das wäre eine Liebe mit Grenzen - bedingungslos, endlos. Sie können ihn aber nicht begreifen. Als auserwähltes Volk sehen die Frechen und Vertrotzten die Liebe Gottes als etwas Selbstverständliches an. Für sie bedeutet sie nicht Gnade, sondern sie sind der festen Überzeugung, daß sie ihr verbrieftes Recht sei. An den Verheißungen werden sie irre, ebenso an der deutlichen Sicherung des irdischen Lebens oder daß Unglaube verdirbt.
Die Lage der Menschen von heute ist der geschilderten ganz ähnlich. In den letzten Jahren sind ungeheuere Umwälzungen vollzogen worden. Immer wieder wird heute die Frage gestellt: wenn Gott all dies zuläßt, gibt es da noch eine Liebe? Wir möchten Gottes Liebe überall sehen. Unser Rebellentum steigert sich immer mehr, wir möchten überall unseren Maßstab durchsetzen. Dies ist unmöglich. Denn gerade so wie auf den Rembrandtbildern, wo aus dem großen Dunkel nur einzelne kleine helle Stellen leuchten können, so ist es auch mit der Liebe Gottes: sie kann nicht überall Gestalt gewinnen, sondern kann bloß an bestimmten Stellen sichtbar werden.
Wie hat uns Gott zu lieben? Unsere Antwort: Er soll uns so lieben, wie wir es verlangen, d.h. er soll uns all das geben, was wir für den Alltag benötigen: Wohnung, Speise, Trank, Kleidung, Heimat usw. Indem wir dieses sagen, vergehen wir uns am 1. und 2. Gebot. Wir machen uns ein Bildnis von der Liebe Gottes und sind böse, wenn er nicht so handelt, wie wir es haben wollen. Wie liebt uns Gott? Sein Maßstab ist ein ganz anderer. Bei ihm gibt es keinen Unterschied zwischen Herrentum und Kreuz. Echte Liebe strömt uns aus dem "O Haupt voll Blut und Wunden" entgegen.
Es gibt keine billige Liebe à la Gartenlaubenstil. Sie ist spannungsreich, sie steigt in die ganze Dunkelheit hinab, sie umfaßt buchstäblich Himmel und Hölle, wie es am deutlichsten auf Golgatha geschieht. Jesus Christus faßt den Kelch mit beiden Händen,"auf daß wir Frieden hätten." Also hat Gott uns in Christi Leiden und Sterben seine größte Liebe offenbart.

Die 2. Botschaft: Womit habt ihr mich lieb?

Gott kehrt die Frage um und möchte wenigstens Zeichen sehen, daß die Jakobskinder - die ihre alte Heimat wieder erhalten haben - ihn ehren, z.B. im Gottesdienst. Dieses ist aber nicht der Fall. Der Gottesdienst ist völlig zerstört. Maleachi trägt dieser Tatsache Rechnung. Nach sei-

./.

ner Meinung bedeutet Armut noch keine Schuld, aber die Armut ist zur Armseligkeit ausgeartet. Gegen diese Armseligkeit, Liederlichkeit und Verlotterung des Gottesdienstes tritt er energisch auf. Maleachi geht immer vom Alltäglichen aus. Er erinnert an das 4. Gebot, das die Quelle aller politischen Probleme ist. Er nennt die irdischen Machthaber, denen man aus Angst immer wieder die Ehre gibt. Gott aber vergißt man all zu leicht, ihm wird keine Ehre gegeben. Maleachi geht mit seinen Zeitgenossen streng ins Gericht; es genügt nicht, wenn man fleissig in die Kirche geht (christlicher Minimalismus!), man muß vielmehr von der Botschaft Gottes überwältigt werden. Es müßte eigentlich einer kommen, der die Türe zuschlägt; vielleicht würden dann viele von neuem und gründlich anfangen. (Einer aber hat dieses nicht getan, er hat nicht zugeschlossen, obwohl er die Macht dazu gehabt hätte, sondern er hat geweint, ist ergrimmt und hat alles ge- und ertragen). Maleachi nennt die Jakobskinder gotteslästerlich (vieles ist an ihnen faul, sie reichen schimmliges Brot usw.), die Heiden aber stellt er ihnen als Beispiel hin. Obwohl die kirchlichen Kreise über die Heiden viel schimpfen, bringen gerade sie ein reines Speiseopfer dar. Maleachi richtet schließlich an die Kirche einen ernsten Bußruf. Der scharfe Unmut des Propheten geht sogar so weit, daß er den Ausdruck "Betrüger" gebraucht. Gott sieht den Untergang, will aber nicht, daß sie untergehen. "Wo ist meine Ehre? Wo ist Euer wohlverstandenes Wohl?" - "Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden". - Schändung des Gottesnamens bedeutet jedesmal auch Schändung des Menschen, zumal wenn es beim Sühneopfer geschieht, weil die Sühne der Versuch des Menschen ist, sich ihm gegenüber als schuldig zu erweisen.
In jedem Menschen steckt das Bedürfnis zur Reinheit. Aber immer wieder gibt man sich dem ausschweifenden Leben hin. Anstatt sich nachher zu einem fehlerlosen Sühneopfer zu bekennen, antwortet man oft mit einer trotzigen Herausforderung. Anstatt reumütig zu erklären: Wir haben ihn verlassen, ruft man mit Pathos aus: Gott hat uns verlassen.
Der Wehruf Maleachis ist vom Volk nicht gehört worden. - Das Sühnopfer hat Gott fehlerlos und rein selbst dargebracht und seither ist ein Opfer nicht mehr nötig: "Der Vorhang zerriß, der Tempel wurde zerstört, der Mund des Opferpriesters mußte sich schließen".
Die Unruhe - Rechtfertigung nur dann und solange wir sagen: Gott sei mit Sünder gnädig - , die den Christen immer erfüllen muß und die der Referent wecken wollte, führte zu einer sehr regen Aussprache, deren Gedanken uns noch weiter beschäftigen müssen: Warum in Kirche immer so fromm, im Neuen Testament so unfromme Situation? Wir verschlucken immer einen Besenstiel. Kann eine völlig mit Gott zerfallene Generation (Rußland vollendeter Typ) direkt von der Botschaft getroffen werden oder Vorfeldarbeit (Stimmung) nötig? Die Kirche darf die Botschaft nicht so mit ihrem Eigensein verkoppeln, daß mit ihrer Zerschlagung auch die Verkündigung zerschlagen wird (vielleicht auf den Wirtshaustisch verlegt). Mit dem Glauben stimmt etwas nicht, wenn wir das tägliche Leben so unberührt davon leben. Die kirchliche Praxis auf "religiöse" Menschen gerichtet. Das Abendland aber lebt nur sekundär von religiösen Gefühlen.

Der Nachmittag und Abend war frei. Mehrere Freizeitteilnehmer machten Besuche bei einzelnen Landsleuten, die um eine Aussprache gebeten hatten.

Samstag, den 11. April.

Die Morgenandacht hielt Hans Lurtz.
Gäste von der bayerischen Landeskirche.
Schon am 9. April hatte und Kirchenrat Fikenscher, den Leiter des bayerischen Gustav-Adolf-Werkes besucht. Er wies auf die alte Verbindung des bayerischen GAW mit Siebenbürgen hin (die einzige große Aus-

./.

landspende aus dieser Kirche, die selbst eine große Diaspora hatte und hat, war nach Siebenbürgen gegangen) und gab einen Überblick über die heutige GA-Arbeit in der Welt und in Bayern. In vielen Gemeinden sei das kirchliche Leben durch volksdeutsche Gruppen neu geweckt und befruchtet worden. Das GAW fühle, daß nur vom Zentrum her gearbeitet werden könne: Diasporamission, seelsorgerlicher Dienst, Gemeindebau - seine Arbeit eine Funktion innerhalb der Kirche. Versuch, auch den Gemeinden Mittelfrankens den weiten Blick zu wecken.

Dekan D. Heckel wies in Anknüpfung an die Inschrift einer volksdeutschen Kirche ("Erhalt uns, Herr, bei deinem Wort, erhalt uns deutsch an diesem Ort") und an die Äußerung eines Heimkehrers, eines Bauern aus Jugoslavien ("Wie sollen wir unseren Glauben und unsere Art bewahren, wo wir keine Pfarrer, keine Lehrer etc. haben?") darauf hin, daß im Auslanddeutschtum die Substanz des christlichen Glaubens zur Verantwortung gestellt war und daß dort erkannt wurde, daß Muttersprache und Wesensart nicht nur ein Accidens, sondern ein Lehen von Gott sind. Verzerrungen waren da. Aber heute müssen wir von verkehrten Absolutsetzungen ebenso wie vom anderen Pendelausschlag, der dies alles leugnete, zur Erkenntnis der wahren Beziehungen von Evangelium und Volkstum kommen. Wenn wir die legitime Stelle des Volkstums in der Ordnung Gottes nicht begreifen (Haushalter der mancherlei Gnade), dann enden wir in einem europäischen Brei, in Streusand und Völkerdreck. Nicht Bindestrich-Christentum (deutsch-evangelisch), aber auch nicht Separation, sondern rechte Zuordnung! Aufgabe der volksdeutschen Restkirchen nicht nur Einfügung in das Kirchentum und Aufnahme von Substanz, sondern den gehüteten Deutschen helfen, das Volkstum in die Formation des Glaubens einzuordnen. Es geht nicht an, daß wir einem Ökumenismus huldigen, der nicht mehr die mit ihrem Volkstum verbundene Kirche an ihrem Ort läßt.
Anschliessend erzählte D. Heckel von seinen letzten Besuchen als deutscher Auslandbischof in Siebenbürgen (1944) und ließ sich eingehend über die Lage in der Heimat informieren.
Oberkirchenrat Schabert sprach über das Problem der Eingliederung. Warum überhaupt ein Problem? Warum nicht alles in Ordnung? Sammelnenner für alle Schwierigkeiten: die Gestalt. Alles kirchliche Leben, auch persönliches Frömmigkeitsleben aus dem gleichen Schatz, aber verschiedene Gefäße. Gestalt durch Geschichte, Landschaft, Erleben bestimmt. Es geht nicht um die bessere oder schlechtere sondern um die andere Gestalt. Wie werden wir damit fertig? Zwei Wege: 1. Der Weg des Gesetzes Die einen verlangen Einfügung, die anderen Festhalten an dem, was sie noch haben. Auf diesem Weg nicht weiter, Gesetz gebiert kein Leben. Eine Gemeinde, zu deren Konstitutivum das Moment des Heimatlichen gehört, ist in der Kirche keine legitime Erscheinung. 2. Der andere Weg heißt: Gesetz Christi-Entäußerung. Christus sagt nicht: Steigt herauf zu mir, sondern er ist allen alles geworden. Dies Gesetz bedeutet ein wirkliches Sterben, das aber Leben gebiert. In ein Gesetz kann man hineinzwingen und gezwungen werden. Wenn etwas in Ordnung ist, lebt es noch nicht. Wirkliche Begegnung nur so, daß man sich in Frage stellen läßt, vor den Toren der Gestalt.
Ein Punkt, wo man nicht mehr nach beiden Seiten sprechen kann. Ist der Sinn des Sterbens, durch das Gott uns geführt hat, als er die Gestalt unserer Kirche zerbrechen ließ, der, daß wir an anderem Ort die Scherben wieder zusammenlesen? Persönliches Bekenntnis: Wozu wir hingestellt sind, kann nicht heißen, uns selbst erhalten, sondern dienen. Das ist: zum andern hingehen. Jeder Dienst Selbstentäußerung. Aber mit dem, was man ist und hat, zum anderen gehen. Indem ich das Meine verleugne, diene ich dem andern nicht.
Wir haben nicht um Christi willen die Heimat verloren. Jetzt (im Raume der Gemeinde) gefragt, ob wir bereit sind, um des Bruders willen zu sterben. Gott erwartet von uns ein zweites Sterben. Diesem Sterben ist die

./.

Verheißung des Lebens gegeben. Vielleicht erwächst aus solcher Begegnung der Kirchentümor für alle eine neue Gestalt.
In der Aussprache wird besonders herausgearbeitet, daß die Welt Assimilation kennt (sie setzt égalité und fraternité gleich), die Gemeinde zerstört das Beste, was wir mitbekommen haben, nicht. Sie uniformiert nicht. Refugium vor dem Gleichmachungsprozeß der Welt. Auch unsere Landsleute sind in der Welt assimiliert. Andere haben sich in die Ordnungen der Kirche gestellt, aber nicht assimiliert. Aber es ist ein Geschenk: das Wort Erhaltung kein Programmpunkt, auch nicht an 15. Stelle, dann würde es verdorben. "Trachtet am ersten nach dem Reich Gottes, dann wird euch alles andere zufallen". - Die Siebenbürger Sachsen sind unter den Flüchtlingen ein Sonderfall durch das Fortbestehen ihrer Heimatkirche. Von hier und von der Möglichkeit einer Rückkehr gesehen, bleibt das Grundsätzliche der Ausführungen doch bestehen.

Nachmittag Bibelarbeit Sepp Scheerer (siehe Freitag-Bericht).

Abend besuchten Gruppen die Landsleute in Starnberg, Erding und Garching. Über diese Abende wird ebenso wie über den sonstigen Evangelisationsdienst und die dabei gesammelten Erfahrungen bei anderer Gelegenheit berichtet.

Sonntag, den 12. April.

Der größte Teil des Morgens und des Vormittags war persönlichen Gesprächen und der Besprechung von Arbeitsvorhaben des Hilfskomitees und des Kirchlichen Arbeitskreises gewidmet.
In einem Referat: "Die Legitimität unseres Auftrages an den Landsleuten" gab Paul Philippi eine Diskussionsgrundlage für eine Besprechung dieser Frage. Aufstellung des Themas bedeutet: Es bestehen Zweifel an Legitimität. Vorweg Versuch einer biblischen Grundlegung. AT setzt gewisse Dinge voraus (Natur, Volk, Liebe der Geschlechter - fast alles, was zum ersten Artikel gehört), ohne explicit darüber zu lehren. Das erwählte Volk als Träger der Verheißung auf den 2. Art. bezogen, zugleich aber auch Paradeigma für Handeln Gottes mit allen Völkern (als solches zum 1. Art.). Hierher gehört Amos (Völkerreden, Strafreden, soziale Gedanken), Hosea, Weisheitsliteratur, Hiob: Gott handelt in der Bibel mit Völkern. Bei Jeremia das persönliche Verhaftetsein mit dem Schicksal des Volkes besonders deutlich. Esther, die Treue der Erhöhten zu ihrem Volk, gutes Gewissen für Volksliebe an sich (nicht Verirrungen!) NT: Jesus selbst steht mit einer gewissen Selbstverständlichkeit im Volk (Weherufe über Jerusalem). Für Haltung des Paulus wesentlich, daß er in der großstädtischen Welt des Internationalismus und Individualismus lebt. Aber Röm. 9,3 wie Jeremia! Kirchengeschichte: Wo es noch geschlossene Stammesgemeinschaft gab (und gibt), betraf und betrifft die Mission Stämme und nicht Individuen. So ist das natürliche Stammeszusammenhang überall anerkannt. Wir kennen ihn noch als einen auch im Kirchenleben lebendigen.
Die heutigen Zweifel an der Legitimität ein Relikt aus dem Widerstand gegen Verzerrungen. "Gott hat unser Volk zerschlagen": Unseren siebenbürgischen Stamm hat er ja gerade nicht zerschlagen. Wenn seinerzeit die positive Geschichtsausdeutung als natürliche Theologie abgelehnt wurde, dann ist heute die negative Geschichtstheologie bezüglich der Niederlage ebenso falsch. Anmaßung.. "Wer hat des Herren Sinn erkannt?" (Röm. 11,34. Jer. 23,18). "Gott hat mich in eine neue Umgebung gestellt, hier meine Aufgabe".: Falsche Vorstellung vom Volk, vom Menschen, vom Nächsten. Nicht Maschinen, die einfach Standort wechseln. Organismen mit Wurzeln und Bindungen ... Schlechte Gewissen? Sie "beten für unsere Arbeit": Hoch denken vom Beten. Es trägt die Arbeit. Innenseite des Handelns. Aber Beten ohne Handeln? Keine Gottesbeziehung möglich ohne

./.

Auswirkung auf den Nächsten. Phrase (Um euretwillen wird Gott gelästert unter den Heiden). - Es gibt Menschen, die hier gehemmt sind. Aber sie sollen sich dann nicht ausreden, vor Gott mit Gebet, und vor den Menschen mit Theologie.
Schabert hat gesagt: Heimat eine Gabe Gottes. Jede Gabe auch eine Aufgabe! Der barmherzige Samariter: Wir können helfen. Wir sehen die Menschen am Wege liegen. Wir sehen sie als krankgewordene. Wenn wir uns um diese Menschen recht kümmern, können wir auch den andern am weitesten helfen (Paradeigma).
Die Aussprache führt zu der Feststellung, daß wichtiger als die Abgrenzung und die Anklage das positive Suchen unserer Aufgabe sei. Wenn das Ziel nicht aufs Sterben, sondern aufs Erhalten gehe, machenwir auch den Landsmann zum Objekt. Sterben in dem, was uns hindert im Landsmann den Menschen zu sehen! In der heimatlichen Gemeinschaft nicht das Objekt politischer Betätigung, sondern die menschliche Seite, die gottgegebene Nächstenbeziehung sehen, die dem Bruder auch zur Not werden kann, wenn er auf Abwegen ist.
Zum Abschluß der Freizeit und der Evangelisationswoche bei den Landsleuten in München fand um 14,30 Uhr in der Auferstehungskirche (Gollierstraße) ein

Heimatgottesdienst

statt. Die Predigt hielt Pfarrer Sepp Scheerer über Lukas 13, 1-5. Liturgie: Stadtvikar Georg Wenzel, Anschließend Feier des Hl. Abendmahls.
Darnach war der ganze Arbeitskreis noch einmal mit den Münchner Landsleuten (etwa 120 waren der Einladung gefolgt) im Bürgerheim (Gollierstraße) zu einem

"Sächsischen Nachmittag"

vereint. Heimatlieder erklangen und es entstand gleich eine frohe Bereitschaft zum Mitgehen und zum innerlichen Zusammenrücken. Als dann in - oft humorvollen - Berichten die Mitarbeiter des Arbeitskreises von ihrem eigenen Leben oder vom Erleben der Gemeinschaft auf unseren Freizeiten und Zeltlagern oder von Landsleuten erzählten, die ihnen hier und dort begegneten, wurden diese Berichte doch auchzugleich ein Ruf zur Besinnung und zum Nachdenken über den eigenen Weg und das eigene Verhältnis zur Gemeinschaft der Landsleute und zum Glauben und zu der Kirche. Alle Teilnehmer fühlte sich angesprochen und viele brachten ihren Dank zum Ausdruck, daß sie aus dem Erleben einer Gemeinschaft Anregung und Hilfe mitnehmen durften. So mag wohl in manchem Herzen ein neues Fragen und ein neues Gefühl der Verantwortung in diesen Tagen erwacht sein.
Daß wir in München in dieser Weise unter unseren Landsleuten sein und uns mit ihren Nöten auseinandersetzen konnten, war uns selbst ein großes Erlebnis, das uns diesen Dienst lohnt. Möge er Besuchern und Besuchten zum Segen sein!

.-.-.-.-.-.-.-.

ikgs

Teilnehmer der Freizeit

Leiter der Freizeit:
Studienrat Hans Philippi, Schweinfurt/Main, Nik. Hofmannstraße 41

Alberti, Dr. Richard, Pfarrer,	München, Himmelreichstraße 3
Bayer, Martin, Pfarrer	Arnstorf/Ndb., Bahnhofstr. 196
Galter, Kuno, Pfarrer	Frankfurt/Main-Griesheim, Hartmannsweiterstraße 50 A pt.
Henel, Franz, stud. theol.	Mainz-Bretzenheim, Domherrengasse 10
Hiemesch, H.W.	Tüssling 3, b. Mühldorf/Obb.
Kondert, Johann, Pfarrer	Rimsting/Chiemsee, Siebenbürger Heim
Kraemer, Oskar	Stuttgart-O, Archivstraße 18
Langenhan, Hertha,	Schwandorf i.Bay. Goethestr. 25
Litschel, Günther, Vikar	Wetter/Ruhr, Burgstraße 13 a
Lurtz, Hans Vikar	Kaufbeuren-Neugablonz, Bürgerstr. 10
Müller, Bruno Vikar	Memmingen/Allgäu, Bessererstr. 20
Philippi, Hans Studienrat	Schweinfurt/Main, Nik.Hofmannstr. 41
Philippi, Martha	" " " "
Philippi, Paul Wiss.Assistent	Erlangen/Mfr., Essenbacherstr. 14
Reiser, Herwart, Pfarrer	Filke/Rhön, üb. Mellrichstadt
Scheerer, Sepp, Pfarrer	Linz/Donau, Goethestr. 63
Schmidt, Maria	Ludwigsburg-Ossweil, Hanseatenstr.34
Schneider, Emil Studienrat	Schweinfurt/Main,Hofmannstr. 25/II
Scholtes, Christl	Mühldorf/Obb., Bräugasse 30
Wandt, Michael, Pfarrer	Traunreuth über Traunstein/Obb.
Wenzel, Georg, Vikar	Aschaffenburg, Pfaffengasse 13
Wenzel, Brigitte	Aschaffenburg, Pfaffengasse 13
Zillhardt, Alma	München 22, Himmelreichstraße 3.

Drucksache

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen
und evang. Banater Schwaben
im Hilfswerk der Evang. Kirchen in Deutschland
- Hauptstelle -
München 22, Himmelreichstraße 3, Tel. 27055

Herrn Dr. Dr. h.c.
Heinrich Zillich
Starnberg
Jos. Fischhaberstr. 15

HILFSKOMITEE DER SIEBENBÜRGER SACHSEN UND EVANG. BANATER SCHWABEN
im Hilfswerk der Evang. Kirchen in Deutschland

München 22, am 18. Dezember 1953
Himmelreichstr. 3
Telefon: 27055

5714/Dr.Al./Zi.

An die Mitglieder
des Vorstandes des Hilfskomitees
der Siebenbürger Sachsen und
Evang. Banater Schwaben

E i n l a d u n g

Verehrte Herren, liebe Brüder!

Zugleich im Auftrage des 1. Vorsitzenden, Prof. Dr.Dr. Roth, lade ich Sie herzlich zu einer V o r s t a n d s s i t z u n g unseres Hilfskomitees ein, die am M o n t a g , den 28. Dezember 1953, um 9.15 Uhr (vormittags) im Nebenzimmer des Bahnhof-Hotels in U f f e n h e i m stattfinden wird.

Tagesordnung:

1. "Licht der Heimat" (Ausgestaltung und Finanzierung)
2. Hilfskomitee und Landsmannschaft (Bericht und Beschlußfassung über die weitere Zusammenarbeit)
3. Arbeitsvorhaben für das Jahr 1954:
   a) Tagung des theologischen Arbeitskreises
   b) Kirchentag
   c) Zeltlager
   d) Besuchsdienst
4. Verschiedenes:
   a) Geschäftsführung (Vorbesprechung über die Weiterführung der Geschäftsstelle nach dem in einem Jahr zu erwartenden Ausscheiden Dr. Albertis)
   b) Vereinigung des Hilfskomitee-Archivs (München, Stuttgart, Bayreuth)
   c) Mitteilungen
   d) Anträge

Für die Herren, die schon am Vortage anreisen wollen, kann im Haus, in dem die Sitzung stattfindet, Quartier besorgt werden. Die Fahrtkosten (3. Klasse) werden vergütet. Wir bitten, die Feiertagsermäßigungen in Anspruch zu nehmen.

Verhinderung an der Teilnahme wolle sofort der Geschäftsstelle mitgeteilt werden, damit ein Ersatzmann einberufen werden kann.

Mit den Besten Grüßen und dem Wunsch eines gesegneten Christfestes

Für die Richtigkeit:

gez. Hans P h i l i p p i
geschäftsführender Vorsitzender

(Dr. R. Alberti)
Hauptgeschäftsführer

P.S. Quartierbestellungen erbeten an Herrn Johann M a n n in Uffenheim/Mfr., Mühlstraße 15

ikgs

HILFSKOMITEE DER SIEBENBÜRGER SACHSEN U. EVANG. BANATER SCHWABEN
im Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland
- Hauptstelle München -

Liebe Mitarbeiter und Freunde unseres Hilfskomitees!

Um die Verbindung unter uns enger und lebendiger zu gestalten, wollen wir uns bemühen, in etwa vierteljährlicher Folge in Rundschreiben von der Arbeit zu berichten und Fragen, die uns beschäftigen und bewegen, miteinander auszutauschen und zu beraten. Heute überreichen wir Ihnen den Bericht über die Entwicklung und die Arbeit unseres Hilfskomitees im Zeitraum von Pfingsten 1951 bis Pfingsten 1953, den der Unterzeichnete in der Hauptversammlung zu Dinkelsbühl am 25. Mai 1953 hielt.

Aus diesem Referat und ebenso aus dem schon früher übersandten Bericht über die Osterfreizeit in Eichenau spüren Sie wohl alle, daß der Weg unseres Hilfskomitees und seine Auffassung unseres kirchlichen Auftrags von manchen unserer Landsleute nicht mitgegangen wird. Insbesondere dort, wo dieser Auftrag die Fragen unserer ganzen sächsischen Gemeinschaft und ihres Weges berührt, stehen wir in ernster Auseinandersetzung mit Vertretern anderer Auffassungen. Es wäre wichtig, hierüber ausführlicher zu berichten. Da aber für heute schon der Dinkelsbühler Bericht vervielfältigt ist, stellen wir dieses Thema fürs nächste Mal zurück - in der starken Hoffnung, daß bis dahin manche der umstrittenen Fragen geklärt werden können. Gerade auch in diesem Zusammenhang aber ist es wichtig, daß wir uns in der Grundhaltung, von der unsere heutige Beilage handelt, fest zusammenschliessen.

In früheren Rundschreiben habe ich Sie meist mit einer Menge von Fragen, Bitten und Einladungen bestürmt. Heute will ich mich in dieser Hinsicht sehr zurückhalten und nur e i n e Bitte aussprechen. Ich hoffe allerdings, daß ihr dafür umso herzhafter entsprochen wird:

Die Spalte " D i e S t i m m e d e i n e r K i r c h e " in der siebenbürgischen Zeitung("Südost-Echo") unserer Landsmannschaft ist uns seit langem ein großes Sorgenkind. Zunächst einmal darum, weil der Raum, den uns die Zeitung dafür zur Verfügung stellt, nicht ausreicht, um diese Spalte wirklich anziehend zu machen. (Meist ist neben der biblischen Betrachtung, auf die wir nicht verzichten wollen, und den notwendigen Mitteilungen und Berichten gar kein Platz mehr, um noch andere Rubriken unterzubringen und dadurch eine größere Lebendigkeit zu erzielen). Dann aber auch darum, weil es uns nicht gelungen ist, mit unseren Betrachtungen die breite Leserschaft der Zeitung wirklich anzusprechen. Liegt es daran, daß diese für eine biblische Besinnung kein Ohr hat (also am Inhalt), oder liegt es an unserer Sprache - wie uns gesagt wird, einem "Jargon" der Kirchengemeinschaft, in der wir Schreiber innerlich heimisch geworden sind, der aber eine andere Prägung hat und dem sächsischen Leser anders erscheint als der ihm vertraute Ausdruck sächsisch geprägter Frömmigkeit, und damit fremd?

Nun wollen wir diesen beiden Mißständen zu Leibe rücken. Wir wollen versuchen, möglichst bald statt der Spalte "Die Stimme deiner Kirche" eine eigene vierseitige Beilage (Kleinformat) der siebenbürgischen Zeitung beizulegen. Die Leitung des Hilfskomitees arbeitet an der äußeren Verwirklichung. In dieser Beilage soll selbstverständlich die reine biblische Verkündigung an unsere Landsleute und in ihre innere und äußere Situation hinein ihre zentrale Stellung haben. Dabei wollen wir uns alle miteinander um eine Sprache bemühen, die an dem echten evangelischen Zeugnis nichts abstreicht und doch zugleich dem Leser vertraut klingen soll. Und wir wollen von dem gezeigten Zentrum her - wie unsere Heimatkirche uns das lehrte - auf das ganze Leben unserer Landsleute ausstrahlen, mit seinen Erinnerungen, seiner Sehnsucht, auch seinem Humor. E i n e v a n g e l i s c h e s F a m i l i e n b l a t t, ein wirkliches Sonntagsblättchen, bei dem das Herz des Lesers Ruhe und Stärkung und Freude findet, soll die Beilage werden. Das kann sie aber nur, wenn sie auch mit der freudigen Mitarbeit einer breiten Gemeinschaft rechnen kann.

./.

Um diese Mitarbeit bitten wir Sie. Sie soll sich in zweierlei Richtung konkretisieren. 1) Indem Sie zu dem Plan selbst Stellung nehmen, ihn verbessern helfen. 2) Indem Sie Beiträge liefern: kurz, lebendig, echt.

Wir denken uns folgende, in jeder Nummer wiederkehrende Rubriken in diesem Monatsblättchen: Monatsspruch und biblische Betrachtung (höchstens eineinhalb Schreibmaschinenseiten), Bild einer Heimatkirche (Klischee), dazu ein kurzer Aufsatz (jeder unserer Freunde, besonders unsere Pfarrer, sollten uns einen solchen Beitrag schicken: kein Schema, es kann von der - sogar heiteren - Erinnerung, die sich an das Bild knüpft, bis zur Gemeindechronik und zur aufrüttelnden Ermahnung gehen), Aus der guten alten Zeit zu Hause (Erlebnisse, Anekdoten), So leben wir in Deutschland (Berichte und Lebensbilder - Vorbild und das Gegenteil), Fragen, die uns bewegen (von Fragen der Liturgie bis hin zur Hofgemeinschaft und Siedlung), Nachrichten aus der Heimat, Personalnachrichten (Verlobung, Heirat, Geburt, Todesfall, Anschriftenwechsel - alles kostenlos), Briefe, Bilder (möglichst viele Bilder!) u.v.a. Auch der Name der Beilage beschäftigt uns: "Lichter der Heimat" gefällt einigen seines feinen Doppelsinnes wegen, aber - meinen andere - wird die Erinnerung an die alten "Lichter der Heimat" Pfarrer Schergs nicht manches Ohr (unberechtigterweise, aber eben doch!) verschliessen?

Hier ist also meine heutige Bitte. Packen wir freudig an!

Zuletzt noch eine Mitteilung: Vom 30.10.-1.11. wollen wir in Frankfurt einen kirchlichen Besuchsdienst durchführen. Wir bitten insbesondere die in der Nähe wohnenden Freunde um ihre Mitarbeit, freuen uns aber über jede Anmeldung (an den Unterzeichneten erbeten). Es sollen dann ähnliche Dienste vom 3.-6. Januar in Norddeutschland, in der Nachosterwoche im Süden folgen.

Es grüßt Sie alle in treuer Verbundenheit.

Sands/Rhön, 17.8.1953

gez. Hans Philippi
Schweinfurt/Main
Nik. Hofmannstraße 41

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

ikgs

Das Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen

im Jahre 1952

Vorliegender Bericht will nicht mit Zahlenmaterial imponieren, obwohl wir dankbar feststellen müssen, daß unser Dienst auch äußerlich an Weite gewonnen hat, aber es wäre verfehlt einen Dienst wie den, über den wir hier berichten, nach statistisch erfaßbaren Ergebnissen zu messen anstatt in der Stille für den Segen zu danken oder um ihn zu beten. Wir wissen, wie armselig auch unsere stolzesten Leistungen sind, gemessen an dem, was wir unseren Brüdern und Gott überall schuldig geblieben sind. Darum will ich versuchen in aller Demut von der Arbeit und vor allem von dem Geist der Arbeit zu berichten, die im Rahmen unseres Hilfskomitees im Jahre 1952 getan wurde, und mich dabei nur auf wenig Zahlen beschränken.

Zunächst dürfen wir sagen, daß der Kreis unserer M i t a r b e i t e r sich in der Berichtszeit erweitert hat und innerlich zu engerer Gemeinschaft zusammengewachsen ist: Über 50 Männer und Frauen (darunter mehr als die Hälfte Laien) nahmen aktiv an der Arbeit teil, davon fast vierzig bei mehreren Anlässen, sei es als Mitträger von Freizeiten und Evangelisationen, Verfasser von Zeitungsbeiträgen oder als Prediger. So ist aus unserem theologischen Arbeitskreis, der in jahrelangem Mühen die eigene Position zu klären gesucht hatte, nicht nur dem Namen nach ein kirchlicher Arbeitskreis geworden: die theoretischen Diskussionen sind hinter dem missionarischen Dienst zurückgetreten, an Stelle des einmaligen Gespräches im Jahre ist ein durch das ganze Jahr und über viele Länder gehender, vielfältiger und stiller Einsatz geworden, der den Bruder und die Schwester sucht, sei es im Vorstand der Landsmannschaft oder in der Hütte der Flüchtlingsbauern, und der von dem Bewußtsein getragen wird, daß er in einer lebendigen Bruderschaft steht.

Die geographischen Schwerpunkte unseres Dienstes, von dem im Jahresbericht 1951 gesprochen wurde, sind die gleichen geblieben: unsere in großer Zahl in Mittelfranken untergebrachten Bauernfamilien, die vielen, meist von ihren Familien getrennten alleinstehenden Landsleute in den Industriegebieten vor allem der süddeutschen Großstädte, in beiden Gebieten die Jugendfrage besonders schwierig und dringend.

Für den Besuchsdienst in M i t t e l f r a n k e n stellte der Landeskirchenrat München unserenVikar Georg Wenzel für monatlich vier Tage dienstfrei. So konnte dieser von März bis Dezember siebenmal die Landsleute in den mittelfränkischen Dekanaten besuchen. In enger Fühlungnahme und mit Einverständnis der Ortsgeistlichen und Dekane sucht er nicht nur durch Hausbesuche, Bibelstunden und Gottesdienste, zu denen immer die ganze Gemeinde eingeladen ist, unseren Siebenbürgern Trost zu bringen, vielmehr ist er bestrebt, an die Tradition anknüpfend, die oft schlummernden Kräfte des Glaubens und der Gemeinschaft wieder lebendig werden zu lassen und unter Wegräumung von Mißverständnissen und Vorurteilen auch für die hiesigen Gemeinden fruchtbar zu machen. Dieser Dienst bejaht mit unserem ganzen Kreis die kirchliche Eingliederung - sind wir doch alle Glieder einer Kirche - und sucht dabei die Erkenntnis durchzusetzen, daß jede wirklich innerlich lebendige Ausprägung des Glaubens und der Gemeinschaft ihren Platz und ihre Aufgabe in der Gemeinde hat. An rund einem Dutzend dieser mittelfränkischen Orte schlossen sich die Landsleute in Anlehnung an die heimatlichen Formen zu kirchlichen N a c h b a r s c h a f t e n zusammen, die durch ihre selbstgegebene Satzung den Geist brüderlicher Hilfe neu erwecken, die Erziehung der Kinder im evangelischen Glauben gewährleisten, den Besuch des Gottes-

./.

dienstes stärken wollen. Auf einem S i t t - u n d R i c h t t a g a u f B u r g H o h e n e c k (1.-4. Mai) rüsteten sich die Nachbarväter für ihren Dienst. Die Nachbarschaften erkennen ihre Aufgabe als kirchliche und sehen ihre Berechtigung nur so, daß sie nie im Gegensatz zur Gesamtgemeinde stehen, sondern im Gegenteil ihr Leben fördern. Es wird in ihnen keine Organisation aufgezogen, sondern, wo es noch lebendig ist, etwas in den neuen Lebensraum hineingestellt, was Gott bei uns in Siebenbürgen gewirkt hatte. Es ist eine Arbeit in der Stille - sie will es auch bleiben. Sie hat schon hier und dort Kraft geschenkt und auch in den Ortsgemeinden schon Leben gewirkt. Wir wollen auch im "Jahr der Gemeinde" mit unserer Fürbitte hinter diesem stillen Dienst stehen, daß er immer im rechten Geiste geschehe und lebendige Früchte bringe.

Vom 26.-29. August tagte der K i r c h l i c h e A r b e i t s k r e i s i n U f f e n h e i m : 35 Brüder und Schwestern nahmen daran teil, dazu an einem Tag noch eine Reihe von Ortsgeistlichen aus den Dekanaten Uffenheim und Rothenburg, an einem die Nachbarväter der mittelfränkischen Nachbarschaften. Die Vormittage waren der theologischen Arbeit und der Vorbereitung des Besuchsdienstes gewidmet. Dabei dienten als Referenten u.a. Prof. Wittenberg- Neuendettelsau mit zwei Bibelarbeiten über Hos. 5-6,6 (die von der Sünde handeln) und Jes. 12 (vom Zorn Gottes und vom Trost Gottes) und einem Vortrag über "Schuld und Sünde bei den Propheten", Oberkirchenrat Riedel mit einer Bibelarbeit über 1. Petr. 4,7-11 (von der lebendigen Hoffnung), Dr.Dr. Erich Roth mit einem Vortrag "Sündenschuld und Rettung nach reformatorischer Lehre" und Hans Philippi sprach über das Thema: "Der Flüchtling - Frage nach der lebendigen Gemeinde". Das Thema der Sünde und Schuld war gewählt im Blick auf die vielen Fragen, die hier gerade in unseren Landsleuten aufbrechen, und seine Behandlung führte über den Trost, der uns geschenkt ist, ("wiedergeboren zu einer lebendigen Hoffnung") bis zu den Aufgaben, die uns in der Gemeinde gestellt sind. Sehr lebendig waren die Aussprachen über die äußere und innere Lage unserer Landsleute, den uns aufgegebenen Dienst und die Frage der rechten Eingliederung. Als liebe und fördernde Gäste besuchten uns noch Dekan Riedelbauch-Uffenheim, Lektor Rauhut vom Ostkirchenausschuß-Hannover und Pfarrer Wiegel, der Leiter der Volkshochschule auf dem Hesselberg. An dem späten Nachmittag bestiegen wir dann die Motorräder, Fahrräder und einen kleinen Volkswagen und fuhren zum B e s u c h s d i e n s t zu den Landsleuten auf die umliegenden Dörfer hinaus. Je zwei bis drei von uns (gewöhnlich ein Theologe und ein Laie) besuchten zuerst den Ortspfarrer, dann einige der schon verständigten Familien und dann sammelten sich alle Landsleute (und oft auch Einheimische) zu einer Bibelstunde, für die wir gemeinsam den 23. Psalm gewählt hatten. Anschliessend blieben wir dann bis spät in der Nacht mit den siebenbürgischen Bauern und Bäuerinnen zusammen, bei Fragen, Erzählen, Trösten und Stärken - Wir sahen viel Not, aber auch viel starkes Gottvertrauen, und wir kehrten reichbeschenkt von dort zurück und möchten nur wünschen, daß auch wir den Brüdern durch unseren Besuch Trost und Stärkung bringen konnten. 24 Dörfer wurden besucht, wir erlebten Tage des Wiedersehens einer großen Familiengemeinde, bei dem neben Ernst das frohe Singen und auch die Abschiedstränen nicht fehlten. Am folgenden Sonntag fand noch in Uffenheim ein Heimatgottesdienst mit einer Predigt von Pfarrer Dr. Alberti statt.

Der zweite Schwerpunkt unserer Landsleute und zugleich ein Ort der inneren Not und kirchlichen Entfremdung sind die Großstädte, insbesondere M ü n c h e n und Umgebung, wo 2500-3000 Siebenbürger Sachsen wohnen, zumeist gewesene SS-Leute und Rußlandheimkehrer, die

von ihren Familien in Siebenbürgen losgerissen sind. Hier hatten wir zu Ostern im Anschluß an den Verbandstag der Landsmannschaft nach einem Heimatgottesdienst zu einem Gemeinschaftsnachmittag der Kriegsgeneration eingeladen. Es kam nur eine kleine Gruppe zusammen, aber es erwuchs ein lebendiges Glaubensgespräch. Auch die fünf von Frau Martha Heltmann-Capesius für unsere Frauen und Mädchen gehaltenen Bibelstunden fanden keinen breiteren Zuspruch. So ist es uns nicht gelungen, auch nur die in den Münchener Gemeinden schon heimisch gewordenen Sachsen zum Dienst an den Landsleuten zu sammeln, wenn auch einzelne von ihnen an unserer Freizeitarbeit teilnahmen. Nur in den vier Heimatgottesdiensten (zumeist von Dr. Alberti gehalten) konnte eine größere Anzahl kirchlich gesammelt werden. Deshalb will der Kirchliche Arbeitskreis seine Tagung 1953 zu Ostern in München abhalten und mit ihr wieder wie in Uffenheim einen volksmissionarischen Dienst verbinden.

In S t u t t g a r t sammelte sich ein lebendiger Kreis um Balduin Herter, der regelmäßig zur Bibelarbeit zusammenkommt und versucht, auch weitere Landsleute den Weg zur Kirche wieder finden zu lassen. Anfang August hielt dieser Kreis eine F r e i z e i t i n N e u f ü r s t e n h ü t t e . Anläßlich des deutschen Evangelischen K i r c h e n t a g e s hielten wir am Samstag einen Gemeinschaftsnachmittag ab, an dem etwa 200 Landsleute teilnahmen, und am Sonntag einen Heimatgottesdienst in der Lutherkirche mit Pfr. Sepp Scheerer-Linz, in dem sich die Stuttgarter Siebenbürgische Blasmusik zum erstenmal als Posaunenchor vorstellte. Auch in Verbindung mit der Versammlung des Lutherischen Weltbundes in H a n n o v e r luden wir unsere Landsleute aus Norddeutschland zu einem Heimatgottesdienst (Dr.Dr. Erich Roth) in der Friedenskirche und einem anschliessenden Sondertreffen ein, die auch gut besucht waren. Über all diese größeren Veranstaltungen ist in der Siebenbürgischen Zeitung laufend ausführlich berichtet worden.

Neben den bisher erwähnten fanden in aller Stille noch weitere H e i m a t g o t t e s d i e n s t e oder Gemeinschaftsveranstaltungen statt, sei es in Verbindung mit einem Besuchsdienst wie zweimal durch Paul Philippi in Reichmannsdorf bei Bamberg, sei es in Verbindung mit Treffen der Landsmannschaft in Nürnberg (Pfr. Schmidt), Stuttgart (Pfr. Henrich), Uffenheim und Rothenburg (Hans Philippi), vor allem dem Verbandstag in Rothenburg (Dr.Dr. Erich Roth).

Bei all diesen Treffen verschiedenster Art konnten wir viele Landsleute erreichen und ansprechen. In jedes Haus aber gelangte die " S t i m m e d e i n e r K i r c h e " , die als Rubrik des Hilfskomitees in der Siebenbürgischen Zeitung seit November 1951 regelmäßig im Umfang von 300-600 Druckzeilen erscheint. In ihr wird nicht nur über die Arbeit im Hilfskomitee und das kirchliche Geschehen auch in der siebenbürgischen Heimat berichtet, sondern durch eine kurze Betrachtung über den Monatsspruch und besinnliche Abschnitte allen Lesern die evangelische Botschaft zu ihren besonderen Fragen zu sagen, der Geist der brüderlichen Hilfe und Gemeinschaft durch andere Beiträge zu wecken bzw. zu stärken gesucht. In einem "Fragekasten" sollen in Zukunft die Probleme, die uns besondere Schwierigkeiten machen, noch lebendiger behandelt werden.

Dankbar dürfen wir berichten, daß im Berichtsjahr eine der schwierigsten und brennendsten Aufgaben, unser J u g e n d p r o b l e m , erstmals gesondert angegangen werden konnte, weil uns die Mitarbeiter hiezu zugewachsen sind. Vom 20.-23. März fand sich eine kleine Schar aus unserer Kriegsgeneration zu einer F r e i z e i t a u f d e m H e s s e l b e r g zusammen, bei der zunächst eine Analyse der inne-

./.

ren Lage dieser Generation versucht wurde. Man erkannte den Zusammenhang zwischen der eingetretenen Entwurzelung und der individualistisch-egoistischen Lebenseinstellung, die Notwendigkeit einer Neuorientierung und das Aufeinandergewiesensein zu diesem Dienst. Nur aus persönlicher und verantwortlicher Gemeinschaft, nicht durch Organisationen kann eine Gemeinschaft entstehen, die die innere Kraft hat, auch weiter in unsere "Zwischengeneration" auszustrahlen. Hiezu wurde auf dem Hesselberg ein Kern gebildet. Durch intensives briefliches Werben (wirklich innerliches Werben um die einzelnen Menschen) und in oft zähem geistigem Ringen um die Kameraden wuchs der Kreis an Größe und im gegenseitigen Verstehen und so konnte er vom 26. Dezember bis 1. Januar seine zweite F r e i z e i t a u f B u r g H o h e n e c k abhalten. 42 Teilnehmer aus allen Teilen der Bundesrepublik, alle persönlich eingeladen, hatten sich um Paul Philippi gesammelt. Fast eine ganze Woche zwischen Weihnachten und Neujahr verbrachten sie in einer aufgeschlossenen Gemeinschaft, in ernsten Gesprächen und frohem Austausch zwischen Morgenandacht und Abendsingen (und oft noch lange in der Nacht). Auf Grund eines Referates von Dr.Dr. Erich Roth bejahten die Anwesenden die siebenbürgisch-sächsische Tradition als eine evangelische und beschlossen, daß sich die Einzelnen und der Kreis als Ganzes um die Wiedergewinnung dieses Bodens bemühen wollen. Sie schlossen sich zu einem Arbeitskreis zusammen und die einzelnen übernahmen ganz konkrete Arbeitsvorhaben. (Innere Arbeit: ein "Korrespondenzblatt" bescheidenster Art als wissenschaftliche Publikation, Bemühung um die geistige Mitte - Außenarbeit: Trägerkreis für Jugendfreizeiten und Jugendzeltlager, Gestaltung des Jugendtreffens beim Heimattag, Zellen örtlichen Zusammenschlusses u.a.) Als Gastreferenten nahmen teil Fr. Krusche vom Evang. Jugendwerk in Bayern, Vikar von Aderkas von der deutschbaltischen Jugend und Dr. Christ von der ungarländischen Jugend (der schon auf dem Hesselberg mit dabei war).

Für 10-18 jährige Buben und Mädchen aus Siebenbürgen hielten wir vom 31. Juli bis 11. August ein Z e l t l a g e r a u f d e m H e s s e l b e r g , das von Pfarrer Kuno Galter geleitet wurde. 44 Jugendliche fanden hier nicht nur Erholung und frohe Lagergemeinschaft mit Sang und Spiel, sondern erfuhren zugleich etwas von ihrer gemeinsamen Herkunft und deren Verpflichtung und erlebten in der selbstgebauten "Kirche" etwas von der Wahrheit des Wortes, unter dem die ganze Zeit stand: "Der Herr ist Gott, der Herr ist Gott", (1.Kön. 18,39). Eine besondere Freude war es für uns, daß wir - zum zweitenmal schon in der Volkshochschule auf den Hesselberg zu Gast - auch bei dieser Gelegenheit das Verständnis und die Herzlichkeit unserer Verbindung zu dieser Stelle vertiefen, der auch unsere Bauern in Mittelfranken sehr am Herzen liegen. Das Lager mit seinem "Presbyterium" und den Zelten "Brukenthal", "Honterus", "St.L. Roth" und "Michael Weiß" im Frankenland halten alle Kinder in guter Erinnerung, es wird wohl auch in die Elternhäuser etwas hineinwirken.

Wenn das Jahr 1951 die saubere Scheidung der Aufgaben von Hilfskomitee und L a n d s m a n n s c h a f t gebracht hatte, so bedeutete das für uns nie eine Trennung von den Männern der Landsmannschaft. Die Zusammenarbeit in der "Siebenbürgischen Zeitung" erfolgte nach anfänglichen Schwierigkeiten reibungslos und nach Ostern sogar in freundschaftlichem Austausch, die Jugendarbeit, in unserem Kreis begonnen, faßten wir bewußt auch als einen stellvertretend für die Landsmannschaft getanen Dienst auf. Vielfach fanden wir bei unseren Veranstaltungen im Lande von Seiten der Vertreter der Landsmannschaft wärmste Förderung (in Mittelfranken, in Stuttgart, in Hannover). Darüber hinaus traten die beiden Vorsitzenden unseres Hilfskomitees mit dem gesamten Bundes-

vorstand auf einer F r e i z e i t i n S t a r n b e r g am 10. und 11. April in ein offenes und ernstes Grundlagengespräch auf Grund der Referate "Unsere kirchliche Tradition und wir" von Dr. Erich Roth und "Hilfskomitee und Landsmannschaft" von Hans Philippi. Wir fanden dabei neben der äußeren und inneren Zustimmung der Landsmannschaftsführung zu den Zielen und Wegen unserer Arbeit, zu denen sich auch der neue Vorsitzende Dr.Dr. Zillich öffentlich bekannte, auch zu einer nachher mehrfach bewährten guten persönlichen und sachlichen Zusammenarbeit. Besonders eng wird diese Zusammenarbeit in dem 1952 gegründeten " H i l f s v e r e i n S t e p h a n L u d w i g R o t h " werden, der in Kürze ein Altersheim eröffnen wird und die soziale und caritative Arbeit zusammenfassen soll. (Der 2. Vorsitzende des Vereins wurde Hans Philippi). So versuchten wir auch der Verantwortung, die wir der Landsmannschaft gegenüber fühlen, nicht auszuweichen. Wir sind für die Zusammenarbeit dankbar.

Besonderer Dank aber gebührt bei diesem Rückblick allen kirchlichen Stellen, die unsere Arbeit mit Rat und Tat gefördert haben, voran dem Landeskirchenrat der evang.-luth. Landeskirche in Bayern als der Patenkirche unseres Hilfskomitees und dem Ostkirchenausschuß in Hannover. Durch die Anstellung des am 14. April zum Hauptgeschäftsführer unseres Hilfskomitees gewählten Pfarrers Dr. Richard Alberti als Referent in der Landesgeschäftsstelle für kirchliche Vertriebenenarbeit konnte unsere Geschäftsstelle in München wieder hauptamtlich besetzt werden. Dadurch erwuchs uns in allen Arbeiten, vor allem bei der Vorbereitung und Durchführung der vielen Veranstaltungen und der Pflege zahlreicher Verbindungen eine durch Rat und Hilfe unentbehrliche Kraft. Dazu kommt die schon erwähnte Freistellung des Vikars Wenzel für seinen Besuchsdienst und die auch sonst immer gewährte geistige und materielle Förderung unserer Arbeit, für die insbesondere den Herren Oberkirchenrat Riedel und Kirchenrat Bunzel der innigste Dank gebührt. Unser Dank gilt aber auch dem Hauptbüro Bayern des Evang. Hilfswerks, der Inneren Mission, dem Landesjugendpfarrer, dem Amt für Gemeindedienst, der Volkshochschule Hesselberg und ihren Männern, er gilt auch dem Zentralbüro Stuttgart des Evang. Hilfswerks und dem Gustav-Adolfwerk. Der Ostkirchenausschuß (Oberkonsistorialrat Gülzow) und der Konvent der zerstreuten evangelischen Ostkirchen (Präsident Hamm) und deren Geschäftsführer Pfr. Spiegel-Schmidt ermöglichten uns die finanzielle Durchführung aller Freizeiten, wofür auch ihnen von Herzen Dank gesagt sei. Wir versuchten auch unsererseits durch Mitarbeit bei den gemeinsamen Aufgaben unseren Beitrag zu leisten, so vor allem im Konvent der zerstreuten evangelischen Ostkirchen, auf dessen Tagung in Travemünde, zu der in Fortsetzung und Ausbau unseres in Starnberg gemachten Ansatzes die Landsmannschaften zu einem entscheidenden Gespräch geladen waren, Dr. Erich Roth einen grundlegenden Vortrag über "Heimat und Volkstum" hielt, und im Konvent der bayerischen Hilfskomitees, in dem der zum 2. Vorsitzenden gewählte Hans Philippi durch seinen Vortrag "Abbröckelnde oder wachsende Gemeinde?" eine Grundlage für die Arbeitsplanung lieferte.

Wir übersehen nicht, daß wir vor manchen Aufgaben versagt haben, unsere Kraft zu schwach war. Besonders im täglichen Bruderdienst fehlt hier und dort noch viel Liebe. Wir müssen dem Bruder mehr nachgehen, wir dürfen auch nicht müde werden, die noch abseits stehenden, zur Mitarbeit berufenen Landsleute zu rufen. Aber wir durften uns auch über manchen lebendigen Zuwachs unseres Kreises freuen, mancher Neuanfang (Nachbarschaften, Jugendarbeit, Evangelisationsdienst) ist uns mit Gottes Hilfe gelungen. Dafür wollen wir Ihm danken und Ihn bitten, auch im begonnenen Jahr 1953 unseren Dienst zu segnen.

gez. Hans P h i l i p p i

HILFSKOMITEE DER SIEBENBÜRGER SACHSEN U. EVANG. BANATER SCHWABEN
im Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland
- Hauptstelle München -

München 22, am 26. August 1953
Himmelreichstraße 3
Telefon: 27055

An die Herren
Vorstandsmitglieder
des Hilfskomitees der
Siebenbürger Sachsen und
Evang. Banater Schwaben

3780/Ph./Zi.

Sehr geehrte Herren, liebe Landsleute!

In der Anlage erhalten Sie ein Protokoll über die Vollversammlung unseres Hilfskomitees in Dinkelsbühl zu Pfingsten 1953, den aus diesem Anlaß vorgelegten Geschäftsbericht des Hauptgeschäftsführers, die Arbeitsrichtlinien des Hilfskomitees und eine Liste der neuen Vorstandsmitglieder mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Für die Richtigkeit:
A. Zillhardt
(A. Zillhardt)

Mit freundlichem Gruß
gez. Hans P h i l i p p i
Geschäftsf. Vorsitzender

ikgs

Vorstandsmitglieder
des Hilfskomitees der Siebenbürger Sachsen und Evang. Banater Schwaben
im Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland

==========

Stand vom Mai 1953

1. Erster Vorsitzender: Prof. Dr.Dr. Erich R o t h ,
Göttingen, Am weißen Stein 7
2. Zweiter u. geschäftsführender Vorsitzender: Studienrat Hans
P h i l i p p i , Schweinfurt/Main,
Nik. Hofmannstraße 41

Vorstandsmitglieder:

3. Zillich, Dr.Dr. h.c. Heinrich (13b) Starnberg/Obb.,
Jos. Fischhaberstr. 15
4. Keintzel, Eduard Linz/Donau, Seilerstätte 14, Österreich
5. Galter, Pfarrer Kuno (16) Frankfurt/Main-Griesheim
Hartmannsweilerstraße 50 A pt.
6. Wenzel, Vikar Georg (13a) Aschaffenburg, Schillerstraße 28
7. Kraemer, Oskar (14a) Stuttgart-O, Archivstraße 18
8. Mann, Johann (13a) Uffenheim/Mfr., Mühlstraße 18
9. Mieß, Johann (13a) Hemmersheim, Krs. Uffenheim/Mfr.
10. Scheerer, Pfarrer Sepp Linz/Donau, Goethestraße 63, Österreich

Ersatzmitglieder:

11. Scheeser, Dr. med. Josef (13b) München-Pasing, Oselstraße 36
12. Bruckner, Dr. Wilhelm (13b) München 22, Reitmorstraße 4/I
13. Keintzel, Vikar Raimar (17a) Heidelberg-Kirchheim, Hegenichstr. 11
14. Philippi, Paul (13a) Erlangen/Mfr., Essenbacherstraße 14
15. Erk, Heinrich (Banat,evang.) zu erreichen über Prof.Dr.Dr. E. Roth
16. Schmidt, Johann (13a) Gülchsheim, Krs. Uffenheim/Mfr.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

ikgs

T ä t i g k e i t s b e r i c h t

Des Hauptgeschäftsführers im Hilfskomitees der Siebenbürger Sachsen und Evang. Banater Schwaben für das Jahr 1952/1953, erstattet auf der Hauptversammlung in Dinkelsbühl, Pfingsten, den 25. Mai 1953

von Dr. Richard Alberti

==========

Aus dem Bericht des geschäftsführenden Vorsitzenden, Herrn Studienrat Hans Philippi, haben Sie entnommen, womit sich unser Hilfskomitee im abgelaufenen Geschäftsjahr hauptsächlich befaßte. Ich möchte alle diese Arbeit, die auf Tagungen, Zusammenkünften und Freizeiten und die viele Arbeit, die in der geistlichen Betreuung unserer Landsleute geleistet wurde, im einzelnen nicht noch einmal erwähnen. Sie werden daraus entnommen haben, daß die Arbeit unseres Hilfskomitees eine sehr große Ausweitung erfahren hat und daß vor allem in der geistlichen Betreuung, denken wir an die Nachbarschaftsarbeit, in Fragen der Jugendbetreuung, denken wir hier wieder vor allem an die Freizeiten junger Siebenbürger Sachsen und an das Zeltlager, auch neue Wege beschritten wurden. Dieses war möglich dank der Mitarbeit vieler Landsleute aus unserem Arbeitskreis und solcher, die im letzten Jahr zu uns gestoßen sind. Die Hauptgeschäftsstelle als solche war bei allen diesen Veranstaltungen hauptsächlich durch organisatorische Vorbereitungen oder die Unterstützung der Mitarbeiter in ihrem Vorhaben beteiligt. Sie haben einen großen Teil unserer Zeit in der Hauptgeschäftsstelle beansprucht, die nicht allein in rein büromäßiger Arbeit bestand, sondern auch in mancherlei Planungen und Verhandlungen, die mir verschiedenen in Frage kommenden kirchlichen Stellen, anderen Behörden und privaten Einrichtungen getroffen werden mußten.

Ein weiterer Hauptteil der Arbeit in unserer Geschäftsstelle betraf die Einzelfürsorge in verschiedensten Angelegenheiten. Hier möchte ich vor allem erwähnen die vielen Gutachten und Bescheinungen, die im Zusammenhang mit der Durchführung zum Art. 131 des Grundgesetzes stehen. Namentlich die Lage der ehemaligen Lehrer der Evang. Landeskirche in Siebenbürgen war im Zusammenhang mit diesem Gesetz zu klären. Sie ist bezüglich der Lehrer aus Nordsiebenbürgen zu einem guten Abschluß gebracht worden, während die Lage der Lehrer in Südsiebenbürgen noch einer gesetzlichen Regelung bedarf. Die Hauptgeschäftsstelle hat zu diesem Zweck ein ausführliches Gutachten über die Bayerische Staatsregierung an die zuständigen Bundesministerien vorgelegt. Gelegentlich einer persönlichen Vorsprache in Bonn ist dem Berichterstatter versichert worden, daß auch die Lage der Lehrer aus Südsiebenbürgen mir der demnächst zu erwartenden Novellierung des Gesetzes zu Art. 131 mit Sicherheit in günstigem Sinne geklärt sein wird. Häufig waren auch die Fälle, in denen Freistellen oder verminderte Kostentragung in Krankenhäusern und Erholungsheimen vermittelt werden konnten. Ebenso ist es möglich gewesen, in einzelnen Fällen Stipendien zu erwirken und notdürftige Landsleute durch Spenden, die zum Teil über den Arbeitskreis sächsischer Frauen kamen, zu unterstützen. Es wurde auch versucht, Arbeitsplätze zu vermitteln, jedoch ist dieses nur vereinzelt gelungen. Die diesbezüglichen Möglichkeiten sind leider auch in unserem Hilfskomitee sehr eng begrenzt und gerade auf diesem Gebiet gäbe es noch viel Not zu lindern. Auch in mannigfachen anderen Angelegenheiten haben wir von der Geschäftsstelle aus unseren Landsleuten mit einem Rat beistehen können, der in steigendem Maße bei uns gesucht wird.

In den Beziehungen zu kirchlichen Stellen, namentlich der bayerischen Landeskirche und verschiedener ihrer Einrichtungen haben wir uns bemüht, zu einer immer engeren Zusammenarbeit zu kommenund viele

./.

ikgs

Förderung erfahren. Das gilt nicht nur vom Landeskirchenrat, sondern u.a. auch von der Inneren Mission und von der Volkshochschule auf dem Hesselberg, die in steigendem Maße von jungen siebenbürgischen Landsleuten besucht wird. Die Hauptgeschäftsstelle hat sich stets bemüht, zur Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen nicht nur ein gutes Verhältnis zu wahren, sondern auch in Fragen der Einzelbetreuung mit ihr zusammenzuarbeiten. Einem Wunsche des Kreisverbandes München entsprechend sind in München mehrere Heimatgottesdienste abgehalten worden. An der Mitarbeit im Hilfsverein "Stephan Ludwig Roth" ist unsere Hauptgeschäftsstelle durch die Person des Berichterstatters beteiligt. Als bescheidene Gabe für unser Altersheim in Rimsting ist es gelungen, 30 Garnituren Porzellan-Geschirr unentgeltlich für das Altersheim zu vermitteln.

An verschiedenen Tagungen ist das Hilfskomitee auch durch den Berichterstatter vertreten gewesen. Ebenso hatte er Gelegenheit in Vorträgen über Fragen des kirchlichen Lebens in Siebenbürgen zu sprechen.

Leider ist es nicht möglich, unseren Landsleuten mit kleinen Geldmitteln in ganz besonders großen Notfällen unter die Arme zu greifen, wie das in manchen Fällen wünschenswert wäre. Wie Sie aus dem Bericht über unsere Kassengebarung ersehen werden, verfügen wir leider fast ausschließlich über zweckgebundene Mittel. Durch Büro- und Personalausgaben entstehen der Hauptgeschäftsstelle zwar gar keine und dem Hilfskom tee nur sehr geringfügige Belastungen, aber frei verfügbare Mittel sind nicht vorhanden. Es ist deshalb einzig und allein aus Spenden möglich, Landsleute zu unterstützen. Der Eingang an Spenden ist jedoch praktisch gleich null, weshalb auch nur in sehr bescheidenem Umfang geldliche Unterstützungen möglich waren. Wir sind deshalb auf Sachleistungen, die wir über andere Stellen vermitteln müssen, beschränkt.

Unsere Arbeit in der Hauptgeschäftsstelle ist in ihrer Tendenz dahin ehend ausgerichtet, unseren Landsleuten damit zu dienen, daß sie auch seelisch aus dem Zustand der Heimatlosigkeit herausgeführt werden. Sie sieht darin nicht ein politisches Wollen, das ist ja der Landsmannschaft vorbehalten, sondern eine christliche Verantwortung.

K a s s a b e r i c h t

Wie bereits erwähnt, werden die Personal- und Sachausgaben unseres Hilfskomitees beinahe ganz von der Landesgeschäftsstelle für kirchliche Vertriebenenarbeit der Evang.-Luth. Kirche in Bayern getragen. Sie erscheinen deshalb in unseren Kassabüchern gar nicht. Soweit solche darin noch vorkommen, haben sie sich durch Auslagen ergeben, die über die Landesgeschäftsstelle nicht finanziert werden konnten, weil sie Personen und Sachleistungen betrafen, die im Budget der Landesgeschäftsstelle nicht erfaßt sind. Die Mittel, die uns im abgelaufenen Rechnungsjahr zur Verfügung standen, waren folgende:

./.

ikgs

Einnahmen

1. Kassastand am 1.4.1952			
a) bar	DM 105,57		
b) Postscheck	DM 1.477,66		
c) Verrechnungskonto	DM 110,--	DM	1.693,23
2. Zweckgebundene Zuwendungen			
a) V.d.Landesgesch.Stelle	DM 300,--		
b) V.Ostkirchenausschuß	DM 750,--		
c) v.Konvent d.Ostkirchen	DM 2.890,--	DM	3.940,--
3. Sonstige Zuwendungen	DM 200,--		
a) V.d.Landesgesch.Stelle			
b) V.Martin Luther-Bund	DM 60,--	DM	260,--
4. Zurückgeflossene Ausgaben		DM	662,32
5. Kollekten		DM	362,45
6. Erstattete Portoaulagen v.d.Landesgesch.Stelle		DM	126,75
7. Beiträge für Jugendzeltlager		DM	397,70
8. Durchlaufende Posten		DM	186,05
9. Spenden		DM	35,--
10. Sonstige Einnahmen		DM	7,67
Zusammen		DM	7.671,17

Ausgaben

1. Zuwendungen zu Freizeiten u. Seelsorgerdienst	DM	3.656,06
2. Reisekosten und Tagegelder	DM	761,95
3. Büroauslagen	DM	439,98
4. Durchlaufende Posten	DM	234,05
5. Unterstützungen	DM	130,--
6. Sonstige Ausgaben	DM	403,31
7. Verrechnungskonto	DM	200,--
	DM	5.825,35

Kassastand am 31.3.1953

bar	DM 30,64		
Postscheck	DM 1.815,18	DM	1.845,82
Zusammen		DM	7.671,17

Aus dem Kassabericht haben Sie ersehen, daß beinahe alle Mittel, die uns zur Verfügung stehen, zweckgebunden sind. Es fällt uns daher immer schwerer, Ausgaben zu decken, die neben den Bürokosten und den Zuwendungen für unsere Freizeiten und den Seelsorgedienst anfallen. Die kleine Reserve nicht zweckgebundener Mittel in Höhe von rund DM 250,--, die wir jetzt noch besitzen, wird bald aufgebraucht sein. Wir werden daher bestrebt sein müssen, Einnahmequellen ausfindig zu machen, die es uns ermöglichen, unsere Ausgaben, die auf rund DM 1000,-- im Jahr zu veranschlagen sind, decken zu können.

Ich bitte Sie, den vorliegenden Geschäfts- und Kassabericht zur Kenntnis nehmen zu wollen.

gez. Dr. Richard Alberti)
Hauptgeschäftsführer

ikgs

Abschrift

B e r i c h t

über die Vollversammlung des Hilfskomitees der Siebenbürger Sachsen

in Dinkelsbühl/Mfr. (Refektorium) am Pfingstmontag, den 25. 5. 1953

I. Andacht

Prof. Dr.Dr. Erich Roth eröffnet die VVollversammlung um 14,45 Uhr mit einer Andacht. Er stellt die Arbeit des Hilfskomitees unter das Bibelwort 1. Kor. XII, 26 u. 27, von der rechten Gliedschaft. Neben der vergänglichen Gliedschaft an Volk, Staat, Leib, einer Gliedschaft am Tode, gibt es eine unvergängliche Gliedschaft am Leibe des Lebens Jesu Christi. Schon Dr. Martin Luther unterschied zwischen zwei Bereichen (lies Reichen!), zwischen dem des Volkes, des Staates, des Leibes und dem Christi, der Kirche, der Seele.

Von dem Pauluswort "Wenn ein Glied leidet, leiden alle Glieder mit" besitzen wir seit Christus am Kreuz ein neues Verständnis auch unserer natürlichen Bindungen, und "Wenn ein Glied herrlich gehalten wird, so freuen sich alle Glieder mit" fordert uns eindringlich auf, uns auch im Alltag für die rechte Gliedschaft zu entscheiden. Nur wenn uns die Gliedschaft am Leibe des Lebens (und nicht am Tode) bewußt geworden ist, werden wir alle Aufgaben, die uns täglich aus dieser Gliedschaft erwachsen, gerne übernehmen und freudig erfüllen. Das Wort "Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, sondern von jedem Wort, das durch den Mund Gottes geht" bildet für die, die sich in Wort und Tat zur rechten Gliedschaft bekennen, einen neuen Lebensinhalt.

Abschliessend dankt Dr. Rocht Herrn Fritz Heinz Reimesch, der schon vor über einem Jahr seinen Rücktritt als 1. Vorsitzender erklärt hatte, für die geleistete Arbeit und heißt alle erschienenen Brüder und Schwestern herzlich willkommen.

Folgende Tagesordnung wird bekanntgegeben und genehmigt:

1. Bericht über die geleistete Arbeit: Studienrat Hans Philippi,
2. Kassa- und Geschäftsbericht: Dr. Richard Alberti,
3. Neuwahl des Vorstandes des Hilfskomitees,
4. Neue Arbeitsgrundlagen.

II. und III. Berichte

Da die Berichte von Hans Philippi und Dr. Richard Alberti im Wortlaut vorliegen, erübrigt sich eine Wiedergabe der Hauptgedanken. Beide Berichte werden dankbar zur Kenntnis genommen, der Kassa- und Geschäftsbericht einstimmig angenommen und es werden satzungsgemäß zwei Kassenprüfer bestimmt. Nachdem der Versammlungsleiter im Namen der Versammelten den beiden Referenten geziemenden Dank ausgesprochen hat, ergreift Herr Johann M a n n - Uffenheim das Wort und führt im Zusammenhang mit dem Bericht des geschäftsführenden Vorsitzers, Hans Philippi, ungefähr folgendes aus:

Mit dem gehörten Bericht bin ich im allgemeinen einverstanden. Die Frage der Nachbarschaften aber brennt mir auf dem Herzen und ich meine, daß wir uns damit auf der einen Seite nützen, auf der andern jedoch schaden, Gerade in dieser wichtigen Frage dürfen wir uns von der einheimi-

./.

schen Bevölkerung nicht absondern. Wir sollen viel eher unsere guten und bewährten Einrichtungen in die neue Heimat verpflanzen, damit sie auch hier Früchte tragen. Für beide Teile wäre dies von großem Segen. Mein Vorschlag lautet deshalb: es sollen künftig in den einzelnen Orten gemeinsame Bruder- und Schwesterschaften gegründet werden. Dies kann natürlich nicht von heute auf morgen geschehen, sondern muß in Form von Referaten und kleinen Vorträgen über unser wertvolles Volksgut gewissenhaft vorbereitet werden.

Prof. Dr.Dr. R o t h antwortet: Wir wollen uns mit unserer Arbeit nicht absondern, sondern wollen immer bestrebt sein, uns in die hiesigen Verhältnisse hineinzufinden. Dies geht aber nicht so, wie Herr Mann gesagt hat. Zuerst muß in unseren Bruder- und Schwesterschaften etwas geleistet werden, d.h. es muß ein i n n e r e r A n f a n g gemacht sein, dann erst können wir die Einheimischen hinzunehmen, ja, es könnte vielleicht sogar so gemacht werden, daß in manchen Orten gleich am Anfang ein Teil der einheimischen Jugend hinzugenommen wird, vor allem diejenigen, die ernstlich bestrebt sind, aufbauend mitzuwirken. Die große Masse der einheimischen Burschen und Mädchen würde jedoch nur dann hinzugenommen werden, wenn die Bruder- und Schwesterschaften sich in der praktischen Arbeit bewährt haben. Bei der Errichtung von Bruder-und Schwesterschaften muß vor allem darauf geachtet werden, daß sie ihrer hehren Zielsetzung stets gerecht bleiben, daß unentwegt an den Brüdern und Schwestern gearbeitet werde - auf daß sie aktive Glieder der Gemeinde seien - und daß nicht durch zu großen Zustrom am Anfang alles verwässert und die an und für sich gute Einrichtung der Bruder- und Schwesterschaften zu Fall gebracht werde.

Vikar Paul P h i l i p p i berichtet in diesem Zusammenhang, daß in Gülchsheim und Schillingsfürst (beide Orte in Mittelfranken) bereits gemeinsame Bruder- und Schwesterschaften gegründet worden seien und in beiden Gemeinden positive Arbeit geleistet werde.

IV. Neuwahl des Vorstandes

Unter der Leitung des Alterspräsidenten Dr. Thomas F r ü h m -Hannover wird das Präsidium des Hilfskomitees der Siebenbürger Sachsen satzungsgemäß, d .h. durch Zuruf und jeweils einstimmig gewählt:

Zum 1. Vorsitzer: Prof. Dr.Dr. Erich Roth - Göttingen
Zum 2. u.geschäftsführenden Vorsitzer: Studienrat Hans Philippi-Schweinfurt

Zu Vorstandsmitgliedern:
Dr. Heinrich Zillich,
Dr. Eduard Keintzel,
Pfarrer Kuno Galter,
Vikar Georg Wenzel,
Oskar Kraemer,
Johann Mann,
Johann Mieß,
(Pfarrer Sepp Scheerer,sobald er im Bundesgebiet sein wird)

Zu Ersatzmitgliedern:
Dr. Josef Scheeser,
Dr. Wilhelm Bruckner,
Vikar Raimar Keintzel,
Vikar Paul Philippi,
Heinrich Erk (als Vertreter der Evangelischen aus dem Banat)
Johann Schmidt.

./.

Prof. Dr.Dr. Roth übernimmt wiederum den Vorsitz, indem er folgende Erklärung abgibt:

Es fällt mir heute nicht leicht, zu meiner Wahl zu sagen: Ja. Wenn ich es erst recht tue, so nur nach folgender Erklärung:

1. Unsere heutige Wahl entspricht nicht der Linie, mit der wir einst im Hilfskomitee angetreten sind. An erster Stelle sollte kein Theologe, sondern ein Laie stehen.

2. Unser Herr und Meister hat einmal gesagt: Wer der Erste sein will, der sei aller Diener. In diesem Sinne will ich zu meiner Wahl ja sagen und das verantwortungsvolle Amt annehmen.

V. Neue Arbeitsgrundlagen

Da die bisherigen Satzungen des Hilfskomitees den tatsächlichen Gegebenheiten und Aufgaben nicht entsprechen, sind von dem bisherigen Vorstand neue Arbeitsrichtlinien ausgearbeitet worden. Es ist geplant, dieselben bis zur nächsten Vollversammlung in der Arbeit zu erproben und sie jeweils den praktischen Gegebenheiten anzugleichen. Das Hilfskomitee benötigt für seine Arbeit keine starren Paragraphen, sondern vernünftige Arbeitsrichtlinien. Studienrat Philippi legt diese Richtlinien vor, die sich in 4 Abschnitte gliedern. Dieselben werden einzeln durchgesprochen und von den Anwesenden einstimmig angenommen. Der Punkt 5 des Abschnittes 2 wird dahin umgeändert, daß an Stelle des Ausdrucks "nach Möglichkeit" das Wörtchen "mindestens" gesetzt wird, d.h. die Vollversammlung soll innerhalb von 2 Jahren m i n d e s t e n s einmal einberufen werden. (Vorschlag von Pfarrer Scheerer.)

Im Rahmen der Besprechung der neuen Arbeitsrichtlinien des Hilfskomitees greift Dr. Wilhelm Bruckner -München die Frage der N a c h b a r s c h a f t e n und H e i m a t g e m e i n s c h a f t e n auf. Er schlägt vor, daß den Namen der kirchlichen Nachbarschaften nur diejenigen Gemeinschaften annehmen sollen, die auch geschlossen siedeln, z.B. unsere sieb.sächs. Bauerngemeinschaften in Mittelfranken. Lose Gemeinschaften in München und in andern größeren Orten, oder solche, die einzeln in den Landkreisen untergebracht sind und sich nur bei den heimatlichen Veranstaltungen treffen, sollen den Namen Heimatgemeinschaften erhalten. - Dieser wohlbegründete Vorschlag kann nicht näher verhandelt werden, da das Hilfskomitee hier nicht allein entscheiden kann, er soll geprüft werden und in Zusammenarbeit mit der Landsmannschaft entschieden werden.

Der 1. Vorsitzende schließt die Vollversammlung mit einem kurzen aber eindringlichen Gebet in sieb.sächs. Mundart. Die anwesenden Brüder und Schwestern werden aufgefordert, sich zu prüfen und zu erkennen, daß in dem menschlichen Leben nicht die äußeren Güter, sondern die inneren Werte - die uns einzig und allein im Gebet von unserem Herrn und Meister geschenkt werden können - wichtig und ausschlaggebend sind.

Schluß der Vollversammlung um 17,15 Uhr.

Protokollführer:
gez. Emil Christian Schneider
Studienrat

ikgs

A r b e i t s r i c h t l i n i e n

des Hilfskomitees der Siebenbürger Sachsen und evang. Banater Schwaben

§ 1. Das Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und evangelischen Banater Schwaben im Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland ist eine Einrichtung zur kirchlichen Betreuung der in Deutschland lebenden Siebenbürger Sachsen und evang. Banater Schwaben aus dem rumänischen Banat. Gemäß Beauftragung des Rates der EKD ist es die kirchliche Vertretung der Pfarrer und Gemeindeglieder aus Siebenbürgen und dem rumänischen Banat. Es betrachtet sich nicht nur als Wahrer heimatkirchlicher Tradition, sondern will vor allem unseren Glaubensbrüdern Brücke und Hilfe sein, in ihren jetzigen Gemeinden heimisch zu werden.

§ 2. Die Aufgaben des Hilfskomitees sind im einzelnen:
1. Wahrung und Weckung des kirchlichen Lebens und des inneren Zusammenhaltes unter unseren siebenbürgischen Gemeindegliedern in Deutschland, ihre besondere seelsorgerliche Betreuung und Förderung ihres rechten kirchlichen Einlebens in die hiesigen Gemeinden.

2. Vertretung der kirchlichen Belange der Siebenbürger Sachsen und evang. Banater Schwaben in Deutschland gegenüber allen deutschen und ökumenischen Kirchenstellen.

3. Diakonischer Dienst zur Besserung der Lage aller in Not geratenen Glaubensbrüder aus Siebenbürgen und dem Banat in Zusammenarbeit mit den deutschen Kirchen und ihren Einrichtungen, den Hilfskomitees anderer ostdeutscher Gruppen und mit den landsmannschaftlichen Organisationen der Siebenbürger Sachsen.

§ 3. Die Tätigkeit des Hilfskomitees erstreckt sich auf ganz Deutschland und dient allen siebenbürgischen und Banater Glaubensbrüdern.

Es gibt keine Mitgliedschaft im Sinne eines Beitritts oder Austritts.

§ 4. Die Vertretungs- und Leitungs-Organe des Hilfskomitees sind:

1. Die Vollversammlung,
2. Der Vorstand,
3. Der Vorsitzende.

§ 5. Die Vollversammlung tritt zumindest alle zwei Jahre zusammen. An ihr kann jeder Siebenbürger Sachse oder Banater Schwabe, der sich zum evang. Glauben bekennt und das 21. Lebensjahr erfüllt hat, die kirchliche Aufgabe des Hilfskomitees bejaht und auf dem Boden dieser Richtlinien steht, als stimmberechtigtes Mitglied teilnehmen. Den Vorsitz führt der Vorsitzende des Hilfskomitees, im Verhinderungsfalle sein Stellvertreter. Die Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt. Die Vollversammlung soll drei Wochen vor ihrem Termin

./.

mit Angabe der Tagesordnung vom Vorsitzenden einberufen werden und ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig. Die Einberufung kann außer der Ordnung erfolgen, wenn 50 der abstimmungsberechtigten Glaubensgenossen sie fordern.

Die Vollversammlung hat folgende Aufgaben:

a) Wahl der Vorsitzenden und des Vorstandes,
b) Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes des Vorsitzenden und des Hauptgeschäftsführers,
c) Wahl der Rechnungsprüfer, die nicht im Vorstand des Hilfskomitees sein dürfen,
d) Billigung des Arbeitsprogramms des Vorstandes und gegebenenfalls Erteilung von Richtlinien für seine Arbeit,
e) Satzungsänderung, zu deren Beschluß eine 2/3-Mehrheit notwendig ist.

Die Niederschrift über den Verlauf der Versammlung führt ein durch den Vorsitzenden zu betrauender Schriftführer.

§ 6. Der Vorstand besteht aus den beiden Vorsitzenden, einem weltlichen und geistlichen, wenigstens 6 Mitgliedern und 6 Ersatzmitgliedern, möglichst im Verhältnis 1:2 (geistlich-weltlich). Der Hauptgeschäftsführer gehört dem Vorstand von Amts wegen mit Stimmrecht an. Bei der Zusammensetzung des Vorstandes ist anzustreben, daß alle Gebiete, in denen eine größere Anzahl von Landsleuten wohnt, in ihm vertreten sind. Der Vorstand wird auf zwei Jahre gewählt. Wenn der Zusammentritt einer neuen Vollversammlung sich verzögert, bleibt der Vorstand bis zu ihrem Zusammentritt im Amt.

Der Vorsitzende hat das Recht, auch die Ersatzmitglieder einzuladen. Sie haben Stimmrecht, an Stelle abwesender Vorstandsmitglieder in der Reihenfolge ihres Vorrückens in den Vorstand. Im Interesse seiner Arbeit kann der Vorsitzende die von ihm beauftragten Mitarbeiter (s. §7) mit Zustimmung des Vorstandes in den Vorstand berufen. Der Vorstand wird einberufen, wenn der Vorsitzende es für nötig hält oder 1/3 seiner Mitglieder es fordert, jedoch mindestens einmal im Jahr. Die Einberufung erfolgt 2 Wochen vor der Vorstandssitzung unter Bekanntgabe der Tagesordnung. Der Vorstand ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig. Die Abstimmung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit. Ein vom Vorsitzenden zu bestimmender Schriftführer fertigt eine Niederschrift jeder Sitzung an.

~~Der Vorsitzende hat~~
Der Vorstand hat folgende Aufgaben:

a) Beratung und Unterstützung des Vorsitzenden in seiner Arbeit,
b) Errichtung der Geschäftsstellen des Hilfskomitees und Wahl oder Entlassung der Geschäftsführer,
c) Bestätigung der vom Vorsitzenden bestimmten "Beauftragten" des Hilfskomitees für die Bereiche einzelner Landeskirchen und für Sonderaufträge.
d) Erteilung von Weisungen an die Geschäftsstellen und die Geschäftsführer und deren Entlastung nach dem Bericht der Rechnungsprüfer,
e) Vorbereitung der Vollversammlung,
f) In dringenden Fällen kann der Vorstand Entscheidungen treffen, die der Vollversammlung vorbehalten sind, und diese nachträglich zur Bestätigung vorlegen.

./.

§ 7. Die Vorsitzenden werden auf zwei Jahre gewählt. Sie bleiben darüber hinaus bis zur nächsten Vollversammlung im Amt, Die Wahl wird dem Zentralbüro des Evangelischen Hilfswerks, dem Rat der EKD, dem Ostkirchenausschuß und der Evang.-Luth Kirche in Bayern als Patenkirche des Hilfskomitees zur Kenntnis gebracht. Dem 1. Vorsitzenden obliegt neben den in § 5 und 6 genannten Befugnissen die Leitung der gesamten Tätigkeit des Hilfskomitees. Er trifft alle Entscheidungen, die nicht den anderen Organen vorbehalten sind. In unaufschiebbaren Fällen kann er auch Entscheidungen fällen, die dem Vorstand oder der Vollversammlung vorbehalten sind und diese im Nachhinein dem Vorstand oder der Vollversammlung zur Bestätigung vorlegen. Er vertritt das Hilfskomitee nach außen, insbesondere vor den höheren kirchlichen und staatlichen Stellen in Deutschland und darüber hinaus. Er bestätigt die von den Glaubensgenossen gewählten Vertrauensleute oder setzt dort, wo keine Wahl erfolgte, solche ein, insbesondere auch die "Beauftragten" für die einzelnen Landeskirchen. Er sucht alle in der kirchlichen Arbeit stehenden Glaubensgenossen zu sammeln, ihre Arbeit in jeder Weise zu fördern, anzuregen und in Zusammenhang zu bringen und insbesondere auch unsere Geistlichen zum Dienst an den Landsleuten anzuhalten.

Er ist für seine Tätigkeit dem Vorstand und der Vollversammlung verantwortlich. Er kann gewählte oder berufene Glieder des Vorstandes für bestimmte Arbeitsgebiete mit seiner Vertretung beauftragen.

§ 8. Die Hauptgeschäftsstelle wird nach Maßgabe der verfügbaren Mittel und in Verbindung mit den fördernden kirchlichen Stellen errichtet und ausgebaut. Sie soll ihren Sitz möglichst am Sitz der Patenkirche haben.

Sie wird von einem durch den Vorstand berufenen haupt- oder nebenamtlichen Hauptgeschäftsführer geführt, der vom Vorsitzenden ein Bevollmächtigungsschreiben erhält. Sein Aufgabengebiet umfaßt die gesamte Arbeit des Hilfskomitees. Er führt seine Arbeit im Sinne der Richtlinien des Hilfskomitees (§ 2) aus und ist in erster Linie dem Vorsitzenden gegenüber verantwortlich. Er hat den Vorsitzenden laufend über seine Tätigkeit zu berichten und wird vom Vorsitzenden über alle anfallenden Aufgaben in Kenntnis gesetzt. Er trägt die Verantwortung für die gewissenhafte Erledigung der Korrespondenz des Hilfskomitees und sonstiger Arbeiten verwaltungsmäßiger Art, insbesondere die Kassenführung, womit er im Einvernehmen mit den Vorsitzenden eine Hilfskraft betrauen kann. Er zeichnet als Hauptgeschäftsführer.

§ 9. Zweigstellen für die Gebiete einzelner oder mehrerer Landeskirchen können nach Bedürfnis und nach Maßgabe der verfügbaren Mittel durch den Vorstand errichtet werden. Die Einsetzung eines Geschäftsführers erfolgt durch den Vorsitzenden im Einvernehmen mit den Vertretern der Gemeindeglieder des Gebietes und den für das Gebiet zuständigen deutschen kirchlichen Stellen. Für die Amtsführung gelten analog die Bestimmungen des § 8. An den Sitzungen des Vorstandes nehmen die Geschäftsführer mit beratender Stimme teil.

ikg.s

§ 10. Vertrauensleute, sollen nach Möglichkeit für einzelne Orte Kreise oder größere Gebiete aufgestellt werden. Ihre Aufgabe ist die persönliche Betreuung der Glaubensgenossen in allen kirchlichen Fragen, die Pflege der Gemeinschaft und der heimatkirchlichen Tradition und die Vertretung der Glaubensbrüder der betreffenden Gebiete gegenüber dem Hilfskomitee und den zuständigen deutschen kirchlichen und staatlichen Stellen.

Die Orts- und Kreisvertrauensleute sollen von den Glaubensgenossen des Ortes oder Kreises gewählt werden und bedürfen der Bestätigung durch den Vorsitzenden. Wo eine Wahl nicht stattfindet, kann ein Vertrauensmann durch den Vorsitzenden eingesetzt werden.

Für die Gebiete der einzelnen oder mehrerer Landeskirchen werden vom Vorsitzenden "Beauftragte" eingesetzt, die nach Möglichkeit aus den Reihen der Vorstandsmitglieder kommen sollen.

§ 11. Die Bildung von nachbarschaftlichen Zusammenschlüssen, Jugendgruppen (Bruderschaften und Schwesterschaften) und anderen Gemeinschaften soll zur Förderung des Glaubenslebens von allen Gliedern und Stellen des Hilfskomitees angestrebt werden. Es soll dabei auf eine rechte Verbindung von heimatlicher Tradition und echtem Glaubensleben und Einfügung in die hiesige Kirche und Gemeinde geachtet werden.

ikgs

HILFSKOMITEE DER SIEBENBÜRGER SACHSEN UND EVANG. BANATER SCHWABEN
im Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland
München 22, im Februar 1954
Himmelreichstraße 3, Tel.: 27055
277/Dr.Al./Zi.

Liebe Brüder und Schwestern!

Unser erstes Rundschreiben des Jahres 1954 grüßt unsere Mitarbeiter und Freunde mit der Jahreslosung und verbindet damit auch die besten Wünsche für das persönliche Wohlergehen aller. Möchte in diesem Jahre der Sinn und die Wahrheit der Jahreslosung "ICH BIN DAS BROT DES LEBENS" über dem Leben vieler Landsleute neu aufgehen.

Die Arbeit unseres Hilfskomitees hat in den letzten Monaten durch die Herausgabe des Monatsgrußes "LICHT DER HEIMAT" eine große Ausweitung erfahren. Was darüber zu berichten, auch an Sorgen zu besprechen, was sonst alles zu bitten wäre, soll heute nicht zur Sprache kommen. Wir haben bei unseren bisherigen, langen Rundschreiben nicht erfahren, ob sie von allen Empfängern gelesen wurden. Das heutige soll darum kürzer werden. Es bringt zwei Einladungen:

1. Tagung des kirchlichen Arbeitskreises. Wie aus dem beigefügten Programm ersichtlich, wollen wir auf dieser Tagung die Kernfragen anpakken, die uns als Siebenbürger Sachsen heute noch bewegen oder bedrücken, jedenfalls aber verpflichten, uns mit ihnen auseinanderzusetzen: der Ehrlichkeit und Sauberkeit wegen und der Liebe und des Dienstes wegen. Für die Vorträge und die Bibelarbeit haben wir feste Zusagen. Ich bitte um zahlreiche Anmeldungen.

2. Evangelischer Kirchentag der Siebenbürger Sachsen in Franken. Damit wollen wir den Versuch wagen, unsere B a u e r n - gemeinden, die in ihrer Zerstreuung, der Landnot und der Fremdheit am meisten Hilfe (innere und äußere)brauchen, und unsere J u g e n d , die in der Gefahr steht, jeder Gemeinschaft verlustig zu gehen, zu sammeln und anzusprechen. Wer einmal unsere Landsleute draußen besucht hat, weiß um diese Not und weiß, wie gerade unser Dienst e r w a r t e t wird. Jeder Pfarrer und Lehrer sollte auf unserem Kirchentag am 1. und 2. Mai in der Mitte seiner alten Gemeindeglieder sein. Der Termin ist bewußt so gewählt: Nirgends sonst gibt es zwei aufeinanderfolgende arbeitsfreie Tage, die nicht zugleich hohe kirchliche Festtage sind und dadurch gerade dem Pfarrer eine Abwesenheit aus seiner jetzigen Gemeinde fast unmöglich machen. Jetzt aber geht es! Und die Nähe zur Tagung des Kirchlichen Arbeitskreises ist kein Mangel der Organisation, sondern soll uns gerade Gelegenheit zu einer gründlichen Zurüstung geben. Das beiliegende "Programm" ist ein Entwurf: für alle Vorschläge zur Gestaltung oder Angebote der Mitarbeit sind wir dankbar. Wir hoffen zugleich, daß wir auch auf diese Einladung, trotz der großen Arbeitslast, die besonders auf unseren Pfarrern liegt, zahlreiche Zusagen erhalten. Wir machen darauf aufmerksam, daß die "Sachsenmühle" des Martin-Luther-Bundes sonst ein Pfarrer-Erholungsheim ist. Vielleicht wird der eine oder andere die Zeit zwischen Tagung und Kirchentag dort bleiben und sich erholen. (Auch hierfür Anmeldung notwendig.)

3. "LICHT DER HEIMAT" Hier möchte ich die herzliche Bitte um Mitarbeit wiederholen: Auch der kleinste Aufsatz, jeder Bericht, jede Anekdote, jede Nachricht, die in den Rahmen des Blättchens passen, werden dankbar entgegengenommen. A l l e Freunde aber bitte ich herzlich um Überweisung des (am besten nach oben abgerundeten) Zeitungsbeitrages von DM 1,50 jährlich auf das Postscheckkonto 5729 München unseres Hilfskomitees. Eine Nummer kostet uns rund DM 400,-. Bisher sind insgesamt rund DM 280,- an Beiträgen eingegangen.

Dankbar für jeden Beweis der Gemeinschaft, selbst allen Mitarbeitern und Freunden in Treue verbunden, grüßen wir alle Brüder und Schwestern sehr herzlich.

gez. Hans P h i l i p p i

Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen
und evang. Banater Schwaben
Im Hilfswerk der Evang. Kirchen in Deutschland
- Hauptstelle -
München 22, Himmelreichstraße 3, Tel. 27055

München, am 12. April 1954
1090/Dr.Al./Zi.

14.4.54
Mitg. Lfg. versandt

An die Herren Mitglieder
des Vorstandes des Hilfskomitees
der Siebenbürger Sachsen und
Evang. Banater Schwaben

E i n l a d u n g

Hiermit ergeht für F r e i t a g , den 23. April 1954, um 13 Uhr, die freundliche Einladung zu einer Sitzung des Vorstandes des Hilfskomitees. Die Sitzung findet im Haus " S a c h s e n m ü h l e " des Martin-Luther-Bundes in G ö ß w e i n s t e i n (Fränkische Schweiz) statt. Gößweinstein liegt auf der Strecke Forchheim-Behringersmühle, einer Nebenstrecke der Strecke Nürnberg Bamberg.

Tagesordnung:

1) Programm für den Kirchentag des Hilfskomitees am 21./22.8.1954
2) Arbeitsprogramm für 1954/1955
3) Bericht über den Monatsgruß des Hilfskomitees "Licht der Heimat"
4) Besetzung der Geschäftsstelle in München
5) Allfälliges.

Die Mitglieder des Vorstandes werden herzlich gebeten, vollzählig zu der Sitzung zu erscheinen. Abmeldungen sind zu richten an den geschäftsführenden Vorsitzenden, Herrn Studienrat Hans Philippi, Schweinfurt/Main, Nik.-Hofmannstr. 41. Wenn eine Abmeldung nicht erfolgt, rechnen wir mit der Teilnahme der Eingeladenen. Die Fahrtauslagen (3. Klasse) werden vergütet.

i.A.
gez. Dr. R. Alberti)
Hauptgeschäftsführer

Licht der Heimat

MONATSGRUSS DES HILFSKOMITEES DER SIEBENBÜRGER SACHSEN

Nummer 93 **Juli 1961**

„Im wilden Forst ...."

Krause Urlaubsgedanken eines Hinterwäldlers

Der Mann, der seinem gesamtdeutschen Volk das sogenannte „Siebenbürgische Jägerlied" geschenkt hat*), kannte das „Land hinter den Wäldern", Trans-silvanien, wohl auch nicht viel besser als jene Dame, die dem schönen Bildband von Retzlaff über die Siebenbürger Sachsen das einführende Geleitwort gab. Sonst hätte er sicher in einer Anmerkung erläutert, auf welchem See unserer Heimat er die Ente geschossen hat, von der sein Lied singt. (Etwa auf dem Bulea-See? Dort gibt es ebensowenig Enten wie auf dem St.-Annen-See). Aber was kümmert einen das, wenn man nur am Schluß jeder Strophe erfährt, daß er „die Liebe auch gespürt" hat, und wenn man sich laustark in diesem Erlebnis mit ihm — siebenbürgisch oder gesamtdeutsch — verbunden fühlt.

Mancher, der es sehr schnell gemerkt hat, daß das siebenbürgische Latein dieses Jägers fehlerhaft war, und der es nicht versäumt hat, die mangelhaften Ortskenntnisse jener Bildband-Einleiterin zu verspotten, mancher also, der, wie man gemeinhin annehmen dürfte, als guter Kenner Siebenbürgens gelten kann, nimmt nicht wahr, wie sehr wir alle seit Jahrzehnten unser Siebenbürgenbild vereinfacht, verallgemeinert und damit verflacht, verunstaltet und vergewaltigt haben.

Ich hörte vor Jahren eine gutgemeinte Rundfunksendung über unsere Heimat. Deutsche Ferienreisende von ehemals, die in Kronstadt ein Honterusfest besucht hatten, und siebenbürgische „Neubürger" Deutschlands (wie man das damals wohl nannte) saßen zusammen und erzählten sich gemeinsame Erinnerungen aus dem fernen Land hinter'm Wald. So hatte man sich den Rahmen der Sendung sinnvoll ausgedacht. Und woran erinnerten sie sich? An das Schmausen und Zechen, an den unglaublichen Appetit des Bierbrauers X und an die gepfefferten Witze des Kaufmanns Y, derer sie unter schütterndem Lachen gedachten. Ja, ja. So sah man sich. Die sich den Text erdacht hatten, kannten sich aus. Sie waren von unserem Holz. Aber war das Siebenbürgen? Ein sentimentales Wort am Schluß wird wohl auch noch gefallen sein. Aber machte das die Speise siebenbürgischer?

Eine Entgleisung, wird mancher erwidern. Lächerlich, so etwas aufzuführen. — Recht gut. Aber ich denke an unsere heute üblichen Zusammenkünfte; und mir kommt vieles so bekannt vor.

Und es ist ja auch nur ein Beispiel für viele. Die Bauern des Ludwig Thoma fluchen und spucken und geben sich ungeschlacht; auf bayrisch. Geither spucken und fluchen unsere Bauern auch durch unsere Dichtungen; auf sächsisch. Und wer wirklich sächsisch kann, fragt sich, wer hier Pate gestanden hat: etwa einer unserer Kokeltaler Weinbauern, die im Ruf stehen, fast zartfühlend zu sein, oder der Wunsch, ein gesamtdeutsches Lachen mit unserem siebenbürgischen Witz zu vereinen?

Und heldenhaft, kämpferisch ist unsere Geschichte gewesen. So haben wir es von Kind auf in den Ohren. Breitbeinig standen wir im Wind der Pässe auf Wacht „und zogen das Schwert heraus und rückten zum Kampf hinaus". Wie hätte sie anders sein sollen, da es doch deutsche Heldengeschichte sein mußte, an deren Ruhm wir uns noch heute bei Coca-Cola und Weißwürsten aufrichten.

Nein, nein; ich will nicht zersetzen. Das sieht nur so aus. Ich denke noch immer an den Jäger im Lied und frage mich, ob es also nicht doch unsereiner war, der im wilden siebenbürgischen Forst ganz waidgerecht anfing und dann in einer Plattitüde, in einem Allerweltsgefühl diesseits der Wälder endete, weil er versäumt hatte, das Besondere seines Reviers rechtzeitig zu durchstöbern, was zur Folge hatte, daß seine Ortskenntnisse ihn verließen.

Ich liebe unsere Geschichte. Auch ihre Lieder gehen mir ans Herz. Und zwar wirklich, nicht nur „wenn ich in Stimmung bin". Aber gerade darum machen sie mich auch nachdenklich: Seit wir uns als Helden vor den Spiegel gestellt haben, dünken uns Demütigungen unerträglich. Wer sich als Herrn gefeiert hat, weil das sich gut verkaufte, dem fällt es schwer, bescheidene Rollen einzustudieren; selbst wenn er sie früher viel besser gespielt hat. Er steht sich mit seinem Anspruch selbst im Weg. Er kann nicht neu anfangen, unten ansetzen. Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr. Und deshalb muß er sich von der Bühne zurückziehen und sich aufs Bramarbasieren hinter den Kulissen verlegen, bis man ihn auch dort nicht mehr braucht. Dann findet das Gefecht endgültig vor dem Spiegel statt.

Ist das „eine dunkle Rede"? Ist der Anschauungsunterricht unserer Jahre nicht Aufhellung genug? Sind wir nicht alle mit unserem Jägerlatein auf der Flucht? Hat es uns nicht die letzten schweren Jahre noch viel, viel schwerer gemacht? Hat es uns nicht Wege verbaut, die wir aus verlernter Ortskenntnis gar nicht mehr suchten, weil für unser Hohes Roß nur die ausgetretene gerade Straße mit Richtungsschildern gangbar erschien; die Fußwege und Saumpfade waren für uns zusammengewachsen, auf denen der Fußgänger sein weniger glattes Auskommen zäh und beharrlich sucht. Weil wir das Böllerschießen der festlichen Selbstbespiegelung gewählt haben, haben wir das erfolgreiche Jagen mit kleinem Kaliber zu schätzen verlernt. Aber das Böllerschießen bleibt Schall und Rauch. Es umnebelt nicht nur „Himmelsgut", sondern auch den Sinn für die Wirklichkeit, den Ein-



Bild der Heimat — Kirchgang in Großau 1960

*) „Ich schieß den Hirsch im wilden Forst ...", im Liederbuch „Siebenbürgen, Land des Segens" von Phleps nicht aufgenommen.

ikgs

stieg auf schmale Wege, den Willen, Schweres auf sich zu nehmen. Böllerschießen ist ein Symbol der Sterilität. Es gefällt sich im Schein, der kein Sein mehr zur Beglaubigung nötig hat.

Soll ich mich deutlicher ausdrücken? Das ist am Beginn des Urlaubs weder möglich noch nützlich. Denn was ich mit dem allem sagen wollte, muß ja eine ganz andere Spitze kriegen:
Es gibt Menschen, die haben sich einmal in ihrem Leben ihre Ansichten von der Welt gebildet, so ungefähr mit neunzehn-zwanzig Jahren, im Abiturientenalter oder als sie gerade Fähnriche waren. In diesem Alter hat man ja meist die festesten Meinungen. Und dann sind sie ein Leben lang dabei geblieben. Und darauf sind sie stolz. Sie halten das für ein Zeichen von Charakter. Und andere, die ihre Meinung geändert haben, wären dementsprechend charakterlos.
Von unserem Bischof Glondys erzählt man sich, er habe von sich selbst gesagt, als Zwanzigjähriger sei er Atheist gewesen. Offenbar hielt er es für keinen Charakterfehler, umgelernt zu haben. Und Herder oder Hebbel, einer von beiden, hat gemeint, es gehöre oft mehr Mut dazu, seine Meinung zu ändern, als sie beizubehalten.
Beides wird seine wahren Seiten haben. Denn es gibt Gesinnungslumpen unter denen, die einmal so und dann anders denken; und es gibt sterile Strohköpfe unter denen, die immer bei ihrer grünen oder andersfarbigen Meinung geblieben sind. Was aber nun uns Sachsen und unseren Urlaub betrifft, so meine ich, es täte uns sehr wohl, wenn wir ihn einmal zum Nachdenken, vielleicht sogar zum Umdenken verwenden. Das platte Schema verlassen, das uns wie das siebenbürgische Jägerlied verkitscht und verdirbt. Das schadet weder im persönlichen Leben, in dem wir auch einen hohen Standard des Managers erreicht haben, der uns auf vielen hohen Rosse-Kräften die gebahnten Straßen entlangjagt; noch wird es uns als Sachsen Abbruch tun, wenn wir versuchen, nachdenklich und kritisch-bedächtig die Fußwege unserer jüngeren und älteren Vergangenheit diesseits und jenseits des Waldes anhand von guten Büchern oder in Gesprächen (am besten mit beidem) durchzugehen. Vielleicht einmal keine Romane. Selber denken macht klug. Und wenn man dann so nachdenklich im Sand der Adria liegt oder die Nordseefischer an einem vorbeiziehen, dann kann es einem vielleicht auch gehen, wie dem Petrus, von dem im ersten Sonntagsevangelium des Monats Juli erzählt wird, er, der routinierte Fischer, für den es auf der See seines Lebensbereiches nichts Neues mehr gab, er habe wider alles Erwarten einen großen Fischzug getan, weil er auf das Geheiß dessen neu anfing, der ihn daß Umdeken gelehrt hatte. P. Z.



Meschen und seine Kirchenburg

Die beiden Bilder dieser Seite führen uns heute ins Weinland, in die Stephan-Ludwig-Roth-Gemeinde Meschen. Den meisten von uns ist das Bild ihrer Kirchenburg mit den hochragenden Türmen vertraut und manchem ist gerade dieses Bild zum Symbol d e r siebenbürgischen Kirchenburg geworden. Diesmal zeigen wir zwei unbekannte Aufnahmen, die im Herbst 1960 gemacht wurden: eine Gesamtansicht des Dorfes und einen selten fotografierten Ausschnitt aus dem Mauerwerk der Kirchenburg.

Über die Kirchenburg Meschen schreibt Emil Sigerus in seinem 1923 erschienenen Bildband „Siebenbürgisch-sächsische Kirchenburgen":

„Eine der schönsten und besterhaltenen Verteidigungskirchen steht inmitten der Gemeinde Meschen. Der Chor der schönen gotischen Kirche zeigt in den, die Strebepfeiler verbindenden Bogen (mit Gußlöchern und darüber einen gemauerten Wehrgang) das charakteristische Merkmal dieses Befestigungsstiles. Zur Verteidigung des Schiffes erhoben sich über dem Nord- und Südeingang starke Türme, die einen gemauerten Wehrgang mit Schieß- und darunter Pechscharten tragen. Der Turm an der Westseite steht nicht unmittelbar an der Kirche und wird jetzt von einem Blechhelm bedeckt, bei dessen Errichtung der mit Schieß- und Pechscharten versehene Umlauf leider entfernt wurde. Dagegen hat der Torturm in der Ringmauer hinter dem Chor noch das alte kriegerische Aussehen behalten. Die teilweise doppelte Ringmauer wird von vier starken mit Umlauf versehenen Türmen und zwei kleinen aus der Mauer vorspringenden Türmchen unterbrochen. Besonders schön zeigt sich die mit zahlreichen Schieß- und Pechscharten versehene Mauer vor dem Glockenturm an der Westseite. Die nördliche Ringmauer wird zum Teil aus der Nordwand der früheren Kirche gebildet, die bei dem Bau der jetzigen Kirche bis auf diese Wand abgetragen worden ist. Innen an der Ringmauer sind Gaden in zwei Stockwerken angebracht. Ebenso sind an der Südwest-Seite der Kirche, nahe dem Glockenturm, gemauerte Gaden in zwei Stockwerken angebaut, die besser ausgestattet sind als die an der Ringmauer befindlichen Gaden. Vermutlich waren dies die Räume für Pfarrer und Schule. Die Kirche ist in dem letzten Dezennium des 15. Jahrhunderts von dem Hermannstädter Meister Andreas L a p i c i d a erbaut worden. Sie gehört zu den schönsten gotischen Kirchen in Siebenbürgen. Die eigentlichen Befestigungswerke an und um die Kirche sind, wenigstens teilweise, später als das Kirchengebäude errichtet worden, wie aus der an einem Turm befindlichen Jahreszahl 1580 zu ersehen ist."



Aus Setterich

Einweihung der Siedlung Loberich

Dieser Tage fand die Einsegnung der neuen Siedlung in der Lutherstraße in Loverich statt. Eingeleitet wurde die Handlung von der Settericher Musikkapelle mit dem Choral „Lobe den Herren". Die anschließende liturgische Handlung mahnte uns: „Wo der Herr nicht das Haus baut, so arbeiten umsonst, die daran bauen. Wo der Herr nicht die Stadt behütet, so wacht der Wächter umsonst." Für die Ansprache verwendete Pfarrer Lemke (Setterich) die Worte aus 1. Kön. 8, 29: „Herr, daß deine Augen offen stehen über dies Haus Nacht und Tag." Beschlossen wurde der kirchliche Teil mit dem Gebet des Herrn und dem Lied „Nun danket alle Gott". Es schloß sich ein fröhliches Beisammensein im Gasthof Jansen (Loverich) an.

Hilfskomitee der Siebenbuerger Sachsen und Banater Schwaben
im Hilfswerk der Evang. Kirche in Deutschland

Betr.: Repatriierung.

Zur Zeit arbeitet eine rumaenische Repatriierungskommission in Berlin, die auch in alle Hauptstaedte der Laender der Ostzone gehen wird. Ein genauer Plan ist noch nicht zu erfahren gewesen.

A l l e, die nach Rumaenien zurueckkehren wollen, koennen registriert werden, wenn sie irgendwelche Dokumente vorlegen koennen bzw. glaubhaft machen koennen, dass sie aus Rumaenien stammen. Die Listen der Registrierten werden mit den von diesen ausgefuellten Fragebogen nach Bukarest gesandt und ueberprueft und dort wird ueber die Zulassung zur Repatriierung entschieden. (Man sagt, es soll alles sehr schnell gehen, Kuriere sollen hin und her fahren.)

Die Kommission hat n u r f u e r d i e O s t z o n e A u f t r a g, will aber Einzelnen, die aus den Westzonen herueberkommen, um sich registrieren zu lassen, keine Schwierigkeiten bereiten. Von einem wilden und ungeordneten Fahren in die Ostzone ist wegen der Unterkunft fuer die Wartezeit bis zur Durchfuehrung der Repatriierung dringendst abzuraten. Die Kommission wird voraussichtlich monatelang in der Ostzone arbeiten, sodass jeder, der sich repatriieren lassen will Zeit hat die Sache gruendlichst zu ueberlegen und vorzubereiten.

Das Hilfskomitee uebernimmt k e i n e r l e i V e r a n t w o r t u n g, will es aber nicht versaeumen, die Landsleute, die u n b e d i n g t und unter a l l e n Umstaenden in die Heimat fahren wollen auf diese Moeglichkeit aufmerksam zu machen und ihnen die Wege zu ebnen unter dem Hinweis, dass sich die Repatriierung auf einer Ebene abspielt, auf die wir k e i n e n E i n f l u s s haben. Es kann auch niemand die Gewaehr darueber uebernehmen, welche Rechte und Arbeitsmoeglichkeiten in der Heimat gegeben sind, wie und wohin die Reise geht. W e r s i c h r e p a t r i i e r e n l a e s s t, m u s s e s g a n z a u f e i g e n e V e r a n t w o r t u n g t u n.

Wir koennen im Augenblick nur die Repatriierungswilligen auf einer Liste vermerken, an Hand dieser Liste in der Ostzone mit der Repatriierungskommission verhandeln und feststellen, ob sie die Registrierung und Heimfuehrung dieser auf der Liste vermerkten, in den Westzonen lebenden Landsleute uebernimmt.

Jeder Landsmann muss allein fuer sich die Verantwortung uebernehmen ob er in die Heimat fahren und ob er das Risiko der Reise auf sich nehmen will. Er muss auch selbst die Moeglichkeit untersuchen, ob es ihm gelingt einen Interzonenpass zu erlangen.

Wir bitten zunaechst nur darum, an uns umgehend zu schreiben, damit wir die Zahl der Repatriierungswilligen melden koennen.

Fritz Heinz R e i m e s c h
Vorsitzender des Verbandes und Hilfskomitees der
Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben, Stadtrat
B a y r e u t h , Mozartstraße 4

D e n k s c h r i f t

über die kulturelle Betreuung der Heimatvertriebenen und ihre geistige Eingliederung in das Kulturbewußtsein der Einheimischen.

Aus dreieinhalbjahrzehntelangem Studium der kulturellen Problematik der Grenz-und Auslanddeutschen sowie aus der Kenntnis der augenblicklichen Lage der Heimatvertriebenen, gewonnen durch intensive Mitarbeit an der Bessergestaltung ihres Schicksals in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Verbandes und des Hilfskomitees der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben im Hilfswerk der EKiD, sowie als Vorstandsmitglied anderer Organisationen und schließlich als Stadtrat einer unpolitischen Flüchtlingsliste in Bayreuth, aber auch aus, auf mehr als 100 Vorträgen im Kreise der Heimatvertriebenen gesammelten Erfahrungen erlaube ich mir, folgende Gedanken und praktischen Vorschläge zur planmäßigen kulturellen Betreuung der Heimatvertriebenen und ihrer geistigen Eingliederung in das Kulturbewußtsein der Einheimischen zusammenzufassen und zur Diskussion zu stellen.

Die große Verschiedenheit der kulturellen Struktur der Heimatvertriebenen fordert eine differenzierte Kleinarbeit einerseits, andererseits aber, da das Gesamtproblem bei allen Heimatvertriebenen gleich gelagert erscheint, eine großzügige Planung, die auf der Ebene des Bundes aufgebaut werden muß. Die in verschiedenen Ländern geschaffenen Gesetze zum Schutze, zur Förderung und zur Eingliederung der Heimatvertriebenen, haben sich in der Hauptsache mit politischen und wirtschaft-

./.

lichen Fragen befaßt, was angesichts der politischen und wirtschaftlichen Nöte und Sorgen fraglos als vordringlich angesehen werden kann. Wenn auf diesen Gebieten eine gewisse Konsolidierung der Begriffe stattgefunden hat, so darf aber nicht übersehen werden, daß neben wirtschaftlichen Fragen wie etwa Soforthilfe, Lastenausgleich, Gleichstellung der Pensionisten etc. auch solche kultureller Art eine wesentliche Rolle spielen, eine viel ernstere und tiefer wurzelnde, als bisher allgemein bedacht und besprochen wurde. Daß der Mensch Brot, Bekleidung und Wohnung braucht, ist vordringlich, denn wo das Leben und die Gesundheit direkt gefährdet erscheinen, spielen die geistigen Dinge doch nur eine zweitrangige Rolle.

Wer aber den Daseinskampf der Grenz-und Auslandsdeutschen im Ablauf der Geschichte studiert hat, konnte immer wieder feststellen, daß alle Fragen der Kultur, der Erhaltung der geistigen Substanz in dem Ringen um Selbstbehauptung an vorderster Stellen stand, denn ohne die Kräfte dieses deutschen Geistes wären die Menschen im völkischen Daseinskampf längst von den Fluten fremden Volkstums überschwemmt worden.

Das ungeheure Unglück, in das Millionen von Heimatvertriebenen hineingeschleudert worden sind, hatte zunächst die geistigen Kräfte sehr gelähmt, zwang die Millionen sich vorerst um die Erringung der Grundlagen des nackten Daseins zu bemühen. Diese Phase scheint zum Teil überwunden zu sein. Die Menschen haben einigermaßen Boden unter den Füssen gewonnen. Hunderttausend Hände regen sich, um entschieden am Neubau Deutschlands mitzuarbeiten. Der Herr Bundespräsident hat nach der Besichtigung der Leistungsschau der Heimatvertriebenen in München festgestellt, daß diese Ausstellung für ihn "seelisch interessant" gewesen sei, "weil deutsche Seelen und deutscher Glaube aus ihr gesprochen

./.

habe" "Die Heimatvertriebenen haben als Kapitalhintergrund nur ihren Weltzusammenhang von früher mitgebracht und ihr Können". Allein diese Worte des Bundespräsidenten, Dr. Heuss, sollten all denen zu denken geben, die in Deutschland bestimmend sind für das Schicksal dieser Millionen.

Was in der Leistungsschau gezeigt wurde, war aber genau betrachtet, hauptsächlich technisches Können und in praktische Werte zusammengefaßter Wille zum Neuaufbau der eigenen Existenz, der gleichflaufend ist mit dem Neuaufbau Deutschlands. Man ist aber leicht geneigt, diesem zwar aus einer seelischen Haltung kommenden, doch praktischen Dingen gewidmeten Willen so stark den Vorrang zuzugestehen, daß jener seelische Widerstandswillen, der viel tiefer verankert liegt, übersehen wird, auch schon deshalb, weil der Binnendeutsche die seelischen Kräfte der Grenz-und Auslanddeutschen viel zu wenig gekannt hatte und kennt.

Eine auf das Wesentliche abgestimmte kulturelle Betreuung der Heimatvertriebenen hätte sich hauptsächlich diesen subtilen Fragen zuzuwenden, sie vor dem Versiegen zu bewahren, die Werte, die unter dem Schutt der seelischen Zertrümmerung liegen, zu retten, nicht um sie museal aufzubewahren und zu registrieren, sondern um sie praktisch in den täglichen Lebenskampf der Heimatvertriebenen einzustellen. Der Einheimische hat diese Werte, die sich zum Beispiel in der Heimatliebe, der Pflege von Brauchtum und Sitte, von Lied-und Volksgut aller Art, von Familien-und Sippenerbe usw. nicht verloren, wenn er sie auch bei weitem nicht so nützt, wie es gut und schön wäre. Durch die Vertreibung aus der Heimat wurde den Millionen aus dem Osten und Südosten alle diese seelischen Werte brutal zerstört, Stammes-, Sippen-und Familienbande zerrissen und dieser Verlust wiegt bei

./.

Vielen schwerer als all das, was sie an materiellen Gütern verloren haben. Die Materialisten werden behaupten, daß diese seelischen Werte und Bindungen belanglos, daß sie sentimentalischer Natur seien, ihre Pflege nur zu einer Reminiszenzenpolitik zu führen in der Lage wären, irredentistischer Propaganda Tor und Tür öffnen und dergleichen mehr.

Wer die seelische und kulturelle Struktur der Heimatvertriebenen kennt, der weiß, daß gerade jene nicht auf Heller und Pfenning berechenbaren Kräfte des Geistes und der Seele ebenso notwendig sind für den Neubau Deutschlands, wie die technischen und handwerklichen Kenntnisse der Heimatvertriebenen, die sich in Industrie und Handel Deutschlands in absehbarer Zeit sehr positiv bei der Handelsbilanz werden auswirken können.

Aber Gefahr ist im Verzuge! Jahre des materiellen Elends, unvorstellbarer seelischer Not vermögen solche seelischen und kulturellen Kräfte schnell zu zerstören und in das eintretende Vakuum werden Kräfte politisch explosiver und destruktiver Art eindringen. Ohnehin ist durch die Heimatvertreibung Unwiederbringliches zerstört worden, indem so gut wie alle Heimatmuseen, alle Sammlungen heimatkundlicher Art sowie des Brauchtums und der Vätersippe verlorengegangen sind. Vieles dürfte kaum noch rekonstruierbar sein. Auf dem Gebiet der Rettung, Sammlung und Erhaltung ist Verschiedenes unternommen worden und es liegen gut durchdachte Pläne vor, diese Arbeit auf-und auszubauen. Doch es besteht die Gefahr, daß all diese Arbeit lediglich musealen Zweck hat, zum Arbeitsbereich einiger Professoren und zu einem Kreis von Liebhabern wird, während die große Masse der Heimatvertriebenen durch die schweren Schicksalsschläge und durch die zufolge der Heimatvertreibung erfolgten Auseinanderreissung das Gefühl für die Lebensnotwendigkeit dieser Bindungen verliert.

./.

Es muß deshalb sofort und nachdrücklich mit der praktischen Kleinarbeit, die bis ins letzte Dorf hinauszugehen in der Lage ist, eingesetzt werden, denn noch sind zum Teil die Kräfte lebendig, die in der Heimat diese Arbeit geleistet haben und zwar aus Tradition, aus Liebe und aus Begeisterung.

Notwendig ist diese Kleinarbeit aus verschiedenen Gründen:

1.) Um die Selbstachtung der Heimatvertriebenen zu fördern, ihrem seelischen Selbsterhaltungstrieb neue Nahrung zuzuführen, aus dem das erwachsen ist, was der Herr Bundespräsident hervorgehoben hat.

2.) Um die Heimatvertriebenen vor einer gewissen Deklassierung in kulturellem Sinne zu bewahren, sie davor zu schützen, amorphe Masse zu werden, weil dies schwerste politische Folgen zeitigen könnte.

3.) Um die Einheimischen davon zu überzeugen, daß diese Kräfte wesentliches Ausbaumaterial für das neue Deutschland bereitzustellen in der Lage sind, was aber die Einheimischen erst erkennen können, wenn man ihnen in nachdrücklicher und weiser Art diese Werte zeigt und sie von der Notwendigkeit eines Miteinanderarbeitens überzeugt.

Meinem Dafürhalten nach hätte diese praktische Kleinarbeit, die von einer verantwortlichen Stelle am besten vom Bundesministerium für Flüchtlingsfragen in Verbindung mit den entsprechenden Stellen der Länder und in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Kultusministerien zu erfolgen hätte, etwa folgendermaßen auszusehen:

I. Die Bundesrepublik Deutschland wäre mit einem Netz fachlich vorgebildeter und innerlich bereiter Männer und Frauen, die auch Einheimische sein können, zu überziehen, die gewillt und befähigt sind, in Form von allgemein verständlichen

./.

Vorträgen (mit Lichtbildern, Schmalfilmen usw.) von den Schulen angefangen einerseits die Heimatvertriebenen, andererseits die Einheimischen anzusprechen. Diese Vorträge müßten so gestaltet sein, daß sie entweder regional oder umfassend den Heimatvertriebenen Bilder der verlorenen Heimat zeigen, solche landschaftlicher Art, sodann schöne Bauten, bekannte Stätten der Arbeit, Tracht und Brauchtum usw. Mit solchen Vorträgen wird zweierlei erreicht:

Es werden den Heimatvertriebenen seelische Werte dargeboten, die sehr wesentlich sind. Sie werden, besonders wenn in den Vorträgen geschickt und taktvoll Bilder ihres jetzigen Aufenthalts eingebaut sind, jenes Gefühl wieder erwecken, die sich im Wort "Heimatliebe" versinnbildlicht. Der ältere Heimatvertriebene ist, wie ich aus hundertfacher Erfahrung weiß, zur Zeit noch nicht genügend seelisch aufgeschlossen, die Schönheiten seines nunmehrigen Wohngebiets aufzunehmen. Er ist noch verkrampft oder er sieht Vieles bestenfalls mit den Augen des Fremden, etwa des Reisenden. Zumal wenn bedacht wird, daß er noch nicht die Möglichkeit hatte, irgendwie Wurzel zu schlagen, so ist das verständlich. Daß Lagerinsassen noch überhaupt kein positives Verhältnis zu der Landschaft entwikkeln können, in der sie heute leben, ist selbstverständlich. Aber selbst solche, die schon seit 3 und 4 Jahren an einem Ort wohnen, haben nur sehr wenige Beziehungen gewonnen, weil sie die Schockwirkung der Entwurzelung noch nicht zu überwinden vermochten. Zeigt man ihnen aber Bilder der verlorenen Heimat, gleichzeitig mit Bildern ihres jetzigen Wohngebietes, die stimmungsmässige Ähnlichkeiten besitzen oder auch andere Anknüpfungsmöglichkeiten, etwa im Hausbau, den Stadtbildern usw. zeigen, so wird der Sinn für die Betrachtung geweckt, es beginnt die Liebe oder wenigstens doch das Verständis zu

./.

keimen, daß Voraussetzung für eine Verwurzelung ist. Dies nur als Beispiel.

Ein weitergehendes Erziehungsmittel böten Brauchtum und Sippe, wobei auch der Einheimische leicht zu einem Miteinander mit den Heimatvertriebenen zu gewinnen ist (siehe das Beispiel der Trachtenvereine). Darüber hinaus müßten Volkslied, Volksmusik und Volkstanz planmässig eingeschaltet werden, denn aus den verschiedenen ost- und südostdeutschen Gebieten sind Menschen vertrieben worden, bei denen diese drei Äußerungen des Volksbrauches noch im besten Sinne lebendig waren, während in Deutschland doch nur ein kleiner Teil von Interessierten sich mehr vereinsmäßig damit befaßt haben. Dieses Volksgut ist so schön und wertvoll, daß es erstens nicht aufgegeben werden darf, zweitens eine allgemeine Bereicherung deutschen Lebens darstellt die auch überall Verständnis findet und drittens ein wirksames Mittel gegen die Verjazzung unseres Volksguts bedeutet.

Dies wären die Grundlagen, die überall geschaffen werden können, allerdings nur, wenn eine gemeinsame Stelle vorhanden ist, die plant und Material schafft, um einerseits die Möglichkeiten der Durchdringung zu bieten, andererseits das noch zusammenstellbare Volkskulturgut, Bildmaterial usw. vor dem Untergang, der Verzettelung bzw. Verkitschung zu retten. Noch weiß niemand in der Bundesrepublik, was überhaupt von all diesen Werten vorhanden ist. Noch wurde von keiner Stelle ein Inventar darüber aufgenommen, doch sind gute örtliche und regionale Ansatzpunkte dazu vorhanden. Doch es fehlt so gut wie völlig an Mitteln, das bereits gesammelte Gut zu publizieren und der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Eine zentrale Stelle müßte geschaffen werden, die die verschiedenen landsmannschaftlich gegliederten Ansatzpunkte koordiniert und vorerst eine gemeinsame Grundlage für diese wesentliche Arbeit feststellt.

.X.

II.) Die Aufgaben der Volkshochschulen in der geistigen Betreuung der Heimatvertriebenen.

Während die unter I. skizzierten Arbeiten das Hauptaugenmerk einerseits auf Schulen, andererseits auf die Vereine zu lenken hätten, wäre es Aufgabe der Volkshochschulen, die Kenntnisse auf allen Lebensgebieten der Heimatvertriebenen unter diesen selbst zu fördern, denn die einzelnen Gruppen kennen sich selbst untereinander zu wenig. Gleichzeitig müßten die Volkshochschulen auch die Einheimischen darüber aufklären, was die Heimatvertriebenen an geistigen, wirtschaftlichen, künstlerischen und volkskundlichen Rüstzeug mitgebracht haben. Außerdem wäre es eine sehr wesentliche Aufgabe der Volkshochschulen, in Verbindung mit den verschiedenartigen Heimatvereinen der Einheimischen die Heimatvertriebenen planmäßig mit der Schönheit der Landschaft, den Bauwerken, der Heimatgeschichte usw. bekanntzumachen wie etwa durch gemeinsame Führungen, Wanderungen, Ausflüge usw., so daß auf diese Weise Bindungen geschaffen werden, die den Heimatvertriebenen das Verwurzeln erleichtern und vor allem auch durch enge persönliche Bekanntschaften mit den Einheimischen den Gedankenaustausch fördern. Eine solche Arbeit würde den Volkshochschulen selbst einen starken inneren Auftrieb geben, was nur zum Vorteil des Volkshochschulgedankens gereichen würde. Eine solche Arbeit kann überhaupt nur durch Volkserziehungsvereinigungen geleistet werden, denn sie muß sich intensiv für die Altersklassen zwischen 18 bis 40 Jahren einschalten. Schulkinder und Lehrlinge wachsen leicht in diese Fragen hinein durch das tägliche Zusammensein mit ihren einheimischen Altersgenossen. Die älteren Jahrgänge sind geistig nicht mehr so beweglich, um über die Volkshochschulen angesprochen werden zu können. Daß aber auch bei ihnen eine Arbeit einzusetzen hat, um sie aus einer gewissen

./.

geistigen Vereinsamung zu retten, möge der nächste Punkt entwickeln.

III.) Veranstaltungen regionaler Art wie Ausstellungen, Großkundgebungen etc.

Ausstellungen, Leistungsschauen und Großkundgebungen wirtschaftlicher und kultureller Art wurden in den letzten Jahren in verschiedenen Ländern von amtlichen Stellen von den Kirchen und von den Organisationen der Heimatvertriebenen durchgeführt, in denen das wirtschaftliche und kulturelle Schaffen der Heimatvertriebenen gezeigt wurde. Wenn man das Fazit aus solchen Veranstaltungen zieht, so muß festgestellt werden, daß sie - abgesehen von rein materiellen Defiziten - sich auf jeden Fall moralisch gelohnt haben. Wenn sie auch nur zum Teil das erreichten, worauf sie letzten Endes abgezielt haben, nämlich bei den Einheimischen jenes Interesse zu erwecken, das unbedingt notwendig ist, um den Vertriebenen das Verwurzeln leichter zu machen. Gerade bei solchen sich an die große Masse wendenden Veranstaltungen kann festgestellt werden, daß wohl die offiziellen Stellen das notwendige Verständnis aufbringen und oft auch in sehr nachdrücklicher Art und Weise dokumentieren, daß aber im Grofen und Ganzen die Einheimischen solchen Großkundgebungen etc. ferne bleiben, wenig Interesse zeigen, ja sogar gegen solche Veranstaltungen Stellung nehmen. Wenn dies auch nicht öffentlich geschieht, so doch am Stammtisch und im kleinen Kreise. Psychologisch ist das durchaus verständlich. Die Antagonismen der verschiedenen Stämme, die sich in früheren Jahrhunderten in Kriegen mit dynastischem Vorzeichen ausdrückten, sich seit 1871 in parlamentarischen Auseinandersetzungen bewegten, sind durch das furchtbare Elend, in das das deutsche Volk hineingeschleudert worden ist, wieder aufgeflammt. Durch die Überschwemmung mit

./.

Heimatvertriebenen wurden die Gegensätze noch mehr vertieft und verschärft, ja bis zu einer Hysterie gesteigert, die so grotesk wirkt, daß die Heimatvertriebenen auf das Schwerste durch sie erschüttert wurden. Es seien hier die kränkenden unsachlichen, hetzerischen und verleumderischen Worte und Bezeichnungen nicht aufgezählt, mit denen die Heimatvertriebenen nicht nur von Rohlingen und Dummköpfen belegt worden sind, sondern die auch im politischen Kampf benützt werden. Sie zeigen aber, wie gefahrvoll die Lage ist. Noch sind wir lange nicht so weit, daß wir die kleinlichen stammlichen Egoismen überwunden haben, noch gar nicht aber jene, die die Einheimischen in eine gewisse Front gegen die Heimatvertriebenen zusammenschließen, wenn man auch nach aussen hin stets Worte des Verständnisses für die Lage der Vertriebenen heuchelt. Diese Front der Einheimischen ist, wenn auch nicht organisiert, vorhanden. Sie zeigt sich in der Gemeindepolitik ebenso wie in höchsten Verwaltungsstellen, im täglichen Leben ebenso, wie bei besonderen Anlässen und sie vergiftet die Atmosphäre zwischen Einheimischen und Heimatvertriebenen. Sie ist selbstverständlich auch bei den Heimatvertriebenen, wenn auch in anderer Form vorhanden und zwar als Reaktion gegen die Front der Einheimischen.

Wenn die Kleinarbeit über Schulen und Vereine sowie über Erwachsenenvolksbildung überall erst intensiv eingesetzt hat, dann erst vermögen Großkundgebungen die von Heimatvertriebenen veranstaltet werden, auf die Einheimischen verbrüdernd zu wirken. Aber die Heimatvertriebenen dürfen selbstverständlich bei solchen Veranstaltungen weder in der Organisation noch der Teilnehmerschaft allein bleiben, denn sonst wird ein großer Teil der Einheimischen jegliche solcher Veranstaltungen nur als Demonstration gegen sich auffassen und man wird immer mehr in den

./.

Heimatvertriebenen einen fünften Stand erblicken, dem man teilnahmslos und und unfreundlich oder gehässig gegenübersteht.

Repräsentative Großkundgebungen dieser Art dürften daher meines Erachtens n u r in Verbindung mit Einheimischen veranstaltet werden. Es wird immer Kreise der Einheimischen geben, die einsichtig genug sind, das Los der Vertriebenen als eine Schicksalsfrage des gesamten deutschen Volkes anzusehen. Die Heimatvertriebenen müsse diese gutgesinnten Kreise der Einheimischen ernstlich suchen, müssen sehr bemüht sein, auch anfängliche Kühle oder Ablehnung zu überwinden. Sie müssen immer und immer wieder bemüht sein zu überzeugen, daß nur ein Miteinander zum Wiederaufstieg führen kann, ein Nebeneinander unzweckmässig, ein Gegeneinander verbrecherisch wäre. Die Heimatvertriebenen, die durch die Not weiser geworden sind, müßten sogar Opfer bringen können und nicht nur immer sich selbst sehen, sondern auch Verständnis für manche ehrliche Sorgen der Einheimischen aufbringen, selbst wenn die ihrigen viel größer sind. Großkundgebungen müßten überall auf einen Nenner abgestimmt sein. Alle Deutschen haben den Krieg verloren und deshalb müssen alle bemüht sein, ein NEUES aus den Ruinen aufzubauen. Es ist dies nur gemeinsam möglich, deshalb können Großkundgebungen nur gemeinsamen Zielen gewidmet sein, weshalb bei allen solchen Veranstaltungen die Heimatvertriebenen mit den Einheimischen zusammenstehen müssen, was letzten Endes gar nicht so schwer erreichbar sein dürfte, wenn erst ein Anfang damit gemacht wird. Daran hat es aber bisher gefehlt!

FRITZ HEINZ REIMESCH
Vorsitzender des Verbandes und des Hilfskomitees
der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben
Stadtrat in Bayreuth, Mozartstrasse 4

ikgs

ausgesprochen - Gründe der Ausnutzungslust in einer ungeregelten Zwischenzeit, die man dadurch zu rechtfertigen sucht, dass man die Südostdeutschen als so staatsfeindlich hinstellt, dass ihnen gegenüber alles erlaubt ist.

Solchen vorübergehenden Verhältnissen aber dürfen sie nicht zum Opfer fallen!

Hinzu tritt noch die Erwägung, dass es für diese annähernd 2 Millionen Menschen schwerlich ein entsprechendes Ansiedlungsgebiet geben wird. Etwa 80 % sind Bauern,. Müssten sie nach Deutschland auswandern, so würden sie hier, wo Grund und Boden fehlt, verproletarisieren. Aus erbeingesessenen Bauern würden verbitterte, heimatlose, zu jedem anarchistischen Vorhaben bereits Tagelöhner werden.

Würde ihnen ausserhalb von Europa eine Heimstatt gesucht, wo sie als Farmer neu beginnen könnten, so müsste ihnen für ihre enteignete Habe Ersatz gewährt werden, denn mit leeren Händen vermag niemand zu pflügen. Das bedeutet aber, dass Ungarn, Rumänien und Südslawien auf viele Jahre hinaus gewaltige Beträge zu zahlen hätten. Man mag hier einwenden, solche Erwägungen seien sinnlos, denn die Südoststaaten würden jeden Entschädigungsanspruch verwerfen, doch vergisst man dabei, dass dies nur im Augenblick gelten kann. Jeder Staat, der die Siedler als Kolonisten aufnimmt, hat ein Interesse daran, die Entschädigungsfrage früher oder später aufzurollen. Die Siedler selbst würden niemals darauf verzichten, da sie sich ja als Ausgeraubte betrachten müssen. Sie waren vollberechtigte Bürger ihrer Heimatstaaten, teilten deren Schicksal, auf das sie keinen Einfluss hatten: sie sind vollkommen unschuldig an den politischen Ereignissen der jüngsten Vergangenheit und wurden durch Missbrauch der Gewalt entrechtet.

Warum sollen also nur sie von allen anderen Bürgern ihrer Heimatstaaten entrechtet und aus ihrer Heimat vertrieben werden?

Sollte aber die Vertreibung tatsächlich erfolgen, so würden die Siedler eine geschlossene, alle ihre Gruppen umfassende Kolonisation verlangen und zwar in einem klimatisch geeigneten Land, wo sie ihre alten Berufe ausüben können. Überdies würden sie Arbeitsmittel, Kredite und Hilfe jeder Art beanspruchen, vor allem Ersatz ihrer Vermögensverluste, damit sie nicht zum zweiten-oder drittenmal vor dem Nichts stehen. All dies wirft so weittragende Probleme auf, dass man der planmässigen Vernichtung der Südostdeutschen entschlossen entgegen treten müsste.

Sittliche, rechtliche, politische, menschliche und kulturelle Gesichtspunkte sprechen dafür.
Die einfachste Vernunft gebietet, die Südostdeutschen in ihrer Heimat zu belassen und ihre Angehörigen dorthin zurückzuführen.

Sie selbst wünschen nichts sehnlicher als dieses. Die Voraussetzung dieser Lösung ist aber, dass die in Paris tagende Friedenskonferenz folgende Punkte in ihren Verträgen mit Rumänien, Ungarn und Südslawien zur Verpflichtung erhebt:

1.) Den deutschstämmigen Staatsbürgern dieser Länder, also den hier betrachteten 2 Millionen Menschen, die auf eigenem erarbeitetem Boden seit Jahrhunderten leben, sind die alten Bürgerrechte

und ihr früheres Eigentum zurückerstatten, sowie die freie Pflege ihrer Sprache, Kultur und Religion zu gewährleisten.

2.) Ihre Angehörigen, die im Ausland als Evakuierte, Flüchtlinge oder ehemalige Soldaten, oder in Russland als Deportierte leben, dürfen unangefochten heimkehren und ihrem Erwerb nachgehen.
Die in Punkt 1 erhobene Forderung gilt auch für sie.

3.) Die ohne Aburteilung in Konzentrationslagern befindlichen Deutschen sind freizulassen, ebenso die in Arbeitslagern festgehaltenen.

4.) Für die Vernichtung von Eigentum der Südostdeutschen ist eine Entschädigung im gleichen Ausmass zu leisten, wie sie den anderen Staatsbürgern gewährt wird.

Diese Forderungen sind in keiner Weise unbillig. Ihre Erfüllung würde nur einen wahren Frieden einleiten.

Entgegen den von politischen Leidenschaften bestimmten Einwänden, die eine solche allein christliche und gerechte Lösung verwerfen, indem sie eine Schuld der Südostdeutschen zu behaupten suchen, ist abschliessend noch zu sagen: Die Südostdeutschen hatten nicht den geringsten Einfluss auf die politischen Entschliessungen ihrer Staaten während des Krieges. Ohne Vertreter in den Regierungen, von den Ereignissen hin- und hergeschoben, waren sie im Krieg, was sie immer gewesen sind, tüchtige Bauern und Gewerbetreibende, Lehrer, Pfarrer und Akademiker, und wenn man sie zur Waffe rief, Soldaten. Bei ihnen eine Ursache für die geschichtlichen Vorgänge der Gegenwart zu suchen, wäre grotesk. Sie haben keine Schuld auf sich geladen, wohl aber verpflichten ihre grossartigen Verdienste jeden, der es mit Europa und den Menschen gut meint. Man darf eine so verdiente, arbeitsame Bevölkerung nicht all ihrer Rechte berauben.

Die deutschstämmigen Staatsbürger Rumäniens, Jugoslawiens und Ungarns haben in den letzten Jahren Schreckliches erlitten. Sie werden bis zu dieser Stunde gepeinigt, obgleich sie es sind, durch deren Hände Werk und durch deren Geist einst die Barbarei im Donaubecken zur Erlöschen gebracht wurde.

Sie dürfen daher vor Gott und den Menschen Gerechtigkeit fordern!

- - - - - -

ikgs

S. 4, 5, 8 (Büchert)

...MITEE DER SIEBENBÜRGER SACHSEN

Wir bitten um Kenntnisnahme vor der Delegiertentagung in Düsseldorf

...Jahre Hilfskomiteearbeit

...rtsbericht des 1. Vorsitzenden, Oberstudienrat Hans ...n'i l i p p i , in der Vollversammlung am 28. Oktober 1961 in K r o n b e r g / Taunus

Liebe sächsische und evangelische Brüder und Schwestern!

Wir haben heute Anlaß, über den nach unseren Arbeitsrichtlinien (Satzungen) vorgesehenen Zweijahresbericht hinaus auf einen längeren Wegabschnitt Rückschau zu halten. Vor 10 Jahren, in der Dinkelsbühler Vollversammlung vom 14. Mai 1951, schlugen wir in der Arbeit unseres Hilfskomitees einen radikal neuen Weg ein, der auf den jahrelangen gewissenhaften Beobachtungen des geistigen und geistlichen Standortes unserer Gemeinschaft fußte und auf dem wir in all diesen Jahren suchend und arbeitend weitergeschritten und zu neuen Erkenntnissen und Erfahrungen gekommen sind. Der Zusammenschluß unserer Gemeinschaft und der Betreuung der Landsleute sind in den 4 Rechenschaftsberichten, die ich selber in zweijährigem Turnus in unseren Vollversammlungen in Dinkelsbühl (1953), Essen (1955), Rothenburg (1957) und Uffenheim (1959) gehalten habe, dargestellt worden und können heute nicht wiederholt werden. Auf Grund der Neubesinnung 1951, zu der uns die ernsten Beratungen des Theologischen Arbeitskreises in seinen 6 Tagungen von 1947-1950 hingeführt hatten, wandte das Hilfskomitee bewußt seine ganze Kraft der Bewältigung des als vordringlich erkannten g e i s t l i c h e n D i e n s t e s zu und überließ frühere Arbeitsgebiete, wie das der Erfassung, der Organisation und der wirtschaftlichen Beratung gerne der inzwischen gegründeten Landsmannschaft als der völkisch geprägten Erscheinungsform unserer Gemeinschaft, ohne daß jemals von einer der beiden Seiten das bewußte Miteinander und die geistige, sachliche und personelle gegenseitige Durchdringung und Befruchtung in Frage gestellt worden wäre. Die Schwerpunkte der Arbeit aber wurden in ihrer Verschiedenheit klar erkannt, in gegenseitiger Aufgeschlossenheit und manchmal auch in hartem Ringen miteinander abgestimmt und in Verantwortung vertreten.

Wenn wir damals - 1951 - die diakonische und seelsorgerische Betreuung, die Verkündigung und die Hinführung zur Gemeinde als unsere Aufgabe formulierten, dann konnte dies alles nicht im luftleeren Raum wachsen, weil Kirche nicht außerhalb, sondern nur in der Welt mit all ihren Bindungen leben kann. K i r c h e i n d e r W e l t - das ist die "Volkskirche", wie wir sie kennen und als Siebenbürger Sachsen bejahen. Für uns schien die Frage kein Problem zu sein, als wir uns nach dem Krieg fern von unserer Heimatkirche in Deutschland wiederfanden. Wir waren nicht nur in das Mutterland zurückgekehrt, sondern auch in die Kirche der Reformation, mit der uns bis dahin eine tiefe Sehnsucht verbunden hatte und aus der wir durch all die Jahrhunderte der räumlichen Trennung immer wieder geistliche Nahrung empfangen hatten. Trotz aller Nöte war zu erwarten, daß wir in den evangelischen Gemeinden des Mutterlandes alle und schnell eine innere Heimat fänden. Daß diese Erwartungen sich weithin nicht erfüllten, war und ist für uns ebenso schmerzlich wie für die aufnehmenden Kirchen und zwingt uns ebenso wie die Kirchengemeinschaften zu fragen, wo die Ursachen dafür liegen.

Was bei der Betrachtung des Weges unserer Landsleute in den Jahren seit 1945 zuerst auffällt, ist ihre wirtschaftliche Tüchtigkeit und ihre (besonders bei den Bauern, die aus einer in sich völlig geschlossenen Welt kamen) überraschend große Anpassungsfähigkeit. Tausende unserer Brüder wohnen heute im eigenen Haus, haben mit Zähigkeit, Können und Geschick eine selbständige Existenz in freien Berufen oder in der Wirtschaft aufgebaut oder verantwortliche und anerkannte Stellungen im öffentlichen oder privaten Dienst erreicht. Sie leben dasselbe Leben wie die anderen Menschen, sie haben vielfach in einheimische Familien

ikgs

S. 4, 5, 8 (Bücher)

HILFSKOMITEE DER SIEBENBÜRGER SACHSEN

Zehn Jahre Hilfskomiteearbeit

Rechenschaftsbericht des 1. Vorsitzenden, Oberstudienrat Hans P h i l i p p i , in der Vollversammlung am 28. Oktober 1961 in K r o n b e r g / Taunus

Liebe sächsische und evangelische Brüder und Schwestern!

Wir haben heute Anlaß, über den nach unseren Arbeitsrichtlinien (Satzungen) vorgesehenen Zweijahresbericht hinaus auf einen längeren Wegabschnitt Rückschau zu halten. Vor 10 Jahren, in der Dinkelsbühler Vollversammlung vom 14. Mai 1951, schlugen wir in der Arbeit unseres Hilfskomitees einen radikal neuen Weg ein, der auf den jahrelangen gewissenhaften Beobachtungen des geistigen und geistlichen Standortes unserer Gemeinschaft fußte und auf dem wir in all diesen Jahren suchend und arbeitend weitergeschritten und zu neuen Erkenntnissen und Erfahrungen gekommen sind. Der Zusammenschluß unserer Gemeinschaft und der Betreuung der Landsleute sind in den 4 Rechenschaftsberichten, die ich selber in zweijährigem Turnus in unseren Vollversammlungen in Dinkelsbühl (1953), Essen (1955), Rothenburg (1957) und Uffenheim (1959) gehalten habe, dargestellt worden und können heute nicht wiederholt werden. Auf Grund der Neubesinnung 1951, zu der uns die ernsten Beratungen des Theologischen Arbeitskreises in seinen 6 Tagungen von 1947-1950 hingeführt hatten, wandte das Hilfskomitee bewußt seine ganze Kraft der Bewältigung des als vordringlich erkannten g e i s t l i c h e n D i e n s t e s zu und überließ frühere Arbeitsgebiete, wie das der Erfassung , der Organisation und der wirtschaftlichen Beratung gerne der inzwischen gegründeten Landsmannschaft als der völkisch geprägten Erscheinungsform unserer Gemeinschaft, ohne daß jemals von einer der beiden Seiten das bewußte Miteinander und die geistige, sachliche und personelle gegenseitige Durchdringung und Befruchtung in Frage gestellt worden wäre. Die Schwerpunkte der Arbeit aber wurden in ihrer Verschiedenheit klar erkannt, in gegenseitiger Aufgeschlossenheit und manchmal auch in hartem Ringen miteinander abgestimmt und in Verantwortung vertreten.

Wenn wir damals - 1951 - die diakonische und seelsorgerische Betreuung, die Verkündigung und die Hinführung zur Gemeinde als unsere Aufgabe formulierten, dann konnte dies alles nicht im luftleeren Raum wachsen, weil Kirche nicht außerhalb, sondern nur in der Welt mit all ihren Bindungen leben kann. K i r c h e i n d e r W e l t - das ist die "Volkskirche", wie wir sie kennen und als Siebenbürger Sachsen bejahen. Für uns schien die Frage kein Problem zu sein, als wir uns nach dem Krieg fern von unserer Heimatkirche in Deutschland wiederfanden. Wir waren nicht nur in das Mutterland zurückgekehrt, sondern auch in die Kirche der Reformation, mit der uns bis dahin eine tiefe Sehnsucht verbunden hatte und aus der wir durch all die Jahrhunderte der räumlichen Trennung immer wieder geistliche Nahrung empfangen hatten. Trotz aller Nöte war zu erwarten, daß wir in den evangelischen Gemeinden des Mutterlandes alle und schnell eine innere Heimat fänden. Daß diese Erwartungen sich weithin nicht erfüllten, war und ist für uns ebenso schmerzlich wie für die aufnehmenden Kirchen und zwingt uns ebenso wie die Kirchengemeinschaften zu fragen, wo die Ursachen dafür liegen.

Was bei der Betrachtung des Weges unserer Landsleute in den Jahren seit 1945 zuerst auffällt, ist ihre wirtschaftliche Tüchtigkeit und ihre (besonders bei den Bauern, die aus einer in sich völlig geschlossenen Welt kamen) überraschend große Anpassungsfähigkeit. Tausende unserer Brüder wohnen heute im eigenen Haus, haben mit Zähigkeit, Können und Geschick eine selbständige Existenz in freien Berufen oder in der Wirtschaft aufgebaut oder verantwortliche und anerkannte Stellungen im öffentlichen oder privaten Dienst erreicht. Sie leben dasselbe Leben wie die anderen Menschen, sie heben vielfach in einheimische Familien

eingeheiratet, ihre Kinder sind nicht anders als die Kinder der Nachbarn, auch die Lebenserwartungen der Familie sind von denen der sie umgebenden Welt nicht verschieden. D i e "E i n g l i e d e r u n g" i s t v i e l f a c h p e r f e k t . Man arbeitet, ja man schuftet bis zur Aufzehrung der letzten Kräfte auf sichtbare und erreichbare materielle Ziele hin, die einem den Besitz der allgemein als solche angesehenen Güter des Lebens: Komfort, Vergnügen und Urlaub sichern sollen, man ist demselben Materialismus verfallen, der meint, das persönliche Risiko durch eine perfekte Versicherung aus dem Leben ausschalten und sich auf den privatesten Bereich zurückziehen zu können (- wenn dann eines Tages die Atombombe Allem ein Ende macht, hat man wenigstens sein Leben genossen, aufhalten kann man sie ohnehin nicht -) und der sogar über Eiserne Vorhänge verlockend ausstrahlt.

Diese Haltung ist keine sächsische Besonderheit. Wie eine schleichende Krankheit, die der Befallene gar nicht bemerkt, greift diese Verflachung und dieser Substanzschwund in unserem Leben um sich, bis tief in die Kirchen des "Christlichen Abendlandes" hinein. Die Kirche ist respektiert, ihre Vertreter nehmen Ehrenplätze bei allen öffentlichen Veranstaltungen ein, die Presse berichtet eingehend vom Geschehen in der Kirche, in vielen Menschen aber, denen ihre Zugehörigkeit zur Kirche zwar selbstverständliche Tradition ist, weil es sich so schickt, seine Kinder taufen zu lassen, zur Trauung zu gehen und ein ehrenvolles Begräbnis zu haben, weil es auch einfach zur Stimmung des Weihnachtsfestes gehört, in der Kirche gewesen und dort "Stille Nacht" gesungen zu haben, lebt vom eigentlich Bewegenden des christlichen Glaubens wenig oder nichts mehr.

Bei uns Siebenbürger Sachsen wird diese a l l g e m e i n e N o t d e r V o l k s k i r c h e i n b e s o n d e r e r A u s p r ä g u n g s i c h t b a r , die ausführlicher als es heute möglich ist zu untersuchen sehr reizvoll wäre. Auf unseren Tagungen und Rüstzeiten haben wir es wiederholt versucht. Pfarrer Georg Weber, der anderthalb Jahre lang Tag für Tag unterwegs war, um unsere Brüder und Schwestern zu besuchen, hat diese Not in bedrängender Weise kennen gelernt und wird ihre Ursache und ihre Erscheinungsform im Blick auf einen Ausschnitt in einer wissenschaftlichen Arbeit darlegen. Es ist schwer, hier nur zu skizzieren. Man kann vielleicht von der merkwürdigen Tatsache ausgehen, daß wir uns in den weltlichen Belangen unserer neuen, von der Heimat doch sehr verschiedenen Umgebung, schnell und ohne Schwierigkeit zurechtgefunden und fast restlos "eingegliedert" haben. Wir haben nie daran gedacht und nie verlangt, daß diese neue Umwelt sich etwa u n s anpasse. Es wäre auch falsch und gar nicht möglich gewesen und hätte die Spannungen zwischen den Generationen vermehrt, w e i l die hier herangewachsene Jugend uns auf diesem Weg nicht gefolgt wäre.

So verschwand das, was in diese Eingliederung nicht hineingenommen werden konnte, entweder völlig aus dem Bewußtsein oder es blieb als ein unbewältigter Rest in irgendeiner Herzkammer als Sehnsucht und Erinnerung zurück, die im täglichen Leben zwar keinen Platz mehr fand, aber in den seltenen stillen Stunden erwachte oder in der Freude der gelegentlichen Begegnungen mit der alten Heimatgemeinschaft auflebte und manchmal ihren sentimentalen oder gar berauschenden Ausdruck fand. Je mehr diese Begegnungen auf natürlichen Bindungen beruhen und je weniger Anspruch auf Geltung und Anerkennung sie fordern, umso dauerhafter sind sie. In den Heimatblättern der Zeidner, der Heldsdörfer, der Neustädter etwa ist wirkliches gesundes Leben. Wenn man liest, daß sich zu einer Hochzeit in Groß-Sachsenheim 125 Gäste zusammenfanden, daß bei einem Familientreffen in Oberfranken an die 50 Menschen auf einem Hof mehrere Tage miteinander verlebten, spürt man etwas von dieser Sehnsucht und Freude. Man sucht die menschlich vertraute Atmosphäre. Zu dieser Atmosphäre gehört auch der Duft des Holzfleisches und der echt siebenbürgischen Bratwürste. Darum wird nie vergessen, diese auf den Einladungen zu unseren Kathreinerbällen, Maifesten u.a. Veranstaltungen werbend zu vermerken, während gleichzeitig schon beschwichtigend auf die Kürze der Reden hingewiesen werden und das Anlegen der Tracht durch Erlaß des Unkostenbeitrages honoriert werden muß. Bei den größeren Treffen und Unternehmungen ver-

schieben sich schon die Akzente. Man hat aber den Eindruck, daß dieses seelische Reservat, die Gebundenheit an die Heimat und die vertrauten Menschen, von großer Beständigkeit und auch dort ansprechbar ist, wo die einzelnen sich sogar von einem organisierten Zusammenhalt fernhalten. Es ist kein Zweifel, daß diese Zahl immer größer wird, und es hieße einer Illusion nachlaufen, wenn wir meinten, etwas festhalten zu können, was nicht mehr vorhanden, oft auch wirklich nicht mehr sinnvoll, oder dessen Auflösung mit Sicherheit zu erwarten ist.

Wir müssen mit Realitäten rechnen, auch wenn wir den inneren Standort unserer Menschen abzutasten versuchen. Und da haben wir eines festzustellen: Die "Eingliederung" in die neue Welt ist auch kirchlich perfekt. Hier aber nur so, daß unsere Leute sich auch in dieser Hinsicht von der Umwelt, in die sie gekommen sind, nicht unterscheiden. S i e l e b e n in demselben Ausmaß wie die anderen n e b e n d e r K i r c h e , sie gehen konfessionelle Mischehen ein, man findet sie Sonntag auf den Fußballplätzen und in den Sommerbädern - jedenfalls ist von dem selbstverständlichen regelmäßigen Kirchgang, wie er auf vielen unserer Dörfer noch üblich war, von dem selbstverständlichen Bekenntnis zur Kirche, das auch unsere Städter (selbst wenn sie nur gelegentliche Besucher von Festgottesdiensten waren) noch erfüllte, nicht mehr übrig geblieben als eine vage Erinnerung oder eine brüchige Entschuldigung. Denn das oft überzeugte und oft leute Bekenntnis zur siebenbürgisch-sächsischen Kirche macht auf dem Hintergrund unserer inneren Haltung zur Kirche den ganzen Verlust an wirklicher christlicher Substanz, an evangelischem Glauben in unserer Mitte offenbar. Darum, und weil diese Haltung so weit verbreitet, diese Bewußtseinsspaltung geradezu zu einer Signatur unserer Gemeinschaft geworden ist, mußte hier auch unser geistlicher Dienst, unsere spezielle Seelsorge einsetzen und am intensivsten zur Entfaltung kommen; hier galt es und gilt es, dem verbauten Blick wieder eine klare Sicht zu schaffen, in Jahrzehnten überwucherte Aus- und Einblicke freizulegen, verbaute Zugänge auszubauen und neu zu ebnen und s o die besondere Gabe unserer siebenbürgisch-sächsischen Tradition wieder fruchtbar zu machen. Dies haben wir in der ganzen Arbeit des Hilfskomitees und besonders in den letzten 10 Jahren bewußt zu tun versucht.

Wenn unsere Brüder und Schwestern erklären, "ins Leere zu greifen" und in der Kirche hier nicht das zu finden, was sie suchen, und dann, um Konkretisierung dieser Behauptung gebeten, letzten Endes an der ihnen fremden Form des Gottesdienstes und anderen Äußerlichkeiten hängen bleiben, dann ist das subjektiv sicher wahr, objektiv aber eine Ausrede, weil sie gar nicht den anderen Landsleuten gelungenen Versuch gemacht haben, in ihrer neuen Gemeinde wirklich Fuß zu fassen. Dann hätten sie nämlich gerade im Gottesdienst und in der Bibelstunde viel Bereicherung erfahren und das Wesentliche gefunden, das für uns unter äußerer Form verdeckt war. Natürlich spielt die heimatliche Gottesdienstordnung für unsere Gefühle - und wir haben diesem Reservat in unserem Herzen ausdrücklich seine Berechtigung zugesprochen - eine große und aller Liebe würdige Rolle. Aber der Glaube ist nicht ein blosses, noch so frommes Gefühl. Glaube ist immer Glaube a n etwas. Wir müssen uns vor dem Irrtum bewahren, als gäbe es eine inhaltlich unbestimmte Gläubigkeit. Eine unaussprechbare und unausgesprochene Frömmigkeit ist undenkbar. Darum scheut wirkliche Frömmigkeit auch die von der Christenheit überlieferte Form und Formel nicht, um ihren Glauben zu bekennen. Und wenn wir innerlich nicht dazu fähig sind, Christus als Inhalt unseres Glaubens zu bekennen, dann müssen wir konsequenterweise von uns sagen, daß wir keine Christen sind. Das wußten und aus ihrem Glauben an Christus und dessen vernehmbaren Bekennen lebten Honterus und Markus Fronius, Samuel von Brukenthal und St.L. Roth, das lernten und bekannten unsere Kinder in den Kirchen unserer Kirchenburgen, die ihren Vätern äußeren und inneren Schutz boten, das meinte auch Fr. Teutsch, wenn er sagte, daß Kirche nur Stütze des Volkstums werden könne, wenn sie ganz Kirche (d.h. ganz Kirche Christi) ist. Und das wissen die Männer und Frauen, die heute in der Heimat Verantwortung für unseren kirchlichen und das allein heißt für unseren wirklichen inneren und äußeren Bestand tragen.

./.

Aber auch unter uns gibt es nicht nur vereinzelte, sondern eine große Anzahl anderer Landsleute, die aus der Heimat Bibel und Gesangbuch im Wagen ihres Treckzuges mitgebracht und nie aus der Hand gelegt haben oder die auf ihrem Weg durch Rußland oder durch Deutschland zum lebendigen Glauben geführt worden sind. So kann etwa eine Frau, deren Mann in einem politischen Prozeß im anderen Deutschland zu mehreren Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, ihrem Bruder schreiben: "Es ist alles so sinn- und zwecklos. Was hat man noch vom Leben? Manchmal bin ich dem Verzweifeln nahe. Manchmal denke ich direkt, der Herr hätte uns verlassen, warum nur diese Pein? Hätte ich den Glauben nicht, ich glaube bestimmt, ich hätte meinem Leben ein Ziel gesetzt. Bitte schließ uns in Eure Gebete ein, dem Herrn ist es ein Kleines, alles zu wenden." Und viele haben den Weg in die Gemeinde ihres Wohnortes und dort eine Heimat gefunden. Nicht indem sie die Anerkennung ihrer Besonderheit forderten, sondern indem sie im gemeinsamen Glauben und im Lob Gottes Gemeinschaft fanden. Da ist dann die Gespaltenheit zwischen Sein und Schein überwunden, in dem wir "Kirche" sagen und allerlei anderes - Brauchtum und Nachbarschaft und Volk - meinen. Da bedeutet das Reformationslied für uns nicht Erleben des Rausches der Gemeinschaft, sondern da meinen wir das, was wir singen: Nehmen sie uns den Leib, Gut, Ehr, Kind und Weib - und das heißt dann auch Tracht und Brauchtum und Liturgie und sogar Heimat und Leben - laß fahren dahin, das Reich muß uns doch bleiben. Das ist eine christliche Wertordnung, das heißt Leben aus dem Glauben.

So stehen wir als evangelische Christen in unserer Zeit nach einem kürzlich gelesenen Wort des bayerischen Landesbischofs erschrocken vor der Erkenntnis, daß Gott uns in den Entwicklungen, die wir erleben, aus dem Leben im "Als ob" aufwecken will, dem wir im Politischen, im Kirchlichen, im Persönlichen verfallen sind, und wir könnten seine Ausführungen ergänzend abwandelnd und dem "als ob die Kirche zur Verbesserung der Welt da wäre" hinzufügen: als ob die Kirche zur Pflege des Brauchtums da wäre "und nicht zur Verkündigung der Herrschaft Jesu Christi. Und die Gemeinde Jesu Christi (auch die sächsische) hat Verheissung und Auftrag, zu erscheinen als Licht in der Welt, damit daß ihr haltet an dem Wort des Lebens (Phil. 2,15). Wer der Welt wirklich helfen will, muß noch ein anderes Bürgerrecht haben als das irdische." (Nachrichten der Ev.-Luth. Kirche in Bayern Nr. 19/1961).

In solcher geistiger Erneuerung sehen wir seit 10 Jahren unseren e r s t e n Auftrag. Darin ist eingeschlossen das Bemühen, die Lebenskräfte wieder zu finden, freizulegen und sichtbar zu machen, die uns in der Heimat am Leben erhielten. Unsere Blickrichtung war und ist dabei bewußt und eindeutig nach innen gerichtet. Nie ging es uns um Selbstdarstellung vor anderen - keine einzige unserer vielen Veranstaltungen und Publikationen war auf Wirkung nach aussen gerichtet, noch viel weniger maßten wir oder einzelne von uns sich an, etwa die kirchliche Praxis in Deutschland zu kritisieren oder zu schulmeistern. Wenn einzelne das in ihrem Amt und an ihrer Stelle getan haben mögen, dann haben sie es nie als Sprecher und im Rahmen des Hilfskomitees getan. Das Hilfskomitee hat es auch abgelehnt, seinen Namen für irgendwelche kirchlichen Reformvorschläge von Landsleuten herzugeben. Wir sahen nicht das als unseres Amtes in der Kirche an.

Wo wir in Gremien der k i r c h l i c h e n V e r t r i e b e n e n a r b e i t oder anderen kirchlichen Körperschaften als gewählte Mitglieder mitarbeiteten, versagten wir natürlich unseren Beitrag nicht. So hat unser verstorbener früherer Vorsitzender Erich Roth wiederholt theologische Grundsatzreferate auf den Tagungen des Ostkirchenausschusses gehalten. 1952 in Travemünde über "Heimat und Volkstum in christlichem Licht", 1955 in Hohegrete über die Frage "Welche theologische Berechtigung haben Forderungen religiöser und rassischer Art?" und Berichterstatter hat seit 1952 viermal im Rahmen des Konvents der Hilfskomitees in Bayern Referate über die Themen "Abbröckelnde oder wachsende Gemeinde?" (1952 München), "Hindert der Zusammenschluß der Vertriebenen ihre Eingliederung?" (1954 Würzburg), "Zeugnis der Gemeinde" (1957 Rummelsberg), "Auch heute: Flüchtlingsnot - eine Frage der Gemeinde" (1958 Rummelsberg) gehalten und noch am 26.4.1961 auf der Tagung des Ostkirchenausschusses in Hedemünden

Thesen über die Aufgabe und Zukunft der Hilfskomitees vorgelegt und vertreten. Wo uns in zuständigen Gremien Gelegenheit dazu geboten oder wir darum gebeten wurden, haben wir gerne über unsere Heimatkirche - ihre Tradition und ihre Lage - berichtet und dabei den Reichtum ihrer Gaben ebensowenig verschwiegen wie die Problematik der inneren Erneuerung.

Diese Fragen suchten wir aber vor allem im eigenen Kreis durchzuarbeiten und zu klären. Es ist nicht möglich, in dem hier gegebenen Rahmen auch nur zusammenfassend über die auf diesen Tagungen gehaltenen Referate und Probleme inhaltlich zu berichten. Es waren außer den 6 ersten Tagungen, die der Umschaltung des Schwergewichtes vom Bürodienst (wie Erich Roth es formulierte) zum geistlichen Dienst (1951) vorangingen, 9 T a g u n g e n d e s k i r c h l i c h e n A r b e i t s k r e i s e s , von etwa 3 - 6 Tagen Dauer, die von 1951-1961 stattfanden, und in denen ernste geistige Arbeit geleistet wurde:

Neufürstenhütte		21. - 23.8.1951
Uffenheim		26.-29.8.1952
Eichenau		7.-12.4.1953
Sachsenmühle		20.-23.4.1954
	und	3.-6.4.1956
Schwäbisch Hall		23.-25.8.1956
Neuendettelsau		8.-11.4.1958
Schwanberg		6.-8.6.1960
Mainz		5.-7.4.1961

In diesem Kreis, der weder theologisch, noch sonst irgendwie einseitig ist, sondern allen offensteht, die sich rufen lassen, erarbeiteten wir gemeinsam die Grundlagen, auf denen unsere ganze Arbeit fußt. Sie betreffen ebenso die Schau der eigenen kirchlichen und völkischen Vergangenheit wie das Verständnis der Gegenwart und unsere geistigen und praktischen Aufgaben. Alle Veranstaltungen und Publikationen, alle organisatorischen Maßnahmen - bis hin zu der neuen Satzung, die sich das Hilfskomitee 1953 gab - sind in diesen Tagungen und ihren Ergebnissen verankert. Das gilt auch von den Beschlüssen des V o r s t a n d e s , der in der Berichtszeit 21mal zu Sitzungen zusammentrat. (24.8.1951 Neufürstenhütte, 14.4.1952 München, 9.4.1953 Eichenau, 24.5.1953 Dinkelsbühl, 28.12.1953 Uffenheim, 23.4.1954 Sachsenmühle, 20.8.1954 Windsheim, 27.12.1954 Würzburg, 27.8.1955 Essen, 7.1.1956 Wertheim, 6.4.1956 Sachsenmühle, 26.8.1956 Schwäbisch Hall, 7.1.1957 Weißenburg, 17.6.1957 Würzburg, 17.8.1957 Rothenburg, 11.4.1958 Neuendettelsau, 1.12.1958 Stuttgart, 17.6.1959 Frankfurt, 17.10.1959 Uffenheim, 29.12.1959 Würzburg, 8.2.1961 Würzburg). Die Tagesordnungen und Protokolle dieser Sitzungen lassen die Fülle der behandelten Probleme, aber auch die Tatsache erkennen, wie sehr die Bemühung, weiteste Kreise zum Mitdenken, zur Mitarbeit und zur Mitverantwortung heranzuziehen, immer unser Bemühen blieb.

Aus der durch die innere Verbundenheit mit der Heimat und ihrer Tradition, den Dienst an denselben Menschen, die Tatsache der gemeinsamen Träger der Arbeit, die Entstehung der Landsmannschaft aus dem Hilfskomitee und vielen anderem selbstverständlich gegebenen Verbundenheit erwuchs unser Bestreben, auch mit der Führung der L a n d s m a n n s c h a f t der Siebenbürger Sachsen nicht nur in der Praxis eng zusammenzuarbeiten, sondern auch das Selbstverständnis in der Beurteilung des geschichtlichen Weges und der Aufgaben aufeinander abzustimmen. Dies geschah nicht nur durch gegenseitige Mitgliedschaft in den Vorständen und die Einladung zu den Veranstaltungen, sondern auch in mehreren Grundsatzgesprächen, deren erste zu Ostern (am 10./11.4.) 1952 in Starnberg und die zweite am 7.4.1953 in Eichenau auf unsere Initiative hin stattfanden, die dann am 19./20.9.1953 und vom 27.-29.12.1954 auf den von der Landsmannschaft veranstalteten Beratungen in Rimsting fortgesetzt wurden, ein letztesmal auf der landsmannschaftlichen Grundsatztagung in München vom 27.2. bis 1.3.1959 eine gewisse Fortsetzung fanden. Wir würden es begrüßen, wenn solche grundsätzliche Aussprachen über den Weg der Siebenbürger Sachsen häufiger abgehalten würden und sind immer bereit, dort mitzuarbeiten. Dies wäre auch der einzige Weg, um Meinungsverschiedenheiten und Spannungen, die oft auf sehr tief wurzelnde grundsätzliche Dinge zurückgehen und nur darum schwierig sind, nicht verhärten zu lassen.

o/o

ikgs

Dazu genügen offenbar die gelegentlichen Spitzengespräche nicht, sondern ist eine größere Breite anzustreben. Das Hilfskomitee hat in den letzten beiden Jahren die Mitarbeiter des Hilfskomitees und der Landesverbände Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen der Landsmannschaft zu zwei Wochenendtagungen in S e l b e c k (12./13.3.1960) und H a m b u r g (29./30.10.1960) eingeladen und darin Fragen unseres Selbstverständnisses und unseres Verhältnisses zu den hiesigen Kirchen zur Diskussion gestellt, wie wir glauben sagen zu können, nicht ohne Frucht und gegenseitiges besseres Verstehen. Die Leitung des Hilfskomitees und unsere Pfarrer in den Ländern sind immer wieder gerne bereit gewesen, Gottesdienste für die Landsleute abzuhalten und auch Feiern der Landes- oder Kreisverbände der Landsmannschaft mit zu gestalten, Vorträge zu halten und bei gemeinsamen Planungen mitzuwirken. Besonders sei erwähnt, daß auch mit dem Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft in all den Jahren ein nur selten gestörtes gutes Verstehen und eine enge Zusammenarbeit bestand, die zuletzt auch in den gemeinsam gezeichneten Spendenaufrufen für unsere Siebenbürger Heime und die Kirchbauten der Landsleute in Österreich ihren sichtbaren Ausdruck fanden.

Recht ausgedehnt war der B e s u c h s - u n d E v a n g e l i s a t i o n s d i e n s t unserer Mitarbeiter unter den Landsleuten seit dem Jahre 1951, in dem allein 3 Pfarrer 74 Tage unter den Landsleuten weilten. Zu diesem Dienst gehört die jahrelange segensreiche Besuchstätigkeit Pfarrer Georg Wenzels in Mittelfranken und Pfarrer Peter Gärtners im Ruhrgebiet, die beide zu dieser Arbeit zugleich auch vom Ev.-Luth. Landeskirchenrat München bzw. von der Ev. Kirche im Rheinland und von Westfalen beauftragt waren, gehören die Gruppeneinsätze in Mittelfranken 1952, in München und Umgebung 1953, im Ruhrgebiet 1954, in Oberösterreich, Watenstedt-Salzgitter und im Ruhrgebiet 1957, gehört vor allem der intensive anderthalbjährige Reisedienst von Vikar Georg Weber (1. Dezember 1958 bis zum 31. Mai 1960), dessen Durchführung uns vor allem durch die Hilfe des Lutherischen Weltdienstes - Deutscher Hauptausschuß - ermöglicht wurde. Er erstreckte sich von der Enns bis nach Hamburg und Setterich. Unser hauptamtlicher Reisepfarrer legte dabei in 18 Monaten 34.000 km zurück und bestritt 1500 Hausbesuche, 42 Gottesdienste, 48 Gemeindeabende, 12 Abende mit Siedlungsvorständen, Nachbarschaftsvätern usw., 30 Jugendabende, 15 Jugendfreizeiten und Rüstzeiten. Was hinter all diesen Daten an seelsorgerlicher Hilfe, aber auch an Erkenntnissen und Hilfe für unsere Gemeinschaft steckt, kann hier auch nur festgestellt, aber nicht entfaltet werden. Dem Vorstand und dem kirchlichen Arbeitskreis, aber auch einigen Kirchenleitungen ist darüber eingehend berichtet worden.

Die geistliche und kirchliche Not vieler unserer Landsleute, die oft gerade dort am stärksten auftritt, wo sie geschlossen siedeln, läßt uns die Notwendigkeit einer speziellen Seelsorge auch weiterhin vordringlich erscheinen und wird den Vorstand auch weiterhin nach Wegen seiner Ermöglichung durch einen h a u p t a m t l i c h e n g e i s t l i c h e n M i t a r b e i t e r suchen lassen. Die Auswirkungen, die in solchem Dienst auf unsere ganze Gemeinschaft, indirekt aber auch auf unsere Angehörigen in Siebenbürgen haben muß, kann wieder nur angedeutet werden - wir haben das bei anderer Gelegenheit entfaltet und begründet. Es ist eine Tragik, daß bei allem guten Willen und der vielfachen und reichen Förderung unserer sonstigen Arbeit, die wir kirchlicherseits stets gefunden haben, der hauptamtliche Geistliche, den wir schon seit mehr als 10 Jahren immer wieder anstreben, nur zweimal für begrenzte Zeit durchgesetzt werden konnte (Dr. Richard Alberti 1952-1954, Georg Weber 1958-1960). So blieb trotz der vielleicht beeindruckenden Fülle des Versuchten doch noch viel mehr ungetan, und auch neuerdings mußte manche Lebenshilfe für die in den letzten zwei Jahren zusammengeführten Familien, die wichtiger wäre als der neue wirtschaftliche Start, schon von Piding beginnend ausbleiben.

Wir versuchten aber auch sonst, unsere Landsleute, wo es ging, zur Besinnung auf das Wort Gottes und alles, was uns gemeinsam ist, zu sammeln. Gelegentlich des Deutschen Evangelischen Kirchentages in Stuttgart, Frankfurt und Berlin

ikgs

führten wir eigene Treffen durch. Die seit 1954 jährlich abgehaltenen siebenbürgisch-sächsischen K i r c h e n t a g e waren zunächst (in Windsheim, Essen und Schwäbisch Hall) nach dem Vorbild der großen Kirchentage unter ein Sammelthema gestellt, das in Arbeitsgruppen und dann in dem Festgottesdienst und der Festversammlung behandelt wurde. Zugleich sollten diese Veranstaltungen eine Begegnung mit den Aufnahmekirchen bringen und unseren Landsleuten die kirchliche Beheimatung erleichtern. Weil neben den Heimattagen eine zweite große Veranstaltung nicht möglich erschien, verzichteten wir später auf den grösseren Rahmen und hielten seit 1957 alljährlich einen regional begrenzten und programmäßig einfacheren Kirchentag ab, dessen Grundziele dieselben blieben: 1957 in Rothenburg, 1958 in Oberhausen, 1959 in Uffenheim, 1960 in Setterich. Über d i e s e Veranstaltungen ist - im Gegensatz zu den vorher erwähnten Tagungen des Kirchlichen Arbeitskreises, mit Vertretern der Landsmannschaft und der Mehrzahl der Besuchsreisen - in unserem "Licht der Heimat" jedesmal ausführlich berichtet worden, so daß einfach darauf verwiesen werden kann.

Um den zerstreuten sächsischen Familien eine Erholung in vertrauter heimatlicher Atmosphäre bieten zu können, begannen wir im Jahr 1955 auf dem Hesselberg mit der Abhaltung von F a m i l i e n e r h o l u n g e n . Diese Freizeiten, die wir 1956 und 1957 auf Schloß Virnsberg und seit 1958 im Hochkeilhaus abhielten, erhielten wachsenden Zuspruch, so daß wir sie seit 2 Jahren nicht mehr als 14-tägige, sondern vierwöchige Erholungen durchführten. In den beiden letzten Jahren nahmen je 75 Personen (1001 bzw. 957 Nächtigungen) daran teil. Die Familienerholungen haben sich durchaus bewährt, manche Teilnehmer waren schon zwei- oder dreimal dabei. Es war nicht nur jedesmal ein fröhliches und erholsames Beisammensein in einer christlichen Hausgemeinschaft mit Morgenandacht, Tischgebet und Sonntagsgottesdienst, vielen guten Gesprächen, Spaß und Spiel, es war auch Gelegenheit, manches persönliche Band unter Mitarbeitern und Freunden des Hilfskomitees frei von der Hast der sonstigen Begegnungen bei Arbeitsbesprechungen enger werden zu lassen und dadurch auch die Zusammenarbeit zu fördern.

Schließlich muß in der Reihe des Berichtes über menschliche Begegnungen von unseren Jugendveranstaltungen gesprochen werden. Da sind an erster Stelle unsere S o m m e r l a g e r zu nennen, deren erstes im Jahre 1952 auf dem Hesselberg stattfand. Seither sind es in 10 Jahren 48 Lager mit insgesamt 1577 Teilnehmern geworden:

1952	1 Lager	45 Teilnehmer
1953	1 Lager	81 Teilnehmer
1954	3 Lager	95 Teilnehmer
1955	5 Lager	220 Teilnehmer
1956	6 Lager	132 Teilnehmer
1957	8 Lager	271 Teilnehmer
1958	5 Lager	174 Teilnehmer
1959	6 Lager	207 Teilnehmer
1960	7 Lager	144 Teilnehmer
1961	6 Lager	208 Teilnehmer

Die Lager fanden in allen Gegenden der Bundesrepublik, 3 in Berlin, 6 in Österreich, 1 in Holland, 1 in Schweden statt. Viele Kinder nahmen mehreremale an solchen Lagern teil, bei manchen gehört das sächsische Sommerlager zum Ferienprogramm, aber auch wenn man das mit einkalkuliert und wenn man auch ohne Illusionen bedenkt, daß manche Eltern ihre Kinder nur bei uns abladen, um unbeschwert in Urlaub fahren zu können, sind es doch sicherlich 700 - 800 Jugendliche, die hier etwas von der Heimat ihrer Eltern gehört haben, die die sächsischen Lieder und Volkstänze gelernt, einen christlich geformten Tageslauf kennen gelernt, die zum Teil überraschend dauerhafte Freundschaften geschlossen und damit Zugang zur Sachsenfamilie gefunden haben. Ohne diese Lager und die in ihnen gewachsene Kameradschaft wären die Jugendtreffen in Dinkelsbühl kaum denkbar, wäre auch das Leben mancher Jugendgruppe ärmer. Wir haben diese Lager zu keiner Zeit als eine Verbandsangelegenheit des Hilfskomitees betrachtet,

sondern sie als unseren Beitrag zum Dienst an der sächsischen Jugend angesehen. Als solche sind sie auch von der Landsmannschaft anerkannt und zum Teil auch materiell und ideell gefördert worden. Über die Lager selbst erschienen alljährlich ausführliche Berichte im " J u g e n d b r i e f ", den die Jugend selbst mit unserer materiellen und geistigen Hilfe seit 1956 herausgibt und von dem bisher 30 Nummern erschienen sind.

107 Helfer stellten sich für diese jeweils 2-wöchigen Lager zur Verfügung, darunter 27 als Lagerleiter, Pfarrer, Lehrer, Studenten, die diese Zeit von ihrem Urlaub nehmen mußten, - wir sollten schon beachten, in welchen Kreisen solche Opferbereitschaft noch vorhanden ist - und zwar 2 schon fünfmal, 3 viermal, 1 dreimal und 8 zweimal. Mancher junge Student, der 1952 als 12-jähriger zum erstenmal in ein Lager kam, ist heute schon unter den Lagerleitern. Sie wurden dafür in besonderen Rüstzeiten, die wir seit 4 Jahren durchführen (1958 in Pasing, 1959 Bad Kissingen, 1960 Bieber, 1961 Mainz) von unseren erfahrenen Jugendleitern vorbereitet, vor allem aber kam ihnen neben der Erfahrung aus evangelischer Jugendarbeit ihres Wohnortes die Teilnahme an den Jahrestreffen des A r b e i t s k r e i s e s j u n g e r S i e b e n b ü r g e r S a c h s e n zugute, dessen stilles, aber zielbewußtes und um eine klare Luft in der Betrachtung unserer sächsischen Probleme bemühtes Wirken ich als eine der positivsten und zukunftsträchtigsten Erscheinungen in unserer sächsischen Gemeinschaft ansehe. Es ist ein gutes Zeichen, daß ihm die besten unserer heranwachsenden Jugend zuwachsen. Wir stellen fest, daß ein Neues wächst und daß dieses Neue ohne Bewußtseinsspaltung und ohne Komplex auf sächsischem und evangelischem und doch nicht auf verengtem oder verödetem Boden von Träumen steht.

Wir dürfen den Arbeitskreis junger Siebenbürger Sachsen in diesem Bericht erwähnen, weil wir uns ihm - seinen Mitgliedern und seiner Arbeit eng verbunden fühlen, sie nach Kräften zu fördern suchen und ihnen selbst manche Bereicherung verdanken. Mancher Vortrag der bisherigen 9 Jahrestreffen hat den Weg in unser Jahrbuch gefunden oder dem Herausgeber im Blick auf Themen und Autoren wertvolle Anregungen vermittelt. Wir freuen uns mit dem Arbeitskreis, daß in Kürze anstelle des früheren Korrespondenzblattes sein Siebenbürgisches Archiv als dritte Folge des traditionsreichen Archivs des Vereins für siebenbürgische Landeskunde im Böhlau-Verlag erscheinen wird und daß als erstes der beiden bereits im Manuskript vorliegenden und vereinbarten Bände die Dissertation von Erich Roth über die Reformation in Siebenbürgen erscheinen wird. Aus den Reihen des Arbeitskreises kam die Anregung für unser Preisausschreiben im Jahrbuch 1959 "Von der Ordnung des Wortmachens" - ein Thema, das uns schon seit Jahren beschäftigt und 1955 zum Gegenstand einer eigenen Tagung gemacht worden war, er half die "Studienstiftung Erich Roth" 1956 zum Andenken an unseren verstorbenen Professor Erich Roth, der uns heute noch täglich fehlt - errichten und ihr Gestalt geben, er vor allem ist der Betreuer unserer S i e b e n b ü r g i s c h e n B ü c h e r e i und seit Jahren erfolgreich bemüht, ihre Bestände durch gewissenhafte Bearbeitung zahlreicher Antiquariatsangebote zu vermehren.

Den Grundstock dieser Bücherei übernahmen wir im Jahre 1955 als Leihgabe vom Gustav-Adolf-Werk mit einem Bestand von 488 Bänden und konnten sie im Siebenbürger Heim in Rimsting unterbringen, wo sie von Direktor Robe rt Wagner gewissenhaft verwaltet wird, und im Laufe von 6 Jahren um 300 Bände auf rund 800 Bände erweitern. DerVorstand hat heute beschlossen, die Siebenbürgische Bücherei von Rimsting, wo die räumlichen Voraussetzungen für ihre Unterbringung unzulänglich sind, in das Heimathaus Siebenbürgen auf Schloß Horneck in Gundelsheim zu verlegen. Hier stellt uns der Hilfsverein "Johannes Honterus" einen großen Leseraum und zwei Archivräume zur Verfügung, von denen der eine die "Siebenbürgische Bücherei" und der andere das Zentralarchiv des Hilfskomitees aufnehmen soll. Auch ist geplant, in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis junger Siebenbürger Sachsen eine Kartei siebenbürgischen Schrifttums, das sich in privatem Besitz oder in den Beständen öffentlicher Büchereien befindet, anzulegen und dort in Gundelsheim zu führen. Es ist kaum zu begreifen, daß wir gerade diese

./.

"Kultur"-Arbeit ohne jeden Zuschuß öffentlicher Stellen leisten mußten, obwohl wir es auf mancherlei Wege versucht hatten, Mittel zu erhalten, und daß wir aus diesem Grunde auf manche dringend erwünschte und möglich gewesene Anschaffung verzichten mußten, weil uns dafür nur ein Teil der leider sehr spärlichen Spenden für die Studienstiftung Erich Roth und geringe Überschüsse vom "Licht der Heimat" zur Verfügung standen.

In diesem Zusammenhang braucht nur kurz auf unsere eigenen Publikationen hingewiesen zu werden. Seit 8 Jahren sind in regelmäßiger monatlicher Folge die 96 Nummern unseres "L i c h t d e r H e i m a t", seit 1956 die bisherigen 6 Bände unseres Jahrbuches "S i e b e n b ü r g i s c h - s ä c h s i s c h e r H a u s k a l e n d e r" erschienen, ersteres in einer Auflage von 6000, letzteres von 3000 Exemplaren. Beide Veröffentlichungen tragen sich selbst durch die Bezugsgebühren ihrer Leser, das "Licht der Heimat" erhielt lediglich im allerersten Jahr eine Starthilfe von zwei kirchlichen Stellen, für das Jahrbuch wurde uns in den letzten zwei Jahren ein geringer Zuschuß gewährt. Die Ziele beider Publikationen sind in ihren eigenen Spalten und in unserem Zweijahresberichten dargelegt worden und den Lesern bekannt. Beide Publikationen wollen ihren Lesern den Dienst tun, sie in der Gemeinschaft unserer getrennten Stammesfamilie und Sachsengemeinde und ihrer inneren Kräfte zu erhalten, sie zur Besinnung auf die tiefsten Gaben unserer Geschichte und unserer Lebensart und deren Bewährung im Leben und in der neuen Umgebung zu führen, sie vom kirchlichen und geistigen Geschehen in unserer großen Familie zu unterrichten. Diese Publikationen erreichen mehr als alle anderen Arbeitsgebiete die einzelnen zerstreuten Landsleute und Familien und werden vielfach sehr gewissenhaft gelesen. Darum ist gerade hier unsere Verantwortung besonders groß und muß auch in Zukunft sehr ernst genommen werden. Die Maßstäbe aber werden uns, wie in allem, was wir tun, von dem an der Schrift geprüften Gewissen und der daraus erwachsenden Verantwortung gestellt.

In dieser Bindung stehen wir und arbeiten wir Hand in Hand mit vielen Freunden. Mit dem D a n k an sie soll darum auch dieser Bericht schließen. Zuerst danke ich der Geschäftsstelle in München, und in ihr Frau Zillhardt, die unter 5 Vorsitzenden (Rottmann, Henrich, Reimesch, Roth und Philippi) und 5 hauptamtlichen Geschäftsführern (Appel, Brekner, Groß, Alberti, Herberth) seit 1945 in großer Treue dort der ruhende Pol geblieben ist, fast eine wandelnde Auskunftsstelle für sächsische Familiengeschichte, und neben der ganzen Schreibarbeit die Karteien des "Licht der Heimat" und des Jahrbuches führt, dem Geschäftsführer Herberth, dessen Tätigkeitsbereiche vor allem die Führung der Buchhaltung, der Geldgebarung, die Abwicklung und komplizierte Abrechnung unserer zahlreichen Veranstaltungen umfaßt. Die Geschäftsstelle ist zugleich die organisatorische Verbindungsstelle zur Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft. In der geistlichen Arbeit war sie mit Ausnahme der 1 1/2 Jahre Dr. Alberti nicht eingeschaltet.

Dank sei gesagt den Vorstandsmitgliedern, die inzwischen schon 7 Wahlperioden die Verantwortung für die Linie und für die Verwirklichung unserer Arbeit mit getragen haben, vor allem aber den zahlreichen im Bericht über die verschiedenen Arbeitsgebiete erwähnten Mitarbeitern, die als Prediger, Vortragende, Lagerleiter, Besucher, Verfasser von Aufsätzen viel Zeit, Können und Arbeit geopfert - gerne geopfert - und viel geistige und geistliche Kraft eingesetzt haben. Denn jeder dieser Dienste bedeutet ja - im Unterschied zu organisatorischer und verwaltungsmäßiger Arbeit - nicht die Abwicklung einer Schablone, sondern zugleich die Bewältigung einer immer neu und jedesmal anders gestellten geistigen Aufgabe.

Großer Dank sei zuletzt all den kirchlichen und weltlichen Stellen gesagt, die unsere Arbeit materiell ermöglicht haben und uns zu ihrer Inangriffnahme Mut machten:

Vor allem den Ev.-Luth. Landeskirchenrat in München, der die ganze Last des Personal- und Sachaufwandes unserer Geschäftsstelle (25.000,- DM im Jahr) trägt und uns auch sonst immer wieder fördert, dem Evang. Hilfswerk in seiner Zentrale und in den Hauptbüros Stuttgart und Nürnberg, aber auch in Düsseldorf und Biele-

ikgs

feld, dem Lutherischen Weltdienst in Genf und in Stuttgart (Deutscher Hauptausschuß), dem Ostkirchenausschuß und dem Konvent der zerstreuten evangelischen Ostkirchen, die uns die Zuschüsse zu allen Rüstzeiten und Tagungen und manch anderen Aufgaben vermitteln, dem Sozialministerium von Nordrhein-Westfalen für Förderung unserer Jugendlager, dem Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen u.a.

Von einem haben wir in diesem langen Bericht nicht gesprochen: Von den Brüdern in der Heimat, von der Kirche in Siebenbürgen. Aber in allem, was wir tun und denken, in jedem der mannigfachen Dienste, die wir wahrzunehmen versuchen, ist nicht nur unser Gefühl, sondern sind ganz bewußt auch unsere Überlegungen und Handlungen vom Blick auf sie mitbestimmt. Und mit all unserem Suchen und allen unseren Versuchen vertrauen wir auch sie DEM an, von dem wir glauben, daß alle Dinge durch IHN und zu IHM sind, alles, was uns lieb und wert ist, auch alles, was uns Not macht. In unseren großen und kleinen Freuden, in den Fragen und Problemen, in Nöten und Streitigkeiten ist das letzte Wort bei IHM. Wichtiger als s e l b s t alles lösen zu wollen, wichtiger als s e l b s t das letzte Wort zu behalten, ist, daß wir all unsere Not IHM zu Füßen legen und dieses unser ganzes und letztes Vertrauen auch vor unseren Brüdern offen bekennen und sie selbst in die feste Burg dieses Vertrauens zurückrufen. "Wir haben nichts in die Welt gebracht, darum werden wir auch nichts hinausbringen", heißt es im Monatsspruch dieses Oktober. Und auch am Ende eines solchen Berichtes, drei Tage vor dem Reformationsfest, kann das letzte Wort Martin Luthers stehen: "Wir sind Bettler, das ist wahr". Eines aber bleibt und kann auch uns hindurchführen, wie wir es in unserem Monatslied singen:

Ich weiß, woran ich glaube, ich weiß, was fest besteht,
wenn alles hier im Staube wie Sand und Staub verweht;
ich weiß, was ewig bleibet, wo alles wankt und fällt,
wo Wahn die Weisen treibet und Trug die Klugen prellt.

Das ist das Licht der Höhe, das ist der Jesus Christ,
der Fels, auf dem ich stehe, der diamanten ist,
der nimmermehr kann wanken, der Heiland und der Hort,
die Leuchte der Gedanken, die leuchten hier und dort.

ikgs

Einiges über die Tagung des siebenbürg.Hilfskomitees mit jüngst aus Siebenbürgen ausgesiedelten Pfarrern in Mainz.24-25.4 1966.

Wie vorgesehen fand am ersten Abend nur die gegenseitige Vorstellung statt,die sich jedoch im nachinein besonders wichtig erwies, obwohl einige überlange Lebenslaüfe den Abend beträchtlich in die Länge zogen.Herr Dr.Gundert Vertreter des REKD und Oberkirchenrat Riedel konnten auf diese Weise auch Einblick in die persönliche Lage einzelner siebenbürgischer Pfarrer nehmen und vielleicht auch ihren Begründungen bezüglich ihrer Aussiedlung mehr Verständnis abgewinnen.
Vortrag von Pfarrer Gerhard Möckel ,über das Thema"Fragen des Christlichen Glaubens an die Siebenbürger Sachsen".
Pf.Möckel gruppierte seine Gedanken in drei Hauptteile:
1.Vorbemerkungen.Trotz der Trennung,trotz der verschiedenen Meinungen und Strömungen die ,sowohl unten als auch hier,über unsere geschichtlichen Aussichten als Volk und als Kirche herrschen,bilden wir Siebenbürger Sachsen dennoch eine Einheit. Selbstverstaendlich geht jedes Pauschalurteil-etwa in der Frage-unten in Rumänien bleiben oder nicht-über unter unsere Kompetenz.Unsere Aufgabe hier ist jedenfalls Fragen zu stellen und zu versuchen alle Seiten des Problems zu bedenken.Wie haben wir uns ädäquat dem geschichtlichen Wandel als Volk und als Kirche zu verhalten?Wer anders hat denn diese Fragen zu stellen als Gemeinschaft,die sie angeht selbst.(Berufung auf Gollwitzer-gemeinsame Besprechungen geleitet vom Gotteswort-)Oft übersehen wir,wenn man vom Unglück des Einzelnen ausgeht das Wohl der Gemeinschaft.Jedenfalls besteht eine Spannung zwischen dem legitimen Sehen auf den Einzelnen und dem Schicksal als Gemeinschaft.Vor zwei Jahren äusserte Prof.Mittelstrasser in einem Vortrag-die Kirche in Siebenbürgen sei nicht in des Herrn Hand sondern in der Herrn Hand. Wir meinen aber entschieden-so ist das nicht aufzufassen!
II.Bestandsaufnahme:Was bedeutet eigentlich Kirche der Siebenbürger Sachsen in Geschichte und Gegenwart?Zunächst war sie Kirche der Väter d.h. ein besonders reines Gefäge einer Volkskirche.Glaube war gleich Teilhabe an den kirchlichen Ordnung.Kirchliche und völkische Sitten verschmolzen untrennbar.Die Autorität der Kirche drückte sich überall aus,die Gottesdienste waren eine feierliche Selbstbezeugung.Zwischen den beiden Weltkriegen wird deutlich dass die Einheit zwischen Kirche und Volk nur scheinbar war. Das Völkische wird absolut gesetzt-andernteils wird die Kirche immer mehr begriffen als der Zusammenschkuß der Frommen(siehe Schergbewegung).Heute ist diese Umbesinnung beinahe wieder rückgängig geworden,die notwendigen Konsequenzen aus der bekennenden Kirche kommen nicht zum Durchbruch.Die neue Verbindung zwischen Kirche und Volk ist auch nur scheinbar.Wir sind politisch, sozial,und wirtschaftlich starl erschüttert worden.In der DDR erschien ein Artikel der die kirchliche Lage in Siebenbürgen untersucht-feststellt dass die Volkskirche unter den neuen Umständen nicht mehr tragend sein kann,was aber dann?Die Frage steht im Raume,doch getraut niemand eine Antwort.Jedenfalls herrscht unten in Siebenbürgen Verbitterung,Resignation,Assimilierung-die als heimlicher Verrat an der Volksgemeinschaft betrachtet wird.Das Evangelium wird allgemein als Antiideologie angesehen. Im bewussten in der DDR erschienen Artikel heißt die Endfrage: Fatum oder Datum.
Möckel versuchte sodann den Stand der Kirche,das Gesendet sein in diese Welt,die Relativierung des Volkskirchendaseins,wie auch die Relativierung der Einheit durch die Bedeutung der Ökumene.Die Christen anderer Konfessionen sind uns bedeutend näher gerückt.

Möckel zitierte Prof.Gollwitzer-".... die Kirche kann Gefährdung der Staatsgrenzen werden."man vergleiche auch die Denkschriftenangelegenheit wegen der man sowohl hier in Deutschland als auch drüben in den Ostblockstaaten als Verräter angesehen wird.
Möckel gelangt dann zu folgendem:
III.Folgerungen: Dies alles erkennen heißt für die Kirche der Zukunft arbeiten,denn die Zeiten wandeln sich weiter.Vor 250 Jahren diskutierte man darüber ob es erlaubt sei Regenschirme zu tragen.Heute über die großen Probleme der allgemeinen Säkularisierung.Alles wird weltlich,die Kirche ist nicht mehr Ordnungsfaktor Nr.1 und es gilt herauszufinden neu zu finden,w i e Gott uns will!Weitere große Themen die heute in Diskussion sind wären:Glaube und Geschichte,Probleme der christlichen Gemeinden- etwa die Distanz zwischen zwischen den einzelnen Gemeindegliedern, von der Ortsgemeinde die den Lebensraum nicht mehr deckt,u.a. m. Die Erkenntnisse aus diesen Bemühungen müßen wir versuchen auch unten in Siebenbürgen anzuwenden.Inwieweit garantiert uns das Kardinalbibelwort der Siebenbürger Sachsen-" glaubet ihr nicht, so bleibet ihr nicht"-die pysische Zukunft unserer Siebenbürgisch -Saechsischen Gemeinschaft und Zukunft?Gottes Segen bleibt auch in der Katastrophe.Paul Schütz sagt: " eine Geschichte haben heißt-nicht in das Sinnlose abstürzen sonderm das Heil in der Katastrophe suchen.". " Ich lasse Dich nicht Dusegnest mich denn". Der Glaube wirft ~~xxxxxxx~~ freies Licht auf das Heute was geschieht,geschihht vom Herrn.Die Türe unten in der alten Heimat ist nicht offen,wir können also nicht hinaus müßen aber leben! Gibt es eine spezielle Verheißung für die Siebenbürger Sachsen? Möckel betonte dass er keine Lösungen anbiete sondern auf neue Schwiriegkeiten und notwendige Fragestellungen hinweisen möchte. In der nun folgenden Aussprache wurde trotz der verschiedenen Meinugsrichtungen,die akademische Form des Gespraechs bis zum Ende dieser Besprechung gewahrt.Pfarrer Pilder der laut Programm über die geistige und geistliche Situation der ev.Kirche in Siebenbürgen sprechen sollte,konnte sein Referat wegen allzuspäter Benachrichtigung nicht mehr ausarbeiten,jedoch kam durch die verschiedenen Diskussionsbeiträge der jüngst ausgesiedelten Pfarrer die kirchliche Lage in Siebenbürgen deutlich zum Ausdruck.

Das Gesprächt entzündete sich an der Frage inwieweit die Einheit zwischen Kirche und Volk eine Scheineinheit sei.Im Gespraech darüber kristalisierte es sich heraus,dass Volkskirche von allen anerkannt, n i c h t mehr das Tragende sein kann,jedoch ist es bei weitem nicht mehr so,dass man in Siebenbürgen auf dem alten Stand stehen geblieben ist,schließlich ist inzwischen eine neue Generation von Geistlichen,mit einer entsprechend neuen Ausrichtung in den Gemeinden seit geraumer Zeit tätig.Die jungen Theologen stehen auf der Theologie des Bischofsvikars Dr.Binder und überall ~~xxxxx~~ sind Bestrebungen die Volkskirche des alten Stils zu überwinden. Die Spannungen zwischen geistlichem Leben in Siebenbürgen und hier in der Bundesrepublik haben wir jungen Theologen nicht so groß empfunden.Damit ist aber nicht gemeint,dass man in Siebenbürgen dass anstreben soll oder kann,was man hier anstrebt(Beispielsweise Besinnung aufs Abendmahl etc.)Die größe Frage ist jedoch, welche Aussichten Kirche und Volk in Siebenbürgen überhaupt noch haben?Es zeigte sich bei dieser Fragestellung klare Begriffe geiemsam zu finden um einheitlich vorzugehen. Man mußte unterscheiden zwischen den Aussichten völkischer Art, der Kirche als Institution und der Kirche als Leib Christi.Völkischer Tod und kirchlich-institutioneller katastrophaler Rückgang,Folgen der dämonischen Einwirkungen seitens des Bolschewismus auf die Kirchenleitung in Siebenbürgen auf viele Geistliche bis hinunter in die Gemeinden wurden untersucht.Bolschewismus

ist dort in Rumänien oft gleichzusetzen mit rumänischem Chauvinismus.Ebenso wurde versucht Verständnis zu erwecken für den Grad der Mutlosigkeit und der Resignation die ihren deutlichen Ausdruck immer wieder in dem offenen gezeigten Massendrang " nur weg aus Rumänien " findet.Wirtschaftlich völkisch kirchlich ist man zu Passivität verdammt und man will endlich endlich handeln und sich frei entfalten können-etwas tun!- auch auf die Gefahr hin dabei zu sündigen.Die Durchhalteparolen ala Stalingrad sind uns nicht mehr Richtschnur-man ist aus einem Freiheitsdragg wirtschaftlicher und religiöser Herkunft nach Siebenbürgen ausgewandert und man will jetzt aus denselben Gründen wieder von dort fortgehen.Dieses Freiheitsbewusstsein ist unbändig und noch ungebrochen und dieses führte zu einer Massenwut auf die evangeliche Kirchenleitung in Siebenbürgen,der vorgeworfen wird dass sie sich den Hintertreibungen der rumänischen Regierung diesbezüglich zur Verfügung gestellt hat.Man sucht auch keine Begründung und ist des Problematisierens müde .Man glaubt nicht,dass die Hugenotten als sie aus Frankreich flüchteten nach einer theologischen Begründung suchten.Christentum und Kommunismus stehen diametral entgegen ,schließen sich genseitig aus, schon weil der Kommunismus einfach den ganzen Menschen für sich fordert.Er will nicht nur die Hälfte,sondern alles.Das Denken und den Glauben des Einzelnen.Wir versuchten einen Kompromiß in Siebenbürgen und gaben unsere Arbeitskraft,es genügte aber nicht.Jedem der versucht innerhalb der Kirche aktiv zu sein,wird sofort auf die Finger geklopft und die Kirchenleitung muß den Betroffenen im Stiche lassen und sich von demselben distanzieren.Das führt bis zum Verzicht auf den Religionsunterricht in manchen Gemeinden.Die Kirchenleitung versucht selbst das Andenken der Verhafteten zu verwischen- die leeren Pfarrstellen werden sofort neu besetzt.Auch im Fall des Stadtpfarrers Dr.C.Möckel der nach altem Recht auf Lebenszeit gewählt worden war.In der Pfarrerschaft unterscheidet man in Siebenbürgen Kapitulanten die sich mit gewissen DDR Argumentationen zu rechtfertigen suchen-und dem grösseren Teil der Pfarrerschaft der sich mit den"Realitaeten" nicht abfinden kann und die andererseits von den Kommunisten als passive Restistenzler angesehen werden. So sieht man eben im Fatum auch ein Datum.

Es wurde vermieden auf die Person Bischof Müllers einzugehen,da es als unfair betrachtet wurde,seine Entscheidungen und Kirchenpolitik anzugreifen wo er die Möglichkeit nicht hat,die tieferen Gründe seines Verhaltens erkennbar zu machen.Es wurde gleichzeitig die Meinung vertreten,dass das Bischofsamt von der Regierung in Bukarest bewusst ausgenützt werde und so müßte man auch jene Pfarrer verstehen die das nicht mitmachen können und die Konsequenzen daraus ziehen.

Die Lage in Siebenbürgen wurde von den Teilnehmern sichtlich unterschiedlich beurteilt-optmistischer jedenfalls seitens derjenigen Pfarrer die seit dem Kriegsende im Westen leben.Einig war man sich jedoch über die Tatsache,dass die evangelische Kirche solange sie in Rmänien noch besteht unterstützt werden muß,indem alle Möglichkeiten der Hilfe die sich ergeben-ausgenützt werden müßen und neue geschaffen werden sollen.Kirche als Leib Christi besteht noch-sie wird an Substanz verlieren.Vielleicht bleibt sie,vielleicht nicht. Beide Konsequenzen müßen im Auge behalten werden, theologisch und geschichtlich neu durchdacht werden.Man soll die Freiheit dieses durchdenken im Westen tun zu dürfen ausnützen und dafür Sorge tragen bzw. sich einsetzen,dass die Brüder in der evangelischen Kirche in Siebenbürgen irgendwie mitsprechen können.Dazu brauchen sie Bücher und größere Freiheit.Für Bücher

sind verschiedene Aktionen im Gange,und Wege offen.Vielleicht sollte man auch den Umsiedlungsdrang etwas differenzierter sehen,da es auch einen,wenn auch kleinen Teil gäbe die sich in die jetzige und ev,zukünftige Lage hineinfindet.
Durch die Beiträge von Herrn Oberkirchenrat Riedel und Dr.Gundert wurde die Lage der Kirche im Westen umrissen.Kirche muß heute in zwei Systemen bestehen-man lebt sich auseinander.Theologische Probleme die hier heiß umstritten sind,versteht man z.Bsp drüben in der DDR nicht.Hier wie drüben ist die Kirche sowohl in der Herrn Hand als auch in des Herrn Hand.Pilatus hat auch Christus ans Kreuz geschlagen und dabei Gottes Willen getan.Man hat Verständnis für unsere persönliche Entscheidung zur Aussiedlung,nachdem man die einzelnen Schicksale angehört hat.Es ist schwer Bischpf Müller gerecht zu werden, aber man bittet die Schwierigkeiten die man den jungen neu in die Bundesrepublik gekommenen Pfarrern aus Siebenbürgen macht ,nicht als böse Absicht anzusehen,sondern als Entscheidungen aus der Schwere der Verantwortung heraus.Die Entscheidungen über jeden einzelnen Fall,steht heute beim Rat der EKD.Man bittet in keiner Weise dahin zu wirken,dass Pfarrer in größerer Anzanl auswandern,auch hat man wiederum Verständnis für die Auswand rung aller,gleichzeitig befürchtet man dass eine totale Auswanderung aus Rumänien nie genehmigt würde.
/Dieses waren Gedankengänge der Kirchenraete/
Nicht einig war man sich über die Stellung des siebenbürgischen Bischofsvikar zu all diesen Fragen,doch vermied man es aus bestimmten Gründen sich darüber näher auszusprechen.Man war der Meinung,dass es besser sei diesen Fragenkomplex um Dr.Binder jetzt nicht nachzugehen.
Nach der Abreise der Kirchenraete,wurde ein Thema angeschnitten, dessen Klärung viele schon ungeduldig erwarteten.Es ging um die Erörterung des Mißtrauens das zwischen den jüngeren heraufgekommenen Pfarrern und den schon länger in der Bundesrepublik weilenden Pfarrern und Theologen herrschte.Der innere Vorwurf beruhte auf der Feststellung,daß immer wenn wir jüngeren Pfarrer aus Siebenbürgen kommend dachten das Vertrauen der hiesigen Kirchenführer errungen zu haben,sich plötzlich wieder ein Rückschlag eisiger Zurückhaltung feststellen ließ.Man beteuerte,sich nicht eingemischt zu haben.Doch als die Frage noch konkreter gestellt wurde,nämlich ob man persönlich für oder gegen die Anstellung der jungen siebenbürgischen Pfarrer sei-als Gemeindepfarrererwies sich,dass Dr.Paul Philippi dagegen war.Das Gespräch wurde brisant als Pfarrer Martin der vor einigen Monaten aus Siebenbürgen in die Bundesrepublik zugewandert ist und heute nur als Religionslehrer arbeiten kann,Dr.Paul Philippi entgegenete dass er ihn als Gegner hinfort betrachten müsse.Die anderen Teilnehmer an dieser Tagung konnten sich leider aus Zeitnot nicht mehr dazu äussern,da ein Teil sofort abreisen mußte,zudem erschien plötzlich erst am Abschluß der Tagung Herr Kirchenpräsident Sucker dem nun vom Rest unserer Tagung berichtet wurde.So blieb dieses Thema leider nicht unausgefochten.Zwar schrieb Dr.Paul Philippi nachträglich seine weitere Stellungnahme den einzelnen Brüdern und Teilnehmern in einem Rundbrief,doch konnte dazu noch keine Stellung genommen werden bzw. eine Aussprache erfolgen.Man hofft dass sich noch in diesem Jahr die Gelegenheit dazu bieten wird im erweiterten Kreis.

13.5.66 NS.Wenn es anders war,so will ich mich gerne korrigieren lassen.Für Ergänzungen bin ich auch dankbar.

gez.Werner Knall

IKGS

Feststellungen für die Tagung in Mainz
vom 24. und 25. April 1966

Betr. die Frage der erweiterten Familienzusammenführung u.
damit verbunden die Aussiedlung von Pfarrern aus Siebenbürgen.

1. Wir fordern keine Gesamtaussiedlung der Siebenb. Sachsen aus Rumänien, ebenso wie wir nicht an ihre Ansiedlung in einem geschlossenen Raum innerhalb der Bundesrepublik denken. Unserer Auffassung nach handelt es sich bei der zur Debatte stehenden Frage der sogen. "erweiterten Familienzusammenführung" in erster Linie um ein h u m a n i t ä r e s Anliegen und in zweiter Linie erst um ein nationales Problem.
Unter "erweiterter Familienzusammenführung" ist darum zunächst das zu verstehen, was sie besagt, nämlich Zusammenführung im weitesten Rahmen von getrennten Familien in dem Land, das sie sich selber wählen und das ihnen Aufnahme gewährt (naturgemäss wird das ein Land sein, in dem ein Glied einer getrennt lebenden Familie bereits ansässig ist !), aber auch die Ermöglichung der Heimatfindung für jeden Menschen, der seine bisherige Heimat aufgibt, um sich eine neue Heimat zu suchen, in der ihm persönliche Freiheit und Unantastbarkeit seiner Person garantiert wird.
Dahin zu wirken, dass dieses wie gesagt humanitäre Anliegen seine Verwirklichung findet, in unserem Falle, für unsere Brüder und Volksgenossen in Siebenbürgen bzw. in Rumänien seine Verwirklichung findet, ist, wie wir wohl annehmen dürfen, die Aufgabe unserer Landsmannschaft und unseres Ev. Hilfskomitees hier in der Bundesrepublik.

2. Von uns Pfarrern, die wir als Spätaussiedler eben im Rahmen der "erweiterten Familienzusammenführung aus Rumänien in den letzten Jahren und in den letzten Monaten in die Bundesrepublik gekommen sind, ist anzuerkennen, dass die Landsmannschaft diesen ihr, wie wir meinen, zukommenden Auftrag tatsächlich und in Verantwortung wahrgenommen hat und das vorliegende Problem bis heute auch wirklich als ein humanitäres Anliegen erkannt hat. Bedauerlicherweise lässt sich vom Ev. Hilfskomitss dasselbe nicht sagen. In seinem offiziellen Organ "Licht der Heimat", von Vertretern des Hilfskomitees oder von dem Hilfskomitee nahestehenden Personen wird das vorliegende Problem entweder verkannt, falsch bezw. in verharmlosender oder entstellender Weise interpretiert und demzufolge offensichtlich nicht in dem ihm gebührenden Weise ernst genommen. Verkannt wird es beispielsweise dann - und ich beziehe mich hier auf den Grundton der aus fast allen zu unserer Frage stellungnehmenen Artikeln im "Licht der Heimat" herausklingt - wenn etwa gesagt wird, die Siebenbürger Sachsen erkennen ihre Situation in ihrer Heimat heute vor allem darum als aussichtlos, weil sie "Rückblickend nur den einen Auftrag sehen, der sich ihnen in einem einseitigen Verständnis von Begriffen wie "Deutsch, "Reich", "Abendland" verdichtet" (Zitat aus "Um unsere 'Aufgabe", "Licht der Heimat" Nr. 136, Februar 1965, der Aufsatz ist mit "Ph" unterzeichnet!), weil "wir gerne von der Sendung oder Mission sprechen, die wir als Deutsche dort gehabt hätten" (ebenda) und rückschauend Akzente setzen und Ziele in die Geschichte hineinprojizieren, die genauer Untersuchung manchmal nicht standhalten, weil sie a tergo hineingelegt wurden" (ebenda). Oder wenn gesagt wird: "Andere (unter den in der siebenbürg.Heimat Lebenden,s.Anm.) aber ergehen sich in Spekulationen u. suchen die Zukunft zu berechnen und weil ihre Rechnung nicht aufgeht, geben sie alles verloren und träumen von Lösungen, die in einem blinden Glauben an das deutsche Volk wurzeln und sie nicht mehr zur Ruhe kommen lassen. Ohne sich über die Realisierbarkeit Rechenschaft geben

zu können, bereiten sie auch unter anderen ihre eigene Unruhe."(Zitat aus "Reise in die Vergangenheit?", "Licht der Heimat" Nr.149,März 1966) Ob aber noch bloss von"Verkennen" die Rede sein kann, möchte ich dahingestellt sein lassen, wenn man die Darstellung von Herrn Paul Philippi vernimmt, der in seinem "Memorandum" an den Herrn Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier schreibt: "Die Meinung vom zwangsläufigem Untergang der ~~der~~ Sachsen in Siebenbürgen gründet immer auf leicht durchschaubaren ideologischen Voraussetzungen des romantisch-nationalen Geschichtsbildes. Die Landsmannschaftliche "Activitas" ist - direkt oder indirekt - im Geschichtsbild der älteren der sog. Teutsch-Generation erzogen worden, wonach anfangs alles gross und edel war, dann aber das stolze Freitum von den feindlichen Staatsmächten nach und nach "zertrümmert" wurde. Ergänzt wurde das Bild um 1900 vom fast allgemein angenommenen biologischen Materialismus, der anhand der abnehmenden Volksvermehrung den Volkstod vorausberechnete. Nicht zufällig spielt diese Geschichtsschau in der Argumentation für die Aussiedlung eine ähnliche Rolle wie die Anknüpfung an Versailles in den Reden Hitlers. Nicht zufällig steht auf der anderen Seite des Geschichtsschemas der verklärende "Traum vom Reich", dem sich gerade die jetzt heraustrebenden aktiven Jahrgänge der 3oer Jahre, aus alten idealistischen Wurzeln zehrend, verschrieben hatten.Dass unter solchen Vorzeichen die Heimat aufgegeben werden m u ß , ist selbstverständlich" (Zitat).

Hierzu ist von uns, die wir in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg in Rumänien gelebt haben, z.T. in diesen Jahren dort aufgewachsen und großjährig geworden, durch Schulen gegangen sind und schliesslich als Pfarrer in den dortigen Gemeinden gedient haben, zu sagen, dass die Tatsache doch die ist, dass unter den dort lebenden Siebenbürger Deutschen, insbesondere unter der jungen, im neuen kommunistischen Staat aufgewachsenen Generation, ein derartig rückwärtsgewandtes, reaktionär-nationalistisches oder auch nur in den Gleisen einer für uns abgebrochenen Tradition fahrendes Denken - wie es hier in den angeführten Zitaten vermutet oder unterstellt wird - so gut wie unbekannt ist. Was allerdings vorhanden ist - und was meiner persönlichen Meinung nach für ein gut bewahrtes Erbe zeugt - ist eine elementare Sehnsucht, ein elementarer Drang und Wille nach persönlicher Freiheit und nach Erlösung von dem sich von Jahr zu Jahr fester schliessenden Würgegriff eines diabolischen Willkür- und Gewaltsystems. Daß diese Sehnsucht und dieser Wille so allgemein und breit vorhanden ist - und wir sollten uns ja hüten in irgend einer Form und Weise an seiner Erstickung mitzuwirken, wir würden uns damit bloß mit den Tyrannen mitschuldig machen ! - hängt wohl damit zusammen, daß es offenbar nur einem geringen Teil, gewiss aus Schwäche, möglich war, wie es in dem Artikel "Reise in die Vergangenheit" aus "Licht der Heimat" Nr.149 heißt: "sich in dieser Welt (in unserem Falle ist wohl die kommunistische Welt Rumäniens gemeint,o.Anm.) im Umbruch zu "arrangieren" "und es wiederum (dies allerdings nun leider!) nur einem kleinen Teil gegeben ist, "der Führung und der Hilfe Gottes zu vertrauen und von hier aus Kraft und Gelassenheit in allen Anfechtungen zu gewinnen". Aber wer will das Menschen die dies nicht vermögen verdenken, die in all diesen Jahren nach dem Krieg einen einzigen Leidensweg zu gehen hatten, andauernd unter seelischen und physischen Nöten und Ängsten stehend und leidend, und dessen Ende bis heute noch nicht abzusehen ist, und dessen Aussichten immer noch dunkler zu werden scheinen. Dies alles hat, weß Gott, aber auch nichts mit "Selbstbemitleidung zu tun, wie das ein sogenannter "Beobachter FAZ." zu benennen gewagt hat und wie es Herr Paul Philippi in seiner bereits genannten Eingabe an den Herrn Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier bezeichnet. Der Aussenstehende freilich weiß davon naturgemäss sehr wenig, fehlt ihm doch das Allerwichtigste, das persönliche Erleben und die persönliche Erfahrung.

Es ist selbstverständlich aufs schärfste zu verurteilen, daß solche Aussenstehende, die ihren Urlaub in Rumänien verbringen und dem dortigen Regime Devisen zutragen, vor ihren versklavten Angehörigen und Landsleuten mit "ihrem erworbenen Wohlstand" protzen" (Siehe "Reise in die Vergangenheit?","Licht der Heimat" Nr.149, März 1966), aber andererseits zeugt es doch ebenfalls von billigster Ignoranz hinzugehen und zurückzukommen und zu behaupten, man habe dort "die Kraft einer Gemeinschaft erlebt, die man nur hier vorfinden könne" (ebenda), auch das ist eine Form des Vortäuschens, die fast ebenso verwerflich ist wie jene andere.

3. In diesen Zusammenhang gehört die Behauptung die ebenfalls von Seiten des Hilfskomitees gemacht wird - und hier möchte ich fast sagen, daß es sich um eine Behauptung wider besseres Wissen handelt -,daß die Möglichkeit bestünde, "daß es ein Leben - auch ein evangelisches kirchliches und ein deutsches Leben - in anderen als den überlieferten Formen" (Siehe: Hans Philippi "Ein feste Burg ..., in Gustav Adolf - Blatt, Heft 1, Januar 1966) im heutigen Rumänien gebe. Was wir bisher miterlebt haben und beobachten konnten ist vielmehr ein Ableben, ein Zustand der Agonie sowohl im kirchlichen Bereich als auch des Volkskörpers. Die Vorstellung, daß es eine solche Möglichkeit des Fortlebens gebe, ist eben, - wie der Verfasser sehr richtig sagt - eine Vorstellung, eine Vorstellung aber die kaum jemandem Vertrauen und Ruhe geben kann ("Wo aber Menschen sich vorstellen können, dass es ein Leben - auch ein evangelisches kirchliches und ein deutsches Leben - in anderen als den überlieferten Formen geben kann ....kann man beobachten, wie auch Ruhe und Vertrauen sich festigen!" H. Philippi "Ein feste Burg...", "Gustav Adolf-Blatt", Heft 1, Januar 1966),weil sich auch nicht der geringste konkrete Anhaltspunkt dafür bietet, daß es eine solche Möglichkeit wirklich gibt.

Zwar ist man in Westeuropa, und insbesondere in der Bundesrepublik im Stadium der Entschärfung des "kalten Krieges" emsig darauf bedacht unter allen Umständen im Ostblock Liberalisierungserscheinungen zu sehen, aber ich meine und ich schliesse mich hier voll und ganz der Ansicht des Quick-Kolumnisten Matthias Walden an, der diese Worte an die Adresse der Frau Marion Gräfin Dönhoff von der Hamburger Wochenzeitung "Die Zeit" gerichtet hat, daß "unter Freiheit" - und das Wort Liberalisierung enthält ja den Begriff "Freiheit" - "etwas anderes vorzustellen ist als Lockerung von Unmenschlichkeiten."

Der Herr Vorsitzende des Hilfskomitees sagt : "Das Verhältnis des Staates zur Kirche ist äusserlich korrekt" (H.Philippi "Ein feste Burg ..." Gustav Adolf-Blatt, Heft 1, Januar 1966). Will dies vielleicht besagen, daß damit die Gegebenheit für die Möglichkeit eines "evangelisch-kirchlichen und deutschen Lebens in neuer Form geschaffen ist ? Was versteht man hier eigentlich unter einem korrekten Verhältnis, etwa die Tatsache, daß die Kirche als Institution vom Staat gleichgeschaltet wurde und nach seinem Willen nicht etwa ihre eigenen ausschliesslich seine, , die allem kirchlichen und christlichen Leben feindlich entgegengesetzten Interessen wahrzunehmen hat ? Mit Bedauern und mit tiefer Trauer müssen wir feststellen, daß die Leitung der evangelischen Kirche in Siebenbürgen an dieser Stelle, wo sie durch Gottes Wort eindeutig zum Widerstand gegen die Staatsgewalt gerufen war (Siehe Apg. 5,29: Man muss Gott mehr gehorchen denn den Menschen" versagt hat. Sie hat sich zu dem Mut, den die katholische Kirche an den Tag gelegt hat, nicht aufraffen können, und hat alles und jede Zumutung hingenommen. Es kann uns nur mit Schmerz erfüllen, wenn bspw. der Generalsekretär des sogen. Kultusdepartements D. D o g a r u den Bischof Dr. Friedrich M ü l l e r anlässlich seine 80. Geburtstages im Namen der Regierung beglückwünscht und ihm bescheinigt, daß seine Tätigkeit durch loyale Haltung gekennzeichnet sei" und ihm weiter versichert, " daß sich seine Tätigkeit des Vertrauens und der Anerkennung der kommunistischen

Staatsführer erfreut " (Aus "Neuer Weg" Organ der KP Rumäniens in deutscher Sprache!). Und der Bischof seinerseits, wie es wörtlich heisst: "Seiner Entschlossenheit Ausdruck gab, auch in Zukunft seinen, der Geistlichkeit und der Gläubigen Beitrag dort zu leisten, wo dieses erforderlich ist(Siehe ebenda). Daß es hier um die Art und Weise, wie dieser Beitrag gedacht wird, keinerlei Zweifel geben kann, möchte ich mit den Worten eines anderen offiziellen Vertreters dieser Kirchenleitung dartun. Der derzeitige Kronstädter Stadtpfarrer Waldemar K e i n t z e l hielt im November 1964 in Wien einen Bericht über die Kirche in Siebenbürgen in dem er u.a. sagte: "In tiefer Dankbarkeit zu Gott erfahren wir, wie die Glieder unserer Kirche als Kollektivbauern und Arbeiter im Aufbau des Sozialismus ihre Pflicht erfüllen" (Licht der Heimat" Nr.136,Februar 1965). Dieser Bericht wurde, zu meiner grössten Verwunderung, ohne irgendeine Kommentierung im "Licht der Heimat abgedruckt.

4. Man möchte uns bitte hier nicht missverstehen, wir zollen ganz gewiss jedem Amtsbruder grösste Hochachtung der es für seine Pflicht und Aufgabe, und für seinen persönlichen Auftrag hält, unter den in Rumänien gegebenen Verhältnissen auszuharren,und mag kommen was da wolle, den Gemeinden unter allen Umständen bis zuletzt zu dienen. Wir möchten aber, dass gerade auch von kirchlicher Seite hier in der Bundesrepublik endlich einmal anerkannt wird, dass es für einen Pfarrer unter den gegebenen Umständen in Rumänien auch eine andere Entscheidung geben kann als jene und daß diese dann nicht unbedingt als Verhaltungsweise des Mietlings (wie das Bischof Dr.Fr.Müller behauptet!) oder als Fahnenflucht oder in sonst einer negativen Weise zu deuten ist,

Wenn Bischof Müller meint über diejenigen Pfarrer, die um eine Ausreisegenehmigung aus Rumänien ansuchen und die Ausreise vollziehen,pauschal den Stab brechen zu dürfen,so muss er es sich wohl oder übel gefallen lassen,daß man ihn und seine Verhaltensweise ebenfalls einer kritischen Betrachtung unterzieht.
Es ist zwar sehr lobens- und anerkennungswert,dass das Ev.Hilfskomitee im "Licht der Heimat" und auch sonst bei jeder Gelegenheit das Imago des "Sachsenbischofs" vor böswilligen Entstellungen zu bewahren versucht (Vgl.den Artikel "Ein Lehrer seiner Kirche", "Licht der Heimat" Nr.132,Oktober 1964), aber mit simplen Prädikaten,wie"Lehrer seiner Kirche" oder "beredter Schweiger" ist es leider noch nicht getan. Es muss hier einmal auch ganz offen gesagt werden, dass derselbe Herr Dr. Friedrich Müller der 1942, wie es heisst, "in starker persönlicher Gefährdung für die Schutzhaft bestimmt zu sein schien" (Vgl. Zitat ebenda!), nur ein Jahr vorher, die siebenbürgische Volksgruppe im Vorfeld der deutschen Sendung für Europa, wie sie sich damals - offenbar auch für ihn -, denn er sagt es: "im Führer A d o l f H i t l e r auf Jahrhunderte hinaus verkörpert hatte"(?!) erkannte. (Vgl. und siehe im "Hundert Jahre Landeskundeverein", Hermannstadt, den 3.Juni 1941).
Derselbe Mann erweist sich Jahre nachher in einem kommunistischen Staat als staatsloyal, was ihm amtlich bescheinigt wird, was er selbst beteuert und was er uns auch rein optisch, als Träger einiger roter Orden und als Mitglied der sogen. Nationalversammlung des kommunistischen Rumänien wahrnehmen lässt. Zu dieser Haltung sieht er sich aber nicht etwa allein verpflichtet sondern bezieht die Geistlichen seiner Kirche und die Gläubigen mit ein. Und hier glaube ich ist spätestens die Grenze erreicht, wo jeder der anderer Ansicht ist und dieses mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann, berechtigt ist, ihm den Gehorsam zu versagen.
Offenbar mit vollem Recht wird heute der Vorwurf erhoben, dass die evangelische Kirche im Dritten Reich sich des Veräumnisses schuldig gemacht hat,dem Regime zuwenig Widerstand entgegengesetzt zu haben u. damit an den Verbrechen die in seinem Namen geschehen sind,mitverant-

zu sein. Die protestantischen Kirchen Deutschlands haben aus diesem Grunde nach dem Kriege ein feierliches Bußbekenntnis abgelegt.

Eben weil wir dieses aus unserer Situation gut zu verstehen meinen, will es uns gänzlich unverständlich erscheinen, daß Vertreter dieser selben Kirche uns heute hier in Deutschland, indem sie sich, wie es uns scheint in einseitiger Weise die Argumentation des Hilfskomitees bzw. des Siebenbürgischen Bischofs zu eigen machen, zumuten, unter denselben Verhältnissen uns dieses selben Versäumnisses wieder schuldig zu machen.

Wenn der Nationalsozialismus ein Unrechtssystem darstellte, dann stellt es der Bolschewismus heute nicht minder dar. Recht, Freiheit, Würde und das Leben der Menschen bedeuten ihm nichts. Das System der Knechtung, der Unterdrückung ist satanischerweise ausgeklügelt wie kein zweites im Laufe der Menschheitsgeschichte. Man möchte meinen, daß sich der Kommunismus bei seinem Unterdrückungssystem die Erfahrungen aller herkömlichen Tyranneien zueigen gemacht hat und die Unterdrückung in vollkommenster Weise praktiziert. Das bekommt auch die Kirche in seinem Machtbereich zu spüren. Auch die evangelische Kirche in Siebenbürgen und Rumänien. Daß ein kirchliches Leben dort unter gewandelten Formen eine Zukunft habe, entbehrt auch nur der leistesten Anhaltspunktes. Als ob der Kommunismus sein Endziel aufgegeben habe, mit der Institution die "das Opium für das Volk verbreitet" Schluss zu machen. Was wir heute sehen ist lediglich eine, für die Leidtragenden zermürbende Spanne berechnender Duldung, in der die Absichten nach aussen verschleiert werden und in der sich die Machthaber nicht scheuen - so wie es schon Stalin im 2. Weltkrieg glänzend gelungen ist - die Kirche vor ihren Interessenkarren zu spannen.

Seit unserer Aussiedlung aus Rumänien haben wir uns leider vergeblich umgehorcht und umgesehen und gehofft irgend eine evangelische Stimme oder eine evangelische Zeitung zu finden, die klar und deutlich diesen Tatbestand aufzeigen. Es ist äusserst bedauerlich, daß bis auf einzelne Ausnahmen an dieser Stelle geschwiegen wird und nicht nur das, was noch viel schlimmer ist, daß beschönigt und damit also mitverschleiert wird. Das Konto der Schuld der evangelischen Kirche wächst hier - so lange weiter geschwiegen wird - von Tag zu Tag mit und es wird bitter sein, wenn einmal die Bilanz gezogen wird.
Es genügt, weiss Gott, nicht allein von der südafrikanischen Apartheidpolitik zu sprechen und das Unrecht, das in unserer Zeit geschieht allein in der Rassenpolitik und im chauvinistischen Nationalismus zu sehen - obwohl auch hierfür manche Dinge aus Rumänien bspw. der Erwähnung wert wären: was dort nämlich im Prozess der Romanisierung vorgenommen wird, erfüllt in mancher Hinsicht durchaus den Tatbestand des sogenannten Genocids, des Völkermordes - sondern es müsste vor allen Dingen einmal die mit subtilster Ausgeklügeltheit und Perfektion betriebene Methode der Menschen- und Völkerversklavung wie sie in Osteuropa nun schon seit zwei Dezenien praktiziert wird und die sich unter dem harmlos klingenden Satz "Aufbau des Sozialismus" verbirgt, aufgedeckt und angeprangert werden.

Kein Vergleich mit irgend einem sonstigen Unterdrückungssystem hält diesem stand ; der Kommunismus ist einmalig ! Sogar der Erzbischof von Prag, Kardinal Joseph B e r a n , der selbst KZ-Häftling in Dachau und nachher in kommunistischen Gefängnissen inhaftiert war, bekannte vor kurzem in Italien, daß die Kirche unter dem Kommunismus mehr als seinerzeit unter dem Nationalsozialismus zu leiden hatte (Fuldaer Zeitung 31.August 1965). Mit der Kirche d.h. in der Kirche leiden die Menschen die ihr angehören, die sich zu ihr bekennen.

Mit vollem Recht stellte im vergangenen Jahr ein Zonenflüchtling der dort lange Jahre hindurch als politischer Häftling im Gefängnis saß, vor dem Ev. Männerwerk in Fulda fest: "Gegen Seuchen wie die Cholera

und Pest kämpfe die ganze Welt an, aber gegen den Kommunismus - die geistige Pest - stehe die Menschheit im Wesentlichen tatenlos da!"

Wir, die wir es vorgezogen haben, das Land das unsere Heimat war, zu verlassen, wollen gegen diese geistige Pest ankämpfen, nicht mit Feuerwaffen sondern mit geistigen und geistlichen Waffen. Wir konnten das dort, wo wir waren nicht, der geringste Spielraum persönlicher Freiheit, den jeder Mensch braucht um sich wehren zu können, ist dort nichtmehr gegeben. Das haben wir nach manchen harten Erfahrungen einsehen gelernt. Wir haben uns gedacht, daß wir ausweichen müssen, um handeln zu können. Und wir wollen handeln, wir wollen uns heute morgen nicht den Vorwurf machen lassen und ihn uns selber machen müssen, daß wir geschwiegen haben in einer Zeit, da wir noch die Gelegenheit besassen zu warnen. Die Emigranten die 1933 Deutschland verliessen, mussten sich diesen Vorwurf nicht machen. Wir würden es aber zutiefst bedauern, wenn wir gerade von der Seite, von der wir volle Unterstützung zu erhoffen meinten, in unserem Wirken gehindert würden. Als solche Behinderung erachten wir u.a. die Verwehrung hier in Deutschland das Wort Gottes von der Kanzel zu verkündigen.

Oberkalbach, den 24. April 1966

Gerd Zikeli
)Pfarrer)

ikgs

Hilfskomitee der
Siebenbürger Sachsen und
Evang. Banater Schwaben
Wieland Graef

Feldbergstr. 32
7000 Stuttgart-80 (Kaltental)
Tel.: 0711 / 68 43 81

5. Februar 1982

An den
Bundesvorstand der
Landsmannschaft der
Siebenbürger Sachsen
in der Bundesrepublik Deutschland
Sendlinger Str. 48/III

8000 München 2

z.H.v. Herrn Dr. Bruckner

Betr.: Gemeinsamer Versand der Siebenbürgischen Zeitung
und des "Licht der Heimat"

Sehr geehrter Herr Dr. Bruckner!

Dem Protokoll der Sitzung des Hilfskomitee-Vorstandes vom 18.1.1982 entnehmen Sie die Absicht, den gemeinsamen Versand der Siebenbürgischen Zeitung und des "Licht der Heimat" wieder aufzunehmen. Pfarrer Franchy und ich sind beauftragt, die dazu erforderlichen Schritte zu unternehmen. An der Sitzung des Bundesvorstandes am 6./7.3. werde ich in meiner noch nicht niedergelegten Funktion als stellvertretender Bundesvorsitzender teilnehmen, Pfarrer Franchy wird als Vertreter des Hilfskomitee-Vorstandes kommen. In Vorbereitung der Sitzung bitte ich Sie, den folgenden Antrag rechtzeitig an die Mitglieder des Bundesvorstandes weiterzuleiten:

Antrag

1. Der Bundesvorstand der Landsmannschaft möge die Wiederaufnahme des gemeinsamen Versands des Monatsgrusees "Licht der Heimat" mit der Siebenbürgischen Zeitung bei Einstellung der Rubrik "Kirchliches Leben" in der Siebenbürgischen Zeitung beschließen.

2. Ein jährlich kündbarer Vertrag regelt die finanziellen Implikationen. Eine Kündigung geschieht auf Beschluß des Bundesvorstandes der Landsmannschaft bzw. des Vorstandes des Hilfskomitees e.V.

Begründung

a) Die überwiegende Mehrheit der ausgesiedelten Landsleute in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich, in der Schweiz, in Kanada und in den Vereinigten Staaten und in Rumänien lebende Landsleute haben kein Verständnis für die Kündigung des gemeinsamen Versands.

Sachlich bedingte, jedoch z.T. persönlich ausgetragene Spannungen der letzten Jahre in Verbindung mit heimatpolitischen Fragen haben zu großer Verdrossenheit unserer Landsleute gegenüber siebenbürgischen Organisationen geführt, so daß insbesondere die mittlere und junge Generation nur schwer zu Mitarbeit bzw. Mitgliedschaft zu gewinnen sind. Landsmannschaft und Hilfskomitee sind gehalten - siebenbürgischer Identität Rechnung tragend - beispielhaft zusammenzuarbeiten.

b) Was in Österreich selbstverständlich ist, sollte in der BRD möglich sein.

c) Staatliche und kirchliche Stellen im In- und Ausland gewinnen bei dem getrennten Versand zweier siebenbürgischer Publikationen, die zudem auf dem kirchlichen Sektor gleiche Inhalte haben, den Eindruck der Zerrissenheit unserer siebenbürgischen Gemeinschaft - ein Eindruck, der falsch wäre und dem Ansehen unserer Gemeinschaft schadet.

d) Der getrennte Versand verursacht erhebliche Mehrkosten im personellen und versandtechnischen Bereich, welche bei der gegenwärtigen Notlage der Landsleute in Rumänien und im Hinblick auf geplante Streichungen staatlicher Subventionsmittel für Aussiedler betreuende Gremien nicht zu verantworten sind.

e) Eine Aussprache zwischen dem verantwortlichen Redakteur der Siebenbürgischen Zeitung und dem ab April 1982 neu verantwortlichen Redakteur des "Licht der Heimat" hat Übereinstimmung der redaktionellen Konzeptionen bei Wahrung der Unabhängigkeit beider Blätter ergeben. Konflikt-Themen werden in beiden Zeitungen schlechterdings nicht vermeidbar sein, weil Zeitungen nicht nur Informationscharakter haben (sollten), sondern gerade auch der Bewältigung menschlicher Konflikte dienen. Es ist Sache der Absprache, des gegenseitigen Vertrauens, des Taktes und des redaktionellen Gespürs, wie Konfliktstoff gemeinsam bewältigt wird. Diese Gemeinsamkeit ist auf Grund der "Leitlinien der Hilfskomitee-Arbeit", die am 18.1.82 beschlossen worden sind, seitens des Hilfskomitees gewährleistet.

Die vormals vereinbarten "4 Punkte" bleiben selbstverständlich nach wie vor in Geltung.

Mit freundlichen Grüßen

Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen
und Evang. Banater Schwaben
im Diakonischen Werk der EKD
Himmelreichstr. 4
8000 München 22

Protokoll der Vorstandssitzung vom 18.1.1982
im Gemeindezentrum der Evang. Thomaskirche, Stuttgart-Kaltental

Anwesend: Albrich, Fabi, Franchy, Graef, Habicher, v.Hochmeister, Frau Höchsmann, Miess, Mild, Möckel, Zerelles

nachmittags: Präsident Schober und Herr Loew

entschuldigt: Dr. Niedermaier, Herr Zimmermann (Rechnungsprüfer)

1. Eröffnung und Meditation über die Jahreslosung (Graef).

2. Nach Diskussion und Korrekturen eines Entwurfs werden die Hilfskomitee-Aufgaben 1982 wie folgt beschlußmäßig festgestellt (bei einer Enthaltung):

1. Leitlinien für die Hilfskomiteeaufgaben ergeben sich allgemein aus § 1 und § 2 der Satzung.

2. Konkrete Aufgabenstellungen für 1982 folgern aus der Situation Ausgesiedelter, aus der Situation der Heimatkirche und aus dem neuen Status des Hilfskomitees als e.V.

3. Ausgesiedelte Landsleute bedürfen für ihre Eingliederung in die Kirchengemeinden ihres neuen Wohnorts der Begleitung. Der Hilfskomiteevorstand wird bemüht sein:

3.1. Gottesdienste mit Aussiedlern anzuregen und zu gestalten (bewußte Begegnung zwischen Einheimischen und Ausgesiedelten soll Rechnung getragen werden).

3.2. Eine Liste von siebenbürgischen Pfarrern zu erstellen, welche auf Anfrage zu besonderen geistlichen Diensten für Aussiedler abrufbar sind (z.B. Gottesdienste, Rüstzeiten, Mitarbeit an theologischen Zeitschriften bzw. Zeitungen, Bestattungen usw.)
Siebenbürger Pfarrer werden gebeten, Brückenfunktionen zwischen Spätaussiedlern und Kirchengemeinden ihres Wohnbereichs wahrzunehmen.

3.3. Der Hilfskomiteevorstand strebt die Vorbereitung von Seminaren an mit dem Ziel, Vertreter aus dem Bereich der EKD, der Leitung der Heimatkirche, der Pfarrgemeinschaft und des Hilfskomitees zu gemeinsamem Gespräch über Fragen kirchlicher Existenz in Rumänien einzuladen.

3.4. Rüstzeiten, Freizeiten und Seminare für bestimmte Aussiedlerzielgruppen zu gestalten (z.B. Neuangekommene, Alte, Bauern, Pädagogen, Jugendliche) mit dem Ziel, ihre "Eingemeindung" zu fördern.

3.5. Gespräche mit Kirchenleitungen aus dem Bereich der EKD und den Diakonischen Werken im Bereich der EKD fortzusetzen mit dem Ziel, bei begründetem Bedarf Sonderpfarrstellen zur Betreuung evangelischer Aussiedler einzurichten (vorwiegend in Württemberg und Bayern, als Ballungsgebiete für Aussiedler).

3.6. Eine transparente Lösung in der Frage der Übernahme siebenbürgischer Pfarrer in den kirchlichen Dienst außerhalb Rumäniens zu finden. Das Hilfskomitee wird bemüht sein, Repräsentanten der Heimatkirchenleitung, der EKD und der Pfarrgemeinschaft in dieser Sache zu Gesprächen einzuladen.

3.7. Den Monatsgruß "Licht der Heimat" inhaltlich und redaktionell so zu gestalten, daß er die nötige Brückenfunktion zwischen Heimatkirche und den kirchlichen Strukturen der neuen Heimat wahrnimmt und zur Mitarbeit ausgesiedelter Landsleute in der evangelischen Kirchengemeinde am neuen Wohnort einlädt.
Inhaltlich wird folgendes angestrebt: Die Titelseite sollte ein geistliches Wort enthalten (z.B. Aktualisierende Auslegung des Monatsspruchs) sowie einen Grundsatzartikel mit thematischem Bezug zu Existenzfragen unserer Landsleute. Seite 2 sollte aktuelle, kirchliche Informationen mit einer gewissen Relevanz für die Landsleute und die Vorstellung der Gliedkirchen der EKD sowie ihrer Einrichtungen enthalten. Auf Seite 3 sollten Informationen aus dem Leben der Evang. Kirche A.B. in Rumänien stehen. Seite 4 sollte Berichte und Erfahrungen hinsichtlich kirchlicher Integration Ausgesiedelter wiedergeben. Die Redaktion wird von Pfarrer W. Graef und Pfarrer Kurt Franchy und Frau Höchsmann verantwortet. Professor Ludwig Binder, früher Professor am Theologischen Institut in Hermannstadt, hat grundsätzlich seine Mitarbeit zugesagt. Zur Mitarbeit sollen Personen eingeladen werden, die im kirchlichen Leben und in der Diakonie Verantwortung tragen.

4. Die Heimatkirche, ihre Gemeinden und Gemeindeglieder bedürfen des geistlichen und diakonischen Mittragens. Der Vorstand des Hilfskomitees e.V. wird bemüht sein:

4.1. Begegnungen und Veranstaltungen im Einvernehmen mit der Heimatkirche vorzubereiten, welche der geistlichen Gemeinschaft und der Intensivierung des theologischen Austausches dienen.

4.1.1. Einladungen an Zielgruppen in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und in der Schweiz zu theologischen Konferenzen und Seminaren in Rumänien in die Wege zu leiten.

4.1.2. Anregungen von Gruppenbesuchsfahrten nach Rumänien zwecks kirchlicher und ökumenischer Begegnung zu geben.

4.1.3. Einladungen an Mitglieder der Leitung der Heimatkirche, an Theologen und Gemeindeglieder in Siebenbürgen zu Seminaren, Rüstzeiten und Sitzungen in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich und in der Schweiz anzuregen.

4.1.4. Einladungen an Theologen der Heimatkirche zu Gottesdiensten z.B. bei Gelegenheit des Dinkelsbühler Heimattreffens oder gelegentlich des Siebenbürgischen Kirchentages offiziell auszusprechen.

4.2. Versorgung mit Fachliteratur, technischem Bedarf und Lebensmitteln in Zusammenarbeit mit der Heimatkirche, den Diakonischen Werken, der Landsmannschaft und anderen Hilfsorganisationen (Koordinierungsaufgaben, Impulse zur Übernahme von Gemeindepatenschaften, Spendenaktionen, Bewußtseinsbildung der Christen im Westen für die Nöte der Christen in Rumänien).

3. Stellungnahme zur Denkschrift der Gemeinschaft evangelischer Pfarrer aus Siebenbürgen in der Bundesrepublik Deutschland vom 5.10.81:

a) In Verbindung mit der Denkschrift wird nach eingehender Diskussion bei einer Gegenstimme und einer Stimmenthaltung beschlossen, vom 30.4. - 2.5. eine Klausurtagung in der Jugendherberge Eßlingen-Zollberg abzuhalten, deren Zielgruppe der Vorstand des Hilfskomitees, Repräsentanten der Pfarrgemeinschaft und der EKD sein soll.
Mit den organisatorischen Aufgaben wird Albrich, mit der thematischen Ausrichtung der Tagung wird Möckel beauftragt.

b) Bei einer Gegenstimme und 3 Enthaltungen wird folgende Erklärung angenommen:

I. Die Dokumentation wird nicht vom Hilfskomitee, sondern von der Pfarrgemeinschaft verantwortet.

II. Der Hilfskomiteevorstand macht sich die in der Dokumentation gegebene Situationsanalyse nicht zu eigen.

III. Der Hilfskomiteevorstand erklärt ausdrücklich und bestärkt seine Loyalität gegenüber der Evang.Kirche A.B. und ihrer Leitung in Rumänien.

4. a) Es werden theologische Tagungen in Siebenbürgen angeregt.

b) Franchy und Graef berichten von ihren bevorstehenden Reisen nach Siebenbürgen, die dem Kontakt zur Heimatkirchenleitung dienen sollen.

c) Zerelles regt die Herausgabe eines kirchlichen Wegweisers für Ausgesiedelte an. Die Frage wird im Zusammenhang mit der Konzeption des "Licht der Heimat" besprochen.

d) Mit Dank wird zur Kenntnis genommen, daß das Referat für Aussiedlerarbeit der EKD zwei Rüstzeiten anbietet:

I. 6. - 18.7.82 für Jugendliche in Bonn-Bad Godesberg.

II. Noch nicht terminiert, jedoch für Mitarbeiter in Aussiedlergremien.

III. Eine dritte Freizeit kann über die Arbeitsgemeinschaft der Hilfskomitees in Württemberg finanziert werden.

5. Lebensmittelhilfe für Rumänien.

a) Kurzbericht von Graef über Notwendigkeit von Hilfsmaßnahmen. Die Organisation soll einvernehmlich mit dem Diakonischen Werk der EKD, der Heimatkirche und den im Westen vorhandenen Aussiedlerorganisationen in die Wege geleitet werden. Ziel ist, für jede Gemeinde in Siebenbürgen eine Vertrauensperson zu finden, die Listen Bedürftiger beschafft, die erforderlichen Kontakte herstellt, Impulse für Geldbeschaffungsmaßnahmen gibt und die Koordination zwischen den verschiedenen Hilfsgremien tätigt.

b) Es wird festgestellt, daß für jede Kirchengemeinde in Siebenbürgen ein landeskirchliches Diakonisches Werk im Bereich der EKD die Patenschaft übernommen hat. Es wird mit Dank registriert, daß viele Patenschaften mit großer Verantwortung wahrgenommen werden. Einige Diakonische Werke werden auf die gegenwärtige Notlage in Rumänien besonders aufmerksam gemacht und um intensivere Wahrnehmung der Patenschaft gebeten.

6. "Licht der Heimat"

a) Der Vorstand beauftragt bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung Graef und Franchy, mit dem Bundesvorstand der Landsmannschaft Verhandlungen mit dem Ziel zu führen, den gemeinsamen Versand des "Licht der Heimat" und der "Siebenbürgischen Zeitung" wieder aufzunehmen unter Wahrung der Unabhängigkeit und der vertraglichen Absicherung über den laufenden Austausch des Adressenmaterials.

b) Die Redaktion wird von Graef, Franchy und Frau Höchsmann verantwortet. Der Kreis der Verantwortlichen kann bei Bedarf und auf Vorstandsbeschluß erweitert werden.

c) Möckel wird beauftragt, als vorerst letzte Ausgabe unter seiner Verantwortung eine Doppelnummer für Februar und März 1982 zu redigieren.

d) Eine Diskussion über sonstige Publikationen wird vertagt.

7. Ein Haushaltsplan 1982 wird, sobald entsprechende Unterlagen zugänglich sind, von Graef und Zimmermann dem Vorstand schriftlich vorgelegt.

8. Im Hinblick auf ausgesiedelte Pfarrer aus Siebenbürgen werden nach Diskussion Graef und Miess beauftragt, schriftliche Informationen über Verfahrensweisen der Übernahme in den Pfarrdienst im Bereich der EKD bei der Kirchenkanzlei der EKD zu erbitten, damit ausgesiedelte Pfarrer von Seiten des Hilfskomitees adäquat beraten werden können.

9. Die nächste Vorstandssitzung soll in Verbindung mit der Klausurtagung (30.4. - 2.5.82) stattfinden.

10. Der siebenbürgische Kirchentag wird für das Frühjahr 1983 anberaumt. Ort ist auf Einladung von Franchy Drabender Höhe.

für Dr. Brückner

V E R E I N B A R U N G

zwischen der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen in Deutschland - in der Folge Landsmannschaft benannt -, dem Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und evangelischen Banater Schwaben - in der Folge Hilfskomitee benannt - und dem Arbeitskreis für siebenbürgische Landeskunde e.V. - in der Folge Arbeitskreis benannt -

über Zusammensetzung, Beschlußfassung und Aufgaben des K u l t u r b e i r a t e s der Siebenbürger Sachsen.

1. Der Kulturbeirat der Siebenbürger Sachsen ist auf Initiative der Landsmannschaft im Jahre 1968 gegründet worden. Stimmberechtigte Mitglieder sind die Vorsitzenden der Landsmannschaften der Siebenbürger Sachsen in Deutschland und in Österreich, des Hilfskomitees und des Arbeitskreises bzw. deren benannte Vertreter. Dazu treten als beratende Mitglieder ohne Stimmrecht der Bundeskulturreferent der Landsmannschaft und der mit der Geschäftsführung des Kulturbeirates beauftragte Geschäftsführer der Arbeitsstelle in Gundelsheim.

2. Die Sitzungen des Kulturbeirates werden von dem Vorsitzenden der Landsmannschaft bzw. von dessen ständigem Beauftragten im Kulturbeirat einberufen und in der Regel auch geleitet.

3. Die Beschlüsse des Kulturbeirates werden mit Stimmenmehrheit gefaßt; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

4. Die Geschäftsführung des Kulturbeirates wird über die Arbeitsstelle in Gundelsheim abgewickelt.

5. Dem Kulturbeirat obliegen:
   a) die Entgegennahme von Anträgen für Arbeitsvorhaben, vorrangig wissenschaftlicher Art;
   b) die Prüfung dieser Anträge und die Festsetzung von Prioritäten, gegebenenfalls nach Einholen von Gutachten;
   c) die Weitergabe der Anträge über die Landsmannschaft an das Patenland Nordrhein-Westfalen zwecks Gewährung von Zuschüssen;
   d) die Verteilung und Abrechnung der vom Patenland über den Kulturbeirat gewährten Zuschüsse;
   e) die Koordinierung sämtlicher kulturellen Aufgaben und Planungen innerhalb der siebenbürgisch-sächsischen Gemeinschaft in Deutschland und Österreich.

6. Die Mitglieder des Kulturbeirates erhalten durch den Bundeskulturreferenten der Landsmannschaft Einblick in die geplante und tatsächliche Verwendung der vom Patenland gewährten allgemeinen Kulturmittel.

7. Um eine möglichst sachgerechte Verteilung der Patenschaftszuwendung (5b) zu gewährleisten, sind alle Mitglieder des Kulturbeirates gehalten, Umfang und Höhe der Zuwendungen, die ihnen für Kulturzwecke aus öffentlichen Mitteln zugeflossen sind, bekanntzugeben.

Dinkelsbühl, den 26. Mai 1969

Landsmannschaft Plesch

Hilfskomitee Philippi

Arbeitskreis Mittelstraß

Die Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen in Österreich tritt dieser Vereinbarung bei.

Datum 29.8.69

Dr. Teutsch

HILFSKOMITEE DER SIEBENBÜRGER SACHSEN UND EVANG. BANATER SCHWABEN
IM DIAKONISCHEN WERK DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND E.V.

W E R S P R I C H T

FÜR DIE SIEBENBÜRGER SACHSEN ?

MINDERHEIT OHNE POLITISCHE VERTRETUNG.

T e x t e

zu der Klausurtagung
am 6. und 7. März 1987
in Frankfurt am Main

ikgs

Kurt E. Franchy
Vorsitzender des Hilfskomitees

Einführende Worte gelegentlich der Klausurtagung am 6./7. März 1987 in Frankfurt am Main zum Thema:

" Wer spricht für die Siebenbürger Sachsen ?
Minderheit ohne politische Vertretung. "

Sehr geehrte Herren, liebe Brüder,

Hiermit möchte ich die Klausurtagung eröffnen. Den Gepflogenheiten des Hilfskomiteevorstandes folgend, eröffne ich die Tagung mit Schriftlesung und Gebet.

Ich lese: Lk. 10, 25-28, danach wollen wir beten:

Herr, unser Gott! Wir danken dir, daß wir heute unter deinem Wort diese Tagung beginnen dürfen. Du hast unseren Vätern deinen Willen und dein Gebot kundgetan. Sie haben nach ihm zu leben versucht. Ob sie deinen Willen erfüllt haben, weißt du. Bewahre uns davor, sie zu richten, zu belobigen oder zu tadeln. Laß uns vielmehr heute, in unserer Welt und in der schweren Not unserer Brüder und Schwestern in Siebenbürgen und in der Bundesrepublik, danach fragen, wie wir deinen Willen erfüllen, dich von ganzem Herzen lieben und unseren Nächsten wie uns selbst. Du versprichst uns das Leben, wenn wir nicht uns zu rechtfertigen suchen, wenn wir nicht unsere Wünsche und Ziele vor deinen Willen und deine Ziele setzen. Wehre allen Gedanken, die uns verleiten, eigene Wünsche und Träume der Erfüllung deines Auftrages in den Weg zu stellen. Laß uns hören und erkennen, was uns dein Evangelium sagt. Amen.

Ich lese weiter im Lukas-Evangelium Kapitel 10, 29-37.

In diesem Sinne lassen Sie uns anfangen.

Sehr verehrte Herren, liebe Brüder,

Ihnen allen gilt zunächst mein Dank, daß Sie dieses Wochenende für unsere Tagung geopfert haben. Besonders will ich den Nichtsiebenbürgern unter uns danken. Die Brüder aus der EKD und dem Diakonischen Werk, die Herren aus der Politik haben schon viele Stunden ihres Berufsdaseins, aber auch ihres privaten Lebens, für Belange der Siebenbürger Sachsen eingesetzt. Sie haben gewiß viele gute Erfahrungen gemacht und so manche frohe Stunde unter Siebenbürger Sachsen zugebracht. Sie haben aber auch viel des Leides und Jammers, der inneren und äußeren Zerstrittenheit unter uns erlebt. Sie wissen um unsere schweren Sorgen und haben unsere und ihre eigene Ohnmacht Strukturen, Mächten und Kräften gegenüber erfahren. Sie haben bereits ungezählte Male die Kräfte ihres Verstandes und ihres Herzens dafür verwandt, daß den leidtragenden Menschen, sei es in Siebenbürgen, sei es nach ihrer Umsiedlung in die Bundesrepublik, Hilfe auf allen Gebieten zuteil wurde. Wir wissen, daß auch sie darunter leiden, daß allem guten Willen auch Grenzen gesetzt sind. Lassen Sie mich Ihnen heute im Namen des Hilfskomitees der Siebenbürger Sachsen und evangelischen Banater Schwaben im Diakonischen Werk der EKD unseren herzlichen Dank für Ihren wichtigen persönlichen Beitrag sowie den der Amtsstellen,

welche Sie vertreten, aussprechen. Ohne Ihre Hilfe und ohne Ihren Dienst ist das Leben und Überleben unserer Schwestern und Brüder in Rumänien nicht vorstellbar. Ohne Ihren Beitrag zur Eingliederung unserer Landsleute in der Bundesrepublik wären diese trotz Demokratie und Wohlstand Menschen, die hier keine neue Heimat hätten finden können. Ich bitte Sie, unseren Dank dem Rat der EKD, der Leitung des Diakonischen Werkes, den Bundesministern des Inneren und des Auswärtigen Amtes, dem Patenminister und den anderen kirchlichen und staatlichen Stellen zu übermitteln.

Die hier versammelten Tagungsteilnehmer siebenbürgischer Herkunft vertreten den Pluralismus siebenbürgischer Wirklichkeit außerhalb des Herkunftsgebietes Siebenbürgen. Welche Auffassung die Organisationen oder deren Vertreter betreffend die Zukunft der Menschen in Siebenbürgen auch immer haben sollten, in einem Punkt werden wir uns gewiß einig sein: Die verzweifelte Lage unserer Landsleute in Rumänien, Ergebnis einer jahrzehntelangen Entwicklung, ist gegenwärtig auf einem kaum zu überbietenden Höhepunkt angelangt. Selbstzerstörerischen Einzelaktionen Jugendlicher, Familienväter oder alter Mütter folgen jetzt kollektive Hilferufe aus geordneten, scheinbar intakten siebenbürgischen Ortschaften. Die Krise hat ihren Höhepunkt erreicht. Die Ratlosigkeit unserer Brüder und Schwestern, die dem unter die Räuber Gefallenen, dem hilflos, halbtot und übersehen am Boden zerstörten Mann aus dem Evangelium gleicht, fordert von uns einen Konsens. Weitere akademische Überlegungen sind uns angesichts des Verblutens des Einzelnen wie auch der Gemeinschaft und ihrer Kirche nicht gestattet. Sie würden den inneren oder äußeren Reserven und Gesetzesrücksichten des Priesters und Leviten aus dem verlesenen Evangelium vergleichbar sein.

Wir alle an diesem Verhandlungstisch werden uns wohl auch darin einig sein, daß wir die Zukunft von 120.000 Siebenbürger Sachsen und ebensovielen Banater Schwaben nicht stillschweigend der zufälligen politischen Entwicklung, den Auswirkungen eines riesigen Schuldenberges und eines Handelsdefizites eines skrupellosen und korrupten Staatsapparates überlassen können. Wir können keine weiteren akademischen Gespräche führen, während chauvinistische Assimilierungsmaßnahmen die letzten heimat- und kirchentreuen Menschen in Siebenbürgen und dem Banat völlig verunsichern, diese ratlos und verzweifelt werden lassen. Wir sind gezwungen, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Wir sind gezwungen, dem Hilfebedürftigen nicht weiter zuzusehen.

Gewiß haben das Diakonische Werk, das Bundesinnenministerium, die übrigen kirchlichen Stellen, das Patenministerium, die Landsmannschaften, das Hilfskomitee und andere siebenbürgische Organisationen nicht tatenlos der Entwicklung zugesehen. Allen, besonders den kirchlichen und staatlichen Stellen in der Bundesrepublik sowie in Österreich, den USA und Kanada, sind wir zu großem Dank verpflichtet. Wir übersehen nicht und schätzen nicht gering, was die Bundesregierung, die EKD und das Diakonische Werk an Millionenbeträgen aufwenden, um unseren Landsleuten in verschiedenster Weise zu helfen. Allein die Not hat sich so zugespitzt, daß wir neue, wirksamere Wege suchen müssen und diese entschlossener zu gehen gezwungen sind.

-3-

Die Entwicklung und die Ursachen der gegenwärtigen Not sind allgemein bekannt. Die Aufzählung will ich Ihnen und mir ersparen. Uns geht es in dieser Tagung um mehr. Es geht um die Frage: Wer spricht in dieser einmalig kritischen Situation für die Siebenbürger Sachsen? Haben sie eine Vertretung und vertritt diese ihre Lebens- und Überlebenschancen?

Wenn diese Frage in den Raum gestellt wird, werden Sie unwillkürlich daran denken, daß hier ein wichtiger, vielleicht der eigentliche Gesprächsteilnehmer fehlt: Die Evangelische Kirche in Siebenbürgen, der Bischof dieser Kirche, sein Konsistorium, die Landeskirchenversammlung.
Ob dieser heute nicht anwesende Gesprächspartner sich diese Aufgabe noch zumißt oder zumessen kann, wird auch Gegenstand unserer Beratungen sein müssen. Aus dem Bericht des Bischofs in der Landeskirchenversammlung im November 1986 in Hermannstadt zitiere ich von Seite 3:
"Zur Frage der Auswanderung haben die Landeskirchenversammlungen der Jahre 1970, 1974, 1978 und 1982 ausführlich und im gleichen Sinn Stellung genommen und dem Landeskonsistorium damit eine eindeutige Orientierung gegeben. Sie kann dahingehend zusammengefaßt werden, daß die Kirche den Gemeindegliedern die Entscheidung darüber, ob sie auswandern oder bleiben sollen, nicht abnehmen kann. Darum gibt sie keine diesbezügliche Parolen aus, bittet aber die Glaubensgenossen, ihre Entscheidung gewissenhaft und in der Verantwortung vor Gott zu fällen."

Wir wissen, daß diese Einstellung zu einer so lebenswichtigen Frage dem Gemeindeglied nur wenig hilfreich ist. Wir wollen der Kirchenleitung und ihrem Bischof nicht unterstellen, daß sie sich auch angesichts eines staatlichen Druckes aus der Verantwortung schleichen, sondern wissen, daß sich der Bischof in Siebenbürgen nicht mehr als Sachsenbischof versteht, der an Stelle weltlicher Vertretung diese für sein Volk wahrnimmt, wie das im vergangenen Jahrhundert der Fall war. Wir wissen, daß die Kirche in Siebenbürgen bemüht ist, einen Weg einzuschlagen, der mit völlig veränderten Gegebenheiten zu rechnen hat. Ihr Bischof hat bereits 1984 auf der EKD-Synode in Travemünde von einer Kirche in der Zerstreuung und einer Kirche der Schwachen, im Unterschied zu früheren Zeiten, gesprochen. Aus seinen eigenen Äußerungen und den Beschlüssen der Landeskirchenversammlungen haben wir Konsequenzen zu ziehen, die ihn und seine Kirchenleitung einer nicht zu tragenden Verantwortung entlasten. Auch das jüngst erschienene Buch von Bischofsvikar Dr. Ch.Klein: "Auf dem anderen Wege", Aufsätze zum Schicksal der Siebenbürger Sachsen als Volk und Kirche, zeigt, daß die Evangelische Kirche A.B. in Rumänien sich anschickt, von Voraussetzungen auszugehen, die mit von der Realität überholten Vorstellungen vom Sachsenvolk als Träger einer vielhundertjährigen Tradition und Kultur wenig Gemeinsames haben. Die Kirche wird sich, sollen ihr die gläubigen Gemeindeglieder nicht an immer stärker werdende Sekten verloren gehen, darauf besinnen, daß es ihre Aufgabe ist, sich um DAS LEBEN, - wie Jesus es in unserem Evangelium vom barmherzigen Samariter anspricht -, zu bemühen um das SEELENHEIL derer, die bei ihr es suchen.

-4-

ikgs

An unserem Verhandlungstisch fehlt die Evangelische Kirche aus Siebenbürgen als Gesprächsteilnehmer im Ringen um die Frage, wer spricht und vertritt die Siebenbürger Sachsen gegenüber der Willkür, der schonungslosen Ausbeutung (besonders ihrer Redlichkeit, ihres Fleißes und ihrer Zuverlässigkeit willen), des schamlosen Zur-Kasse-gebeten-werdens der Angehörigen in der Bundesrepublik und der Ausreisewilligen in Rumänien, der bedrohten Identität und des Verlustes der deutschen Sprache, der geistigen und physischen Enteignung ihrer Geschichte und Kultur, der in Fleiß, Treue und Glauben geschaffenen Werte?
Die evangelische Kirche aus Siebenbürgen würde sich in ihrer gegenwärtigen Situation diesen Fragen gegenüber weitgehend überfordert sehen. Eine Teilnahme hier würde ihr weitere Einschränkungen, Schwierigkeiten und Beengung ihres Wirkungsfreiraumes bringen. Aus diesen Rücksichten haben wir darauf verzichtet, sie zur Teilnahme einzuladen.

Unsere Klausurtagung soll sich mit der aufgeworfenen Frage intensiv und auf dem Hintergrund historisch-wissenschaftlicher Erkenntnisse beschäftigen. Unter uns sind heute diejenigen der siebenbürgischen Gemeinschaft, die diese in den wesentlichen kirchlichen, politischen, wissenschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Organisationen vertreten. Die uns obliegende Verantwortung müssen wir wahrnehmen. Wir wollen zugleich die Brüder des Diakonischen Werkes, der EKD und der anderen kirchlichen Stellen, die Herren der für unsere Belange zuständigen Ministerien darum bitten, uns in brüderlicher und sachlicher Weise bei unseren Überlegungen und Bemühungen zu begleiten und zu unterstützen. Unsere christliche und menschliche Verantwortung nimmt uns in Pflicht, nicht länger die allein zu lassen, die darauf hoffen und darum beten, daß wir sie nicht ausgeraubt, geschlagen und halbtot am Wegrand der Geschichte liegen lassen.

Um dieser Menschen willen rufe ich Sie auf, bei dieser Tagung zu einem Konsens zu finden.

ikgs

Dr. Ernst Wagner

R E F E R A T

Die politische Vertretung der Siebenbürger Sachsen bis 1944

Die Frage, wer die Siebenbürger Sachsen bis 1944 vertreten hat, scheint ohne näheres Nachdenken einfach zu sein. Die überwiegende Mehrzahl derjenigen, die sich noch am Geschichtsbild von Georg Daniel und Friedrich Teutsch und ihrer Epigonen orientieren, wird wahrscheinlich antworten:

- Bis zur Aufhebung der Teilautonomie des Königsbodens (1867/76) der Sachsengraf und die sächsische Nationsuniversität,
- anschließend der "Sachsenbischof" und die Evangelische Kirche A.B. in Siebenbürgen und in den Jahren
- 1940 - 1944 der Volksgruppenführer und die Volksgruppe der Deutschen in Rumänien als Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Schon eine eingehendere Betrachtung der ersten Teilantwort zeigt, daß der Sachsengraf nur die Angehörigen des L a n d s t a n d e s , also der ständischen Nation der Siebenbürger Sachsen vertrat. Mehr als ein Viertel der Angehörigen der N a t i o n a l i t ä t der Siebenbürger Sachsen war aber nicht königsfrei, sondern grundhörig, und lebte außerhalb des Nationsgebietes auf dem sogenannten Komitats- oder Adelsboden, für die der Sachsengraf nur insoweit zuständig war, als es sich um grundhörige Gebiete handelte, die verwaltungsmäßig dem Königsboden zugeordnet worden waren, weil dortige Körperschaften die Rechte eines Grundherren innehatten.

Die Frage nach der politischen Vertretung der Siebenbürger Sachsen muß deshalb gebietlich und zeitlich differenziert beantwortet werden.

1. Die politische Vertretung auf Königsboden bis 1867/76

Auf die Vorgeschichte der Universitas nationis Saxonicae in Transylvania - gemeinhin als Siebenbürgisch-Sächsische N a t i o n s u n i v e r s i t ä t bezeichnet - kann hier nicht näher eingegangen werden[1]). Für unsere Fragestellung ist von Bedeutung, daß der ungarische König Andreas II. ein Gegengewicht gegen die Macht des Siebenbürgischen Woiwoden (und wahrscheinlich auch des Deutschritterordens im Burzenland) schaffen wollte. Deshalb vereinigte er mehrere Grafschaften westlicher Hospites ("Gastsiedler") zur Hermannstädter Provinz und stattete diese durch einen Freibrief (das Andreanum vom Jahre 1224) mit Rechten aus, die weitergehen als jedes andere Siedlerrecht in Ost- und Südosteuropa. Im Verlaufe des 14. und 15. Jahrhunderts wurde das Andreanum auch auf die übrigen Provinzen, nämlich die Zwei Stühle (Mediasch und Schelken) sowie den Kronstädter und Bistritzer Distrikt ausgeweitet. Das war vor allem dank der zunehmenden wirtschaftlichen Bedeutung der Städte möglich. Schließlich verzichtete König Mathias Corvinus 1477 auf das Recht der Ernennung des Grafen der Hermannstädter Provinz - des späteren Comes Saxonum (Sachsengrafen). Der gleiche König erkannte 1486 - also vor 500 Jahren - die Nationsuniversität als ständische Vertretung aller Sachsen auf Königsboden an, und zwar mit der Bestätigung des Andreanums für das gesamte Gebiet. Ursprünglich

ikgs

nach hospites-Recht angesiedelte Gemeinden, die eine Ausweitung des Andreanums auf ihr Gebiet nicht durchsetzen konnten, verloren diese Rechte und wurden dem Gebiet der ungarischen Adelskomitate, in dem Adlige die Rechte eines Grundherren ausübten, zugeschlagen.

Unter dem Vorsitz des Sachsengrafen bildete der "Konflux" (Versammlung) der Nationsuniversität dann bis zu deren Aufhebung das oberste politische und gerichtliche Verwaltungsgremium der Sachsen auf Königsboden. Die Mitglieder der Nationsuniversität wurden jeweils von den (Gerichts-)Stühlen und Distrikten gewählt und tagten mindestens einmal jährlich, beginnend am Katharinentag (25. November, auch Katharinenconflux genannt). Zwischen den einzelnen Konfluxen führte der Bürgermeister der "Haupt- und Hermannstadt" die laufenden Geschäfte.

Die Nationsuniversität war oberstes Gremium der freien, nur dem König unterstellten Gemeinden selbst. Im 15. und 16. Jahrhundert kamen grundhörige Gebiete dazu, die Körperschaften auf Königsboden zum Grundherren hatten und die durch königlichen Akt verwaltungsmäßig aus dem Gebiet der Komitate ausgegliedert und dem Königsboden zugeordnet worden waren.[2]

Einige grundhörige Gemeinden auf Komitatsboden konnten zudem weiter nach überliefertem Recht urteilen. Deshalb gingen deren Berufungsfälle nicht an das Komitatsgericht, sondern an den Magistrat eines Stuhls- oder Distriktsortes auf Königsboden, und wurden bei neuerlicher Berufung von der Nationsuniversität und letztinstanzlich von der königlichen "Gerichtstafel" entschieden.[3] Diese Orte hatten deshalb faktisch - aber nicht rechtlich - eine den Gemeinden auf Königsboden vergleichbare Stellung.

Die Sachsen auf Königsboden galten als L a n d s t a n d . Ihre Vertreter nahmen nachweisbar schon im 13. Jahrhundert an den ungarischen Reichstagen teil. Erstmals bildeten sie im Jahre 1437 eine "brüderliche U n i o n " mit den Ständen des Adels und der Szekler. Diese Union wurde mehrfach erneuert. Im Rechtssinne galten also die wenigen königsfreien Ungarn und Slawen des Königsbodens durchaus als "Sachsen"[4].- Infolge des Untergangs des mittelalterlichen Königreiches Ungarn (Schlacht bei Mohács, 1526) und der Umwandlung der ungarischen Tiefebene in ein türkisches Paschalik wurde die Stellung der drei Landstände erheblich gestärkt. Dabei verkörperten die Sachsen auf Königsboden das bürgerlich-freibäuerliche Element.

Das Wahlfürstentum Siebenbürgen verstand sich als "Reich" (regnum), dem die "Länder" (terrae) der Adelskomitate, der Szekler und der Sachsen zugehörten. Die Landstände legten großen Wert auf ihre Autonomie und besaßen auch die entsprechenden Machtmittel: Sie wählten den Fürsten, stellten den fürstlichen Rat (Regierung) und verhandelten mit dem türkischen Oberherren oder auch den Habsburgern, die immer wieder versuchten, diesen "Pufferstaat" unter ihre Oberhoheit zu bringen. Im Landtag selbst konnte keine ständische Nation überstimmt werden: Jede Nation besaß eine Stimme (Kuriatvotum), und Gesetze erlangten erst Gültigkeit, wenn die entsprechenden Texte mit den Siegeln aller drei ständischen Nationen versehen waren.

ikgs

Die sächsische Nationsuniversität besaß demnach alle Merkmale eines a u t o n o m e n G e b i e t e s , nämlich

- ein eigenes Hoheitsgebiet - den Königsboden mit den angegliederten grundhörigen Teilen;
- eine Vertreterin der staatlichen Gewalt - die Nationsuniversität
- eine einheitliche Gerichtsbarkeit - 1583 - 1853 galt das Eigen-Landrecht und
- eine gemeinsame Amtssprache - zunächst Latein, dann Deutsch.

Nachdem der siebenbürgische Landtag den deutschen Kaiser als Oberherren anerkannt hatte (1688) und der letzte Wahlfürst, Michael Apafi, gestorben war, führten die Habsburger zugleich den Titel eines (Groß-) Fürsten von Siebenbürgen. Die drei ständischen Nationen stimmten dieser Ordnung erst zu, nachdem durch das Leopoldinische Diplom (1691) die ständische Verfassung und die bis dahin gültigen Gesetze einschließlich der Toleranzbestimmungen garantiert worden waren. Dieses Diplom hatte jeder neue Fürst und Kaiser ausdrücklich anzuerkennen. Trotzdem hatte es nun der Landtag nicht mehr mit einem von ihm gewählten Souverän zu tun, sondern mit dem Herrscher eines Großreiches, der bestenfalls Siebenbürgen besuchte. Die einsetzenden zentralistischen Bestrebungen des Wiener Beamtenapparates, dessen Macht laufend zunahm, blieben allerdings nicht ohne Erfolg. Abgesehen von zeitweisen Aufhebungen der landständischen Verfassung durch Kaiser Josef II. und nach 1848 blieb diese aber im Prinzip bis zum österreichisch-ungarischen Ausgleich (1867) als Konsequenz des preußisch-österreichischen Krieges (1866) erhalten.

2. Politische Vertretung der Sachsen auf ehemaligem Komitatsboden?

Wir stellten einleitend fest, daß etwa ein Viertel der Siebenbürger Sachsen grundhörig war und damit nicht deren ständischer Nation angehörte, sondern - abgesehen von den grundhörigen Gebieten, die verwaltungsmäßig dem Königsboden zugeschlagen worden waren - im Rechts- und Verwaltungsgebiet der Adelskomitate lebte. Macht über sie übten ihre G r u n d h e r r e n aus, die im Extremfalle auch ihre Leibherren waren. Sie konnten zwar im Regelfalle ihre Gemeindevertreter - das "Ortsamt" - selbst wählen. Eine überörtliche Vertretung besaßen sie jedoch n i c h t . Eine Zwischenstellung nahmen die bereits erwähnten Gemeinden ein, die Berufungsfälle durch gerichtliche Entscheidung auf Königsboden überprüfen lassen konnten.

Die rechtliche, soziale und wirtschaftliche Lage der sächsischen Orte auf Königsboden war sehr unterschiedlich. In dem einen Extremfall unterschieden sie sich faktisch kaum von den Gemeinden auf Königsboden. Vor allem in den Dörfern, in denen Adlige einen Gutsbetrieb unterhielten, waren sie im anderen Extremfall zugleich leibeigen und mußten außer Abgaben auch persönliche Dienstleistungen in erheblichem Ausmaß erbringen. Diesen Belastungen konnten sie sich wirksam nur durch S c h o l l e n f l u c h t - in der Regel in Gemeinden auf Königsboden - entziehen[5].

ikgs

Im Bewußtsein der Mitnationen, aber auch im eigenen Selbstverständnis, galt der Begriff "Siebenbürger Sachse" weitgehend als Synonym für den Landstand der sächsischen Bürger und Freibauern auf Königsboden. Die Rechte dieses Landstandes galten auch für die auf Komitatsboden lebenden Sachsen als erstrebenswertes Ideal. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß "Sachse" daneben seit je auch einen ethnischen Begriff darstellte. Das läßt sich anhand von Urkunden, aber auch der Ortsnamen ohne weiteres nachweisen. So wurden auch auf Komitatsboden seit dem 14. Jahrhundert von Sachsen bewohnte Orte durch das Bestimmungswort "sächsisch" (rum. sásesc, magy. szász-) von gleichnamigen Dörfern mit Einwohnern anderer Nationalität gekennzeichnet[6].

Die gegen Ende des 13. Jahrhunderts entstandenen Pfarrbruderschaften der sächsischen L a n d k a p i t e l umfaßten auch nach der Reformation Kirchengemeinden auf Königs- u n d Komitatsboden; die ständisch bedingten Unterschiede blieben also hier unberücksichtigt.[7] Auch die kirchlichen Organisationen umfaßten jedoch nicht alle Sachsen in gleicher Weise. So unterstanden die erst nach der Reformation gebildeten Landkapitel Schogen und Tekendorf mit ursprünglich 32 (1944: 13) Gemeinden bis 1850 nur in geistlichen Fragen dem sächsisch-lutherischen Bischof, disziplinarisch jedoch dem ungarisch-reformierten Generalsuperintendenten.[8]

Für die hier interessierende Frage ist festzuhalten, daß die sächsischen Gemeinden auf Komitatsboden k e i n e eigene politische Vertretung oberhalb der Gemeindeebene besaßen. Die Nationsuniversität nahm zwar einige wenige Schutzfunktionen auch für Orte auf Komitatsboden wahr. Da sie aber eine ständische Nation vertrat, waren diese Funktionen begrenzt. Eine Übergangsregelung für die dreizehn Dörfer des Zwischenkokelgebietes und für einige weitere an den Königsboden angrenzende grundhörige Gemeinden konnte Stephan Ludwig Roth 1848 durchsetzen, indem er diese dem Schäßburger Stuhl angliederte.[9]

In größerem Ausmaß konnte vor 1867 die evangelische Kirche die Interessen der Kirchengemeinden auf Komitatsboden, vor allem auf schulischem und kulturellem Gebiet, wahrnehmen. Die damit gesammelten Erfahrungen erwiesen sich nach Aufhebung der Autonomie auf Königsboden als wegweisend.

3. Zur politischen Vertretung in Ungarn (1867 - 1918)

Mit dem Gesetzartikel 43/1868 über die Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn hörte Siebenbürgen als selbständige politische Einheit auf zu bestehen. Das Gesetzgebungsrecht ging auf den ungarischen Reichstag über; Landtag, Gubernium und auch die Verwaltungsautonomie der drei ständischen Nationen wurden endgültig aufgelöst. Der Sachsen- und Szeklergraf wurde nicht mehr gewählt, sondern vom Innenminister ernannt. In § 10 dieses Gesetzes wurde der Innenminister beauftragt, "behufs Sicherstellung des autonomen Selbstverwaltungsrechts der Stühle am Königsboden..."[10] im Einvernehmen mit den Betroffenen einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. In § 11 wurde weiterhin bestimmt, "daß der Nationalkonflux... keine Jurisdiktion mehr ausüben kann", weil das Prinzip der Gewaltenteilung konsequent eingeführt wurde.

Von einer "Sicherstellung des autonomen Selbstverwaltungsrechts" der Sachsen auf Königsboden war dann im Gesetz über dessen Aufhebung vom Jahre 1876, das mit einer grundlegenden Änderung der Verwaltungsgebiete Siebenbürgens verbunden war, nicht mehr die Rede. Das Gebiet des Königsbodens wurde auf die neuen Komitate verteilt (§ 1). "Das Amt eines sächsischen Obergespans (Comes) hört auf" (§ 2) und der Wirkungskreis der Nationsuniversität "als einer ausschließlich kulturellen Behörde" (§ 3) wurde auf das Verfügungsrecht über die Einkünfte aus deren Vermögen beschränkt; ihre Funktion entsprach der einer öffentlichen Stiftung.[11)]

Damit war die Jahrhunderte alte Autonomie der Sachsen auf Königsboden endgültig aufgehoben, und die Sachsen waren von einem staatstragenden, gleichberechtigten und autonomen Teilgebiet eine ethnische M i n d e r h e i t geworden. Sie mußten sich nun der Magyarisierungsbestrebungen des ungarischen "Staatsvolkes" erwehren, und das um so mehr, als im Königreich Ungarn die Magyaren zu diesem Zeitpunkt nicht einmal die absolute, sondern nur die relative Mehrheit bildeten.

Angesichts dieses immer stärker werdenden Magyarisierungsdruckes richtete sich die Hoffnung der Sachsen auf die intakt gebliebene "Ecclesia Dei Nationis Saxonicae", also auf die sächsisch-lutherische K i r c h e und deren Bischof, dessen Amt die überragende Persönlichkeit von Georg Daniel Teutsch innehatte. Die Kirche war Trägerin des besonders heiß umkämpften Schulwesens, baute ihre Sozialeinrichtungen aus, und ihre Führer wurden Träger des wissenschaftlichen, kulturellen, aber auch des wirtschaftlichen Lebens, je mehr sächsische Beamte an Einfluß verloren oder aus den Ämtern gedrängt wurden. Über ihre Rolle wird Herr Prof. Dr. Ludwig B i n d e r gesondert berichten, so daß in diesem Referat auf die Rolle der Kirche aus Zeitgründen, aber auch über die Magyarisierungsbestrebungen nicht im einzelnen berichtet werden kann.

Die evangelische Kirche konnte ihrem Wesen nach die p o l i t i s c h e Vertretung der Sachsen nicht wahrnehmen. Es galt, die Interessen der Sachsen auf d r e i E b e n e n wahrzunehmen, nämlich innerhalb der Gemeinden, in der Komitatsversammlung und im ungarischen Reichstag. Auf Grund des Wahlrechts, das die sogenannten Virilisten (die höchsten Steuerzahler) bevorzugte und Besitzlosen kein Wahlrecht verlieh, stellten die Sachsen in fast allen sächsischen Gemeinden den (Orts-) Richter (Bürgermeister) und den gesamten oder doch die Mehrheit im Gemeinderat. Auch die Städte hatten vor 1918 fast ausnahmslos sächsische Bürgermeister.

Der Obergespan der Komitate[12)] wurde vom Innenminister ernannt, so daß die gewählte Komitatsversammlung de facto eingeschränkte Rechte besaß. Die Vertretungsmöglichkeit der Sachsen hing von ihrem Bevölkerungsanteil im Komitat ab und war ebenfalls durch das Wahlrecht begünstigt. In den Komitaten mit höheren Anteilen an Personen deutscher Muttersprache war es möglich, die Interessen in der Komitatsversammlung angemessen zu vertreten, jedenfalls besser als nach 1918 in Großrumänien[13)], wo entsprechend französischen Verwaltungsgrundsätzen das Selbstverwaltungsrecht erheblich eingeschränkt war.

-10-

Die für die Gesamtheit der Siebenbürger Sachsen entscheidenden Beschlüsse fielen im Budapester R e i c h s t a g . Die Sachsen waren zunächst im Unterhaus, nicht jedoch im Herrenhaus vertreten. Bei der völlig gewandelten Situation zerfielen die Sachsen und auch ihre Abgeordneten in zwei sich hart bekämpfende Parteien. Während die A l t s a c h s e n zunächst auf Großösterreich setzten und später jede alte Position erbittert verteidigten, sahen die J u n g s a c h s e n die Doppelmonarchie und damit die Union Siebenbürgens mit Ungarn als ein Faktum an und gingen davon aus, daß Verhandlungen und Konzessionen bei unwichtigen Positionen weiterführen würden. Die Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der beiden Richtungen - wobei die Altsachsen in der Mehrheit waren - erinnern in vielem an die Kämpfe innerhalb der Erneuerungsbewegung in den Jahren 1935 - 38.

Die Abgeordneten der Altsachsen bildeten im Reichstag zwar eine Fraktion, schlossen sich in den beiden ersten Legislaturperioden ab 1867 aber der regierenden Deakpartei an, wobei sie sich in siebenbürgisch-sächsischen Angelegenheiten ein Sondervotum vorbehielten. Dieses Zusammengehen mit der jeweils regierenden Partei bildete im ungarischen und auch im rumänischen Parlament den Normalfall, weil die Erfahrung zeigte, daß dadurch in Anbetracht der kleinen Zahl sächsischer oder deutscher Abgeordneter Forderungen am ehesten durchzusetzen waren.

Im Jahre 1872 kam es zu einer zeitweisen Annäherung zwischen Alt- und Jungsachsen. Auf dem 1. Sachsentag in Mediasch wurde ein N a t i o n a l p r o g r a m m verabschiedet, das alle sächsischen Abgeordneten als bindend anerkannten[14]. Dieses Programm ging noch von einer Erhaltung des autonomen Selbstverwaltungsrechtes aus und wurde deshalb 1876 Makulatur. Als Ersatz für diese Selbstverwaltung wurde dann bereits am 22. Oktober 1876 die " S ä c h s i s c h e V o l k s p a r t e i " mit Orts-, Kreis- und einem Zentralausschuß gegründet, die gegenüber den Abgeordneten weisungsbefugt waren. Diese Volkspartei ist nicht einer modernen, weltanschaulich ausgerichteten Mitgliederpartei, sondern eher einer Wählergemeinschaft vergleichbar, in der Sachsen aller politischen Richtungen vertreten sein sollten.

Die Siebenbürger Sachsen verabschiedeten auf dem 2. Sachsentag 1890 in Hermannstadt ein neues V o l k s p r o g r a m m , das das "Nationalprogramm" des 1. Sachsentages und die 1881 vom Zentralausschuß in Kronstadt beschlossenen Wahlprogramme ersetzte und für die Abgeordneten als verbindlich galt[15]. Durch die Vermittlung von Karl W o l f f , der auch Autor des Volksprogramms war, kam es zu einer vorläufigen Beilegung interner Differenzen. Bereits im Jahre 1896 kam es zur Abhaltung des 3. Sachsentages, ebenfalls in Hermannstadt. Dabei traten neue Gegensätze, diemal zwischen den " S c h w a r z e n " und " G r ü n e n ", auf. Die Diskussionen entzündeten sich an taktischen Fragen, und die Spaltung dauerte bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. Die die Mehrheit bildenden und den Altsachsen vergleichbaren "Schwarzen" vertraten die bisherige Politik des Zusammengehens mit der jeweiligen Regierungspartei und eine "klein-sächsische" Lösung, isoliert

ikgs

von den Interessen der anderen Minderheiten und übrigen deutschen Volksgruppen. Im Gegensatz dazu waren die "Grünen", vertreten durch Lutz Korodi, Rudolf Brandsch, Adolf Schullerus u.a. der Auffassung, daß die Interessen der Sachsen besser durch ein Zusammengehen mit den übrigen ethnischen Minderheiten, vor allem der Rumänen, aber auch der Slowaken und Ruthenen, durchzusetzen waren. Sie kämpften auch gegen die fortschreitende Magyarisierung der deutschen Minderheit in anderen Reichsteilen, vor allem der Donauschwaben. Ihre Kontakte wurden nach dem Zusammenbruch der österreich-ungarischen Monarchie im Jahre 1918 entscheidend wichtig für den Neubeginn nach dem Anschluß an das Königreich Rumänien.

4. Zur politischen Vertretung im Königreich Rumänien (1918 - 1940)

Nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte erklärte die Nationalversammlung der Rumänen aus "Siebenbürgen, dem Banat und Ungarn" am 18. November 1918 die Vereinigung mit Rumänien. In den sogenannten K a r l s b u r g e r B e s c h l ü s s e n sicherten sie zu[16]:

> "Die volle nationale Freiheit für alle mitbewohnenden Völker. Jedes Volk wird den Unterricht, die Verwaltung und die Rechtspflege in seiner eigenen Sprache durch Personen aus seiner Mitte erhalten und jedes Volk wird das Recht der Vertretung in den gesetzgebenden Körperschaften und in der Regierung im Verhältnis der Zahl seiner Volksangehörigen haben..."

Auf Grund eingehender Verhandlungen mit dem "Regierungsrat" (consiliu dirigent) der siebenbürgischen Rumänen, der vorläufig die Staatsgewalt ausübte, erklärte der erweiterte Zentralausschuß der Sächsischen Volkspartei am 8. Januar 1919 für die Siebenbürger Sachsen ebenfalls den Anschluß an Rumänien. Auf dem 4. Sachsentag in Schäßburg wurde im Herbst des gleichen Jahres ein neues Volksprogramm beschlossen[17]. Es enthielt weitgehende Forderungen für alle Deutschen Großrumäniens wie das Recht, sich "politisch als einheitliche Nation frei zu organisieren", der "Besteuerung ihrer Volksgenossen" unter der Mitwirkung staatlicher Stellen, das Recht, Schulen frei zu errichten, ein "nationales Landeskataster", Rechtsgleichheit aller Kirchen, freien Gebrauch der deutschen Ortsnamen auch im amtlichen Schriftverkehr u.a.m. Anstelle der "Sächsischen Volkspartei" übernahm nun der "Deutschsächsische Volksrat für Siebenbürgen" innerhalb des "Verbandes der Deutschen in Großrumänien" die politische Vertretung auf allen Ebenen. Die Handschrift der Grünen ist deutlich erkennbar, denn das Volksprogramm sprach nunmehr nicht mehr nur für die Siebenbürger Sachsen, sondern für die Gesamtheit aller Deutschen in Großrumänien.

ikgs

Den optimistischen Erwartungen, die auf das gemeinsame Minderheitenschicksal mit den Rumänen vor 1918 gründeten, folgte eine starke Enttäuschung. Weder die minderheitenfreundlichen Bestimmungen der Karlsburger Beschlüsse noch die des Minderheiten-Schutzvertrages des Völkerbundes wurden im Jahre 1923 in die neue rumänische Verfassung aufgenommen. Die deutschen Parlamentarier lehnten sie deshalb geschlossen ab.[18] Nach der neuen Verfassung wurde das bisherige Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden teilweise, der Komitate fast vollständig zugunsten von Grundsätzen des französischen Musters aufgegeben. Künftig entschied eine Bukarester Behörde auch die unbedeutendsten Fragen. Nicht zuletzt dadurch verstärkte sich der nationale Druck auf die beiden genannten Verwaltungsebenen, während sich im Bukarester Parlament die deutsche Parlamentspartei (später Deutsche Partei) als Fraktion bemühte, auch die regionalen und lokalen Interessen wahrzunehmen. Bald erschienen Verordnungen nicht mehr dreisprachig, sondern nur in Rumänisch. Durch die (1.) A g r a r r e f o r m gingen nicht nur die Siebenrichter-Waldungen der Nationsuniversität, sondern auch mehr als die Hälfte des Gemeinschaftsbesitzes der sächsischen Gemeinden und der evangelischen Kirche verloren. Darum mußten die Kirchensteuern, die vor allem Schulsteuern waren, stark angehoben werden und überschritten vielfach die Höhe der direkten staatlichen Steuern. Den Höhepunkt der nationalistischen Bestrebungen bildete der Versuch, durch einen "numerus valachicus" an industriellen und gewerblichen Betrieben eine Mindestbeschäftigungsquote an Blutsrumänen durchzusetzen. Der Entwurf wurde allerdings noch vor einem Einschreiten des Völkerbundes zurückgenommen.

Vor allem die Erhöhung der Kirchensteuern hatte eine "Unzufriedenenbewegung" zur Folge. Diese stellte teilweise eigene Kandidaten bei Parlamentswahlen auf und sonderte sich damit von der Solidargemeinschaft ab. Vergleichbar den Jungsachsen und den Grünen forderten auf der anderen Seite Angehörige der sogenannten Kriegsgeneration eine grundlegende Erneuerung. Auf dem 5. und l e t z t e n S a c h s e n t a g am 1. Oktober 1933 in Hermannstadt errang die Erneuerungsbewegung die Mehrheit[19]. Der Konservative Dr. Hans Otto R o t h , der wie früher führende Politiker zugleich Landeskirchenkurator war, blieb aber Vorsitzender der Deutschen Parlamentspartei.

Im Jahre 1935 spaltete sich die Erneuerungsbewegung, die immer mehr nationalsozialistische Grundsätze aufnahm, in einen gemäßigten Flügel, der mit den Konservativen zusammenging, und in einen radikaleren Teil, der eine eigene politische Partei gründete, die Deutsche Volkspartei Rumäniens (DVR). Diese ging mit eigenen Listen in die Parlamentswahlen 1937. Sie errang zwar einen Achtungserfolg, aber nicht die erforderliche Mindeststimmenzahl. Die "Volksgemeinschaft" wiederum koalierte mit der Regierungspartei. Nach Einführung der Königsdiktatur durch Carol II. (1938) wurden alle politischen Parteien aufgelöst. Dadurch und auf Druck Berlins kam es zu einer Vereinigung der beiden Flügel.

ikgs

5. Die Deutsche Volksgruppe in Rumänien 1940 - 44

Während Rumänien zunächst durch den beginnenden Zweiten Weltkrieg kaum berührt wurde, verlor es im Jahre 1940 ein Drittel seines bisherigen Staatsgebietes, und zwar

- am 26.6.1940 Bessarabien und die Nordbukowina auf Grund eines Ultimatums an die Sowjetunion; die dort, später auch alle außerhalb des Karpatenbogens lebenden Deutschen, wurden umgesiedelt (rd. 215.000 Personen);
- am 30.8.1940 Nordsiebenbürgen mit dem sogenannten Szeklerzipfel durch den 2. Wiener Schiedsspruch an Ungarn; damit wurden die Nordsiebenbürger Sachsen und die Sathmarer Schwaben bis 1945 ungarische Staatsangehörige;
- am 7.9.1940 die Süddobrudscha an Bulgarien.

Die Folge dieser Gebietsverluste war eine schwere Staatskrise mit weitreichenden Folgen:

- Thronverzicht König Carols II. zugunsten seines Sohnes Michael;
- Ausrufung eines nationallegionären Staates mit Marschall Antonescu als conducător (Führer); die Legionäre wurden allerdings bald entmachtet;
- Besetzung der strategisch wichtigen Ölquellen durch deutsche "Lehrtruppen";
- Beitritt Rumäniens zum Drei-Mächte-Pakt (Deutsches Reich, Italien, Japan);
- von Anbeginn an Teilnahme am Feldzug gegen die Sowjetunion u.a.m.

In einem deutsch-rumänischen Zusatzprotokoll zum 2. Wiener Schiedsspruch übernahm Rumänien "die Verpflichtung ..., die Stellung der deutschen Volksgruppe im Sinne der Karlsburger Beschlüsse zur Erhaltung ihres Volkstums weiter auszubauen." Durch das rumänische Gesetz über die deutsche Volksgruppe vom 20.11.1940 wurde diese zur juristischen Person öffentlichen Rechts erklärt, der alle rumänischen Staatsbürger deutscher Volkszugehörigkeit zugehörten und die in einem "nationalen Kataster" erfaßt wurden. Ein Jahr später folgte die Übergabe der staatlichen Schulen mit deutscher Unterrichtssprache an das Schulamt der Volksgruppe. Auf Grund besonderer Vereinbarungen mit der katholischen Kirche im Banat und der evangelischen Landeskirche wurden auch die bisherigen Konfessionsschulen aller Art der Volksgruppe übergeben[20].

Unter dem von Berlin ernannten 28 Jahre alten Volksgruppenführer Andreas S c h m i d t wurde das gesamte Gemeinschaftsleben im nationalsozialistischen Sinne gleichgeschaltet. Mit dem W a f f e n s t i l l s t a n d R u m ä n i e n s mit den Alliierten am 23. August 1944 endete nach vier Jahren diese Phase, in der die "Volksgruppe als Körperschaft des öffentlichen Rechts" auf Druck des Reiches eine seit 1867 erstrebte rechtliche Stellung einnahm.

ikgs

In N o r d s i e b e n b ü r g e n verlief die Entwicklung anders. Im deutsch-ungarischen Zusatzprotokoll zum 2. Wiener Schiedsspruch behielt sich das Deutsche Reich die Umsiedlung der Nordsiebenbürger Deutschen vor, realisierte sie aber nicht. Der Volksbund der Deutschen in Ungarn als politische Vertretung, dem die Nordsiebenbürger als "Gebiet" zugehörten, erhielt im Vergleich zur Volksgruppe in Rumänien geringere Befugnisse. In beiden Häusern des ungarischen Parlaments waren die Nordsiebenbürger durch Abgeordnete angemessen vertreten. So blieb z.B. für das Schulwesen weiterhin das neu gegründete Deutsch-evangelische Generaldekanat A.B. in den siebenbürgischen Landesteilen Ungarns Träger des gesamten Schulwesens, das durch Errichtung einer Lehrerbildungsanstalt u.a. ausgebaut wurde. Die folgenschwere Entscheidung, deutsche Volkszugehörige in die Waffen-SS auf Grund zwischenstaatlicher Übereinkommen einzuziehen, erfolgte in Nordsiebenbürgen ein Jahr früher als in Rumänien. Die rd. 40.000 Deutschen Nordsiebenbürgens wurden im Gegensatz zu den Südsiebenbürgern nach dem 23. August 1944 geschlossen evakuiert.

Zusammenfassung

Die Gesamtvertretung der Siebenbürger Sachsen auf Königsboden - sehr eingeschränkt derjenigen auf Komitatsboden - war durch ihre Autonomie als ständische Nation bis 1876 gewährleistet. Später übernahm zwar die Kirche den größten Teil der schulischen, kulturellen und sozialen Aufgaben. Die politische Vertretung auf Gemeinde-, Komitats- und Landesebene oblag der Sächsischen Volkspartei und ihren Nachfolgeorganisationen sowie vier Jahre vor den einschneidenden Ereignissen des Jahres 1944 der Deutschen Volksgruppe in Rumänien als Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Anmerkungen:

1) Vgl. dazu: Quellen zur Geschichte der Siebenbürger Sachsen 1191 - 1975, Köln-Wien: Böhlau^2 1981 (Schriften zur Landeskunde Siebenbürgens Bd. 1) mit weiterführenden Literaturhinweisen.

2) Dazu gehörten
- die Besitzungen der aufgelösten Kerzer Zisterzienserabtei, der Hermannstädter Propstei sowie die Hermannstädter Filialstühle Talmesch und Selischte einschließlich der Siebenrichter-Waldungen und die Hermannstädter Stadtgüter (Grundherr: Hermannstadt bzw. die Sieben Stühle)
- die Törzburger Grundherrschaft und ein Teil der Kronstädter Stadtgüter (Grundherr: Kronstadt) sowie
- das Rodnaer Dominium (Grundherr: Bistritz).

ikgs

Nicht alle Orte, die Körperschaften auf Königsboden zum Grundherren hatten, wurden verwaltungsmäßig dem Königsboden zugeschlagen, so z.B. Schirkanyen (Kronstadt), Wolkendorf (Schäßburg) und Weißkirch sowie das Borgoer Gebiet (Bistritz).

3) Beispiel: Bistritz war Berufungsinstanz für die Stadt Klausenburg (bis zur Mitte des 16. Jh.) und für die Marktgemeinden Botsch, Sächsisch-Regen und Tekendorf; Schäßburg für mehrere Dörfer des Zwischenkokelgebietes und Hermannstadt für alle Rechtsfälle aus Bulkesch und Zeiden, obwohl Hermannstadt nur Grundherr eines Teils der beiden Gemeinden war.

4) Z.B. Ungarn in Szakadat (Hermannstadt), Klein-Kopisch (Mediasch), Halmagen und Sommerburg (Reps) und Schelken (Bistritz); Slawen in Reußdörfchen und Baumgarten bei Hermannstadt. Daß dieses Gefühl, den Sachsen zugehörig zu sein, länger erhalten blieb, beweisen z.B. die Volkszählungsergebnisse 1930 für Reußdörfchen: Von den 562 evangelischen Slawen bezeichneten sich 560 als deutsche Volkszugehörige, gaben aber wahrheitsgemäß rumänisch als ihre Muttersprache an.

5) Die Schollenbindung wurde nach dem Bauernaufstand des Jahres 1514 eingeführt. Die ältere siebenbürgisch-sächsische Geschichtsschreibung war einseitig auf das Gebiet des Königsbodens fixiert, weil die dortigen Verhältnisse zu Recht als beispielhaft galten. Wir sind deshalb über die sehr unterschiedlichen Verhältnisse der sogenannten untertänigen Gemeinden nur unzulänglich unterrichtet. Es ist zu bedenken, daß im Mittelalter und in der Neuzeit ganze Gruppen durch Privilegierung ausgezeichnet wurden, so auch die Schützen königlicher Dominien, Armenier, griechische Kaufleute oder auch die Angehörigen der siebenbürgischen Militärgrenze vom 18. Jh. an. Auch in grundhörigen Orten gab es vereinzelt bis 1848 freie Bauern. Es ist nämlich für das Mittelalter kennzeichnend, daß keineswegs gleiches Recht für alle galt.

6) Vgl. dazu im einzelnen Ernst Wagner: Bemerkungen zu einer neuen These über den Namen der Siebenbürger Sachsen, in: Forschungen zur Volks- und Landeskunde (Bukarest) 25 (1982) S. 111 - 122.

7) Vgl. Georg (Eduard) Müller: Die deutschen Landkapitel in Siebenbürgen und ihre Dechanten 1192 - 1848, in: Archiv f.s.L.K. 48 (1934 - 36) 532 S.

8) Das Umgekehrte galt für reformierte Gemeinden, die sächsischen Landkapiteln zugehörten, z.B. Salzburg und Kiwern (r. Cobor), während die magyarischen Gemeinden der Bachner Surrogatie des Bogeschdorfer Kapitels bereits 1565 aus dem Verband des sächsischen Landkapitels ausschieden.

9) Vgl. Friedrich Teutsch: Geschichte der Siebenbürger Sachsen für das sächsische Volk, 3. Bd., Hermannstadt 1910, S. 256 f.

10) Den genauen Text vgl. Quellen, S. 224 f.

11) Ebenda S. 240 ff.

ikgs

12) Abgeleitet von lat. comitatus - Grafschaft, r. judet, m. megye; ein Komitat entsprach in Bezug auf die Größe etwa einem deutschen Regierungsbezirk, in Bezug auf seine Kompetenzen und die Selbstverwaltung deutschen Landkreisen.

13) Nach den Ergebnissen der Volkszählung 1900 lag der Anteil der Personen deutscher Muttersprache am höchsten in den Komitaten Großkokeln (42,6 %), Kronstadt (30,8 %), Hermannstadt (28,7 %), Bistritz-Nassod (21,9 %) und Kleinkokeln (17,7 %).

14) Vgl. Quellen S. 235 - 239.

15) Ebenda S. 242 - 245.

16) Ebenda S. 264 - 266.

17) Ebenda S. 268 - 271.

18) Vgl. die Rede von Adolf Schullerus in der gesetzgebenden Versammlung, in: Zeitschrift für Siebenbürgische Landeskunde 2 (1979), S. 136 - 139.

19) Die Entschließung des 5. Sachsentages wurde veröffentlicht in: Quellen, S. 286 - 288.

20) Die entsprechenden Texte wurden ebenda, S. 295 - 305 veröffentlicht; die früheren Konfessionsschulen wurden 1945 rekonfessionalisiert und 1948 verstaatlicht.

ikgs

Dr. Ernst Wagner

T h e s e n zum Referat:

Die politische Vertretung der Siebenbürger Sachsen bis 1944

1. Die auf Königsboden lebenden Siebenbürger Sachsen bildeten bis zum Jahre 1876 als ständische Nation ein autonomes Gebiet mit einheitlicher politischer Vertretung, eigener Gerichtsbarkeit, Verwaltung und Amtssprache. Ihr oberster Repräsentant war der seit 1477 gewählte Sachsengraf, oberstes Gremium die Sächsische Nationsuniversität, die z.B. auch die Einführung der Reformation beschloß.

2. Etwa ein Viertel der Siebenbürger Sachsen lebte auf Komitatsboden und besaß keine Selbstverwaltungsbefugnisse außer auf Gemeindeebene; sie waren fast ausnahmslos Grundhörige, teilweise auch Leibeigene. Von Ausnahmen abgesehen konnten sie politisch von der Nationsuniversität n i c h t vertreten werden. In kirchlicher Hinsicht gehörten diese Gemeinden jedoch sächsischen Landkapiteln an.

3. Der Bewußtseinswandel von einem Landstand zu einer ethnischen Gruppe, der auch die Sachsen auf Komitatsboden zuzurechnen waren, setzte nach der ersten Aufhebung des Selbstverwaltungsrechtes auf Königsboden durch Kaiser Joseph II. ein, verstärkte sich nach der Revolution 1848/49 erheblich und wurde 1876 mit Aufhebung der Autonomie ein Faktum.

4. Anstelle des Sachsengrafen und der Nationsuniversität galten ab 1876 der "Sachsenbischof" und die Evangelisch-sächsische Kirche als eigentliche Repräsentanten dieser ethnischen Gruppe. Die Kirche konnte jedoch nicht deren politische Vertretung wahrnehmen. Die Sächsische Volkspartei, die ab 1876 die politischen Belange wahrnahm, war jedoch personell mit der Kirche eng verbunden. Die politischen Leitlinien wurden auf (5) Sachsentagen beschlossen. Den Mehrheitsvertretern der "Altsachsen", später der "Schwarzen" stand jeweils die Opposition der Jungsachsen, der "Grünen" und nach 1927 der "Erneuerungsbewegung" gegenüber, wobei allen Richtungen ein starkes Gemeinschaftsbewußtsein eigen war.

5. An die Vereinigung Siebenbürgens mit R u m ä n i e n , die die Siebenbürger Sachsen durch die für die Friedensverhandlungen für Rumänien wichtige Mediascher Anschlußerklärung vom 8. Januar 1919 unterstützten, knüpften sich auf Grund des gemeinsamen Minderheitenschicksals und der Karlsburger Beschlüsse hohe Erwartungen. Sie wurden jedoch überwiegend enttäuscht.

6. Nach dem Anschluß an Rumänien wurde der "kleinsächsische" Standpunkt aufgegeben. Die Sachsen betrachteten sich in politischer, wirtschaftlicher und auch kirchlich-schulischer Hinsicht als Teil aller Deutschen in Rumänien. Dabei fiel ihnen eine Führungsrolle zu. Ihre politischen Belange nahm der Deutsch-Sächsische Volksrat für Siebenbürgen als Teil des "Verbandes der Deutschen in Großrumänien" wahr.

IKGS

7. In Opposition zu den führenden Konservativen entstand bald eine Unzufriedenenbewegung, die von der "Erneuerungsbewegung" zu unterscheiden ist, die auf dem fünften und letzten Sachsentag 1933 die Mehrheit errang und sich zunehmend dem Nationalsozialismus näherte. Sie spaltete sich 1935 in zwei Richtungen, die erbitterte innervölkische Kämpfe austrugen.

8. Nach Errichtung der Königsdiktatur Carols II., der u.a. alle politischen Parteien auflöste, und auf Druck Berlins kam es 1938 zu einer Einigung aller Richtungen. Die Führer der beiden Flügel, Fritz F a b r i t i u s und Dr. Alfred B o n f e r t, wurden veranlaßt, ins Reichsgebiet zu übersiedeln.

9. Durch den 2. Wiener Schiedsspruch vom 30.8.1940 wurde Siebenbürgen erstmals seit tausend Jahren geteilt. Nordsiebenbürgen wurde (wieder) ungarisches Staatsgebiet. Auf Grund eines Zusatzabkommens zum Schiedsspruch vertrat dort der Volksbund der Deutschen in Ungarn die deutschen Volkszugehörigen. Die Nordsiebenbürger wurden im September geschlossen evakuiert und hatten deshalb ein anderes Nachkriegsschicksal als ihre Landsleute im Süden.

10. Die Mehrheit der Siebenbürger Sachsen verblieb auch nach dem 2. Wiener Schiedsspruch bei Rumänien. Durch Gesetz vom 2.11.1940 erklärte Rumänien die "Volksgruppe der Deutschen in Rumänien" zur Körperschaft öffentlichen Rechts. Sie erhielt u.a. das Recht zur Aufstellung eines "Nationalkatasters" und die Schulautonomie. - Diese vierjährige Phase endete mit dem Waffenstillstand Rumäniens mit den Alliierten am 23. August 1944.

ikgs

Dr. Michael Kroner

Die politische Vertretung der Siebenbürger Sachsen nach 1944 in Rumänien

Rechts- und führerlos 1944 - 1950

Als Rumänien am 23. August 1944 das Waffenbündnis mit Deutschland kündigte und ihm zwei Tage danach den Krieg erklärte, ergab sich für die Siebenbürger Sachsen eine Situation, wie es sie in ihrer 800-jährigen Geschichte noch nie gegeben hatte. Sie hatten zwar während der Mongolen- und Türkeneinfälle und der verschiedenen Bürgerkriege schwere Zeiten durchgestanden, sie waren aber nie rechts-, besitz- und führerlos gewesen. Sobald die Gefahr vorbei, verblieben die Überlebenden freie Bürger auf freiem Boden. Anders nach dem genannten Waffenwechsel Rumäniens. Die wehrfähigen Männer, die notwendigerweise in der Waffen-SS und der deutschen Wehrmacht verblieben, wurden buchstäblich über Nacht zu Kombatanten des "Feindes", während ihre Familien in Rumänien verblieben.

Die Volksgruppenführung, die ganz auf Deutschland gesetzt hatte, mußte fliehen oder untertauchen. Die Ortsgruppenleiter sowie Persönlichkeiten, die sich exponiert hatten, wurden in Rumänien interniert. Die Versuche von Hans Otto Roth, Rudolf Bransch und anderer, in der NZ-Zeit nicht belasteter Politiker, die "Volksgemeinschaft der Deutschen in Rumänien" neu zu gründen und als Vertretung der rumäniendeutschen Minderheit anerkannt zu werden, hatten keinen Erfolg. Auch die Bemühungen einiger Sozialdemokraten um den Hermannstädter Rudolf Maier, mittels eines "Antifaschistischen Komitees" als Sprecher der Deutschen in Rumänien Gehör zu finden, blieben fruchtlos. Die Rumäniendeutschen blieben somit in dieser für ihr Schicksal so entscheidenden Zeitwende ohne Führung. Gegen alles, was deutsch war, begann eine hysterische Kampagne und Verfolgung. Deutsch wurde gleichgesetzt mit hitleristisch und faschistisch. Die Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben wurden zum Teil für das Desaster verantwortlich gemacht, in das Rumänien als Folge seiner Teilnahme am antisowjetischen Krieg geraten war. Ohne nach dem Maß der individuellen Schuld zu fragen, wurden die Deutschen insgesamt zu Kollaborateuren Hitler-Deutschlands erklärt und dafür bestraft: Die arbeitsfähigen Frauen und Männer in die Sowjetunion deportiert (Januar 1945), der gesamte landwirtschaftliche Besitz (1945), die Gewerbe-, Industrie-, Handelsunternehmen, Banken, Genossenschaften und Versicherungen enteignet (1947/48), ein Teil der staatsbürgerlichen Rechte entzogen. Als rechts- und besitzlose Proletarier mußten die Siebenbürger Sachsen ihr Dasein fristen. Das vorher so aktive deutsche Kulturleben verstummte. Bloß die evangelische Kirche überstand die Erschütterungen des Zweiten Weltkrieges besser. Man kann von Glück sprechen, daß es ihr nach dem Krieg gelang, deutschen Gottesdienst zu halten, die deutschen Schulen von der "Volksgruppe" zu übernehmen und weiterzuführen. Im Jahre 1948 wurden zwar alle Schulen und Kulturinstitutionen verstaatlicht, die deutschen Schulen trotzdem nicht gesperrt. Mehr noch, der Staat übernahm den gesamten Unterhalt der Schulen, bestimmte aber hinfort auch die gesamte Lehrtätigkeit auf Grund der marxistisch-leninistischen Kulturpolitik.

ikgs

In den ersten Nachkriegsjahren war die Kirche die einzige Institution, der man staatlicherseits einen gewissen Vertrauenskredit gewährte. Bischof Friedrich Müller scheint beim damaligen, für Minderheitenfragen aufgeschlosseneren Ministerpräsidenten Dr. Petru Groza Zugang gehabt zu haben.

Die speziellen Repressivmaßnahmen gegen die Deutschen in Rumänien wurden erst Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre eingestellt, und es wurden ihnen alle staatsbürgerlichen Rechte wieder zuerkannt. Es hat allerdings an Rückschlägen aller Art nicht gefehlt wie beispielsweise Prozessen gegen Geistliche, Dichter, Jugendliche u.a. wegen fingierter "staatsfeindlicher Tätigkeit" in der zweiten Hälfte der 50er Jahre, Zwangsevakuierungen sächsischer Familien aus Kronstadt im Jahre 1952 sowie laufende Einschüchterungsmaßnahmen. Die Bespitzelung und Überwachung von Personen, die sich deutsch-völkisch engagierten, gehört nach wie vor zur Alltagspraxis der Sicherheitsorgane.

Deutsches Antifaschistisches Komitee

Auf Grund von verschiedenen Beschlüssen des Politbüros des ZK der Rumänischen Kommunistischen Partei von 1948 und 1949 wurde am 13. Februar 1949 das "Deutsche Antifaschistische Komitee" gegründet. Seine deklarierte Hauptaufgabe bestand darin, die "deutschen Werktätigen umzuerziehen", d.h. die "hitleristischen Einflüsse auszumerzen" und die Rumäniendeutschen für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung heranzuziehen. Die Antifa sollte ferner als klassenkämpferische Organisation die Interessen der deutschen Bevölkerung wahrnehmen. Dafür stand ihm ab dem 13. März 1949 eine deutschsprachige Tageszeitung, der auch heute noch erscheinende "Neue Weg", zur Verfügung. Es war dies nach 1945 die erste deutschsprachige Zeitung Rumäniens.

Die leitenden Funktionäre des obersten antifaschistischen Gremiums wurden aus der Reihe der wenigen, noch vor 1944 tätigen Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern berufen. Auf lokaler Ebene wurden vornehmlich Arbeiter, oft aus dem Vorstadtmilieu, herangezogen. Nicht selten waren es sozial-deklassierte Elemente, die in deutschen Kreisen verachtet wurden und bloß dem Namen nach Deutsche waren.

Das Antifa hatte weder eingeschriebene Mitglieder noch waren seine Führungsorgane von Deutschen gewählt worden. Sie wurden seitens der KP als bezahlte Funktonäre ernannt und hatten für die Politik innerhalb der deutschen Bevölkerung zu werben. Das Antifa war also keinesfalls ein autonomes Vertretungsorgan der rumäniendeutschen Minderheit, und man betrachtete sächsischerseits seine Tätigkeit anfangs mit großer Skepsis. Nachdem das kommunistische Regime die Sachsen verfolgt, enteignet und gedemütigt hatte, fanden die im Namen dieses Regimes auftretenden Männer kein Vertrauen. Erst allmählich stellte sich heraus, daß im Rahmen und unter Obhut des Antifaschistischen Komitees und seines Sprachorgans, dem "Neuen Weg", das deutsche Kulturleben angekurbelt werden konnte. Die verantwortlichen deutschen Kreise Rumäniens standen damals vor der Entscheidung, diese Möglichkeit zu nutzen, was natürlich mit allerlei regimebedingten Kompromissen verbunden war, oder im stillen Kämmerlein zu revoluzzen und auf bessere Zeiten zu warten, die leider bis heute nicht einge-

treten sind. In richtiger Einschätzung der Lage haben die meisten erkannt, daß jede Chance zur Kulturpflege in der Muttersprache genutzt werden müsse, daß es vorteilhafter sei, einige Kompromisse einzugehen, als auf alles zu verzichten. Die nachfolgende Entwicklung hat diese Orientierung gerechtfertigt, es folgte eine sichtliche Belebung des deutschen Kultur- und Volkslebens. Man gab siebenbürgisch-deutschen Schriftstellern, Geschichts- und Mundartforschern im Rahmen der nun gestarteten Kampagne zur sogenannten "Neuwertung des fortschrittlichen Kulturerbes" die Möglichkeit zu veröffentlichen. Es erschienen wieder Bücher und Beiträge von Erwin Wittstock, Adolf Meschendörfer, Otto Fritz Jickeli, Harald Krasser, Gustav Gündisch, Julius Bielz, Franz Kyllien u.a. Auch jüngere Autoren meldeten sich zu Wort. In Stadt und Land konnten deutsche Kulturprogramme geboten werden, Blaskapellen, Chöre, Theater- und Folkloregruppen nahmen ihre Tätigkeit auf.

Das Antifa konnte sich sodann noch gewisse Verdienste beim Zustandekommen des Dekretes 81 von 1956 erwerben, durch das den Deutschen die nach dem Krieg enteigneten Häuser und Höfe zurückerstattet wurden. Auch diese begrenzte und kontrollierte Tätigkeit des Antifa scheint der rumänischen kommunistischen Staats- und Parteiführung mißfallen zu haben, denn es wurde in der zweiten Hälfte der 50er Jahre stillschweigend aufgelöst. Motiviert wurden solche Maßnahmen mit dem Argument, daß es keiner speziellen Vertretungsorgane der Minderheiten bedürfe, da die KP die Interessen aller Werktätigen ohne Unterschied der Nationalität und Sprache wahrnehme.

Glücklicherweise konnte nach Auflösung des Antifa die Zeitung "Neuer Weg" als Organ der Volksräte weiter erscheinen. Mittlerweile waren nämlich in Bukarest ein Redaktionskollektiv und in den Städten mit deutscher Bevölkerung Lokalvertreter herangewachsen, die sich für deutsche Belange einsetzten. Soweit es die Zensur zuließ, wurden vor allem im Bereich der Schul- und Kulturpolitik verschiedene Verbesserungsvorschläge veröffentlicht und teilweise sogar kritische Stimmen gebracht. Handelte es sich um Fragen, die öffentlich nicht behandelt werden konnten, wurden Redakteure persönlich vorstellig, oder sie machten schriftliche Eingaben. Die im Jahre 1957 gegründete "Wahrheit" im Temeswar und die "Volkszeitung" in Kronstadt schlossen sich diesen Aktionen an, später (1968) die "Neue Banater Zeitung", die "Hermannstädter Zeitung" bzw. "Die Woche" und die "Karpatenrundschau" in Kronstadt. Einige der genannten Zeitungsredaktionen beschäftigten zeitweise sogar einen Juristen, um ihre Leser in Rechtssachen beraten zu können. Die deutschsprachige Presse konnte auf diese Weise gewisse lokale Übergriffe und Mißstände abstellen helfen und sich gelegentlich an höherer Stelle Gehör verschaffen. Es handelte sich dabei jeweils um einen aus persönlichem Engagement erwachsenen Einsatz, für den es vom Herausgeber keinen Auftrag, sondern eher Mißbilligung gab.
Oft war besonderes Geschick notwendig, um die strengen Zensurbestimmungen umgehen zu können. Die Staatspolitik und die jeweilige Haltung in der Minderheitsfrage konnte jedenfalls nicht beeinflußt werden, noch konnten die Zeitungen und Zeitschriften zum Sprachrohr der Rumäniendeutschen werden.

ikgs

Rat der Werktätigen Deutscher Nationalität

Als im Jahre 1968 unter dem Eindruck des "Prager Frühlings" die rumänische Führung sich veranlaßt sah, als Vorbeugungsmaßnahme gegen potenzielle Unruhen in den Reihen der nationalen Minderheiten "Räte der Werktätigen der mitwohnenden Nationalitäten" ins Leben zu rufen, und in der konstituierenden Sitzung als auch in späteren Aussprachen mit deutschen Intellektuellen Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu zugab, es seien Fehler gegenüber den Deutschen in den Nachkriegsjahren begangen worden und konstruktive Vorschläge zur Nationalitätenpolitik anregte, hoffte man wieder einmal, es erfolge nun ein Durchbruch zum Besseren. Für die Deutschen wurde der "Rat der Werktätigen Deutscher Nationalität" mit einem Landesrat und Kreisräten gegründet. Auch diese Räte sind nicht auf demokratischer Grundlage konstituiert worden, ihre Mitglieder sind nicht auf Versammlungen deutscher Delegierter frei gewählt worden, sondern von oben nach unten von der kommunistischen Parteiführung nominiert worden. Die Nationalitätenräte sind keine selbständigen Organisationen, sondern dem Parteiapparat unter- und zugeordnet. Verfügte das Antifa über hauptberufliche Funktionäre, so erfolgt die Tätigkeit der Nationalitätenräte nebenberuflich, indem Partei- und Staatsfunktionäre oder Lehrer zusätzlich mit dieser Aufgabe betraut werden. Trotzdem konnten in den ersten Jahren nach ihrer Gründung die deutschen Nationalitätenräte dort, wo sich ein beherzter, engagierter und mutiger Kreisvorsitzender fand, im kulturellen Bereich ansehnliche Erfolge verbuchen.

Bald stellte sich aber heraus, daß die Nationalitätenräte bloß als Ablenkungsmanöver gedacht waren. Sie sind übrigens von rumänischer Seite nie ernst genommen worden und haben nie irgendwelchen politischen Einfluß gehabt, geschweige denn die Minderheiten vertreten. In letzter Zeit werden sie äußerst selten eingerufen, und wenn es geschieht, bloß um ihre Zustimmung zu der ins Kreuzfeuer des Auslandes geratenen rumänischen Nationalitätenpolitik zu bekunden. Sie sind auf diese Weise zu einem peinlichen Akklamationsforum degradiert worden.

Einige Kontakte zwischen der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen in der Bundesrepublik und in Österreich zu dem deutschen Nationalitätenrat in Rumänien Anfang der 70er Jahre konnten zu nichts führen, da die rumäniendeutschen Gesprächspartner bloß den offiziellen Standpunkt der rumänischen Regierung vertreten durften. Außerdem sollte jeder westliche Kontaktmann wissen, daß sein Gesprächspartner aus Rumänien ihn nicht unter vier Augen sprechen darf, es muß zumindest noch eine Person zugegen sein. Dieser Bestimmung unterliegt sogar der Vorsitzende des Landesrates der Deutschen Werktätigen. Ich habe solche Gespräche des öfteren erlebt, und es war für mich und meine Kollegen immer peinlich, Standpunkte zu vertreten, die nicht unsere eigenen waren, oder ausweichende Antworten zu geben. Die zusätzliche Belastung als Folge einer ständigen Bespitzelung möchte ich bloß erwähnen, ohne darauf einzugehen. Auch muß jeder rumänische Staatsbürger laut Gesetz über geführte Gespräche, ja sogar über seine Korrespondenz mit Ausländern den Sicherheitsdienst schriftlich informieren. Das tut man natürlich nur gelegentlich oder auch gar nicht. Man kann aber wann immer bestraft werden, wenn man dieser Pflicht nicht nachgekommen ist.

Sächsische "Vertreter" in Partei- und Staatsorganen

Rumänien rühmt sich gerne damit, eine mustergültige Nationalitätenpolitik zu betreiben. Dafür werden als Paradebeispiele genannt: der gesetzliche Rahmen, die Minderheitenschulen sowie die proportionale Vertretung der Minderheiten in allen Partei- und Staatsorganen, gesellschaftlichen Organisationen und Verbänden. Da es nicht Gegenstand dieses Referates ist, die rumänische Minderheitenpolitik zu untersuchen, die entgegen demagogischen Erklärungen in Wirklichkeit die Bildung einer "einheitlichen, rumänischen, sozialistischen Nation" verfolgt, was eine Assimilierung der sogenannten mitwohnenden Nationalitäten einschließt, sollen nur einige Aspekte dieser Frage gestreift werden. Die Verfassung und andere Gesetze sichern zwar den mitwohnenden Nationalitäten individuelle staatsbürgerliche Rechte, den freien Gebrauch der Muttersprache sowie Bücher, Zeitungen, Zeitschriften, Theater und den Unterricht aller Stufen in eigenen Sprachen, es fehlt aber ein Volksgruppenrecht, das den Minderheiten das Recht gewährt, eigene Vereinigungen und Organisationen zu bilden, die ihre Interessen gegenüber dem Staat verteidigen und Einfluß auf ein eigenständiges Schulwesen und Kulturleben in der Muttersprache ausüben. Außerdem ist zu beachten, daß in allen sozialistischen Staaten eine große Diskrepanz zwischen Gesetz und Wirklichkeit besteht.

Was die Wahl von Deutschen in Partei- und Staatsorgane betrifft, ist festzustellen, daß man tatsächlich darauf achtet, daß die deutsche Bevölkerung im Verhältnis zu ihrer Zahl vertreten ist. Das läßt sich beim sozialistischen Wahlsystem leicht verwirklichen, da bei namhafteren Kandidaten nur einer zur Wahl steht. Bei den Wahlen für die lokalen Organe der Staatsmacht werden gelegentlich zwei Kandidaten aufgestellt, von denen man einen streichen kann. Es handelt sich dabei verständlicherweise nicht um Kandidaten verschiedener Parteien, sondern beide kandidieren für die "Front der sozialistischen Einheit". Damit der vorher bestimmte Proporz auch nach der Wahl stimmt, setzt man beispielsweise als Gegenkandidaten zwei Deutsche auf die Liste, von denen dann einer gewählt wird.

Auf Grund solcher "Wahlen" gelangen Sachsen in alle lokalen und zentralen Organe des Staates, angefangen von den Volksräten der Gemeinden und der Kreise bis zur Großen Nationalversammlung (Parlament) und dem Staatsrat. Abgesehen von der Tatsache, daß nur ein kleiner Kreis von Partei- und Staatsfunktionären wirkliche Entscheidungsbefugnis haben und die sogenannten Organe der Staatsmacht bloß demokratische Dekorationszwecke erfüllen, sind die in diese Gremien gewählten deutschen Abgeordneten nicht auf Versammlungen deutscher Wähler bestellt worden, um in ihrem Namen zu kandidieren, sondern von der jeweiligen Parteiführung nominiert worden. Für eigene Initiativen ist kein Raum vorgesehen. Es ist mir kein Fall bekannt, in dem ein Repräsentant der Minderheiten jemals in der Großen Nationalversammlung einen Standpunkt vertreten hat, der von dem der Staatsführung abweicht, oder gar einen Minister interpelliert hätte. Das trifft auch für die Parteitage der KPR oder Versammlungen verschiedener Massenorganisationen und Verbände zu. Die Vertreter der mitwohnenden Nationalitäten sind ja

ifkgs

auch nicht berufen worden, um einen eigenen Standpunkt zu vertreten, ihre Aufgabe besteht vielmehr darin, die propagandistische Abstimmungskulisse durch die nationale Komponente aufzuwerten. Es gehört sodann zur Praxis der "sozialistischen Demokratie", daß nicht nur die Redner, sondern auch der Inhalt der Reden vorher bestimmt werden. Und damit ja keine Panne passiert, wird der Text der Rede vorsichtshalber zu einer politischen Überprüfung vorgelegt. Davon ist auch ein ZK- und Staatsratsmitglied nicht befreit. Es dürfte demnach offensichtlich sein, daß auf höchster Ebene die Deutschen in Rumänien nur formell vertreten sind und daß niemand in ihrem Namen sprechen kann. Auch mit Zivilcourage könnte ein deutscher Vertreter in diesen hohen Gremien nichts erreichen, denn man würde ihm gegebenenfalls das Wort entziehen und dafür sorgen, daß er nicht ein zweites Mal die Spielregeln verletzt.

Auch hinter den Kulissen werden die Vertreter der Deutschen kaum konsultiert, auch dann nicht, wenn es sich um Beschlüsse handelt, die die deutsche Minderheit betreffen. Und da im real existierenden Sozialismus eine Opposition nicht zugelassen ist, kann man gegen mißliebige Beschlüsse offiziell nicht Stellung beziehen. So können minderheitenfeindliche Maßnahmen nicht zur Diskussion gestellt werden, sondern es wird von der deutschsprachigen Presse sogar verlangt, sie gutzuheißen.

Die Vertreter der Rumäniendeutschen werden bei Verhandlungen mit Politikern oder anderen Vertretern der Bundesrepublik sogar dann nicht herangezogen oder befragt, wenn es sich um Angelegenheiten von existentieller völkischer Bedeutung handelt wie z.B. die Familienzusammenführung und Aussiedlung. Die Deutschen werden als Objekte behandelt, deren Aussiedlung in die Bundesrepublik sich als gutes Geschäft für den rumänischen Staat erweist. Ansprechpartner für rumäniendeutsche Angelegenheiten sind folglich nur rumänische Stellen. Daß man rumänischerseits direkte Gespräche zwischen bundesdeutschen Stellen und Deutschen in Rumänien zu unterbinden versucht, ist u.a. äußerst prägnant beim Besuch des Bundespräsidenten Carstens offensichtlich geworden. Solche Kontakte werden übrigens auch der DDR als sozialistischem Bruderland nicht eingeräumt. Wenn dennoch eine offizielle Begegnung gestattet wird, so werden dafür vertrauenswürdige Personen ausgewählt, von denen man verständlicherweise nur die offizielle Variante der rumänischen Politik vorgekaut bekommt. Wenn man das weiß und noch die verschärfte rumänische Assimilierungspolitik kennt, muß man als Realist mit aller Deutlichkeit unterstreichen, daß jede offizielle Betreuungsaktion, die die Stärkung des Deutschtums in Rumänien und ihrer Kultureinrichtungen verfolgt, keine Chance hat, akzeptiert zu werden. Ebenso erweisen sich Vorstellungen über die Gewährung eines Volksgruppenrechtes als Utopie.

Besser und unmittelbar können in einem gewissen Rahmen deutsche Belange auf lokaler Ebene, vor allem in den Gemeinden, vertreten werden, wenn der Parteisekretär und Bürgermeister, der Kulturheimdirektor oder Schuldirektor oder andere Funktionäre und Angestellten Deutsche sind, und eine engagierte Lehrerschaft mitmacht. Von einer solchen personellen Konstellation kann beispielsweise das Kulturleben einer sächsischen Ortschaft profitieren. Diesem Umstand ist es zu verdanken, daß trotz aller Restriktivmaßnahmen in Siebenbürgen und im Banat auch heute noch ein nicht zu übersehendes Kulturleben

existiert. Es kommt aber leider nicht selten vor, daß auf Stellen, die für Deutsche vorgesehen sind, Personen berufen werden, die wohl einen deutschen Namen haben, aber keine Deutschen sind; oder es werden seitens der Behörden solche "Deutsche" bevorzugt, die sich für deutsche Interessen nicht einsetzen und vom kommunistisch-nationalistischen Regime mißbrauchen lassen. Die Zahl derartiger charakterloser Renegaten ist Gott sei Dank klein. Sie erfreuen sich keines Ansehens, sie werden sowohl von ihren siebenbürgisch-sächsischen Landsleuten als auch von den rumänisch-kommunistischen Machthabern mißachtet. Früher oder später gelangen die meisten von ihnen zur Einsicht, daß sie mißbraucht werden, und sie kehren nicht selten bekehrt und belehrt zu ihrem deutschen Volkstum zurück. Der nächste Schritt ist dann bei einigen die Aussiedlung in die Bundesrepublik.

Abschließend noch einige Anmerkungen zur Mitgliedschaft von Deutschen in der RKP. Zum Verständnis sei vorausgeschickt, daß laut Verfassung und kommunistischer Doktrin die RKP die führende politische Kraft in Rumänien ist und somit den Kurs der Landespolitik bestimmt. Auf lokaler Ebene sind das die Parteiorganisationen der Unternehmen und Institutionen, die Gemeinde-, Stadt- und Kreiskomitees, und auf höchster Ebene das Zentralkomitee mit dem von ihm gewählten Politbüro und Sekretariat. Angesichts dieser Tatsachen wäre es seitens der Sachsen unklug, sich von allen diesen parteilichen Entscheidungsgremien fernzuhalten. Ob das überhaupt möglich wäre, bleibt dahingestellt, denn Partei- und Staatsführung hätten es sicherlich nicht hingenommen, wenn eine Volksgruppe wie die deutsche in ihrer Gesamtheit auf diese Weise ihre Ablehnung gegenüber dem Regime offenbart hätte. Ein gewisser Personenkreis muß zudem in die Partei eintreten, wenn er beruflich weiterkommen will. Wer sich durch besondere Leistung auszeichnet, kann einer Aufnahme in die Partei, die, wie es heißt, die "besten Söhne des werktätigen Volkes" erfaßt, kaum entgehen, weil er die wiederholten Eintrittsaufforderungen nicht abweisen kann, ohne sich als regimefeindlich verdächtig zu machen. Die Rumäniendeutschen könnten es sich auch darum nicht leisten, keine Parteimitglieder zu haben, weil sie sonst ganz abseits stünden und beispielsweise keinen Bürgermeister, Schul- und Kulturheimdirektor, Sozialkundelehrer oder andere Personen für den höheren Staatsdienst und Parteiapparat aus ihren Reihen stellen könnten. Wie wichtig es aber ist, gerade auf Gemeinde-, Stadt- und Kreisebene eigene Leute zu haben, wurde weiter oben angedeutet. In den Ostblockstaaten wird heute übrigens kaum noch jemand Mitglied der KP, weil er von deren Ideologie überzeugt ist, sondern aus dem einfachen Grund, weil ein verhältnismäßig großer Personenkreis sich aus beruflichen oder politischen Überlegungen der Aufnahme in die Partei nicht entziehen kann.

Man kann also die politische Landschaft der Ostblockstaaten nicht mit den Maßstäben westlicher Demokratie beurteilen. Es ist vielmehr notwendig, äußerst differenziert die Lage einzuschätzen. Wenn man so vorgeht, kann man feststellen, daß die meisten unserer Landsleute, die in Siebenbürgen in politischer oder gesellschaftlicher Funktion oder als Publizisten tätig sind, nicht Volksverräter oder gewissenlose Opportunisten sind, sondern zwischen regimebedingten Kompromissen und völkischem Engagement als verant-

wortungsvolle Sachsen handeln und sich mit mehr oder weniger Geschick bemühen, die beschränkten Möglichkeiten auszunutzen oder gewisse Hindernisse zu umgehen. Man sollte also das, was unsere Landsleute in offizieller Position verkünden müssen, nicht als bare Münze und ihre wirkliche Meinung ansehen, sondern sollte zwischen den Zeilen lesen oder inoffizielle Gespräche suchen. Angesichts ihrer politischen Machtlosigkeit sollten wir nicht den guten Willen absprechen und zumindest unsere moralische Unterstützung gewähren. Unsere siebenbürgischen Landsleute sind jedenfalls meistens in der Lage, aus der propagandistischen Hülle das Wesentliche zu entnehmen, den propagandistischen Tribut vom wahren Kern zu trennen.

ikgs

Dr. Michael Kroner

T h e s e n zum Referat:

Die politische Vertretung der Siebenbürger Sachsen nach 1944 in Rumänien

1. Eine eigenständige politische Vertretung der Siebenbürger Sachsen (Rumäniendeutsche) gibt es seit 1944 in Rumänien nicht, über ihr Schicksal entscheiden die Partei- und Staatsorgane des staatstragenden Volkes. Der staatsbürgerliche Rechtsstatus der Siebenbürger Sachsen war und ist von der innen- und außenpolitischen Lage Rumäniens konjunkturbedingt. Rumänien betreibt entgegen seinen propagandistischen Beteuerungen über eine gerechte Lösung des Nationalitätenproblems eine konsequente Assimilierungspolitik der nationalen Minderheiten.
2. In den ersten Nachkriegsjahren (1944 - 1950) standen sie Siebenbürger Sachsen gewissermaßen außerhalb des Gesetzes, eine Reihe von staatsbürgerlichen Rechten wurde ihnen entzogen, eine politische Vertretung war nicht zugelassen, die Deutschen wurden insgesamt als Hitlerkollaborateure behandelt und dementsprechend, ohne nach dem Maß der individuellen Schuld zu fragen, verfolgt, deportiert und enteignet.
3. Ende der 40er Jahre und Anfang der 50er Jahre wurden die speziellen antideutschen Repressivmaßnahmen eingestellt und die Siebenbürger Sachsen formell als gleichberechtigte Staatsbürger anerkannt. Das 1949 gegründete "Deutsche Antifaschistische Komitee" (zweite Hälfte der 50er Jahre aufgelöst) und der 1968 ins Leben gerufene "Rat der Werktätigen Deutscher Nationalität" geben sich zwar als Vertretungsorgane der deutschen Minderheit aus, sie können aber als Organisationen, die von der RKP ernannt werden und ihr unterstellt sind, keine eigene politische Tätigkeit entfalten. Sie haben bestenfalls im kulturellen Bereich, auf dem sie auch einige Erfolge verbuchen konnten, Beratungsfunktion.
4. In den Staats- und Parteiorganen und gesellschaftlichen Organisationen sind die Rumäniendeutschen entsprechend ihrer Zahl proportional vertreten. Die Kandidaten werden aber nicht von den Deutschen aufgestellt, um sie zu vertreten, sondern sie werden von der RKP ernannt. Sie können weder als Minderheitenfraktion noch als Sprecher der Siebenbürger Sachsen eine eigenständige Politik wahrnehmen. Auch zu Konsultationen in wichtigen Fragen, die die deutsche Minderheit betreffen, werden deren Vertreter kaum herangezogen.
5. Ein Volksgruppenrecht und eine eigenständige Politik der nationalen Minderheiten werden als staatsgefährlicher Separatismus schärfstens abgelehnt. Derartige Bestrebungen der mitwohnenden Nationalitäten werden durch Einschüchterungsmaßnahmen oder sogar durch politische Prozesse in die Schranken gewiesen.

ikgs

6. Deutsche Belange können am besten auf lokaler Ebene durchgesetzt werden, wenn Deutsche im exekutiven lokalen Staats- und Parteiapparat eine leitende Funktion haben. Daher ist es u.a. wichtig, daß die Siebenbürger Sachsen auch Mitglieder in der RKP haben.

7. Die gegenüber den Deutschen aus den anderen Ostblockstaaten weitaus bessere Lage der Rumäniendeutschen ist darauf zurückzuführen, daß der rumänische Staat aus propagandistischen Gründen, vor allem aus Rücksicht auf die etwa 2 Millionen zählende ungarische Minderheit, sich gezwungen sah, den mitwohnenden Nationalitäten gewisse Zugeständnisse und Entfaltungsmöglichkeiten im kulturellen Bereich zu gewähren, und daß die Deutschen, regimebedingte Kompromisse in Kauf nehmend, es verstanden haben, den gegebenen Rahmen für das Machbare zu nutzen.

8. Direkte Kontakte der Bundesrepublik oder der DDR zu den Siebenbürger Sachsen werden rumänischerseits mißbilligt, ebenso eine Betreuung der deutschen Minderheit durch einen Mutterstaat.

ikgs

Dr. Ludwig Binder

DIE ROLLE DER KIRCHE IN DER VERTRETUNG DER INTERESSEN DER SIEBENBÜRGER SACHSEN.

I. Grundsätzliche Erwägungen.

Der Begriff "Rolle" kann im Zusammenhang mit unserer Thematik verschiedene Bedeutungen haben. Sprechen wir von einer Rolle, so ist damit mehr gemeint als die bloße Stellungnahme zu einzelnen Problemen, sei es nun die Stellungnahme einer Institution oder einer einzelnen Person. Eine Haupt- oder Nebenrolle kann jemandem zugeteilt werden. Wer eine Rolle übernimmt, der kann sich in ihr oft nicht frei bewegen, sondern muß nach feststehenden Vorschriften sprechen und handeln. Es kann aber in der aktuellen Problematik eine Rolle der Kirche im Entstehen sein, die noch nicht feststeht und noch nicht geschrieben wurde.

Ist nun in unserem Zusammenhang von der Rolle der Kirche die Rede, so handelt es sich zunächst um die Evangelische Kirche Augsburgischen Bekenntnisses mit ihrer derzeitigen Kirchenleitung in Hermannstadt. Ihr Kern ist seit altersher die "Kirche Gottes der sächsischen Nation". Sie ist die Kirche des Wortes, des Sakramentes und der Diakonie. Es geht in ihr um die Wirkung der Verkündigung und Seelsorge in allen Bereichen des persönlichen und gemeinschaftlichen Lebens. Das Wort "Kirche" muß aber durch Gliederung näher verdeutlicht werden. Es ist in ihm das Bekenntnis zur evangelisch-lutherischen Gesamtkirche enthalten, es ist zum andern als Landeskirche eines umgrenzten Gebiets zu verstehen, und es schließt die einzelnen Gemeinden ein, die durch die Kirchenleitung repräsentiert werden.

Nun ist es eindeutig, daß die "Kirche Gottes der sächsischen Nation" und die "sächsischen Gemeinden" (ecclesiae saxonicae) von dem, was man als sächsisches Volk bezeichnet, nicht zu trennen sind. Es ist hier nicht möglich, näher darauf einzugehen, welche Deutungen dem Begriff "Volk" gegeben werden können. Es kann nur darauf hingewiesen werden, wie er sich in der Geschichte verwirklicht hat. Das Selbstverständnis der Siebenbürger Sachsen ist im Laufe der Zeit manchen Wandlungen unterworfen gewesen. Als seine leitende Tendenz zeichnet sich der Wille ab, den vielen Gefahren in der fremden Umgebung zu begegnen, sich gegen die Auflösungserscheinungen von außen und von innen her zur Wehr zu setzen und die überlieferten Werte zu bewahren. Hinzu tritt die Öffnung zu den geistigen und religiösen Strömungen der europäischen Kultur und der Wille, mit der deutschen Bildung Schritt zu halten. Es läßt sich nun nicht verschweigen, daß es sich dabei um vorwiegend kirchlich-christliche und seit der Reformation um protestantische Einflüsse handelt.
Von hier aus kann zu den "Interessen" hinübergeleitet werden, die die Kirche zu vertreten hat. Bezieht man sich auf das vorhin Angedeutete, so kann auf die Bewahrung der Volkseigentümlichkeit, die Erhaltung der deutschen Sprache und Kultur verwiesen werden. Die vor über einem Jahrhundert fertiggestellte Verfassung, die in ihren Grundzügen auch heute noch gültig ist, enthält allerdings ursprünglich nur "Bestimmungen über die Vertretung und Verwaltung" der Kirche. Somit wird angezeigt, daß die Kirchenleitung durch

ihre Behörden in ihren verschiedenen Abstufungen zunächst die Interessen der Kirche selbst zu vertreten und das Kirchliche Leben zu verwalten hat. Es erwies sich jedoch angesichts der volkskirchlichen Struktur als unmöglich, die Bereiche Volk und Kirche voneinander zu trennen.

II. Historische Besinnung

Die Problematik legt eine Erörterung des Verhältnisses: "Die Siebenbürger Sachsen und ihre Kirche" nahe. Fragen der Gegenwart sind von ihren historischen Voraussetzungen her zu klären. Die Verschiedenheit der Beziehungen wie auch manche gleichbleibende Problematik wird daraus ersichtlich.

a) Es ist möglich, schon während des römisch-katholischen Hochmittelalters bei aller Internationalität des "Corpus Christianum" von einer Sonderentwicklung des Verhältnisses von Kirche und Volk in Siebenbürgen zu sprechen. Dem Bistum von Weißenburg standen die Siedler mit eigenen kirchlichen Rechten gegenüber. Dies näher auszuführen, kann nicht Aufgabe der gegenwärtigen Ausführungen sein. Doch muß hervorgehoben werden, daß die deutschen Landeskapitel in Siebenbürgen sich als eine gesonderte kirchliche Organisation von dem siebenbürgischen Bistum und dem Graner Erzbistum abhoben. Sie bildete selbständig landschaftlich abgegrenzte Einheiten, die sich zur Abwehr unberechtigter Forderungen zusammenschlossen und ihre Rechte, die ausschließlich solche der sächsischen Kapitel waren, verteidigten. Die Einheit von Kirche und Volk ist durch die Einheit der deutschen Sprache, die trotz der Vorherrschaft des Lateinischen in Predigt und Seelsorge verwendet wurde, gegeben. Maßgebend waren auch die Siedlerrechte, die gleichzeitig kirchliche Vorrechte waren. Auch die starke Beteiligung nichtgeistlicher Kreise am kirchlichen Leben verdient Beachtung. An die Stelle der bloß juristischen Bedeutung der sächsischen Nation im Sinne des Verwaltungsbereichs der Nationsuniversität tritt in der kirchlichen Organisation die ethnische Zugehörigkeit.

b) Grundlegend für das Verhältnis des sächsischen Volkes zur Kirche blieb die Reformation des 16. Jahrhunderts. Die Kirchenordnung von 1547 war die "Kirchenordnung aller Deutschen in Siebenbürgen". Das Augsburgische Bekenntnis bildete die Rechtsgrundlage im Siebenbürgischen Staatsgefüge und den ständigen Bezugspunkt für die Glaubensaussagen. Damit findet auch die Frage: "Was die Kirche sei" ihre Beantwortung. Daß sie das Gesetz und das Evangelium zu verkündigen habe, wird in der Kirchenordnung von 1547 ausdrücklich betont. Die rechtlichen Kompetenzen der Kirche beziehen sich ausschließlich auf ihren eigenen Bereich. Der weltliche Arm, die Nationsuniversität, unterstützt durch notwendige Zwangsmaßnahmen und rechtliche Verfügungen die Arbeit der Kirche. Es setzt die Orientierung zu den Zentren der deutschen, vorwiegend lutherischen-wittenbergischen Reformation ein. Mit der neuen veränderten Glaubensgrundlage ist auch der Einfluß der Bildung des deutschen Humanismus verbunden. Die beiden geistigen Strömungen, der reformatorische Glaube und das humanistische Bildungsideal sind in ihrem Spannungsverhältnis für die folgende Zeit von grundsätzlicher Be-

ikgs

deutung. Als Folge von Reformation und Humanismus ergibt sich die Absicht, den neugewonnenen Glauben und den Fortschritt der Bildung nicht nur dem eigenen Volk, sondern auch der nichtdeutschen Bevölkerung Siebenbürgens zukommen zu lassen. Somit wird vom Kirchen- und Bildungsverständnis her die völkische Grenze überschritten.

c) Fast 200 Jahre lang stand das siebenbürgisch-sächsische Geistesleben unter dem Einfluß des Altprotestantismus und der lutherischen orthodoxen Theologie. Für das Selbstverständnis der sächsischen Nation ist diese Periode von nicht geringer Bedeutung gewesen. Als sich im Laufe der Zeit die einzelnen protestantischen Konfessionen voneinander trennten, geschah dieses, obwohl dies ursprünglich nicht beabsichtigt war, gemäß der Volkszugehörigkeit. Die Sachsen bildeten die lutherische Kirche, die sich als Bekenntnis- und Rechtskirche verfestigte. Als "Nationen" werden von sächsisch-lutherischer Seite die Sachsen, die Ungarn und die Walachen bezeichnet. Das reformatorisch-humanistische Erbe wirkte sich in der ständigen Bereitschaft aus, den Glauben mit dem wissenschaftlichen Fortschritt zu verbinden. Doch hat es in dieser Zeit wie auch in anderen Perioden manche Rückschritte und Unzulänglichkeiten im geistigen und religiösen Leben gegeben.

d) Für die weitere Entwicklung und für die wesentlichen Strukturmerkmale der Siebenbürgisch-sächsischen Kirche ist nun von grundlegender Bedeutung, daß sie sich seit etwa 1760 in entschiedener Weise der europäischen Aufklärung öffnete. So uneinheitlich sich die Aufklärung auch im Laufe der Geschichte auswirkte, so sind doch eindeutige Nachwirkungen für das Leben feststellbar. Dies vor allem deswegen, weil sich ein neuer Wissenschaftsbegriff einbürgerte. Für die künftigen Pfarrer verlegte sich das Schwergewicht ihres Studiums von der Theologie her zu sonstigen Wissenschaften hin. Sie bildeten sich vor allem für den Lehrerberuf aus, wodurch die Volkserziehung viel stärker als bisher in den Vordergrund trat. Die Periode der Aufklärung deckt sich zum andern mit der Zeit des österreichischen Staatsabsolutismus in Siebenbürgen, unter dem sich um 1790 das sächsische Nationalbewußtsein mit besonderer Kraft Geltung verschafft. Seine Träger waren die führenden Lehrer und Pfarrer, die sich als Vertreter des Bürgertums dem freiheitlichen Ideen öffneten. Der Gedanke der gesellschaftlichen, kulturellen und völkischen Einheit wurde in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch die Gründung von Verbänden und Vereinen gefördert. Zum andern muß betont werden, daß in den Gemeinden die Überlieferung nicht abriß.

e) Durch die Kirchenverfassung von 1861 gingen zum ersten Mal in der Geschichte der sächsischen Kirche die kirchlichen Körperschaften aus Wahlen hervor. Sie galten als Institutionen der Volksvertretung. Dies war vor allem deswegen der Fall, weil die Kirchenleitung die Vereinheitlichung der Organisation durchführte und die "Nationsuniversität" nach 1876 weitgehend aus der Volkspolitik ausgeschaltet wurde. Die Kirche wurde die Institution, die das Gemeinschaftsleben, das sich besonders in den Einzelgemeinden vollzog, regelte. Sie wurde, vor allem

ikgs

durch die Persönlichkeiten, die an ihrer Spitze standen, die Repräsentation des sächsischen Volkes. Sie trug die Verantwortung für das Schulwesen und vermittelte den Kontakt zur deutschen Bildungswelt. Sie vertrat das sächsische Volk vor den Staatsbehörden, soweit sie sich für die deutsche Sprache und die deutsche Kultur einsetzte. Doch hatte ihre Tätigkeit auch Grenzen. Es ist falsch zu sagen, daß die Kirche in jeder Beziehung an die Stelle der Nationsuniversität getreten wäre. Die ehemalige Verwaltungs- und Gerichtskompetenz der Nationsuniversität ging an den Staat über. Zwar war die Volkskirche von etwa 1870 an das Ergebnis einer besonderen politischen Situation, aber in ihrem Kern war sie nicht eine Schöpfung des 19. Jahrhunderts, sondern ging auf frühere Zeiten zurück. Daß das ganze Leben eines Volkes unter die Herrschaft Gottes gestellt werden sollte, das war das berechtigte Anliegen; daß sich aber bald auch innerhalb der Kirche Strömungen und Ansichten bemerkbar machten, die von der kirchlichen Botschaft wegführten, sollte nachteilige Folgen haben.

f) Eine solche Sicht brachte auch Gefahren mit sich. Sie wurden besonders nach 1933 offenbar. Der Entkirchlichung und der inneren Distanzierung von der Botschaft der Kirche konnte nicht gewehrt werden. Was sich nach 1933 im kirchlichen Leben abspielte, kann nicht wie weithin in Deutschland zu dieser Zeit auf den Gegensatz "Deutsche Christen" und "Bekenntnisfront" zurückgeführt werden. Es liegen hier andere Voraussetzungen vor. Statt der bisher weit unreflektiert behaupteten Einheit von "Evangelium und Volkstum" kommt es nun zu einem Auseinandertreten dieser beiden Größen. Zum einen wird im Gefolge reformatorischer und biblischer Theologie die kirchliche Arbeit entschiedener auf die Aufgabe der Verkündigung ausgerichtet; zum anderen machen sich unter dem Einfluß auswärtiger Weltanschauungen, die in Siebenbürgen auf fruchtbaren, dafür schon vorbereiteten Boden fielen, kirchenfremde und kirchenfeindliche Tendenzen geltend. Sie strebten in zunehmendem Maße danach, den Einfluß des christlichen Glaubens und der Kirche aus dem völkischen Leben und seiner Organisation auszuschalten. Dem stand, keineswegs als einheitliche Front, der Kreis gegenüber, der sich die intensive Verkündigung der evangelischen Glaubenswahrheiten zum Ziel gesetzt hatte und dieses gleicherweise in dem Bewußtsein tat, daß eine Ausschaltung des Christentums aus dem Leben des Volkes auch das Ende der Volksgemeinschaft mit sich bringen wird. Diese gegensätzlichen Positionen nahmen mit den politischen Ereignissen vom August 1944 ein Ende.

Kann aus dem Überblick über die Geschichte der Kirche in ihrem Zusammenhang mit dem Volk Grundsätzliches entnommen werden ?

Eine Trennung von völkischer Eigenart und kirchlicher Wirksamkeit war von Anfang an nicht möglich. Die Kirche war die Hüterin des Gemeinschaftslebens im kleinsten Kreise und die Vermittlerin von Glauben, Wissenschaft und Kultur. Soweit sie in der Vertretung völkischer Interessen eine Rolle spielte, ging es ihr um die Bewahrung der Geschlossenheit des überlieferten

ikgs

Gemeinschaftslebens. Ihre Aufgabe war es, religiöse und weltanschauliche Bewegungen aufzugreifen und in Siebenbürgen heimisch werden zu lassen. Eine "politische" Bedeutung im engeren Verständnis des Wortes hatte sie nur dann, wenn ihre leitenden Organe, ihre Führer, von der Volksführung für eine besondere Aufgabe herausgestellt wurden, so, wenn Bischof G. P. Binder an der Spitze einer Delegation bei der Österreichischen Regierung 1848 gegen die Union Siebenbürgens mit Ungarn Stellung nehmen sollte. Wo Amtsträger der Kirche für besondere völkische Belange oder im Rahmen der Landespolitik Stellung bezogen, so geschah dies, wie bei Stephan Ludwig Roth, aus persönlicher Initiative oder, ebenfalls auf ihn bezogen, durch Bestellung und Anordnung der staatlichen Behörden. Es konnte sich aber auch wie in der Zeit nach 1870 die Situation ergeben, daß die Kirche in der vordersten Front in der Verteidigung der völkischen Interessen zu stehen kam, nicht nur bedingt durch die persönliche Initiative, sondern durch die besondere Stellungnahme im Rahmen der kirchlichen Institution.

III. Die Jüngstvergangenheit und Gegenwart

Die allseitig bekannte politische Situation nach 1945 bedarf hier keiner eingehenden Schilderung. Wichtig ist der Rahmen, in dem sich nach Erlaß des Kultusgesetzes von 1948 das kirchliche Leben vollzieht. Es sieht unter anderem die Ausschaltung der Kirche von jeder erzieherischen Tätigkeit durch schulische Institutionen mit Ausnahme der Ausbildung der kirchlichen Amtsträger (Pfarrer und Kantoren) vor. Es bestimmt, daß Kirchen und religiöse Gemeinschaften mit ausländischen Kirchen und Institutionen nur über die Vermittlung des Kulturministeriums in Verbindung treten dürfen. Die Kirche ist demnach gefragt, wie sie unter diesen Bedingungen ihre Arbeit fortsetzt. Auf die gegenwärtige Lage der Siebenbürger Sachsen unter den derzeitigen konkreten Verhältnissen bezogen, wird nach der Stellungnahme der Kirche zu einer ganzen Reihe von Ereignissen und Tendenzen gefragt, die sich folgendermaßen zusammenfassen lassen:

Kirchliche Tätigkeit in dem überlieferten Rahmen; Stellungnahme zur Sprachenfrage mit Rücksicht auf die kirchliche Verkündigung; damit im Zusammenhang Stellungnahme zur völkisch-konfessionellen Mischehenfrage und den Auflösungserscheinungen im sächsischen Volk; Einbeziehung der wirtschaftlichen und seelischen Not der Kirchenmitglieder; Beurteilung der Tendenz zum Verlassen der Heimat; Besinnung über die außerordentliche gegenwärtige Lage des sächsischen Volkes in der Zerstreuung im Lichte der evangelischen Botschaft; Möglichkeiten der abschließenden Orientierung.

a) In Bezug auf die Tätigkeit der siebenbürgischen evangelischen Kirche in ihrem inneren eigentlichen Bereich ist festzustellen, daß sie ihre Aufgabe der Verkündigung, Sakramentsverwaltung und Seelsorge wahrnimmt und die verschiedenen Bereiche der kirchlichen Arbeit ausbauen kann. Das evangelische Zeugnis, die Botschaft von der Versöhnung und Erlösung wird ausgerichtet und oft in verhüllter Form mit der wenig wirksamen atheistischen Propaganda konfrontiert. Eine besondere Bedeutung kommt der Arbeit der theologischen Hochschule zu, die die Anerkennung

des in- und ausländischen Protestantismus gefunden hat. So kann festgestellt werden, daß die Kirche die ihr zugefallene und ihr zustehende Rolle wahrgenommen hat.

b) Es wurde im historischen Abschnitt dieser Arbeit davon berichtet, daß sich die Kirche für die Bewahrung der deutschen Sprache und Kultur einsetzte. Auch in der Gegenwart ist die Kirche in elementarer Weise mit der Sprachenfrage konfrontiert. War der Erhalt der deutschen Sprache schon seit über einem Jahrhundert für das sächsische Volk eine entscheidende Existenzfrage, so muß ihre Wichtigkeit in der Gegenwart vom Anliegen der Kirche her gesehen werden. Weil es in ihm sehr darauf ankommt, daß das verkündigte Wort verstanden wird, muß die Kirche an der Erhaltung der deutschen Sprache interessiert sein. Durch die gegenwärtigen Schulverhältnisse, auf die die Kirche keinen Einfluß hat, geht vor allem den jungen Menschen, die Fachschulen besuchen, das Verständnis für den tieferen Sinn der deutschen Sprache verloren. Einen genaueren Auftrag als den, sich um möglichst verständliche Verkündigung zu bemühen, kann die Kirche nicht erfüllen.

c) Das wichtige Problem: "Sprache und kirchliche Verkündigung" muß noch von einer anderen Seite her beleuchtet werden. Orthodoxe Rumänen finden, meist durch Heirat, den Weg zur evangelischen Kirche. Es ist vom Standpunkt der evangelischen Kirche her gesehen durchaus möglich, das reformatorische Anliegen Außenstehenden so zu verkündigen, daß sie es in ihrer eigenen Sprache aufnehmen. Ebenso kann man die Ansicht vertreten, die evangelische sächsische Kirche habe eine besondere Aufgabe an der sie umgebenden nichtdeutschen Bevölkerung zu erfüllen. Dies galt aber früher nur insoweit, als sie eine geschlossene Volkskirche war und in dieser Art beispielhaft auf andere Kirchen wirkte. Das ändert sich, wenn in ihr die Verkündigungssprache das Rumänische werden soll. Gewiß ist vom christlichen Anliegen her gegen eine Verkündigung in rumänischer Sprache, wie sie sich gelegentlich vor allem in den Städten und industriellen Zentren ergeben muß, nichts einzuwenden. Es zeichnen sich zwei deutliche Tendenzen ab: Die geschlossene, durch Überlieferung geprägte Volkskirche kann sich in einzelnen lebendigen Gemeinden verwirklichen; es ist aber nicht von der Hand zu weisen, daß sich an ihrem Rande Auflösungserscheinungen bemerkbar machen, die von der Kirche ebenfalls um des Evangeliums willen beachtet werden müssen. Stellt sich nun die Frage, wie die Kirche in dieser Lage die "Interessen" des sächsischen Volkes zu vertreten hat, so kann die Antwort so lauten: Sie hat sich für die berechtigten Anliegen der Volkskirche einzusetzen, ohne die Aufgaben zu vernachlässigen, die die volkskirchliche Struktur überschreiten.

d) Da es sich in diesen Ausführungen um die Rolle der Kirche angesichts der brennenden Fragen des siebenbürgisch-sächsischen Volkes handelt, so muß auch die schwere wirtschaftliche Lage, die persönliche, leibliche und seelische Nöte in ihrem Gefolge hat, in die Betrachtung einbezogen werden. Daß hierbei geholfen werden soll und durch innerkirchliche Diakonie und auswärtige Hilfsorganisationen geholfen wird, muß nicht ausführlich dargelegt werden. Vielmehr mögen Folgen dieser Lage auf die kirchliche Arbeit und die Einstellung des Kirchenvolkes hervorgehoben werden.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse führen zu einer ganz besonderen Weise der Säkularisierung, einer Verweltlichung, so daß es bald keine andere Sorge mehr gibt, als die um die Bestreitung der nackten Existenz und tiefere Fragen kaum noch gestellt werden. Damit setzt eine Individualisierung der Interessen in der Hinsicht ein, daß die überindividuellen Interessen nicht den Begriff "Volk", sondern den Bereich der Familie im Blickfeld haben. Stellt man diese Situation in einen historischen Zusammenhang, so läßt sich feststellen, daß Aussiedlung von Gruppen dann stattfand, wenn die Betroffenen durch die Ortsveränderung Befreiung aus einer aussichtslosen Lage erhoffen konnten. Wenn es um Seelsorge, Leibsorge und um die Sorge für die Familie und ihre Zukunft geht, da kann der Rat, eine Veränderung des Wohnsitzes durch Auswanderung vorzunehmen, durchaus zum kirchlichen Auftrag gehören. Wer aus christlichen Motiven heraus sich dazu gedrungen fühlt, einen solchen Vorgang zu beschleunigen, sollte daran nicht gehindert werden.

e) Damit ist das derzeitig so oft diskutierte Problem: "Bleiben oder Gehen" aufgegriffen. Es dürfte bei der heutigen Deutung der "Identität" der Siebenbürger Sachsen mit der Frage des "Identitätsverlustes" verbunden sein: Die Gefährdung der grundlegenden Eigenart, die es zu erhalten gäbe, ist sowohl beim "Bleiben" als auch beim "Gehen" nicht auszuschließen. In unserem Zusammenhang ist zunächst nach einer Stellungnahme der Kirchenleitung gefragt. Sie hatte ursprünglich versucht, ganz entschieden gegen die Auswanderung Stellung zu nehmen, ist aber davon abgekommen. Bei der Beurteilung ihrer Lage muß man davon ausgehen, daß den offiziellen kirchlichen Körperschaften und ihren Stellungnahmen im Staatsgefüge enge Grenzen gesetzt sind, insofern es sich um volkspolitische Entscheidungen handelt. Ein Programm, das für die allgemeine Auswanderung eintritt, könnte sie mit Rücksicht auf die Staatsbehörden gar nicht vertreten. Auf die Sache bezogen wäre dies auch gar nicht möglich, weil die Kirchenleitung in diesem Fall wohl im Namen der größeren Zahl des Kirchenvolkes, aber nicht für alle ihre Angehörigen sprechen würde. Zum anderen darf die Stellungnahme der Kirche in ihrer Wirkung auf die Menschen, die in einer konkreten Entscheidung stehen, nicht überschätzt werden. Abgesehen davon, daß sich ihre Stellungnahme nicht mit der der Mehrheit des Kirchenvolkes decken muß, erfahren die kirchlichen Amtsstellen von der Auswanderung ihrer Kirchenglieder erst dann, wenn die Entscheidungen bereits gefallen sind und ein Ausweis über die Zugehörigkeit zur evangelischen Kirche beantragt wird. Die Kirche hätte also, selbst wenn sie sich entschieden gegen jede Auswanderungstendenz einsetzte, keine Möglichkeit, ihre Stellungnahme durchzusetzen.

f) Somit ist nicht nur die Kirche der Siebenbürger Sachsen gefragt, sondern auch die Kirchen, die mit ihr und ihren Angehörigen in Beziehung stehen. Was für die gegenwärtige Lage besonders charakteristisch ist, ist die Tatsache, daß sie in der Geschichte der siebenbürgischen-evangelischen Kirche keine Parallele hat.

ikgs

Es dürfte weiterhin einmalig sein, daß von den 240.000 ehemaligen Angehörigen der Siebenbürgisch-sächsischen Kirche um 1940 die Hälfte davon jetzt in Siebenbürgen und die Hälfte in anderen Ländern beheimatet ist. Auch mit den Verhältnissen in den Kirchen der DDR ist diese Lage nicht vergleichbar. Für einen großen Teil des Volkes ergibt sich, besonders durch die Trennung der Familien, eine große Unruhe. Veränderungen und Ungewißheiten, Unsicherheit über das zukünftige Schicksal sind auf der Tagesordnung.
Bei dieser Lage sucht man nach Lösungsmöglichkeiten. Es bietet sich die Einsicht an, angesichts der Auflockerung der rechtlichen Strukturen Anschluß bei den Aussagen und dem Verhalten der neutestamentlichen Christenheit zu suchen. Sie kannte unruhige Wanderungen und Überwindung zahlreicher Grenzen. Sie fragte nach dem Willen Gottes und nahm die Botschaft Jesu Christi in ihrer konkreten Gemeindelage und der persönlichen Situation durch die Weisung des Heiligen Geistes entgegen. So ist es nicht vermessen zu fragen: Was würde Jesus Christus zur Lage der Siebenbürger Sachsen und ihrer Kirche heute sagen ?
Eine oberflächliche Antwort könnte lauten: Es ist uns nicht bekannt, wo wir ihm begegnen können, und somit ist es unmöglich, von ihm eine Antwort zu erhalten. Doch läßt sich auch eine andere Antwort geben: Das Gewissen wird dazu befreit zu prüfen, wo die größere Liebe ist, um danach zu handeln. Die Weisung, die sich daraus ergibt, steht nicht fest und ist keine gesetzliche Forderung. Auf die konkrete Situation angewendet heißt das: Es ist nicht in eindeutiger Art gesagt, du mußt als einzelner oder als Angehöriger des sächsischen Volkes unbedingt in deiner Heimat bleiben, ebenso ist kein Befehl zur unbedingten Auswanderung gegeben. In der ersten Christenheit gab es Unruhe, Flucht und Wandern, es gab aber auch Bleiben und Beharren. Und es gab vor allem Gemeinsamkeiten über Grenzen der Provinzen hinweg.
Doch dürfte es nicht angebracht sein, nur diesen einen Weg zu den Ursprüngen des christlichen Glaubens einzuschlagen. Auf die Beziehungen der evangelischen Kirche untereinander und auf das geltende Kirchenrecht muß Rücksicht genommen werden. Es kann nicht die Aufgabe dieses Referates sein, im Namen der evangelischen Kirche von Siebenbürgen und für die Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland zu sprechen. Beide haben ihre Rechtsbefugnisse innerhalb ihres kirchlichen Amtsbereichs. Besonders für die siebenbürgische Kirche gilt, daß Gesetze und Vorschriften für ihre Amtsträger innerkirchlich abgesichert sein müssen und diesen Bereich nicht überschreiten können.

g) Es muß noch betont werden, daß sich die Aufgabe der Kirche keineswegs darauf beschränkt, zu den "Interessen" der Siebenbürger Sachsen Stellung zu nehmen. Wenn das vorliegende Referat hierauf konzentriert war, so liegt dies an der vorgegebenen Thematik. Wenn es in den Ausführungen nicht zu eindeutigen Konsequenzen kam, so ist dies in der Sache begründet, die verhandelt werden sollte. Es geht in ihr um geschichtliche Vorgänge, die nicht nach mechanisch-kausalen Gesetzen ablaufen, sondern bei denen mit Überraschungen zu rechnen ist. So sehr sich die Annahme nahelegt, daß das Ende der Sachsen in Siebenbürgen und

ikgs

ihrer Volkskirche angesichts der gegenwärtigen und bevorstehenden Ereignisse nicht mehr aufzuhalten ist, so können doch keine abschließenden Urteile gefällt werden. Sofern heute etwas Übersichtliches gesagt werden kann, so scheint sich eine Entwicklung nach drei Richtungen hin abzuzeichnen. Es gibt zum einen die Hinwendung zur evangelischen-lutherischen Kirche in Absehung der überlieferten volkskirchlichen Eigenart. Es ist zum andern mit dem Bestand von kleineren schrumpfenden Gemeinden volkskirchlichen Gepräges zu rechnen. Und es geht zum dritten um die Eingliederung und die aktive Mitarbeit in den Kirchen außerhalb Rumäniens. Diese sollte auch in der Art erfolgen, daß denen der Dienst am Wort und Sakrament nicht verwehrt wird, die ihn fortsetzen wollen. In allen drei Bereichen, sowohl was ihre Forderung als auch das Ausbleiben von Verhinderungen anbetrifft, hat die Kirche ihre Aufgabe.

Es könnte gesagt werden, daß die vorliegenden Ausführungen nicht eine eindeutige Sicht vermitteln, sondern zwischen mehreren Möglichkeiten eine Position der Mitte bezogen haben. Dazu eine persönliche, abschließende Stellungnahme:
Es war mir nicht um Zweideutigkeit und Entscheidungslosigkeit zu tun. Es ging mir auch nicht darum, daß zwischen einem Ja und einem Nein die Wahrheit gleichsam durch eine Synthese in der Mitte zu liegen kommt. Sondern die Wahrheit liegt bei dem, der der Mittler genannt wird, bei Jesus Christus. In seinem Auftrag wollte ich sprechen, und in seinem Auftrag zu sprechen und zu handeln ist wohl auch der Kirche aufgegeben.

ikgs

Dr. Wolfgang Bonfert

Bundesvorsitzender
der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen
in Deutschland

Die politische Vertretung der Siebenbürger Sachsen nach 1945 außerhalb von Siebenbürgen

Die Ereignisse der Kriegs- und besonders der Nachkriegszeit (23.8.1944) haben für die Situation der Deutschen in Rumänien und damit auch für die Siebenbürger Sachsen einschneidende Veränderungen bewirkt bis hin zur Gefährdung ihres über 8 Jahrhunderte behaupteten Bestandes.

Eine der Folgen ist, daß heute Siebenbürger Sachsen nur noch zum kleineren Teil (knapp 100.000) in Siebenbürgen leben, während der weitaus größere Teil in westlichen Ländern (etwa 150.000 in Deutschland, 18.000 in Österreich, 8.000 in Kanada, 30.000 in USA) seßhaft geworden ist, davon weit überwiegend in der Bundesrepublik Deutschland.

Schon in der ersten Nachkriegszeit fanden die in andere Länder verschlagenen Siebenbürger Sachsen getreu ihrer Tradition schnell zu Gemeinschaften zusammen.

Im unter Militärregierung stehenden Deutschland begann die Sammlung über die auf Initiative von Dr. Otto Appel (Bistritz) beim Bayer. Roten Kreuz eingerichtete Betreuungsstelle. Auch in anderen Bereichen bildeten sich auf Nachbarschaftshilfe gerichtete lokale Zentren.

Im Jahre 1947 fanden Siebenbürger Sachsen und evangelische Banater Schwaben Obhut im "Hilfskomitee", das der Evang. Landeskirche Bayern angegliedert war.

Nach Inkrafttreten des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland (23.5.1949) wurde am 26. Juni 1949 als heimatpolitische Organisationsform der "Verband der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben in Deutschland" gegründet, der sich nach kurzer Zeit in die beiden Landsmannschaften (Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben) teilte.

Die ersten grundlegenden Aktivitäten der Landsmannschaft galten der Sicherung der Einbeziehung der Deutschen auch aus Gebieten jenseits der Reichsgrenzen in die Vertriebenen- und Lastenausgleichsgesetzgebung (1953).

Das Problem der getrennten Menschen und auseinandergerissenen Familien erforderte ebenfalls, und dies über lange Jahre bis heute, den Einsatz der Landsmannschaft. Abgesehen von dem Erfolg einer Sonderaktion des Internationalen Roten Kreuzes im Jahre 1951 gab es hier viele Hemmnisse, so daß erst zögernd ab Mitte/Ende der 50er Jahre eine Zusammenführung einsetzte mit der bekannten Entwicklung höherer Zahlen nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen (1967) über die Absprachen von 1978 und 1983, die die von sehr vielen in Rumänien lebenden Deutschen angestrebte Entwicklung zur Aussiedlung einleiteten.

Die Landsmannschaft hat die humanitären Aspekte in konsequenter Entschiedenheit verfolgt, beginnend mit der Erklärung der 4 Punkte (1963/66) über die wiederholte Anmahnung der auf der KSZE-Konferenz von Helsinki (1975) getroffenen internationalen Abmachungen, insbesondere des Korbes 3, die Proteste gegen die Anwendung des Dekretes über die Rückzahlung von Ausbildungskosten (Okt. 1982) und das seit 1983 um sich greifende Schmiergeldunwesen.

Dabei hat sich die Landsmannschaft seit Anfang der 60er Jahre (Erhard Plesch) offen und deutlich für Entspannung und Verständigung eingesetzt und sowohl die Durchführung wirtschaftlicher Kontakte wie auch die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien ausdrücklich befürwortet.

Diese Haltung wird unterstrichen dadurch, daß auch die Kontakte zu offiziellen rumänischen Stellen (rumänische Botschaft seit 24.1.68) wahrgenommen, Vertreter der Botschaft zu den Heimattagen eingeladen und Gespräche von Vertretern der Landsmannschaft auf Einladung in Bukarest mit maßgeblichen rumänischen Persönlichkeiten bis hinauf zu Staats- und Parteichef Ceausescu (1973,1974) geführt wurden.

Im innenpolitischen Bereich der Bundesrepublik Deutschland erwarb sich die Landsmannschaft bald einen Namen als sachbezogener und verläßlicher Partner. Die Anliegen der Landsmannschaft fanden allgemein Verständnis und Unterstützung bei den maßgeblichen Politikern. Gespräche und Konsultationen in den Fachministerien wie auch Gespräche mit den Spitzen unseres Staates (Bundespräsident, Bundeskanzler) und den Spitzenpolitikern der Parteien wurden zahlreich geführt.

Die wirtschaftliche Situation der frühen 50er Jahre brachte es mit sich, daß zahlreiche Siebenbürger Sachsen, insbesondere aus Österreich, nach NRW übersiedelten und in den Kohlebergwerken ihr Brot verdienten. Es entstanden so mehrere siebenbürgisch-sächsische Siedlungen in diesem Bereich, was schließlich auch dazu führte, daß das Land NRW am 26.5.1957 die Patenschaft über die Siebenbürger Sachsen übernahm.

Im innerlandsmannschaftlichen Bereich nahmen die Bemühungen sozialer Hilfe (Einrichtung des Sozialwerkes, Begründung von Altenheimen) und das Bemühen um die Sicherung und Weiterentwicklung siebenbürgisch-sächsischen Kulturgutes (Kulturtagungen, Kulturtage, Kultureinrichtungen, Kulturpreis: 1968 Dr. Zillich) den Erfordernissen entsprechend zu.

Mit den Landsleuten und der Landsmannschaft in Österreich bestand von Anbeginn ein enger Kontakt. Ab 1965 wurde in zunehmendem Maße auch der Kontakt zur Landsmannschaft in Kanada und zum Zentralverband in den USA ausgebaut mit dem Ziel des gemeinsamen Handelns und der gegenseitigen Unterstützung in allen wichtigen und grundsätzlichen Fragen. Regelmäßige Konsultationsgespräche, Austausch von Kulturgruppen, Durchführung von gemeinsamen Jugendlagern und abgestimmtes Vorgehen in heimatpolitischen Fragen entwickelten sich über zunächst gemeinsam vertretene Erklärungen (1972, 1975, 1979, 1981) hinaus bis hin zur Gründung der FÖDERATION DER SIEBENBÜRGER SACHSEN (1983).

ikgs

Für die Entstehung der landsmannschaftlichen Organisation in Österreich ist vorauszuschicken, daß Österreich nach Erlangung der territorialen, ab 1955 auch der staatlichen Selbständigkeit, sich niemals als verantwortlich in der Übernahme von Verpflichtungen des Deutschen Reiches gefühlt hat und daher ganz anders gegenüber den in seinen Grenzen lebenden Vertriebenen eingestellt war. Dabei lebten bei Kriegsende Siebenbürger Sachsen in großer Zahl, meist sogar als ganze Heimatortschaften, auf österreichischem Staatsgebiet. Sie waren nach dem 23. August 1944 in Trecks gemeindeweise aus Nordsiebenbürgen hierher gelangt, größtenteils nach Oberösterreich und ins Salzburger Land, und hier vom Kriegsende eingeholt worden.

Die ersten Nachkriegsjahre waren besonders schwer. Österreich fand sich, in eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, erst nicht oder später nur zögernd bereit, arbeitsrechtliche Zugeständnisse zu machen und die Volksdeutschen einzugliedern. Auch die internationalen Flüchtlingshilfsorganisationen (UNRRA, IRO) gewährten kaum Hilfe. Schließlich brachte auch die Einrichtung (1951) des UN-Flüchtlingskommissariats und der Genfer Flüchtlingskonvention keine Erleichterung, weil auf Grund des österreichischen "Optionsgesetzes" die Siebenbürger Sachsen bald größtenteils die österreichische Staatsbürgerschaft annahmen. Auch die Einbeziehung in den deutschen Lastenausgleich entfiel damit, einen österreichischen Lastenausgleich in dem Sinne gab es nicht.

Trotz dieser besonderen Schwierigkeiten, die Anfang der 50er Jahre auch zur Übersiedlung einer größeren Zahl von arbeitslosen Siebenbürger Sachsen in das Kohlerevier Nordrhein-Westfalens führten (Kohleaktion 1953), bildeten sich in den Bereichen, in denen Siebenbürger Sachsen in größerer Zahl lebten, bald Siedlungen und in diesen nachbarschaftliche Einrichtungen, die sich auf der Ebene der Bundesländer zu siebenbürgisch-sächsischen Vereinen formierten und deren Dachverband die Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen in Österreich ist.

Für die Vereine in Wien und in Graz ist dabei besonders zu vermerken, daß hier, an den Hochschulorten, schon seit etwa 100 Jahren von sächsischen Studenten aus Siebenbürgen gegründete Vereine bestanden.

Und weiter ist besonders erwähnenswert, daß von den Siebenbürger Sachsen in ihren Lebensbereichen im vorwiegend katholischen Österreich der Bau von insgesamt 22 evangelischen Kirchen durchgeführt bzw. mit ihrer Unterstützung durchgeführt wurde.

Andere Grundvoraussetzungen, die andere Art des Einleben-müssens, die besondere Art des Lebens in Osterreich und der besondere Status der Republik Österreich brachten für die landsmannschaftliche Organisation eigene Entwicklungscharakteristika und andere Schwerpunkte und Abläufe in den Aufgabenbereichen mit sich. So besteht in Österreich infolge Fehlens eines regelmäßigen Zustroms von Aussiedlern keine Notwendigkeit für Betreuungs- und Eingliederungsmaßnahmen in diesem Bereich. Dafür wird mit besonderem Engagement und kann auch aus neutraler Position heraus in manchen Bereichen eine ganz andere Betreuung in das auch geografisch näher gelegene Siebenbürgen geleistet werden.

ikgs

Zwischen den Landsmannschaften in Deutschland und in Österreich bestand immer schon und besteht auch im Rahmen der FÖDERATION ein besonders enges Kooperationsverhältnis.

Eine etwas andere Entwicklung ist für die beiden in Nordamerika bestehenden landsmannschaftlichen Organisationen zu verzeichnen, weil hier eine Ansiedlung von Siebenbürger Sachsen schon vor dem 2. Weltkrieg erfolgte und weil hier Siebenbürger Sachsen in eine englisch-sprachige und angloamerikanisch geprägte Umwelt gelangten.

In die USA erfolgte die erste nennenswerte Einwanderung von Siebenbürger Sachsen (angenommen 20.000) schon in der Zeit zwischen 1886 und 1914. Sie wurde ausgelöst durch wirtschaftliche Schwierigkeiten in Siebenbürgen (Zollkrieg 1886-91, Auftreten der Reblaus um 1880) und führte zur Ansiedlung vorwiegend in den Industriegebieten von Ohio und Pennsylvanien. Hier schlossen sich die Siebenbürger Sachsen beginnend im Jahre 1891 in Salem/Ohio zu Selbsthilfeorganisationen zusammen, die im gesellschaftlichen Bereich zur Pflege von Sprache, Kultur und Heimatbräuchen Kristallisationspunkte wurden. Am 5. Juli 1902 beschlossen 4 dieser Vereinigungen in Erie den Zusammenschluß zum "Siebenbürger Bund", der dann auf der ersten regulären Versammlung in "Central-Verband der Siebenbürger Sachsen of the USA" umbenannt wurde. Nach und nach traten diesem Central-Verband weitere Mitgliedsvereinigungen (branches) bei.

Die zweite Einwanderungswelle (4000) erfolgte in der Zeit zwischen 1922 und 1930. Sie wurde durch die Rezession und durch Verschärfung der Einwanderungsbestimmungen frühzeitig abgebremst. Ein Teil der Einwanderungswilligen wandte sich daher auch nach Kanada. Die Neueinwanderer verstärkten die schon bestehenden Vereinigungen und damit den Central-Verband. Im Jahre 1925 wandelte sich dieser von einem Hilfs- und Sterbekassenverein in eine auf Gegenseitigkeit ausgerichtete Versicherungsgesellschaft. Auf Grund gesetzlicher Vorschriften war es erforderlich, die gesellschaftlichen, kulturellen und sprachlichen Aktivitäten einem abgegrenzten Gremium zu übertragen. Hierfür wurde das "Alliance National Committee" gegründet. Im Jahre 1927 wurde unter der Betreuung dieses Nationalkomitees die "Transylvanian Saxon Juniors Association", eine Jugendorganisation gegründet.

Da immer weniger Mitglieder, insbesondere in USA geborene, ausreichende Deutschkenntnisse aufwiesen, wurde etwa von dieser Zeit an bei den Treffen zunehmend englisch gesprochen. Im Jahre 1965 wurde auch der Name des Central-Verbandes in die englische Bezeichnung "The Alliance of Transylvanian Saxons" (ATS) abgeändert.

Die dritte Einwanderungswelle von Siebenbürger Sachsen (rund 5000) in die USA fand in den Jahren 1949 - 1957 statt, als im Rahmen der Aufnahmeaktion für europäische Flüchtlinge die Quotenregelung für diesen Personenkreis erweitert wurde. Dem Versuch dieser neuen Einwanderer, eine gesonderte "Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen von Nord-Amerika" in Anlehnung an die Entwicklung in Europa zu gründen, war kein Erfolg beschieden. Die Initiatoren stellten sich dem ATS National Committee zur Verfügung und unterstützten insbesondere eine Aktivierung der Kulturarbeit.

ikgs

Zu Beginn der 60er Jahre erfolgte auch eine persönliche Kontaktnahme zwischen ATS und der Landsmannschaft in Deutschland (Dr. Zillich 1963, Erhard Plesch 1965), die in der Folgezeit intensiviert wurde und zu den regelmäßigen Konsultationsgesprächen (ab 1972), zu gegenseitigen Besuchen, zum Austausch von Kulturgruppen, zu gemeinsamen Jugendlagern, zur Abstimmung von Stellungnahmen und Äußerungen in wesentlichen, die Siebenbürger Sachsen betreffenden Angelegenheiten (Familienzusammenführung, Aussiedlung, Grundrechte, Situation der verbliebenen Landsleute, KSZE-Konferenz und Folgekonferenzen, Schmiergeldforderungen etc.) und schließlich zur Gründung der FÖDERATION führte.

In Kanada fand die erste nennenswerte Einwanderung Mitte der 20er Jahre statt, vor allem, als die Einwanderungsmöglichkeiten in die USA durch Verschärfung der Bestimmungen eine Einwanderung dorthin erschwerten. Auch in Kanada zog es die Einwanderer hauptsächlich in die Industriegebiete (Süd-Ontario), auch hier sammelten sich die Siebenbürger Sachsen in Krankenunterstützungsvereinen, in deren Gefolge es auch zu gesellschaftlich-kulturell organisierten Vereinigungen (Clubs) kam.

Die erste Gründung fand in Kitchener-Ontario im Jahre 1927 statt, eine weitere im Jahre 1929 in Windsor-Ontario. Andere Gründungen, wie in Hamilton-Ontario und in Winnipeg-Manitoba, waren nur von kurzem Bestand.

Eine zweite Einwanderungswelle nach Kanada war Ende der 40er/ Anfang der 50er Jahre zu verzeichnen. Diese neuen Einwanderer (5000) zog es vornehmlich zu schon in Kanada seßhaften Verwandten, Freunden und Menschen gleicher Ortsherkunft, also im wesentlichen in die Gebietsteile der Einwanderung der 20er Jahre. Sie vergrößerten die Zahl der dort schon lebenden Siebenbürger Sachsen und brachten neue Impulse für das ethnisch-kulturelle Gemeinschaftsleben. In diese Zeit fällt auch die Gründung eines eigenen siebenbürgisch-sächsischen Vereins in Aylmer-Ontario (1949) im Gebiet der Tabakfarmen nördlich des Erie-Sees. Diese Gründung hat sich nicht aus einem Versicherungsverein heraus entwickelt, sondern entsprang dem Wunsch nach gesellschaftsbezogenem Gemeinschaftsleben.

Sowohl die Notwendigkeit der Koordinierung der Arbeit der 3 bestehenden Vereine (Kitchener, Windsor, Aylmer) als auch der Wunsch der verstreut lebenden Siebenbürger Sachsen (Landwirtschaftsprovinzen, Britisch-Kolumbien, Quebec) führten 1960 zur Gründung der "Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen in Kanada" nach dem Beispiel der Landsmannschaften in Deutschland und in Österreich. Auch hier führten zunächst persönliche Kontakte, bald auch Kontakte mit den Landsmannschaften in Europa und mit der ATS in USA zu fruchtbarer Zusammenarbeit in vielen Arbeitsbereichen und letztlich zur Gründung der FÖDERATION DER SIEBENBÜRGER SACHSEN, die von den vier landsmannschaftlichen Vereinigungen getragen wird. Diese FÖDERATION setzt sich, wie jede der mittragenden landsmannschaftlichen Vereinigungen in ihrem Lebensbereich, die weltweite Vertretung der Siebenbürger Sachsen zum Ziel. Sie soll der Einheit der Siebenbürger Sachsen und der Durchsetzung ihrer lebensnotwendigen Interessen insbesondere im humanitären, heimatpolitischen und kulturellen Bereich dienen, um auch unter den Bedingungen des Verstreut-leben-müssens bewährte sächsische Werte zu pflegen, weiterzuentwickeln und zusammenzuhalten.

Klaus J. Wagner
Pfarrer

Morgenandacht

7.3.1987

Text: Jesaja 28, 16: "Siehe, ich lege in Zion einen Grundstein, einen bewährten Stein, einen kostbaren Eckstein, der fest gegründet ist. Wer glaubt, der flieht nicht". (Losungswort)

und: Epheser 2, 21: "Auf Jesus Christus wächst der ganze Bau ineinandergefügt zu einem heiligen Tempel in dem Herrn." (Lehrtext)

Lied: EKG 282: "Wenn wir in höchsten Nöten sein"

Liebe Brüder,

Es springt ins Auge, das Wort "fliehen", "Flucht"! Da kommt nichts zusammen. Da geht auseinander, was zuvor zusammengehört hat. Da stimmt es nicht, nicht mehr. Da ist nichts mehr, wie es war. Da ist eine Zäsur, die alles teilt, einteilt; in ein Vorher und ein Nachher.

Wie deutlich und mit bleibendem Eindruck haben wir das in unserem Dienst in Gemeinden Nordsiebenbürgens und der Bukowina als junge Pfarrer erlebt! "Flucht" - nicht nur ein Thema, d a s "Geschehen", das alles teilte, schied, unterschied: die Zeit, die Lebensgeschichte, die Gemeinde, das Volk, den Einzelnen. Der O r t, er war nicht mehr, was er zuvor gewesen, von den Zeiten ganz zu schweigen; und die Menschen nicht mehr wie ehedem. Es war und ist keine theoretische oder rhetorische Alternative: Ist "Bleiben" der Gegenpart von "Flucht"? Und: Ist "Bleiben" eine Frage des Ortes im weiteren Sinne und eine Frage der Zeit?

Liebe Brüder, Sie können für sich entscheiden, was eine mögliche Auslegung des heutigen Losungswortes mit dem Gegenstand unserer Zusammenkunft zu tun hat, mit uns selber. Gott gebe Gelingen.

Das Losungswort stammt mit seinem Kontext aus dem Teil der Prophetie des Jesaja, die überschrieben ist: "Gottes fremdes Werk". Es richtet sich an die "Sprüchemacher dieses Volkes" - das Gegenüber des Jesaja. Er z i t i e r t nicht die Gedanken der Gegner, sondern eine ihnen vom Propheten zugeschriebene, ihr V e r h a l t e n charakterisierende Argumentation. Angesichts einer bevorstehenden Gefahr für das Volk meinen die Gegner des Propheten, potentiell unsterblich zu sein. Die Spötter verhalten sich so, als hätten sie einen Vertrag mit dem Tod und der Unterwelt, den Mächten des Verderbens, abgeschlossen, als hätten ihnen beide zugesichert, sie n i c h t in ihre Gewalt zu bringen, als wären

sie gleichsam, wenn natürlich auch nur auf Zeit, u n s t e r b l i c h.
Dagegen zeichnet der Prophet das Bild vom "Eckstein", den Messias als Grundstein eines nicht von Händen bereiteten Tempels, den Glauben, eine Restgemeinde der Glaubenden oder sehr präzis das "Wer glaubt, wird nicht weichen (fliehen)" als Verheißungswort Jahwes.

Sachlich steht fest, daß die Fundamente und besonders die Ecksteine aus kräftigem, widerstandsfähigem Material genommen werden müssen, weil sie die Last des Baus zu tragen haben. Meßschnur und Setzwaage dienen zur Uberprüfung des begonnenen Baus, werden aber auch verwendet, um festzustellen, ob ein Altbau abbruchreif ist. Ohne Bild gesprochen solle R e c h t und G e r e c h t i g k e i t zu dem Maßstab werden, den J a h w e bei einem Gerichtshandeln anlegt.

Es war immer schon eine Erfahrung in unserer Geschichte, auch in der persönlichen, daß sich Heil und Unheil an dem Glauben entscheiden, den wir Gott in Christus entgegenbringen. Davon lebt auch die Erfahrung der neutestamentlichen Schriftsteller, an ihrer Spitze der Apostel Paulus. Er schreibt im Epheserbrief, aus dem der heutige Lehrtext stammt: "Auf Jesus Christus wächst der ganze Bau ineinandergefügt zu einem heiligen Tempel in dem Herrn."

Wir erfahren leidvoll auf unserem Weg "Gottes fremdes Werk" (Kontext), wo wir ein Teil des Schicksals unseres Volkes sind oder dieses uns am Herzen liegt: Das "fremde, unbegreifliche, tötende Werk Gottes". Dies steht auch hinter Luthers Begriff vom opus alienum Dei. Es sei an die Apologie zum Augsburgischen Bekenntnis erinnert, wo es heißt: "Er sagt: Gott werde Schrecken, wiewohl dasselbige Gottes Werk sei; denn Gottes eigen Werk ist lebendig machen. Andere Werk, als Schrecken, Toten, sind nicht Gottes eigene Werk." Um diesen Satz mit Gewinn einzusehen, muß zuvor erkannt sein, was auch im Alten Testament steht, aber erst vom Neuen ganz ernst genommen wird, daß wir a l l e in Gottes Augen abgewichene Menschen sind, so daß keiner da ist, der Gutes tue, auch nicht einer.

Daß aber in dem D e n n o c h des Evangeliums eine Kraft liegt, die menschliches Zusammenleben in einer enger werdenden, uns stärkeren Zwängen aussetzenden Welt (wie auch unsere Tagung beweist) erträglicher machen könnte, wollen wir trotz allem nicht übersehen.

Der Druck, der auf allen Beteiligten im weiteren Sinne liegt, ließe sich erträglicher machen durch das Wissen um die Zugehörigkeit zu der Gemeinschaft derer, denen ihre Sünde vergeben ist. Freiheit und Freude gehen <u>dann</u> endgültig verloren, wenn Gott uns verlustig geht.

W e n n Gott hinter allem, was uns beschäftigt und ängstet, steht, um damit sein fremdes Werk zu betreiben, uns zu sich zu rufen, rechtfertigt die Angst und Resignation der Menschen d e n Gott, der unser aller Gott sein will.

ikgs

Horst Radler
Pfarrer

A b e n d a n d a c h t

6.3.1987

Losung: Psalm 36, 10: "Bei dir ist die Quelle des Lebens, und in deinem Lichte sehen wir das Licht".

Lehrtext: Johannes 9,5: "Jesus spricht: Solange ich in der Welt bin, bin ich das Licht der Welt".

Liebe Brüder,

Vorgestern lasen wir in einer Hauptschulklasse im Religionsunterricht die Geschichte vom Kongreß der Regenwürmer. Manfred Kyper erzählt sie in seinem Buch "Unter Tieren". Für so eine späte Abendstunde gerade das richtige Betthupferl, wie man in Österreich sagen würde.

Da tagt also eines Tages an düsterer, abgelegener Stelle des Gartens der Kongreß der Regenwürmer. Hauptpunkt der Tagesordnung - wie könnte es auch anders sein - Fragen der Bodenkultur und der Zuständigkeit in den diversen Beeten. Die Referenten tragen ihre Erfahrungen vor, die sie beim Durchwühlen des Erdreiches gewonnen haben. Die Debatten wollen kein Ende nehmen. Plötzlich: eine hochwillkommene Abwechslung! Einer der Kongreßteilnehmer entdeckt eine unscheinbare Raupe, die sich an einen dürren Halm klammert. Elend, erbarmungswürdig, entkräftet sieht sie aus. Die Aufforderung eines Regenwurms, ein bißchen Erde zu sich zu nehmen, lehnt sie kategorisch ab. "Das wird dann wohl ihr Ende sein", darin sind sich alle Anwesenden einig. "Ich glaube nicht, daß man stirbt", entgegnet die Raupe. "Wenn man zu müde ist, nicht mehr über die Erde kriechen kann, verpuppt man sich, und danach wird man ein bunter Falter. Man fliegt im hellsten Sonnenlicht und hört die Glockenblumen läuten". Und genau das konnte keiner der Regenwürmer verstehen. Fliegen, Licht, Sonne! Unerhört! Die Raupe spinnt. Währenddessen verpuppt sich das kleine Ding. Fassungslos betrachten die Regenwürmer das Geschehen. Aber dann, irgendwann am Morgen, als die Sonne schon recht hoch stand, kam Leben in die Puppe. Ein kleiner Falter kam heraus und sah mit erstaunten Augen eine völlig neue Welt. Die Flügel lagen noch dicht am Körper, und er wußte auch noch gar nicht, was er damit anfangen sollte. Im Sonnenschein wuchsen sie aber mehr und mehr, wurden stark und bunt, er breitete sie aus und flog weit über die Erde ins Licht hinein; hoch über die Köpfe der noch immer tagenden Regenwürmer dahin und wurde vielen zur Freude.

Glaubt nicht der Dunkelheit: Ihr habt das Licht empfangen.
Durch eure arme Zeit ist Gott hindurchgegangen.
Ihr habt das Licht empfangen - auf daß ihr's selber seid.

IKGS

Hinter uns allen liegt eine arbeitsreiche Woche. Wieder haben wir gewühlt, haben uns abgemüht, sind unseren Pflichten nachgegangen. Sicher waren es oft ganz wichtige Dinge, die uns bis in die Nachtstunden beschäftigten. Und wie viele Vormerkungen im Terminkalender, die unbedingt erledigt werden sollten, wurden vertagt. Unser Blick war durch tausend Blick- und Standpunkte gefangen. Und nun hören wir zu später Stunde das Losungswort vom Licht, das so hell und rein ist, daß manche Finsternis verscheucht werden kann, das uns erleuchten will. Sicher hat der eine und der andere heute morgens zum Losungsbüchlein gegriffen und dies Wort mit in den Tag genommen. Von Jesus ist da die Rede, der unseren Blick gefangennehmen will. Die Fragen, die uns im Innersten bewegen und erregen, wollen von diesem Licht der Welt angeleuchtet werden, damit wir mehr und mehr zur Klarheit geführt werden. Und wir wissen es sehr wohl: nur dann, wenn wir in diesem Lichte stehen, kann wachsen und reifen, was uns so wichtig ist und uns bewegt, nur in diesem Lichte können wir Gemeinschaft haben. Ohne das Licht Jesus Christus ist nichts zu machen. Zwar sind unsere Wege scheinbar sicher und gut beschildert. Wir wissen sehr viel über uns und andere, über Wege und Ziele, Geschichte und Welt, aber Jesus will aus Liebe die Gefahren, Stopschilder und Wegweiser anleuchten, damit wir nicht in den Niederungen hängen bleiben. In seinem Wort strahlt auf, worauf wir vertrauen und hoffen dürfen. Wer in seinem Licht steht, dem sind Zeit und Geschehen und Führungen nicht mehr undurchsichtig. Der darf dann selbst Licht sein, darf Freude bereiten und Erfüllung erfahren.

Heute sind ungezählte Gottesdienste gefeiert worden. Zum 100. Weltgebetstag der Frauen ist rund um die Uhr irgendwo auf der Erde das Evangelium vom großen Abendmahl gelesen und ausgelegt worden. Die Geschichte von dem Mann, der ein Fest veranstaltete und erleben mußte, daß die Geladenen der Reihe nach absagten. Nicht, daß sie lichtscheu gewesen wären, aber viele andere Dinge waren vorrangig. Dann kamen die anderen aus der Dunkelheit und im Licht des Festes ging ihnen ein Licht auf. Sie alle wurden über die Maßen froh.

Bei dir ist die Quelle des Lebens, und in deinem Lichte sehen wir das Licht.

Lied: EKG 357 "Der Tag hat sich geneiget"

Luthers Abendsegen.

ikgs

HILFSKOMITEE DER SIEBENBÜRGER SACHSEN UND EVANGELISCHEN BANATER SCHWABEN
IM DIAKONISCHEN WERK DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND E. V.

Wieland Graef, Pfarrer
Tel: 07031/278802

Tiergartenstraße 55
7030 Böblingen

11. März 1987

An den
Evang.Pressedienst
Friedrichstr.2 - 6

6000 Frankfurt a.M.

Sehr geehrte Damen und Herren,

vom 6. - 7. 3.1987 hat auf Einladung unseres Hilfskomitees ein Symposium, zusammengesetzt aus Vertretern aus Kirche und Staat sowie Repräsentanten siebenbürgischer Organisationen, stattgefunden. Im Hinblick auf die besorgniserregende Situation in Siebenbürgen sollte auch die kirchliche Öffentlichkeit informiert werden. Ich bitte freundlich um Veröffentlichung der untenstehenden Information:

S o r g e n u m S i e b e n b ü r g e r S a c h s e n

angesichts der zunehmend schlechten wirtschaftlichen, kirchlichen und gesellschaftlichen Situation dieser deutschsprachigen evangelischen Minderheit in Rumänien brachten leitende Persönlichkeiten aus der EKD, des LWB, Repräsentanten zuständiger Ministerien des Patenlandes der Siebenbürger, Nordrhein-Westfalen, und der Bundesrepublik Deutschland sowie Vertreter siebenbürgischer Organisationen in der BRD, Österreich und Schweiz zusammen. Das Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und Evang.Banater Schwaben im Diakonischen Werk der EKD hatten für den 6./7.3.1987 unter dem Gesamtthema: "Wer spricht für die Siebenbürger Sachsen? Minderheit ohne politische Vertretung" nach Frankfurt eingeladen. Die ca. 30 Teilnehmer, darunter der Präsident des Diakonischen Werkes der EKD, K.H. Neukamm, Bischof J.Heubach (mit der Wahrnehmung der Verbindung zwischen EKD und der Evang. Kirche A.B. in der Sozialistischen Republik Rumänien beauftragt) erörterten Fragen der politischen Selbst- bzw. Fremdbestimmung der Siebenbürger Sachsen in Geschichte und Gegenwart. Die Grundsatzreferate des Historikers E.Wagner und des Kirchenhistorikers Prof. Dr.L.Binder reflektierten die politischen bzw. kirchlichen Vertretungsstrukturen der Siebenbürger Sachsen und deren Möglichkeiten.

Dr.M.Kroner zeichnete das Bild gegenwärtiger politischer Mandatsträgerschaft der deutschen Minderheit in Rumänien, und Dr.W.Bonfert als Bundesvorsitzender der Landsmannschaft, erläuterte Mandatsinhalte der landsmannschaftlichen Arbeit.

Trotz unterschiedlicher Bewertungen der Situation in Rumänien waren die Teilnehmer, dank der Initiative des Hilfskomitee-Vorsitzenden Pfarrer K. Franchy, erstmals in dieser Zusammensetzung, in ermutigender Brüderlichkeit verbunden, im Suchen nach sachgerechter Wahrnehmung von Verantwortung für die Siebenbürger Sachsen in Rumänien und für die von dort Ausgesiedelten.

Fragen siebenbürgischer Identität in Rumänien und der sich verändernden Identität nach der Aussiedlung, Rede- und Handlungsspielraum der Kirche in sozialistischen Systemen, Hilfsmöglichkeiten und Maßnahmenkataloge, die Übernahme ausgewanderter evangelischer Pfarrer in den Dienst der Gliedkirchen der EKD und Möglichkeiten kirchlicher Beheimatung der Ausgesiedelten u.a.m. kamen zur Sprache.

Auf die Formulierung einer Resolution wurde verzichtet. Das Erfordernis der Bündelung von Zielen und Meinungen siebenbürgischer Organisationen um der Effektivität des Handelns willen wurde unterstrichen. Einigkeit bestand auch in der Meinung, daß weder eine Ideologisierung der Aussiedlung noch eine Ideologisierung des Ausharrens in der schwierigen Situation in Siebenbürgen betrieben werden sollte.

W.Graef